

PRODUKTIVITÄTSBERICHT 2025

**Strukturwandel als Chance für
Wettbewerbsfähigkeit und
Beschäftigung**

Produktivitätsbericht 2025: Strukturwandel als Chance für Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung

Dritter Bericht zur Wettbewerbsfähigkeit Österreichs gemäß § 5 Z 5 Fiskalrat- und Produktivitätsratgesetz 2021 (BGBl. I Nr. 226/2021). Beschlossen vom Produktivitätsrat am 20. November 2025 zur Vorlage an den Bundesminister für Wirtschaft, Energie und Tourismus.

Medieninhaber und Herausgeber:	Produktivitätsrat
Anschrift:	c/o Oesterreichische Nationalbank Büro des Produktivitätsrates Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien
Telefon:	+43-1-404 20 – DW 7473
E-Mail:	office@produktivitaetsrat.at
Internet:	www.produktivitaetsrat.at
Redaktion:	Andreas Reinstaller (Koordination), Anna Brunner, Bernhard Grossmann, Manuel Gruber-Német, Michael Weichselbaumer
Druck und Herstellung:	Oesterreichische Nationalbank, Wien Abteilung Informationsmanagement und Services

© Produktivitätsrat, 2025. Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeiten sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Abschluss der Analysen: 30.09.2025.

Redaktionsschluss: 20.11.2025.

Zitationsvorschlag: Produktivitätsrat (2025). Produktivitätsbericht 2025: Strukturwandel als Chance für Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung. Wien, <https://www.produktivitaetsrat.at/publikationen/prod-jahresberichte/2025001.html>.

Vorwort

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

trotz erster, zaghafter Signale einer Erholung bleibt die wirtschaftliche Lage in Österreich herausfordernd. Als exportorientiertes Land steht Österreich inmitten geopolitischer Spannungen, während strukturelle Schwächen seine Wettbewerbsfähigkeit weiterhin belasten. Die jüngsten Entwicklungen am Arbeitsmarkt und die Verschlechterung wichtiger industrieller Kennzahlen, wie etwa der Rückgang der Investitionen, sind Warnsignale dafür, dass die aktuelle Dynamik nicht ausreicht, um gestärkt aus der Krise hervorzugehen. Die Anzeichen einer beginnenden Deindustrialisierung wecken berechtigte Sorge um Wertschöpfung und Arbeitsplätze am Industriestandort Österreich. Gleichzeitig eröffnet sie die Chance, wirtschaftliche Strukturen zu erneuern, technologische Spitzenleistungen auszubauen und neue Formen industrieller Wertschöpfung zu etablieren. Österreich verfügt dafür über gute Voraussetzungen: kreative Unternehmen, hohe Kompetenzen der Beschäftigten und die Fähigkeit, Wandel produktiv zu gestalten. Jetzt ist die Politik gefordert, durch klare und nachvollziehbare wirtschaftspolitische Ziele sowie mit Reform- und Gestaltungswillen diese Potenziale zu heben.

Auch heuer widmet sich der erste Teil des Produktivitätsberichtes dem Monitoring der nachhaltigen Wettbewerbsfähigkeit in den Bereichen Wirtschaft, Soziales und Umwelt. Über 80 Indikatoren zeichnen ein differenziertes Bild der Stärken und Schwächen Österreichs. Der zweite Teil rückt die Herausforderungen des Industriestandortes in den Fokus. Die vertiefenden Analysen deuten auf eine Beschleunigung des Strukturwandels hin: Wertschöpfung und Beschäftigung verlagern sich von der Sachgüterproduktion hin zu wissensintensiven Dienstleistungen und technologiegetriebenen Tätigkeiten, die ungünstige Kostendynamik sowie zunehmende internationale Konkurrenz verstärken den Wandel zusätzlich. Im dritten Teil skizziert der Produktivitätsrat Leitlinien für eine zukunftsorientierte Standortpolitik und legt Empfehlungen für notwendige Reformen in zentralen wirtschaftspolitischen Handlungsfeldern vor.

Mein Dank gilt allen Mitgliedern des Produktivitätsrates für die gute und konstruktive Zusammenarbeit. Die redaktionelle Aufbereitung des Berichtes sowie die zugrunde liegenden Analysen wurden von den Mitarbeiter:innen des Büros des Produktivitätsrates durchgeführt. Ich bedanke mich bei dem Team für die ausgezeichnete und überaus engagierte Arbeit. Die Mitglieder des Expert:innenboards haben maßgeblich zur Sicherung der wissenschaftlichen Qualität der Arbeit des Produktivitätsrates beigetragen. Zusätzliche Erkenntnisse aus einem Workshop sowie aus Hintergrundgesprächen mit Expert:innen aus Behörden, Interessensvertretungen, Förderagenturen, Forschungs- und Beratungseinrichtungen sind ebenfalls in die Empfehlungen eingeflossen.¹

Der Produktivitätsbericht bildet eine zentrale Grundlage für evidenzbasierte und vorausschauende Wirtschaftspolitik. Ich wünsche Ihnen eine anregende und aufschlussreiche Lektüre!



em. o. Univ.-Prof. Dr. Christoph Badelt



Vorsitzender des Produktivitätsrates
em. o. Univ.-Prof. Dr. Christoph Badelt

¹ Mein besonderer Dank gilt DI Franz Angerer (AEA), Mag.^a Julia Bock-Schappelwein (WIFO), Mag. (FH) Christoph Dolna-Gruber (AEA), Mag. Johannes Fraiss (WKÖ), Christian Furtwängler, MSc (AEA), Luca Marcolin, PhD (OECD), Dr. Johannes Mayer (E-Control), Priv. Doz. DI Mag.^a Dr.ⁱⁿ Alexandra Mazak-Huemer (FORWIT), Mag. Leonhard Jörg, MSc (FFG), Luisa Kunze, MSc (Bertelsmann Stiftung), Mag.^a Katharina Luger (AMS), Mag. Bernard Moshammer (Sozialministerium), Mag. Martin Schmidhuber (Arbeiterkammer), Eduard Storm, PhD (IHS), Mag.^a Sylvia Vana (BMWET), Roman Wink, MA (Bertelsmann Stiftung) und Mag.^a Sonja Muckenhuber (BILL Institut für Bildungsentwicklung). Ebenso danke ich den rund 300 Industrieunternehmen, die an der WIFO-Industriebefragung teilgenommen haben. Durch die Beteiligung an dieser Erhebung konnte sich der Produktivitätsrat ein aktuelles Lagebild verschaffen. Mein besonderer Dank gilt dabei Dr. Werner Hölzl, der die Befragung am WIFO geleitet hat.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Produktivitätsbericht 2025: Kurzfassung	9
Der Produktivitätsrat	22
Expert:innenboard	23
Der gesetzliche Auftrag des Produktivitätsrates	24

Teil 1: Monitoring der nachhaltigen Wettbewerbsfähigkeit Österreichs im internationalen Vergleich

1. Einleitung	26
1.1 Nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit	26
1.2 Konzeptive Anmerkungen zum Monitoring	27
2. Politikbereich „Wirtschaft“	32
2.1 Das Wichtigste auf einen Blick	32
2.2 Entwicklung wichtiger Leistungs- und Bestimmungsfaktoren der wirtschaftlichen Nachhaltigkeit	35
3. Politikbereich „Soziales“	46
3.1 Das Wichtigste auf einen Blick	46
3.2 Entwicklung wichtiger Leistungs- und Bestimmungsfaktoren der sozialen Nachhaltigkeit	48
4. Politikbereich „Umwelt“	53
4.1 Das Wichtigste auf einen Blick	53
4.2 Entwicklung wichtiger Leistungs- und Bestimmungsfaktoren der ökologischen Nachhaltigkeit	55
Literatur	60

Teil 2: Vertiefende Analysen

5. Entwicklung der Arbeitsproduktivität in Österreich	65
5.1 Einleitung	66
5.2 Sektorbeiträge zum Produktivitätswachstum 1995–2024	66
5.3 Rückgang 2023–2024	68
5.4 Ausblick	71
Literatur	71
6. Internationale Konkurrenz, protektionistische Maßnahmen und deren Auswirkung auf österreichische Unternehmen	73
6.1 Einleitung	74
6.2 Auswirkungen von Einfuhrzöllen bedeutender Handelspartner auf österreichische Unternehmen	77
6.2.1 Die aktuelle Welle protektionistischer Maßnahmen	77
6.2.2 Effekte der 2018 eingeführten US-Einfuhrzölle auf österreichische Unternehmen	80
6.2.3 Hinweise auf Auswirkungen der 2025 eingeführten US-Zölle auf österreichische Unternehmen	83
6.3 Auswirkungen zunehmender chinesischer Konkurrenz auf österreichische Unternehmen	85
6.3.1 Bestehende Evidenz und wirtschaftspolitischer Kontext	85

6.3.2	Auswirkungen chinesischer Konkurrenz auf österreichische Unternehmen seit 2013	87
6.4	Diskussion der Ergebnisse im wirtschaftspolitischen Kontext	95
6.5	Handlungsfelder	97
Literatur		99
7.	Energiekosten als Treiber struktureller Veränderungen in der österreichischen Industrie	103
7.1	Einleitung	104
7.2	Energiepreise und Standortentscheidungen in der österreichischen Industrie	106
7.3	Energieintensität auf Unternehmensebene und Energieeinsparungspotenziale durch Verbesserungen der Energieeffizienz	111
7.3.1	Energieintensität auf Unternehmensebene und ihre Bestimmungsfaktoren	111
7.3.2	Energieeinsparungspotenziale durch Energieeffizienzsteigerungen in österreichischen Unternehmen	117
7.4	Diskussion der Ergebnisse	122
7.5	Handlungsfelder	123
Literatur		126
Anhang		128
8.	Strukturwandel von Unternehmen und Beschäftigung	131
8.1	Einleitung	132
8.2	Sektorale Entwicklung	134
8.3	Regionale Entwicklung	136
8.4	Funktionaler Strukturwandel	138
8.4.1	Funktionaler Strukturwandel der Unternehmen	138
8.4.2	Tätigkeitsschwerpunkte der Berufe	140
8.5	Strukturwandel und Beschäftigung	144
8.5.1	Beschäftigungswechsel	144
8.5.2	Löhne nach dem Beschäftigungswechsel	147
8.5.3	Arbeitslosigkeit und Ausscheiden als Erwerbsperson	147
8.6	Aktuelle Entwicklungen am Arbeitsmarkt	150
8.6.1	Beschäftigungsplanung in der Herstellung von Waren	154
8.7	Handlungsfelder	156
Literatur		158

Teil 3: Empfehlungen des Produktivitätsrates

9.	Empfehlungen des Produktivitätsrates	162
9.1	Einleitung	162
9.2	Prioritäre Ansatzpunkte einer zukunftsorientierten Standortstrategie	163
9.3	Strukturwandel gestalten, Produktivitätswachstum ankurbeln: Empfehlungen des Produktivitätsrates	165
9.3.1	Neuausrichtung der Forschungs- und Technologiepolitik (FTI) durch zukunftsorientierte Schwerpunktsetzungen und durchgängige Förderansätze	165
9.3.2	Erhöhung des Arbeitskräfteangebotes und Weiterentwicklung des Humankapitals durch Verbesserungen der Basisqualifikationen, Lehrausbildung und eine aktive Arbeitsmarktpolitik im Strukturwandel	168
9.3.2.1	Arbeitskräfteangebot erhöhen, Basisqualifikationen herstellen	168
9.3.2.2	Lehrausbildung fördern	170
9.3.2.3	Aktive Arbeitsmarktpolitik im Strukturwandel stärken	172

9.3.3	Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien durch eine zukunftsorientierte und konsistente Energieplanung, Maßnahmen zur Sicherung kostengünstiger Energie und eine Steigerung der Energieeffizienz	174
9.3.3.1	Zukunftsorientierte und konsistente Energieplanung zur Sicherung des Industrie- und Technologiestandortes umsetzen	174
9.3.3.2	Weichenstellung für eine nachhaltige Gasversorgung	177
9.3.3.3	Kostengünstige Energie sichern, Effizienz steigern	179
9.3.4	Koordination auf europäischer Ebene für die rasche Umsetzung von Reformen und Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit intensivieren	182
9.3.4.1	Unternehmen bei der Erschließung neuer Absatzmärkte unterstützen und durch Koordination mit den EU-Partnern die Wettbewerbsfähigkeit stärken	182
9.3.4.2	Marktverzerrungen im internationalen Wettbewerb auf EU-Ebene effektiv begegnen	184
9.3.4.3	Energiemarktintegration und klimapolitische Koordination in der EU vorantreiben	185
Literatur		187
Anhang: Übersicht der bisherigen Empfehlungen des Produktivitätsrates		189
Anhang		194
Länderkürzel und Vergleichsländergruppen		194
ÖNACE 2008 Klassifikation der Wirtschaftszweige		195
Verzeichnis der Abbildungen		196
Verzeichnis der Tabellen		197
Verzeichnis der Textboxen		197

Produktivitätsbericht 2025: Kurzfassung

Der Produktivitätsrat erfüllt mit dem vorliegenden Produktivitätsbericht 2025 seinen gesetzlichen Auftrag gemäß dem Fiskalrat- und Produktivitätsratgesetz 2021 (FPRG 2021), jährlich einen Bericht zur Wettbewerbsfähigkeit Österreichs vorzulegen. Seine Aufgabe ist es, dem Nationalrat eine Analyse der langfristigen Treiber und Voraussetzungen für Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit auf Basis transparenter und vergleichbarer Indikatoren zu präsentieren. In die Bewertung der Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit sollen dabei auch Aspekte wie Rechtssicherheit, demografische Struktur, Umwelt- und Klimaschutz sowie die Lebensqualität der Bevölkerung einfließen. Der analytische Schwerpunkt des Produktivitätsrates liegt auf mittel- bis langfristigen Herausforderungen für die nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit Österreichs.

Der Produktivitätsbericht 2025 setzt einen thematischen Schwerpunkt auf den Strukturwandel und untersucht zentrale Einflussfaktoren auf die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie. Vertiefende Analysen beleuchten insbesondere die Auswirkungen internationaler Handelsentwicklungen sowie Veränderungen der Energiepreise auf die Wettbewerbsfähigkeit und Standortentscheidungen in der Sachgütererzeugung.

Trotz der langen Rezession blieb Österreichs Wirtschaft in vielen Bereichen robust. Wichtige Indikatoren wie jene zu Investitionen oder Produktivität entwickelten sich jedoch rückläufig. Die Industrie verliert durch hohe Kosten und strukturelle Defizite an Wettbewerbsfähigkeit. Zugleich beschleunigt sich der Strukturwandel: Wertschöpfung verlagert sich von der Produktion zu wissens- und technologieintensiven Tätigkeiten. Automatisierung, Digitalisierung und internationale Konkurrenz treiben diesen Prozess und stellen somit die Arbeitswelt vor Herausforderungen. Der Sozialstaat bleibt leistungsfähig, steht aber unter Druck. Fortschritte bei Energieeffizienz und Erneuerbaren sind sichtbar, doch erfordert die ökologische Transformation umfassendere Maßnahmen zur Sicherung von Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Balance.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Wirtschaft: Verlust an Wettbewerbsfähigkeit durch Kostensteigerungen und strukturelle Schwächen

Österreich weist weiterhin eine hohe Wirtschaftsleistung pro Kopf auf, doch infolge der Rezession 2023/24 liegt sie inzwischen unter dem Niveau von 2019. Die Arbeitsproduktivität sank 2024 erneut, liegt aber nach wie vor über dem Niveau von 2019. Die Industrie steht durch hohe Energiepreise, zunehmenden Protektionismus im Welthandel und die starke industrielle Expansion Chinas unter wachsendem Wettbewerbsdruck. Die Lohnstückkosten haben sich gegenüber den Haupthandelspartnern vor allem infolge sinkender Produktivität verschlechtert. Zudem verzeichnete Österreich OECD-weit den stärksten Anstieg der Kollektivvertragslöhne. Zusammen mit den hohen Energiekosten haben diese Entwicklungen die preisliche Wettbewerbsfähigkeit geschwächt. Im Jahr 2025 erreicht Österreich voraussichtlich auch die höchste Abgabenquote in der EU.

Der Weltmarktanteil österreichischer Warenexporte ging 2024 stark zurück. Die Aufwertung des Euro seit Jahresbeginn 2025 und die schwache Auslandsnachfrage verschärfen den Wettbewerbsdruck. Auch der Rückgang der Nettobetriebsüberschüsse hat sich beschleunigt.

Gleichzeitig begrenzen der demografische Wandel und der Rückgang der Arbeitsstunden pro erwerbstätiger Person zunehmend das Arbeitsangebot. Die Unternehmensdynamik liegt am unteren Rand der EU.

Trotz konjunktureller Schwäche und hoher Unsicherheit bleibt die Investitionstätigkeit eine wichtige Stütze der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Jedoch sehen sich österreichische Unternehmen zunehmend mit Einschränkungen bei der Finanzierung von Investitionen konfrontiert. Während die

Fremdfinanzierung über Bankkredite weiterhin stark genutzt wird, bewegt sich Österreich im Einsatz von Eigenkapital und Risikokapital zur Unternehmensfinanzierung nach wie vor am unteren Rand der EU.

Im Bildungsbereich liegen Österreichs PISA-Ergebnisse im EU-Mittelfeld. Trotz steigender tertiärer Ausgaben stagniert die Zahl der MINT-Absolvent:innen – ein Problem für die Erzielung von Fortschritten im Hinblick auf Digitalisierung und neue Technologien. Obwohl Österreich im European Innovation Scoreboard als starker Innovator gilt, verliert es trotz hoher F&E-Ausgaben entgegen den Zielen der nationalen FTI-Strategie gegenüber den innovationsführenden BENESCAND-Ländern² an Boden. Auch bei digitalen Kompetenzen, Infrastruktur und Unternehmensdigitalisierung liegt Österreich nur im EU-Mittelfeld. Das Ziel, bis 2030 zu den Innovationsführern aufzuschließen, dürfte verfehlt werden.

Das Vertrauen in öffentliche Institutionen bleibt zwar hoch, doch gemäß den dargestellten Indikatoren haben politische Stabilität und Korruptionskontrolle zuletzt spürbar nachgelassen.

Soziales und gesellschaftliches Umfeld: Tragfähiger Sozialstaat mit strukturellen Schwächen und wachsenden Risiken

Der österreichische Sozialstaat bleibt leistungsfähig, steht jedoch durch den demografischen Wandel und damit verbundenen steigenden Ausgaben für Pensionen, Gesundheit und Pflege zunehmend unter Druck. Trotz der Rezession 2023/24 blieb die Arbeitslosenquote lange stabil, seit 2024 steigt sie allerdings an. Die Beschäftigung in Vollzeitäquivalenten stagniert seit 2022, womit sich Österreich schwächer entwickelte als der EU-Durchschnitt. Eine positive Entwicklung zeigte sich hingegen bei der Verringerung der NEET-Rate junger Menschen, wodurch nahezu das Niveau der BENESCAND-Länder erreicht wurde.

Die Netto-Haushaltsäquivalenzeinkommen liegen im EU-Vergleich an zweiter Stelle und wurden zuletzt durch steuerliche Entlastungen und Anti-Teuerungsmaßnahmen gestützt. Die Zahl der von materieller und sozialer Deprivation Betroffenen nahm 2023 hingegen deutlich zu und blieb auch 2024 auf dem höheren Niveau. Die Einkommensungleichheit bleibt im EU-Vergleich niedrig. Die Vermögensungleichheit liegt weiterhin über dem EU-Durchschnitt.

Die Betreuungsquote der Unter-Dreijährigen bleibt unter dem Niveau vergleichbarer Länder, erreicht aber seit 2023 das Barcelona-Ziel. Die Betreuung älterer Kinder übertrifft leicht den EU-Durchschnitt, ist aber niedriger als in den BENESCAND-Staaten; nur rund 40% der Betreuungsplätze sind vollzeitkompatibel. Der Anteil von Personen mit über die Pflichtschule hinausgehender Bildung ist hoch, wächst aber nur langsam. Bildungsungleichheiten nach sozialem Hintergrund bestehen fort.

Die Lebenserwartung bei guter Gesundheit sinkt, während die Lebenserwartung insgesamt weiter steigt. Damit nimmt der Anteil gesunder Lebensjahre ab. Österreich liegt beim subjektiv wahrgenommenen Gesundheitszustand und bei chronischen Erkrankungen im EU-Mittelfeld.

Ökologische Transformation und Klimapolitik: Fortschritte ausgehend von niedrigem Niveau

Österreich erzielte Fortschritte im Ausbau erneuerbarer Energien und in der Intensität der Energienutzung. Zudem nimmt die Importabhängigkeit bei Erdgas ab. Bei der Emissionsintensität (CO₂ je BIP) liegt Österreich jedoch im oberen Drittel der EU27. Dementsprechend sanken 2023 die Treibhausgasemissionen pro Kopf, blieben aber über dem EU- und BENESCAND-Durchschnitt. Besonders der Verkehrssektor verzeichnet seit 1990 den stärksten Anstieg. Aufgrund klimabedingter Waldschäden haben sich die Nettoemissionen zuletzt erhöht, da Wälder zunehmend CO₂-Quellen werden.

Das Potenzial der Kreislaufwirtschaft wird bisher nur begrenzt ausgeschöpft: Der Materialverbrauch ist hoch, die Ressourcenproduktivität liegt nur im EU-Mittelfeld. Gleichzeitig wächst die wirtschaftliche Bedeutung des Umweltsektors stetig. Österreich zählt bei Patenten im Bereich von Umwelttechnologien zu den führenden EU-Ländern.

² BENESCAND: Vergleichsländergruppe Belgien, Niederlande, Dänemark, Schweden und Finnland.

Die Einnahmen aus Umweltabgaben bewegen sich weiterhin unter dem EU-Schnitt, während klimaschädliche Subventionen fortbestehen und Klimaziele konterkarieren. Zudem erfordert der weiterhin hohe Flächenverbrauch pro Kopf verstärkte Anstrengungen der Bundesländer, um das Ziel des Netto-Null-Bodenverbrauchs zu erreichen.

Die Defossilisierung emissionsintensiver Sektoren bleibt eine zentrale Herausforderung – vor allem im Spannungsfeld zwischen ökologischer Verantwortung und Wettbewerbsfähigkeit.

Produktivitätsentwicklung

Zwischen 2012 und 2024 lag die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der Produktivität in Österreich mit 0,7% etwas unter dem durchschnittlichen jährlichen Produktivitätswachstum der EU27 Länder von 0,8%. Dies ist vor allem durch die negativen Wachstumsraten in den Jahren 2023–2024 getrieben. In diesem Zeitraum verringerte sich die Arbeitsproduktivität in Österreich jährlich um durchschnittlich rund 1,1%. Dies war vor allem auf Rückgänge der Arbeitsproduktivität in der Herstellung von Waren zurückzuführen. Dieser Sektor leistete den stärksten negativen Beitrag zum Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität. Weitere Sektoren, die in Österreich wesentlich zum Rückgang beigetragen, waren der Bausektor sowie die Dienstleistungssektoren Handel, Verkehr, Beherbergung und Gastronomie und wirtschaftliche Dienstleistungen. Ein positiver Ausreißer in Österreich war der Sektor Information und Kommunikation, der im Vergleich der EU27-Länder einen überdurchschnittlich hohen positiven Wachstumsbeitrag zur Arbeitsproduktivität leistete. Der Rückgang der Arbeitsproduktivität in den Jahren 2023 und 2024 kann auf die Rezession und Arbeitskräftehortung der Unternehmen bis 2024 zurückgeführt werden. Die sich abzeichnende Verbesserung der Konjunktur sollte das Produktivitätswachstum wieder in den positiven Bereich verschieben.

Trotz der zuletzt negativen Beiträge bleibt die Herstellung von Waren langfristig der bedeutendste sektorale Treiber des Produktivitätswachstums. Eine Stärkung der Innovationskraft, der digitalen Transformation und der Automatisierung in der Industrie sowie der Ausbau wissensintensiver unternehmensnaher Dienstleistungen mit hohem Wertschöpfungspotenzial stellen zentrale Ansatzpunkte einer zukunftsorientierten Strukturpolitik dar. Diese Entwicklungen gehen üblicherweise mit einem stärkeren Aufbau immateriellen Kapitals – also nicht-physicalen Vermögenswerten, wie intellektuellen Eigentumsrechten, Marken, oder Unternehmenslogistik – einher, der in Österreich im internationalen Vergleich bislang jedoch verhalten ausfällt.

Strukturwandel und Deindustrialisierung

Internationaler Wettbewerb und Verwerfungen im Welthandel

Die Entwicklungen des internationalen Handels haben einen entscheidenden Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie. Als stark exportorientierte Volkswirtschaft ist Österreich besonders anfällig für Veränderungen in globalen Handelsbeziehungen. Die Einführung von Zöllen und anderen protektionistischen Maßnahmen durch wichtige Handelspartner wie die USA sowie der zunehmende Wettbewerb mit aufstrebenden Volkswirtschaften wie China stellen erhebliche Herausforderungen dar.

US-Zollpolitik

Die im Jahr 2025 neuerlich eingeführten US-Einfuhrzölle markieren eine deutliche Verschärfung protektionistischer Tendenzen im Welthandel. Im Unterschied zu den Maßnahmen im Zuge der „Trump-I“-Zölle 2018 sind nun nahezu alle EU-Ausfuhren betroffen. Für österreichische Unternehmen, deren Wertschöpfung zu mehr als 3% von der US-Endnachfrage abhängt, ergeben sich daraus spürbare Belastungen, insbesondere für die Fahrzeug-, Maschinenbau- und Pharmaindustrie.

Empirische Analysen zeigen, dass die Zölle von 2018 keine signifikanten Rückgänge der Exportmengen österreichischer Unternehmen in die USA bewirkten, wohl aber eine Reduktion der Exportwerte (Menge x Preis) um rund 10%. Betroffene Unternehmen kompensierten Nachfrageverluste durch

Preisanpassungen und eine stärkere Diversifizierung ihrer Exportmärkte. Die Investitionstätigkeit sank temporär, ohne nachhaltige Effekte auf Beschäftigung oder Produktivität.

Die 2025 eingeführten Zölle fallen deutlich umfassender und höher aus, insbesondere für Stahl und Aluminium. Gleichzeitig erhöht die unsichere handelspolitische Lage die Investitionszurückhaltung. In einer Befragung gaben 41% der Industrieunternehmen an, geplante Investitionen aufgrund der gestiegenen Unsicherheit zu reduzieren. Insgesamt deutet die Evidenz darauf hin, dass die jüngsten US-Zölle größere und längerfristige Belastungen für exportorientierte Industriebranchen Österreichs erwarten lassen.

Wettbewerb mit China

Das starke, industriepolitisch gestützte Exportwachstum Chinas seit 2001 prägt Wettbewerbsbedingungen in Europa. Vor diesem Hintergrund passte die EU 2019 ihre China-Strategie an (Konkurrent/systemischer Rivale) und schuf Instrumente wie Anti-Subventionsverfahren, IPI sowie jüngst Zölle auf E-Fahrzeuge. Für Österreich zeigt sich 2007–2023 eine breite Zunahme chinesischer Konkurrenz, besonders in der Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten und der Herstellung elektrischer Ausrüstungen.

Im Zeitraum 2013–2022 hatte die zunehmende Konkurrenz durch China noch keine Auswirkungen auf Beschäftigung oder Wertschöpfung. Die Analyse der Reaktionen österreichischer Unternehmen weist jedoch auf eine Abnahme von F&E-Ausgaben bei stärkeren Zuwachsen chinesischer Konkurrenz am heimischen Markt hin, während zunehmende chinesische Konkurrenz in Exportmärkten geringe, aber positive Produktivitätseffekte auslöste. Betroffene Unternehmen tendierten stärker zu einer Diversifizierung ihrer Absatzmärkte (mehr Exportdestinationen), jedoch ohne Ausweitung des Portfolios der exportierten Produkte. Hinweise auf systematisches Offshoring fehlen für den Beobachtungszeitraum bis 2022.

Daten der WIFO-Industriebefragung zeigen für die kommenden fünf Jahre jedoch eine verstärkte Neigung zu Verlagerungen (+15%) und Beschäftigungsabbau (+16%) unter österreichischen Industrieunternehmen, die unter starkem Wettbewerbsdruck durch chinesische Anbieter stehen. Neben Produktionsaktivitäten sind auch wertschöpfungsintensive Bereiche wie Design sowie Forschung und Entwicklung oder produktorientierte IT von Beschäftigungsabbauplänen betroffen, was auf ein steigendes Risiko des Abflusses hochwertiger Beschäftigung und Kompetenzen hinweist. Am stärksten ist diese Tendenz jedoch im Hinblick auf Produktionstätigkeiten ausgeprägt. Der steigende Wettbewerbsdruck durch chinesische Mitbewerber dürfte den Strukturwandel in der Industrie damit beschleunigen.

Die Entwicklungen im Außenhandel erfordern eine gezielte wirtschaftspolitische Reaktion, um die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie zu erhalten und zu verbessern. Vor diesem Hintergrund gewinnt die Stärkung von Forschung, Technologie und Innovation, eine Neuausrichtung der Förderpolitik, die Vertiefung des europäischen Binnenmarkts sowie die Stärkung der Handelsbeziehungen mit internationalen Wachstumsregionen an Bedeutung. Auf europäischer Ebene ist zudem eine Weiterentwicklung von Maßnahmen erforderlich, die Wettbewerbsverzerrungen im internationalen Handel adressieren und faire Rahmenbedingungen sicherstellen sollen.

Energiekosten als Treiber struktureller Veränderungen in der österreichischen Industrie

Die Senkung der Energiekosten und rasche Fortschritte in der Energiewende sind entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie. Hohe Energiepreise schwächen die internationale Position energieintensiver Branchen und erhöhen das Risiko von Produktionsverlagerungen und Arbeitsplatzverlusten. Zugleich wirken steigende Energiekosten und Klimapolitik als Beschleuniger des Strukturwandels, da sie die Kostenstruktur zugunsten energieeffizienterer und CO₂-ärmerer Industriezweige und wirtschaftlicher Tätigkeiten beeinflussen. Die Zukunft energieintensiver Wirtschaftszweige in Österreich hängt daher maßgeblich davon ab, ob es gelingt, ausreichend kostengünstige und klimaneutrale Energie bereitzustellen und die Energieeffizienzpotenziale der Unternehmen zu heben. Eine Abkehr von den Energie- und Klimazielen wäre jedoch ein strategischer Fehler: Sie würde kurzfristig nur

begrenzt entlasten, langfristig aber die Deindustrialisierung verschärfen und technologische Rückstände gegenüber Wettbewerbern aus den USA und vor allem gegenüber jenen aus China verfestigen. Eine beschleunigte und möglichst effiziente Energiewende mit Fokus auf Netzausbau, Speicher und Infrastruktur ist daher Voraussetzung, um die industrielle Basis in Österreich nachhaltig zu sichern.

Auswirkungen der Energiekosten auf die Unternehmen

Die Energiepreise haben sich nach den massiven Anstiegen in den Jahren 2021 und 2022 auf hohem Niveau stabilisiert. Infolge der Energiekrise stiegen die Energiekosten im Unternehmenssektor zunächst um durchschnittlich 15% (2021) und 38% (2022), in energieintensiven Industrien sogar um 28% bzw. 46%. Unternehmen im Emissionshandelssystem verzeichneten Zuwächse von bis zu 59%, einzelne Betriebe sahen ihre Energiekosten mehr als verdoppelt. Zwar haben Unterstützungsmaßnahmen die Belastung teilweise abgedeckt, doch bleiben die Strompreise für österreichische Unternehmen 2024 und voraussichtlich auch darüber hinaus im oberen Drittel der EU-weiten Verteilung und damit ein strukturelles Wettbewerbsrisiko. Insbesondere die Entwicklung der Strompreise hat die Kostenposition österreichischer Industrieunternehmen im europäischen Vergleich deutlich verschlechtert. In einer Befragung bewerteten rund drei Viertel der energieintensiven Betriebe die Energiepreise als erhebliches Risiko; auch außerhalb dieser Branchen stuft knapp die Hälfte aller Industrieunternehmen die hohen Energiekosten entsprechend ein. Diese Einschätzung geht häufig mit einer erhöhten Bereitschaft einher, Produktionsaktivitäten in Österreich zu reduzieren oder ins Ausland zu verlagern. Die hohen Personal- und Energiekosten werden dabei als wichtigste Gründe genannt.

Anpassungspotenziale durch Energieeffizienzsteigerungen

Unternehmen können die anhaltend hohen Energiepreise kaum durch einen Wechsel des Energieträgers kompensieren. Als zentrale kurzfristige Anpassungsstrategie bleibt daher die Senkung der Energieintensität durch Effizienzmaßnahmen. Eine Analyse des Energieverbrauchs auf Unternehmensebene zeigt, dass sich die Energieintensität – gemessen als Anteil der Energiekosten am realen Produktionswert – seit 2009 kumuliert um rund 4,8% bzw. durchschnittlich um 0,35% pro Jahr verbessert hat. Diese Entwicklung ist vor allem auf eine bessere Kapazitätsauslastung und die Modernisierung technischer Verfahren zurückzuführen. Auch Effizienzmaßnahmen im engeren Sinne – also organisatorische und betriebliche Optimierungen ohne den Einsatz neuer Technologien – haben zur Verbesserung beigetragen, wenn auch in geringerem Ausmaß.

Schätzungen zeigen, dass durch einfache, betriebsinterne Verbesserungen der Energieeffizienz unter Berücksichtigung von so genannten Rebound-Effekten Einsparungen von rund 7 bis 8% des durchschnittlichen Bruttoenergieverbrauchs laut Güttereinsatzstatistik der Unternehmen möglich wären. In energieintensiven Branchen liegen die potenziellen Einsparungen etwas höher, bei rund 8 bis 10%. Selbst wenn ein Teil der Einsparungen infolge von Effizienzsteigerungen durch eine höhere Produktion wieder aufgezehrt wird – der Rebound-Effekt liegt je nach Branche zwischen 15 und 40%, im Schnitt energieintensiver Branchen bei rund 24% –, verbleibt damit dennoch ein beträchtliches Nettoeinsparpotenzial.

Insgesamt können Effizienzmaßnahmen die Belastung durch hohe Energiepreise nicht ausgleichen, sie stärken aber die Wettbewerbsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit der Unternehmen. Eine verbesserte Energienutzung reduziert nicht nur Kosten und Emissionen, sondern fördert auch die Produktivität. Damit sind Energieeffizienzmaßnahmen ein zentraler, kurzfristig wirksamer Hebel, um Unternehmen an ein dauerhaft anspruchsvolleres Energieumfeld anzupassen. Sie sollten daher politisch konsequent unterstützt und mit Investitionen in neue Energietechnologien kombiniert werden. Unterschiedliche Studien weisen jedoch auf eine starke Ausweitung des Energieverbrauchs bei einer vollständigen Defossilisierung hin.

Energieintensive Industrien haben nur begrenzte kurzfristige Möglichkeiten, auf die stark gestiegenen Energiepreise zu reagieren; strukturelle Anpassungen erfordern hohe Investitionen und Zeit. Seit der Energiekrise belasten hohe Energie- und Personalkosten die Wettbewerbsfähigkeit erheblich,

insbesondere im internationalen Vergleich mit den USA oder China, wo Energie deutlich günstiger ist. Österreichische Unternehmen konnten diesen Nachteil bislang durch hohe Energieeffizienz und technologische Stärke teilweise ausgleichen, doch dieser Vorsprung droht zu schwinden. Dauerhaft höhere Energiepreise in Europa und Unsicherheiten beim Ausbau erneuerbarer Energien verstärken den Druck auf die Industrie.

Wirtschaftspolitisch gilt es, die Kostenbasis gezielt zu stabilisieren – etwa durch eine Neugestaltung der Netzentgeltregelung, steuerliche Entlastungen und eine beschleunigte Bereitstellung CO₂-neutraler Energie. Diese Maßnahmen können die Wettbewerbsfähigkeit jedoch nicht nachhaltig sichern. Mittel- und langfristig sollte die Transformationspolitik auf Innovation, Eigenenergieerzeugung, Effizienzsteigerungen und die vollständige Integration des europäischen Energiebinnenmarktes setzen und den Strukturwandel aktiv begleiten, um industrielle Kernkompetenzen zu sichern und die Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Branchen dauerhaft zu stärken.

Langfristige Trends in der Entwicklung von Unternehmen und Beschäftigung in der österreichischen Wirtschaft

Die Diskussion um eine mögliche Deindustrialisierung Europas hat durch gestiegene Energiepreise und geopolitische Spannungen neue Brisanz erhalten. In Österreich zeigt sich wie in anderen Industrieländern ein beschleunigter Strukturwandel von der Industrie zu Dienstleistungstätigkeiten. Energieintensive Branchen verzeichnen Produktionsrückgänge, während wissensintensive Dienstleistungen an Bedeutung gewinnen. Standortverlagerungen, Fachkräftemangel und ökologische Anforderungen verstärken diesen Trend. Gleichzeitig eröffnet die Verschiebung der Wertschöpfung hin zu innovationsgetriebenen Dienstleistungen Chancen für Produktivitätszuwächse. Vor diesem Hintergrund gilt es, den Strukturwandel wirtschaftspolitisch zu begleiten und industrielle Kompetenzen zukunftsorientiert zu sichern.

Veränderungen der Industrie und Tätigkeitsstruktur auf sektoraler, regionaler und funktionaler Ebene

Der Strukturwandel in Österreich zeigt in einer langfristigen Betrachtung (1995–2023) vielschichtige sektorale, regionale und funktionale Dynamiken. Im Vergleich der Wirtschaftssektoren nimmt der Anteil der Herstellung von Waren an Wertschöpfung und Beschäftigung langfristig ab, während wissensintensive Dienstleistungen – insbesondere wirtschaftliche, wissenschaftliche und informationstechnologische Bereiche – an Bedeutung gewinnen. Innerhalb der Herstellung von Waren verläuft der Wandel heterogen: Konsumgüterbranchen verzeichnen Beschäftigungsverluste, während Maschinenbau und chemisch-pharmazeutische Industrie expandieren. Regional betrachtet entwickeln sich die Bundesländer unterschiedlich: Während Wien und Salzburg Rückgänge des Beschäftigungsanteils der Branche der Herstellung von Waren aufweisen, konnten exportstarke Regionen wie Oberösterreich oder Vorarlberg ihre industrielle Basis stärken. Qualifizierte Arbeitskräfte erweisen sich dabei als zentraler Faktor für Anpassungsfähigkeit und Wachstum. Funktional vollzieht sich der Wandel im Betrachtungszeitraum 2011–2024 zunehmend innerhalb der Unternehmen selbst: Produktionsprozesse werden durch forschungs-, entwicklungs- und dienstleistungsorientierte Tätigkeiten ergänzt oder ersetzt, wodurch hybride Geschäftsmodelle entstehen. Insgesamt verdeutlichen diese Entwicklungen den tiefgreifenden Umbau der Wirtschaftsstruktur hin zu wissensbasierten, dienstleistungsorientierten Wertschöpfungsformen.

Strukturwandel und Beschäftigung

Der strukturelle Wandel in Österreich zwischen 2013 und 2022 führte zu deutlichen Verschiebungen in Beschäftigung, Löhnen und Erwerbsverläufen. Nach Arbeitsplatzverlusten in der Herstellung von Waren fanden 69% der Betroffenen wieder Beschäftigung, meist durch Sektorwechsel in Markt-Dienstleistungen (31,9%), während 22% arbeitslos wurden und 9% den Arbeitsmarkt verließen. Die Lohnentwicklung hing stark vom Zielsektor ab: Ein Wechsel innerhalb der Industrie erhöhte die Löhne um durchschnittlich 4,5%, während Übergänge in Nicht-Markt-Dienstleistungen mit Lohneinbußen von rund 3,4% verbunden waren. Der Wechsel in Markt-Dienstleistungen führte im Mittel zu keinen Lohnverlusten. Ältere Beschäftigte (50+) verloren zwar seltener ihren Arbeitsplatz, waren im Fall des Verlusts jedoch häufiger

arbeitslos (+13,6%) als 25–49-Jährige. Frauen wiesen infolge einer Freisetzung aus der Herstellung von Waren ein höheres Risiko von Arbeitslosigkeit (+3,5%) und Erwerbsinaktivität (+3,8%) auf als Männer. Das Bildungsniveau erwies sich als entscheidender Anpassungsfaktor: Mit zunehmender Qualifikation sanken Arbeitslosigkeits- und Inaktivitätsrisiken, und die Wahrscheinlichkeit eines Wechsels in wissensintensive Dienstleistungen stieg deutlich. Jüngere und geringer qualifizierte Beschäftigte profitierten seltener von dieser Aufwärtsmobilität. Arbeitsmarktpolitisch erfordert dies gezielte Weiterbildungsangebote, Umschulung und regionale Anpassungsstrategien, um vulnerable Gruppen im Strukturwandel zu unterstützen und Übergänge in produktive, wissensintensive Tätigkeiten zu fördern.

Aktuelle Entwicklungen am Arbeitsmarkt

Seit Beginn des Jahres 2023 ist in Österreich ein deutlicher Rückgang der industriellen Produktion zu verzeichnen, der sich zunehmend auf den Arbeitsmarkt auswirkt. Bis Mitte 2025 stieg die gesamtwirtschaftliche Arbeitslosenrate um rund einen Prozentpunkt, am stärksten in der Herstellung von Waren sowie in den Markt-Dienstleistungen. Besonders betroffen sind Personen mit Pflichtschulabschluss, deren Arbeitslosenrate überdurchschnittlich zunahm und die fast die Hälfte des gesamten Anstiegs der Arbeitslosigkeit ausmachten. Auch geschlechtsspezifisch zeigten sich Unterschiede: Die Arbeitslosigkeit stieg bei Frauen seit 2024 stärker als bei Männern. Altersmäßig nahm die Arbeitslosigkeit vor allem bei Jüngeren (unter 25) zu, während der Anstieg bei Älteren (50+) verzögert einsetzte. Auswertungen der Daten der WIFO-Industriebefragung deuten darauf hin, dass in den nächsten fünf Jahren vor allem in der industriellen Produktion ein Beschäftigungsabbau geplant ist, während in wissensintensiven Bereichen wie Forschung, Entwicklung und Produkt-IT Zuwächse erwartet werden. Der Arbeitsmarkt spiegelt damit den beschleunigten Strukturwandel wider: Jobs werden zunehmend von der Fertigung weg, hin zu technologie- und dienstleistungsorientierten Tätigkeiten verlagert.

Der anhaltende Strukturwandel und die jüngsten Entwicklungen am Arbeitsmarkt erfordern eine gezielte wirtschaftspolitische Antwort. Neben Maßnahmen zur Sicherung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit – etwa durch stabile Energiepreise und innovationsfreundliche Rahmenbedingungen – rücken arbeitsmarktpolitische Instrumente in den Vordergrund. Vorrangig ist die Unterstützung gering qualifizierter und älterer Personen, die besonders von Arbeitsplatzverlust und Lohnrisiken betroffen sind. Weiterbildung und arbeitsplatznahe Qualifizierungen sollten frühzeitig ansetzen und den Übergang in wissensintensive Dienstleistungen erleichtern. Evidenzbasierte, sektorale Arbeitsmarktprogramme mit klarer Erfolgsbewertung können Lohnpolarisierung mindern, Fachkräftebedarf gezielt bedienen und Beschäftigungschancen verbessern. Regional differenzierte Strategien sind nötig, um Unterschiede in der Anpassungsfähigkeit lokaler Arbeitsmärkte zu berücksichtigen, der beschränkten geografischen Mobilität von Arbeitskräften gerecht zu werden und nachhaltige Beschäftigungsperspektiven im Zuge des Strukturwandels zu sichern.

Empfehlungen des Produktivitätsrates

Der Produktivitätsrat hat in seinen Berichten aus den Jahren 2023 und 2024 bereits Empfehlungen formuliert, die vor dem Hintergrund der Befunde des diesjährigen Produktivitätsberichts von Bedeutung sind und größtenteils weiterhin Gültigkeit haben. Sie umfassen neben Empfehlungen zur proaktiven Gestaltung des Strukturwandels durch eine Beschleunigung der Energiewende und der Digitalisierung sowie durch Maßnahmen zur Sicherstellung eines gerechten Übergangs auch Empfehlungen zur Stärkung des Produktivitätswachstums. Diese Empfehlungen gliedern sich in die Bereiche Investitionen und Kapitalbildung, Arbeitskräfteangebot, Entwicklung von Humankapital, Faktorkosten, technischer Fortschritt, Unternehmensgründungen sowie Effizienz und staatliche Leistungsfähigkeit. Die Empfehlungen des Produktivitätsrates 2025 ergänzen die bisherigen Empfehlungen um Dimensionen, die sich insbesondere auf Basis der Analysen des Produktivitätsberichts 2025 als prioritäre und in bisherigen Empfehlungen nicht volumnäßig adressierte politische Handlungsfelder ergeben. Der Produktivitätsbericht 2025 bietet im [Anhang](#) an seine diesjährigen Empfehlungen im Haupttext einen kompakten Überblick über die bisherigen Empfehlungen.

- ▶ Neuausrichtung der Forschungs- und Technologiepolitik (FTI) durch zukunftsorientierte Schwerpunktsetzungen und durchgängige Förderansätze

Empfehlung 1: Die Bundesregierung sollte die Innovationsförderung gezielt auf Stärkefelder und Schlüsseltechnologien mit hohem Standortpotenzial ausrichten und sowohl die Marktdurchdringung innovativer Lösungen als auch die betriebliche Anwendung neuer Technologien fördern.

- ▶ **Schwerpunktsetzung in der Forschungsförderung:** Öffentliche Mittel sollten verstärkt in Bereiche gelenkt werden, die zur Vertiefung und Diversifizierung bestehender Stärkefelder sowie zur Entwicklung von für den Standort strategisch relevanten Technologien beitragen. Mittel- bis langfristig ist der Aufbau von Schlüsseltechnologiefeldern zu fördern, in denen Österreich auf Grundlage bestehender wissenschaftlicher Kompetenzen oder vorhandenen Domänenwissens die Chance hat, Technologieführerschaft zu erlangen und damit neue komparative Vorteile im internationalen Handel aufzubauen. Die thematische Schwerpunktsetzung sollte dabei Transformationsprozesse – insbesondere die digitale und ökologische Transformation – unterstützen und sich im neuen FTI-Pakt widerspiegeln. Die Förderprogramme sollten technologieoffen ausgestaltet sein und den Fördernehmer:innen ausreichend inhaltliche Flexibilität bieten, um sich im Rahmen der Förderung an ein dynamisch wandelndes technologisches Umfeld anpassen zu können. Weiters sollten Output- und Wirkungskennzahlen bei der Allokation von F&E-Förderungen stärker Berücksichtigung finden (z. B. zur Vermeidung von Mitnahmeeffekten) und ausreichend lange Finanzierungszeiträume sichergestellt werden.
- ▶ **Schlüsseltechnologie-Cluster einrichten:** Die thematische Fokussierung in Schlüsseltechnologien soll mit der Einrichtung von Schlüsseltechnologie-Clustern die Entstehung von wissenschaftlichen und industriellen Communities, die auch unterschiedliche Stufen von integrierten Wertschöpfungsketten abdecken, fördern. Dabei sollte die Möglichkeit geschaffen werden, getrennte Finanzierungssäulen (FWF, FFG, aws) entlang ambitionierter Entwicklungskonzepte flexibel und unbürokratisch miteinander zu kombinieren. Regulatorische Sandkästen, die über zeitlich begrenzte Zeiträume Vereinfachungen für innovative Unternehmen vorsehen, können die Entwicklung solcher Cluster unterstützen.
- ▶ **Technologiediffusion und gezielte Anwendung moderner Schlüsseltechnologien stärken:** Die Stärken des österreichischen Standortes sollten strategisch genutzt und gezielt weiterentwickelt werden. Durch deren Verknüpfung mit modernen Schlüsseltechnologien – insbesondere in Bereichen, in denen derzeit technologische Rückstände bestehen – können bestehende Standortvorteile wie industrielle Kompetenzen, Domänenwissen und qualifizierte Fachkräfte ausgebaut und gestärkt werden, indem technologische Entwicklungen rasch in bestehende Technologien und Produkte integriert werden.
- ▶ **Flexible Kombination von Förderinstrumenten über den Innovationsprozess hinweg ermöglichen:** Zur Verbesserung der Innovationsperformance sollten flexible Förderinstrumente entwickelt werden, die den gesamten Innovationsprozess – von der Idee zum Markt – abdecken und an messbaren Meilensteinen ausgerichtet sind, z. B. auf der Grundlage wettbewerblicher Stage-Gate-Ansätze die Innovator:innen über unterschiedliche Innovationsphasen hinweg begleiten und ebenfalls Instrumente unterschiedlicher Fördereinrichtungen flexibel miteinander kombinieren.
- ▶ **Höhere Skalierbarkeit durch Abstimmung mit europäischen Initiativen sicherstellen:** Durch eine Verbesserung der Unterstützung von Unternehmen und eine enge Abstimmung mit europäischen Initiativen, wie etwa dem EIC Accelerator, soll erhöhte Skalierbarkeit, Sichtbarkeit und Wirkung vor allem disruptiver Innovationen sichergestellt werden.
- ▶ **Kooperationsprogramme durch längere Finanzierungsräume stärken:** Etablierte und erfolgreiche Kooperationsprogramme zwischen universitärer Forschung und Wirtschaft (Christian Doppler Forschungsgesellschaft, FFG Comet) sollten durch verlängerte Finanzierungsgarantiezeiträume (Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen) gestärkt werden.
- ▶ **Adoption innovativer Technologien durch Anreize und Qualifizierung forcieren:** Durch spezifische Qualifizierungsmaßnahmen sollten Unternehmen darin unterstützt werden, die Kompetenzen und nötige Expertise aufzubauen, um eine Adoption innovativer und produktivitätssteigernder Schlüsseltechnologien (z. B. Künstliche Intelligenz) zu beschleunigen. Darüber hinaus sollten spezifische Anreize für Investitionen in innovative Technologien (z. B. Sonderabschreibungsregeln) geschaffen werden.
- ▶ **Innovation durch öffentliche Beschaffung fördern:** Die öffentliche Beschaffung ist ein weitgehend ungenutzter Hebel und sollte strategisch genutzt werden, um Innovationen zu fördern, insbesondere im Rahmen von missionsorientierten Politikansätzen.

- Erhöhung des Arbeitskräfteangebotes und Weiterentwicklung des Humankapitals durch Verbesserungen der Basisqualifikationen, Lehrausbildung und eine aktive Arbeitsmarktpolitik im Strukturwandel

Arbeitskräfteangebot erhöhen, Basisqualifikationen herstellen

Empfehlung 2: Im Hinblick auf den technologischen und demografischen Wandel bedarf es dringend einer umfassenden Strategie zur Stärkung des Arbeitskräfteangebots (Fachkräftestrategie) in quantitativer und qualitativer Hinsicht. Um den komplexen und heterogenen Bedürfnissen der Personen mit Mangel an Basisqualifikationen gerecht zu werden, sollte die Bundesregierung eine umfassende Herangehensweise wählen. Dabei sollten bestehende Instrumente der Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik für unterschiedliche Altersgruppen integriert, aufeinander abgestimmt und bei Bedarf ausgebaut werden.

- **Zielgruppengerechte Vermittlung von Basisqualifikationen sicherstellen:** Es muss sichergestellt werden, dass die Zielgruppen der bereits bestehenden Maßnahmen tatsächlich erreicht werden und diese über die Möglichkeiten zum Erwerb und die Vorteile von Basisqualifikationen informiert sind. Dabei sollte gezielt auf die Bedürfnisse jener Personen eingegangen werden, die höchstens über einen Pflichtschulabschluss verfügen. Individuelle Hindernisse beim Erwerb weiterführender Bildungsabschlüsse sind ebenfalls zu berücksichtigen.
- **Defizite frühzeitig vermeiden:** Erkenntnisse aus dem Schuleingangsscreening, der „IKM Plus“ sowie den vom AMS identifizierten Defiziten sollten im Hinblick auf den Erwerb von Basisqualifikationen und die damit verbundenen Kosten ganzheitlich analysiert und bearbeitet werden. Dabei ist auch die Wirksamkeit fröhkindlicher Bildung und Erziehung zu berücksichtigen. Das Bildungssystem hat sicherzustellen, dass beim Abschluss der Pflichtschule ausreichende Basisqualifikationen vorhanden sind. In diesem Sinne sind auch, um entsprechende Ressourcen für einen effektiven und nachhaltigen Erwerb von Basisqualifikationen bereitzustellen

Lehrausbildung fördern

Empfehlung 3: Die Bundesregierung sollte die bestehenden Unterstützungsmaßnahmen des AMS für den Zugang zur Lehrausbildung gezielt ausweiten und ergänzende Initiativen ergreifen, um die Attraktivität von Lehrberufen nachhaltig zu steigern.

- **Zugang zur Lehrausbildung fördern:** Für Personen, die nach der Pflichtschule keine weitere Ausbildung abschließen, sollte der Zugang zur Lehrausbildung umfassend gefördert werden, unter anderem durch die Herstellung der vorausgesetzten Qualifikationen für die Lehrausbildung.
- **Zielgruppenorientierte Information:** Ein umfassendes Programm zur Erreichung der Zielgruppe und zur Bereitstellung einschlägiger Informationen zu möglichen Ausbildungswegen und -richtungen sollte entwickelt werden.
- **Attraktivität der Lehrausbildung steigern:** Die Attraktivität der Lehrausbildung sollte durch die Qualitätssicherung der Ausbildungsinhalte und gute Arbeitsbedingungen erhöht werden.
- **Verstärkte Anknüpfung von Lehrausbildung an höhere Qualifikation:** Die Anknüpfung der Lehrausbildung an höhere Qualifikationen sollte verbessert werden. Dies sollte sowohl durch einen verstärkten Umstieg von Personen mit Studienberechtigung/Matura in die Lehrausbildung erfolgen, als auch durch eine höhere Durchlässigkeit von Lehrausbildung zur Hochschulausbildung.
- **Lehrstellenangebot verstärken:** Es gilt, Anreize für Unternehmen zu setzen, mehr Lehrstellen zur Verfügung zu stellen.

Aktive Arbeitsmarktpolitik im Strukturwandel stärken

Empfehlung 4: Die Bundesregierung sollte gemeinsam mit dem AMS Qualifizierungsmaßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik auf den regionalen und fachlichen Bedarf abstimmen. Neben der unmittelbaren Vermittlung sollten Qualifizierung und Erreichung dauerhaft höherer Löhne in der Zielorientierung aufgewertet werden.

- **Enge Kooperation zwischen dem AMS und den Arbeitgeber:innen:** Eine enge Kooperation zwischen dem AMS und den Arbeitgeber:innen für die Aus- und Weiterbildung und (Re-)Qualifizierung von Arbeitskräften – unter Gewährleistung einer branchenweiten Einsetzbarkeit von Fachkräften – ist eine Voraussetzung für eine gezielte Verringerung und Verhinderung von Fachkräftemangel und Aufbau der zukünftig nötigen Qualifikationen. Die bestehenden Instrumente der Arbeitsstiftungen und der arbeitsplatznahen

Qualifizierung stellen bereits adäquate Ansätze für die Requalifizierung von Arbeitskräften für bestimmte Branchen und Regionen dar und sollen mit den nötigen Ressourcen für weitere Stärkung ausgestattet werden.

- ▶ **Aufstiegschancen fördern:** Die Höherqualifizierung sollte der (unmittelbaren) Vermittlung nicht nachgekreilt werden. Die Qualifizierung sollte sich dabei an zukünftig und dauerhaft nachgefragten Berufen orientieren, die höhere Löhne ermöglichen. Durch eine Aufwertung der Höherqualifizierung könnten sich die Maßnahmen des AMS stärker an nachgefragten Berufen und der Befriedigung des Fachkräftebedarfs orientieren, insbesondere in den Bereichen digitale Kompetenzen, MINT und Green Skills, und längerfristige, positive Lohneffekte für die geförderten Personen erreichen (AMS, 2025). Ein Fokus auf die unmittelbare Vermittlung kann diese Ziele behindern. Die Bundesregierung sollte in den arbeitsmarktpolitischen Zielvorgaben (AMSG §59 Abs. 2) einen Schwerpunkt setzen, der die Qualifizierungsmaßnahmen des AMS fördert.
- ▶ **Soziale Absicherung:** Die Bundesregierung sollte Maßnahmen ergreifen, um Menschen in der Phase des Strukturwandels sozial abzusichern. Neben den bewährten Instrumenten des Sozialstaats sollte der Fokus stärker auf Aktivierungs- und Qualifizierungsmaßnahmen gelegt werden. Ziel ist es, den Strukturwandel mit Aufstiegschancen und sozialer Mobilität zu verbinden, statt ihn durch passive Transferleistungen zu verlangsamen.
- ▶ **Wirkungsanalysen durchführen:** Bei der Umsetzung der Maßnahmen sollten geeignete Daten mittels hochwertiger Designs erhoben werden, idealerweise auch randomisierte kontrollierte Studien (RCT), und Wirkungsanalysen durchgeführt werden.
- ▶ **Verständnis des Bedarfs an Fachkräften verbessern:** Für eine Verbesserung des Verständnisses des Bedarfs an Fachkräften ist es nötig, Daten über die Berufe bei Arbeitgeber:innen administrativ zu erfassen. Dies könnte im Rahmen einer Meldung dieser Daten an die Sozialversicherung bei der Anmeldung geschehen.

- ▶ **Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien durch eine zukunftsorientierte und konsistente Energieplanung, Maßnahmen zur Sicherung kostengünstiger Energie und eine Steigerung der Energieeffizienz**

Zukunftsorientierte und konsistente Energieplanung zur Sicherung des Industrie- und Technologiestandortes umsetzen

Empfehlung 5: Die Bundesregierung sollte eine adaptive und integrierte Gesamtsystemplanung der Energiewende unter Einbeziehung aller Gebietskörperschaften erstellen. Diese sollte an klar definierten Ausbauzielen und Umsetzungsschritten über das Jahr 2040 hinaus ausgerichtet sein und konsequent umgesetzt werden.

- ▶ **Regionale Energieinfrastruktur mit der überregionalen und nationalen zusammenführen:** Das Ziel der Gesamtplanung sollte vor allem darauf ausgerichtet sein, eine über sämtliche Gebietskörperschaften abgestimmte, integrale Bereitstellung der Energieinfrastruktur zu gewährleisten.
- ▶ **Erneuerbare Ausbaupfade an den erwarteten Verbrauch anpassen:** Der Ausbau der Erneuerbaren ist an den erwarteten Verbrauch anzupassen und technologieübergreifend zu harmonisieren.
- ▶ **Energieraumplanung vereinheitlichen:** Die Energieraumplanung sollte bundesweit vereinheitlicht, rechtlich verbindlich gestaltet und mit den Ausbaupfaden in Einklang gebracht werden.
- ▶ **Monitoring der Umsetzung des EABG:** Die Umsetzung des EABG sollte durch Koordination und Monitoring der Erzeugungsrichtwerte der Länder sichergestellt werden.
- ▶ **Erzeugungsrichtwerte im EABG mit Ausbaupfaden abgleichen:** Im EABG sollten die vorgesehenen Erzeugungsrichtwerte der Länder mit den gesamtwirtschaftlichen Ausbaupfaden abgeglichen werden.
- ▶ **Evidenzbasierte Anpassung und adaptive Steuerung auf Projektebene:** Eine regelmäßige, evidenzbasierte Anpassung und adaptive Steuerung auf Projektebene kann sowohl die Entwicklung von Überkapazitäten als auch von Unterversorgung vermeiden und zugleich flexibel auf die Dynamik unterschiedlicher Standorte reagieren – etwa indem in der Planung auch der Energiebedarf von Rechenzentren berücksichtigt wird.
- ▶ **Speichertechnologien ausbauen:** Der Ausbau von Speichertechnologien sollte beschleunigt und die netzdienliche Nutzung durch monetäre Anreize begünstigt werden.

Weichenstellung für eine nachhaltige Gasversorgung

Empfehlung 6: Die Bundesregierung sollte den Ausbau erneuerbare Gase und Wasserstoff weiter beschleunigen und prioritätär auf die Nutzung in industriellen Prozessen auslegen.

- ▶ **Erneuerbares-Gas-Gesetzes (EGG) zügig umsetzen, sowie langfristige Strategie für Bedarf, Produktion und Einsatz erneuerbarer Gase entwickeln:** Erforderlich sind klare regulatorische und infrastrukturelle Rahmenbedingungen – insbesondere der Aufbau eines Wasserstoff-Startnetzes, die Anbindung an Speicher und die Integration in das EU-Netz. Die rasche Umsetzung des EU-Wasserstoff- und Gasmarktpakets im Gaswirtschaftsgesetz (GWG) ist entscheidend, um Investitionssicherheit und Planungsklarheit zu schaffen.
- ▶ **Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft fördern:** Neben Investitionsförderungen sind beim aktuellen Stand der Technik auch Betriebskostenförderungen notwendig, um langfristige Investitionssicherheit zu gewährleisten. Angesichts der derzeit noch eingeschränkten Wirtschaftlichkeit vieler Anwendungen sollten Förderinstrumente gezielt auf Pilot- und Skalierungsprojekte ausgerichtet werden.
- ▶ **Biomethanpotenziale realistisch und gesamtwirtschaftlich abschätzen:** Dabei ist zu berücksichtigen, dass verschiedene Wirtschaftssektoren um begrenzte Biomasseresourcen konkurrieren und dass Wälder zunehmend von CO₂-Senken zu CO₂-Quellen werden.
- ▶ **CO₂-Abscheidung und -Nutzung (CCU/CCS) fördern:** Entsprechende Produkte sollten möglichst langfristig gebunden oder im Kreislauf geführt werden – etwa durch ihren Einsatz in der Kunststoffproduktion oder in anderen langlebigen Materialien.
- ▶ **Eigenerzeugung von Erdgas für die Überbrückung der Umstiegsphase:** Sowohl im europäischen als auch im österreichischen Kontext sollte die Eigenerzeugung von Erdgas für die Überbrückung der Umstiegsphase in der Energiewende forciert werden, um die Volatilität und Unsicherheit der LNG-Märkte, auf die Österreich und andere EU-Länder infolge des Ukrainekonflikts ausgewichen sind, zu dämpfen.

Kostengünstige Energie sichern, Effizienz steigern

Empfehlung 7: Die Bundesregierung sollte strukturelle Maßnahmen ergreifen, um die Energiekosten der Industrie zu senken und die Preispfade zu stabilisieren.

- ▶ **Kurzfristige Entlastungen mit strukturellen Maßnahmen zur Kostensenkung verknüpfen:** Kurzfristige Entlastungen für energieintensive Unternehmen sollten mit Maßnahmen kombiniert werden, die strukturell zur Kostensenkung beitragen – etwa durch den beschleunigten Ausbau der Netzinfrastruktur und Speicherkapazitäten im Inland.
- ▶ **Übertragungsnetze ausbauen:** Der beschleunigte Ausbau der Übertragungsnetze im Inland und an den europäischen Grenzen ist zentrale Voraussetzung, um erneuerbare Überschüsse effizient zu nutzen, Preisunterschiede zwischen Gebotszonen zu verringern und Systemkosten zu senken.
- ▶ **Wettbewerb am Endkundenmarkt stärken:** Die von BWB und E-Control festgestellten wettbewerblichen Verzerrungen durch Kreuzbeteiligungen und Marktstrukturen erfordern gezielte Eingriffe, um faire Preisbildung und Markttransparenz sicherzustellen.
- ▶ **Effizienz- und Innovationspolitik strategisch verknüpfen:** Energieeffizienzmaßnahmen – auch niedrigschwellige – sind fortzuführen, sollten aber mit technologischer Modernisierung und Wettbewerbsfähigkeit verknüpft werden. Förderungen müssen Innovation in Richtung Produktivität und technologische Erneuerung lenken, nicht nur auf die Minderung von Treibhausgasen fokussieren.
- ▶ **Neue Finanzierungsinstrumente für den Netzausbau entwickeln:** Die alleinige Umlage der Netzkosten auf Verbraucher:innen belastet KMUs und Haushalte überproportional. Durch Green Bonds oder ähnliche kapitalmarktorientierte Instrumente sollten verstärkt private und institutionelle Mittel für den Netzausbau mobilisiert werden.
- ▶ **Europäische Klima- und Industriepolitik koordinieren:** Angesichts ungleicher Klimapolitiken außerhalb Europas und der begrenzten Wirkung des CBAM ist eine stärkere Abstimmung zur Beseitigung der unerwünschten Effekte des Cap-and-Trade Systems der EU im internationalen Wettbewerb erforderlich.

- Koordination auf europäischer Ebene für die rasche Umsetzung von Reformen und Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit intensivieren

Unternehmen bei der Erschließung neuer Absatzmärkte unterstützen und durch Koordination mit den EU-Partnern die Wettbewerbsfähigkeit stärken

Empfehlung 8: Die österreichische Bundesregierung sowie die österreichischen Mitglieder des europäischen Parlaments sollten Bestrebungen auf EU-Ebene zur verstärkten Integration und Nutzung des EU-Binnenmarktes sowie die Ausverhandlung und Ratifizierung zusätzlicher Handelsabkommen mit Drittstaaten unterstützen beziehungsweise vorantreiben.

- **Harmonisierung nationaler Gesetzgebungen im Rahmen der EU-Binnenmarktstrategie unterstützen:** Österreich sollte Bestrebungen zur Harmonisierung nationaler Gesetzgebungen im Rahmen der EU-Binnenmarktstrategie unterstützen. Dies schließt die explizite Berücksichtigung des Ziels einer innereuropäischen Harmonisierung der Rechtsrahmen bei der Umsetzung von EU-Recht in nationales Recht ein. Individuelle Ergänzungen bei der nationalen Umsetzung von EU-Richtlinien führen zu regulatorischer Zersplitterung und schaffen damit zusätzliche Hindernisse für grenzüberschreitende Geschäftstätigkeiten innerhalb der EU.
- **Nationale administrative und bürokratische Prozesse vereinfachen:** Österreich sollte sich im Zuge der Harmonisierung und Vereinfachung nationaler administrativer und bürokratischer Prozesse vermehrt an Best Practice-Ansätzen orientieren und Empfehlungen der Single Market Enforcement Taskforce folgen. Die Reduktion restriktiver und divergierender Regelungen ist insbesondere für die im Rahmen der EU-Binnenmarktstrategie angestrebte Stärkung des Dienstleistungshandels (Zulassungs- und Zertifizierungsregelungen) von Bedeutung.
- **Proaktive Handelspolitik und Ratifizierung bereits ausverhandelter Handelsabkommen:** Die österreichische Bundesregierung sollte im Europäischen Rat der Ratifizierung bereits ausverhandelter Handelsabkommen zustimmen. Hierzu zählen insbesondere das Mercosur-Abkommen, das modernisierte Übereinkommen mit Mexico sowie das erstmalige Übereinkommen mit Indonesien. Darüber hinaus sollte sich Österreich dafür einsetzen, dass laufende Verhandlungen mit bedeutenden Wachstumsregionen wie Indien, Philippinen oder Malaysien intensiv vorangetrieben werden.
- **Abhängigkeiten bei Rohstoffen reduzieren:** Um sich aus strategischen Abhängigkeiten zu befreien, bedarf es einer langfristigen, konsequent umgesetzten europäischen Gesamtstrategie, die auf Diversifizierung, Eigenproduktion und Recycling setzt.
- **Strategische europäische Industriepolitik forcieren:** Eine strategische europäische Industriepolitik sollte auf Koordination, komplementären Stärken und gemeinsamen Zielen basieren und damit den europäischen Industriestandort und dessen Wettbewerbsfähigkeit stärken. Ein Mindestanteil europäischer Wertschöpfung („Made in Europe“) für öffentliche Ausschreibungen sowie die Inanspruchnahme europäischer Förderinstrumente samt Opt-Out-Option bei Gründen, die nicht den Preis betreffen (z. B. Verfügbarkeit), und Erhöhungsoptionen, etwa bei Gefährdung der ökonomischen Sicherheit, unterstützen dieses Ziel. Ebenso erforderlich ist eine gemeinsame Finanzierungsgrundlage für Projekte mit strategischer Bedeutung (z. B. Forschung, Verteidigung), indem Mittel aus europäischen Programmen gebündelt und zentrale Initiativen im EU-Haushalt verankert werden. Die nationale Industriepolitik sollte mit dem European Competitiveness Fund abgestimmt sein, sich sinnvoll und kohärent in die europäische Strategie einordnen und die Vorteile des Binnenmarktes gezielt nutzen.

Markverzerrungen im internationalen Wettbewerb auf EU-Ebene effektiv begegnen

Empfehlung 9: Die Bundesregierung sollte sich auf EU-Ebene für eine Evaluierung sowie eine darauf basierende Weiterentwicklung des handels- und wettbewerbspolitischen EU-Instrumentariums zur Bekämpfung wettbewerbsverzerrender Praktiken im internationalen Handel einsetzen.

- **Wiederaufnahme von Verhandlungen mit China im Hinblick auf das Comprehensive Agreement on Investment:** Die österreichischen Mitglieder des europäischen Parlaments sollten sich für eine Wiederaufnahme von Verhandlungen mit China im Hinblick auf das Comprehensive Agreement on Investment einsetzen. Im Rahmen etwaiger Verhandlungen ist auch eine Aufhebung der chinesischen Sanktionen gegenüber Mitgliedern des europäischen Parlaments anzustreben.
- **EU-Maßnahmen gegen Wettbewerbsverzerrungen im internationalen Handel stärken:** Österreich sollte sich dafür einsetzen, die Notwendigkeit und Möglichkeit zusätzlicher EU-Maßnahmen zu prüfen, um

Wettbewerbsverzerrungen zu begegnen, die das bestehende handelspolitische EU-Instrumentarium nicht umfassend adressiert. Hierfür sollte das bestehende Maßnahmenportfolio zunächst wissenschaftlich fundiert evaluiert werden.

Energiemarktintegration und klimapolitische Koordination in der EU vorantreiben

Empfehlung 10: Die Bundesregierung sollte auf europäischer Ebene auf eine stärkere Marktintegration durch den Ausbau der europäischen Übertragungsnetze und die Stärkung der Interkonnektivität drängen.

- ▶ **Strukturelle Integration der Energiemarkte:** Der europäische Energiebinnenmarkt sollte stärker integriert werden. Aufgrund der langen Verhandlungszeiträume sollte jetzt der politische Prozess für das europäische Marktdesign nach 2030 eingeleitet werden. Dabei sollte sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene dafür einsetzen, es so weiterzuentwickeln, dass es weniger einseitig auf Preissignale setzt und besser gegen extreme Strompreisschwankungen abgesichert ist.
- ▶ **Grenzüberschreitender Netzausbau und Interkonnektivität:** Der Ausbau der Übertragungsnetze an den europäischen Grenzen ist zentrale Voraussetzung, um erneuerbare Überschüsse effizient zu nutzen, Preisunterschiede zwischen Gebotszonen zu verringern und Systemkosten zu senken. Dabei sollte sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene dafür einsetzen, es so weiterzuentwickeln, dass es weniger einseitig auf Preissignale setzt und besser gegen extreme Strompreisschwankungen abgesichert ist.

Der Produktivitätsrat

Der Produktivitätsrat ist ein unabhängiges Gremium, das sich aus fünf weisungsfreien Ökonom:innen und ihren jeweiligen Vertreter:innen zusammensetzt. Die Mitglieder werden von der Bundesregierung, der Wirtschaftskammer Österreich und der Bundesarbeitskammer für die Dauer von sechs Jahren entsandt (siehe Fiskalrat- und Produktivitätsratgesetz 2021, BGBl. I Nr. 226/2021). Daneben nehmen die Österreichische Nationalbank (OeNB) und der Budgetdienst des Parlaments mit beratender Stimme an den regelmäßig stattfindenden Sitzungen des Rates teil. Ein bei der OeNB angesiedeltes Büro mit vier Mitarbeiter:innen unterstützt den Produktivitätsrat bei seinen Aufgaben.

Mitglieder	Ersatzmitglieder
Entsendet von der Bundesregierung	
 <p>em. o. Univ.-Prof. Dr. Christoph Badelt Vorsitzender des Produktivitätsrates Präsident des Fiskalrates © OeNB</p>	 <p>Mag. Dr. Wolfgang Schwarzbauer Leiter des Forschungsbereichs Regionale Wirtschaftspolitik und Außenwirtschaft, EcoAustria © Weinwurm</p>
 <p>Univ.-Prof. Dr. Tobias Thomas Stv. Vorsitzender des Produktivitätsrates Professor für Wirtschaftspolitik, Universität Graz, Schumpeter Centre © OeNB</p>	 <p>Dr. Alfred Katterl Leiter der Abteilung Allgemeine Wirtschaftspolitik, Bundesministerium für Finanzen</p>
 <p>Julia Bachtrögler-Unger, PhD Forschungsgruppe Regionalökonomie und räumliche Analyse, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung © OeNB</p>	 <p>Mag.a Dr.in Silvia Rocha-Akis Forschungsgruppe Arbeitsökonomie, Einkommen und soziale Sicherheit, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung © Alexander Mueller</p>
Entsendet von der Wirtschaftskammer Österreich	
 <p>MMag.a Claudia Huber Leiterin der Abteilung Wirtschaftspolitik der Wirtschaftskammer Österreich © OeNB</p>	 <p>Dr.in Ulrike Oschischnig Leiterin der Abteilung für Statistik der Wirtschaftskammer Österreich</p>
Entsendet von der Bundesarbeitskammer	
 <p>Dr.in Helene Schuberth Leiterin des Volkswirtschaftlichen Referates, Österreichischer Gewerkschaftsbund © OeNB</p>	 <p>Mag. Sepp Zuckerstätter Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik, Arbeiterkammer Wien</p>

Beratende Institutionen

Vertreter:innen des Budgetdienstes des Parlaments



Mag. Paul Eckerstorfer, PhD
Stv. Leiter des Budgetdienstes des
Parlaments
© OeNB



Mag.a Kristina Fuchs, MPA
Leiterin des Budgetdienstes des
Parlaments

Vertreter:innen der Österreichischen Nationalbank



Dr. Gerhard Fenz
Leiter des Referates Konjunktur,
Österreichische Nationalbank

Expert:innenboard

Die Expert:innen beraten den Produktivitätsrat in der Funktionsperiode 29.4.2022–28.4.2028 in Fachfragen. Sie tragen damit zur wissenschaftlichen Qualitätssicherung bei.

Univ.-Prof. Dr. **Jesús Crespo Cuaresma**
Department für Volkswirtschaft, WU Wien

Prof. Dr. **Peter Egger**
Department Management, Technologie und Ökonomie, ETH Zürich

Univ.-Prof. MMag. **Gabriel Felbermayr**, PhD
Direktor des WIFO

Univ.-Prof.in DI Dr.in **Alexia Fürnkranz-Prskawetz**, MA
Institut für Stochastik und Wirtschaftsmathematik, TU Wien

Univ.-Prof. Dr. **Martin Halla**
Department für Volkswirtschaft, WU Wien

Ao. Univ.-Prof.in Dr.in **Karin Heitzmann**, MSc
Institut für Sozialpolitik, WU Wien

Mag.a Dr.in **Claudia Kettner-Marx**, MSc
Senior Economist, WIFO

Univ.-Prof. Mag. Dr. **Wolfgang Lutz**
Institut für Demografie, Universität Wien

Priv.-Doz. Mag. Dr. **Michael Peneder**
Stellvertretender Direktor, WIFO

Mag. **Wolfgang Polt**
Chairman International Support Group for the Austrian Mission Facility

Univ.-Prof. MMag. Dr. **Klaus Prettner**
Department für Volkswirtschaft, WU Wien

Univ.-Prof. **Philipp Schmidt-Dengler**, PhD
Institut für Volkswirtschaftslehre, Universität Wien

Prof.in Dr.in Dr.in h.c. **Monika Schnitzer**
Komparative Wirtschaftsforschung, LMU München; Vorsitzende des deutschen Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Univ.-Doz. Mag. Dr. **Robert Stehrer**
Wissenschaftlicher Leiter, wiiw

Univ.-Prof.in Mag.a Dr.in **Nadia Steiber**
Institut für Soziologie, Universität Wien; IHS

Univ.-Prof. Mag. Dr. **Karl Steininger**
Wegener Center für Klima und Globalen Wandel, Universität Graz

DI Dr. **Matthias Weber**, MA
Head of Center for Innovation Systems & Policy, AIT LISIS, Université Gustave Eiffel

Univ.-Prof.in DI Dr.in **Sonja Wogrin**, MSc
Institut für Elektrizitätswirtschaft und Energieinnovation, TU Graz

Univ.-Prof.in DI Dr.in **Christine Zulehner**
Institut für Volkswirtschaftslehre, Universität Wien

Der gesetzliche Auftrag des Produktivitätsrates

- 1 Mit dem Beschluss des Fiskalrat- und Produktivitätsratgesetzes 2021 (FPRG 2021) ist Österreich Ende 2021 der EU-Ratsempfehlung 2016/C 349/01 zur Einrichtung nationaler Ausschüsse für Produktivität in den Mitgliedsländern nachgekommen. Diese Räte verfolgen das Ziel, Maßnahmen und Reformen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität des jeweiligen Mitgliedslandes zu identifizieren und zu fördern. Dadurch soll die Koordinierung der Wirtschaftspolitik innerhalb des Euroraums verbessert werden. Produktivitätsräte sind unabhängige Organe und unterliegen daher keinerlei Weisungen. Das FPRG 2021 legt folgende Aufgabengebiete für den Produktivitätsrat fest:
 - Diagnose und Analyse der Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität
 - Vergleiche zu globalen Wettbewerbern
 - Analyse politischer Herausforderungen und Bewertung der politischen Optionen (mit Hinweis auf Zielkonflikte zwischen Politikbereichen)
 - Jährliche Berichterstattung über Analysen und Untersuchungsergebnisse an den Nationalrat
 - Aktive Teilnahme an nationalen und internationalen Foren
 - Mitwirkung bei der öffentlichen Meinungsbildung
- 2 Das FPRG 2021 sieht in Übereinstimmung mit der EU-Ratsempfehlung die Erarbeitung von Analysen zu den langfristigen Antriebsfaktoren und Voraussetzungen für Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit auf der Grundlage transparenter und vergleichbarer Indikatoren durch den Produktivitätsrat vor. Dabei sind folgende Kriterien zu berücksichtigen: i) Innovation, ii) die Steigerung der Attraktivität für Investitionen, Unternehmen und Humankapital, und iii) Kosten- und Nichtkostenfaktoren, die Auswirkungen auf die Preise und die Qualität von Waren und Dienstleistungen haben können. Diese Kriterien der EU-Ratsempfehlung werden im FPRG 2021 um die Aspekte der Rechtssicherheit, des Ausbildungsniveaus, der demografischen Struktur, des Umwelt- und des Klimaschutzes sowie der Lebensqualität der Bevölkerung erweitert.
- 3 In den Erläuterungen des Gesetzestextes wird diese Erweiterung mit den Entwicklungen im europäischen Rahmen, wie etwa dem Europäischen Grünen Deal, begründet. Die Wachstumsstrategie der Europäischen Union aus dem Jahr 2019 baut auf den vier komplementären Säulen i) ökologische Nachhaltigkeit, ii) Produktivitätszuwächse, iii) Fairness und iv) makroökonomische Stabilität auf. Der Erläuterungstext des FPRG 2021 hebt mit Blick auf diese Säulen hervor, dass Produktivität nicht nur als Kennzahl der Leistungsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft zu sehen ist, sondern auch auf Grundlage von Aspekten der ökologischen Transformation und sozialen Verantwortung zu interpretieren ist.
- 4 Für die Auslegung des gesetzlichen Auftrages an den Produktivitätsrat sind die Verweise des Gesetzes auf das Bundeshaushaltsgesetz 2013 §2(3) (BHG 2013) und auf das Bundesverfassungsgesetz §13(3) (B-VG) ebenfalls von Bedeutung. Beide Gesetze beschreiben implizit die relevanten Dimensionen eines hohen Lebensstandards in Österreich. In den zitierten Passagen des BHG 2013 stellt der Gesetzgeber klar, dass ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht in der Bundeshaushaltshöchstführung mit folgenden Zielen im Einklang stehen soll: i) einem ausgewogenen Wirtschaftswachstum, ii) der Preisstabilität, iii) einer wettbewerbsfähigen sozialen Marktwirtschaft, iv) der Vollbeschäftigung, v) dem sozialen Fortschritt sowie vi) einem hohen Maß an Umweltschutz und der Verbesserung der Umweltqualität. In den relevanten Abschnitten des B-VG wird darüber hinaus hervorgehoben, dass Bund, Länder und Gemeinden in ihrer Haushaltshöchstführung die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern anzustreben haben. Aufgrund des gesetzlichen Auftrags ist der thematische Rahmen, der durch den Produktivitätsrat abgedeckt werden soll, deutlich weiter gefasst als in anderen nationalen Produktivitätsräten, deren Analysen sich stärker auf die Determinanten und Leistungsindikatoren des Produktivitätswachstums konzentrieren (vgl. Pilat, 2023).

Teil 1: Monitoring der nachhaltigen Wettbewerbsfähigkeit Österreichs im internationalen Vergleich

Kapitel 1: Einleitung

Kapitel 2: Politikbereich „Wirtschaft“

Kapitel 3: Politikbereich „Soziales“

Kapitel 4: Politikbereich „Umwelt“

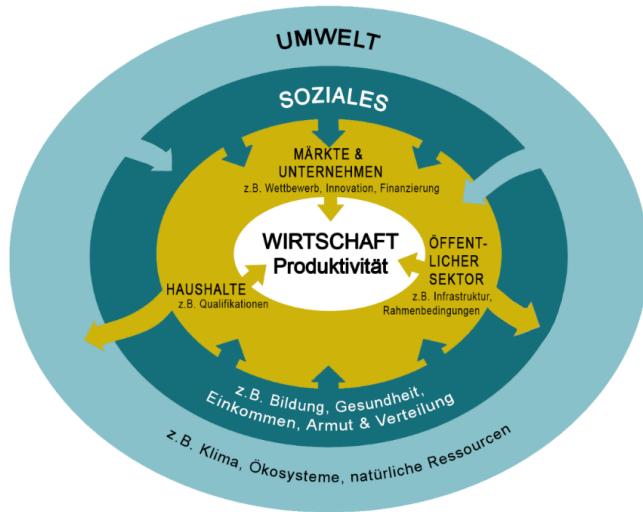
Online-Dashboard: <https://www.produktivitaetsrat.at/dashboard>

1. Einleitung

1.1 Nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit

- 5 Dem breiten inhaltlichen Auftrag folgend orientiert sich der Produktivitätsrat am [Beyond-GDP-Ansatz](#) (vgl. Stiglitz et al., 2009). Dabei steht die Befähigung der Menschen im Vordergrund, jetzt und in Zukunft ein sinnerfülltes Leben führen zu können (► Abbildung 1.1). Diese hängt von den Verwirklichungschancen ab, die sich den Mitgliedern einer Gesellschaft bieten. Diese Chancen werden vor allem von drei individuellen Faktoren beeinflusst: i) dem materiellen Lebensstandard (Einkommen, Konsum und Vermögen), ii) Gesundheit und iii) Bildung. Diese individuellen Faktoren sind vom wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Umfeld beeinflusst (Sen, 1985, 1999). Diese drei Dimensionen stehen wiederum in fortwährender Wechselwirkung zueinander. Sie müssen daher gemeinsam betrachtet werden, um eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen.

Abbildung 1.1: Schematische Darstellung des Beyond-GDP-Ansatzes



Quelle: Produktivitätsrat.

- 6 Im Beyond-GDP-Ansatz sind das dauerhaft verfügbare Haushaltseinkommen sowie die Wahlmöglichkeiten zwischen materiellen und immateriellen Gütern und Diensten zentrale Determinanten der Lebensqualität und des Wohlbefindens. Die Messung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit auf der Grundlage des Bruttoinlandsprodukts (BIP) pro Kopf und der Produktivitätsentwicklung bleibt weiterhin wichtig. Jedoch wird sie als Mittel zur Förderung einer hohen Lebensqualität betrachtet, die auch von wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Teilhabe geprägt ist. Diese Teilhabe hängt wiederum von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ab, die den Erwerb und die Förderung der hierfür erforderlichen Fähigkeiten ermöglichen.
- 7 Derzeit besteht kein Konsens über die Messung von Wettbewerbsfähigkeit gemäß den Beyond-GDP-Zielen.³ Internationale Organisationen und statistische Ämter haben verschiedene Ansätze zur Messung von wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Fortschritt auf Basis des Beyond-GDP-Ansatzes entwickelt. Die [UN-Agenda 2030](#) wurde 2015 von der UNO-Generalversammlung angenommen und stellt derzeit durch ihre Sustainable Development Goals (SDGs) einen wichtigen politischen Rahmen für die Erreichung von ökonomischer, ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit dar. Andere Initiativen wie [How's Life?](#) (OECD), [Green Growth](#) (OECD) oder die [EU-Agenda 2030](#) konzentrieren sich auf ähnliche Ansätze und befürworten eine breitere Messung von Wohlstand und gesellschaftlichem Fortschritt, die über das

³ Fleurbaey (2009), Vladimirov et al. (2023).

BIP hinausgeht und ökonomische, ökologische und soziale Entwicklungen umfasst. Mit dem [Human Development Index \(HDI\)](#) (UNO) liegt bereits seit 1990 ein Indikator vor, der die in ►Absatz 5 genannten Faktoren des Wohlstandes in einer einzigen Kennzahl zusammenfasst. Die Europäische Kommission hat sich schon 2007 mit der Frage der Wohlstandsmessung unter dem Titel „[Beyond-GDP](#)“ auseinanderge setzt und legte 2021 mit dem [Transition Performance Index](#) einen am Beyond-GDP-Ansatz orientierten Anzeiger vor. Die OECD hat ab 2015 den [Better-Life-Index](#) aufgebaut. In Österreich hat die Statistik Austria bis 2021 mit „[Wie geht es Österreich?](#)“ ein dem Beyond-GDP-Gedanken entsprechendes Dashboard berechnet. Seitdem bietet Statistik Austria auf ihrer Website ein umfangreiches [Monitoring der 17 UN-SDGs](#) auf Basis von rund 260 Indikatoren.

- 8 Der Produktivitätsrat (2023) hat auf dem [WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit](#) aufbauend ein erweitertes Monitoring aufgesetzt, das eine umfassende Einschätzung der Entwicklung der nachhaltigen Wettbewerbsfähigkeit Österreichs ermöglicht⁴. Demnach bildet nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit die „Fähigkeit eines Wirtschaftssystems“ ab, „nachhaltig hohe reale Einkommen zu schaffen und die sozialen und ökologischen Lebensverhältnisse unter fortlaufender Veränderung und Gestaltung der Rahmenbedingungen zu verbessern“. Das Monitoring wird kontinuierlich den Erfordernissen angepasst.
- 9 Das Monitoring des Produktivitätsrates wird auch in einem [Online-Dashboard](#) zur Verfügung gestellt. Dieses ermöglicht Ländervergleiche und Trendanalysen sowie den Download von Grafiken und allen Daten, die in das Monitoring einfließen. Kurzbeschreibungen und Interpretationen der Indikatoren werden bereitgestellt. Das Dashboard bietet neben dem Datenstand zum Redaktionsschluss des jährlichen Produktivitätsberichtes auch den Zugriff auf die jeweils aktuell verfügbaren Daten. Es wurde im aktuellen Berichtsjahr nochmals überarbeitet und angepasst.
- 10 Viele Indikatoren des Monitorings haben strukturellen Charakter, d. h. sie verändern sich nur langsam über die Zeit und relativ zu den Vergleichsländern. Aussagekräftige Veränderungen dieser Indikatoren zeigen sich daher erst in einer mittel- bis langfristigen Betrachtung. Der Produktivitätsrat folgt daher in der Darstellung des Monitorings einem **drei jährigen Zyklus**. Im ersten Jahr eines Zyklus bietet der Produktivitätsbericht eine umfassende Analyse aller Dimensionen und Einzelindikatoren des Monitorings. Der Produktivitätsbericht 2023 markierte den Beginn des aktuellen Zyklus. In den beiden darauffolgenden Jahren wird das Monitoring im Produktivitätsbericht kürzer dargestellt. Der Fokus liegt dann auf vertiefenden Analysen zu Themen, die für die nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit Österreichs besonders relevant sind.

1.2 Konzeptive Anmerkungen zum Monitoring

- 11 Das Monitoring des Produktivitätsrates definiert die **nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit** als die Gesamtheit der Institutionen, politischen Maßnahmen und Faktoren, die sicherstellen, dass eine Volkswirtschaft langfristig produktiv bleibt und gleichzeitig soziale und ökologische Nachhaltigkeit gewährleistet (Bilbao-Osorio et al., 2013). **Soziale Nachhaltigkeit** bedeutet, dass alle Menschen Zugang zu Gesundheit, Teilhabe und Sicherheit haben und bestmöglich zum wirtschaftlichen Wohlstand des Landes beitragen und davon profitieren können. Sie trägt außerdem dazu bei, die Kopenhagener Kriterien des Art. 2 des Vertrags über die Europäische Union ([EUV](#)) langfristig zu erfüllen. Die **ökologische Nachhaltigkeit** erfordert ein sorgfältiges Management der natürlichen Ressourcen innerhalb der festen biophysischen Grenzen, um Wohlstand in der Gegenwart und in der Zukunft zu ermöglichen.
- 12 Diesen angeführten Definitionen folgend stützt sich das Monitoring auf Schlüsselindikatoren aus **drei breitgefassten Politikbereichen** bzw. Säulen: **Wirtschaft**, **Soziales** und **Umwelt**. Diese werden ►Abbildung 1.1 entsprechend von innen nach außen gehend in den folgenden ►Kapiteln 2, 3 und 4 behandelt.

⁴ Eine ausführliche Diskussion der Indikatoren, ihrer Vor- und möglichen Nachteile gegenüber Alternativen sowie etwaiger Limitationen der Aussagekraft oder Vergleichbarkeit findet sich im Produktivitätsbericht 2023 (Produktivitätsrat, 2023) sowie in der dem Monitoring zugrundeliegenden Studie (Peneder et al., 2023) und findet jeweils im ersten Jahr eines dreijährigen Zyklus erneut statt.

Der Politikbereich „Wirtschaft“ bildet dabei jene Faktoren ab, die im Zusammenhang mit nachhaltig hohen Einkommen und materiellem Wohlstand stehen. Sie bestimmen somit die Leistungsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft. Der Politikbereich „Soziales“ umfasst die Faktoren, die zur Sicherung einer hohen Lebensqualität beitragen bzw. die es den Mitgliedern der Gesellschaft ermöglichen, einen hohen Lebensstandard und ein hohes Wohlbefinden zu erreichen. Der Politikbereich „Umwelt“ bildet jene Faktoren ab, die die Fähigkeit bestimmen, Versorgungssicherheit und Lebensqualität über Generationen hinweg durch eine effiziente und nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen zu gewährleisten. ► Abbildung 1.2 bietet einen Überblick über die drei Säulen, ihre thematische Untergliederung und die für jedes Themenfeld ausgewählten Indikatoren(gruppen).

- 13 Für die wirtschaftspolitische Bewertung der empirischen Befunde gemäß FPRG 2021 ist es notwendig, je Politikbereich zwischen Leistungsindikatoren und Bestimmungsfaktoren zu unterscheiden. Daher wurden alle Indikatoren der drei Säulen in den Tabellen zu Beginn der Kapitel 2 bis 4 als Input oder Output klassifiziert. Auf aggregierter Ebene kann diese Einteilung aufgrund der vielfältigen Wechselwirkungen je nach Thema und Analysezusammenhang variieren.
- 14 Wettbewerbsfähigkeit beinhaltet üblicherweise den Vergleich wirtschaftlicher Einheiten zur Analyse der Erreichung von Zielen und Identifizierung von Verbesserungspotenzialen. Der Produktivitätsrat verzichtet daher auf die Berechnung aggregierter Indizes je Politikbereich. Die gewählte Darstellung der Indikatoren über die Zeit und im internationalen Vergleich ermöglicht eine differenzierte Auseinandersetzung mit den Entwicklungen einzelner Indikatoren sowie spezifischer Themenfelder innerhalb der breiten Politikbereiche. Zur Verdichtung der Information wird in einigen Themenfeldern des Politikbereiches „Wirtschaft“ auf aggregierte Indizes zurückgegriffen.
- 15 Die Vergleichseinheiten im Monitoring umfassen die 27 EU-Länder (**EU27** bzw. **EU**), den Durchschnitt der 20 Euroländer (**EA20** bzw. **EA**) sowie die **BENESCAND**-Ländergruppe (Belgien, Niederlande, Schweden, Finnland, Dänemark)⁵. Diese Auswahl beruht vor allem auf der guten Vergleichbarkeit der geoökonomischen und institutionellen Rahmenbedingungen. Vergleiche mit außereuropäischen Volkswirtschaften wären aufgrund begrenzter Datenverfügbarkeit nur in wenigen Bereichen möglich und könnten zu inkonsistenten Darstellungen führen. Der europäische Vergleich bietet zudem methodische Vorteile durch die breite Verfügbarkeit harmonisierter Daten. Wenn möglich, werden gewichtete Mittelwerte der Ländergruppen verwendet. Die Länderkürzel entsprechen der [ISO-3166 Klassifikation](#) und sind im ► Anhang aufgeführt.
- 16 Das Monitoring des Produktivitätsrates wurde in diesem Jahr um Indikatoren in der **Dimension Produktionskosten** innerhalb der Säule „Wirtschaft“ erweitert. Neben einem Indikator für die Entwicklung der Lohnstückkosten sind das Indikatoren für Entwicklung der Energiekosten für Unternehmen (siehe ► Textbox 1.1).

Textbox 1.1: Änderungen des Monitorings im Produktivitätsbericht 2025 gegenüber 2024

Nominelle Lohnstückkosten (NLSK)

Für die Preissetzung von Unternehmen und somit auch ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit ist die Entwicklung der Produktionskosten je produzierter Einheit von zentraler Bedeutung. Lohnkosten spielen dabei als bedeutende Kostenposition eine wichtige Rolle. Lohnstückkosten gelten deshalb sowohl auf betrieblicher als auch auf gesamtwirtschaftlicher Ebene als zentraler Indikator für die **preisliche Wettbewerbsfähigkeit** eines Unternehmens beziehungsweise einer Volkswirtschaft im

⁵ Die BENESCAND-Länder wurden ausgewählt, weil sie wie Österreich kleine offene Volkswirtschaften in der EU mit einem hohen Niveau an wirtschaftlicher Entwicklung und teilweise ähnlichen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sind. Diese Länder überlappen stark mit der Gruppe der sogenannten Innovation-Leader, die im Europäischen Innovationsanzeiger regelmäßig als innovativste Volkswirtschaften Europas geführt werden.

internationalen Vergleich. Im Monitoring werden Daten zu nominellen Lohnstückkosten (NLSK) von Eurostat (Serie *nama_10_lp_ulc*) verwendet. Diese Datenreihe bildet als Index das gesamtwirtschaftliche Verhältnis der Arbeitskosten zur Arbeitsproduktivität ab.

Die **Arbeitskosten** werden als Quotient der Arbeitnehmerentgelte (zu laufenden Preisen) und der geleisteten Arbeitsstunden definiert. Die **Arbeitsproduktivität** ergibt sich aus dem Verhältnis des kettenindexierten Bruttoinlandsproduktes (BIP, Basisjahr 2015) zu Marktpreisen (in Millionen Euro) zu den insgesamt geleisteten Arbeitsstunden. Durch die Verwendung des Volumenindex des BIP wird das tatsächliche Produktionsvolumen von Waren und Dienstleistungen berücksichtigt.

Dieser Indikator ist auch Bestandteil des **Scoreboards im Verfahren zu makroökonomischen Ungleichgewichten** der Europäischen Kommission (MIP-Scoreboard). Dort wird die prozentuale Veränderung der NLSK über einen Zeitraum von drei Jahren dargestellt. Zur Bewertung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Euro-Länder werden die NLSK gemeinsam mit weiteren Indikatoren wie dem real-effektiven Wechselkurs, der Exportleistung, der Leistungsbilanz und der internationalen Investitionsposition herangezogen.

Obwohl die NLSK auf Unternehmensebene ein aussagekräftiger Maßstab für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit sind, müssen bei ihrer Anwendung auf gesamtwirtschaftlicher Ebene verschiedene Einschränkungen berücksichtigt werden:

- Internationale Vergleichbarkeit: Die Entwicklung der NLSK muss im Verhältnis zu den wichtigsten internationalen Wettbewerbern betrachtet werden (vgl. z. B. Bitschi und Meyer, 2024). Da die dafür nötigen Daten oft verzögert vorliegen, sind Aussagen zu aktuellen Entwicklungen nur eingeschränkt möglich.
- Einfluss von Inflation: Die Inflationsentwicklung bestimmt die Entwicklung der NLSK wesentlich. Die geldpolitische Strategie von Zentralbanken, die üblicherweise eine geringe, aber positive Inflationsrate anstrebt, ist ein Bestimmungsfaktor der Inflationsentwicklung. Dementsprechend ist ein kontinuierlicher Anstieg der NLSK zu erwarten und stabile NLSK sind nicht realistisch.
- Sektorale Unterschiede: Die NLSK variieren stark zwischen einzelnen Wirtschaftszweigen (z. B. Herstellung von Waren vs. Dienstleistungssektoren). Ein aggregierter Wert, der auf Grundlage der Wertschöpfung in allen Sektoren berechnet wird, kann daher branchenspezifische Wettbewerbsspielräume inkorrekt abbilden.
- Konjunkturelle Schwankungen: Produktivitätsentwicklungen unterliegen konjunkturellen Einflüssen, was kurzfristige Schwankungen der NLSK zur Folge haben kann.
- Handelbarkeit des Outputs: In die Berechnung fließen sowohl Sektoren mit handelbarem als auch mit nicht handelbarem Output ein. Dies kann die Wettbewerbsfähigkeit exportorientierter Branchen verzerrt darstellen.
- Unterschiedliche Bezugsgrößen: Die Arbeitskosten basieren auf der Lohnsumme unselbstständig Beschäftigter, während die Produktivität auf den Arbeitsstunden aller Erwerbstätigen (inkl. Selbstständiger) beruht. Die beiden Größen sind daher nicht direkt vergleichbar. Internationale Vergleiche sind aufgrund von Unterschieden in der Beschäftigungsstruktur verzerrt.

Die auf aggregierten Daten basierenden NLSK stehen zwar mit den unternehmensspezifischen Lohnstückkosten in Zusammenhang, können jedoch durch strukturelle Faktoren ein verzerrtes Bild liefern. Daher sollten die NLSK stets im Kontext weiterer Indikatoren zur preislichen und nicht-preislichen Wettbewerbsfähigkeit sowie in Verbindung mit branchenspezifischen Analysen interpretiert werden.

Energiekosten für Unternehmen

Durch geopolitische Ereignisse und die Energiewende hat die Entwicklung der Energiekosten in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen. Energie stellt einen **unverzichtbaren Produktionsfaktor in nahezu allen industriellen Prozessen** dar. Steigende Energiekosten wirken sich unmittelbar auf die Kostenstruktur von Unternehmen aus und beeinflussen deren Preisgestaltung, Gewinnmargen sowie Investitionsentscheidungen. Besonders betroffen sind energieintensive Branchen wie die

Chemieindustrie, Metallverarbeitung oder Papierherstellung, da Energie dort einen erheblichen Anteil an den Gesamtkosten ausmacht.

Darüber hinaus spielen Energiekosten eine zentrale Rolle bei Standortentscheidungen und der Attraktivität von Investitionen. Energiekosten sind eng mit wirtschafts- und klimapolitischen Zielen verknüpft. Sie beeinflussen die Anreize für Effizienzsteigerungen, technologische Innovationen sowie Investitionen in erneuerbare Energien.

Ein kontinuierliches Monitoring der Energiekosten ermöglicht es, Risiken durch hohe oder stark schwankende Energiepreise frühzeitig zu erkennen. Es liefert wichtige Hinweise für energie- und industrielpolitische Maßnahmen. Im Monitoring liegt der **Fokus auf Erdgas- und Strompreise**, die für die meisten Unternehmen die zentrale Energiekostenkomponente darstellen.

Die Eurostat-Datenreihen *nrg_pc_203_c* (Erdgas) und *nrg_pc_205_c* (Strom) enthalten Informationen zu den Endverbraucherpreisen für Nicht-Haushalte, differenziert nach Verbrauchsbandbreiten.

Zwar setzen sich die gesamten Energiekosten der Unternehmen aus allen genutzten Energieträgern zusammen und entsprechen einem gewichteten Durchschnittspreis. Eurostat stellt aber lediglich Daten zu Erdgas und Strom bereit. Für Branchen mit hohem Einsatz anderer Energieträger wie Öl, Kohle oder Fernwärme ist die Aussagekraft daher begrenzt. Analysen der letzten Jahre zeigen jedoch, dass Erdgas und Strom in der **Mehrheit der Industriebranchen** dominieren.

Die beiden Datenreihen bilden somit eine wertvolle Grundlage für ein Monitoring der internationalen preislichen Wettbewerbsfähigkeit. Für ein vollständiges Bild sollten sie jedoch um branchenspezifische Informationen zu weiteren Energieträgern ergänzt werden.

Abbildung 1.2: Übersicht über die Indikatoren des Monitorings der Wettbewerbsfähigkeit Österreichs

Wettbewerbsfähigkeit Österreichs		
Wirtschaft	Soziales	Umwelt
<p>Pro-Kopf-Einkommen und Produktivität</p> <ul style="list-style-type: none"> BIP pro Kopf Arbeitsproduktivität Multifaktorproduktivität <p>Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit</p> <ul style="list-style-type: none"> Bruttoanlageinvestitionen Arbeitsvolumen <p>Produktionskosten</p> <ul style="list-style-type: none"> Abgabenquote Lohnstückkosten Energiekosten <p>Außenhandel</p> <ul style="list-style-type: none"> Logistics Performance Index (LPI) Globalisierungsindex Globale Lieferketten Weltmarktanteile an Warenexporten Komplexität der Warenexporte <p>Wettbewerb</p> <ul style="list-style-type: none"> Gründungsrate Nettobetriebsüberschüsse <p>Innovation und technologischer Wandel</p> <ul style="list-style-type: none"> F&E-Ausgaben Anteil innovierender Unternehmen (Triadische) Patente & ihre Qualität <p>Qualifikation und Humankapital</p> <ul style="list-style-type: none"> Öffentliche Bildungsausgaben MINT-Absolvent:innen PISA-Scores <p>Finanzierung der Unternehmen</p> <ul style="list-style-type: none"> Marktkapitalisierung Risikokapital Finanzierungsbeschränkungen <p>Digitalisierung</p> <ul style="list-style-type: none"> Digitale Infrastruktur Digitale Kompetenzen Digitale Transformation der Unternehmen Digitalisierung der öffentlichen Dienste <p>Öffentliche Institutionen</p> <ul style="list-style-type: none"> Mitspracherecht und Verantwortlichkeit Politische Stabilität, Abwesenheit von Gewalt Leistungsfähigkeit der Regierung Staatliche Ordnungspolitik Rechtsstaatlichkeit 	<p>Ausgaben für den Sozialschutz</p> <ul style="list-style-type: none"> Sozialquote <p>Gesundheit</p> <ul style="list-style-type: none"> Gesunde Lebensjahre bei der Geburt (Sehr) guter Gesundheitszustand Chronische Erkrankungen Arbeitsunfälle <p>Bildung und Qualifikation</p> <ul style="list-style-type: none"> Abschluss über Pflichtschule Teilnahme an Weiterbildung <p>Arbeitsmarkt</p> <ul style="list-style-type: none"> Arbeitslosenquote NEET-Rate Beschäftigungsquote (VZÄ) Erwerbsquote der 55–64-Jährigen Gender-Gap der Beschäftigungsquote Niedriglohnempfänger:innen <p>Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit</p> <ul style="list-style-type: none"> Betreuungsquote: Unter-3-Jährige Betreuungsquote: 3 Jahre bis Schulpflicht <p>Einkommen, Armut und Verteilung</p> <ul style="list-style-type: none"> Verfügbare Haushaltsäquivalenzeinkommen Absolute Armut (Erhebliche materielle und soziale Deprivation) Relative Armut (Armutgefährdungsquote) Einkommensquintilverhältnis Verteilung der Nettovermögen 	<p>Klima und Treibhausgase</p> <ul style="list-style-type: none"> Treibhausgasemissionen CO₂-Intensität je BIP CO₂-Intensität je BIV Anteil Bahn am Güterverkehr Anteil öffentlicher Personenverkehr <p>Energie: Intensität und Nutzung</p> <ul style="list-style-type: none"> Energieimporte in % des Energieverbrauchs Energieintensität je BIP Erneuerbare Energieträger in % des Energieverbrauchs Preise für Energieimporte <p>Kreislaufwirtschaft und Materialverbrauch</p> <ul style="list-style-type: none"> Materieller Fußabdruck Inländischer Materialverbrauch Ressourcenproduktivität Nutzung wiederverwendbarer Stoffe <p>Ökosystem und Biodiversität</p> <ul style="list-style-type: none"> Geschätzte Bodenerosion durch Wasser Siedlungsfläche pro Kopf Für ökologische Landwirtschaft genutzte Fläche Versiegelte Fläche pro Kopf <p>Umweltinstrumente und Innovationsleistung</p> <ul style="list-style-type: none"> Umweltpatente Umweltabgaben

Anmerkung: In den ►Tabellen 2.1, 3.1 und 4.1 und den jeweiligen Abschnitten des Berichtes werden einige der Indikatorengruppen weiter disaggregiert dargestellt.

2. Politikbereich „Wirtschaft“

2.1 Das Wichtigste auf einen Blick

Pro-Kopf-Einkommen und Produktivität

Österreichs **Wirtschaftsleistung pro Kopf** ist hoch, aber infolge der Rezession 2023 und 2024 am aktuellen Rand rückläufig und geringer als noch im Jahr 2019. Die **Arbeitsproduktivität** ging in Österreich 2024 erneut zurück. Die heimische Industrie steht unter wachsendem Druck, u. a. infolge der Energiekrise, protektionistischer Tendenzen im Welthandel und Chinas zunehmender industrieller Dominanz.

Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit

Die rege **Investitionstätigkeit** in Österreich ist – trotz der gedämpften Entwicklung am aktuellen Rand infolge der schwachen Konjunktur und der ausgeprägten Unsicherheit – Stütze der weiterhin überdurchschnittlich hohen Arbeitsproduktivität in Österreich. Neben dem demografischen Wandel wird der Rückgang der Arbeitsstunden pro beschäftigter Person zunehmend zu einem limitierenden Faktor für die Entwicklung des Arbeitsangebots.

Produktionskosten

Die überdurchschnittliche Dynamik der **Lohnstückkosten** infolge des Rückgangs der Produktivität und der Hochinflationsphase, die u. a. zum OECD-weit höchsten Anstieg der Kollektivvertragslöhne führte, sowie die hohen **Energiekosten** verschlechterten die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Unternehmen. 2025 wird Österreich die EU-weit höchste **Abgabenquote** erreichen.

Finanzierung der Unternehmen

Österreichs Unternehmen sehen sich zunehmend mit **Finanzierungsbeschränkungen** bei Investitionen konfrontiert. Die Außenfinanzierung über Bankkredite ist anhaltend hoch, wohingegen die Nutzung von Eigenkapital und Risikokapital zur Unternehmensfinanzierung in Österreich weiterhin unentwickelt ist.

Wettbewerb

Der Abwärtstrend bei den **Nettobetriebsüberschüssen** beschleunigte sich. Die **Unternehmensdynamik** – und folglich die Chance auf einen beschleunigten Strukturwandel und eine Steigerung der Produktivitätsentwicklung – zeigte sich in Österreich abermals vergleichsweise träge.

Außenhandel

Der **Weltmarktanteil** der österreichischen Warenexporte ging im Jahr 2024 sprunghaft zurück. Stark gestiegene Energie- und Lohnstückkosten, die starke Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar seit Jahresbeginn 2025 und die schwache außenwirtschaftliche Nachfrage erzeugen zusätzlichen Druck.

Qualifikation und Humankapital

Die österreichischen **PISA-Scores** im Primar- und Sekundarbereich liegen trotz vergleichsweise geringen Einbrüchen infolge der COVID-19-Pandemie nur im EU-Mittelfeld. Die Ausgaben im Tertiärbereich je Studierende nehmen seit 2019 deutlich zu. Dennoch stagnierte die Zahl von **MINT-Absolvent:innen**, die im Kontext der Digitalisierung und neuer Technologien dringend benötigt werden.

Innovation und technologischer Wandel

Österreich gilt zwar als **starker Innovator**, verliert aber trotz hoher **F&E Ausgaben** zunehmend Boden gegenüber den innovationsstärksten BENESCAN-Ländern. Diese Entwicklung entspricht nicht den Zielen der österreichischen FTI-Strategie.

Digitalisierung

Die digitalen **Kompetenzen** der österreichischen Bevölkerung, die digitale **Infrastruktur** sowie die **Digitalisierung der Unternehmen und der öffentlichen Dienste** sind EU-weit eher Mittelmaß. Das gesteckte Ziel, bis 2030 zu den Innovationsführern im Bereich der Digitalisierung aufzuschließen, dürfte klar verfehlt werden.

Öffentliche Institutionen

Das Vertrauen in die öffentlichen Institutionen ist in Österreich traditionell hoch, in den Bereichen **politische Stabilität** sowie **Korruptionskontrolle** fiel Österreich in den letzten Jahren aber deutlich zurück.

Tabelle 2.1: Überblick über die Indikatoren der Säule „Wirtschaft“⁶

Dimension/ Indikator	1. Rang in EU27: Wert	Wert (vs. Vorjahr)	Österreich				
			Rang in EU27 (vs. 2010)	EU27	gegenüber BENE-SCAND		
BIP pro Kopf und Produktivität							
Output-Indikatoren							
BIP pro Kopf, 2024 real (Basisjahr 2020) und kaufkraftbereinigt, Tsd. EUR	Luxemburg: 76,9	39,2 (-1,7%)	6 (-3)	●	●		
Arbeitsproduktivität, 2024 BIP (real, Basisjahr 2020, und kaufkraftbereinigt, EUR) je Std.	Irland: 83,9	50 (-0,2%)	8 (+0)	●	●		
Multifaktorproduktivität, 2024 Index (2010 = 100)	Irland: 166,9	105 (-0,9 PP)	20 (.)	●	●		
Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit							
Input-Indikatoren							
Bruttoanlageinvestitionen, 2024 in % des BIP (kaufkraftbereinigt)	Estland: 27,9	25,1 (-0,1 PP)	4 (+12)	●	●		
Arbeitsvolumen, 2024 in Std. pro Kopf	Luxemburg: 1108,3	783,7 (-1,5%)	19 (-11)	●	●		
Arbeitsvolumen, 2024 in Std. je Beschäftigten	Griechenland: 2002,5	1522,7 (-1,1%)	22 (-4)	●	●		
Erwerbspersonen, 2024 in % der Bevölkerung	Malta: 58,5	52,7 (-0,2 PP)	16 (-7)	●	●		
Beschäftigte, 2024 in % der Erwerbspersonen	Tschechien: 97,5	95 (-0,1 PP)	13 (-11)	●	●		
Produktionskosten							
Input-Indikatoren							
Abgabewert, 2024 in % des BIP	Irland: 45,1	44,5 (+1,4 PP)	26 (-3)	●	●		
Nominelle Lohnstückkosten, 2024 Index (2015 = 100)	Irland: 106	136,6 (+10,1 PP)	14 (-6)	●	●		
Erdgaspreise für Unternehmen, 2024 EUR je MWh relativ zu EU27 — ohne CY, MT, SE	Bulgarien: 47,4	92 (+5,2 PP)	15 (-8)	●	●		
Elektrizitätspreise für Unternehmen, 2024 EUR je MWh relativ zu EU27	Schweden: 45,2	98,4 (-10,2 PP)	18 (-1)	●	●		
Außenhandel							
Input-Indikatoren							
Logistics Performance Index, 2023 Skala (0–5)	Finnland: 4,2	4 (-0 Punkte)	5 (+5)	●	●		
Output-Indikatoren							
Globalisierungsindex, 2022 0–100	Niederlande: 89,7	87,6 (-0,1 PP)	5 (+0)	●	●		
Internationale Lieferketten, 2022 Anteil an Produktion in %	Luxemburg: 66,7	30,6 (+2,8 PP)	15 (-3)	●	●		
Weltmarktanteil an Warenexporten, 2024 Index (2010 = 100)	Zypern: 199,3	88,9 (-6,1 PP)	19 (.)	●	●		
Komplexität der Warenexporte, 2022 Skala -2,7 bis +2,7 — ohne LU	Deutschland: 2	1,7 (-1,8%)	4 (+1)	●	●		
Wettbewerb							
Input-Indikatoren							
Gründungsrate, 2023 in % der aktiven Unternehmen	Litauen: 19,6	6,2 (+0 PP)	27 (-13)	●	●		
Output-Indikatoren							
Netto-Betriebsüberschüsse, 2024 in % des BIP	Irland: 42,9	17,2 (-2,2 PP)	25 (-5)	-	-		
Innovation und technologischer Wandel							
Input-Indikatoren							
F&E-Quote, 2023 in % des BIP	Schweden: 3,6	3,3 (+0,1 PP)	3 (+1)	●	●		
F&E auslandsfinanziert, 2023 in % des BIP	Irland: 0,7	0,6 (+0 PP)	4 (-3)	-	-		
Unternehmens-F&E-Quote, 2023 in % des BIP	Belgien: 2	1,7 (+0,1 PP)	4 (+0)	●	●		
Output-Indikatoren							
Anteil innovierender Unternehmen¹, 2022 in % der Unternehmen mit Innovationstätigkeiten	Belgien: 70,3	56,7 (-3,3 PP)	8 (+0)	●	●		
Triadische Patente, 2019 je Mio. Einwohner:innen	Schweden: 73,1	43,3 (+3,1%)	7 (-2)	●	●		
Index der Patentqualität, 2019 Perzentilenrang	Luxemburg: 81	63 (-7 PP)	5 (+4)	●	●		

⁶ Die Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) vom 30.09.2025 wurde ausschließlich bei den Lohnstückkosten berücksichtigt. Für alle übrigen VGR-Reihen waren die revidierten Daten zum Redaktionsschluss noch nicht verfügbar, da die entsprechende Datenquelle (AMECO) erst mit dem nächsten Update Mitte November 2025 aktualisiert wird.

Fortsetzung: Überblick über die Indikatoren der Säule „Wirtschaft“

Dimension/ Indikator	1. Rang in EU27: Wert	Wert (vs. Vorjahr)	Rang in EU27 (vs. 2010)	Österreich gegenüber					
				EU27	BENE-SCAND	Verlauf seit 2010*			
Qualifikation und Humankapital									
Input-Indikatoren									
Öffentl. Bildungsausgaben: Primarstufe ¹ , 2022 in % des BIP — ohne HR	Schweden: 1,9	0,9 (-0 PP)	19 (+0)	●	●				
Öffentl. Bildungsausgaben: Sekundarstufe ¹ , 2022 in % des BIP — ohne IE	Belgien: 2,4	1,9 (-0,1 PP)	11 (-4)	●	●				
Öffentl. Bildungsausgaben: Tertiärbereich ¹ , 2022 Tsd. EUR je Studierende — ohne IE	Luxemburg: 45,3	18,3 (+6,2%)	5 (+0)	●	●				
Output-Indikatoren									
MINT-Absolvent:innen, ISCED 5–8 ² , 2023 je 1.000 20–29-Jährige	Irland: 39,5	24,6 (+1,2%)	5 (-3)	●	●				
MINT-Absolvent:innen, ISCED 6–8 ² , 2023 je 1.000 20–29-Jährige	Irland: 34,1	15,7 (+1,3%)	19 (-2)	●	●				
PISA-Score Lesen ¹ , 2022 ohne LU	Irland: 516	480,4 (-4 Punkte)	9 (+3)	●	●				
PISA-Score Mathematik ¹ , 2022 ohne LU	Estland: 509,9	487,3 (-12 Punkte)	7 (+0)	●	●				
PISA-Score Naturwissenschaften ¹ , 2022 ohne LU	Estland: 525,8	491,3 (+1,5 Punkte)	11 (-2)	●	●				
Finanzierung der Unternehmen									
Input-Indikatoren									
Marktkapitalisierung, 2023 in % des BIP — ohne IE, IT, LU	Tschechien: 244,8	26,3 (-0,2 PP)	14 (+1)	●	●				
Risikokapitalintensität (Marktstatistik), 2024 in % des BIP — ohne CY, MT	Dänemark: 0,1	0,027 (+0 PP)	15 (-3)	●	●				
Risikokapitalversorgung (Industriestatistik), 2024 in % des BIP — ohne CY, MT	Luxemburg: 0,2	0,013 (-0 PP)	19 (-6)	●	●				
Output-Indikatoren									
Finanzierungsbeschränkungen bei Investitionen ³ , 2024 in %	Niederlande: 2	20,7 (+7,2 PP)	22 (-15)	●	●				
Kreditbeschränkungen ³ , 2024 in %	Tschechien: 1,5	2,5 (-0,8 PP)	3 (+8)	●	●				
Digitalisierung									
Input-Indikatoren									
Digitale Infrastruktur ⁴ , 2024 Index (0–100)	Malta: 98	58,1 (+4,5 Punkte)	21 (-1)	●	●				
Output-Indikatoren									
Digitale Kompetenzen ⁵ , 2024 Index (0–100)	Finnland: 76,2	56,2 (-0 Punkte)	12 (-3)	●	●				
Digitale Transformation der Unternehmen ⁵ , 2024 Index (0–100)	Dänemark: 63,6	47,8 (+5,6 Punkte)	10 (-3)	●	●				
Digitalisierung der öffentlichen Dienste ⁵ , 2024 Index (0–100)	Estland: 94,5	80 (+1,4 Punkte)	13 (-6)	●	●				
Öffentliche Institutionen									
Output-Indikatoren									
Mitspracherecht und Verantwortlichkeit, 2023 Perzentilenränge (0–100)	Dänemark: 98,5	93,6 (-0,6 PP)	8 (-2)	●	●				
Politische Stabilität u. Abwesenheit von Gewalt, 2023 Perzentilenränge (0–100)	Luxemburg: 87,7	71,6 (+2,7 PP)	10 (-6)	●	●				
Leistungsfähigkeit der Regierung, 2023 Perzentilenränge (0–100)	Dänemark: 98,6	89,6 (-1,9 PP)	7 (-3)	●	●				
Staatliche Ordnungspolitik, 2023 Perzentilenränge (0–100)	Luxemburg: 99,1	90,1 (+2,8 PP)	9 (-1)	●	●				
Rechtsstaatlichkeit, 2023 Perzentilenränge (0–100)	Finnland: 100	97,2 (+1,4 PP)	4 (+2)	●	●				
Korruptionskontrolle, 2023 Perzentilenränge (0–100)	Dänemark: 100	83,5 (-1,4 PP)	11 (-3)	●	●				

Quellen: AMECO, Eurostat, Weltbank, CEPII, OECD, KOF, CEIC, Invest Europe, EIB. Details siehe www.produktivitaetsrat.at/dashboard.

Anmerkungen: Vorläufige Einteilung in Input-/Output-Indikatoren im Rahmen der dargestellten Dimensionen. Eine Gesamtbewertung bedarf weiterer Analysen. — Die Farbcodierung zeigt, wie stark Österreich von der Vergleichsgruppe abweicht. Ob eine höhere oder niedrigere Abweichung als „besser“ gilt, hängt vom Bezug zur Wettbewerbsfähigkeit ab: Positiver Bezug (+): höher = besser; negativer Bezug (-): niedriger = besser; ohne klaren Bezug: Farbcodierung entfällt. ●/●...+/- >30%, ●/●...+/- 10–30%, ●/●...+/- <10%. — Die Klassifikation eines Indikators als Input oder Output gilt nur innerhalb der jeweiligen Dimension. Die Zuordnung kann sich in einem anderen Kontext verschieben.

* Bzw. seit dem ersten verfügbaren Jahr — ¹ Erstverfügbares Jahr: 2012. — ² Erstverfügbares Jahr: 2013. — ³ Erstverfügbares Jahr: 2016. — ⁴ Erstverfügbares Jahr: 2018. — ⁵ Erstverfügbares Jahr: 2017. — F&E... Forschung und Entwicklung, MINT... Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik, ISCED... Bildungsklassifikation. Redaktionsschluss für Datenupdates: 30.09.2025.

2.2 Entwicklung wichtiger Leistungs- und Bestimmungsfaktoren der wirtschaftlichen Nachhaltigkeit

- 17 Die **Wirtschaftsleistung** eines Landes bestimmt den ökonomischen Wohlstand der Bevölkerung. Sie beeinflusst weiters viele Aspekte der gesellschaftlichen Entwicklung und des Wohlbefindens. Die wirtschaftliche Entwicklung sollte im Kontext einer breiten Definition von Wettbewerbsfähigkeit betrachtet werden, die die Fähigkeit einer Gesellschaft umfasst, die Lebensqualität nachhaltig und inklusiv zu verbessern. Dabei sind Wechselwirkungen mit der sozialen und ökologischen Leistungsfähigkeit zu berücksichtigen. Die Wirtschaftsleistung hängt von verschiedenen Faktoren und Rahmenbedingungen ab, die sowohl die eingesetzten Produktionsfaktoren als auch deren Produktivität beeinflussen.
- 18 Zur Bewertung der Fähigkeit der österreichischen Wirtschaft, Einkommen und materiellen Wohlstand zu schaffen und langfristig zu verbessern, wurde der Politikbereich in **zehn Dimensionen** unterteilt. Diese umfassen die folgenden Bestimmungs- und Leistungsindikatoren:
- Wirtschaftsleistung
 - BIP pro Kopf und Produktivität
 - Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit
 - Produktionskosten
 - Außenhandel
 - Bestimmungsfaktoren der wirtschaftlichen Entwicklung
 - Wettbewerb
 - Innovation und technologischer Wandel
 - Qualifikation und Humankapital
 - Finanzierung der Unternehmen
 - Digitalisierung
 - Öffentliche Institutionen
- 19 ► Tabelle 2.1 gibt einen **Überblick** über die Auswertung der Indikatoren der einzelnen Themengebiete in der Säule Wirtschaft. Sie zeigt die Position Österreichs relativ zu den Vergleichsländergruppen und Veränderungen über die Zeit. Die Klassifikation der Indikatoren als Input oder Output gilt nur innerhalb der jeweiligen Dimension. Die Zuordnung kann sich in einem anderen Kontext verschieben.
- 20 BIP pro Kopf, Produktivität und Produktionsfaktoren sind wichtige ökonomische Kennzahlen, die auf aggregierter Ebene die **Wirtschaftsleistung** beschreiben. Die Produktionskosten ergeben sich aus der Kombination von Produktionsfaktorpreisen und deren Produktivität und können sowohl als Bestimmungsfaktor als auch als Leistungsindikator interpretiert werden. Die Außenhandelsindikatoren zählen ebenfalls zu den Leistungsindikatoren und verdeutlichen die hohe Verflechtung Österreichs im internationalen Handel.
- 21 Strukturelle **Bestimmungsfaktoren**, wie die Wirtschaftsstruktur, Innovation und Technologie, Digitalisierung und Humankapital, sind entscheidend für die aktuelle und zukünftige Entwicklung von Produktivität und Wirtschaftsleistung. Institutionelle Rahmenbedingungen prägen das wirtschaftliche Umfeld, unter anderem durch ihre Auswirkungen auf den Wettbewerb, die Finanzierungsmöglichkeiten der Unternehmen und die Infrastruktur. Die hohe Wirtschaftsleistung und Produktivität in Österreich basieren traditionell auf hohen Investitionen (einschließlich F&E-Investitionen) sowie der hohen Qualität öffentlicher Institutionen. Dennoch gibt es Verbesserungspotenziale in den Bereichen Unternehmensfinanzierung, unternehmerisches Umfeld sowie bei der Digitalisierung und dem Humankapital.
- 22 **BIP pro Kopf und Produktivität:** Österreich befand sich in den Jahren 2023 und 2024 – wie auch Deutschland, Estland und Finnland – in einer Rezession. Insbesondere litt die österreichische Industrie unter der internationalen Konjunkturschwäche, die auch den bedeutenden Handelspartner Deutschland traf. Zudem führte die Verunsicherung durch die multiplen Krisen zu Konsumzurückhaltung und zu einem Rückgang der Investitionstätigkeit. Im europäischen Vergleich kommt die überdurchschnittlich große

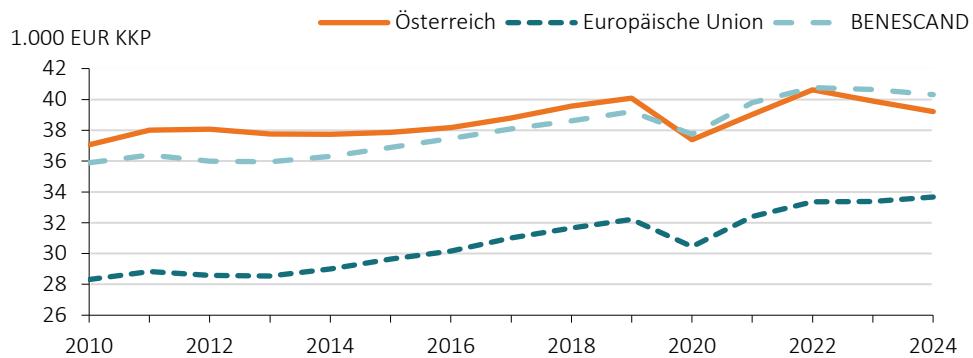
Bedeutung der Sachgüterproduktion für die österreichische Wirtschaft zum Tragen. Sie wurde 2023 und 2024 besonders von der schwachen internationalen Nachfrage beeinflusst wurde. Marktdienstleistungsbranchen sind in der Regel weniger konjunktursensitiv. In Österreich leisten sie aber einen geringeren Beitrag zur Wertschöpfung. Obwohl das reale BIP pro Kopf (kaufkraftbereinigt) in dieser Phase entsprechend zurückging, lag Österreich 2024 dennoch an sechster Stelle unter den EU-Ländern und 16% über dem EU-Durchschnitt (► Abbildung 2.1).⁷ Nach der ausgedehnten Rezession gehen die aktuellsten Prognosen der Österreichischen Nationalbank, des WIFO und IHS von einem zaghaften Aufschwung bereits im Jahr 2025 aus (Bonin et al., 2025; Fenz et al., 2025; Schiman-Vukan und Ederer, 2025). Mittelfristig hemmen allerdings Handelskonflikte, Spardruck und Strukturprobleme das Wirtschaftswachstum in Österreich (Baumgartner und Kaniovski, 2025).

- 23 Auch die Arbeitsproduktivität ging in Österreich 2024 das zweite Mal in Folge zurück. Österreich verblieb dennoch an achter Stelle in der EU und lag im Produktivitätsniveau 15% über dem EU-Durchschnitt. Der Rückgang war insbesondere auf die Herstellung von Waren und die Bauwirtschaft, aber auch einige Dienstleistungssektoren zurückzuführen (► Kapitel 5). Die im internationalen Vergleich hohen Beiträge der Finanz- und Versicherungsdienstleistungen zum Produktivitätswachstum wirkten zwar entgegen, konnten aber den gesamtwirtschaftlichen Rückgang nur dämpfen. Bereits seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 verlangsamte sich – ähnlich wie in vielen anderen Industrienationen – das Produktivitätswachstum in Österreich. Durch den effektiven Produktivitätsrückgang in Österreich am aktuellen Rand entkoppelte sich die heimische Entwicklung vom Trend der EU27 bzw. der BENESCAND-Länder. Dies ist unter anderem auf eine ungünstige Wirtschaftsstruktur zurückzuführen: Dynamische Bereiche wie die Informations- und Kommunikationsbranche haben in Österreich eine geringere Bedeutung. Dagegen weist der mit niedrigen Produktivitätswachstum verbundene Wirtschaftszweig Beherbergung und Gastronomie einen im internationalen Vergleich höheren Wertschöpfungsanteil auf. Die Rezession der Jahre 2023 und 2024 und die währenddessen zu beobachtende Arbeitskräftehortung durch Unternehmen dürften ebenfalls zu dieser Entwicklung beigetragen haben. Während die Arbeitsproduktivität in Österreich trotz ihres Rückgangs klar über dem Durchschnitt der EU blieb, lag die Multifaktorproduktivität darunter. Die großen Krisen der letzten Jahre haben zu einer hohen Volatilität des internationalen wirtschaftlichen Umfelds geführt, die kleine Rangverschiebungen zwischen den Ländern relativiert. Allerdings liegt Österreich bei der Arbeitsproduktivität im gesamten Betrachtungszeitraum unter dem Durchschnitt der BENESCAND-Länder, und seit 2020 auch beim realen BIP pro Kopf.
- 24 Wie stark die Krisen seit 2020 die Leistungsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft langfristig beeinträchtigen, wird sich in den nächsten Jahren zeigen. Bereits jetzt steht die österreichische Industrie jedoch unter wachsendem Druck. Gründe dafür sind unter anderem die Energiekrise (► Kapitel 7), stark steigende Lohnstückkosten (► Textbox 2.1) sowie protektionistische Tendenzen im Welthandel und Chinas zunehmende industrielle Dominanz (► Kapitel 6). Gleichzeitig stellt die digitale und ökologische Transformation weiterhin eine bedeutende Herausforderung für den Wirtschaftsstandort dar. Das aktuelle [Regierungsprogramm](#) sieht daher eine Industriestrategie vor, die eine Standortvision, die Definition industrieller Schwerpunkte und der Priorisierung von Maßnahmen zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes enthalten soll.

⁷ Bei der Interpretation der Rangplatzierungen ist zu beachten, dass das BIP in den beiden erstplatzierten Ländern Luxemburg und Irland durch Gewinntransfers multinationaler Unternehmen stark nach oben verzerrt ist.

Abbildung 2.1: Entwicklung des realen BIP pro Kopf

Konstante Preise in 1.000 EUR (kaufkraftbereinigt, EU27-Preise, Basisjahr 2020)



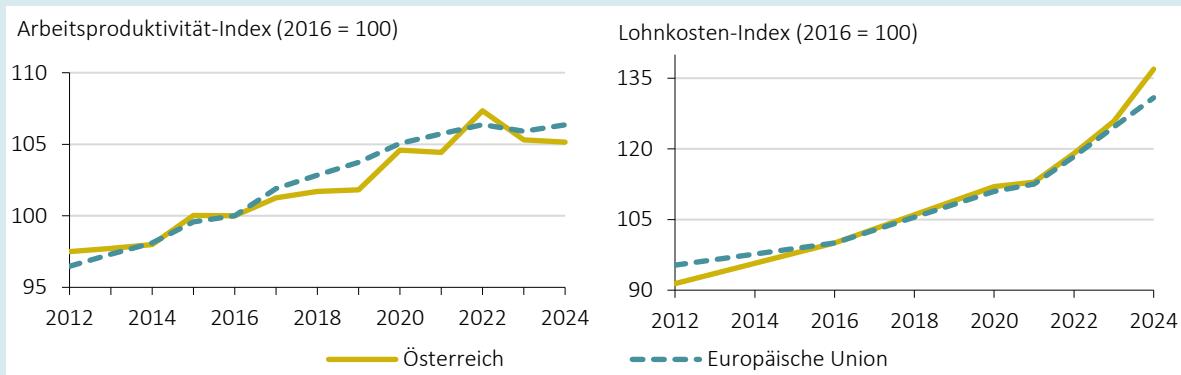
Quelle: AMECO [Label: RVGDP].

- 25 **Produktionsfaktoren:** Die im europäischen Vergleich überdurchschnittliche Arbeitsproduktivität in Österreich ist unter anderem auf die traditionell starke Investitionstätigkeit zurückzuführen. Die Investitionstätigkeit ist am aktuellen Rand in Österreich infolge der anhaltenden Verunsicherung hinsichtlich der konjunkturellen Entwicklung gedämpft. Dennoch verharrten die Bruttoanlageinvestitionen 2024 mit 25,1% des BIP auf hohem Niveau⁸. Dieser Wert übertraf erneut die Durchschnittswerte der EU27 (21,7%) und der BENESCAN-Länder (22,7%) deutlich.
- 26 Die Zunahme des Arbeitsvolumens trug zwischen 2015 und 2019 erheblich zum Wirtschaftswachstum in Österreich bei. Dieser Trend wird sich jedoch aufgrund der demografischen Entwicklung in Zukunft umkehren. Die Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden pro Kopf in Österreich ging im Jahr 2024 zurück. Sie lag nur noch um weniger als 1% über dem EU-Durchschnitt, während der Abstand im Durchschnitt der Vorkrisenjahre (2010–2019) noch bei über 10% lag. Auch das Arbeitsvolumen pro Beschäftigten war rückläufig und verweilte nach dem starken Einbruch 2020 weiterhin deutlich unter dem Vorkrisenniveau. Die Teilzeitquote steigt seit 2020 bei Männern und Frauen. Insbesondere die Erwerbsquote Älterer liegt deutlich unter dem Durchschnitt der Vergleichsländergruppen (► Absatz 54), wenngleich die schrittweise Erhöhung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters von Frauen dazu führte, dass die Erwerbsquote Älterer zuletzt angestiegen ist und wohl weiter zunehmen wird. Insgesamt trugen diese Entwicklungen zur Entstehung und Verschärfung des Arbeitskräftemangels in vielen Branchen bei. Infolge der demografischen Entwicklung wird außerdem erwartet, dass das Arbeitsangebot in den kommenden Jahren zunehmend zum limitierenden Faktor für das Wirtschaftswachstum wird (Produktivitätsrat, 2024).
- 27 **Produktionskosten:** Aufgrund der im EU-Vergleich überdurchschnittlich hohen Inflation in den Jahren 2023 und 2024 und des gleichzeitig verzeichneten Rückgangs der Produktivität verschlechterte sich Österreichs Lohnstückkostenposition deutlich. So stiegen die Lohnstückkosten Österreichs während der Pandemie und in den Folgejahren (2020–2024) jährlich im Durchschnitt um 1,2 Prozentpunkte stärker an als beim wichtigsten Handelspartner Deutschland. Auch der 3-Jahres-Zuwachs lag mit 21,8% markant über dem Schwellenwert des MIP-Scoreboards (9%), aber auch deutlich höher als in den Vergleichsländergruppen (EU-Durchschnitt: 15,8%; BENESCAN: 12,6%), wodurch sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Unternehmen entsprechend verschlechterte. Ausschlaggebend für diese Entwicklung waren die in den beiden vergangenen Jahren verzeichneten Anstiege der Kollektivvertragslöhne in Österreich, die im OECD-Vergleich am höchsten ausfielen (OECD, 2025, S. 58). In Anbetracht der anhaltend höheren Preisdynamik im Vergleich zum EU-Durchschnitt ist auch 2025 von einem überdurchschnittlich starken Wachstum der nominalen Lohnstückkosten in Österreich auszugehen. Auch wenn sich die Situation mittelfristig angleichen sollte, kann Österreich die zuletzt verzeichneten Verluste an Wettbewerbsfähigkeit nicht rückgängig machen (siehe ► Textbox 2.1 für Details).

⁸ Vgl. Friesenbichler und Hözl (2025).

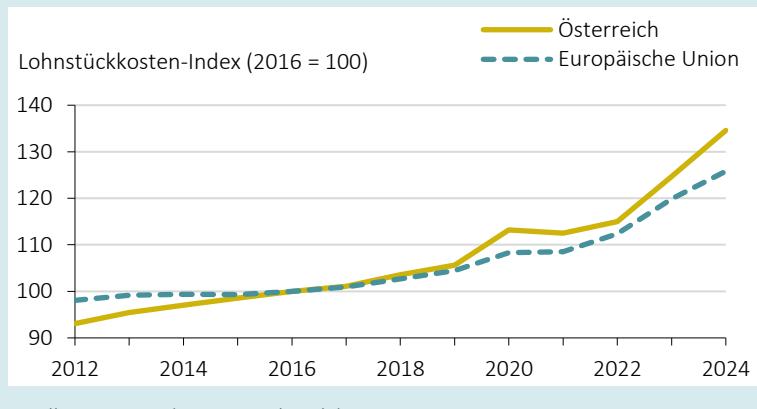
Textbox 2.1: Entwicklung der Lohnstückkosten im internationalen Vergleich

Als Quotient aus durchschnittlichem Arbeitnehmergehalt pro Arbeitsstunde und realem Bruttoinlandsprodukt pro geleisteter Arbeitsstunde werden die nominellen Lohnstückkosten sowohl durch die Entwicklung der Lohnkosten (im Zähler des Quotienten) als auch durch die Entwicklung der Arbeitsproduktivität (im Nenner) beeinflusst.



Quelle: Eurostat (lc_lic_lev), AMECO (OVGD/NLHT).

Mit Blick auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Unternehmen entwickelten sich die Arbeitsproduktivität wie auch die Lohnkosten seit 2022 im EU-Vergleich ungünstig. Infolgedessen nahmen die Lohnstückkosten in Österreich seit 2022 deutlich stärker zu als im EU-Durchschnitt. Hinsichtlich der Zuwachsrate der Lohnstückkosten verschlechterte sich Österreich im EU-Vergleich von Rang 13 (von 27) im Zeitraum 2016–2020 auf Rang 14 im Zeitraum 2020–2024.⁹

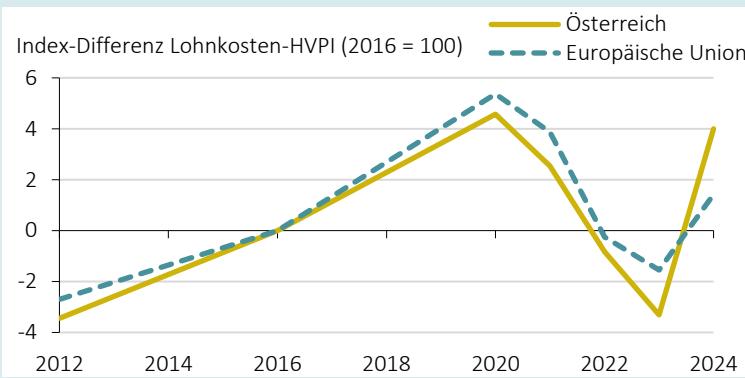


Quelle: Eurostat (nama_10_ip_ulc).

Zu dieser Entwicklung tragen die im EU-Vergleich hohe Inflation (Rang 17 bei HVPI-Zuwachs 2020–2024) und die in Österreich gängige Praxis der Abgeltung der rollierenden Inflation bei Kollektivvertragsabschlüssen (Schneider und Stiglbauer, 2022) bei.¹⁰ Diese Praxis führte auch dazu, dass die durchschnittliche Kaufkraft kollektivvertraglicher Löhne in Österreich nach der Hochinflationsphase der letzten Jahre bereits zu Jahresbeginn 2024 wieder ihr Niveau zur Jahresmitte 2021 erreichte (Büro des Fiskalrates, 2023). Damit nahm die Kaufkraft von Lohneinkommen in Österreich ab 2023 wesentlich stärker zu als im EU-Durchschnitt.

⁹ Im Hinblick auf die Zuwachsarten der Lohnkosten und Arbeitsproduktivität blieb der Rang Österreichs recht stabil (Arbeitsproduktivität: 2020–2024: Rang 11/27, 2016–2020: Rang 12/27, Lohnkosten: 2020–2024: Rang 14/27, 2016–2020: Rang 13/27).

¹⁰ Fenz et al. (2025) weisen darauf hin, dass weniger als die Hälfte der Differenz der Stundenlohnentwicklung Österreichs im Vergleich zum Euroraum durchschnitt seit 2019 auf die im Vergleich zum Euroraum durchschnitt höhere Inflation zurückzuführen ist.

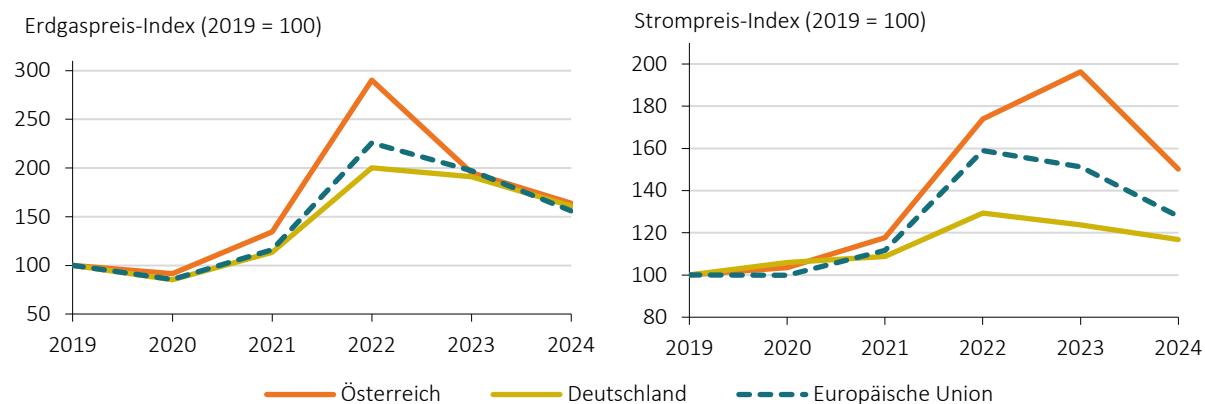


Anmerkung: Die Differenz zwischen dem Lohnkostenindex (Eurostat: `lc_lci_lev`) und dem Harmonisierten Verbraucherpreisindex (Eurostat: `prc_hicp_aind`) stellt approximativ die Entwicklung der durchschnittlichen Kaufkraft von Löhnen dar.

Ein Vergleich des [OeNB Wage Trackers](#) mit dem [ECB Wage Tracker](#) zeigt, dass sich das im Vergleich zu anderen EU-Ländern dynamischere Wachstum kollektivvertraglicher Löhne in Österreich auch 2025 fortsetzt. Ebensolche Einkommenszuwächse wirken kurzfristig typischerweise konsumstützend und damit wachstumsfördernd.¹¹ Ohne entgegenwirkende Zuwächse der Arbeitsproduktivität führen sie jedoch mittelfristig zu einem Rückgang der preislichen Wettbewerbsfähigkeit sowie zu höherer Inflation („Zweitrundeneffekte“). Dieser erwartete Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit dämpft aktuelle österreichische Konjunkturprognosen (Baumgartner et al., 2024¹²; Bonin et al., 2025).

- 28 Auch die rezenten Anstiege der Strom- und Gaskosten für Unternehmen waren in Österreich im EU-Vergleich höher (► Abbildung 2.2). 2019 lag das Preisniveau (Endpreis abzüglich Umsatzsteuer) unter dem gewichteten EU-Durchschnitt – bei Erdgas um 13, bei Strom um 16 Prozentpunkte. Zwischen 2019 und 2024 stiegen die Preise im Vergleich zum gewichteten EU-Durchschnitt um 4,4 Prozentpunkte bei Erdgas und 14,7 Prozentpunkte bei Strom. Damit war die Strompreisentwicklung in Österreich stärker von der Entwicklung auf EU-Ebene entkoppelt, als dies bei den Erdgaspreisen der Fall war (vgl. Produktivitätsrat, 2024; Reinstaller und Sellner 2025a). Dies dürfte sowohl auf wettbewerbliche Faktoren als auch auf Engpässe in den überregionalen Stromnetzen zurückzuführen sein (► Absatz 180ff). Trotzdem verschlechterte sich die österreichische Kostenposition innerhalb der EU bei Strom im Vergleich zu 2019 lediglich um einen Rang, bei Erdgas dagegen um neun Ränge.

Abbildung 2.2: Erdgas- und Strompreise für Unternehmen



Quelle: Eurostat [`nrg_pc_203_c`, `nrg_pc_205_c`].

Anmerkung: Ohne MwSt. und sonstige Steuern und Gebühren; inkl. Steuern für erneuerbare Energien, Steuern für die Erzeugungskapazität, Steuern für Kernkraftwerke und Umweltsteuern. Für Erdgaspreise: EU ohne CY, MT, 2024 ohne SE.

¹¹ Die rezenten Einkommenszuwächse wirkten lediglich eingeschränkt konsumstützend, da die Sparquote deutlich zunahm (vgl. z. B. Glockner und Ederer, 2025).

¹² Siehe auch Bittschi und Meyer (2024).

- 29 Die Energiekosten blieben in Österreich 2024 unter den Durchschnittswerten der EU27. Durch den vergleichsweise starken Anstieg verschlechterte sich allerdings die preisliche Wettbewerbsfähigkeit vor allem für energieintensive Unternehmen in Österreich zusehends. Die Auswirkung der Energiekosten auf die preisliche Wettbewerbsfähigkeit wurde durch die Indexierung u. a. von Mieten und Versicherungen sowie von kollektivvertraglichen Löhnen zusätzlich verstärkt.¹³ Gegenüber Wettbewerbern außerhalb der EU (z. B. USA) war der relative Anstieg der Energiepreise und somit die Einbuße an preislicher Wettbewerbsfähigkeit – insbesondere in Industriezweigen mit hohem Energieverbrauch – noch stärker ausgeprägt. Aus diesem Grund enthält der [Kompass für eine wettbewerbsfähige EU](#) einen [Aktionsplan für erschwingliche Energie](#). Dieser umfasst Maßnahmen mit dem Ziel, die Energiekosten innerhalb der EU zu senken und deren Volatilität zu reduzieren. Dazu zählen z. B. der Ausbau des europäischen Energieübertragungs- und -verteilernetzes oder Maßnahmen zur Forcierung der EU-Energiemarktintegration. ► Kapitel 7 analysiert die Potenziale zur Verbesserung der Energieeffizienz in österreichischen Unternehmen und damit einen möglichen Beitrag zur Senkung von Energienutzung und -kosten.
- 30 Steuern und Abgaben sind ein weiterer wichtiger Faktor, der die Produktionskosten und folglich die Attraktivität eines Standorts beeinflusst. Mit einer Abgabenquote von 44,5% des BIP (Verhältnis zwischen den Steuern und Sozialabgaben und dem BIP) lag Österreich im Jahr 2024 nach Dänemark (45,1% des BIP) an zweiter Stelle in der EU (► Abbildung 2.3), knapp 5 Prozentpunkte über dem Schnitt der EU27.¹⁴ Seit 2018 liegt die Abgabenquote in Österreich auch über dem BENESCAND-Durchschnitt. Gemäß der aktuellen Frühjahrsprognose der Europäischen Kommission wird Österreich ab dem Jahr 2025 EU-weit die höchste Abgabenquote erreichen. Wenngleich andere Standortfaktoren wie z. B. Infrastruktur, Investitionsanreize oder Fachkräfteangebot der hohen Abgabenquote gegenüberstehen, dürfte von der Dynamik der Abgabenquote in Österreich jedenfalls eine negative Signalwirkung ausgehen.
- 31 Die Befolgungskosten von Regulierungen bewegen sich in Österreich im EU-Mittelfeld und sind niedriger als beispielsweise in den USA¹⁵. Dennoch weisen unterschiedliche Studien auf eine hohe Kostenbelastung bzw. eine zunehmende Unzufriedenheit von Unternehmen mit bürokratischen Anforderungen hin (vgl. Enichlmair et al., 2024; Hödl et al., 2025). Im Frühjahrsgutachten 2025 des Sachverständigenrates (2025) wird auf direkte Kosten durch lang dauernde Verwaltungsvorgänge und indirekte Kosten, die etwa aufgrund von Fehlanreizen für Investitionen oder Markteintritten der Volkswirtschaft entstehen, verwiesen.

¹³ Vgl. Moser et al. (2025).

¹⁴ Die Berücksichtigung verpflichtender Leistungen an nichtstaatliche Organisationen (z. B. Gesundheitsvorsorge, Pensionsvorsorge) verändert dieses Bild (Reiss und Bernhofer, 2022). Beim internationalen Vergleich dieser ergänzten Abgabenquoten lag Österreich gleichauf mit Deutschland und der Schweiz.

¹⁵ Gemessen am Anteil der Beschäftigten in einem Unternehmen, die zur Einhaltung regulatorischer Anforderungen beschäftigt werden, vgl. [Investitionserhebung 2024 der Europäischen Investitionsbank](#).

Abbildung 2.3: Abgabenquote

2024 (links), Index (2010 = 100) (rechts)



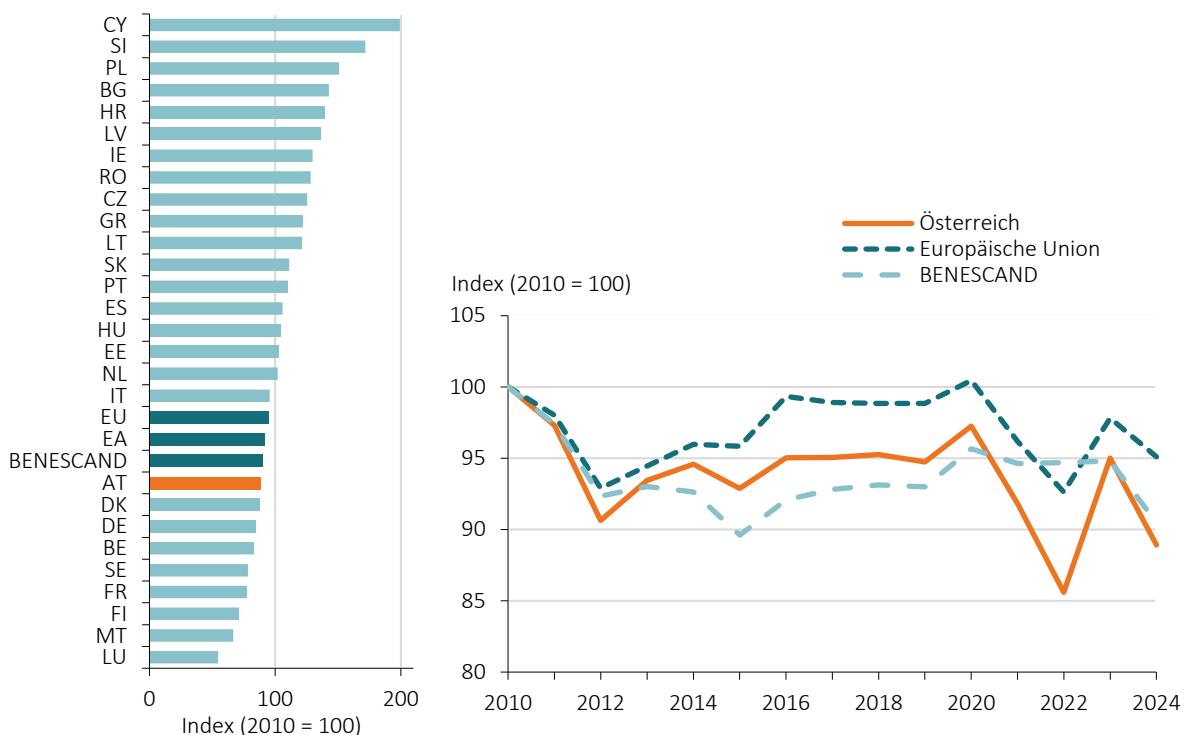
Quelle: AMECO [UTAT/UVGD].

- 32 **Außenhandel:** Österreich ist als kleine offene Volkswirtschaft stark in den internationalen Handel eingebunden und damit dem Wettbewerb im Ausland ausgesetzt. Der Weltmarktanteil der österreichischen Warenexporte ist seit 2010 merklich zurückgegangen, wenngleich dieser über die Zeit stark fluktuiert. Im Vergleich zu den EU27-Ländern verlor Österreich deutlich mehr, im Vergleich zu den BENESCAND-Ländern etwas mehr seines Weltmarktanteils bei den Warenexporten.¹⁶ 2024 verzeichnete Österreich eine sprunghafte Verschlechterung von über 6 Indexpunkten (►Abbildung 2.4). Die hohe Komplexität der österreichischen Exporte galt in der Vergangenheit als Garant für eine robuste Exportentwicklung trotz sinkender preislicher Wettbewerbsfähigkeit. Sie spiegelt die Alleinstellungsmerkmale und die Wissensintensität der Exporte wider, die zur Wettbewerbsfähigkeit im weiteren Sinne beitragen. Allerdings erschweren gegenwärtige Trends wie der global zunehmende Protektionismus und die zunehmende Konkurrenz aus China in für Österreich bedeutenden Sektoren (►Kapitel 6 zur Rolle dieser beiden Aspekte) den Erhalt der Weltmarktanteile. Hinzu kommen weitere Risikofaktoren: die stark gestiegenen Energie- und Lohnstückkosten (►Absätze 27 und 28) im Inland, die starke Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar im Ausmaß von über 9 % seit Jahresbeginn 2025 und die schwache Importnachfrage bedeutender Handelspartner – im Speziellen durch die Rezession in Deutschland. Diese Faktoren erzeugen zusätzlichen Druck auf die Weltmarktanteile Österreichs.

¹⁶ Ein beträchtlicher Teil der größeren Reduktion des österreichischen Weltmarktanteils im Vergleich zur Entwicklung des EU-Weltmarktanteils ist auf die günstige Entwicklung der Weltmarktanteile der MOEL11-Länder zurückzuführen. Der EU-Weltmarktanteil exklusive der MOEL11-Länder entwickelte sich seit 2010 ähnlich wie jener der BENESCAND-Länder.

Abbildung 2.4: Veränderung der Weltmarktanteile an Warenexporten

2024 (links), Index (2010 = 100) (rechts)



Quelle: AMECO [AXGT].

- 33 Der Logistics Performance Index der Weltbank bildet zentrale Aspekte der Infrastruktur ab, die dem Warenverkehr zugrunde liegt und damit die (Außen-)Handelsleistung beeinflusst. Der Index basiert auf einer weltweiten Befragung von internationalen Logistikunternehmen, die allerdings nicht jedes Jahr durchgeführt wird. Österreich erreichte im Jahr 2023 eine gute Bewertung und lag im EU-Vergleich auf Platz 5.
- 34 **Wettbewerb:** Die Nettobetriebsüberschüsse von Unternehmen (Einnahmen abzüglich Löhne, Gehälter sowie Abschreibungen) sind ein Maß für die Fähigkeit von Unternehmen, höhere Preise durchzusetzen. Damit deuten hohe Nettobetriebsüberschüsse entweder auf unternehmerische Erfolge im Innovations- und Qualitätswettbewerb oder auf mangelnden Wettbewerb beziehungsweise mögliche Marktverzerrungen hin¹⁷ Darüber hinaus unterliegen sie konjunkturellen Fluktuationen. Der rückläufige Trend der Nettobetriebsüberschüsse setzte sich in Österreich auch im zweiten Rezessionsjahr 2024 fort. Während sie sich im Durchschnitt der EU27- und BENESCAND-Länder vor allem in den Jahren 2022 bis 2024 als sehr robust erwiesen, beschleunigte sich der Abwärtstrend in Österreich am aktuellen Rand. Mit nunmehr 17,2% des BIP fielen die Nettobetriebsüberschüsse in Österreich 2024 im Vergleich zu den Ländergruppen merklich niedriger aus.¹⁸
- 35 Mittel- und langfristig ist die **Unternehmensdynamik** und insbesondere die **Gründungsrate von Unternehmen** für die Entwicklung des Wettbewerbsfelds und den Strukturwandel von großer Bedeutung (►Kapitel 8 untersucht den Strukturwandel in Österreich, insbesondere Verschiebungen zwischen der Herstellung von Waren und dem Dienstleistungssektor). Die Unternehmensdynamik zeigt sich in Österreich vergleichsweise träge. Wenngleich gegenüber dem Tiefstand 2020 eine leichte Zunahme der Gründungsrate zu verzeichnen war, lag sie mit 6,2% dennoch deutlich unter den Durchschnitten der

¹⁷ Die in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ermittelten Nettobetriebsüberschüsse stellen die Entwicklung betriebswirtschaftlicher Unternehmensgewinne nur bedingt dar, da sie u. a. keine Bewertungsgewinne oder -verluste berücksichtigen.

¹⁸ Vgl. Friesenbichler et al. (2025).

Vergleichsländergruppen. 2023 verharrte sie auf dem niedrigen Niveau und lag damit weiterhin deutlich unter der durchschnittlichen Gründungsrate der Vorkrisenjahre 2010–2019 in Österreich in Höhe von 7,9%. Die [EU-Start-up- und Scale-up-Strategie](#) ist daher für Österreich potenziell von besonderer Bedeutung. Sie verfolgt das Ziel, die Gründungsrate und Expansion innovativer Unternehmen in der EU zu erhöhen.

- 36 Innovation und technologischer Wandel:** Die Gesamtausgaben für Forschung und Entwicklung (F&E) relativ zum BIP zählen zwar zu den höchsten in der EU. 2023 liegt Österreich mit 3,3% auf Rang 3, die Tendenz ist laut [Globalschätzung der Statistik Austria](#) für 2024 mit 3,35% leicht steigend (siehe auch ►Absatz 168). Dies spiegelt sich jedoch etwas schwächer in den entsprechenden Ergebnisindikatoren wider. Die von Unternehmen finanzierten F&E-Ausgaben sind ebenfalls sehr hoch, wobei ein überdurchschnittlich hoher Anteil aus dem Ausland finanziert wird.
- 37** Der Anteil der Unternehmen mit Innovationsaktivitäten liegt in Österreich weiterhin auf Platz 8 und somit über dem EU-Durchschnitt. Die letztverfügbaren Daten stammen aus dem Jahr 2022, da die Daten nur zweijährlich erhoben werden und zeitverzögert zur Verfügung stehen. Zwar folgt auch Österreich der rückläufigen Entwicklung der Vergleichsländergruppen am aktuellen Rand, allerdings setzte der Rückgang im Falle Österreichs bereits 2020 ein. Zudem vergrößerte sich der Abstand Österreichs gegenüber den BENESCAND-Ländern. Diese Entwicklung steht der [FTI-Strategie](#) Österreichs entgegen, die u. a. bis 2030 ein Aufschließen zur Spitzengruppe der innovierenden Länder vorsieht. Unter Bezugnahme auf das jüngst veröffentlichte European Innovation Scoreboard 2025 (Europäische Kommission, 2025) werden diese Trends bestätigt: So gilt Österreich als starker Innovator, der EU-weit auf dem achten Platz rangiert, aber im Jahr 2025 im Vorjahresvergleich gegenüber dem Durchschnitt der EU27 vier Prozentpunkte beim Innovations-Index einbüßte. Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (Janger et al., 2025) geht in einer Evaluierung der FTI-Strategie 2030 zur Hälfte der Laufzeit davon aus, dass von den 20 numerisch verfolgbaren Zielen bei gegenwärtigen Trends nur etwa die Hälfte bis 2030 erreicht wird.¹⁹ Die Ausgaben für neue Produkte und Dienstleistungen sind im Jahr 2023 zwar überdurchschnittlich stark gestiegen, doch zeigten die österreichischen Unternehmen Zurückhaltung bei der Einführung neuer Produkte (Hofmann et al., 2024).
- 38** Misst man die Innovationsleistung anhand von Patent-Indikatoren, ergibt sich ein differenziertes Bild: Bei der Anzahl der angemeldeten Patente (pro Kopf) liegt Österreich deutlich hinter den BENESCAND-Ländern, die traditionell als Spitzenreiter gelten. Dagegen konnte es sich hinsichtlich der Qualität der Patente vor dem Durchschnitt der BENESCAND-Länder positionieren²⁰. Die Patentierungsneigung variiert je nach Branche und hängt somit auch von der Wirtschaftsstruktur eines Landes ab, was internationale Vergleiche erschwert. Das [FTI-Monitoring](#) des Rates für Forschung, Wissenschaft, Innovation und Technologieentwicklung (FORWIT) zeigt ebenfalls unterschiedliche Entwicklungen: In einigen Innovationsdimensionen (Kreislaufwirtschaft, internationale Verflechtung) konnte der Durchschnitt der Innovationsführer im Jahr 2025 erstmals klar überschritten werden, während Österreich in anderen Dimensionen etwas den Anschluss verlor (z. B. Effizienz oder tertiäre Bildung). Bei den 2025 neu aufgenommenen Dimensionen Künstliche Intelligenz und Wettbewerbsfähigkeit in FTI schnitt Österreich vergleichsweise schlecht ab.
- 39 Qualifikation und Humankapital:** Die Kompetenzen österreichischer Schüler:innen sind laut PISA-Erhebung unter den EU27-Ländern langfristig im mittleren Bereich. Die letztverfügbare Erhebung von 2022 zeigte, dass die COVID-19-Pandemie in vielen Ländern erhebliche negative Auswirkungen auf die Kompetenzen und Fähigkeiten von Jugendlichen hatte. Österreich schnitt relativ gut ab, mit einem geringeren Rückgang der Leistungen im Vergleich zu 2018 in Mathematik und Lesen und einer leichten

¹⁹ Vor diesem Hintergrund identifizieren Janger et al. (2025) unter anderem das bestehende System der Universitätsfinanzierung, die mangelnde Evaluierung der Wirkung öffentlicher Fördermittel und die geringe Verfügbarkeit von Risikokapital als zentrale Hindernisse für die Forschungs- und Innovationsleistung in Österreich.

²⁰ Für den Vergleich der Patentqualität wird der [OECD Patent Quality Indicator](#) verwendet, der auf vier Dimensionen der zugrundeliegenden Patente beruht: Vorwärtszitierungen, Größe der Patentfamilie, Anzahl der Ansprüche, Allgemeinheitsindex.

Verbesserung in den Naturwissenschaften. Österreichs Position hat sich damit gegenüber der letzten Erhebung in allen drei Bereichen relativ verbessert. Dennoch sind weitere Anstrengungen notwendig, um zu den Spitzenreitern aufzuschließen. Die Bildungsausgaben pro Schüler:in sind in Österreich im internationalen Vergleich laut [Bildung auf einen Blick 2025](#) der OECD hoch, wenngleich sie als Anteil am BIP in der Primar- und Sekundarstufe niedrig bzw. durchschnittlich ausfallen. Im tertiären Bereich lagen die Ausgaben je Studierender bzw. Studierendem im Jahr 2022 deutlich über dem EU27-Durchschnitt. Die Ausgaben im Tertiärbereich näherten sich aufgrund eines schnelleren Wachstums in den letzten Jahren dem hohen Niveau der BENESCAND-Länder an. Während 2019 die Differenz noch bei 25% lag, ging dieser bis zum Jahr 2022 auf 7% zurück. Trotzdem bringt Österreich weiterhin vergleichsweise wenige Absolvent:innen mit mindestens einem Bachelor-Abschluss (ISCED-Level 6–8) im naturwissenschaftlichen und technischen (MINT) Bereich hervor. Werden Abschlüsse auf ISCED-Level 5 in die Betrachtung eingeschlossen, liegt Österreich auf Rang 5 innerhalb der EU.²¹ Die Stagnation ist im Kontext von Digitalisierung und neuen Technologien von besonderer Bedeutung.

- 40 Finanzierung der Unternehmen:** Die Außenfinanzierung der Unternehmen in Österreich ist stark auf Bankkredite konzentriert. Trotz des anhaltend hohen Marktzinsumfeldes berichten nur wenige Unternehmen von Kreditbeschränkungen (2024: 2,5%). Bedeutend höher ist gemäß der Investitionsumfrage der Europäischen Investitionsbank der Anteil der Unternehmen, die Finanzierungsengpässe bei Investitionen verspüren. Während sich im Jahr 2023 13,5% der befragten Unternehmen mit Finanzierungsbeschränkungen konfrontiert sahen, stieg der Anteil 2024 auf 20,7% und damit deutlich über die Durchschnittswerte der Vergleichsländergruppen. Schwierigkeiten bei der Finanzierung von Investitionen können auch mit der im internationalen Vergleich geringen Rolle des Eigenkapitals bei der Außenfinanzierung zusammenhängen. 2023 lag die Marktkapitalisierung der an der heimischen Börse notierten inländischen Unternehmen in Österreich mit nur 26,3% deutlich unter dem EU- und BENESCAND-Durchschnitt. Darüber hinaus ist die Risikokapitalfinanzierung in Österreich unverändert schwach ausgeprägt. Dies hemmt die Gründung und vor allem das Wachstum innovativer und technologieintensiver Unternehmen. Im starken Kontrast dazu sind sowohl die Eigen- als auch die Risikokapitalfinanzierung in BENESCAND-Ländern sehr hoch. Zur Erschließung zusätzlicher Finanzierungsquellen für Unternehmen intendiert die EU im Rahmen ihres [Competitiveness Compass](#), die Integration des innereuropäischen Kapitalmarktes (Spar- und Investitionsunion – SIU) voranzutreiben.
- 41 Digitalisierung:** Die digitalen Kompetenzen der österreichischen Bevölkerung waren laut entsprechendem Index basierend auf der DESI-Erhebung im Vergleich zu den Ländern der EU27 leicht überdurchschnittlich. Allerdings fiel Österreich im Jahr 2024 einige Ränge zurück ins Mittelfeld. Deutlich schwächer als der EU27-Durchschnitt schnitt Österreich bei der digitalen Infrastruktur ab. Hinsichtlich der Digitalisierung von Unternehmen und der öffentlichen Dienste lag Österreich geringfügig über den Durchschnittswerten der EU27. Allerdings zeigte sich erneut ein beträchtlicher Abstand zur Vergleichsgruppe der BENESCAND-Länder, die auch im Bereich Digitalisierung hervorstechen. Im [Leistungsmonitoring des FORWIT](#) wird betont, dass das Ziel der FTI-Strategie des Bundes, den Durchschnitt der Länder mit der Innovationführerschaft im Bereich der Digitalisierung bis zum Jahr 2030 zu erreichen, aus aktueller Sicht klar verfehlt wird. Folglich sind zusätzliche Maßnahmen notwendig, um den Anschluss an die EU-Partner nicht zu verlieren.
- 42** Mit dem Datenzugangsgesetz (DZG) wurde im Juli 2025 ein wichtiger Schritt zur Umsetzung des europäischen Data Governance Act (DGA) gesetzt. Mit diesem Rahmen zur Stärkung und Erleichterung des freiwilligen Datenaustauschs soll das wirtschaftliche und gesellschaftliche Potenzial von Daten besser genutzt werden. Bereits im Oktober 2024 wurde die Nationale Datenstrategie verabschiedet, die einen strukturierten Rahmen zur Hebung der Datenpotenziale in Österreich liefert. Defizite im Datenmanagement und in der Datenverknüpfbarkeit des öffentlichen Sektors haben u. a. zur Folge, dass Förder- und Unterstützungsmaßnahmen nicht zielgenau gesetzt werden können. So empfahl etwa der Fiskalrat

²¹ Dabei fallen die im österreichischen Kontext bedeutenden Abschlüsse in Höheren Technischen Lehranstalten (HTL) ins Gewicht.

wiederholt, eine Datenbasis für Haushaltseinkommen zu schaffen, um die Treffsicherheit zukünftiger Maßnahmen zu erhöhen und zugleich eine geringere budgetäre Belastung zu ermöglichen (Fiskalrat, 2024).

- 43 **Öffentliche Institutionen:** Das Vertrauen der Bevölkerung in die öffentlichen Institutionen ist in Österreich, ähnlich wie in der Gruppe der BENESCAND-Länder, traditionell hoch und in allen Kategorien der Worldwide Governance Indicators (WGI) der Weltbank markant über den Durchschnittswerten der EU27-Länder. Demgemäß verbesserte sich die Wahrnehmung der öffentlichen Institutionen in einigen Bereichen am aktuellen Rand sogar (z. B. Rechtstaatlichkeit, staatliche Ordnungspolitik). Im Gegensatz dazu verzeichnete Österreich in den Bereichen politische Stabilität und Abwesenheit von Gewalt sowie Korruptionskontrolle in den letzten Jahren deutliche Einbußen im Länderranking.
- 44 **Fazit:** Österreichs Performanz ist bei zahlreichen Indikatoren der wirtschaftlichen Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit stark und robust. So sind z. B. die Wirtschaftsleistung pro Kopf oder die Investitionstätigkeit im EU-Vergleich trotz der anhaltenden Rezession am aktuellen Rand hoch. Allerdings verliert Österreich auch in wichtigen Bereichen, allen voran bei der Preislichen Wettbewerbsfähigkeit durch vergleichsweise hohe und dynamische Lohn(stück)- und Energiekosten, aber auch durch die hohe Steuer- und Abgabenbelastung zusehends den Anschluss an die Spitze. Zudem erhöht sich der Druck durch protektionistische Maßnahmen und zunehmende Konkurrenz aus China in wichtigen Exportmärkten, wodurch die heimischen Unternehmen Weltmarktanteile verlieren. Schließlich sieht sich Österreich mit großen Herausforderungen im Hinblick auf die grüne und digitale Transformation konfrontiert. Die Ausgangslage und Rahmenbedingungen in Österreich, um die Anforderungen dieser Transformation zu meistern, sind im Vergleich zu vielen anderen europäischen Ländern nachteilhaft. Dies ist auf Spezifika der heimischen Wirtschaft bzw. Wirtschaftsstruktur zurückzuführen, u. a. auf die ungünstige Branchenstruktur hinsichtlich Konjunktursensibilität und Produktivität, Energieintensität, Fachkräftemangel, Finanzierungsbeschränkungen, geringe Digitalisierungskompetenz und träge Unternehmensdynamik.

3. Politikbereich „Soziales“

3.1 Das Wichtigste auf einen Blick

Gesundheit

Die **Lebenserwartung bei guter Gesundheit** ist in Österreich rückläufig, wodurch sich Österreich am aktuellen Rand vom leichten Zuwachs in der EU entkoppelte. Die Lebenserwartung bei der Geburt stieg hingegen dem EU-weiten Trend folgend, weshalb der Anteil gesunder Lebensjahre in Österreich schrumpft. Beim **subjektiv wahrgenommenen Gesundheitszustand** sowie beim Anteil der Personen mit chronischen Erkrankungen lag Österreich 2024 im Mittelfeld der EU27.

Ausgaben für Sozialschutz

Die **Sozialquote** ist in Österreich im europäischen Vergleich sehr hoch. Dies ist nicht nur Ausdruck eines stark ausgebauten Sozialstaats; Österreich verzeichnet zudem einen seit dem historischen Höchstwert im Zuge der COVID-19-Pandemie persistent höheren Abstand zum Durchschnittswert der EU27.

Arbeitsmarkt

Die **Arbeitslosenrate** ist trotz Rezession 2023 und 2024 nur geringfügig gestiegen. Die **Beschäftigungsquote in Vollzeitäquivalenten** stagniert in Österreich seit 2022, wodurch sich die Beschäftigung Österreichs nach dem Corona-Jahr 2020 bedeutend verhaltener entwickelte als im EU-Durchschnitt. Der EU-weit unterdurchschnittliche Anteil junger Menschen, die nicht in Beschäftigung, Bildung oder Ausbildung sind (**NEET-Rate**), ging 2024 nochmals leicht zurück und näherte sich damit dem geringen Durchschnittswert der BENESCAND-Länder.

Bildung und Qualifikation

Der Anteil von Personen mit **Bildungsabschlüssen, die über die Pflichtschule hinausgehen**, ist in Österreich hoch, wächst aber nur langsam. Zudem bleibt der Abbau von Bildungshürden aufgrund des sozioökonomischen Hintergrunds eine wesentliche Herausforderung für das österreichische Bildungssystem.

Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit

Die **Betreuungsquote** der Unter-3-Jährigen lag in Österreich 2024 weiterhin deutlich unter dem Durchschnitt der Vergleichsländergruppen, erreicht aber seit 2023 das Barcelona-Ziel. Der Anteil der Kinder von drei Jahren bis zum Beginn der Schulpflicht in formaler Betreuung übertraf den EU27-Durchschnitt 2024 geringfügig, blieb aber deutlich unter dem Durchschnitt der BENESCAND-Länder. 40% aller Kinderbetreuungsplätze sind nicht mit einer Vollzeitbeschäftigung der Eltern vereinbar.

Einkommen, Armut und Verteilung

Das **Netto-Haushaltsäquivalenzeinkommen** ist in Österreich sehr hoch und wurde am aktuellen Rand durch wirtschaftspolitische Maßnahmen (ökologische Steuerreform und Anti-Teuerungsmaßnahmen, die überwiegend bei der Kaufkraftstärkung ansetzen) erhöht. Die **Einkommensungleichheit** war im europäischen Vergleich unterdurchschnittlich. Allerdings konnte eine wachsende Zahl von Menschen ihre Grundbedürfnisse nicht mehr befriedigen, weshalb die Betroffenheit von **erheblicher materieller und sozialer Deprivation** in Österreich 2023 markant anstieg, aber dennoch zum Teil deutlich unter den Durchschnittswerten der Vergleichsländergruppen blieb. Die **Vermögensungleichheit** stieg in Österreich zuletzt und lag erneut deutlich über dem EU-Schnitt.

Tabelle 3.1: Überblick über die Indikatoren der Säule „Soziales“

Dimension/ Indikator	1. Rang in EU27: Wert	Wert (vs. Vorjahr)	Österreich				
			Rang in EU27 (vs. 2010)	gegenüber EU27	BENE-SCAND	Verlauf seit 2010*	
Ausgaben für den Sozialschutz							
Input-Indikatoren							
Sozialquote , 2023 in % des BIP — ohne GR	Frankreich: 31,3	30 (+0,4 PP)	3 (+0)	●	●		
Gesundheit							
Output-Indikatoren							
Gesunde Lebensjahre bei der Geburt , 2023 ohne LU	Malta: 71,4	60,4 (-0,8%)	18 (-3)	●	●		
(Sehr) guter Gesundheitszustand , 2024 in % der Ab-16-Jährigen	Irland: 79,9	67,7 (-1,5 PP)	12 (-2)	●	●		
Input-Indikatoren							
Chronische Erkrankungen , 2024 in % der Ab-16-Jährigen	Italien: 17	36,1 (+1,3 PP)	16 (+3)	●	●		
Arbeitsunfälle , 2022 je 100.000 Erwerbstätige	Rumänien: 57,6	1527 (-6,2%)	19 (-1)	●	●		
Bildung und Qualifikation							
Input-Indikatoren							
Teilnahme an Weiterbildung , 2024 in % der 25- bis 64-Jährigen	Schweden: 37,5	17,6 (+0,2 PP)	8 (-2)	●	●		
Output-Indikatoren							
Abschluss über Pflichtschule , 2024 in % der 25- bis 64-Jährigen	Polen: 94,8	86,2 (+0,5 PP)	14 (-4)	●	●		
Arbeitsmarkt							
Output-Indikatoren							
Arbeitslosenquote , 2024 in % der 15- bis 64-Jährigen	Tschechien: 2,7	5,2 (+0 PP)	12 (-10)	●	●		
NEET-Rate , 2024 in % der 15- bis 29-Jährigen	Niederlande: 4,9	9,2 (-0,2 PP)	10 (-5)	●	●		
Beschäftigungsquote (VZÄ) , 2024 in % der 15- bis 64-Jährigen	Malta: 75,9	63,8 (-0,3 PP)	22 (-14)	●	●		
Erwerbsquote der 55–64-Jährigen , 2024 in %	Schweden: 83	61,1 (+1,3 PP)	21 (-3)	●	●		
Gender-Gap der Beschäftigungsquote , 2024 25- bis 44-Jährige, VZÄ, Gap in Prozentpunkten	Finnland: 4,9	18,7 (-0,2 PP)	23 (-3)	●	●		
Niedriglohnempfänger:innen , 2022 in % der Angestellten	Portugal: 1,8	14 (-0,7 PP)	12 (-2)	●	●		
Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit							
Input-Indikatoren							
Betreuungsquote: Unter-3-Jährige , 2024 in %	Niederlande: 78,9	30,2 (+6,1 PP)	16 (+4)	●	●		
Betreuungsquote: 3 Jahre bis Schulpflicht , 2024 in %	Ungarn, Dänemark: 100	90 (-0,4 PP)	19 (-7)	●	●		
Einkommen, Armut und Verteilung							
Output-Indikatoren							
Netto-Haushaltsäquivalenzeinkommen , 2024 Median, real (Basisjahr 2015) und kaufkraftbereinigt, Tsd. EUR	Luxemburg: 30,3	22,2 (+0,8%)	2 (+0)	●	●		
Absolute Armut¹ , 2024 erhebliche materielle u. soziale Deprivation, in %	Slowenien: 1,8	3,7 (0 PP)	10 (-6)	●	●		
Relative Armut , 2024 Armutgefährdungsquote, in %	Tschechien: 9,5	14,3 (-0,6 PP)	9 (+2)	●	●		
Verhältnis der Einkommensquintile , 2024 S80/S20 in Vielfachen	Bulgarien: 7	4,3 (+0,1 Punkte)	16 (+0)	-	-		
Verteilung der Nettovermögen , 2021 P80/P20 in Vielfachen — ohne BG, DK, PL, RO, SE	Slowakei: 4,2	41,5 (+2,9 Punkte)	18 (-7)	●	●		

Quellen: Eurostat, HFCs OeNB. Details siehe www.produktivitaetsrat.at/dashboard.

Anmerkungen: Vorläufige Einteilung in Input-/Output-Indikatoren im Rahmen der dargestellten Dimensionen. Eine Gesamtbewertung bedarf weiterer Analysen. — Die Farbcodierung zeigt, wie stark Österreich von der Vergleichsgruppe abweicht. Ob eine höhere oder niedrigere Abweichung als „besser“ gilt, hängt vom Bezug zur Wettbewerbsfähigkeit ab: Positiver Bezug (+): höher = besser; negativer Bezug (-): niedriger = besser; ohne klaren Bezug: Farbcodierung entfällt. ●/●...+/- >30%, ●/●...+/- 10–30%, ●/●...+/- <10%. — Die Klassifikation eines Indikators als Input oder Output gilt nur innerhalb der jeweiligen Dimension. Die Zuordnung kann sich in einem anderen Kontext verschieben.

¹ Erstverfügbares Jahr: 2015. — NEET... Not in Employment, Education or Training, VZÄ... Vollzeitäquivalente.

Redaktionsschluss für Datenupdates: 30.09.2025.

3.2 Entwicklung wichtiger Leistungs- und Bestimmungsfaktoren der sozialen Nachhaltigkeit

- 45 **Soziale Nachhaltigkeit** wird durch Institutionen und Maßnahmen erreicht, die allen Mitgliedern der Gesellschaft ein Höchstmaß an Gesundheit, Teilhabe und Sicherheit ermöglichen. Diese steigern auch die Möglichkeiten der Menschen in einem Land, zum wirtschaftlichen Wohlstand des Landes beizutragen und selbst davon zu profitieren.
- 46 Die wichtigste Grundlage der sozialen Nachhaltigkeit ist eine **selbstbestimmte Lebensführung** (► Absatz 6). Diese führt zur Befriedung materieller Grundbedürfnisse, zur Möglichkeit, an lebenslangen Lernprozessen teilnehmen zu können, sowie zu physischer und psychischer Gesundheit. Sie hängt von der Erwerbsarbeit, persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten und der aktiven Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ab. Weiters setzt sie Infrastruktur und Institutionen voraus, die die Entwicklungsfähigkeit und Chancengleichheit aller Mitglieder der Gesellschaft, insbesondere aber benachteiligter Bevölkerungsgruppen, sicherstellen bzw. herstellen und fördern. Dementsprechend ist die Analyse der sozialen Nachhaltigkeit Österreichs in diesem Kapitel in folgende Themenfelder gegliedert:
- Ausgaben für Sozialschutz
 - Gesundheit
 - Bildung und Qualifikation
 - Arbeitsmarkt
 - Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit
 - Einkommen, Armut und Verteilung
- 47 ► Tabelle 3.1 gibt einen Überblick über die Auswertung der Indikatoren der einzelnen Themengebiete in der Säule Soziales. Sie zeigt die Position Österreichs relativ zu den Vergleichsländergruppen und Veränderungen über die Zeit. Die Klassifikation eines Indikators als Input oder Output gilt nur innerhalb der jeweiligen Dimension. Die Zuordnung kann sich in einem anderen Kontext verschieben.
- 48 **Ausgaben für Sozialschutz:** Die Sozialquote (Sozialausgaben in Relation zum BIP) ist in Österreich mit 30% sowohl im Vergleich zu den Ländern der EU27 als auch den BENESCAND-Ländern sehr hoch – Österreich rangiert an dritter Stelle der EU. Dies ist vor allem Ausdruck eines stark ausgebauten Sozialstaats, der weitreichende Maßnahmen zur Alters- und Gesundheitsversorgung, Familien- und Kinderleistungen sowie Arbeitslosenunterstützung umfasst.²² Die internationale Vergleichbarkeit der Höhe der Sozialquote wird durch bedeutende Unterschiede der nationalen Systeme der sozialen Absicherung erschwert (Adema und Whiteford, 2021).
- 49 Ein wichtiger Aspekt bei der Quotendarstellung der Sozialausgaben ist auch die unterschiedliche Indexierung von Zähler und Nenner: Für die Entwicklung des nominellen BIP (des Nenners) ist die Preissteigerung der in Österreich produzierten Güter entscheidend (BIP-Deflator). Die inflationsindexierten monetären Sozialleistungen (der Zähler) werden hingegen in der Regel mit dem Verbraucherpreisindex (VPI) und somit entsprechend der Preisentwicklung der in Österreich konsumierten Güter angepasst. Durch den besonderen Charakter eines überwiegend „importierten Preisschocks“ im Zuge der Energiekrise stieg der VPI im Vergleich zum BIP-Deflator in den letzten Jahren deutlich stärker an. Laut Fiskalrat (2025b) betrug das kumulierte Wachstum des VPI von 2020 bis 2024 25,7%, während der BIP-Deflator im gleichen Zeitraum um 20,4% zulegte. Dieser BIP-Nenner-Effekt wird gegenwärtig auch durch die anhaltende Phase der Rezession in Österreich, die bereits 2023 einsetzte, verstärkt. Während der Kern der Sozialausgaben durch reale Persistenz gekennzeichnet ist, entwickelt sich die Arbeitslosenunterstützung über die Wirkung der automatischen Stabilisatoren antizyklisch.
- 50 Der deutliche Anstieg der Sozialquote im Zuge der COVID-19-Pandemie auf einen historischen Höchstwert von 33,3% des BIP war zwar nur ein vorübergehendes Phänomen (v. a. Ausgabensteigerungen bei der Gesundheitsversorgung und Kurzarbeit sowie BIP-Nennereffekt). Allerdings zeichnet sich seither ein

²² Statistik Austria, [Sozialleistungsausgaben nach Funktionen 1990 bis 2023](#), Jahressumme in Mio. Euro, Zugriff am 11.8.2025.

persistenter höherer Abstand zum Durchschnittswert der EU27 in Höhe eines Prozentpunktes des BIP ab. Bis 2019 lag der Quotenabstand bei zwei Prozentpunkten, seit dem Jahr 2022 bei drei Prozentpunkten. Ungeachtet dessen führt die demografische Entwicklung zu einer dynamischen Entwicklung der altersabhängigen Staatsausgaben, allen voran für Gesundheits-, Pflege- und Pensionsleistungen (Fiskalrat, 2025a): Ausgehend vom Jahr 2023 werden diese insgesamt bis 2070 um 6,2% des BIP steigen. Dieser Anstieg setzt sich zum Großteil aus den Bereichen Gesundheit (+2,6% des BIP), Pensionen (+1,9% des BIP) und Pflege (+1,8% des BIP) zusammen.

- 51 Gesundheit:** Die Lebenserwartung bei guter Gesundheit (gesunde Lebensjahre bei der Geburt) lag 2023 bei 60,4 Jahren. Der Wert ist seit dem historischen Höchstwert im Jahr 2021 (61,8 Jahre) rückläufig, wodurch Österreich sich am aktuellen Rand vom leichten Zuwachs der EU27 und der BENESCAND-Länder entkoppelte und sich damit von den Durchschnittswerten der Vergleichsländergruppe weiter entfernte. Im Vergleich dazu stieg die Lebenserwartung bei der Geburt (Eurostat, demo_mlifetable) in Österreich dem Trend der EU27 und jenem der BENESCAND-Länder folgend von 81,4 Jahren (2022) auf 81,9 Jahre (2023) an. Als Konsequenz ist Österreich mit der Tatsache konfrontiert, dass der Anteil gesunder Lebensjahre schrumpft: Im Jahr 2021 verbrachte eine durchschnittliche Person in Österreich noch 76,0% seines Lebens bei guter Gesundheit, bereits zwei Jahre später nur noch 73,7% (2023). Beim subjektiv wahrgenommenen Gesundheitszustand sowie beim Anteil der Personen mit chronischen Erkrankungen lag Österreich auf Basis der Umfrageergebnisse im Jahr 2024 im Mittelfeld der EU27. Arbeitsunfälle waren am aktuellen Rand zwar leicht unter dem EU27-Durchschnitt, aber deutlich höher als in den BENESCAND-Ländern. Für die wichtige Thematik der Berufskrankheiten fehlen zeitlich und geografisch vergleichbare Daten.
- 52 Bildung und Qualifikation:** Der Anteil von Personen mit Bildungsabschlüssen, die über die Pflichtschule hinausgehen, nahm in Österreich in den letzten Jahren stets zu – wenn auch nur langsam. Im Vergleich dazu erhöhte sich der Anteil dieser Personengruppe im Durchschnitt der EU27 sowie der BENESCAND-Länder schneller, sodass Österreich über die Zeit ins EU-Mittelfeld abrutschte. Dennoch lag Österreich noch deutlich bzw. geringfügig über dem Durchschnitt der EU27 bzw. der BENESCAND-Länder. Eine weitere Ausweitung bei bereits hohen Anteilen von Personen mit Bildungsabschlüssen über der Pflichtschule dürfte umfassende bzw. spezifische bildungspolitische Anstrengungen erfordern. Zudem liegen die Kompetenzen der österreichischen Schüler:innen laut PISA-Erhebung im EU-Vergleich trotz hoher Bildungsausgaben pro Schüler:in lediglich im Mittelfeld (► Absatz 39). Eine Verbesserung dieser Ergebnisse sowie die Steigerung der Effizienz des Mitteleinsatzes sind somit zentrale bildungspolitische Herausforderungen. Eine weitere wesentliche Herausforderung für das österreichische Bildungssystem bleibt auch der Abbau von Bildungshürden aufgrund des sozioökonomischen Hintergrunds bleibt (siehe z. B. OECD, 2023). Die Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen bei Erwachsenen ist im Vergleich zu den EU27-Ländern überdurchschnittlich hoch, liegt jedoch deutlich unter jener der BENESCAND-Länder.
- 53 Arbeitsmarkt:** Trotz der anhaltenden Rezession blieb die Arbeitslosenrate Österreichs 2024 mit 5,2% auf dem Niveau des Vorjahres, während sich jene der EU27 geringfügig verbesserte und sich jene der BENESCAND-Länder um einen halben Prozentpunkt verschlechterte. Die Arbeitslosenrate lag damit im Jahr 2024 erneut im europäischen Mittelfeld, aber klar unter den Durchschnittswerten der EU27 und der BENESCAND-Länder.²³ Der österreichische Arbeitsmarkt erweist sich vor allem deshalb als relativ robust, da das Arbeitskräfteangebot aufgrund der demografischen Alterung langsamer wächst als in der Vergangenheit. Allerdings erschweren Faktoren, wie der steigende Anteil von älteren, gesundheitlich eingeschränkten Personen (► Absatz 51) und Migrant:innen an der Erwerbsbevölkerung, die Anhebung des Frauenpensionsalters sowie der wirtschaftliche und technologische Wandel den Abbau der Arbeitslosigkeit (Bock-Schappelwein und Eppel, 2025). Die Rate der jungen Menschen, die weder in schulischer oder beruflicher Ausbildung noch in Beschäftigung sind („NEET-Rate“; NEET: Not in Employment, Education, or Training), verringerte sich 2024 leicht auf 9,2%. Im Vergleich zu den Ländern der EU27

²³ Aktuelle Konjunkturprognosen für Österreich (Bonin et al., 2025; Fenz et al., 2025; Schiman-Vukan und Ederer, 2025) gehen von einem leichten Anstieg der Arbeitslosenquote 2025 sowie einem schrittweisen Rückgang in den Folgejahren aus.

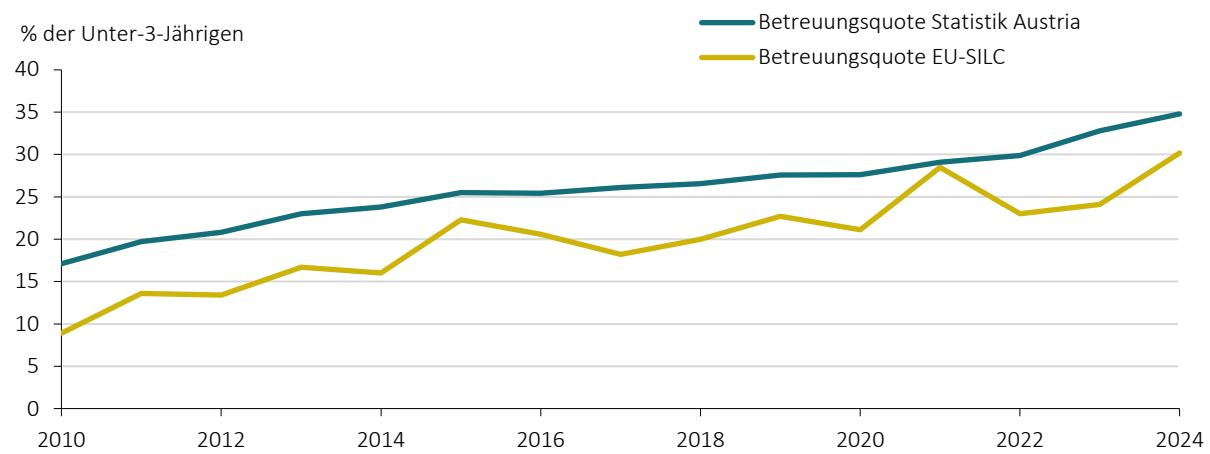
(Durschnitt 2024: 11,0%) fiel die NEET-Rate Österreichs abermals niedrig aus. Allerdings reduzierte sich der Abstand der Raten deutlich: Während der Durchschnittswert der EU27 im langfristigen Trend seit 2010 von über 15% (2010) auf 11% deutlich zurückging, verharrte die NEET-Rate Österreichs – bei einer Schwankungsbreite von +0,5/-1,0 Prozentpunkten – auf Höhe ihres Ausgangswertes (2010: 9,1%). In den BENESCAND-Ländern lag die NEET-Rate unter jener Österreichs, der Abstand verringerte sich aber von 1,8 Prozentpunkten in den Jahren 2021 bis 2023 auf 1,4 Prozentpunkte am aktuellen Rand. Dieser besondere Aspekt der Jugendarbeitslosigkeit ist aufgrund der damit verbundenen persönlichen und gesellschaftlichen Opportunitätskosten eine vordringliche Herausforderung für die Arbeitsmarktpolitik.

- 54 Die Beschäftigungsquote in Vollzeitäquivalenten stagniert in Österreich seit 2022 bei rund 64%. Dies ist einerseits auf ein Abflachen des Wachstums der Erwerbstägenquote und andererseits auf eine Reduktion der durchschnittlichen Arbeitsstunden je beschäftigter Person zurückzuführen. Österreichs Beschäftigungsquote in Vollzeitäquivalenten ist damit im Jahr 2024 niedriger als im EU27- und BENESCAND-Durchschnitt – eine Situation, die sich erstmals 2021 einstellte und sich seither weiter verschlechterte. Demnach entwickelte sich die Beschäftigung Österreichs nach dem Corona-Jahr 2020 bedeutend verhaltener als im Durchschnitt der EU27 und der BENESCAND-Länder. Die Erwerbsquote der 55–64-Jährigen setzte ihren langjährigen, stetigen Anstieg auch 2024 fort und erreichte 61,1%. Dennoch ist der Abstand Österreichs zu den Vergleichsländergruppen in dieser Altersgruppe beträchtlich.²⁴ So lag die Erwerbsquote im Jahr 2024 um mehr als 7 bzw. 14 Prozentpunkte unter dem Länder-Durchschnitt der EU27 bzw. der BENESCAND. Die Differenz in der Beschäftigung bei Männern und Frauen im Haupterwerbsalter ging 2024 erneut etwas zurück, dennoch schnitt Österreich bei diesem Indikator EU-weit weiterhin sehr schlecht ab. Dies geht zum Gutteil auf die anhaltend hohe Teilzeitquote der Frauen zurück, die im Jahr 2024 laut [Statistik Austria](#) ihren historischen Höchststand von 51,1% erreichte.
- 55 **Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit:** Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Qualität der frühkindlichen und schulischen Betreuung und Bildung spielen für die Entwicklungsfähigkeit und Chancengleichheit der Kinder eine zentrale Rolle. Bei der vorschulischen Kinderbetreuung zeigt sich in Österreich ein sehr heterogenes Bild je nach Alter der Kinder. So lag der Anteil der Kinder von drei Jahren bis zu Beginn der Schulpflicht in formaler Betreuung 2024 mit 90% etwas über dem EU27-Durchschnitt, aber deutlich unter dem Durchschnitt der BENESCAND-Länder, wo beinahe alle Kinder dieser Altersgruppe formal betreut werden. Spätestens ab 2027 soll das bereits im aktuellen Regierungsprogramm angekündigte zweite verpflichtende Kindergartenjahr für alle Kinder in Österreich eingeführt werden. Dadurch sollen die Deutschkenntnisse verbessert, die Integration gefördert und eine frühe Bildung sichergestellt werden. Damit ist davon auszugehen, dass sich der Anteil der Über-3-jährigen Kinder in formaler Betreuung in naher Zukunft noch etwas weiter erhöhen wird. Im Vergleich dazu liegt der Anteil der formell betreuten unter-3-jährigen Kinder in Österreich 2024 mit 30% sowohl deutlich unter dem EU27-Durchschnitt (39%) als auch unter jenem der BENESCAND-Länder (60%). Allerdings wird bei diesen beiden Indikatoren das tatsächliche wöchentliche Betreuungsausmaß nicht berücksichtigt, weshalb der Ländervergleich etwas zu relativieren ist.
- 56 In den „Barcelona-Zielen“ hat der Europäische Rat 2002 eine Quote von 33% für den Anteil der Kinderbetreuung der Unter-3-Jährigen empfohlen. Wichtige Motive sind die Beseitigung von Hemmnissen für die Erwerbstätigkeit von Frauen sowie die Förderung der sozialen, sprachlichen und kognitiven Entwicklung von Kindern. Das Ziel wurde 2022 in einer [EU-Ratsempfehlung](#) auf eine Betreuungsquote von 45% erhöht. Allerdings ist das empfohlene Ziel niedriger, wenn ein Land das ursprüngliche Ziel noch nicht erreicht hat. Es liegt für Österreich bis 2030 nun bei rund 32%.
- 57 Die Messung der Kinderbetreuungsquote unterscheidet sich in der international vergleichbaren EU-SILC-Statistik, die auch für die Daten zur Kinderbetreuung in ► Tabelle 3.1 maßgeblich ist, vom Ansatz der Statistik Austria. Bei den Daten der Statistik Austria handelt es sich um eine Vollerhebung, bei EU-

²⁴ Die Quote hängt von der Zusammensetzung der Gruppe der 55–64-Jährigen und damit vom Pensionsantrittsalter ab, das durch die Kohortengröße starken Einfluss hat.

SILC um eine Stichprobe (siehe Statistik Austria, 2015), wodurch die EU-SILC-Daten bei besserer internationaler Vergleichbarkeit eine höhere Fluktuation aufweisen und weniger verlässlich sind. Aufgrund dieser Unterschiede weichen die ausgewiesenen Niveaus der Kinderbetreuungsquote in Abhängigkeit von der verwendeten Datenquelle deutlich voneinander ab (► Abbildung 3.1 für Unter-3-Jährige). In einer differenzierteren Betrachtungsweise hängt die Betreuungsquote weiters davon ab, ob die Betreuung durch Tageseltern mitberücksichtigt wird. Die Besuchsquote der Unter-3-Jährigen beträgt 2024 nach der Definition von Statistik Austria 34,8%, die erweiterte Besuchsquote (inkl. Betreuung durch Tageseltern) 36,9%. 60% der betreuten Kinder sind dabei in Einrichtungen untergebracht, die mit einer Vollzeittätigkeit der Eltern vereinbar sind (Statistik Austria, 2025). Im Rahmen des Finanzausgleichs 2024 kamen Bund, Länder und Gemeinden überein, Mittel des Zukunftsfonds dahingehend zu nutzen, eine Betreuungsquote (inklusive Tageseltern) bei den Unter-3-Jährigen von zumindest 38% bis Ende der Finanzausgleichsperiode (31.12.2028) zu erreichen.

Abbildung 3.1: **Betreuungsquote der Unter-3-Jährigen**



Quelle: Eurostat [Label: ILC_CAINDFORMAL], Statistik Austria.

- 58 **Einkommen, Armut und Verteilung:** In Österreich ist das verfügbare (kaufkraftbereinigte) mediane Netto-Äquivalenzhaushaltseinkommen im internationalen Vergleich sehr hoch – Österreich rangierte im Jahr 2024 an zweiter Stelle in der EU. Zwar blieb der Wert des verfügbaren Haushaltseinkommens Österreichs noch unter dem historischen Höchststand vom Jahr 2016. Nach einem markanten, auch in anderen EU-Ländern zu beobachtenden, Rückgang im Jahr 2022 infolge der Hochinflationsphase, nahm das verfügbare Median-Haushaltseinkommen in Österreich ab 2023 wieder zu. Dazu trugen auch ab 2022 wirkende wirtschaftspolitische Maßnahmen bei, die überwiegend der Kaufkraftstärkung dienten, insbesondere die ökosoziale Steuerreform (insbesondere die Herabsetzung von Einkommensteuertarifstufen) und diverse Anti-Teuerungsmaßnahmen.
- 59 Die Verringerung von Armut und Ungleichheit stärkt die gesellschaftliche Teilhabe und wirkt sich positiv auf die Bildungsbeteiligung der Kindergeneration und die Gesundheit aus. Armut wird auf Grundlage absoluter und relativer Maße beschrieben. Absolute Armutmaße basieren auf der Definition von Grundbedürfnissen. Erhebliche materielle und soziale Deprivation ist gegeben, wenn mindestens sieben von dreizehn konkreten Grundbedürfnissen finanziell nicht leistbar sind. Beispiele für diese Grundbedürfnisse sind: Miete, Betriebskosten oder Kredite pünktlich bezahlen; die Wohnung angemessen warmhalten; abgenutzte Kleidung ersetzen; zwei Paar passende Schuhe besitzen; eine Woche Urlaub im Jahr außerhalb des eigenen Heims verbringen. Die aktuellen Krisen, vor allem die hohe Inflation, haben die Situation der von Armut betroffenen Menschen in Österreich verschlechtert. Eine wachsende Zahl von Menschen kann ihre Grundbedürfnisse nicht mehr befriedigen. Die Betroffenheit von erheblicher materieller und sozialer Deprivation stieg in Österreich von 2,3% (2022) auf 3,7% (2023) – dieser Anstieg wurde nur von Dänemark übertroffen – und stagnierte am aktuellen Rand. Damit verharrte die

erhebliche materielle und soziale Deprivation in Österreich zwar auf dem seit Beginn der Verfügbarkeit des Indikators (2015) für Österreich höchsten Wert. Allerdings lag Österreich damit 2024 weiterhin deutlich unter dem Durchschnittswert der EU27 (6,4%) und etwas unter jenem der BENESCAND-Länder (4,0%).

- 60 Die Armutgefährdung wird in der EU über die Relation der äquivalisierten Haushaltseinkommen bestimmt und ist somit ein relatives Armutsmäß, das das Verhältnis der Einkommen zueinander beschreibt.²⁵ Armutgefährdet ist demnach ein Haushalt, dessen äquivalisiertes Haushaltseinkommen weniger als 60% des Medianeinkommens beträgt. In Österreich ist der Indikator für die relative Armut 2024 gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Prozentpunkte auf 14,3% zurückgegangen, während der Durchschnittswert für die EU27 auf höherem Niveau (16,2%) unverändert blieb.²⁶
- 61 Die Ungleichverteilung der Einkommen ist in Österreich weniger stark ausgeprägt als im Durchschnitt der EU27 und stärker als im Schnitt der BENESCAND-Länder. Als Indikator für die Ungleichverteilung der Einkommen wird das verfügbare Einkommen nach Steuern und Transfers der höchsten 20% als Vielfaches der Einkommen der niedrigsten 20% ausgedrückt („Einkommensquintilverhältnis“). Seit dem Anstieg im Jahr 2022 liegt Österreich bei einem Faktor von 4,3 und damit wieder auf dem Niveau von 2010. Die Ungleichverteilung der Nettovermögen (Vielfaches der vermögendsten 20% gegenüber den vermögensschwächsten 20% gemäß Household Finance and Consumption)²⁷ erhöhte sich in Österreich von 39 (2017) auf 42 (2021). Der Durchschnitt jener 22 EU-Länder mit verfügbaren Daten zu diesem Indikator verringerte sich hingegen von 29 (2017) auf 24 (2021). Demgegenüber reduzierte sich der Anteil des gesamten Nettovermögens im Besitz der vermögendsten 10% der Bevölkerung in Österreich von 56% 2017 auf 52% 2021, womit Österreich im Hinblick auf diesen Indikator 2021 dennoch deutlich über dem EU-Schnitt liegt (48%).
- 62 **Fazit:** Der gut ausgebaute Sozialstaat Österreichs kommt z. B. durch die im EU-Vergleich hohe Sozialquote zum Ausdruck. Allerdings spiegelt sich in dieser hohen Sozialquote auch die vergleichsweise langsame Rückführung der Gesundheitsausgaben nach der Corona-Pandemie in Österreich und die in den letzten Jahren deutlich voneinander abweichende Entwicklung des für die Indexierung von monetären Sozialleistungen relevanten VPI-Index und des Deflators des Bruttoninlandsprodukts wider. Gleichzeitig geht der Anteil der Lebensjahre bei guter Gesundheit zurück, wodurch sich der Reformdruck im Gesundheitswesen (z. B. Prävention und integrierte Gesundheitsversorgung) erhöht. Ungeachtet dessen setzte bereits der demografiebedingt zunehmende Druck auf altersabhängige Staatsausgaben ein. Trotz der gegenwärtigen Rezession zeigt sich der Arbeitsmarkt Österreichs robust, auch wenn sich die Beschäftigung seit dem Corona-Jahr 2020 im EU-Vergleich deutlich verhaltener entwickelt. Das Einkommen privater Haushalte ist in Österreich sehr hoch und wurde am aktuellen Rand durch wirtschaftspolitische Maßnahmen (ökologische Steuerreform und Anti-Teuerungsmaßnahmen) zusätzlich gestärkt. Die Zunahme der erheblichen materiellen und sozialen Deprivation zeigt jedoch, dass nicht alle Bevölkerungsgruppen von der Entwicklung der Einkommen gleichermaßen profitierten. Auch die zunehmende Ungleichheit der Vermögensverteilung zeigt eine starke Benachteiligung bestimmter Bevölkerungsgruppen. Zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind Kinderbetreuungseinrichtungen der Schlüssel. Wenngleich Österreich seit 2023 das Barcelona-Ziel der Betreuungsquote für unter-dreijährige Kinder erreichte, lagen die Kapazitäten zur formalen Kinderbetreuung noch deutlich unter dem EU-Durchschnitt.

²⁵ Zur Diskussion der Armutsmessung durch geeignete Indikatoren siehe Badelt und Heitzmann (2023).

²⁶ Sowohl der Indikator für erhebliche materielle und soziale Deprivation als auch die Armutgefährdungsquote beruhen auf Befragungsdaten von EU-SILC. Dementsprechend unterliegen diese Indikatoren Schätzunsicherheit.

²⁷ „The Household Finance and Consumption Survey“ erfolgt alle fünf Jahre. Die nächste Welle wird im Jahr 2028 veröffentlicht und Daten zum Jahr 2025 ausweisen.

4. Politikbereich „Umwelt“

4.1 Das Wichtigste auf einen Blick

Klima und Treibhausgase

Die **Erreichung der Klimaziele** stellt Österreich vor große Herausforderungen. Bei der Emissionsintensität (CO₂-Emissionen je BIP) liegt Österreich im vorderen Drittel der EU27. Die Treibhausgasemissionen pro Kopf verringerten sich 2023, lagen aber sowohl über dem EU27-Schnitt als auch dem Durchschnitt der BENESCAND-Länder. Der Verkehrssektor verzeichnete seit 1990 den stärksten absoluten Anstieg der Emissionen. Die **Nettoemissionen** sind **gestiegen**, da sich Österreichs Wälder aufgrund der Auswirkungen des Klimawandels zunehmend in eine CO₂-Quelle verwandeln.

Kreislaufwirtschaft und Materialverbrauch

Das Potenzial der Kreislaufwirtschaft wird bislang noch nicht ausgeschöpft. Trotz vieler Verbesserungen ist der inländische Materialverbrauch weiterhin hoch und auch in der Ressourcenproduktivität liegt Österreich nur im Mittelfeld der EU27.

Umweltinstrumente und Innovationsleistung

Die Bedeutung des **Umweltsektors** in der österreichischen Wirtschaft hat auch 2024 weiter zugenommen. Die erfinderische Tätigkeit ist auf dem Gebiet von Umwelttechnologien im Vergleich der EU27 sehr hoch. Dies trägt zur Stärkung dieses Wirtschaftszweiges im Zuge der ökologischen Transformation bei.

Die **Einnahmen aus Umweltabgaben liegen** in Österreich dauerhaft **unter dem EU27-Durchschnitt**, während klimakontraproduktive Subventionen beibehalten werden und Bemühungen zur Senkung der Treibhausgasemissionen konterkarieren.

Energieintensität und -nutzung

Die Energieintensität hat sich stetig verbessert. Der **Anteil erneuerbarer Energieträger** im Endenergieverbrauch ist stark gestiegen, während die Importabhängigkeit bei Energie zurück gegangen ist. Trotz dieser vielfältigen Verbesserungen stellt die Defossilisierung emissionsintensiver Sektoren weiterhin eine große Herausforderung dar – insbesondere im Spannungsfeld zwischen ökologischer Verantwortung und langfristiger **Wettbewerbsfähigkeit**.

Ökosysteme und Biodiversität

Vor allem die Bundesländer sind gefordert, einen Betrag zum Ziel des Netto-Null-Bodenverbrauchs der Europäischen Kommission zu leisten. Der hohe **Flächenverbrauch pro Kopf** erfordert weiterhin ambitionierte Ziele und Maßnahmen.

Tabelle 4.1: Übersicht über die Säule Umwelt

Dimension/ Indikator	1. Rang in EU27: Wert	Wert (vs. Vorjahr)	Österreich			Verlauf seit 2010*			
			Rang in EU27 (vs. 2010)	gegenüber EU27	BENE- SCAND				
Klima und Treibhausgase									
Output-Indikatoren									
Treibhausgase ohne LULUCF, 2023 Tonnen CO2-Äquivalent pro Kopf	Malta: 4,1	7,5 (-7,8%)	18 (-3)	●	●				
Treibhausgase inkl. LULUCF, 2023 Tonnen CO2-Äquivalent pro Kopf	Schweden: 1,3	8,4 (+2,5%)	19 (-4)	●	●				
Input-Indikatoren									
CO2-Intensität je BIP real, 2023 Kilotonnen CO2 je Mrd EUR	Schweden: 69,9	136,9 (-6,5%)	9 (-5)	●	●				
CO2-Intensität je BIV, 2023 Kilotonnen CO2 je Petajoule	Schweden: 18,8	43 (-4,5%)	11 (-3)	●	●				
Anteil Bahn am Gütertransport, 2023 in % – ohne CY, MT	Lettland: 44	29,3 (-0,9 PP)	6 (0)	●	●				
Anteil öffentlicher Personenverkehr, 2023 in %	Ungarn: 24,5	23,1 (+1 PP)	2 (+3)	●	●				
Energie: Intensität und Nutzung									
Output-Indikatoren									
Energieimporte, 2023 in % des Gesamtenergieverbrauchs	Estland: 3,5	61,1 (-13,2 PP)	14 (+3)	●	●				
Input-Indikatoren									
Energieintensität je BIP real, 2023 Petajoule je Mrd EUR	Irland: 1,1	2,4 (-2,9%)	9 (-1)	●	●				
Erneuerbare Energieträger, 2023 in % des Brutto-Endenergieverbrauchs	Schweden: 66,4	40,8 (+6,8 PP)	6 (-3)	●	●				
Preise für Energieimporte, 2023 Mio EUR je Petajoule	Österreich: 8,5	8,5 (-21,8%)	1 (+0)	●	●				
Kreislaufwirtschaft und Materialverbrauch									
Input-Indikatoren									
Materieller Fußabdruck, 2024 Tonnen pro Kopf	Spanien: 9,8	19,6 (-8,8%)	18 (+5)	●	●				
Inländischer Materialverbrauch, 2024 Tonnen pro Kopf	Niederlande: 7,7	15,7 (-4,4%)	16 (+3)	●	●				
Ressourcenproduktivität, 2024 EUR (real, Basisjahr 2015) je kg	Niederlande: 6	2,6 (+3,2%)	10 (-1)	●	●				
Nutzung wiederverwendbarer Stoffe, 2023 in %	Niederlande: 30,6	14,3 (+1,9 PP)	7 (+6)	●	●				
Ökosysteme und Biodiversität									
Output-Indikatoren									
Bodenerosion durch Wasser, 2016 in % – ohne DK, EE	Lettland/Niederlande/Finnland: 0,0	15,5 (-0,1 PP)	23 (+2)	●	●				
Siedlungsfläche ¹ , 2022 Quadratmeter pro Kopf	Finnland: 2234,9	722,7 (-2,4%)	12 (-2)	-	-				
Input-Indikatoren									
Ökologische Landwirtschaft, 2023 in % der genutzten Fläche – ohne GR	Österreich: 27,4	27,4 (-0,3 PP)	1 (+0)	●	●				
Versiegelte Fläche ¹ , 2018 Quadratmeter pro Kopf	Malta: 117,9	296,2 (-1,8%)	19 (+1)	●	●				
Umweltinstrumente und Innovationsleistung									
Input-Indikatoren									
Umweltpatente, Ø 2018-2020 Anteil an allen Patentanträgen in %	Dänemark: 28,9	14,6 (+1,4 PP)	6 (+13)	●	●				
Umweltabgaben, 2023 in %	Bulgarien: 11,2	4,6 (+0,3 PP)	21 (+3)	-	-				

Quellen: Eurostat, IEA, OECD. Details siehe www.produktivitaetsrat.at/dashboard.

Anmerkungen: Vorläufige Einteilung in Input-/Output-Indikatoren im Rahmen der dargestellten Dimensionen. Eine Gesamtbewertung bedarf weiterer Analysen. — Die Farbcodierung zeigt, wie stark Österreich von der Vergleichsgruppe abweicht. Ob eine höhere oder niedrigere Abweichung als „besser“ gilt, hängt vom Bezug zur Wettbewerbsfähigkeit ab: Positiver Bezug (+): höher = besser; negativer Bezug (-): niedriger = besser; ohne klaren Bezug: Farbcodierung entfällt. ●/●...+/->30%, ●/●...+/-10–30%, ●/●...+/-<10%. — Die Klassifikation eines Indikators als Input oder Output gilt nur innerhalb der jeweiligen Dimension. Die Zuordnung kann sich in einem anderen Kontext verschieben.

¹ Erstverfügbares Jahr: 2012. LULUCF... Land use, land-use change, and forestry.

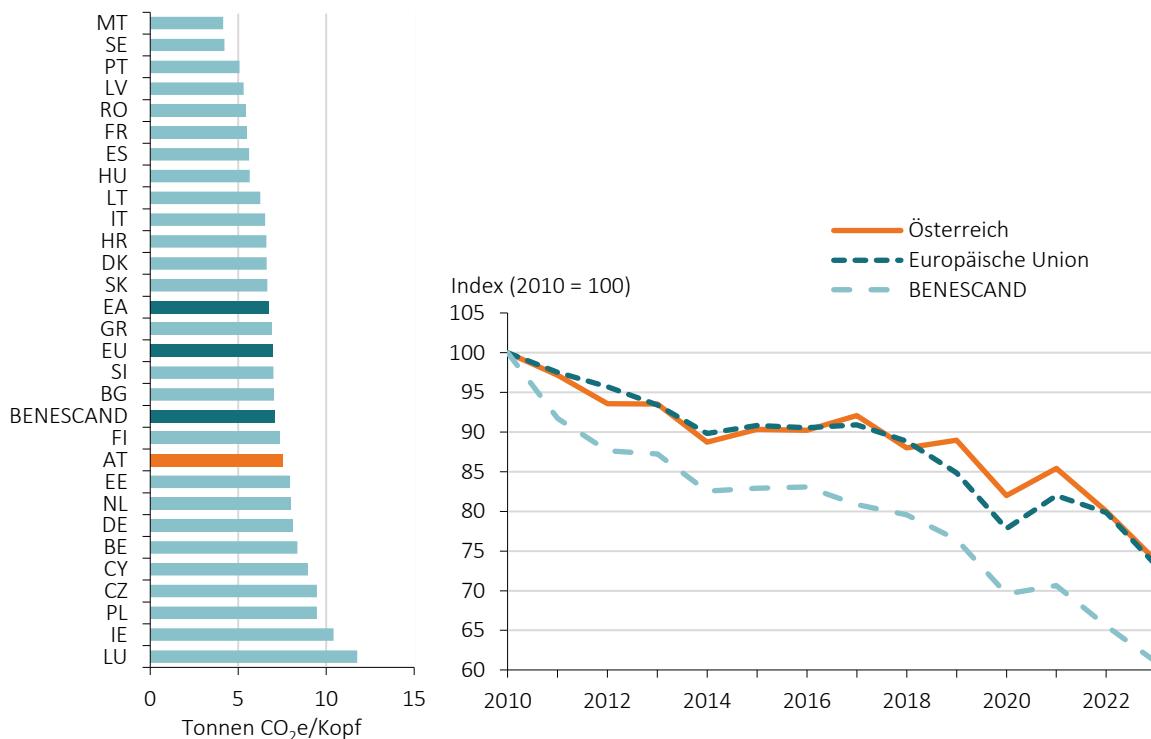
Redaktionsschluss für Datenupdates: 30.09.2025.

4.2 Entwicklung wichtiger Leistungs- und Bestimmungsfaktoren der ökologischen Nachhaltigkeit

- 63 Ökologische **Nachhaltigkeit** bildet die Fähigkeit der österreichischen Volkswirtschaft ab, durch eine effiziente und nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen die Versorgungssicherheit und die Lebensqualität über die Generationen hinweg sicherzustellen.
- 64 Zur Diagnose der Entwicklung der ökologischen Nachhaltigkeit in Österreich wird das Handlungsfeld in folgende **Themengebiete** unterteilt:
- Klima und Treibhausgase
 - Energie: Intensität und Nutzung
 - Kreislaufwirtschaft und Materialverbrauch
 - Ökosysteme und Biodiversität
 - Umweltinstrumente und Innovationsleistung
- 65 ► Tabelle 4.1 gibt einen Überblick über die Indikatoren in der Säule Umwelt. Sie zeigt die Position Österreichs relativ zu den Vergleichsländergruppen und Veränderungen über die Zeit. Die Klassifikation eines Indikators als Input oder Output gilt nur innerhalb der jeweiligen Dimension. Die Zuordnung kann sich in einem anderen Kontext verschieben. Wie schon in den vergangenen Berichtsperioden liegt Österreich in vielen Bereichen im EU27-Mittelfeld und fällt im Vergleich zu den BENESCAND-Ländern teilweise deutlich zurück.
- 66 **Klima und Treibhausgase:** Die THG-Emissionen pro Kopf sanken 2023 gegenüber dem Vorjahr um 7,8%, lagen jedoch mit 7,5 Tonnen CO₂-Äquivalent (CO₂e) pro Kopf sowohl über dem EU-Schnitt (6,9) als auch über dem Durchschnitt der BENESCAND-Länder (7,1) (► Abbildung 4.1). Netto-Emissionen bezeichnen Bruttoemissionen abzüglich der Menge an Treibhausgasen, die durch Kohlenstoffsenken wie Wälder wieder aus der Atmosphäre entnommen werden. Sie verschlechterten sich und stiegen 2023 gegenüber dem Vorjahr um 2,5% an. Dies ist dem Umstand geschuldet, dass sich Österreichs Wälder in den letzten Jahren vermehrt von einer CO₂-Senke in eine CO₂-Quelle verwandelt haben. Grund dafür sind die hohe ungeplante Schadholznutzung (z. B. durch Borkenkäferbefall, Trockenheit oder Sturmeinwirkung), klimabedingte Einbrüche im Zuwachs und die vermehrte, temperaturbedingte Freisetzung von CO₂ aus dem Waldboden (vgl. Umweltbundesamt, 2025). Aktuelle Analysen des Wegener Centers der Universität Graz zeigen auch für 2024 einen weiteren Rückgang der THG-Emissionen, der wie bereits 2023 auf konjunkturelle Faktoren und den warmen Winter zurückzuführen war (Eibinger et al., 2025).
- 67 Auch bei den Indikatoren zur Emissionsintensität (CO₂-Emissionen je BIP, bzw. CO₂-Emissionen je Bruttoinlandsverbrauch BIV) verschlechterte sich Österreich trotz eines weiteren Rückgangs 2023 im EU-Vergleich. Das Europäische Klimagesetz sieht bis 2030 eine Senkung der jährlichen Treibhausgas (THG)-Nettoemissionen gegenüber dem Stand von 1990 um 55% vor. Die Lastenverteilungsverordnung überträgt dieses Ziel für die Mitgliedsländer in einen Reduktionspfad für Sektoren außerhalb des Emissionshandels und sieht für Österreich eine Reduktion der THG-Emissionen bis 2030 von 48% gegenüber dem Stand von 2005 vor. Zwar erleichtern die konjunkturelle Entwicklung und die milderden Winter die Erreichung der Zielvorgaben des Europäischen Klimagesetzes und der verschärften Lastenteilungsverordnung von 2023, doch erschweren die negative Entwicklung bei den Senken und der geringe Fortschritt bei der Energieintensität deren Erfüllung.
- 68 Die Hauptverursacher der österreichischen Treibhausgasemissionen im Jahr 2023 (einschließlich Emissionshandel) waren die Sektoren Energie und Industrie mit einem Anteil von 43,5 % – davon entfielen 8,0 % auf Anlagen außerhalb des Emissionshandels –, gefolgt vom Verkehr (28,9 %), der Landwirtschaft (12,2 %) und dem Gebäudesektor (9,2 %). Zusammengenommen waren diese Bereiche für 93,8 % der gesamten Treibhausgasemissionen verantwortlich (Umweltbundesamt, 2025, S. 95).

Abbildung 4.1: Entwicklung der Treibhausgasemissionen pro Kopf

2023 (links), Index (2010 = 100) (rechts)



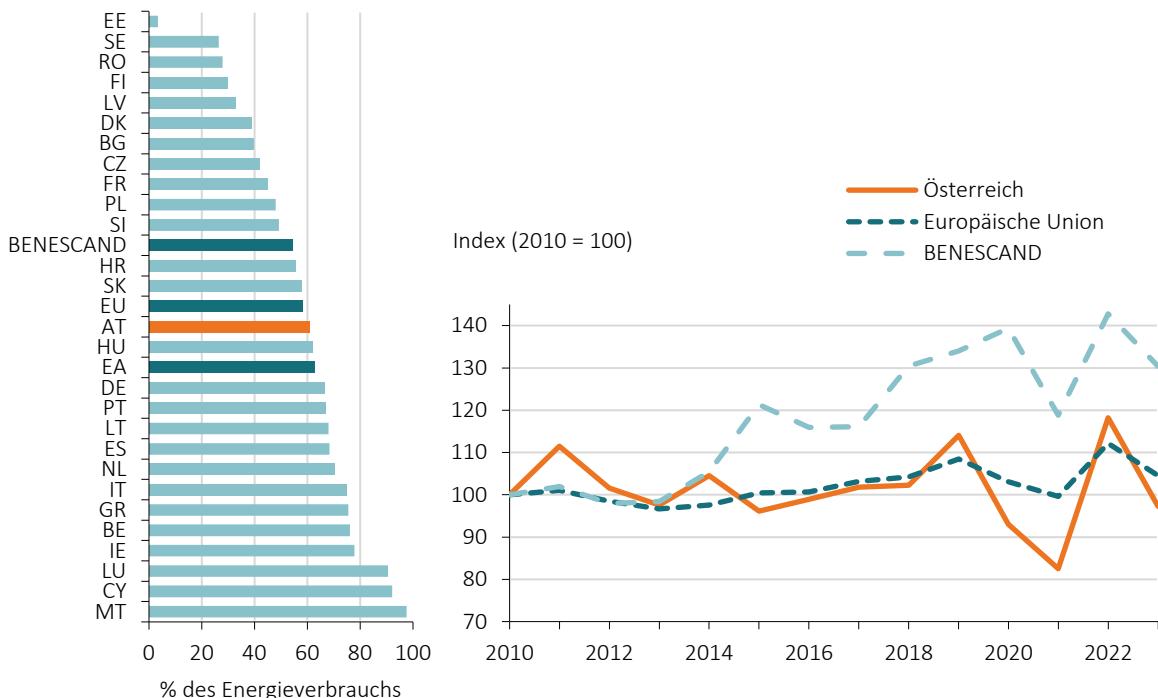
Quelle: Eurostat [Label: ENV_AIR_GGE].

- 69 Der Verkehrssektor verzeichnete seit 1990 den stärksten absoluten Anstieg der Emissionen: +6,1 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent bzw. +44,2%. Auch die Emissionen fluorierter Gase nahmen im selben Zeitraum zu (+0,3 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent bzw. +17,3 %), allerdings auf deutlich niedrigerem Niveau. Der Modal Split im Güterverkehr verschlechterte sich 2023 weiter und der Anteil der Bahn sank von 33% im Jahr 2010 auf 29,3% im Jahr 2023, war aber in der EU vergleichsweise hoch. Beim Personenverkehr stieg der Anteil der öffentlichen Verkehrsmittel 2023 auf 23,1% (+4,5% gegenüber 2022). Österreich rangierte bei diesem Indikator an zweiter Stelle, eine Verbesserung um drei Ränge seit 2010.
- 70 **Energie:** Die Senkung der Energieintensität durch Effizienzsteigerungen ist ein zentraler Ansatzpunkt der EU-Energieeffizienz-Richtlinie. Diese Richtlinie legt für die Europäische Union eine Reduzierung des Endenergieverbrauchs bis 2030 um 11,7 % gegenüber 2020 als verbindliches Ziel fest. Als Näherungswert für die gesamtwirtschaftliche Energieeffizienz bildet dieser Indikator ab, wie viel Energie benötigt wird, um eine bestimmte wirtschaftliche Leistung zu erbringen. Die Energieintensität nahm in den vergangenen Jahren stetig ab. Ein Rückgang dieser Kennzahl ist erforderlich, damit das entsprechende Ziel bei gleichbleibendem Wohlstandsniveau sichergestellt werden kann. Zwischen 2022 und 2023 sank die gesamtwirtschaftliche Energieintensität in Österreich um 2,9%. Über diese Energieeinsparungsziele hinaus stellen Steigerungen der Energieeffizienz vor allem für energieintensive Branchen eine zentrale Herausforderung dar.
- 71 Die dauerhaft höheren Energiekosten in Europa und insbesondere in Österreich im Vergleich zu wichtigen internationalen Mitbewerbern machen eine möglichst effiziente Energienutzung unerlässlich. Im Zusammenhang mit den Anforderungen der Energiewende – allen voran dem Ersatz fossiler Energieträger – sind kontinuierliche Verbesserungen im Energieeinsatz notwendig, um die Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu sichern. Aus diesem Grund bildet die Verbesserung der Energieeffizienz auch eine Säule des [Aktionsplans für erschwingliche Energie](#) im Rahmen des Deals für eine saubere Industrie. In ► Kapitel 7 wird dieser Aspekt genauer untersucht.

- 72 Der Ausbau erneuerbarer Energie spielt für die umfassende Elektrifizierung der Industrie eine wichtige Rolle. Gemäß der überarbeiteten Erneuerbaren-Richtlinie der EU soll der Anteil erneuerbarer Energieträger am Bruttoendenergieverbrauch bis 2030 auf 42,5% steigen. Das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG) definiert in diesem Zusammenhang ambitionierte Ziele: Bis 2030 sollen 27 TWh zusätzliche Energie auf Grundlage erneuerbarer Quellen, vor allem durch Windkraftanlagen und Photovoltaik, erzeugt und der Stromverbrauch bilanziell vollständig durch erneuerbare Energien gedeckt werden. 2023 lag der Anteil in Österreich bei 40,8% und damit EU-weit auf dem sechsten Rang, ein Rückgang um drei Plätze seit 2010. Der Zubau war hier vor allem durch den Ausbau der Energieerzeugung durch Photovoltaik getrieben. Der Anteil der erneuerbaren Energien bei der Stromerzeugung lag 2023 im Jahresdurchschnitt bei 92% und damit im Spitzenfeld der EU27. Die Erreichung des 27 TWh-Ziels im EAG würde einen zusätzlichen jährlichen Zubau von jeweils ca. 1.000 GWh bei Photovoltaik und Windkraft sowie 500 GWh Wasserkraft und 100 GWh Biomasse erfordern (E-Control, 2024). Für den weiteren Ausbau besteht jedoch Unsicherheit bezüglich verfügbarer Flächen für Übertragungsleitungen und Erzeugungsanlagen (Rechnungshof, 2025).
- 73 Trotz des hohen Anteils erneuerbarer Energien in der Stromerzeugung hängt Österreich nach wie vor sehr stark von Energieimporten ab. Rund 61% des Gesamtenergieverbrauchs stammte 2023 aus Energieimporten (► Abbildung 4.2). Gegenüber 2022 entsprach dies jedoch einem Rückgang von 17,7%. Österreich lag damit am 14. Rang in der EU und verbesserte sich gegenüber 2010 um drei Ränge. Damit hat die Auslandsabhängigkeit in diesem kritischen Bereich abgenommen.

Abbildung 4.2: Entwicklung der Energieimporte

Anteil des Energieverbrauchs in %, der durch Importe gedeckt wird; 2023 (links), Index (2010 = 100) (rechts)



Quelle: Eurostat, Vereinfachte Energiebilanzen [Label: NRG_BAL_S].

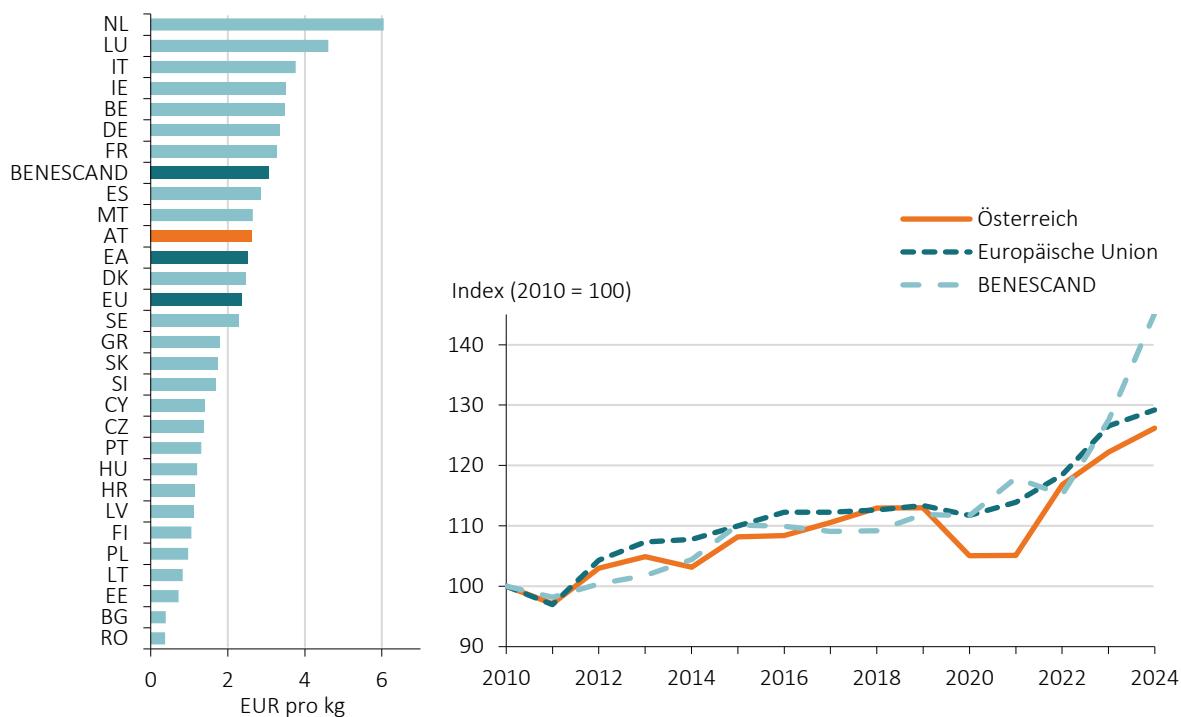
- 74 **Kreislaufwirtschaft und Materialverbrauch:** Die Stärkung der Kreislaufwirtschaft ist auch Bestandteil des [Deals für eine saubere Industrie der Europäischen Kommission](#), der vorsieht, im Jahr 2026 einen Rechtsakt über die Kreislaufwirtschaft anzunehmen. Dieser Rechtsakt wird darauf abzielen, den Übergang zur Kreislaufwirtschaft zu beschleunigen und seltene Rohstoffe wirkungsvoll einzusetzen. Das Regierungsprogramm der Bundesregierung sieht hingegen die Weiterentwicklung der [österreichischen Kreislaufwirtschafts-Strategie](#) vor. In deren bisheriger Fassung sieht sie zwischen 2022 und 2030 die Reduktion

des inländischen Materialverbrauchs (DMC) auf 14 Tonnen pro Kopf und Jahr, eine Steigerung der Ressourcenproduktivität um 50% und eine Erhöhung der Zirkularitätsrate auf 18% vor.

75 Der inländische Materialverbrauch lag 2024 mit 15,7 Tonnen pro Kopf über dem EU27-Durchschnitt (13,4). Die Ressourcenproduktivität, die das BIP im Verhältnis zum Materialeinsatz misst, verbesserte sich 2024 gegenüber dem Vorjahr um 3,2%. Österreich nimmt bei diesem Indikator EU-weit den elften Rang ein. Seit 2021 hat sich die Ressourcenproduktivität stetig verbessert (► Abbildung 4.3), zur Erreichung des entsprechenden Ziels in der Kreislaufstrategie wäre aber eine jährliche Verbesserung von über 4% pro Jahr erforderlich. Angesichts der vergangenen Änderungsraten scheint das Ziel somit schwer erreichbar. Der Anteil recycelter Materialien an der gesamten Materialverwendung (Zirkularitätsrate) lag 2023 bei 14,3%. Wie bei allen anderen Indikatoren im Bereich Kreislaufwirtschaft und Materialverbrauch war auch hier eine Verbesserung gegenüber den Vorjahreswerten zu beobachten, es besteht aber noch eine große Lücke zum Zielwert von 18% für 2030. Dieser dürfte aber in Reichweite liegen, sofern sich die Zirkularitätsrate jährlich um ca. 3–3,5% verbessert, was der langfristig beobachtbaren Verbesserungsrate in diesem Bereich entsprechen würde. Der Material-Fußabdruck bildet die Summe aller im Inland genutzten Ressourcen inklusive der materiellen Vorleistungen der Importe und Exporte im jeweiligen Herstellungsland ab. Das Ziel der Kreislaufstrategie liegt hier bei 7 Tonnen pro Kopf und Jahr bis 2050. Der für 2024 gemessene Wert lag hingegen bei 19,6 Tonnen pro Kopf (EU: 14,1). Seit 2010 hat sich der Materialfußabdruck zwar um 5,1% verbessert, doch scheint die Erreichung dieses Ziels selbst bei einem Zeithorizont bis 2050 als große Herausforderung, die noch zusätzlicher Anstrengungen bedarf.

Abbildung 4.3: Entwicklung der Ressourcenproduktivität

Euro (verkettete Volumina, Basisjahr 2015) je Kilogramm; 2024 (links), Index (2010 = 100) (rechts)



Quelle: Eurostat [Label: env_ac_rp].

76 **Ökosysteme und Biodiversität:** Der Zustand der Ökosysteme und die biologische Vielfalt sind wertvolle Ressourcen für die Wirtschaft und beeinflussen auch das Wohlbefinden der in Österreich lebenden Menschen. Österreich weist den höchsten Anteil ökologisch bewirtschafteter landwirtschaftlicher Flächen in der EU auf, dennoch bestehen hohe Umweltrisiken durch Bodenerosion, Flächenversiegelung

und abnehmende Biodiversität. Die Bodenqualität spielt eine zentrale Rolle bei der Bekämpfung des Klimawandels und der Eindämmung von Bodenerosion. Österreich gehörte in der Vergangenheit jedoch zu den EU-Ländern mit dem höchsten Anteil an Flächen, die durch Wassererosion gefährdet sind. Wenngleich aktuelle Daten durch Eurostat zum Ausmaß dieses Problems nicht vorliegen, so ist davon auszugehen, dass die zunehmenden Extremwetterlagen (vgl. Climate Change Centre Austria, 2025) diese Entwicklung verschärfen. Damit ist dies ein Faktor, durch den Umwelt- und Landwirtschaftspolitik auch weiterhin gefordert sind. Auch durch die zunehmende Flächenversiegelung entstehen erhebliche Umweltrisiken: Sie verhindert das Versickern von Regenwasser, erhöht das Risiko von Überschwemmungen und beeinträchtigt die Bodenfruchtbarkeit. Die versiegelten Flächen belaufen sich in Österreich laut [Umweltbundesamt und Österreichischer Raumordnungskonferenz 2022](#) auf rund 330 m² je Einwohner. Zwar sind EU-weite Vergleiche aufgrund veralteter Daten derzeit wenig aussagekräftig, doch dürfte sich Österreich weiterhin auf den hinteren Rängen innerhalb der Union bewegen. Die Europäische Kommission verfolgt das Ziel eines Netto-Null-Bodenverbrauchs bis 2050, der vor allem durch die Entwicklung und Nutzung von Brachflächen erreicht werden soll. Da die Verantwortung für die Flächenwidmung bei den Bundesländern liegt, sind diese besonders gefordert, durch nachhaltige Raumplanung die negativen Folgen der Flächenversiegelung zu minimieren und aktiv zur Erreichung des Netto-Null-Ziels beizutragen.

- 77 Umweltinstrumente:** Die ökologische Transformation bietet erhebliche Chancen für die Umweltwirtschaft. Die erforderliche Tätigkeit im Umweltbereich liegt im Spitzensfeld der EU. Im Zeitraum 2018–2020²⁸ waren rund 14,6% aller Patentanträge beim europäischen Patentamt Erfindungen in Umwelttechnologien zuzuordnen. In der [Umweltwirtschaft](#) waren in Österreich rund 230.000 Menschen beschäftigt, die eine Bruttowertschöpfung von knapp 22,9 Mrd. EUR erwirtschafteten bzw. Waren im Wert von 19,9 Mrd. EUR exportierten. Damit spielt die Umweltwirtschaft eine bedeutende Rolle in Österreich, die im Zuge der ökologischen Transformation weiter an Bedeutung gewinnt und durch die erforderliche Tätigkeit auch neue Marktmöglichkeiten eröffnen kann.
- 78** Wenngleich die Vielfalt der Maßnahmen zur Bekämpfung der durch die Energiekrise hervorgerufene Teuerung (vgl. Prammer und Reiss, 2022) einen Vergleich erschwert, so legt der entsprechende Indikator doch einen geringen Umfang von Umweltabgaben im EU-Vergleich nahe. Lediglich 4,6% der Gesamteinnahmen aus Steuern und Sozialabgaben stammten 2023 aus Umweltabgaben. Trotz eines Anstiegs im Vergleich zum Jahr 2022 um 6,2% befand sich Österreich hier im unteren Drittel der EU. Mit Einführung des Nationalen Emissionszertifikathandels werden sich jedoch die Einnahmen erhöhen. Umgekehrt spielen klimakontraproduktive Subventionen, wie das Diesel- oder Dienstwagenprivileg, weiterhin eine bedeutende Rolle. In den vergangenen Jahren wurden keine Maßnahmen zur Reform von Subventionen für fossile Energie oder klimaschädlicher Aktivitäten gesetzt.
- 79 Fazit:** Die jüngsten Entwicklungen bei den Treibhausgasemissionen und der Energieintensität zeigen positive Tendenzen, doch bleibt die Transformation emissionsintensiver Sektoren unter Wahrung ihrer langfristigen Wettbewerbsfähigkeit eine zentrale Herausforderung. Die Reduktionsziele für Treibhausgasemissionen – insbesondere im Hinblick auf die verschärften Klimavorgaben der EU – sind nur mit größeren Anstrengungen erreichbar. Merkliche Verbesserungen konnten bei der Abhängigkeit von Energieimporten, der Nutzung erneuerbarer Energieträger und den Preisen für Energieimporte erzielt werden. Österreich weist trotz Verbesserungen in allen Indikatoren weiterhin einen hohen inländischen Materialverbrauch auf und liegt bei der Ressourcenproduktivität im EU-Mittelfeld. Das Potenzial der Kreislaufwirtschaft wird bislang noch nicht ausgeschöpft. Gleichzeitig ist es notwendig, durch Bodenerosion und Flächenversiegelung entstehende Umweltrisiken einzudämmen. Um Österreichs angemessenen Beitrag zur Bewältigung der Klimakrise sicherzustellen, sind weiterreichende Maßnahmen erforderlich – insbesondere solche, die die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft erhalten und einen gerechten Übergang für alle gesellschaftlichen Gruppen ermöglichen.

²⁸ Patentdaten weisen eine hohe Verzögerung auf.

Literatur

- Adema W., Whiteford P. (2021). Public and Private Social Welfare. In: Béland D., Morgan K.J., Obinger H., Pierson C. (Hrsg.): *The Oxford Handbook of the Welfare State* (2. Auflage). Oxford University Press, Oxford, 153–172.
- Badelt C., Heitzmann K. (2023). [Armutsmessung in Zeiten von Vielfachkrisen: Eignen sich die klassischen Armutsmäße zur Erfassung und Adressierung der Armutsbetroffenen?](#) *Wirtschaft und Gesellschaft* 49(3), 17–48.
- Baumgartner J., Kaniovski S., Pitlik H., Sommer M. (2024). Wettbewerbsnachteile bremsen Wachstum der österreichischen Wirtschaft: Mittelfristige Prognose 2025 bis 2029. *WIFO-Monatsberichte*, 97(10), 551–570.
- Baumgartner J., Kaniovski S. (2025). Handelskonflikte, Spandruck und Strukturprobleme hemmen das Wirtschaftswachstum in Österreich: Update der mittelfristigen Prognose 2025 bis 2029. *WIFO-Monatsberichte*, 98(4), 179–190.
- Bilbao-Osorio B., Blanke J., Campanella E., Crotti R., Drzeniek-Hanouz M., Serin C. (2013). [Assessing the sustainable competitiveness of nations](#). Kapitel 1.2 in: *The Global Competitiveness Report 2013–2014*. World Economic Forum, Davos.
- Bittschi B., Meyer B. (2024). Deutlicher Anstieg der relativen Lohnstückkosten im Jahr 2023. *WIFO-Monatsberichte*, 97(10), 571–585.
- Bock-Schappelwein, J., Eppel R. (2025). Hartnäckige Konjunkturschwäche belastet den Arbeitsmarkt. *WIFO-Monatsberichte*, 98(5), 257–268.
- Bonin H., Ertl M., Fortin I., Grozea-Helmenstein D., Hlouskova J., Hofer H., Koch S.P., Kunst R. M., Reiter M., Schröter F., Weyerstraß K. (2025). Herbst-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2025–2026: Rezession überwunden, aber weiterhin hohe Inflation. *IHS-Wirtschaftsprognose*, 139.
- Büro des Fiskalrates (2023). Temporäre Realeinkommensverluste der österreichischen Haushalte aufgrund des Inflationsanstiegs durch Maßnahmen deutlich abgeschwächt. [Fiskalrat - Kurzanalysen und Informationen](#).
- Climate Change Centre Austria (2025). Klimastatusbericht 2024. Wien
- Eibinger T., Manner H., Steininger K.W (2025). Die Entwicklung der österreichischen Treibhausemissionen bis 2024. Memo des Wegener Center für Klima und Globalen Wandel, Universität Graz.
- E-Control (2024). [EAG-Monitoringbericht 2024](#). Wien
- Enichlmair C., Dorr A., Pröll S. (2024). Bürokratiebelastung der gewerblichen Wirtschaft in Niederösterreich. Studie der KMU Forschung Austria im Auftrag der Wirtschaftskammer Niederösterreich.
- Europäische Kommission (2025). European Innovation Scoreboard 2025.
- Fenz G., Graf B., Prammer D., Reiss L., Stiglbauer A., Vondra K. (2025). Wirtschaftsprognose für Österreich. Juni 2025. Zaghafte Aufschwung nach ausgedehnter Rezession – Reformdruck steigt. *OeNB Reports*, 2025/11.
- Fenz G., Moser M., Prammer D., Schneider M., Sellner R., Stiglbauer A. (2025). Verhaltenes Wachstum bei hartnäckiger Inflation. *OeNB-Interimsprognose September 2025*. *OeNB Reports*, 2025/15.
- Fiskalrat (2024). Bericht über die öffentlichen Finanzen 2023–2028, Wien.
- Fiskalrat (2025a). Bericht über die fiskalische Nachhaltigkeit 2025. Wien.
- Fiskalrat (2025b). Bericht über die Einhaltung der Fiskalregeln 2024–2029. Wien.
- Fleurbaey M. (2009). [Beyond GDP: The Quest for a Measure of Social Welfare](#). *Journal of Economic Literature* 47(4), 1029–1075.
- Friesenbichler K., Hözl W. (2025). Investitionsdynamik bleibt 2025 verhalten: Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2025. *WIFO-Monatsberichte*, 98(7), 365–372.
- Friesenbichler K., Kügler A., Schmidt-Padickakudy N., Robubi A. (2025). Ertragskraft der österreichischen Sachgütererzeugung blieb 2024 rückläufig. *WIFO-Monatsberichte*, 98(8), 433–444.
- Glocker C., Ederer S. (2025). Österreich kehrt langsam auf den Wachstumspfad zurück: Prognose für 2025 und 2026. *WIFO-Monatsberichte*, 98(7), 347–363.

- Hofmann K., Kügler A., Schmidt-Padickakudy N. (2024). Unternehmensausgaben für neue Produkte dürften 2024 nur schwach wachsen. WIFO-Monatsberichte 97(3), 151–163.
- Hölzl W., Friesenbichler K., Kügler A., Meyer B. (2025). Herausforderungen und Determinanten der Wettbewerbsfähigkeit in Zeiten globaler Unsicherheit. WIFO Monatsberichte 7/2025, 373–382.
- Janger J., Bock-Schappelwein J., Hölzl W., Kügler A., Dachs B., Lamprecht K., Reiter C., Leitner K.-H. (2025). Evaluierung der FTI-Strategie 2030 zur Hälfte der Laufzeit. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO).
- Moser M., Prammer D., Stiglbauer A. (2025, 5. September). Hohe Inflation: Die Indexierungen sind es nicht (allein). OeNB-Blog.
- OECD (2023). [Sozioökonomische Benachteiligung in der Kindheit in Österreich: Wesentliche Herausforderungen im aktuellen Überblick](#). OECD Publishing, Paris.
- OECD (2025), OECD Employment Outlook 2025: Can We Get Through the Demographic Crunch?, OECD Publishing, Paris, <https://doi.org/10.1787/194a947b-en>.
- Peneder M., Bitschi B., Köppl A., Mayerhofer P., Url T., Bärenthaler-Sieber S., Böheim M. (2023). [Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltige Entwicklung der österreichischen Wirtschaft](#). WIFO, Wien.
- Pilat D. (2023). [The Rise of Pro-Productivity Institutions: A Review of Analysis and Policy Recommendations](#). Productivity Insight Paper 015. The Productivity Institute, Manchester.
- Prammer D., Reiss L. (2022), Fighting (the effects of) inflation: government measures in Austria and the EU. Monetary Policy & the Economy Q4/22-Q1/23, S. 95-106.
- Produktivitätsrat (2023). [Produktivitätsbericht 2023: Nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit Österreichs](#). Wien.
- Produktivitätsrat (2024). [Produktivitätsbericht 2024: Strategien für nachhaltiges Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz in Zeiten von Transformation und Rezession](#). Wien.
- Rechnungshof (2025). [Flächen für Strom aus erneuerbaren Energieträgern](#). Wien
- Reiss L., Bernhofer D. (2022). Zur internationalen (Nicht-)Vergleichbarkeit von Abgabenquoten. Steuer- und Wirtschaftskartei 31/2022, 1220–1225.
- Schneider M., Stiglbauer A. (2022). [Inflation und Lohnverhandlungen](#). Österreichische Nationalbank, abgerufen am 25.08.2025.
- Sen A. (1985). The Standard of Living. Cambridge University Press, Cambridge.
- Sen A. (1999). Commodities and Capabilities. Cambridge University Press, Cambridge.
- Schiman-Vukan S., Ederer S. (2025). Österreich schlept sich aus der Rezession: Prognose für 2025 und 2026. WIFO-Konjunkturprognose 3/2025.
- Statistik Austria (2015). [Standard-Dokumentation zur Kindertagesheimstatistik](#).
- Statistik Austria (2025). [Statistiken zur elementaren Bildung 2024/25](#). Monitoring-Bericht. Wien.
- Stiglitz J., Sen A., Fitoussi, J.-P. (2009). Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress.
- Umweltbundesamt (2025). [Hintergrundinformation: Sektor Landnutzung, Landnutzungsänderung und Wald \(LULUCF\), Treibhausgas-Inventur 2025](#). Wien
- Vladimirov M., Gerganov A., Petrova V., Koeppen M. (2023). [Developing alternative visions for assessing progress to sustainable development ‘Beyond GDP’: constructing new measurement indicator sets](#). Europäische Kommission, Publications Office of the European Union, Luxembourg.

Teil 2: Vertiefende Analysen

- Kapitel 5: Entwicklung der Arbeitsproduktivität in Österreich
- Kapitel 6: Internationale Konkurrenz, protektionistische Maßnahmen und deren Auswirkung auf österreichische Unternehmen
- Kapitel 7: Energiekosten als Treiber struktureller Veränderungen in der österreichischen Industrie
- Kapitel 8: Strukturwandel von Unternehmen und Beschäftigung

5. Entwicklung der Arbeitsproduktivität in Österreich

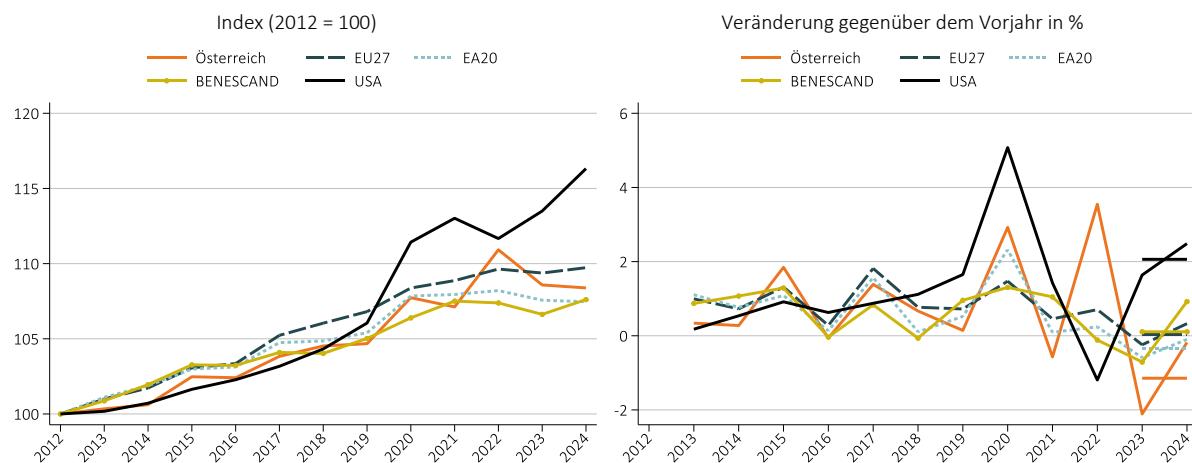
- ▶ Österreich hatte in den Jahren 2012–2024 mit jährlich durchschnittlich 0,7% ein etwas **geringeres Wachstum der Arbeitsproduktivität als die EU27** mit 0,8%. In den letzten beiden Jahren, 2023–2024, verringerte sich die Arbeitsproduktivität in Österreich jährlich um durchschnittlich 1,1%. Im Durchschnitt der EU27 ist sie hingegen leicht gestiegen.
- ▶ Den **größten sektoralen Beitrag** zum Wachstum der Arbeitsproduktivität leistete 1995–2024 die **Herstellung von Waren** (NACE-Abschnitt C). In den EU27 kam der größte Wachstumsbeitrag aus den Dienstleistungsbereichen Handel, Verkehr und Beherbergung und Gastronomie (NACE-Abschnitte G–I) und freiberufliche, wissenschaftliche, professionelle und sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen (NACE-Abschnitte M–N).
- ▶ Zum **Rückgang der Arbeitsproduktivität 2023–2024** in Österreich trug die Herstellung von Waren am stärksten bei. Auch in den EU27 trug die Herstellung von Waren am stärksten zur Wachstumsverringerung bei, allerdings weniger ausgeprägt. Die nächstgrößeren Rückgänge der Arbeitsproduktivität verzeichneten 2023–2024 in Österreich der Bausektor (NACE-Abschnitt F), im Dienstleistungssektor die Branchengruppen Handel, Verkehr, Beherbergung und Gastronomie sowie die wirtschaftlichen Dienstleistungen. In den EU27 gab es in diesen Bereichen geringere Rückgänge, in den wirtschaftlichen Dienstleistungen sogar einen positiven Wachstumsbeitrag. Einen gegenüber den EU27 stärkeren positiven Wachstumsbeitrag zur Arbeitsproduktivität gab es in Österreich 2023–2024 in der Branche Information und Kommunikation (NACE-Abschnitt J).
- ▶ Der starke Rückgang der Arbeitsproduktivität im Bereich Herstellung von Waren in Österreich und den europäischen Vergleichsgruppen deutet darauf hin, dass ein größerer **Strukturwandel** innerhalb dieses Sektors noch bevorsteht. Zudem zeigt der europäische Vergleich, dass Österreich Potenziale durch einen verstärkten Strukturwandel hin zu Dienstleistungen hat – insbesondere zu IT- und wirtschaftlichen Dienstleistungen. Dabei besteht auch innerhalb der wirtschaftlichen Dienstleistungen im Vergleich zum EU27-Schnitt Entwicklungspotenzial. Reallokation von Kapital und Arbeit sowie Investitionen in immaterielles Kapital, insbesondere im Bereich IKT kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.

Das Wichtigste auf einen Blick

5.1 Einleitung

- 80 Österreichs **Arbeitsproduktivität** sank in den Jahren 2023–2024 (► Absatz 23) stärker als in den Vergleichsländergruppen der EU27, Euroländer und BENESCAND-Länder. Das Niveau der Arbeitsproduktivität lag 2022 bei 51.100 Euro pro 1.000 Arbeitsstunden (Basisjahr 2020, kaufkraftbereinigt) und damit auf Rang 8 innerhalb der EU27. Dieser Rang blieb 2024 unverändert. Allerdings verringerte sich der Abstand zur durchschnittlichen Produktivität der EU27 von 123,1% auf 121,1%.
- 81 In diesem Kapitel wird zunächst die längerfristige Entwicklung in Österreich mit der internationalen Entwicklung verglichen. Danach werden die Beiträge der Branchen zur Arbeitsproduktivität im Zeitablauf betrachtet. In Österreich trug die Herstellung von Waren am meisten bei, sowohl beim Anstieg vor 2023 als auch beim Rückgang 2023–2024. In den Vergleichsländergruppen war der Beitrag wachstumsstarker Dienstleistungsbranchen längerfristig wichtiger für das Gesamtproduktivitätswachstum und der Rückgang 2023–2024 geringer. Die Dienstleistungsbranche **Information und Kommunikation** trug auch in Österreich 2023–2024 wesentlich zum Wachstum der Arbeitsproduktivität bei.
- 82 Die **Arbeitsproduktivität** (Bruttowertschöpfung je gearbeiteter Stunde) wuchs im Zeitraum 2012–2024 0,7% p. a., und lag damit unter dem Durchschnitt der EU27 von 0,8% (► Abbildung 5.1). Die BENESCAND- und die Euroländer (EA20) verzeichneten ein durchschnittliches jährliches Wachstum von 0,6%. Betrachtet man nur den Zeitraum 2012–2022, war das Wachstum in Österreich mit durchschnittlich 1,0% p. a. höher als in den Vergleichsländergruppen. Die USA wiesen 2012–2024 ein Wachstum von durchschnittlich 1,1% p. a. auf. 2023–2024 ging die Arbeitsproduktivität in Österreich sowie im Durchschnitt der Euroländer zurück. In Österreich betrug dieser Rückgang durchschnittlich -1,1% p. a., in den Euroländern -0,3% p. a. Auffällig angestiegen mit durchschnittlich 2,1% p. a. ist sie in diesem Zeitraum hingegen in den USA (► Abbildung 5.1, rechts).

Abbildung 5.1: Entwicklung der Arbeitsproduktivität je Stunde



Quelle: Eurostat. USA: OECD Productivity Database.

Anmerkung: Bruttowertschöpfung in verketteten Volumina. Arbeit gemessen in geleisteten Stunden. Alle Sektoren.

5.2 Sektorbeiträge zum Produktivitätswachstum 1995–2024

- 83 Den Großteil der Veränderung der Arbeitsproduktivität 1995–2024 verursachte das **Wachstum innerhalb der Sektoren** (0,92 Prozentpunkte von 1,08% p. a.) (► Tabelle 5.1). Dabei bleibt zunächst unbeachtet, ob ein Sektor wächst oder schrumpft und dadurch unterschiedlich zur gesamten Produktivität beiträgt. Veränderungen in der sektoralen Struktur trugen deutlich weniger bei: 0,20 Prozentpunkte resultierten daraus, dass überdurchschnittlich produktive Sektoren an Beschäftigungsanteilen (gemessen in Arbeitsstunden) gewannen („**statische Reallokation**“ von Beschäftigung). Durch die Verkleinerung von Sektoren mit wachsender Arbeitsproduktivität oder die Vergrößerung von Sektoren mit sinkender

Arbeitsproduktivität verringerte sich die Arbeitsproduktivität um 0,04 Prozentpunkte („**dynamische Reallokation**“ von Beschäftigung). Auch in den Vergleichsländergruppen stammte der größte Teil des Wachstums aus dem Produktivitätswachstum innerhalb der Sektoren. Der höchste Beitrag aus der Reallokation von Beschäftigung zeigte sich in den EU27 mit 0,28 Prozentpunkten bei einem jährlichen Produktivitätswachstum von durchschnittlich 1,14%.

Tabelle 5.1: Wachstum der Arbeitsproduktivität innerhalb und Verschiebung zwischen den Sektoren 1995–2024

	Innerhalb	Reallokation statisch	Reallokation dynamisch	Gesamt
	Prozentpunkte			In %
Österreich	0,92	0,20	-0,04	1,08
EU27	0,87	0,28	-0,01	1,14
EA20	0,72	0,16	-0,01	0,87
BENESCAND	0,99	-0,04	-0,01	0,93

Quelle: Eurostat.

Anmerkung: Berechnung der Sektorbeiträge nach der in de Vries et al. (2021) verwendeten Methodik („shift-share aggregation method“). Die Prozentpunkte der ersten drei Spalten summieren sich zum Wachstum der Arbeitsproduktivität in % in der letzten Spalte. Bruttowertschöpfung in verketteten Volumina. Arbeit gemessen in geleisteten Stunden.

- 84 Im **Vergleich der Sektoren** verdeutlicht der Landwirtschaftssektor²⁹ (NACE-Abschnitt A), dass sich das hohe Wachstum der Arbeitsproduktivität von 3,7% (► Abbildung 5.2, linkes Panel) aufgrund des geringen Anteils an den gesamtwirtschaftlichen Arbeitsstunden nur gering auf das Durchschnittswachstum der gesamten Arbeitsproduktivität auswirkte: lediglich 0,008 Prozentpunkte von 1,08% (1995–2024) (► Abbildung 5.2, rechtes Panel). Den größten Beitrag zum Wachstum der Arbeitsproduktivität leistete der Subsektor Herstellung von Waren (NACE-Abschnitt C) – trotz des Rückgangs am Ende des Betrachtungszeitraums – mit 0,30 Prozentpunkten von 1,08%. Das Produktivitätswachstum innerhalb des Sektors der Herstellung von Waren betrug 2,4% und lag zwischen den Vergleichsgruppen EU27 (2,4%), EA20 (2,2%) und BENESCAND (2,9%).
- 85 In den Vergleichsländergruppen leisteten drei Dienstleistungsbereiche die höchsten Beiträge zum Wachstum der gesamten Arbeitsproduktivität (► Abbildung 5.2): Handel, Verkehr und Beherbergung und Gastronomie (NACE-Abschnitte G–I),³⁰ Information und Kommunikation (NACE-Abschnitt J) und freiberufliche, wissenschaftliche, professionelle und sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen (NACE-Abschnitte M–N). In den beiden Bereichen Handel, Verkehr und Beherbergung und Gastronomie und Information und Kommunikation lag der Beitrag in Österreich unter den Vergleichsgruppen, bei den freiberuflichen, wissenschaftlichen, professionellen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen dazwischen.
- 86 Das zweithöchste Wachstum der Arbeitsproduktivität innerhalb eines Sektors wies in Österreich der Sektor der Finanzdienstleistungen (NACE-Abschnitt K) mit rund 3,7% auf. Der Beitrag zum Gesamtwachstum (0,10 Prozentpunkte), also bei Berücksichtigung der Größe des Sektors relativ zur Gesamtbeschäftigung, war jedoch am kleinsten unter allen Marktdienstleistungen (NACE-Abschnitte G–N). Im Bausektor (NACE-Abschnitt F) verringerte sich die Arbeitsproduktivität in Österreich um -1,4%, in den EU27 um -0,60%, und in den EA20 um -0,65%. In den BENESCAND stieg sie um 0,22%. Der

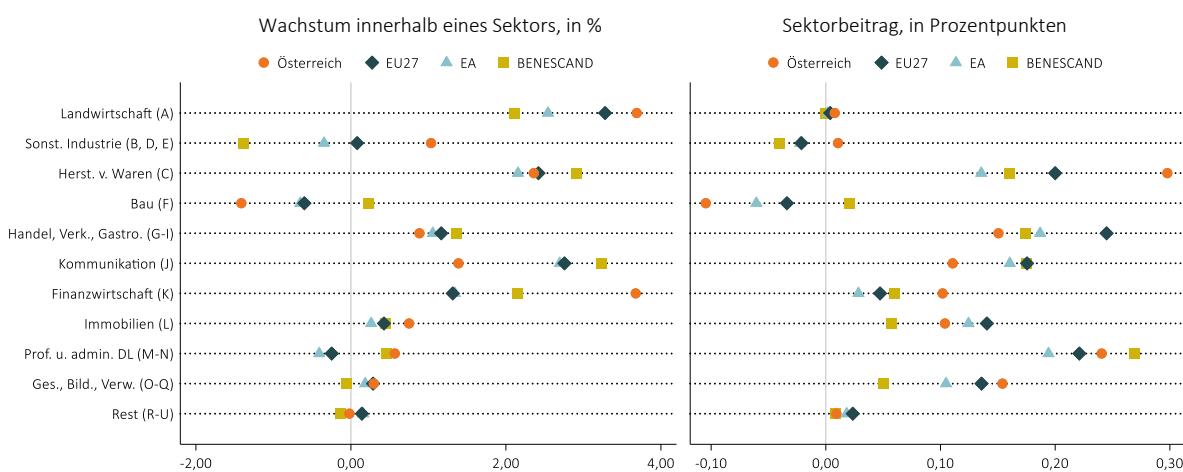
²⁹ Übersicht der ÖNACE-Klassifikation der Wirtschaftszweige siehe ► Anhang.

³⁰ Beherbergung und Gastronomie hatten in der Vergangenheit einen der stärksten negativen Beiträge zum Wachstum der Produktivität, Handel einen der stärksten positiven (Produktivitätsbericht 2024, S. 60). Hier wurden diese beiden Abschnitte aggregiert, wobei der stärker positive Beitrag im Handel den stärker negativen Beitrag von Beherbergung und Gastronomie überwiegt. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts waren die Daten für 2024 nicht auf weiterer Detailebene als dargestellt verfügbar.

Wachstumsbeitrag des Bausektors zur Arbeitsproduktivität war ebenfalls negativ mit -0,10 Prozentpunkten pro Jahr.

- 87 Ein **Rückgang der Arbeitsproduktivität im Bausektor** wird in vielen Ländern beobachtet, eine abschließende Erklärung dafür gibt es bisher nicht. Eine Analyse der **Multifaktorproduktivität** (MFP), wie in Peneder und Unterlass (2024) für den Zeitraum 2013–2019 durchgeführt, berücksichtigt neben Arbeit auch Kapital, Material und Energie. Sie zeigt, wie viel des Arbeitsproduktivitätswachstums auf eine effizientere Nutzung aller Inputs zurückgeht. Während die Arbeitsproduktivität jährlich um -2,15% sank, lag der Rückgang der MFP nur bei -0,22%. Ebenfalls verringert sich bei MFP-Betrachtung der Abstand des Bausektors zur Herstellung von Waren. Bei der Herstellung von Waren beträgt das Wachstum der Arbeitsproduktivität 1,42% pro Jahr, das Wachstum der MFP 0,72% pro Jahr. Somit beträgt der Abstand der Arbeitsproduktivität vom Bausektor zur Herstellung von Waren 3,67 Prozentpunkte, bei der MFP aber nur noch 0,95 Prozentpunkte (vgl. Übersicht 2 in Peneder und Unterlass, 2024).

Abbildung 5.2: Wachstum der Arbeitsproduktivität je Stunde der Sektoren, Durchschnitt 1995–2024



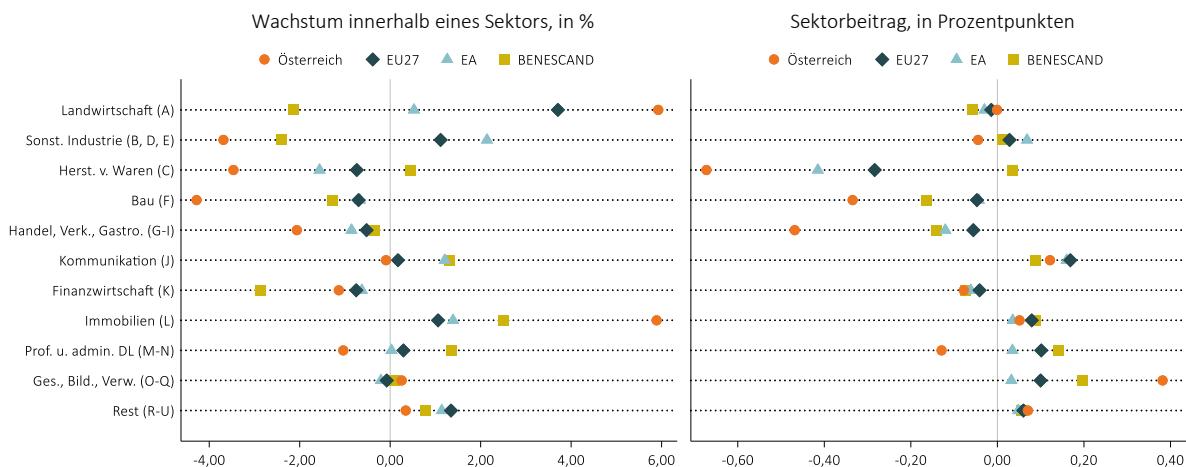
Quelle: Eurostat.

Anmerkung: Berechnung der Sektorbeiträge nach der in de Vries et al. (2021) verwendeten Methodik („shift-share aggregation method“). Bruttowertschöpfung in verketteten Volumina. Arbeit gemessen in geleisteten Stunden. Klassifikation der Sektoren gemäß ÖNACE 2008 (siehe ► Anhang).

5.3 Rückgang 2023–2024

- 88 In den Jahren 2023–2024 war der **Rückgang der gesamten Arbeitsproduktivität** in Österreich und den EU27 am stärksten durch den negativen Beitrag der Herstellung von Waren geprägt (► Abbildung 5.3, rechtes Panel). Die Rezession und damit in Verbindung stehende Arbeitskräftehortung der Unternehmen dürften einen relevanten Beitrag zu dieser Entwicklung beigetragen haben. Handel, Verkehr und Beherbergung und Gastronomie waren für den zweitgrößten negativen Beitrag verantwortlich. Der Dienstleistungsbereich freiberufliche, wissenschaftliche, professionelle und sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen, der in der Periode 1995–2024 (► Abbildung 5.3, rechtes Panel) den größten Beitrag der Dienstleistungen erbrachte, hatte 2023–2024 in Österreich einen *negativen* Beitrag. Im Sektor Information und Kommunikation sank die Arbeitsproduktivität (-0,09%), beim Beitrag zum Gesamtwachstum überwog jedoch der positive Effekt durch den Anstieg des Anteils dieses Sektors aufgrund dessen höheren Produktivitätsniveaus (statische Reallokation). Der Dienstleistungsbereich Verwaltung, Bildung und Gesundheit (NACE-Abschnitte O–Q) sticht 2023–2024 durch seinen hohen Beitrag zum Produktivitätswachstum heraus, ist jedoch aufgrund von Messproblemen der Outputs schwerer zu interpretieren.

Abbildung 5.3: Wachstum der Arbeitsproduktivität je Stunde der Sektoren, Durchschnitt 2023–2024



Quelle: Eurostat.

Anmerkung: Berechnung der Sektorbeiträge nach der in de Vries et al. (2021) verwendeten Methodik („shift-share aggregation method“). Bruttowertschöpfung in verketteten Volumina. Arbeit gemessen in geleisteten Stunden.

- 89 In den Vergleichsländergruppen trugen bereits im Zeitraum 1995–2022 die drei wichtigsten **Dienstleistungsbereiche** mindestens ebenso stark oder stärker zum Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität bei wie die Herstellung von Waren. In Österreich hingegen war bis 2022 die Warenherstellung der zentrale Treiber und ihr Beitrag zum Wachstum der Arbeitsproduktivität höher als in den Vergleichsländergruppen (►Abbildung 5.4). 2012–2022 hatte Österreich in allen drei der Dienstleistungsbereiche einen geringeren Wachstumsbeitrag. Der Rückgang der Arbeitsproduktivität 2023–2024 ist vor allem auf die Herstellung von Waren zurückzuführen. Der Bereich **Information und Kommunikation** trug sowohl in Österreich als auch in den Vergleichsgruppen – wie bereits in den vorangegangenen Perioden – weiterhin robust positiv zum Produktivitätswachstum bei. In den beiden anderen Dienstleistungsbereichen – Handel, Verkehr, Beherbergung und Gastronomie, und wirtschaftliche Dienstleistungen – war der Beitrag bereits 2012–2022 niedriger und ging 2023–2024 stärker zurück.
- 90 Eine zunehmende **Bedeutung der Dienstleistungsbereiche** für das gesamte Produktivitätswachstum beobachtet man auch im Vergleich der EU mit den USA. In den USA lag das durchschnittliche Produktivitätswachstum in den letzten Jahrzehnten über dem der EU (Nikolov et al., 2024). Zwischen 2000 und 2019 gab es die größte Differenz bei den Wachstumsbeiträgen bei **IT-Dienstleistungen** (NACE-Abschnitte J62–J63) und bei den **professionellen Dienstleistungen** (NACE-Abschnitt M). Bei der Herstellung von Waren stachen die USA im Bereich Herstellung von Computer und Elektronik (NACE-Abschnitte C26–C27) mit einem höheren Produktivitätswachstum als die EU hervor, der Gesamtbeitrag des Sektors ist allerdings von untergeordneter Größe.³¹ Möglich ist jedoch eine Verstärkung des Produktivitätswachstums durch eine Wechselwirkung der Computer-/Elektronikbranche mit den IT-Dienstleistungen (Goldin et al., 2024; Nikolov et al., 2024). Während die EU in den beiden Dienstleistungsbereichen mit hohem Produktivitätswachstum hinter den USA zurücklag, war in Österreich im Vergleich zur EU das Wachstumsdefizit der Arbeitsproduktivität in wichtigen Dienstleistungsbereichen teilweise nochmal stärker, insbesondere im Zeitraum 2012–2024 (►Abbildung 5.4).

³¹ Auch im Zeitraum 1980–2005 gab es ausgeprägte Unterschiede im Produktivitätswachstum verschiedener Produktions- und Dienstleistungsbereiche, mit ähnlichen Mustern wie oben beschrieben. In dieser früheren Zeitperiode war der Beitrag von IKT-Produktion zum Wachstum der Gesamtarbeitsproduktivität in den USA bedeutsamer. In der EU gab es höhere Wachstumsbeiträge bei Nicht-IKT-Industrie und der Produktion von Nicht-Industrie-Gütern. Die Wachstumsbeiträge von Handel, Finanz- und wirtschaftlichen Dienstleistungen waren generell niedriger und in der EU nochmal kleiner als in den USA (Jorgenson und Timmer, 2011).

Abbildung 5.4: Wachstumsbeiträge von Herstellung von Waren und Dienstleistungsbereichen
Sektorbeiträge in Prozentpunkten



Quelle: Eurostat.

Anmerkung: Berechnung der Sektorbeiträge nach der in de Vries et al. (2021) verwendeten Methodik („shift-share aggregation method“). Bruttowertschöpfung in verketteten Volumina. Arbeit gemessen in geleisteten Stunden.

- 91 Höhere Beiträge der Dienstleistungssektoren zum Produktivitätswachstum gehen in den USA mit höheren **Wachstumsraten des immateriellen Kapitals** einher (Nikolov et al., 2024). Dem Wachstumsrückgang beim immateriellen Kapital wird ein wesentlicher Beitrag zur Produktivitätsverlangsamung zugeschrieben (Goldin et al., 2024). Zum immateriellen Kapital zählen Patente, Markenrechte, Software, Datenbanken, Marketingaktivitäten zum Aufbau von Reputation, durch den/die Arbeitgeber:in finanzierte Mitarbeiter:innenausbildung, sowie die Aufbau- und Ablauforganisation. Österreich weist eine stärkere Verlangsamung des Wachstums des immateriellen Kapitals auf als andere Länder (Produktivitätsrat, 2024). Das geringere Wachstum des immateriellen Kapitals in der EU und in Österreich kann mit der geringeren **Reallokation zu Dienstleistungsbereichen** mit hohem Produktivitätswachstum zusammenhängen.

- 92 Die Transformation von der Herstellung von Waren zu Dienstleistungen könnte in der EU größeren Schwierigkeiten unterliegen als in den USA.³² Die Beseitigung von Hindernissen bei der Reallokation von Arbeit und Kapital könnte dann vorteilhaft sein (Nikolov et al., 2024).³³ Österreich könnte angesichts der dargestellten Wachstumsbeiträge noch größere Schwierigkeiten als andere EU-Länder haben, den Wandel von der Herstellung von Waren hin zu Dienstleistungsbereichen mit hohen Beiträgen zum Produktivitätswachstum zu bewerkstelligen (siehe ► Kapitel 8).

5.4 Ausblick

- 93 Der Rückgang der Arbeitsproduktivität in den Jahren 2023 und 2024 dürfte in relevantem Ausmaß durch die **Rezession** und durch **Arbeitskräftehortung** der Unternehmen getrieben gewesen sein. Die Gegenüberstellung der Arbeitslosenzahlen und der gearbeiteten Stunden je beschäftigter Person seit 2021 legen diesen Schluss nahe. In Zeiten der Arbeitskräfteknappheit haben von der Rezession betroffene Unternehmen weitgehend versucht, ihre Mitarbeitenden weiter zu beschäftigen. Die sich abzeichnende Verbesserung der Konjunktur könnte also das Produktivitätswachstum wieder in den positiven Bereich verschieben.
- 94 Das langfristige Entwicklungsmuster der Arbeitsproduktivität, das im Produktivitätsbericht 2024 analysiert wurde und einen langfristigen Abwärtstrend zeigt, bleibt weitgehend unverändert. Die Stärkung der Innovationsleistung und der Digitalisierung und Automatisierung, die Entwicklung des Arbeitskräfteangebots, und die gezielte Stärkung von wissensintensiven Dienstleistungssektoren mit hohem Wertschöpfungspotenzial stellen dabei zentrale Ansatzpunkte einer langfristigen Strukturpolitik zur Stärkung der Produktivitätsentwicklung dar. Die Überwindung der seit einigen Jahren zu beobachtenden **Investitionsschwäche** könnte einen Beitrag zur Verbesserung der Produktivitätsdynamik leisten.

Literatur

- Andrews D., Criscuolo C., Gal P. N. (2015). Frontier Firms, Technology Diffusion and Public Policy: Micro Evidence from OECD Countries, OECD Productivity Working Papers, 2015-02, OECD Publishing, Paris.
- de Vries K., Erumban A., van Ark B. (2021). Productivity and the pandemic: short-term disruptions and long-term implications: The impact of the COVID-19 pandemic on productivity dynamics by industry, International Economics and Economic Policy, 18(3), 541–570.
- Goldin I., Koutroumpis P., Lafond F., Winkler J. (2024). Why is productivity slowing down? Journal of Economic Literature, 62(1), 196–268.
- Jorgenson D. W., Timmer M. P. (2011). Structural change in advanced nations: a new set of stylised facts. Scandinavian Journal of Economics, 113(1), 1–29.
- Nikolov P., Simons W., Turrini A., Voigt P. (2024). Mid-Tech Europe? A Sectoral Account on Total Factor Productivity Growth from the Latest Vintage of the EU-KLEMS Database. European Economy - Discussion Papers 208, Directorate General Economic and Financial Affairs (DG ECFIN), European Commission. Publications Office of the European Union.
- Peneder M., Unterlass F. (2024). Die Produktivitätsentwicklung österreichischer Unternehmen in den Jahren 2013 bis 2020, Monatsberichte 1/2024, 43–56.
- Produktivitätsrat (2024). Produktivitätsbericht 2024: Strategien für nachhaltiges Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz in Zeiten von Transformation und Rezession. Wien.

³² Ein Grund für einen geringeren Übergang zu Dienstleistungen könnte in der häufigen Rolle österreichischer Unternehmen in der Zuliefererindustrie liegen. Endprodukte erfordern möglicherweise ein höheres Maß an industrienahen Dienstleistungen, während dies bei Zwischenprodukten in einem geringeren Ausmaß der Fall ist.

³³ Evidenz zu Produktivitätsstreuung auf Unternehmensebene deutet auch auf Reallokationsschwierigkeiten innerhalb der Branchen hin. Für den Zeitraum 2001–2009 ist das Produktivitätswachstum in Dienstleistungsunternehmen vergleichbar oder höher als in der Herstellung von Waren, wenn man die 5–10% der produktivsten Unternehmen betrachtet (Andrews et al., 2015, für Länder der OECD).

6. Internationale Konkurrenz, protektionistische Maßnahmen und deren Auswirkung auf österreichische Unternehmen

- ▶ Als **kleine, stark im globalen Handel verflochene Volkswirtschaft** ist Österreich in besonderem Maße gegenüber Entwicklungen im Ausland exponiert. Die Zunahme chinesischer Konkurrenz auf technologieintensiven Produktmärkten und die Einführung von Einfuhrzöllen durch die Vereinigten Staaten sind aktuelle Entwicklungen, die eine besondere Herausforderung für österreichische Unternehmen darstellen.
- ▶ Die Reaktion österreichischer Exporteure im Umgang mit den 2018 eingeführten US-**Einfuhrzöllen** unterschied sich deutlich von jener anderer Exporteure. Die Exportmengen betroffener Produkte österreichischer Unternehmen in die Vereinigten Staaten reduzierte sich nicht, wohingegen der Wert (= Menge x Preis) der Exporte zurückging. Somit scheinen österreichische Exporteure starke Rückgänge der US-Nachfrage durch **Preissenkungen** verhindert zu haben. Jedoch nahmen von den US-Zöllen betroffene österreichische Unternehmen tendenziell Abstand von großen **Investitionsausgaben**.
- ▶ Die US-Einfuhrzölle des Jahres 2025 unterscheiden sich deutlich von den 2018 eingeführten Handelshemmissen. Im Jahr 2025 sind mit Ausnahme weniger Güter **alle österreichischen Ausfuhren** von US-Einfuhrzöllen betroffen. Die bereits 2018 betroffenen Güter Aluminium (10% → 50%) sowie Eisen und Stahl (25% → 50%) unterliegen 2025 **höheren Zoll-sätzen**. Zudem ist das Ausmaß an **wirtschaftspolitischer Unsicherheit** wesentlich stärker ausgeprägt als 2018, was sich wiederum negativ auf Unternehmensinvestitionen auswirkt.
- ▶ Die **USA** sind **einer der wichtigsten Exportmärkte** österreichischer Unternehmen: die finale US-Nachfrage entsprach 3,3% der österreichischen Gesamtwertschöpfung 2019. Somit ist der österreichische Standort stark gegenüber den US-Einfuhrzöllen des Jahres 2025 exponiert. Zu den am stärksten von der US-Nachfrage abhängigen und deshalb von den Einfuhrzöllen am erheblichsten **betroffenen Wirtschaftszweigen** zählen die Herstellung von Kraftwagen(-teilen), der Maschinenbau sowie die pharmazeutische Industrie.
- ▶ Die Handelspolitik der US-Regierung seit 2018 steht teilweise in unmittelbarem Zusammenhang mit der massiven Zunahme chinesischer Konkurrenz und deren Effekten auf die US-Industrie. Für österreichische Unternehmen waren im Zeitraum 2013–2022 keine negativen Effekte zunehmender chinesischer Konkurrenz auf **Leistungsindikatoren** wie Beschäftigung oder Arbeitsproduktivität beobachtbar. Allerdings setzten österreichische Unternehmen **Maßnahmen, um potenziell zunehmender Konkurrenz zu entkommen**. Hierzu zählen Veränderungen der Unternehmensspezialisierung und eine Diversifizierung von Absatzmärkten. Allerdings reduzierten besonders von zunehmender chinesischer Konkurrenz betroffene Unternehmen ihre Forschungs- und Entwicklungsausgaben.
- ▶ Die Reduktion von Investitionsausgaben bzw. von Forschungs- und Entwicklungsausgaben in österreichischen Unternehmen, die von den US-Zöllen bzw. besonders starken Zuwächsen chinesischer Konkurrenz betroffen waren, könnten mittel- und langfristig die **internationale Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmen beeinträchtigen**. Zudem deuten aktuelle Befragungsergebnisse darauf hin, dass österreichische Unternehmen durch chinesische Konkurrenz **zunehmend unter Druck** geraten: Stärker von chinesischer Konkurrenz betroffene Unternehmen planen im Zeitraum 2025–2030 häufiger **Verlagerungen von Unternehmensbereichen ins Ausland** und einen **Abbau von Beschäftigung** an österreichischen Standorten.

Das Wichtigste auf einen Blick

6.1 Einleitung

- 95 Der Draghi-Bericht (Europäische Kommission, 2024) identifiziert die globalen **Handelsverflechtungen der europäischen Wirtschaft als Quelle bedeutender Herausforderungen** für die Entwicklung der EU-Wettbewerbsfähigkeit. Österreich ist als kleine offene Volkswirtschaft besonders stark gegenüber Entwicklungen im Ausland exponiert. 2019 entsprach die ins Ausland exportierte und somit direkt von ausländischer Nachfrage abhängige Wertschöpfung 36,2% der gesamten österreichischen Wertschöpfung (OECD Trade in Value Added (TiVA) Indikatoren).
- 96 Zu den durch den Draghi-Bericht identifizierten Herausforderungen zählen insbesondere geopolitische Spannungen und vor diesem Hintergrund problematische Abhängigkeiten in zentralen Technologiefeldern und im Hinblick auf den Bezug von Energie und Rohstoffen. Diese strategischen Abhängigkeiten Europas sind insbesondere gegenüber China – zum Beispiel bei seltenen Erden und Mikrochips – stark ausgeprägt (European Court of Auditors, 2025).
- 97 Gleichzeitig gewinnt die **Konkurrenz durch chinesische Unternehmen** für europäische Unternehmen seit Chinas Aufnahme in die Welthandelsorganisation (WTO) stetig an Bedeutung. Nach seinem WTO-Beitritt im Jahr 2001 war China zunächst auf arbeits-, aber wenig technologieintensive Güter spezialisiert. Mit dem „Entwurf des nationalen mittel- und langfristigen Plans für die Entwicklung von Wissenschaft und Technologie (2006–2020)“ des Staatsrates der Volksrepublik China setzte jedoch ein Wandel der industriepolitischen Zielsetzung ein. Erstmals wurde die Bedeutung inländischer Innovation und einer technologischen Aufwertung der Industrie betont. Diese strategische Neuausrichtung setzt sich auch in der aktuellen „Made in China 2025“-Strategie fort. Sie identifiziert zudem explizit Schlüsselindustrien, in denen China globale Technologieführerschaft anstrebt. Diese Industrien entsprechen in großem Ausmaß Industriesegmenten, auf die sich die europäische Industrie spezialisiert hat, darunter etwa computergesteuerte Werkzeugmaschinen, energiesparende Fahrzeuge sowie elektrische Ausrüstungen.
- 98 Die zunehmende Ausrichtung der industriepolitischen Agenda Chinas auf technologieintensive Produktmärkte wurde durch intensive chinesische Industriepolitik begleitet und unterstützt. Zum eingesetzten Instrumentarium zählen unter anderem großzügige staatliche Förderungen, der strategische Einsatz staatseigener Unternehmen und die Aneignung geistigen Eigentums. Außerhalb Chinas wird dieses industriepolitische Vorgehen meist als wettbewerbsverzerrend wahrgenommen. Das dadurch untergrabene **Level Playing Field**³⁴ wird vor dem Hintergrund der Annäherung der industriellen Spezialisierung Chinas an jene der europäischen Industrie (De Soysres et al., 2025; Tordoir und Setser, 2025) zunehmend als Bedrohung für den europäischen Wirtschaftsstandort gesehen.
- 99 Der seit 2018 verstärkt zu beobachtende globale Wandel handelspolitischer Zielsetzungen stellt eine weitere bedeutende Herausforderung für den österreichischen Wirtschaftsstandort dar. Der Wandel steht ebenfalls zum Teil mit Chinas Industriepolitik im Zusammenhang. So mündete die Untersuchung des Büros des US-Außenhandelsbeauftragten zu „Chinas Handlungen, Politiken und Praktiken im Zusammenhang mit Technologietransfer, geistigem Eigentum und Innovation“ 2017 in der Einführung breit angelegter US-Einfuhrzölle auf chinesische Importe durch US-Präsident Trump.
- 100 Die durch US-Präsident Trump im Jahr 2018 und 2025 eingeführten Einfuhrzölle beschränkten sich jedoch nicht ausschließlich auf China. Sie verfolgen somit auch Ziele, die über die Bekämpfung von Wettbewerbsverzerrungen hinausgehen. Vielmehr dient die US-Zollpolitik dem umfassenderen Vorhaben, das Fortschreiten des Strukturwandels in den Vereinigten Staaten, der mit einer abnehmenden Bedeutung der Industrie einhergeht („Deindustrialisierung“), zu bremsen bzw. umzukehren. Für ausländische Exporteure bedeuten die US-Einfuhrzölle einen Rückgang der preislichen Wettbewerbsfähigkeit am US-Markt und verstärken damit potenziell bestehende **Deindustrialisierungstendenzen** in betroffenen Volkswirtschaften. So sorgten die US-Einfuhrzölle des Jahres 2018 für beträchtliche Rückgänge der US-Importe (Amiti et al., 2019; Fajgelbaum et al., 2020) sowie signifikante Substitution durch Importe aus nicht betroffenen Exportdestinationen (Alfaro und Chor, 2023; Freund et al., 2024; Fajgelbaum et al., 2024).

³⁴ [Durchführungsverordnung \(EU\) 2024/2754](#), Erwägungsgrund 76.

- 101 Dieses Berichtskapitel analysiert, wie zentrale Herausforderungen, die sich aus der Integration Österreichs in den globalen Handel ergeben, die Entwicklung österreichischer Unternehmen im Zeitraum 2013–2022 beeinflusst haben. Dazu zählen einerseits zunehmende protektionistische Maßnahmen durch bedeutende Handelspartner, dargestellt am Fallbeispiel der US-Zölle des Jahres 2018, und andererseits zunehmende chinesische Konkurrenz. Die Ergebnisse der Analysen werden durch Erkenntnisse aus der WIFO-Industriebefragung (►Textbox 6.2) ergänzt, die einen Ausblick auf potenzielle zukünftige Effekte dieser außenhandelsbezogenen Herausforderungen ermöglicht.
- 102 ► Abschnitt 6.2 dieses Kapitels analysiert die Auswirkungen der 2018 eingeführten US-Einfuhrzölle auf österreichische Unternehmen und erörtert mögliche Schlussfolgerungen für die Effekte der neuen US-Einfuhrzölle des Jahres 2025. In ► Abschnitt 6.3 wird der Einfluss chinesischer Konkurrenz auf Kennzahlen der unternehmerischen Aktivität seit 2013 dargestellt. ► Abschnitt 6.4 diskutiert die empirischen Ergebnisse mit Blick auf aktuelle wirtschaftspolitische Maßnahmen und Strategien. ► Abschnitt 6.5 leitet daraus potenzielle wirtschaftspolitische Handlungsfelder ab.

Textbox 6.1: Datengrundlage

Die Analysen in diesem Kapitel beruhen auf Daten zu österreichischen Unternehmen aus diversen Quellen, die im Austrian Micro Data Center (AMDC)³⁵ zusammengeführt werden: Indikatoren der unternehmerischen Aktivität wurden der Leistungs- und Strukturstatistik entnommen, Daten zu Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten entstammen der F&E-Erhebung. Daten zur Exporttätigkeit österreichischer Unternehmen innerhalb der Europäischen Union sind in der Intrastat enthalten. Zudem wurden Exportdaten der Extrastat verwendet, die Handelsströme zwischen österreichischen Unternehmen und dem Nicht-EU-Ausland erfasst. Darüber hinaus wurde die OFATS (Auslandsunternehmenseinheitenstatistik zu Auslandstöchtern österreichischer Unternehmen) herangezogen, um die Entwicklung von Auslandsunternehmenseinheiten unter inländischer Kontrolle als Indikatoren für Verlagerungsaktivitäten österreichischer Unternehmen zu analysieren.

Für die Analyse der Effekte der US-Einfuhrzölle des Jahres 2018 ist eine Zeitreihe bilateraler Zollsätze auf Produktebene erforderlich. Fajgelbaum et al. (2020) stellen eine solche Datenbank von US-Einfuhrzöllen zur Verfügung, die den Zeitraum bis zur Jahresmitte 2019 abdecken. Diese Zeitreihe wurde durch das Büro des Produktivitätsrates auf Basis der Harmonisierten Zolltarifblätter der United States International Trade Commission für den Zeitraum 2013–2022 vervollständigt. Die resultierende Datenbank enthält die relevanten ad-valorem Zollsätze für Harmonized System (HS) 10-Steller Produkte. Die Handelsdaten österreichischer Unternehmen in der Intrastat und Extrastat sind jedoch gemäß der Kombinierten Nomenklatur (KN) erfasst. Um eine Verknüpfung der Zollsätze mit den Exportportfolios österreichischer Unternehmen zu ermöglichen, mussten die Handelsdaten im AMDC somit von achtstelligen KN-Produkten auf sechsstellige HS-Produktkategorien aggregiert werden. Dies erfolgte mittels Korrespondenztabellen, die von Statistik Austria bereitgestellt werden. Zudem mussten die Zollsätze zu diesem Zweck auf HS 6-Steller aggregiert werden. Hierfür wurde der Anteil des jeweiligen HS 10-Steller-Produkts an Österreichs Gesamtexporten des entsprechenden HS 6-Stellers in die USA im Jahr 2017 als produktspezifisches Gewicht verwendet.

Zur Berechnung der Indikatoren für die Intensität chinesischer Konkurrenz wurden die harmonisierten BACI-Außenhandelsdaten von CEPII verwendet (Gaulier und Zignago, 2010). Die Indikatoren chinesischer Konkurrenz wurden auf Basis sechsstelliger HS-Produktlinien-Codes berechnet. Ziel der Analyse ist es, die Auswirkungen zunehmender chinesischer Konkurrenz auf Unternehmensebene zu untersuchen. Dafür sind unternehmensspezifische Maßzahlen chinesischer Wettbewerbsintensität erforderlich. Die auf Produktebene ermittelten Indikatoren auf Basis der BACI-Handelsdaten müssen daher einzelnen Unternehmen zugeordnet werden. Zu diesem Zweck wurden auf Basis der Intra- und

³⁵ Das AMDC ist eine Forschungsdateninfrastruktur von Statistik Austria, die die Beforschung von datenschutzkonform aufbereiteten Mikrodaten ermöglicht (Fuchs et al., 2024).

Extrastat für jedes Unternehmen produktspezifische Gewichte auf Grundlage des jeweiligen Exportportfolios (wertmäßiger Anteil) in einem Basisjahr berechnet. Die Verknüpfung der Exportportfolios mit den produktbezogenen Wettbewerbsindikatoren erforderte dabei wiederum eine Aggregation der Handelsdaten im AMDC von achtstelligen KN-Produkten auf sechsstellige HS-Produktkategorien.

Textbox 6.2: WIFO-Industriebefragung 2025

Die WIFO-Industriebefragung³⁶ ist eine im Dreijahreszyklus durchgeführte Umfrage unter den etwa tausend größten österreichischen Industrieunternehmen. Bei dieser Befragung werden die Industrieunternehmen zu ihrer Wettbewerbsstrategie sowie ihrer Einschätzung der Entwicklung des jeweiligen Marktes und ihrer Position darin befragt. Einige Fragen widmen sich den Produktstrategien und Kernkompetenzen sowie den globalen Wertschöpfungsketten der Unternehmen. Die Erhebung enthält weiters Fragen zur Einschätzung der institutionellen Rahmenbedingungen des Industriestandortes Österreich. Die Summe dieser Informationen erlaubt Rückschlüsse zu geplanten Anpassungen der strategischen Ausrichtung und der Geschäftstätigkeit der befragten Unternehmen und zu langfristigen Zielsetzungen im Kontext aktueller wirtschaftlicher Entwicklungen.

Jede Befragungswelle enthält einen Sonderbefragungsteil, in dem ausgewählte Themenkomplexe zu aktuellen, wirtschaftspolitisch relevanten Themen abgefragt werden. Die Entwicklung des Sonderfrageparts für die Befragungswelle im ersten Halbjahr 2025 erfolgte in Kooperation mit dem Büro des Produktivitätsrates. Der aktuelle Sonderbefragungsteil widmet sich der geplanten Entwicklung der Beschäftigung der befragten Unternehmen in Österreich, sowie den Gründen für geplante Beschäftigungsaufbau und -abbau. Zudem werden Probleme und Strategien von Unternehmen im Hinblick auf die Beschaffung geeigneter Arbeitskräfte thematisiert.

Der Rücklauf der Industriebefragung betrug 2025 (Erhebungszeitraum März–April 2025) etwa 28% (293 Unternehmen). Damit umfasst der Rücklauf in etwa 16,5% des Gesamtumsatzes von NACE-C im Jahr 2022 (Leistungs- und Strukturstatistik).³⁷

Die Industriebefragung erlaubt unter anderem Rückschlüsse auf die Auswirkungen chinesischer Konkurrenz auf strategische Entscheidungen österreichischer Unternehmen sowie deren Einschätzungen zu ihrer zukünftigen Entwicklung. Einerseits erlauben die Daten der Befragung Kreuzauswertungen der Antworten mit Indikatoren chinesischer Konkurrenz auf Ebene von NACE-Wirtschaftszweigen (► Abbildung 6.8). Andererseits werden die Unternehmen in der Industriebefragung nach dem Herkunftsland ihrer drei bedeutendsten Konkurrenten befragt. Dies erlaubt die Ableitung eines subjektiven, unternehmensspezifischen Indikators für die Bedeutung chinesischer Konkurrenz: Etwa 25% der Unternehmen in der Nettostichprobe erachten zumindest ein chinesisches Unternehmen als einen ihrer drei bedeutendsten Konkurrenten.

Darüber hinaus erlaubt die WIFO-Industriebefragung auch Auswertungen zur Exponiertheit von Unternehmen gegenüber handelspolitischen Verwerfungen und steigenden Energiepreisen. Dies wird durch eine Fragestellung ermöglicht, die die Einschätzung der Unternehmen zur Relevanz verschiedener wirtschaftspolitischer Risiken für das eigene Unternehmen dokumentiert.

Bei der Interpretation der Ergebnisse der Industriebefragung ist einschränkend zu beachten, dass die Stichprobe der Befragung (große, gütererzeugende Unternehmen) keine repräsentative Stichprobe österreichischer Unternehmen ist und die Daten der Befragung lediglich die subjektive Einschätzung der Beantwortenden wiedergeben.

³⁶ Vgl. Hödl et al. (2025).

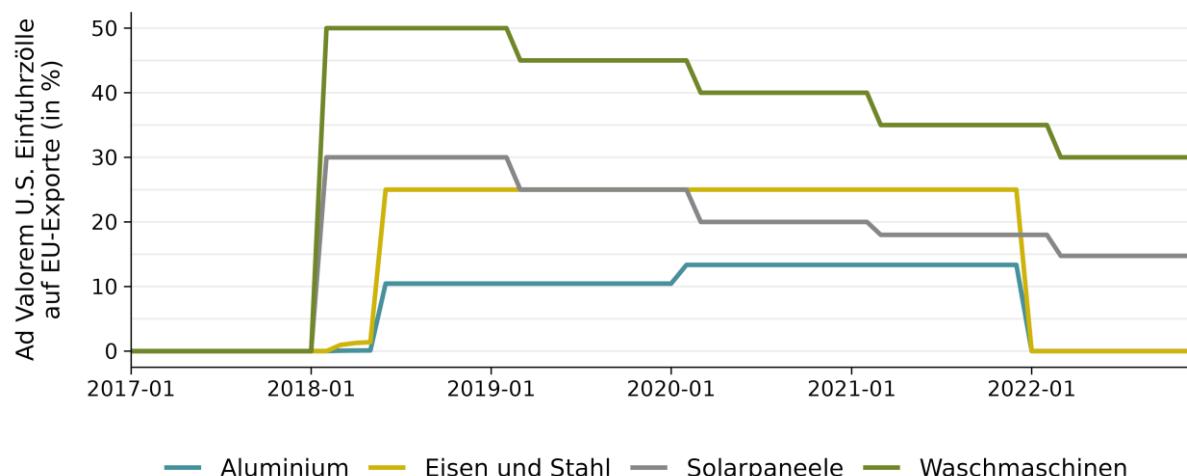
³⁷ Die Umsätze der NACE-C Unternehmen in der Bruttostichprobe entsprachen 52,4% des Gesamtumsatzes von NACE-C 2022.

6.2 Auswirkungen von Einfuhrzöllen bedeutender Handelspartner auf österreichische Unternehmen

6.2.1 Die aktuelle Welle protektionistischer Maßnahmen

- 103 Der Handelskonflikt zwischen den Vereinigten Staaten und China nahm 2018 seinen Anfang. Damals verhängte US-Präsident Trump auf Basis einer Untersuchung von Chinas Industriepolitik durch das Büro des US-Außenhandelsbeauftragten weitreichende Einfuhrzölle auf chinesische Importe. Darüber hinaus verhängte die US-Regierung 2018 auch Einfuhrzölle auf **Waschmaschinen** (bis zu 50%), **Solarpaneelle** (zunächst 30%), **Stahl** (25%) und **Aluminium** (10%), die mit wenigen Ausnahmen auf die Einfuhren aller Exporteure eingehoben wurden.³⁸
- 104 Diese handelspolitischen Maßnahmen hatten **Gegenmaßnahmen** durch China, Kanada, die Europäische Union und andere Handelspartner der Vereinigten Staaten zur Folge. Die Europäische Union reagierte auf die US-Einfuhrzölle im Juni 2018 mit Gegenzöllen auf Stahl, Aluminium sowie landwirtschaftliche Produkte und Ausfuhren anderer Lebensmittel und Konsumgüter, wie Whiskey, Motorräder, Erdnussbutter oder Jeans.³⁹
- 105 In Summe umfassten die 2018 eingeführten US-Einfuhrzölle 5,4% der österreichischen Exporte des Jahres 2017 in die USA (► Abbildung 6.1). Abgesehen von geringfügigen Anpassungen blieben diese Zölle bis Ende 2021 in Kraft. Ende 2021 erzielten die USA und die EU eine Einigung, die die Zölle auf EU-Exporte von Stahl und Aluminium ab Anfang 2022 durch ein **Zollkontingent** (Tariff rate quotas, TRQ) ersetzen. Laut Daten der United States Customs and Border Protection waren die in dieser Vereinbarung festgelegten Kontingente – mit wenigen Ausnahmen – für Österreich im Gültigkeitszeitraum nicht bindend. Infolge dieser Einigung setzte die Europäische Union die im Juni 2018 eingeführten Vergeltungszölle aus.

Abbildung 6.1: 2018–2020 eingeführte US-Einfuhrzölle auf EU-Exporte



Quelle: PROD-Berechnungen auf Basis von durch Fajgelbaum, Goldberg, Kennedy und Khandelwal (2020) bereitgestellten Daten sowie Daten der US-International Trade Commission (USITC).

Anmerkung: Entwicklung der durchschnittlichen US-Einfuhrzölle auf EU-Exporte jener Güter, die während der ersten Amtszeit von US-Präsident Trump mit Zusatzzöllen belegt wurden.

- 106 Während seines Präsidentschaftswahlkampfs 2024 äußerte US-Präsident Trump wiederholt Pläne zur neuerlichen Einführung protektionistischer Maßnahmen. Im Einklang mit diesen Ankündigungen wurden im Februar 2025 die ersten neuen Zölle verlautbart. Diese Zölle richteten sich vorerst ausschließlich

³⁸ Vgl. Bown und Kolb (2025).

³⁹ Vgl. Gaál et al. (2023).

gegen Kanada, Mexiko und China und wurden mit nationalen Notständen aufgrund illegaler Einwanderung und Drogenhandel aus diesen Ländern begründet.⁴⁰

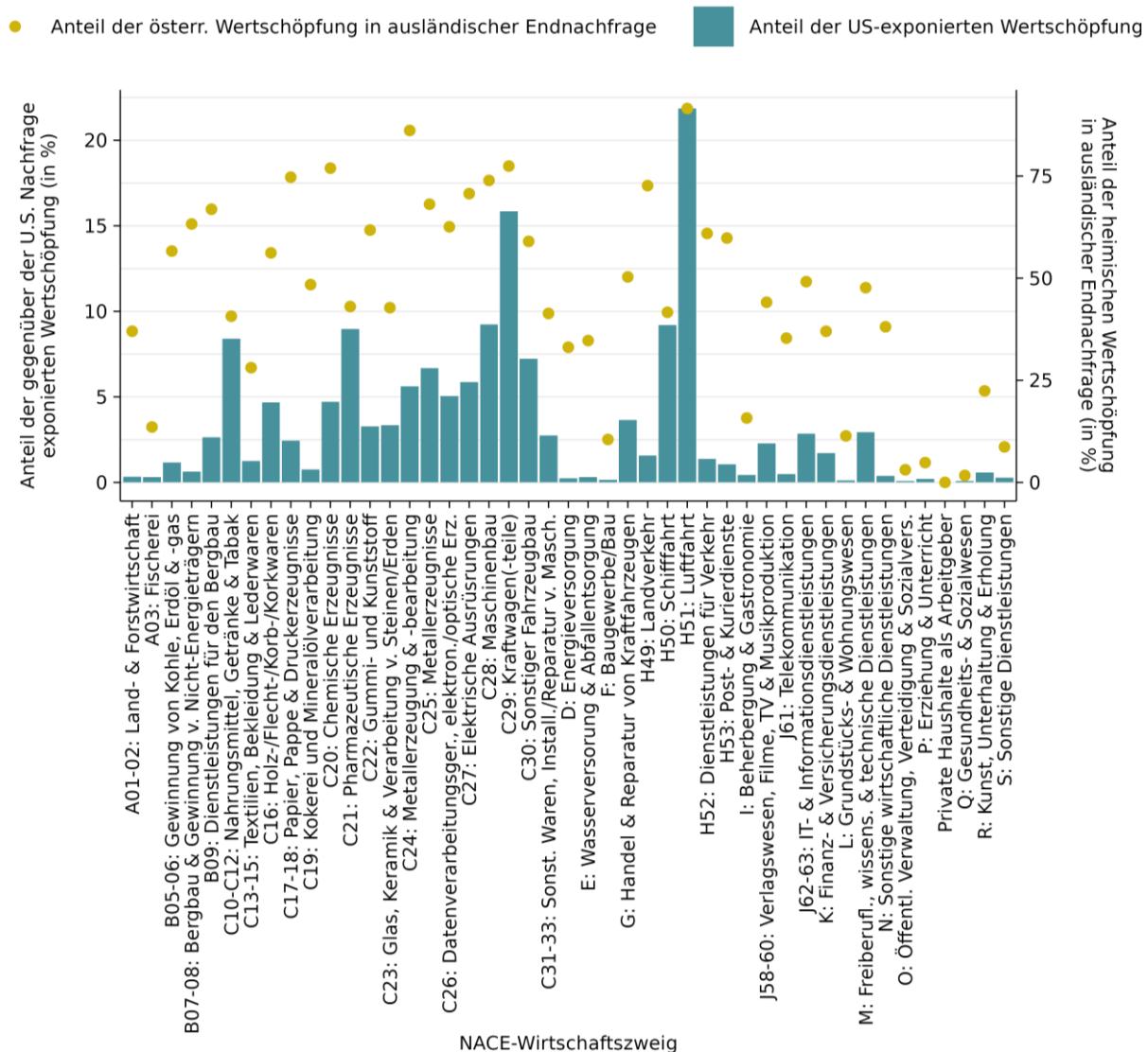
- 107 Die ersten neuen, universell geltenden Zölle (25-prozentige Zölle auf **Aluminium- und Stahlimporte**) traten am 12. März 2025 in Kraft. Zudem folgten Einfuhrzölle auf **Kraftfahrzeuge** und **Kraftfahrzeugkomponenten**, die ab 3. April bzw. 3. Mai eingehoben wurden.⁴¹
- 108 Am 2. April, der gemeinhin als „Liberation Day“ bezeichnet wird, kündigte Trump einen allgemeinen Zollsatz von 10% auf US-Importe jeglicher Herkunft und erheblich höhere Zölle für eine große Anzahl von Ländern an. Die Absicht dieser zusätzlichen länderspezifischen Zölle (von der Trump-Regierung als „reziproke Zölle“ bezeichnet) bestand darin, die bilateralen Handelsdefizite der USA zu korrigieren. Während der allgemeine Zollsatz am 5. April in Kraft trat, wurden die reziproken Zölle – mit Ausnahme derjenigen für China – nur wenige Tage nach ihrer Ankündigung für 90 Tage ausgesetzt. Die Europäische Union setzte daraufhin die ebenfalls Anfang April angekündigten Gegenmaßnahmen für 90 Tage aus.
- 109 Für chinesische Importe wurde der Mindestzollsatz vorübergehend auf bis zu 145% erhöht, was zu einer Ankündigung von Vergeltungszöllen in Höhe von 125% auf US-Lieferungen nach China führte. Am 12. Mai einigten sich China und die USA schließlich darauf, diese Zölle für einen Zeitraum von zunächst 90 Tagen auf 30% für chinesische Exporte in die USA und 10% für US-Exporte nach China zu senken.
- 110 Nachdem US-Präsident Trump zwischenzeitlich wesentlich höhere Zollsätze auf EU-Einfuhren in die USA angedroht hatte, verständigten sich die US-Regierung und die Europäische Kommission am 27. Juli 2025 auf eine Rahmenvereinbarung. Diese sieht vor, dass künftig mit wenigen Ausnahmen (z. B. Flugzeuge und Flugzeugteile) alle EU-Ausfuhren in die USA einem **15-prozentigen Zollsatz** unterliegen. Diese Regelung umfasst ebenfalls EU-Exporte von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugteilen. Für diese Produktgruppen stellt die Einigung eine Reduktion des Zollsatzes gegenüber dem seit April beziehungsweise Mai geltenden Zollsatz von 25% dar. Die EU-Exporte von Stahl und Aluminium sind hingegen von diesem Übereinkommen ausgenommen und unterliegen weiterhin dem seit Juni 2025 gültigen Zollsatz von 50%⁴². Die Übereinkunft sieht keine Gegenzölle durch die Europäische Union vor.
- 111 Nachdem die USA eine der wichtigsten Exportdestinationen Österreichs darstellen, ist ein beträchtlicher Teil der österreichischen Wertschöpfung von den US-Zöllen betroffen. So waren im Jahr 2019 etwa 3,3% der gesamten österreichischen Wertschöpfung in der finalen Nachfrage der USA enthalten (OECD TiVA Indikatoren). Verschiedene österreichische Wirtschaftszweige unterscheiden sich jedoch deutlich im Anteil ihrer gegenüber der US-Nachfrage exponierten inländischen Wertschöpfung (► Abbildung 6.2).
- 112 Ein Großteil der stark gegenüber der US-Nachfrage exponierten Wirtschaftszweige ist der Herstellung von Waren (NACE C) zuzuordnen. Jedoch sind auch einige Dienstleistungssektoren, wie die Luftfahrt (NACE H51: 21,9% der Wertschöpfung 2019) und die Schifffahrt (NACE H50: 9,2%), in großem Maße von der US-Nachfrage abhängig. Unter den güterproduzierenden Wirtschaftszweigen ist die US-Nachfrage insbesondere für die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (NACE C29: 15,9%), den Maschinenbau (NACE C28: 9,2%) und die pharmazeutische Industrie (NACE C21: 9,0%) von großer Bedeutung.
- 113 Diverse prospektive Abschätzungen gehen deshalb von relevanten wachstumsemmenden Effekten der US-Zölle des Jahres 2025 auf die österreichische Wirtschaft aus (z. B. Schneider und Sellner, 2025; Naqvi, 2025).

⁴⁰ Dieser Überblick handelspolitischer Maßnahmen wurde unter Verwendung der [tagesaktuellen Zeitachse](#) des Peterson Institute for International Economics erstellt.

⁴¹ Am 3. Juni 2025 unterzeichnete U.S. Präsident Trump eine Proklamation zur Erhöhung der Zölle auf Aluminium- und Stahlimporte auf 50%, mit Wirkung ab 4. Juni.

⁴² Jedoch wurde die Einführung zollfreier Importkontingente angekündigt.

Abbildung 6.2: Exponiertheit gegenüber US-Nachfrage nach NACE-Wirtschaftszweigen



Quelle: PROD-Berechnungen auf Basis der OECD Inter-Country Input-Output-Tabellen (2019).

Anmerkung: Der Anteil der gegenüber der US-Nachfrage exponierten Wertschöpfung je NACE-Wirtschaftszweig umfasst die sektorale Wertschöpfung in der US-Endnachfrage als auch die österreichische Wertschöpfung in den US-Bruttoexporten, die letztendlich nicht von US-Konsumenten konsumiert wird. Beide Größen wurden nach Guilhoto et al. (2022) berechnet. Um für Reimporte von US-Exporten in die USA zu korrigieren, wurde zusätzlich die österreichische sektorale Wertschöpfung in den Inputs von US-Industrien ermittelt, die in der US-Endnachfrage nach Nicht-US-Produkten enthalten ist.

- 114 Aufgrund der geringen Zeitspanne zwischen dem Inkrafttreten der 2025 eingeführten US-Einfuhrzölle und dem Redaktionsschluss des vorliegenden Berichts ist eine fundierte Abschätzung der Effekte dieser Zollmaßnahmen auf österreichische Unternehmen noch nicht möglich. Dementsprechend präsentiert ► Abschnitt 6.2.2 empirische Evidenz zu den Effekten der während US-Präsident Trumps erster Amtszeit (Trump I) eingeführten US-Einfuhrzölle. ► Abschnitt 6.2.3 diskutiert, inwieweit diese Erkenntnisse zu den Trump-I-Zöllen Rückschlüsse für die potenziellen Effekte der neuen US-Einfuhrzölle des Jahres 2025 zulassen.

6.2.2 Effekte der 2018 eingeführten US-Einfuhrzölle auf österreichische Unternehmen⁴³

- 115 Studien zu den Effekten der US-Handelspolitik seit 2018 kommen übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass der Handelskonflikt zu einem erheblichen Rückgang der US-Importe in den betroffenen Produktlinien und Wirtschaftszweigen geführt hat (Amiti et al., 2019; Fajgelbaum et al., 2020). Die Abschätzungen des Rückgangs der eingeführten Mengen pro Prozentpunkt an zusätzlichen US-Importzöllen liegen dabei zwischen 1,3% (Amiti et al., 2019) und 1,5% (Fajgelbaum et al., 2020). Für die 2018 eingeführten Zollsätze auf Aluminium (10%) sowie Eisen und Stahl (25%) würde das Importrückgange um 13–15% beziehungsweise 33–38% bedeuten.
- 116 Die von Amiti et. (2019) und Fajgelbaum et al. (2020) geschätzten Effekte beziehen sich dabei auf alle Exportdestinationen, die von den 2018 eingeführten US-Einfuhrzöllen betroffen waren. Für österreichische Unternehmen führten die Trump-I Zölle zu **keinem statistisch signifikanten Rückgang der Exportmengen** von betroffenen im Vergleich zu nicht betroffenen Produktlinien in die Vereinigten Staaten (► Abbildung 6.3 bzw. ► Textbox 6.3 für eine Erklärung der empirischen Methodik). Jedoch reduzierten sich die Exportmengen von betroffenen Produktlinien gegenüber EU-Handelspartnern um etwa 10% (linkes Panel von ► Abbildung 6.3). Eine mögliche Interpretation dieser Ergebnisse ist, dass es zu einer Reduktion der Exporte anderer EU-Staaten in die USA kam, die betroffene österreichische Produkte als Inputs verwenden. Die Zunahme der Exportmengen in Destinationen außerhalb der EU und der USA erlaubt mehrere mögliche Interpretationen. Diese könnten einerseits ein Indiz für Umlenkungseffekte österreichischer Exporte sein. Andererseits könnte diese Zunahme auch einer Diversifizierung von Absatzmärkten durch betroffene Unternehmen geschuldet sein.

Textbox 6.3: Methodologie für die Quantifizierung der Effekte von Einfuhrzöllen

Um die Effekte der 2018 eingeführten US-Einfuhrzölle auf Exporte österreichischer Unternehmen zu quantifizieren, wird folgende empirische Spezifikation verwendet:

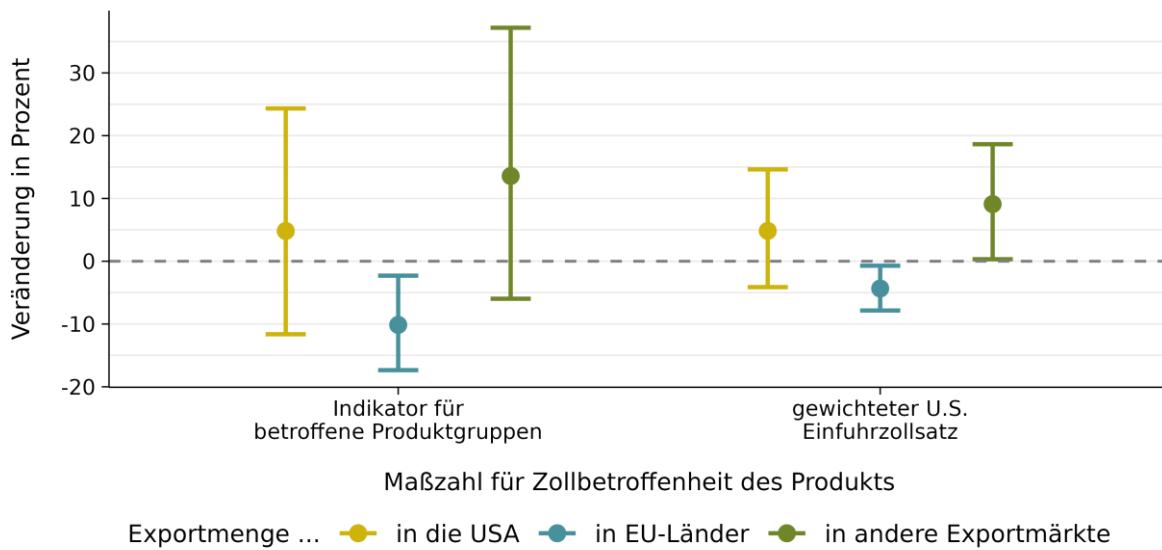
$$X_{p,i,t} = \beta \text{Tariffs}_{p,t}^{US} + \eta_{i,t} + \gamma_p + \varepsilon_{p,i,t}$$

In dieser Spezifikation bezeichnet $X_{p,i,t}$ die Exporte von Produkt p durch Unternehmen i in Jahr t. Diese Schätzungen auf Produktebene erlauben die Berücksichtigung von fixen Effekten für jedes Produkt (γ_p) sowie jede Unternehmens-Jahr-Kombination ($\eta_{i,t}$) sodass die Effekte der Zölle lediglich auf Basis unterschiedlicher Entwicklungen zwischen betroffenen und nicht-betroffenen Produkten innerhalb eines Unternehmens identifiziert werden. Die Schätzungen (► Abbildung 6.3 und ► Abbildung 6.4) wurden mit zwei unterschiedlichen Maßzahlen $\text{Tariffs}_{p,t}^{US}$ für Zölle durchgeführt. Einerseits wurde der gewichtete Zollsatz je Harmonized System 6-Steller Produktlinie verwendet. Zusätzlich wurden Event-Study-Spezifikationen im Sinne von Fajgelbaum et al. (2020) geschätzt, in welchen eine Dummy-Variable für betroffene Produktgruppen (=1 für betroffene Produkte im Gültigkeitszeitraum der Zölle) verwendet wurde.

Um die Auswirkungen der US-Zölle auf Unternehmensindikatoren zu schätzen, sind unternehmensspezifische Maßzahlen der Betroffenheit von den Importzöllen erforderlich. Zur Quantifizierung der individuellen Betroffenheit von Unternehmen werden die letztverfügbaren Exportdaten der Unternehmen aus Intrastat und Extrastat vor der Einführung der US-Zölle verwendet. Auf Basis dieser Information wird für jedes Unternehmen und Jahr der durchschnittlich geltende Zollsatz für das Exportportfolio des Unternehmens vor Einführung der US-Einfuhrzölle berechnet. Als weitere Maßzahl für die Betroffenheit auf Unternehmensebene wird für jede Unternehmens-Jahres-Zelle der wertmäßige Anteil des Exportportfolios berechnet, der im betreffenden Jahr den Trump-Zöllen unterliegt.

⁴³ Die dargestellten Ergebnisse bauen auf die Hintergrundstudien von Gruber-Német (2025), sowie von Gruber-Német, Reinsteller, Hödl (2025) auf. Technische Details sind, sofern nicht im Text angeführt, in diesen Arbeiten nachzulesen.

Abbildung 6.3: Effekte der Trump-I-Zölle auf Exportmengen österreichischer Unternehmen

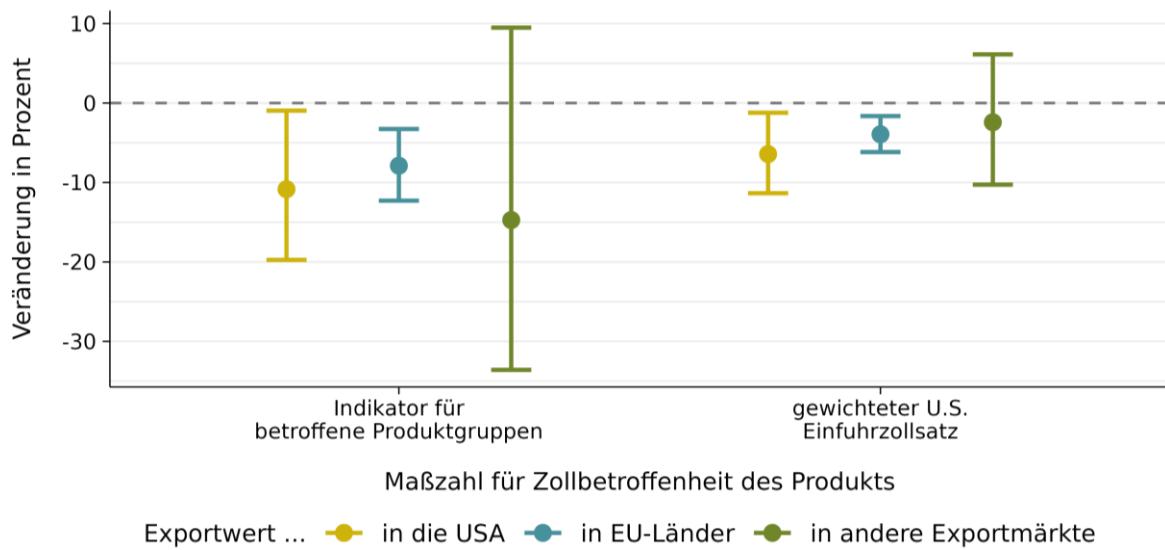


Quelle: PROD-Berechnungen auf Basis der Leistungs- und Strukturerhebung, Intra- und Extrastat sowie US-Einfuhrzolldaten der United States International Trade Commission.

Anmerkung: Die dargestellten Koeffizienten entstammen Poisson Pseudo Maximum Likelihood Schätzungen (Gourieroux et al., 1984 sowie Santos Silva und Tenreyro, 2006) mit fixen Effekten für jede Unternehmens-Jahr-Kombination sowie jedes Produkt. Das linke Panel entspricht einer Event-Study Spezifikation und verwendet eine Dummy-Variable (=1, wenn für das Produkt im jeweiligen Jahr Trump-Zölle Gültigkeit hatten) als erklärende Variable. Das rechte Panel verwendet den gültigen US-Einfuhrzollsatz für das jeweilige Produkt und Jahr als erklärende Variable. Die im rechten Panel dargestellten Effekte entsprechen den Effekten einen 10-prozentigen Erhöhung des Zollsatzes. Das Ausmaß des geschätzten Effekts ist jeweils als Punkt dargestellt. Zudem stellt die Abbildung die 5%-Konfidenzintervalle der Punktschätzer auf Basis geclusterter Standardfehler dar. Die geschätzten Effekte sind statistisch signifikant von Null verschieden, wenn die Grenzen des Konfidenzintervalls jeweils beide über oder unter der Nulllinie liegen. Ansonsten liegt kein statistisch signifikanter Zusammenhang zwischen der Zollbetroffenheit und der Veränderung der Exportmenge vor.

- 117 Der Wert österreichischer Exporte (= Menge x Preis) betroffener Produkte nahm jedoch nicht nur gegenüber EU-Handelspartnern, sondern auch gegenüber US-Importeuren (► Abbildung 6.4) ab. Die **Abnahme des Exportwerts** betroffener Produkte in die USA übersteigt mit etwa 10% (linkes Panel in ► Abbildung 6.4) selbst die Abnahme des Werts der Exporte innerhalb der EU (etwa 8%). Damit sind die Effekte der US-Zölle auf Exportwerte österreichischer Unternehmen dennoch wesentlich geringer als im Durchschnitt aller betroffenen Exporteure (► Absatz 115).
- 118 Ein Vergleich der Effekte der US-Importzölle auf Exportmengen und Exportwerte österreichischer Unternehmen legt nahe, dass österreichische Exporteure mittels **Reduktionen der Verkaufspreise** betroffener Produkte auf die US-Zölle reagiert haben, um Anstiege der Endkundenpreise für US-Abnehmer und dadurch zu erwartende Rückgänge der US-Nachfrage zu minimieren.
- 119 Diese Erkenntnisse unterscheiden sich deutlich von der Evidenz auf Basis aller von den US-Zöllen betroffenen Exportdestinationen. Amiti et al. (2019), Fajgelbaum et al. (2020) und Cavallo et al. (2021) zeigen, dass die Stückpreise der betroffenen Produkte für Endverbraucher in den USA im Durchschnitt in ähnlichem Ausmaß zunahmen wie die eingehobenen Zollsätze. Diese Ergebnisse bedeuten, dass die Zölle beinahe zur Gänze auf die Preise nach Steuern und Zöllen umgelegt wurden. Somit mussten die Verbraucher in den USA den größten Teil der durch die Zölle verursachten Kostensteigerungen tragen. Die Strategie österreichischer Exporteure im Umgang mit den Trump-I Einfuhrzöllen scheint sich demnach wesentlich von der Vorgehensweise von Exporteuren aus anderen Volkswirtschaften, wie zum Beispiel China, unterschieden zu haben.

Abbildung 6.4: Effekte der Trump-I-Zölle auf nominelle Exportwerte österreichischer Unternehmen



Quelle: PROD-Berechnungen auf Basis der Leistungs- und Strukturerhebung, Intra- und Extrastat sowie US-Einfuhrzolldaten der United States International Trade Commission.

Anmerkung: Die dargestellten Koeffizienten entstammen Poisson Pseudo Maximum Likelihood Schätzungen (Gourieroux et al., 1984 sowie Santos Silva und Tenreyro, 2006) mit fixen Effekten für jede Unternehmens-Jahr-Kombination sowie jedes Produkt. Das linke Panel entspricht einer Event-Study Spezifikation und verwendet eine Dummy-Variable (=1, wenn für das Produkt im jeweiligen Jahr Trump-Zölle Gültigkeit hatten) als erklärende Variable. Das rechte Panel verwendet den gültigen US-Einfuhrzollsatz für das jeweilige Produkt und Jahr als erklärende Variable. Die im rechten Panel dargestellten Effekte entsprechen den Effekten einen 10-prozentigen Erhöhung des Zollsatzes. Das Ausmaß des geschätzten Effekts ist jeweils als Punkt dargestellt. Zudem stellt die Abbildung die 5%-Konfidenzintervalle der Punktschätzer auf Basis geclusterter Standardfehler dar. Die geschätzten Effekte sind statistisch signifikant von Null verschieden, wenn die Grenzen des Konfidenzintervalls jeweils über oder unter der Nulllinie liegen. Ansonsten liegt kein statistisch signifikanter Zusammenhang zwischen der Zollbetroffenheit und der Veränderung der Exportwerte vor.

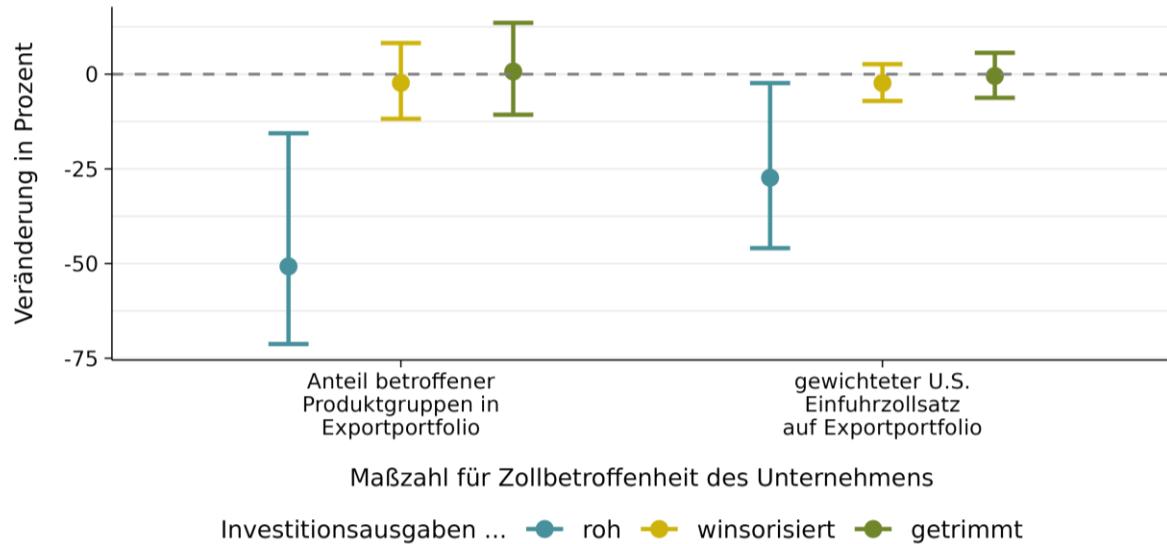
- 120 Die 2018 eingeführten US-Einfuhrzölle wirkten sich auch auf die **Investitionstätigkeit** österreichischer Unternehmen aus. Im Durchschnitt reduzierte ein Unternehmen, dessen gesamtes Produktportfolio von Trump-Zöllen betroffen war, seine Investitionsausgaben im Vergleich zu einem nicht betroffenen Unternehmen um 50% (siehe Effekt auf Rohdaten zu Investitionsausgaben im linken Panel von ► Abbildung 6.5).
- 121 Allerdings ist dieser Effekt beinahe zur Gänze durch einen Rückgang besonder großer Investitionen getrieben. Diese Erkenntnis ergibt sich aus einer Untersuchung des Einflusses von Ausreißern auf die Ergebnisse mittels Winsorisieren und Trimmen.⁴⁴ Wenn man den Einfluss extremer Werte (und somit besonders großer Investitionsausgaben) mit diesen Methoden reduziert oder eliminiert, hatten die US-Einfuhrzölle keinen Effekt auf die Investitionsausgaben betroffener Unternehmen (► Abbildung 6.5).⁴⁵
- 122 Abgesehen von ihren Auswirkungen auf die Investitionstätigkeit von Unternehmen wirkten sich die US-Einfuhrzölle nicht signifikant auf österreichische Unternehmensindikatoren seit 2018 aus. Betroffene Unternehmen zeigten während des Gültigkeitszeitraums der Zölle keine abweichenden Trends im Hinblick auf Beschäftigung, Bruttowertschöpfung und Arbeitsproduktivität. Jedoch erschlossen betroffene

⁴⁴ Winsorisieren ist eine Möglichkeit für den Umgang mit Ausreißern. Dabei werden extreme Werte auf ein bestimmtes Perzentil – hier Investitionsausgaben über dem 99. Perzentil auf ebendieses 99. Perzentil – gesetzt. Der Vorteil gegenüber Trimmen (der Entfernung extremer Werte aus der Stichprobe) besteht darin, dass durch Winsorisieren keine Beobachtungen verloren gehen.

⁴⁵ In einer eingeschränkten Stichprobe von Unternehmen in besonders betroffenen Wirtschaftszweigen (NACE C24: Metallerzeugung, NACE C25: Metallerzeugnisse, NACE C27: Elektrische Ausrüstungen, NACE C28: Maschinenbau, NACE C29: Kraftwagen(-teile), NACE C30: Sonstiger Fahrzeugbau) sind die Effekte auf Basis winsorierter Investitionsdaten signifikant negativ. Dementsprechend reduzierten die US-Einfuhrzölle zumindest die Investitionstätigkeit von Unternehmen in besonders betroffenen Wirtschaftszweigen (Gruber-Német, 2025).

Unternehmen tendenziell **häufiger neue Exportmärkte** beziehungsweise erhöhten die Anzahl ihrer Exportdestinationen. In besonders betroffenen Wirtschaftszweigen (NACE C24: Metallerzeugung, NACE C25: Metallerzeugnisse, NACE C27: Elektrische Ausrüstungen, NACE C28: Maschinenbau, NACE C29: Kraftwagen(-teile), NACE C30: Sonstiger Fahrzeugbau) war diese Diversifizierung von Exportmärkten besonders stark ausgeprägt.

Abbildung 6.5: Auswirkung der Trump-Zölle auf Investitionen österreichischer Unternehmen



Quelle: PROD-Berechnungen auf Basis der Leistungs- und Strukturerhebung, Intra- und Extrastat sowie US-Einfuhrzolldaten der United States International Trade Commission.

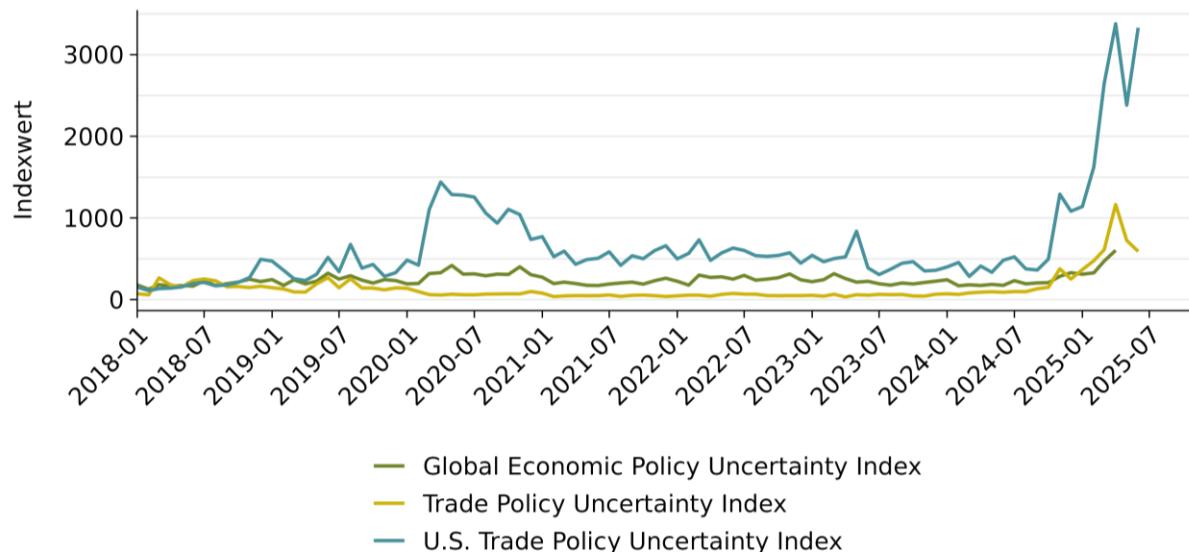
Anmerkung: Die dargestellten Koeffizienten entstammen Poisson Pseudo Maximum Likelihood Schätzungen (Gourieroux et al., 1984 sowie Santos Silva und Tenreyro, 2006) mit fixen Effekten für jede NACE 2-Steller-Jahr-Kombination sowie jedes Unternehmen. Das linke Panel verwendet als erklärende Variable den Anteil des ex-ante Exportportfolios (vor 2018) des Unternehmens, das im jeweiligen Jahr von Trump-Zöllen betroffen war. Das rechte Panel verwendet stattdessen den exportgewichteten durchschnittlichen US-Einfuhrzollsatz für das Exportportfolio des jeweiligen Unternehmens. Die im rechten Panel dargestellten Effekte entsprechen den Effekten einer 10-prozentigen Erhöhung des durchschnittlichen für das Exportportfolio gültigen Zollsatzes. Als abhängige Variablen wurden die Rohdaten zu Investitionsausgaben, winsorisierte Daten zu Investitionsausgaben (Werte über dem 99. Perzentil auf den Wert des 99. Perzentils reduziert) sowie getrimmte Daten zu Investitionsausgaben (Beobachtungen über dem 99. Perzentil aus Stichprobe entfernt) verwendet. Das Ausmaß des geschätzten Effekts ist jeweils als Punkt dargestellt. Zudem stellt die Abbildung die 10%-Konfidenzintervalle der Punktschätzer auf Basis geclusterter Standardfehler dar. Die geschätzten Effekte sind statistisch signifikant von Null verschieden, wenn die Grenzen des Konfidenzintervalls jeweils beide über oder unter der Nulllinie liegen. Ansonsten liegt kein statistisch signifikanter Zusammenhang zwischen der Zollbetroffenheit und der Veränderung der Investitionsausgaben vor.

6.2.3 Hinweise auf Auswirkungen der 2025 eingeführten US-Zölle auf österreichische Unternehmen

- 123 Die von US-Präsident Trump 2018 eingeführten Einfuhrzölle auf EU-Exporte umfassten lediglich wenige Produktgruppen (Eisen und Stahl, Aluminium, Waschmaschinen und Solarpaneele). Demgegenüber sind mit wenigen Ausnahmen **alle EU-Ausfuhren** von den US-Zöllen des Jahres 2025 betroffen. Dementsprechend ist fraglich, ob österreichische Unternehmen in Wirtschaftszweigen, die von den Einfuhrzöllen des Jahres 2018 nicht betroffen waren, ebenfalls in der Lage sein werden, Reduktionen von Absatzmengen am US-Markt durch Preissenkungen zu verhindern oder zu mindern (Gruber-Német, 2025). Zudem sind auch die auf Aluminium- sowie Stahl- und Eisenexporte gültigen Zollsätze 2025 mit 50% wesentlich höher als die von 2018–2021 gültigen Sätze von 10% auf Aluminium und 25% auf Eisen und Stahl. Somit ist für 2025 auch in diesen Wirtschaftszweigen von größeren Effekten auf Absatzmengen auszugehen, die die angekündigten Importkontingente überschreiten.
- 124 Die Handelspolitik des Jahres 2025 ist durch häufige Ankündigungen und Androhungen von Maßnahmen geprägt, die infolgedessen in vielen Fällen aufgeschoben und adaptiert wurden. Dies äußert sich durch ein hohes Ausmaß an **wirtschaftspolitischer Unsicherheit** (► Abbildung 6.6). Unsicherheit führt typischerweise zu Rückgängen betrieblicher Investitionen (Bloom et al., 2007; Kumar et al., 2023). Die

Ergebnisse der WIFO-Industriebefragung unterstreichen diesen Zusammenhang. 41% der befragten österreichischen Unternehmen geben an, Ausrüstungsinvestitionen infolge steigender Unsicherheit zu reduzieren.⁴⁶ Gleichzeitig erachten 71% der befragten Unternehmen das Risiko im Zusammenhang mit handelspolitischen Verwerfungen derzeit als schwer einschätzbar. Diese Evidenz deutet darauf hin, dass die Auswirkungen der Handelspolitik auf Investitionen österreichischer Unternehmen im Jahr 2025 potenziell größer ausfallen könnten als die Effekte der US-Einfuhrzölle des Jahres 2018.

Abbildung 6.6: Indikatoren wirtschaftspolitischer Unsicherheit



Quelle: Global Economic Policy Uncertainty Index von Davis (2016), US-Trade Policy Uncertainty Index von Baker et al. (2016), Trade Policy Uncertainty Index von Caldara et al. (2019).

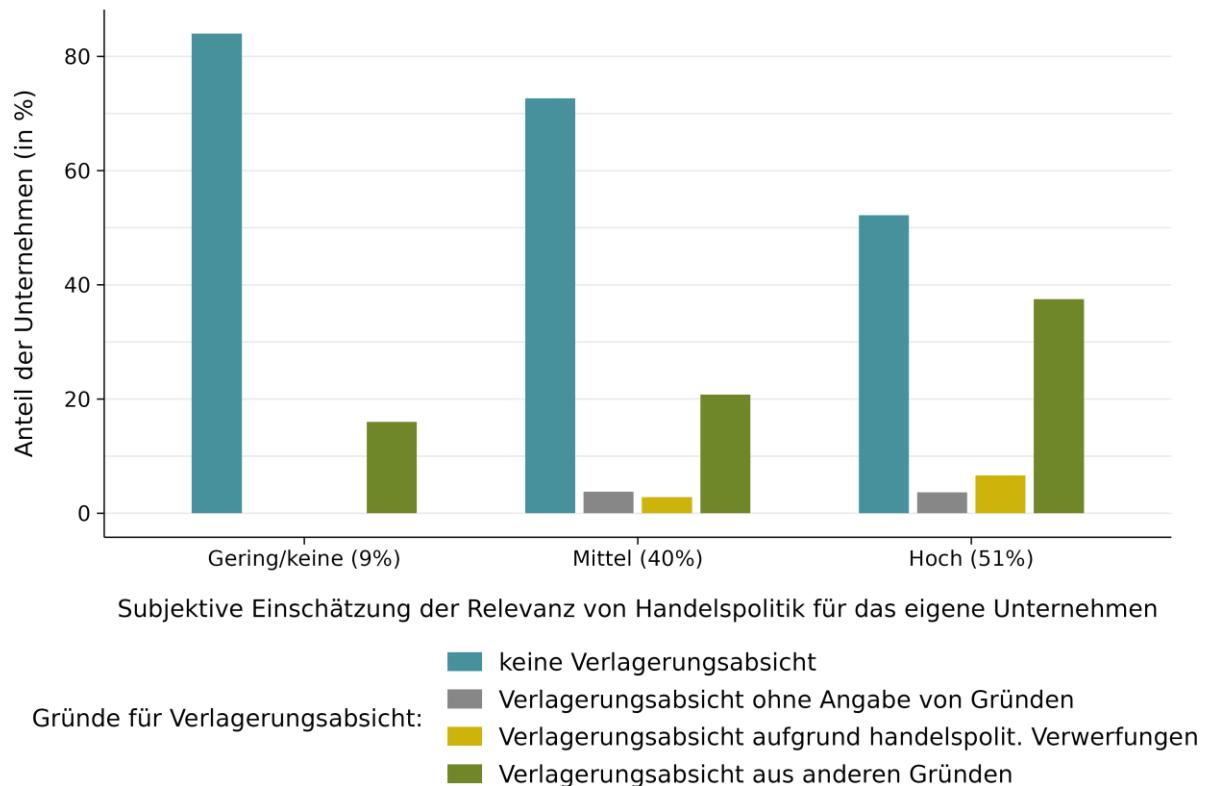
- 125** Die Handelshemmnisse infolge des Handelskrieges zwischen den USA und China führten zu Veränderungen der Lieferketten betroffener Unternehmen (Grossman et al., 2024; Luo und Wang, 2025). Eine Möglichkeit, Einfuhrzölle zu umgehen oder zu reduzieren, ist die Verlagerung von Produktionsschritten in jenen Absatzmarkt, in welchem Einfuhrzölle eingehoben werden. Dementsprechend ist ein Zusammenhang zwischen der Exponiertheit von Unternehmen gegenüber handelspolitischen Maßnahmen und Verlagerungsabsichten denkbar. Die WIFO-Industriebefragung gibt Hinweise darauf, inwieweit ein solcher Zusammenhang für österreichische Unternehmen im Zeitraum 2025–2030 besteht.
- 126** Unter jenen Unternehmen, die die Relevanz der Handelspolitik für das eigene Unternehmen als gering erachten, äußern lediglich 16% **Verlagerungsabsichten** (► Abbildung 6.7). Der Anteil der Unternehmen mit Verlagerungsabsichten ist hingegen wesentlich höher, wenn die Relevanz der Handelspolitik für das eigene Unternehmen mittelmäßig (27%) oder hoch (48%) eingeschätzt wird.⁴⁷ Allerdings ist der Anteil jener Unternehmen, die die handelspolitischen Verwerfungen als Grund für geplante Verlagerungen erachten, selbst unter jenen Unternehmen gering (7%), die die Handelspolitik als für das eigene Unternehmen sehr bedeutsam erachten (► Absatz 173, Abbildung 6.7). Für am US-Markt präsente

⁴⁶ Im Einklang mit diesen Ergebnissen nannten 46% der im Rahmen des WKÖ-Wirtschaftsbarometers (Bernleithner, 2025) im Mai 2025 befragten Unternehmen ohne aktuelle Investitionsabsichten die allgemeine wirtschaftliche Unsicherheit als Hauptgrund für ihre zurückhaltende Investitionstätigkeit.

⁴⁷ Der Anteil der Unternehmen mit Verlagerungsabsichten und Interesse an einer möglichen Verlagerung in die USA liegt zwischen 0% bei geringer Relevanz der Handelspolitik und 13% bei hoher Relevanz der Handelspolitik für das eigene Unternehmen. Selbst unter jenen wenigen Unternehmen, die eine Verlagerung planen und die USA als interessante Destination erachten, nennen jedoch nur 23% die handelspolitischen Verwerfungen als Grund für die geplante Verlagerung.

Unternehmen und in der Industriebefragung erfasste Unternehmen ist dieser Anteil ebenso gering (7%).^{48,49} Dementsprechend scheinen die 2025 eingeführten Einfuhrzölle nur in vereinzelten Fällen Verlagerungstendenzen nach sich zu ziehen.

Abbildung 6.7: Verlagerungsabsichten und Gründe dafür nach subjektiver Einschätzung der Relevanz von Handelspolitik für das eigenen Unternehmen



Quelle: PROD-Berechnungen auf Basis der WIFO-Industriebefragung 2025.

6.3 Auswirkungen zunehmender chinesischer Konkurrenz auf österreichische Unternehmen

6.3.1 Bestehende Evidenz und wirtschaftspolitischer Kontext

- 127 Das massive und durch intensive Industriepolitik begleitete Wachstum der chinesischen Güterexporte nach 2001 führte zur Entstehung eines neuen Strangs innerhalb der Außenhandelsliteratur. Diese „China-Schock“-Literatur dokumentiert fundamentale Auswirkungen auf die industrielle Entwicklung industrialisierter Volkswirtschaften, insbesondere der Vereinigten Staaten. Diverse Studien (z. B. Autor et al., 2013; Acemoglu et al., 2016; Asquith et al., 2019; Bloom et al., 2016; Utar, 2018) dokumentieren signifikante **Beschäftigungsrückgänge und erhöhte Marktaustrittswahrscheinlichkeiten** unter besonders von zunehmender chinesischer Konkurrenz betroffenen Industrieunternehmen im ersten Jahrzehnt nach Chinas Beitritt zur Welthandelsorganisation. Darüber hinaus identifizierte die Literatur eine Vielzahl weiterer Wirkungsanäle chinesischer Konkurrenz, wie beispielsweise Auswirkungen auf die **Investitions- und Innovationstätigkeit** von Unternehmen (Autor et al., 2020; Bloom et al., 2016; Pierce und Schott, 2018).

⁴⁸ Keines der Unternehmen in der WIFO-Industriebefragung 2025, die entweder nicht am US-Markt präsent sind oder die Bedeutung der Handelspolitik für das eigene Unternehmen als gering einschätzen, plant Verlagerungen aufgrund handelspolitischer Verwerfungen.

⁴⁹ Die am US-Markt präsenten Unternehmen gehen zudem größtenteils davon aus, dass der US-Markt für ihr Unternehmen in den nächsten fünf Jahren an Bedeutung gewinnen (46%) oder von konstanter Bedeutung (44%) sein wird.

- 128 Mit wenigen Ausnahmen (z. B. Friesenbichler und Reinstaller, 2023; Friesenbichler et al., 2024; Milberg und Johnston, 2025) ist die empirische Evidenz zu den Auswirkungen chinesischer Konkurrenz seit der globalen Finanzkrise beschränkt. Somit dokumentieren wenige Studien die Effekte chinesischer Konkurrenz in jener Phase, in welcher das Upgrading der chinesischen Industrie bedeutend voranschritt. Die wenigen Analysen, die einen jüngeren Zeitraum betrachten (z. B. Friesenbichler et al., 2024; Milberg und Johnston, 2025), liefern Hinweise darauf, dass sich die Auswirkungen chinesischer Konkurrenz vor dem Hintergrund der veränderten industriepolitischen Zielsetzung Chinas verändert haben (►Tabelle 6.1).

Tabelle 6.1: Zusammenfassung der empirischen Ergebnisse zu den Effekten chinesischer Konkurrenz

Effekte chinesischer Konkurrenz im Inland	Bis 2012		2013 bis 2022		Ab 2025
	USA	EU	EU	AUT	AUT
Beschäftigung	— ¹	— ⁶		0 ¹⁰	— ¹²
Marktaustritt	+ ²	+ ⁶		0 bis + ¹⁰	
Verlagerung ins Ausland		+ ⁷		0 ¹⁰	+ ¹²
Industrie → Dienstleistungen	+ ³	+ ⁷		+ ¹⁰	
Produktivität		+ ⁶	0 bis — ⁹	0 ^{10, a}	
Innovation, F&E-Aktivitäten	— ⁴	+ ⁶		— ¹⁰	+ ¹²
Investitionen	— ⁵			0 ¹⁰	
Diversifizierung von Märkten		+ ⁸		+ ^{10, 11}	

Quelle: eigene Darstellung.

Ausgewählte Quellen zu den empirischen Ergebnissen: ¹ Autor et al. (2013). — ² Asquith et al. (2019). — ³ Bloom et al. (2024). — ⁴ Autor et al. (2020). — ⁵ Pierce, Schott (2018). — ⁶ Bloom et al. (2016). — ⁷ Gu et al. (2021). — ⁸ Caselli, Schiavo (2020). — ⁹ Friesenbichler et al. (2024). — ¹⁰ Gruber-Német (2025). — ¹¹ Friesenbichler und Reinstaller (2023). — ¹² Gruber-Német et al. (2025).

Anmerkungen: „—“: negativer Effekt chinesischer Konkurrenz, „0“: kein statistisch signifikanter Effekt, „+“: positiver Effekt chinesischer Konkurrenz.

^a Jedoch weisen die Ergebnisse von Gruber-Német (2025) auf positive Effekte zunehmender chinesischer Konkurrenz in Exportmärkten hin.

- 129 Der umfassende Einsatz industriepolitischer Instrumente trug (trotz eingeschränkter rezenter Evidenz) wesentlich dazu bei, dass die Europäische Union ihre [China-Strategie](#) 2019 bedeutend überarbeitete. Während die europäische China-Strategie bis 2019 vor allem Kooperation und ökonomische Integration betonte, wurde China 2019 erstmals auch als Konkurrent und systemischer Rivale bezeichnet (García-Herrero und Vasselier, 2024). Die Europäische Kommission formuliert in ihrer aktuellen China-Strategie unter anderem das konkrete Ziel, ausgewogenere und wechselseitigere Bedingungen für ökonomische Beziehungen herzustellen. Dabei wurden wettbewerbsverzerrende Subventionen, selektive Markttöffnung, Investitionsbeschränkungen und unzureichender Schutz geistigen Eigentums in China als konkrete Hindernisse identifiziert.
- 130 Diesem Strategiewechsel folgten diverse politische Maßnahmen mit dem Ziel, politisch verursachter Benachteiligung europäischer Unternehmen zu begegnen. Hierzu zählte unter anderem die Erarbeitung eines Investitionsübereinkommens („Comprehensive Agreement on Investment – CAI“). Dieses sollte europäischen Unternehmen den Zugang zum und eine faire Behandlung am chinesischen Markt ermöglichen. Trotz einer grundsätzlichen politischen Übereinkunft Ende 2020 ist das CAI jedoch bis heute nicht ratifiziert. Des Weiteren wurde ein Instrument im Hinblick auf das internationale Beschaffungswesen ([IPI](#)) geschaffen. Dieses erlaubt es der Europäischen Kommission, den Zugang von Unternehmen aus Nicht-EU-Ländern zu öffentlichen Ausschreibungen zu unterbinden, wenn europäische Unternehmen im Herkunftsland des entsprechenden Unternehmens mit ebensolchen Beschränkungen konfrontiert sind. Darüber hinaus wurden Instrumente geschaffen, mit welchen die Europäische Kommission gegen [Wettbewerbsverzerrungen durch drittstaatliche Förderungen](#) oder das [Ausüben wirtschaftlicher](#)

Zwänge vorgehen kann.⁵⁰ Diese Maßnahmen ergänzen die bereits bestehenden Anti-Dumping und Anti-Subventionsinstrumente der EU.

- 131 Die rezente Untersuchung staatlicher Subventionen für chinesische Hersteller elektrischer Fahrzeuge durch die Europäische Kommission sowie die darauf beruhende Einführung von Importzöllen auf elektrische Fahrzeuge chinesischen Ursprungs ist ein Beispiel für die Nutzung dieses **wirtschaftspolitischen Instrumentariums**.

6.3.2 Auswirkungen chinesischer Konkurrenz auf österreichische Unternehmen seit 2013⁵¹

- 132 Das Ausmaß chinesischer Konkurrenz am österreichischen Markt (siehe ► Textbox 6.4 für Erklärungen zur Berechnung der Konkurrenzindikatoren) nahm im Zeitraum von 2007–2023 in beinahe allen gütererzeugenden NACE-Wirtschaftszweigen zu (► Abbildung 6.8)⁵². Besonders ausgeprägt war diese Zunahme für die Erzeugung von Datenverarbeitungsgeräten sowie elektronischen und optischen Erzeugnissen (NACE C26) und die Erzeugung von elektrischen Ausrüstungen (NACE C27). Die diesen Wirtschaftszweigen zuzuordnenden Importe aus China nahmen von 2007–2023 um mehr als das Dreifache des Werts der jeweiligen Importe Österreichs aus China im Jahr 2007 zu.

Textbox 6.4: Indikatoren chinesischer Konkurrenz

Der „China-Schock“-Literatur folgend wird die produktbezogene Intensität chinesischer Konkurrenz in Jahr t im österreichischen Inland als Quotient des Werts chinesischer Importe nach Österreich ($M_{p,t}^{CHN \rightarrow AUT}$) und den Gesamtimporten des Produkts in einem Basisjahr t_0 bemessen. C_{-AUT} bezeichnet dabei die Menge aller Länder exklusive Österreich.

$$IC_{p,t}^{CHN \rightarrow AUT} = \frac{M_{p,t}^{CHN \rightarrow AUT}}{M_{p,t_0}^{C_{-AUT} \rightarrow AUT}}$$

Der Großteil der „China-Schock“-Literatur bemisst den Handelsschock ausschließlich auf Basis der Veränderung der chinesischen Marktpenetration im Inland. Dieser Ansatz greift jedoch für die Analyse einer kleinen offenen Volkswirtschaft wie Österreich zu kurz, da der Binnenmarkt klein und die Industrie stark exportorientiert ist. Da Österreich einen erheblichen Anteil seiner Wertschöpfung exportiert, ist zu erwarten, dass zunehmende chinesische Konkurrenz in Exportmärkten für österreichische Unternehmen auch dann von Bedeutung ist, wenn die Marktdurchdringung in Österreich selbst gering bleibt. Aus diesem Grund wird – Friesenbichler und Reinstaller (2023) folgend – zusätzlich ein Maß für die chinesische Marktdurchdringung in Exportmärkten Österreichs berücksichtigt.

$$IC_{p,t}^{CHN \rightarrow C_{- \{AUT, CHN\}}} = \sum_{c \in C_{- \{AUT, CHN\}}} \frac{x_{p,t_0}^{AUT \rightarrow c}}{x_{p,t_0}^{AUT \rightarrow C_{- \{AUT, CHN\}}}} \cdot \frac{M_{p,t}^{CHN \rightarrow c}}{M_{p,t_0}^{C_{-c} \rightarrow c}}$$

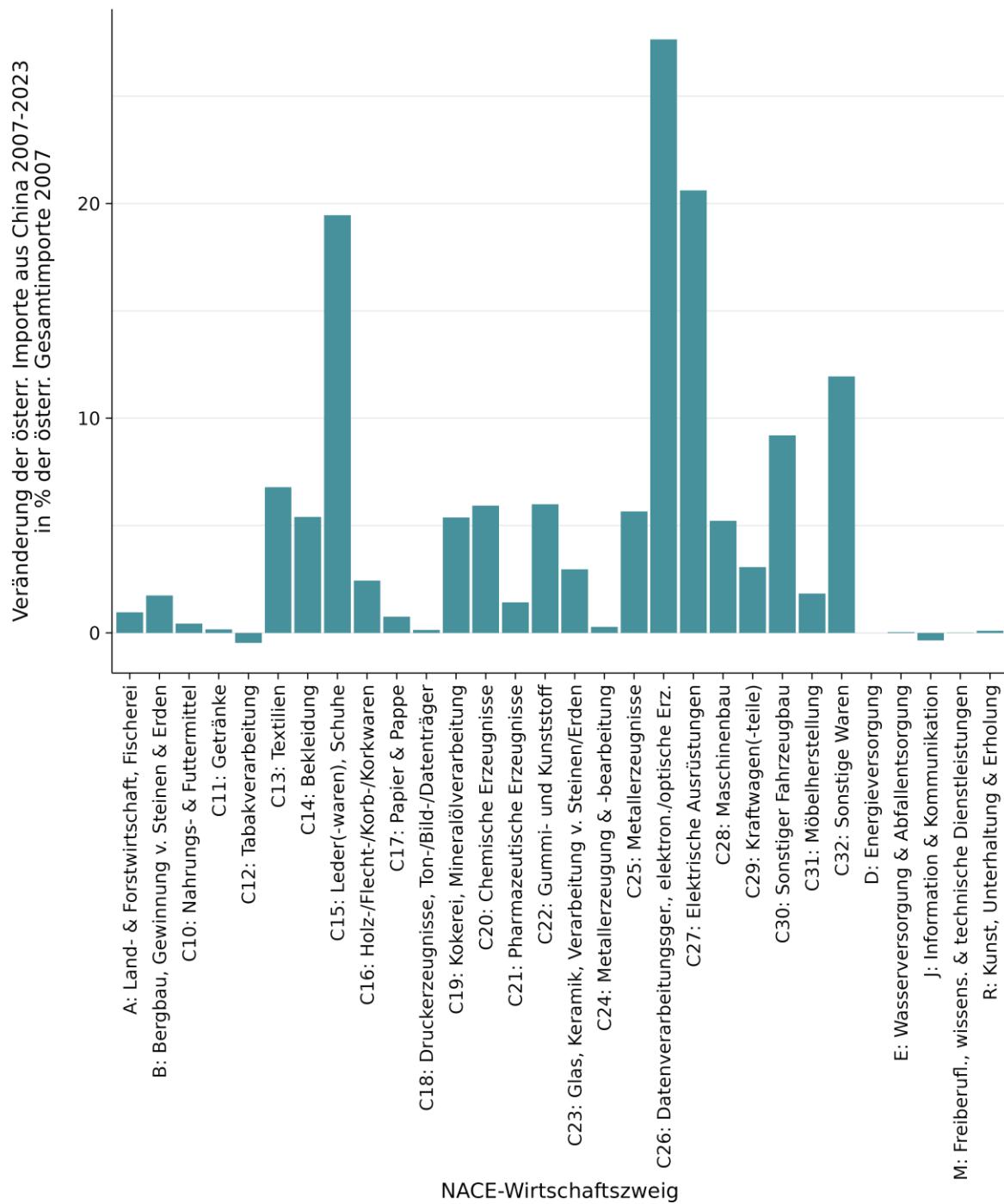
Diese Maßzahl chinesischer Konkurrenz in Exportmärkten gewichtet die länderspezifische Maßzahl chinesischer Konkurrenz mit dem Anteil der jeweiligen Exportdestinationen in den Gesamtexporten des jeweiligen Produkts durch österreichische Unternehmen.

⁵⁰ Zudem verfolgt die Europäische Union in ihrer Industriestrategie eine Diversifizierungs- beziehungsweise De-Risking-Strategie, um die Abhängigkeit von China in kritischen Bereichen zu reduzieren. Entsprechende Bestrebungen umfassen beispielsweise die Verordnung zur Schaffung eines Rahmens zur Gewährleistung einer sicheren und nachhaltigen Versorgung mit kritischen Rohstoffen im Rahmen der Europäischen Strategie für wirtschaftliche Sicherheit.

⁵¹ Die dargestellten Ergebnisse bauen auf die Hintergrundstudien von Gruber-Német (2025), sowie von Gruber-Német et al. (2025) auf. Technische Details sind, sofern nicht im Text angeführt, in diesen Arbeiten nachzulesen.

⁵² Für die Mikrodatenanalysen standen im AMDC Unternehmensdaten von 2013–2022 zur Verfügung, die damit den Untersuchungszeitraum bestimmten. Auf aggregierter Ebene von NACE-Wirtschaftszweigen existieren Daten aus der Leistungs- und Strukturstatistik für den Zeitraum 2007–2023. In jeder Darstellung dieses Kapitels wurde jeweils der größtmögliche zur Verfügung stehende Zeitraum gewählt.

Abbildung 6.8: Zunahme chinesischer Konkurrenz im Inland nach NACE-Wirtschaftszweigen, 2007–2023



Quelle: Harmonisierte BACI-Außenhandelsdaten.

Anmerkung: Für die Berechnung der hier dargestellten Indikatoren chinesischer Konkurrenz im österreichischen Inland auf Ebene von NACE-Wirtschaftszweigen wurden Korrespondenztabellen von Eurostat verwendet, um die Handelsdaten auf Produktbene zu NACE-Wirtschaftszweigen zu matchen. Die Indikatoren für NACE-Abschnitte wurden als ungewichtete Mittelwerte der Indikatoren der zugehörigen NACE 2-Steller ermittelt.

- 133 Die Entwicklung der wirtschaftszweigspezifischen Indikatoren chinesischer Konkurrenz am österreichischen Markt folgte im Wesentlichen der Entwicklung der Konkurrenzmaße in österreichischen Exportmärkten. Auf Produktbene ergeben sich jedoch bedeutende Unterschiede. So hat die Veränderung der Maßzahlen chinesischer Konkurrenz am österreichischen Markt und in Exportmärkten zwischen 2007–2023 nur für etwa 71% der sechsstelligen HS-Produktlinien das gleiche Vorzeichen. Diese Beobachtung

unterstreicht die Bedeutung der separaten Quantifizierung der Effekte chinesischer Konkurrenz im heimischen Markt und in Exportmärkten.

- 134 Die Effekte zunehmender chinesischer Konkurrenz auf österreichische Unternehmen im Zeitraum 2013–2022 (Gruber-Német, 2025) unterscheiden sich deutlich von den in der Literatur dokumentierten Effekten auf europäische Volkswirtschaften vor 2013 (siehe ►Textbox 6.5 für Erklärungen des empirischen Ansatzes). Jedoch bleibt unklar, ob dies auf eine Veränderung der Effekte chinesischer Konkurrenz zurückzuführen ist oder sich die Effekte auf österreichische Unternehmen auch bereits vor der globalen Finanzkrise von anderen EU-Ländern unterschieden. Denn obwohl einige „China-Schock“-Studien Österreich berücksichtigten (Bloom et al., 2016; Friesenbichler et al., 2024), gibt es keine Studien, die sich ausschließlich den Effekten chinesischer Konkurrenz auf österreichische Unternehmen vor der globalen Finanzkrise widmen. ►Tabelle 6.1 vergleicht die in Gruber-Német (2025) und Gruber-Német et al. (2025) dokumentierten Zusammenhänge mit den Ergebnissen der bestehenden Literatur.

Textbox 6.5: Methodologie zur Quantifizierung von Effekten chinesischer Konkurrenz

Die in ►Textbox 6.4 beschriebenen produktbezogenen Maßzahlen chinesischer Konkurrenz werden im Austrian Micro Data Center österreichischen Unternehmen mittels dem jeweiligen Exportportfolio der Unternehmen zugeordnet. Für die Berechnung eines unternehmensspezifischen Indikators wurden die produktspezifischen Indikatoren daraufhin mit dem wertmäßigen Anteil des jeweiligen Produkts in den Exporten des Unternehmens gewichtet.

Die unternehmensspezifischen Effekte chinesischer Konkurrenz werden sodann auf Basis empirischer Spezifikationen (siehe z. B. Bloom et al., 2016) der folgenden Form quantifiziert:

$$\Delta Y_{i,j,t} = \beta_1 \Delta IC_{i,j,t}^d + \beta_2 \Delta IC_{i,j,t}^f + \beta_3 \Delta IC_{i,j,t}^f * \Delta IC_{i,j,t}^d + \eta_{j,t} + \Delta \varepsilon_{i,j,t}$$

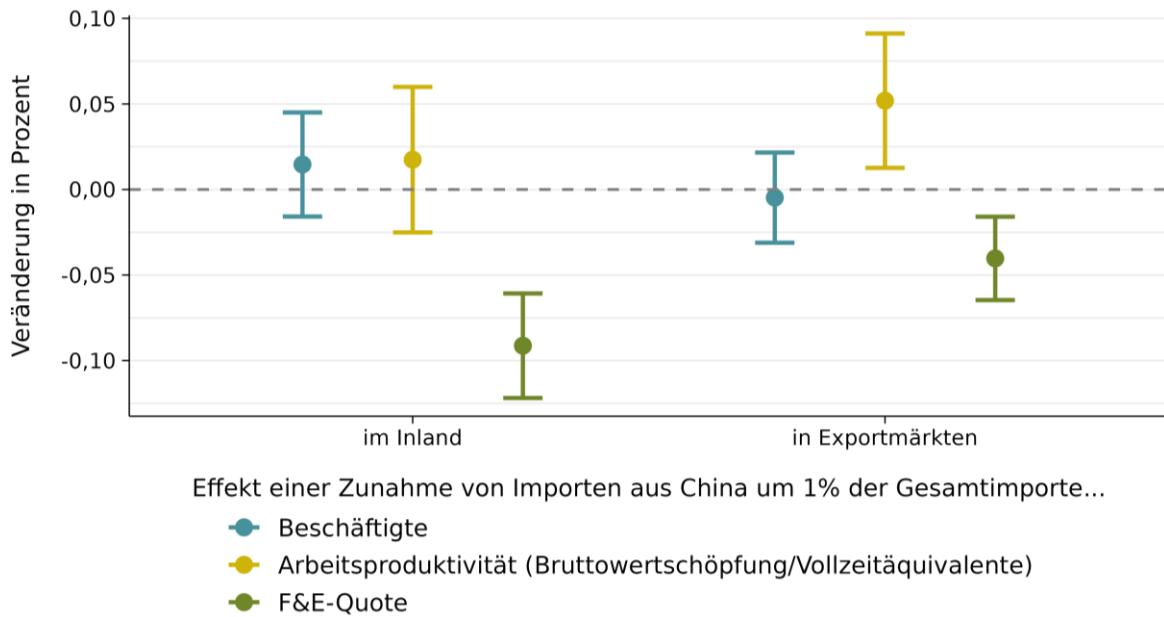
In dieser Spezifikation bezeichnet Δ die Veränderung einer Variable über einen fünfjährigen Betrachtungszeitraum. $Y_{i,j,t}$ ist jeweils der unternehmensbezogene Indikator, für den der Effekt einer Veränderung der Intensität chinesischer Konkurrenz geschätzt wird. Die obige Spezifikation enthält sowohl den Indikator chinesischer Konkurrenz im heimischen Markt IC^d als auch den Indikator chinesischer Konkurrenz in Exportmärkten IC^f (sowie eine Interaktion der beiden) als erklärende Variablen. $\eta_{j,t}$ sind fixe Effekte für jede Kombination aus Zeitperiode und NACE-Wirtschaftszweig. Dementsprechend sind die Effekte der Indikatoren chinesischer Konkurrenz ausschließlich auf Basis der Variation zwischen Unternehmen innerhalb von Industrien identifiziert. Für eine detaillierte Diskussion der Einschränkungen der verwendeten Methodologie sowie zusätzliche Schätzungen zur Analyse der Robustheit der gewählten Maßzahlen chinesischer Konkurrenz siehe Gruber-Német (2025).

Effekte chinesischer Konkurrenz auf die Beschäftigung in österreichischen Unternehmen

- 135 Vor der globalen Finanzkrise führte chinesische Konkurrenz zu Beschäftigungsrückgängen in der europäischen Industrie (Balsvik et al., 2015; Bloom et al., 2016; Utar, 2018). Für österreichische Unternehmen sind im Zeitraum 2013–2022 keine derartigen Effekte beobachtbar (►Abbildung 6.9).
- 136 Jedoch gibt die WIFO-Industriebefragung Hinweise darauf, dass stärker von chinesischer Konkurrenz betroffene österreichische Industrieunternehmen im Zeitraum 2025–2030 häufiger einen **Beschäftigungsabbau** planen. Unternehmen, die zumindest ein chinesisches Unternehmen als einen ihrer drei bedeutendsten Konkurrenten erachten, geben darin deutlich häufiger an, die Beschäftigung in Österreich in den nächsten fünf Jahren reduzieren zu wollen (42% im Vergleich zu 25%).
- 137 Dieser Zusammenhang ist sogar nach Berücksichtigung diverser Kontrollvariablen statistisch signifikant (Gruber-Német et al., 2025). Die Wahrscheinlichkeit eines geplanten **Beschäftigungsabbaus im Zeitraum 2025–2030** ist unter Unternehmen mit zumindest einem bedeutenden chinesischen Konkurrenten um etwa 15,5% höher als für den Rest der in der Industriebefragung erfassten Unternehmen. Der Effekt

chinesischer Konkurrenz auf die Wahrscheinlichkeit eines geplanten Beschäftigungsabbaus ist in der Produktion (► Abbildung 6.10) sogar noch stärker ausgeprägt (18,3%).

Abbildung 6.9: Effekte chinesischer Konkurrenz auf Indikatoren unternehmerischer Aktivität



Quelle: PROD-Berechnungen auf Basis der Leistungs- und Strukturerhebung, der F&E-Erhebung, Intra- und Extrastat sowie Harmonisierten BACI-Außenhandelsdaten.

Anmerkung: Die dargestellten Koeffizienten⁵³ entstammen gepoolten OLS-Spezifikationen mit Zeit-NACE-4-Steller fixen Effekten, in welchen jeweils ausschließlich der Indikator chinesischer Konkurrenz im Inland (linkes Panel) oder der Indikator chinesischer Konkurrenz in Exportmärkten (rechtes Panel) als erklärende Variable verwendet wurde. Das Ausmaß des geschätzten Effekts ist dabei jeweils als Punkt dargestellt. Zudem stellt die Abbildung die 5%-Konfidenzintervalle der Punktschätzer auf Basis robuster Standardfehler dar. Die geschätzten Effekte sind statistisch signifikant von Null verschieden, wenn die Grenzen des Konfidenzintervalls jeweils beide über oder unter der Nulllinie liegen. Ansonsten liegt kein statistisch signifikanter Zusammenhang zwischen dem Zuwachs chinesischer Konkurrenz und dem jeweiligen Unternehmensindikator vor.

Effekte chinesischer Konkurrenz auf die Arbeitsproduktivität österreichischer Unternehmen

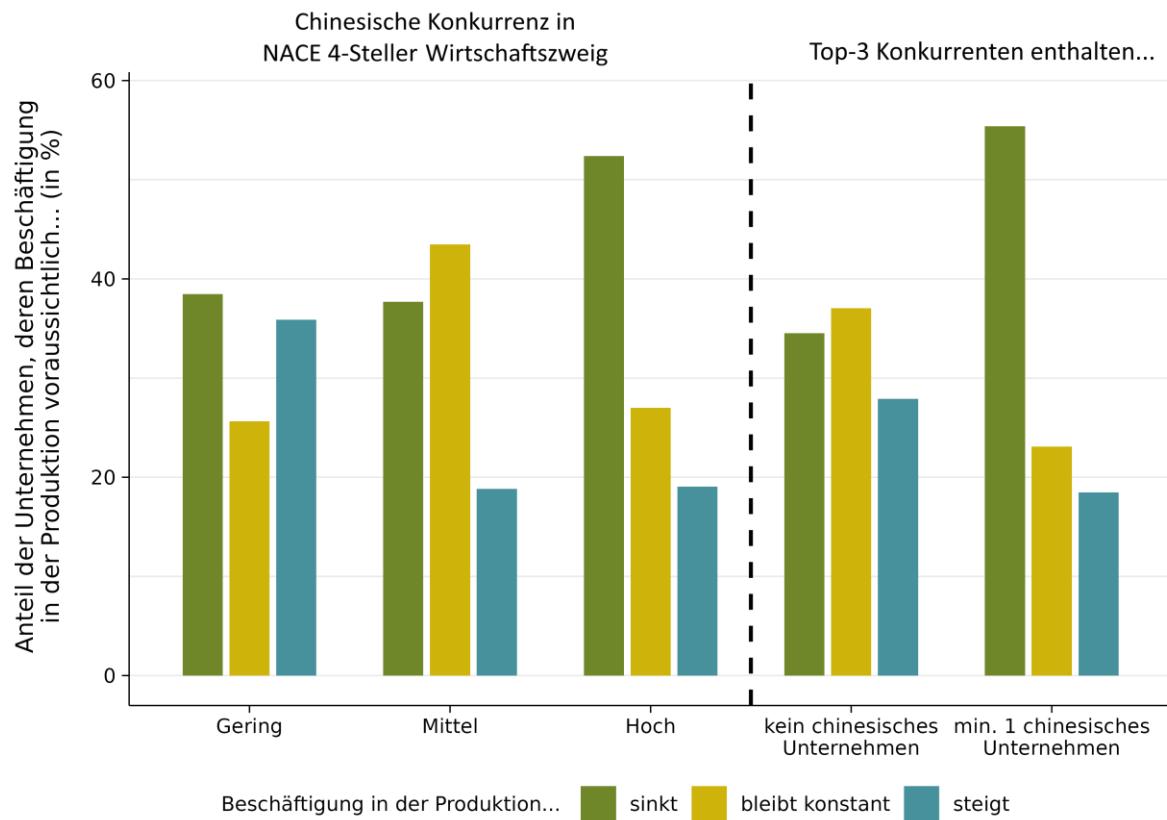
- 138 Der Zuwachs chinesischer Konkurrenz übte negative Effekte auf Patentanmeldungen und die Innovationsfähigkeit von US-Unternehmen aus (Autor et al., 2020). Auf europäische Unternehmen wirkte der frühe China-Schock (vor der globalen Finanzkrise) hingegen innovationsinduzierend und produktivitätssteigernd (Bloom et al., 2016; Caselli et al., 2021). Dieser produktivitätssteigernde Effekt nahm jedoch sukzessive ab und kehrte sich schließlich um (Friesenbichler et al., 2024). Für die Stichprobe österreichischer Unternehmen zwischen 2013–2022 übte chinesische Konkurrenz im Inland ebenfalls **keinen produktivitätssteigernden Effekt** aus (linkes Panel von ► Abbildung 6.9). Im Gegensatz zu Friesenbichler et al. (2024) zeigt sich allerdings keine Umkehr des von Bloom et al. (2016) dokumentierten Effekts.
- 139 Zunehmende chinesische Konkurrenz in Exportmärkten scheint jedoch **Anreize für Produktivitätssteigerungen** für österreichische Unternehmen zu schaffen (rechtes Panel in ► Abbildung 6.9).⁵⁴ Eine Zunahme chinesischer Importe der Produkte eines Unternehmens in Exportdestinationen Österreichs um ein Prozent der globalen Importe dieser Produkte in diese Ländergruppe ist mit einer Erhöhung der

⁵³ Die in ► Abbildung 6.9 dargestellten Effekte wurden einer Reihe von Robustheits-Überprüfungen unterzogen. Die dokumentierten signifikanten Effekte auf Forschungs- und Entwicklungsausgaben und Arbeitsproduktivität bleiben in diesen zusätzlichen Spezifikationen jeweils erhalten (Gruber-Német, 2025).

⁵⁴ Keine der Studien, die die Effekte chinesischer Konkurrenz auf die Produktivität von Unternehmen untersuchten, analysierten sowohl die Effekte chinesischer Konkurrenz im Inland und in Exportmärkten. Die bestehende Literatur liefert somit keine Anhaltspunkte, mit welchen die dokumentierten Effekte zunehmender chinesischer Konkurrenz in Exportmärkten verglichen werden können.

Arbeitsproduktivität des Unternehmens um etwa 0,05% verbunden. Eine solche Zunahme chinesischer Importe entspricht in etwa dem Median (0,85%) der Veränderung des Indikators chinesischer Konkurrenz in der Stichprobe österreichischer Unternehmen.⁵⁵

Abbildung 6.10: Chinesische Konkurrenz und Pläne zur Beschäftigungsentwicklung in Produktions-tätigkeiten in Österreichs Industrie 2025–2030



Quelle: WIFO-Industriebefragung 2025, Harmonisierte BACI-Außenhandelsdaten, eigene Berechnungen.

Anmerkung: Der Indikator chinesischer Konkurrenz im Inland bezieht sich auf das letztverfügbare Jahr der BACI-Außenhandelsdaten (2023) und wurde als Quotient der chinesischen Importe als Anteil der globalen Importe der dem jeweiligen NACE 4-Steller zuzuordnenden HS-6-Steller Produkte ermittelt.

Effekte chinesischer Konkurrenz auf F&E-Aktivitäten österreichischer Unternehmen

- 140 Österreichische Unternehmen, die im Zeitraum 2013–2022 von einer stärkeren Zunahme chinesischer Konkurrenz im Inland betroffen waren, reduzierten ihre **Ausgaben für Forschung und Entwicklung** relativ zu weniger stark betroffenen Unternehmen (► Abbildung 6.9). Dieses Ergebnis bietet eine mögliche Erklärung dafür, warum der zunächst produktivitätssteigernde Effekt chinesischer Konkurrenz im Inland (Bloom et al., 2016) in rezenten Stichproben nicht mehr beobachtbar ist.
- 141 Eine Erhöhung der österreichischen Importe aus China um ein Prozent der globalen Importe der Produkte eines Unternehmens nach Österreich führte zu einem Rückgang der Forschungs- und Entwicklungsquote von etwa 0,1%.⁵⁶ Aghion et al. (2009) bezeichnen diesen Effekt als Entmutigungseffekt zunehmender Konkurrenz. Cusolito et al. (2023) dokumentieren ähnliche Reaktionen chilenischer Unternehmen auf zunehmende chinesische Konkurrenz.

⁵⁵ Der Mittelwert der Veränderung des Indikators chinesischer Konkurrenz im Inland (Zunahme chinesischer Importe in Prozent der globalen Importe im Basisjahr) über einen fünfjährigen Zeitraum in der Stichprobe österreichischer Unternehmen beträgt etwa 3,5%.

⁵⁶ Dieser signifikant negative Effekt ist auch zu beobachten, wenn die F&E-Ausgaben als abhängige Variable verwendet werden.

- 142 Die Resultate von Friesenbichler und Reinstaller (2023) erlauben eine Einordnung dieser Ergebnisse zum Effekt chinesischer Konkurrenz auf F&E-Ausgaben österreichischer Unternehmen. Die Studie zeigt auf Basis der WIFO-Industriebefragung 2016, dass von stärkeren Zuwächsen chinesischer Konkurrenz betroffene österreichische Unternehmen im Zeitraum 2011–2016 weniger häufig Veränderungen des Produktportfolios und ihrer Geschäftsfelder vornahmen als weniger exponierte Unternehmen. Zudem reduzierte zunehmende chinesische Konkurrenz in dieser Stichprobe den Aufbau neuer Kompetenzen. Zusammen deuten diese Resultate darauf hin, dass exponierte österreichische Unternehmen im Umgang mit chinesischer Konkurrenz **bisher tendenziell eine defensive Strategie** der Fokussierung auf Kernkompetenzen verfolgten.
- 143 Demgegenüber planen Unternehmen mit bedeutenden chinesischen Konkurrenten gemäß der aktuellen Industriebefragung häufiger eine Verbreiterung (63% im Vergleich zu 55%) oder Aufwertung (57% im Vergleich zu 43%) ihres Produktportfolios in den nächsten fünf Jahren (für Details siehe Gruber-Német et al., 2025). Stark von chinesischer Konkurrenz betroffene österreichische Unternehmen scheinen somit **zunehmend eine offensivere Strategie** zu verfolgen, um ihre Marktposition zu erhalten beziehungsweise zu stärken.

Effekte chinesischer Konkurrenz auf Strukturwandel innerhalb von und zwischen Unternehmen

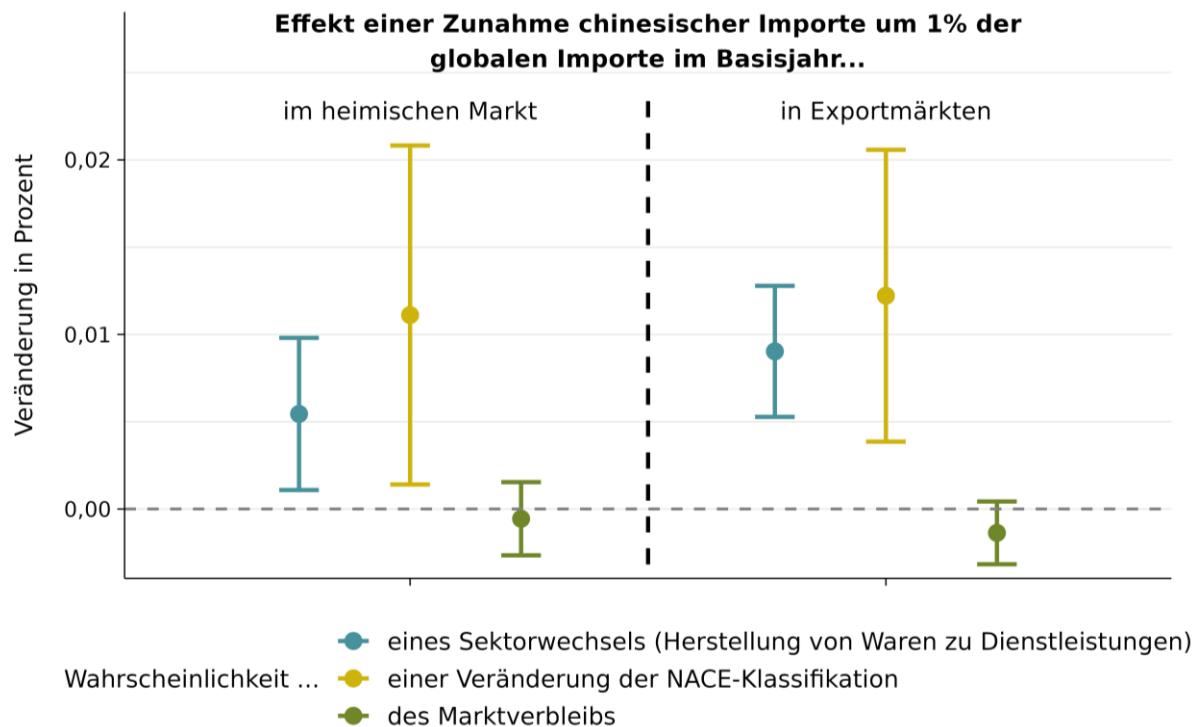
- 144 Strukturwandel zwischen Sektoren kann in verschiedenen Formen auftreten (► Abschnitte 8.2, 8.4). Zwischen Unternehmen kann Strukturwandel stattfinden, indem Unternehmen eines Sektors (z. B. der Industrie) Beschäftigung abbauen oder aus dem Markt austreten, wohingegen Unternehmen eines anderen Sektors (z. B. des Dienstleistungssektors) Beschäftigung aufbauen.
- 145 Vor der globalen Finanzkrise verursachte die Intensivierung chinesischer Konkurrenz diese Form des Strukturwandels durch den Marktaustritt besonders exponierter Unternehmen, sowohl in den USA als auch in der EU (z. B. Bloom et al., 2016, Bloom et al., 2024). Im Querschnitt aller Unternehmen der österreichischen Stichprobe zeigt sich keine erhöhte **Marktaustrittswahrscheinlichkeit** unter besonders gegenüber Zuwächsen chinesischer Konkurrenz exponierten Unternehmen (► Abbildung 6.11). Beschränkt man die Stichprobe auf den Zeitraum 2013–2018, verursachte chinesische Konkurrenz in dieser Teilstichprobe eine statistisch signifikante Reduktion der Wahrscheinlichkeit des Fortbestehens von österreichischen Unternehmen. Für die **unproduktivsten Unternehmen**⁵⁷ wirkte chinesische Konkurrenz allerdings über den gesamten Zeitraum von 2013–2022 eine signifikante, wenngleich geringe, Erhöhung ihrer Marktaustrittswahrscheinlichkeit (siehe Gruber-Német, 2025 für Details).
- 146 Strukturwandel kann jedoch auch innerhalb fortbestehender Unternehmen stattfinden, indem die einem Sektor zuzuordnende Beschäftigung reduziert wird, wohingegen die einem anderen Sektor zuzuordnende Beschäftigung aufgebaut wird. Diese Form des Strukturwandels innerhalb von Unternehmen kann entweder dadurch erfolgen, dass bestehende Betriebsstätten ihre Spezialisierung beziehungsweise Haupttätigkeit – und infolgedessen ihre sektorale Klassifikation – ändern. Alternativ kann dieser innerbetriebliche Strukturwandel – zum Beispiel von der Herstellung von Waren zu Dienstleistungen – auch darin bestehen, dass Unternehmen gütererzeugende Betriebsstätten schließen und gleichzeitig nicht-gütererzeugende Betriebsstätten eröffnen.
- 147 Rezente Studien von Bernard et al. (2017) und Ding et al. (2022) haben gezeigt, dass ein erheblicher Teil des Beschäftigungsrückgangs in der Herstellung von Waren in Relation zum Dienstleistungssektor in Dänemark bzw. den Vereinigten Staaten auf **Wechsel der sektoralen Zuordnung** von Unternehmen oder Betriebsstätten zurückzuführen ist. Durch solche Wechsel reduziert sich die als industriell klassifizierte Beschäftigung von Unternehmen, wohingegen sich die nicht-industrielle Beschäftigung erhöht. Ebenso wie Wechsel der sektoralen Klassifikation sind für österreichische Unternehmen ebenfalls zu beobachten. Jedoch sind diese selten (► Absatz 256).⁵⁸

⁵⁷ Damit sind jene Unternehmen im untersten Quintil der Verteilung der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität 2011–2013 der in der Stichprobe befindlichen Unternehmen gemeint.

⁵⁸ Ein solcher Wechsel fand für lediglich 1,3% der Beobachtungen in der Unternehmensstichprobe von Gruber-Német (2025) statt.

- 148 Bloom et al. (2024) haben die Bedeutung dieses Phänomens im Kontext der durch den „China-Schock“ verursachten Arbeitsplatzverluste in den USA untersucht. Sie dokumentieren, dass in den USA etwa 40% des Beschäftigungsrückgangs in der Herstellung von Waren durch zunehmende chinesische Konkurrenz auf Sektorwechsel zurückzuführen sind. Eine Veränderung der unternehmerischen Spezialisierung stellte in den Vereinigten Staaten somit eine Strategie für den Umgang mit zunehmender chinesischer Konkurrenz dar.

Abbildung 6.11: Effekte chinesischer Konkurrenz auf Indikatoren von Strukturwandel innerhalb von und zwischen Unternehmen



Quelle: PROD-Berechnungen auf Basis der Leistungs- und Strukturerhebung, des statistischen Unternehmensregisters, Intra- und Extrastat sowie Harmonisierten BACI-Außenhandelsdaten.

Anmerkung: Die dargestellten Koeffizienten entstammen gepoolten OLS-Spezifikationen (lineare Wahrscheinlichkeitsmodelle) mit Zeit-NACE-4-Steller fixen Effekten, in denen jeweils ausschließlich der Indikator chinesischer Konkurrenz im Inland oder der Indikator chinesischer Konkurrenz in Exportmärkten als erklärende Variable verwendet wurde.⁵⁹ Als abhängige Variablen wurden Dummy-Variablen verwendet: $I(\text{Marktverbleib}) = 1$, wenn das Unternehmen zum Ende der Beobachtungsperiode nicht aus dem Markt ausgeschieden ist; $I(\Delta\text{NACE-Klassifikation}) = 1$, wenn sich die NACE 4-Steller-Zuordnung des Unternehmens während der Betrachtungsperiode verändert hat; $I(\text{Sektorwechsel}) = 1$, wenn sich die NACE-Zuordnung des Unternehmens während der Betrachtungsperiode von einem NACE-C-Wirtschaftszweig zu einem Marktdienstleistungssektor (NACE G–N) verändert hat und sich die Sektorklassifikation in weiterer Folge nicht mehr verändert. Das Ausmaß des geschätzten Effekts ist jeweils als Punkt dargestellt. Zudem stellt die Abbildung die 5%-Konfidenzintervalle der Punktschätzer auf Basis robuster Standardfehler dar. Die geschätzten Effekte sind statistisch signifikant von Null verschieden, wenn die Grenzen des Konfidenzintervalls jeweils beide über oder unter der Nulllinie liegen. Ansonsten liegt kein statistisch signifikanter Zusammenhang zwischen dem Zuwachs chinesischer Konkurrenz und dem jeweiligen Unternehmensindikator vor.

- 149 Ein solcher Zusammenhang zwischen chinesischer Konkurrenz und Veränderungen der Spezialisierung ist auch für österreichische Unternehmen im Zeitraum 2013–2022 zu beobachten. Zunehmende chinesische Konkurrenz erhöhte die Wahrscheinlichkeit einer Veränderung der Spezialisierung, die eine Umklassifizierung des Unternehmens aus der Herstellung von Waren (NACE C) zu Marktdienstleistungen

⁵⁹ Als Robustheits-Überprüfung wurden auch Switching-Definitionen verwendet, die temporäre Umklassifizierungen und Wechsel in Nicht-Marktdienstleistungen (NACE O–R) berücksichtigen. Die qualitativen Resultate blieben in diesen zusätzlichen Spezifikationen im Vergleich zu permanenten Wechselen in Marktdienstleistungen unverändert (Gruber-Német, 2025).

(NACE G–N) nach sich zog (► Abbildung 6.11).⁶⁰ Eine Erhöhung chinesischer Importe um ein Prozent der globalen Importe (sowohl im Inland als auch in Exportdestinationen) erhöhte die Wahrscheinlichkeit einer sektoralen Umklassifizierung um etwa 0,005–0,009%. Dementsprechend wirkte sich chinesische Konkurrenz zwischen 2013–2022 zwar statistisch signifikant, aber nur sehr geringfügig auf den Strukturwandel innerhalb fortbestehender Unternehmen aus.

- 150 Chinesische Konkurrenz wirkte sich zwischen 2013–2022 auch auf die Wahrscheinlichkeit von Veränderungen des vierstelligen NACE-Codes – und somit auf die Wahrscheinlichkeit geringfügiger Veränderungen der unternehmerischen Haupttätigkeit – aus. Auch diese Form veränderter Spezialisierung ist unter österreichischen Unternehmen, die zwischen 2013 und 2022 stärkeren Zuwächsen chinesischer Konkurrenz ausgesetzt waren, signifikant häufiger zu beobachten (► Abbildung 6.11).

Effekte chinesischer Konkurrenz auf Exporttätigkeit und Verlagerungsaktivitäten

- 151 Die **Diversifizierung von Absatzmärkten** dient als Strategie im Umgang mit zunehmender chinesischer Konkurrenz. Unternehmen, die größeren Zuwächsen chinesischer Konkurrenz ausgesetzt sind, werden häufiger zu Exporteuren (Caselli und Schiavo, 2020) und exportieren häufiger in neue Märkte (Friesenbichler und Reinstaller, 2023). In der österreichischen Stichprobe von 2013–2022 vollzogen besonders exponierte Unternehmen ebenfalls tendenziell **häufiger eine Diversifizierung ihrer Exportmärkte** (eine Erhöhung der Anzahl ihrer Exportdestinationen).⁶¹ Jedoch zeigten diese keine verstärkte Tendenz zu einer Diversifizierung des Exportportfolios.
- 152 Die Literatur zu den Effekten chinesischer Konkurrenz auf europäische Unternehmen vor der globalen Finanzkrise dokumentiert einen positiven Zusammenhang zwischen chinesischer Konkurrenz und dem Offshoring von Produktionstätigkeiten (Gu et al., 2021). Im Zeitraum 2013–2022 zeigte sich für österreichische Unternehmen kein Zusammenhang zwischen Zuwächsen chinesischer Konkurrenz und **Verlagerungsaktivitäten ins Ausland**.⁶²
- 153 Von chinesischer Konkurrenz stärker betroffene österreichische Unternehmen äußerten in der aktuellen WIFO-Industriebefragung jedoch häufiger die Absicht, zumindest einen Unternehmensbereich zwischen 2025–2030 ins Ausland zu verlagern (► Tabelle 6.2). Dieser Zusammenhang zwischen der Intensität chinesischer Konkurrenz und in der WIFO-Industriebefragung geäußerten **Verlagerungsabsichten** ist statistisch signifikant.⁶³ Die Wahrscheinlichkeit von geplanten Verlagerungsabsichten im Zeitraum 2025–2030 ist unter Unternehmen mit zumindest einem bedeutenden chinesischen Konkurrenten um etwa 14,7% höher als für die Gruppe der übrigen Unternehmen (Gruber-Német et al., 2025).

⁶⁰ Sektorale Umklassifizierungen wurden für die in ► Abbildung 6.11 dargestellten Spezifikationen lediglich als solche erfasst, wenn es in weiterer Folge zu keiner Rückkehr zur ursprünglichen Klassifizierung kam („permanente Switcher“).

⁶¹ Dieser Effekt ist allerdings nicht in allen Robustheitsanalysen signifikant positiv (siehe Gruber-Német, 2025).

⁶² Eine Auslagerung von Tätigkeitsbereichen oder Produktionsschritten ins Ausland kann mittels Einbindung eines unternehmensexternen Lieferanten („Offshore-Outsourcing“), durch die Beteiligung des Unternehmens an einem ausländischen Lieferanten oder die Gründung eines Tochterunternehmens im Ausland erfolgen. Die letzteren beiden Formen der Auslagerung sind in der Auslandsunternehmenseinheitenstatistik (FATS) erfasst, sofern die Unternehmen im Ausland vom heimischen Unternehmen kontrolliert werden. Die Anzahl der inlandskontrollierten Tochterunternehmen eines österreichischen Unternehmens sowie die Anzahl der Beschäftigten dieser Töchter können somit als Indikatoren für einen Teil der Verlagerungsaktivitäten von Unternehmen verwendet werden.

⁶³ Die Signifikanz dieses Zusammenhangs bleibt selbst dann erhalten, wenn in einem linearen Wahrscheinlichkeitsmodell der NACE 2-Steller der Unternehmen, die subjektive Einschätzung der Unternehmen zu ihrer Exponiertheit gegenüber handelspolitischen Verwerfungen und die Exportintensität der Unternehmen als Kontrollvariablen berücksichtigt werden.

Tabelle 6.2: Indikatoren chinesischer Konkurrenz und Verlagerungsabsichten 2025–2030

Ausmaß chinesischer Konkurrenz	Verlagerungsabsicht	
	Nein	Ja
In %		
<i>Chinesisches Unternehmen unter Top-3-Konkurrenten</i>		
Nein	67	33
Ja	46	54
<i>Indikator chinesischer Konkurrenz im Inland (NACE 2-Steller)</i>		
Gering	70	30
Mittel	67	33
Hoch	55	45
<i>Indikator chinesischer Konkurrenz in Exportmärkten (NACE 2-Steller)</i>		
Gering	74	26
Mittel	65	35
Hoch	53	47

Quelle: PROD-Berechnungen auf Basis der WIFO-Industriebefragung 2025 sowie BACI-Außenhandelsdaten.

Anmerkung: Die Indikatoren chinesischer Konkurrenz auf Ebene von NACE 2-Steller Wirtschaftszweigen beziehen sich auf das letztvfugbare Jahr 2023 der BACI-Außenhandelsdaten. Die in der WIFO-Industriebefragung enthaltenen Unternehmen wurden auf Basis der Indikatoren chinesischer Konkurrenz ihrer jeweiligen NACE 2-Steller Wirtschaftszweige im Jahr 2023 in Terzile unterteilt (1. Terzil: geringe Intensität chinesischer Konkurrenz, 2. Terzil: mittlere Intensität, 3. Terzil: hohe Intensität).

154 Zusammenfassend zeigt dieser Teil der Analyse, dass sich österreichische Unternehmen zwischen 2013 und 2022 im Durchschnitt gegenüber Zuwachsen chinesischer Konkurrenz robust entwickelten (►Tabelle 6.1). Unter stärker betroffenen Unternehmen waren zwar Anpassungen, zum Beispiel im Hinblick auf unternehmerische Spezialisierungen oder Forschungs- und Entwicklungsausgaben, zu beobachten. Jedoch wurden bedeutende Leistungsindikatoren österreichischer Unternehmen, wie Bruttobetriebsüberschüsse, Wertschöpfung oder Beschäftigung, nicht signifikant durch chinesische Konkurrenz beeinflusst.⁶⁴ Besonders von chinesischer Konkurrenz betroffene Unternehmen offenbarten in der aktuellen WIFO-Industriebefragung allerdings signifikant häufiger Verlagerungsabsichten und Personalabbaupläne bis 2030. Diese Erkenntnisse deuten darauf hin, dass österreichische Unternehmen durch chinesische Wettbewerber zunehmend unter Druck geraten beziehungsweise Konkurrenten aus China eine Sonderrolle für österreichische Unternehmen einnehmen (►Absätze 136, 137 und 153).

6.4 Diskussion der Ergebnisse im wirtschaftspolitischen Kontext

155 Die Ergebnisse der WIFO-Industriebefragung offenbaren weit verbreitete **Verlagerungsabsichten und Pläne zum Abbau von Beschäftigung in Produktionstätigkeiten an heimischen Standorten** großer österreichischer Industrieunternehmen (Gruber-Német et al., 2025). Unter Unternehmen mit bedeutender chinesischer Konkurrenz sind Verlagerungsabsichten besonders stark verbreitet (►Tabelle 6.2). Diese Ergebnisse unterstreichen die Bedeutung der internationalen Arbeitsteilung und ausländischer Konkurrenz als Treiber von Strukturwandel (siehe auch z. B. Bloom et al., 2024; Fort et al., 2018). Dieser Zusammenhang wird ebenfalls durch die dokumentierten Effekte chinesischer Konkurrenz auf Veränderungen der unternehmerischen Spezialisierung verdeutlicht (►Abbildung 6.11). Protektionistische Maßnahmen und damit einhergehende sprunghafte Verschlechterungen der preislichen Wettbewerbsfähigkeit in den entsprechenden Absatzmärkten verfügen über das Potenzial, ebensolche strukturellen Transformationsprozesse zu beschleunigen.

156 Die Abwanderung bestimmter Unternehmensbereiche (insbesondere der Produktion) ist dabei im Hinblick auf die **Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts** nicht notwendigerweise negativ zu beurteilen, sofern wertschöpfungsintensive Tätigkeitsbereiche im Inland verbleiben oder ausgebaut werden (Bernard et al., 2017). Jedoch beschränken sich die Beschäftigungsabbaupläne der in der Industriebefragung erfassten Unternehmen mit **Verlagerungsabsichten nicht lediglich auf die Produktion**. Diese

⁶⁴ Darüber hinaus wurden auch keine robusten Zusammenhänge zwischen der Intensität chinesischer Konkurrenz und der Investitionstätigkeit von Unternehmen identifiziert (Gruber-Német, 2025).

Unternehmen geben auch für alle anderen Unternehmensbereiche häufiger an, einen Beschäftigungsabbau in den nächsten 5 Jahren zu planen. So planen beispielsweise 19% der Unternehmen mit Verlagerungsabsichten einen Personalabbau im Bereich Design und Produktanpassung, während dies nur 4% der Unternehmen ohne Verlagerungsabsichten tun. Ähnlich bedeutende Unterschiede sind im Hinblick auf Forschung & Entwicklung (11% im Vergleich zu 1%) und produktorientierte IT inkl. Software als Produkt (14% im Vergleich zu 2%) zu beobachten. Somit besteht das Risiko, dass ein beträchtliches Ausmaß an Wertschöpfung und Beschäftigung ins Ausland verlagert wird – vor allem durch Unternehmen unter starkem internationalen Konkurrenzdruck.

- 157** Die Ergebnisse der Industriebefragung bekräftigen auch die Bedeutung von Bestrebungen auf EU-Ebene, **faire und ausgewogene Rahmenbedingungen für europäische Unternehmen im Wettbewerb** mit ausländischer – und dabei insbesondere chinesischer – Konkurrenz zu schaffen.
- 158** Im Rahmen dieser Bestrebungen hat die EU in jüngerer Vergangenheit einige neue Instrumente geschaffen, um gegen Wettbewerbsverzerrungen vorzugehen. Dazu zählt die Regulierung drittstaatlicher Subventionen (**Foreign Subsidies Regulation** – „FSR“). Diese sieht vor, dass Unternehmen, die Unternehmenszusammenschlüsse oder Teilnahmen an öffentlichen Vergabeverfahren innerhalb der EU planen, erhaltene ausländische Subventionen verpflichtend melden müssen. Auf Basis dieser Meldungen eröffnet die Europäische Kommission gegebenenfalls eine eingehende Untersuchung des Sachverhalts. Zudem ermöglicht dieses Instrument der Europäischen Kommission, auch in anderen Marktsituationen eigenständig von Amts wegen Untersuchungsverfahren zu eröffnen.⁶⁵ Die Ankündigung der Eröffnung einer entsprechenden Untersuchung führte bereits in einigen Fällen zur Rücknahme von Angeboten in öffentlichen Vergabeprozessen.⁶⁶
- 159** Darüber hinaus trat 2023 auch das Instrument zum Schutz vor wirtschaftlichem Zwang bzw. Erpressung durch Drittländer (**Anti-Coercion Instrument** – „ACI“) in Kraft. Dieses erlaubt der Europäischen Kommission, Gegenmaßnahmen wie Einfuhrzölle, Einschränkungen im Hinblick auf den Schutz von geistigem Eigentum oder Zugangsbeschränkungen zum europäischen Finanzmarkt zu ergreifen, sofern eine Untersuchung die Ausübung ökonomischer Zwänge durch Drittstaaten nachweist. Dieses Instrument wurde jedoch bisher (Stand: August 2025) noch nicht eingesetzt. Ein erstmaliger Einsatz wurde für die Einführung von Gegenmaßnahmen als Reaktion auf die reziproken Zölle der US-Regierung erwogen, bevor die USA und die EU am 27. Juli 2025 eine handelspolitische Rahmenübereinkunft trafen.
- 160** Damit ergänzen die FSR und das ACI das Portfolio an handelspolitischen Schutzmaßnahmen der Europäischen Union. Hierzu gehören auch die 2018 zuletzt überarbeiteten Verordnungen über den Schutz gegen subventionierte und gedumpfte Einfuhren aus Nicht-EU-Ländern (**Anti-Subsidy Verordnung** sowie **Anti-Dumping Verordnung**⁶⁷). Diese Verordnungen ermöglichen es der EU, Maßnahmen wie Einfuhrzölle zu ergreifen, wenn Waren – beispielsweise aufgrund verzerrender Subventionen – zu künstlich niedrigen Preisen in die EU eingeführt werden.⁶⁸
- 161** Die Ergebnisse der WIFO-Industriebefragung legen jedoch die Interpretation nahe, dass österreichische Unternehmen chinesische Konkurrenz trotz des bestehenden wirtschaftspolitischen Instrumentariums als besondere Bedrohung wahrnehmen. Allerdings bleibt unklar, inwieweit diese Wahrnehmung auf nicht adäquat adressierte Wettbewerbsverzerrungen zurückzuführen ist. Die wahrgenommene Bedrohung könnte alternativ durch nicht auf Wettbewerbsverzerrungen zurückzuführende Vorteile chinesischer Konkurrenten im Hinblick auf Technologie, Produktionskosten oder Rohstoffverfügbarkeit bedingt sein.

⁶⁵ https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_24_2247 und https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/speech_24_1927.

⁶⁶ https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/STATEMENT_24_1729.

⁶⁷ [Verordnung \(EU\) 2016/1036](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=uri=CELEX:32016R0136), 8. Juni 2016 sowie [Verordnung \(EU\) 2016/1037](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=uri=CELEX:32016R0137) in ihrer durch [Verordnung \(EU\) 2017/2321](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=uri=CELEX:32017R02321) veränderten Fassung, 12. Dezember 2017.

⁶⁸ Das Bundesministerium für Wirtschaft, Energie und Tourismus stellt [Listen](#) zu sanktionierten Produkten und Ländern bereit.

- 162 Die Zunahme protektionistischer Tendenzen ist eine Facette der sogenannten „Großen Reallokation“ globaler Handelsbeziehungen infolge zunehmender geopolitischer Spannungen in der jüngeren Vergangenheit (Alfaro und Chor, 2023; Gopinath et al., 2025; Grover und Vézina, 2025). Diese große Reallokation ist durch Verlagerungen von Handelsströmen zu Handelspartnern mit ähnlichen geopolitischen Interessen („Friendshoring“) und abnehmende Verflechtungen zwischen geopolitisch entfernter Blocks gekennzeichnet. Diese Entkopplung ist – wie auch die Einführung von Zöllen – mit Kosten für alle Volkswirtschaften verbunden. Fontagné und Yotov (2024) weisen jedoch darauf hin, dass bereits eine moderate Stärkung der Integration des europäischen Binnenmarkts die Kosten der Entkopplung von geopolitisch entfernter Blocks kompensieren kann. Eine Stärkung der Beziehungen zu europäischen Handelspartnern bietet somit auch eine erfolgsversprechende Strategie im Umgang mit protektionistischen Maßnahmen anderer Handelspartner.
- 163 Die Europäische Kommission publizierte kürzlich eine aktualisierte [Strategie zur Verbesserung des europäischen Binnenmarktes](#) auf Basis der Befunde des jährlichen [Berichts zum Europäischen Binnenmarkt und dessen Wettbewerbsfähigkeit](#). Die darin formulierten Ziele adressieren bedeutende Hürden grenzüberschreitender Geschäftstätigkeiten innerhalb der EU, die aus Unternehmensbefragungen hervorgehen. Hierzu gehören die Vereinheitlichung und Vereinfachung von rechtlichen Rahmenbedingungen, zum Beispiel im Hinblick auf die Gründung und das Scale-Up von Unternehmen sowie Produktverpackungen, Produktkennzeichnung und Abfallbehandlung. Andere Problembereiche umfassen die administrativen Hürden für den grenzüberschreitenden Einsatz von Arbeitskräften, den eingeschränkten grenzüberschreitenden Zugang zu vielen Dienstleistungsberufen (Dorn et al., 2024; Jungmittag und Marschinski, 2023) sowie die häufig unterschiedliche Umsetzung von EU-Recht in nationales Recht.
- 164 Angesichts der investitionsemmenden Wirkung von Einfuhrzöllen (► Absatz 120) und wirtschaftspolitischer Unsicherheit (► Absatz 124) wäre eine **Einigung im Handelskonflikt mit den USA** eigentlich zu begrüßen, um die Phase stark ausgeprägter Unsicherheit für EU-Exporteure im Hinblick auf die zukünftigen Bedingungen für Exporte in die Vereinigten Staaten zu beenden. Die am 27. Juli 2025 erzielte **Einigung zwischen US-Präsident Trump und der EU-Kommission** (► Absatz 110) reduzierte die Unsicherheit jedoch nur bedingt. Dies ist einerseits auf den Mangel einer Stillstandsklausel zurückzuführen, die es der US-Regierung erlaubt, jederzeit von der Rahmenvereinbarung abzuweichen. Zudem belegte die US-Regierung im August 2025 – im Widerspruch zur Einigung – eine Vielzahl von zum Teil aus Stahl und Aluminium gefertigten Produkten – wie beispielsweise Maschinen – mit höheren Zollsätzen von 50% (Kawlat, 2025). Angesichts der somit weiterhin ausgeprägten Unsicherheit für österreichische Exporteure und die deshalb zu erwartende Zurückhaltung bei Investitionen ist die rezente Ankündigung einer Verdoppelung des Investitionsfreibetrags durch die Bundesregierung potenziell von Bedeutung.⁶⁹
- 165 Im Gegensatz zur Reaktion der EU auf die US-Zölle des Jahres 2018 sieht die Rahmenübereinkunft 2025 keine Gegenzölle auf US-Exporte in die EU vor. Somit sollte es für heimische Produzenten zu keinen Preisanstiegen auf importierte Zwischenprodukte aus den USA kommen, die potenziell zu noch größeren Rückgängen der Wirtschaftsleistung in der EU führen würden (ASCI, 2025).⁷⁰ Gleichzeitig stellt die Einigung auf 15-prozentige US-Zölle ohne entsprechende Gegenzölle ein bedeutendes Zugeständnis der EU dar und dürfte damit dem WHO-Grundprinzip der **Reziprozität** widersprechen.

6.5 Handlungsfelder

- 166 Während das handels- bzw. wettbewerbspolitische Instrumentarium der EU wettbewerbsverzerrende Subventionen und ihre Auswirkungen zu adressieren versucht, bietet es für andere Formen wettbewerbsverzerrender chinesischer Industriepolitik nur eingeschränkte Handhabe. Trotz relevanter Verbesserungen des **Schutzes von geistigem Eigentum** in China, identifiziert die Europäische Kommission

⁶⁹ Ministerratsvortrag 20/13, 3. September 2025.

⁷⁰ Dieser Problematik wurde im Rahmen der EU-Gegenzölle des Jahres 2018 Rechnung getragen, indem in großem Umfang Einfuhrzölle auf finale Güter und darunter auf diverse Luxusgüter, wie Harley Davidson Motorräder, eingehoben wurden.

(2023) nach wie vor problematische Praktiken, zum Beispiel im Zusammenhang mit erzwungenem Technologietransfer. Wettbewerbsvorteile, die chinesischen Unternehmen aus solchen Praktiken erwachsen, werden durch das bestehende handelspolitische Instrumentarium nicht ausreichend adressiert. Im [Comprehensive Agreement on Investment](#) waren Regelungen vorgesehen, die erzwungenen Technologietransfer mittels Investitionsauflagen unterbinden sollten. Jedoch wurde dieses bisher nicht ratifiziert.

- 167** Die Europäische Kommission sieht grundsätzlich vor, die Wirksamkeit handelspolitischer Maßnahmen sowohl *ex ante* als auch *ex post* zu evaluieren (Ecochard et al., 2023). Trotz dieser Intention ist die **Evidenz zur Wirksamkeit** des handelspolitischen EU-Instrumentariums zur Sicherstellung eines Level Playing Fields für europäische Unternehmen (► Absätze 158–160) beschränkt.⁷¹ Die bestehende Evidenz (Johem et al., 2021; 2022) weist darauf hin, dass die Anti-Dumping und Anti-Subsidy Schutzzölle der EU – entgegen der Intention dieser Maßnahmen – den Marktanteil von EU-Unternehmen nicht erhöhten. Stattdessen führten diese bisher zu einer Zunahme an Importen aus nicht-betroffenen Exportnationen. Somit ist unklar, ob das scheinbar konsequente Vorgehen der EU zur Schaffung eines Level Playing Fields bisher die intendierte Wirkung zeigte. Dementsprechend sind umfassende Evaluierungen erforderlich, um Rückschlüsse dazu ziehen zu können, ob die unter österreichischen Unternehmen wahrgenommene Bedrohung durch chinesische Konkurrenz auf nicht adäquat adressierte Wettbewerbsverzerrungen zurückzuführen ist und das bestehende EU-Instrumentarium damit nicht ausreicht, um faire Wettbewerbsbedingungen für europäische Unternehmen sicherzustellen.
- 168** Angesichts des zunehmenden Wettbewerbsdrucks sowie dem in diesem Kapitel festgestellten negativen Zusammenhang zwischen der Intensität chinesischer Konkurrenz und Forschungs- und Entwicklungsausgaben österreichischer Unternehmen (► Abbildung 6.9) ist die heimische **Forschungs- und Technologiepolitik** gefordert. Österreich weist im internationalen Vergleich ein hohes Ausmaß an staatlicher Unterstützung für Innovationstätigkeiten, aber auch einen hohen Anteil an undifferenzierter Förderung (z. B. mittels steuerlicher Absetzbeträge) auf ([OECD R&D Tax Incentives Database](#)). Demgegenüber ist die Schwerpunktsetzung in der chinesischen Forschungs- und Technologiepolitik, insbesondere durch die Festlegung von Schlüsselindustrien in der „Made in China 2025“-Strategie, stark ausgeprägt. Vor diesem Hintergrund, der schwachen Produktivitätsentwicklung sowie der budgetären Lage Österreichs erscheint eine Reorientierung und Fokussierung der staatlichen Unterstützung für Innovationstätigkeit – eine Empfehlung der OECD (OECD, 2024) – sinnvoll.
- 169** Die neue **EU-Binnenmarktstrategie** (► Absatz 163) nennt diverse Reformbereiche zur Reduktion von Hemmnissen für innereuropäische Handelsbeziehungen. Jedoch werden darin die von Unternehmen am häufigsten genannten Hemmnisse – Unterschiede im Hinblick auf steuerrechtliche Regelungen und darunter insbesondere die Mehrwertsteuer – nicht adressiert.⁷²
- 170** Ein in der EU-Binnenmarktstrategie identifiziertes Integrationshemmnis ist die rechtliche Komplexität, die durch unterschiedliche Umsetzungen von EU-Richtlinien in nationales Recht zustande kommt. Daraus lässt sich die Harmonisierung bestehender Regelungen sowie die Berücksichtigung eines **Harmonisierungsziels** bei zukünftigen Umsetzungen von EU-Recht in nationales Recht als Aufgabenstellung für die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten ableiten.
- 171** Die **Diversifizierung von Absatzmärkten** ist auch abseits des europäischen Marktes eine Strategie im Umgang mit neu errichteten Handelshemmnissen. Österreichische Unternehmen praktizierten diese Strategie während US-Präsident Trumps erster Amtszeit (► Absatz 122). Zur Unterstützung von Diversifizierungsbestrebungen von Unternehmen sind einerseits **Beratungs-, Informations- und**

⁷¹ Siehe [Analysis and assessment - European Commission](#).

⁷² Das 28. Regime ist eine in Erarbeitung befindliche Initiative der Europäischen Union, die darauf abzielt, einen optionalen, von den nationalen Rechtsrahmen abweichenden und innerhalb der EU einheitlichen Rechtsrahmen für Unternehmen in der EU zu schaffen. Im Rahmen dieser Initiative ist auch die Erarbeitung harmonisierter steuerrechtlicher Regelungen für Unternehmen geplant, die diesen Rechtsrahmen wählen (Sanders, 2025).

Förderprogramme – wie zum Beispiel die Internationalisierungsoffensive „go-international“ des Bundesministeriums für Wirtschaft, Energie und Tourismus – von Bedeutung.

- 172 Andererseits spielen auch **Handelsabkommen** für Eintritte in neue Absatzmärkte eine besondere Rolle, da mit diesen ein Abbau von Handelshemmissen und erhöhte Rechtssicherheit für Exporteure einhergehen (Christen et al., 2025). Diverse ex-post Evaluierungen der Europäischen Kommission belegen die positiven Effekte von EU-Freihandelsabkommen auf bilaterale Handelsströme (z. B. Europäische Kommission, 2025⁷³). Dementsprechend scheint eine baldige Ratifizierung ausverhandelter Abkommen (EU-Mercosur) sowie ein zügiges Vorantreiben laufender Verhandlungen (z. B. EU-Australien, EU-Indien, EU-Malaysien) sinnvoll.
- 173 Vor dem Hintergrund der weit verbreiteten Verlagerungsabsichten in Österreichs Industrie (Gruber-Német et al., 2025) ergeben sich wirtschaftspolitische Anknüpfungspunkte aus den Antworten von Unternehmen zu den Gründen für ihre Verlagerungsabsichten. Die in der WIFO-Industriebefragung erfasssten Unternehmen nannten dabei insbesondere geringere Personalkosten (95%) und geringere Energiekosten im Ausland (60%) sowie das regulatorische Umfeld (41%) und die Steuer- und Abgabenbelastung in Österreich (40%) als Gründe für Verlagerungsbestrebungen.

Literatur

- Acemoglu D., Autor D., Dorn D., Hanson G. H., Price B. (2016). Import Competition and the Great US Employment Sag of the 2000s. *Journal of Labor Economics*, 34(1 Pt. 2), 141–198.
- Aghion P., Blundell R., Griffith R., Howitt P., Prantl S. (2009). The Effects of Entry on Incumbent Innovation and Productivity. *The Review of Economics and Statistics*, 91(1), 20–32.
- Alfaro L., Chor D. (2023). Global Supply Chains: The Looming “Great Reallocation”. *NBER Working Papers*, No. 31661.
- Amiti M., Redding S. J., Weinstein D. E. (2019). The Impact of the 2018 Tariffs on Prices and Welfare. *Journal of Economic Perspectives*, 33(4), 187–210.
- ASCI (2025). [Neue US-Zölle bedrohen wirtschaftliche Erholung in Österreich und ganz Europa: Studie warnt vor Wohlstandsverlusten und Gegenzöllen](#), Pressemeldung, 12.08.2025.
- Asquith B., Gaswami S., Neumark D., Rodriguez-Lopez A. (2019). U.S. Job Flows and the China Shock. *Journal of International Economics*, 118, 123–137.
- Autor D. H., Dorn D., Hanson G. H. (2013). The China Syndrome: Local Labor Market Effects of Import Competition in the United States. *The American Economic Review*, 103(6), 2121–2168.
- Autor D. H., Dorn D., Hanson G. H., Pisano G., Shu P. (2020). Foreign Competition and Domestic Innovation: Evidence from U.S. Patents. *American Economic Review: Insights*, 2(3), 357–374.
- Baker S. R., Bloom N., Davis S. J. (2016). Measuring Economic Policy Uncertainty. *The Quarterly Journal of Economics*, 131(4), 1593–1636.
- Balsvik R., Jensen S., Salvanes K. G. (2015). Made in China, Sold in Norway: Local Labor Market Effects of an Import Shock. *Journal of Public Economics*, 127, 137–144.
- Bernard A. B., Smeets V., Warzynski F. (2017). Rethinking Deindustrialization. *Economic Policy*, 32(89), 5–38.
- Bernleithner B. (2025). Leichte Stimmungsaufhellung trotz bestehender Unsicherheiten: WKÖ-Wirtschaftsbarometer Sommer 2025. *Wirtschaftskammer Österreich*, Wien.
- Bloom N., Bond S., Van Reenen J. (2007). Uncertainty and Investment Dynamics. *Review of Economic Studies*, 74(2), 391–415.
- Bloom N., Draca M., Van Reenen J. (2016). Trade Induced Technical Change? The Impact of Chinese Imports on Innovation, IT and Productivity. *Review of Economic Studies*, 83, 87–117.

⁷³ Siehe auch andere [ex-post Evaluierungen der Europäischen Kommission](#).

- Bloom N., Handley K., Kurmann A., Luck P. A. (2024). The China Shock Revisited: Job Reallocation and Industry Switching in U. S. Labor Markets. NBER Working Papers, No. 33098.
- Bown C.P., Kolb M. (2025). Trump's Trade War Timeline: An Up-to-Date Guide. Peterson Institute for International Economics.
- Caldara D., Iacoviello M., Molligo P., Prestipino A., Raffo A. (2019). Does Trade Policy Uncertainty Affect Global Economic Activity? FEDS Notes. Washington: Board of Governors of the Federal Reserve System, September 4, 2019.
- Caselli, M., Nesta L., Schiavo S. (2021). Imports and Labour Market Imperfections: Firm-level Evidence from France. *European Economic Review*, 131, 103632.
- Caselli M., Schiavo S. (2020). Markups, Import Competition and Exporting. *The World Economy*, 43(5), 1309–1326.
- Cavallo A., Gopinath G., Neiman B., Tang J. (2021). Tariff Pass-through at the Border and at the Store: Evidence from US Trade Policy. *American Economic Review Insights*, 3(1), 19-34.
- Christen E., Felbermayr G., Mahlkow H., Sandkamp A. (2025). Transatlantische Kooperation statt Zollkrieg – Szenarien, Optionen, Lösungsansätze. Stiftung Familienunternehmen (Hrsg.), München.
- Cusolito, A. P., Garcia-Marin A., Maloney W. F. (2023). Proximity to the Frontier, Markups, and the Response of Innovation to Foreign Competition: Evidence from Matched Production-Innovation Surveys in Chile. *American Economic Review: Insights*, 5(1), 35–54.
- Davis, S. J. (2016). An Index of Global Economic Policy Uncertainty. National Bureau of Economic Research Working Papers, No. 22740.
- De Soyres F., Fisgin E., Gaillard A., Santacreu A. M., Young H. (2025, 28. Februar). The Sectoral Evolution of China's Trade. FEDS Notes. Washington: Board of Governors of the Federal Reserve System. <https://doi.org/10.17016/2380-7172.3713>.
- Ding X., Fort T. C., Redding S. J., Schott P. K. (2022). Structural Change within versus across Firms: Evidence from the United States. NBER Working Papers, No. w30127.
- Dorn F., Flach L., Gourevich I. (2024). Building a Stronger Single Market: Potential for Deeper Integration of the Services Sector within the EU. IFO-Institut EconPol Policy Report, 52/2024.
- Ecochard P., Nilsson L., Schmitz J. (2023). Evaluating Trade Policy: The Practice of the European Commission. Chief Economist Note, Issue 5, September 2023.
- European Court of Auditors (2025). The EU's Strategy for Microchips – reasonable progress in its implementation but the Chips Act is very unlikely to be sufficient to reach the overly ambitious Digital Decade target. Special report 12/2025. Publications Office of the European Union, Luxembourg.
- Europäische Kommission (2023). Report on the Protection and Enforcement of Intellectual Property Rights in Third Countries. Commission Staff Working Document. Europäische Kommission, Brüssel.
- Europäische Kommission (2024). The Future of European Competitiveness – In-depth Analysis and Recommendations. Europäische Kommission, Brüssel.
- Europäische Kommission (2025). Study in Support of an ex-post Evaluation of the Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) between the EU and its Member States and Canada. Publications Office of the European Union, Luxembourg.
- Fajgelbaum P. D., Goldberg P. K., Kennedy P. J., Khandelwal A. K. (2020). The Return to Protectionism. *Quarterly Journal of Economics*, 135(1), 1–55.
- Fajgelbaum P. D., Goldberg P. K., Kennedy P. J., Khandelwal A. K., Taglioni D. (2024). The US-China Trade War and Global Reallocations. *American Economic Review: Insights*, 6(2), 295–312.
- Fontagné L., Yotov Y. V. (2024). Reassessing the Impact of the Single Market and its Ability to Help Build Strategic Autonomy. Single Market Economics Papers, Working Paper 25. Publications Office of the European Union, Luxembourg.
- Fort, T. C., Pierce, J. R., Schott, P. K. (2018). New Perspectives on the Decline of US Manufacturing Employment. *Journal of Economic Perspectives*, 32(2), 47–72.

- Friesenbichler K., Kügler A., Reinstaller A. (2024). The Impact of Import Competition from China on Firm-level Productivity Growth in the European Union. *Oxford Bulletin of Economics and Statistics* 86(2), 236–256.
- Friesenbichler K. S., Reinstaller A. (2023). Small and Internationalized Firms Competing with Chinese Exporters. *Eurasian Business Review*, 13, 167–192.
- Freund C., Mattoo A., Mulabdic A., Ruta M. (2024). Is US Trade Policy Reshaping Global Supply Chains? *Journal of International Economics*, 152, 104011.
- Fuchs R., Göllner T., Hartmann S., Thomas T. (2024). Fostering Excellent Research by the Austrian Micro Data Center (AMDC). *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 244(4), 433–445.
- Gaál N., Nilsson L., Perea J.R., Tucci A., Velázquez B. (2023). Global Trade Fragmentation. An EU Perspective. *European Economy Economic Briefs*, 075. Publications Office of the European Union, Luxembourg
- García-Herrero A., Vasselier A. (2024). Updating the EU Strategy on China: Co-existence while De-risking through Partnerships. *Policy Brief* 27/2024, Bruegel.
- Gaulier, G., Zignago, S. (2010). BACI: International Trade Database at the Product-Level. The 1994-2007 Version. *CEPII Working Paper*, No. 2010-23.
- Gopinath G., Gourinchas P.-O., Presbitero A. F., Topalova P. (2025). Changing Global Linkages: A New Cold War? *Journal of International Economics*, 153, 104042.
- Gourieroux C., Monfort A., Trognon, A. (1984). Pseudo Maximum Likelihood Methods: Applications to Poisson Models. *Econometrica*, 52, 701–720.
- Grossman G. M., Helpman E., Redding S. J. (2024). When Tariffs Disrupt Global Supply Chains. *American Economic Review*, 114(4), 988–1029.
- Grover A., Vézina, P.-L. (2025). Geopolitical Fragmentation and Friendshoring: Evidence from Project-Level Foreign Investment Data. *World Bank Policy Research Working Paper*, No. 11149.
- Gruber-Német M. (2025). International competition, protectionist measures and their impact on Austrian firms. Report 01/2025, Büro des Produktivitätsrates, Wien.
- Gruber-Német M., Hözl W., Reinstaller A. (2025). Veränderte Reaktionen der österreichischen Industrie auf chinesische Konkurrenz. Kurzanalyse 04/2025, Büro des Produktivitätsrates, Wien.
- Gu G., Malik S., Pozzoli D., Rocha V. (2020). Chinese Import Competition, Offshoring and Servitization. *Economic Inquiry*, 60(2), 901–928.
- Guilhoto J. M., Webb C., Yamano N. (2022). Guide to OECD TiVA Indicators, 2021 edition. *OECD Science, Technology and Industry Working Papers*, No. 2022/02.
- Handley K., Limão N. (2022). Trade Policy Uncertainty. *Annual Review of Economics*, 14, 363–395.
- Hözl W., Friesenbichler K. S., Kügler A., Meyer B. (2025). Herausforderungen und Determinanten der Wettbewerbsfähigkeit in Zeiten globaler Unsicherheit: Ergebnisse der WIFO-Industriebefragung 2025. *WIFO-Monatsberichte*, 98(7), 373-382.
- Johem M., Norell N., Tingvall P. (2021). EU Trade Defence – The Unintended Effects of Anti-Dumping Measures. *Kommerskollegium, National Board of Trade Sweden*, Stockholm.
- Johem M., Norell N., Tingvall P. (2022). The Economics of the EU’s Trade Defence Instruments: Winners and losers of Anti-dumping Policies. *Kommerskollegium, National Board of Trade Sweden*, Stockholm.
- Jungmittag A., Marschinski R. (2023). Service Trade Restrictiveness and Foreign Direct Investment – Evidence from Greenfield FDI in Business Services. *The World Economy*, 46(6), 1711–1758.
- Kawlat B. (2025, 26. August). Concerns Regarding Expansion of US Tariffs on Machinery Products. Letter to Ursula von der Leyen, President of the European Commission, Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau.
- Kumar S., Gorodnichenko Y., Coibion O. (2023). The Effect of Macroeconomic Uncertainty on Firm Decisions. *Econometrica*, 91(4), 1297–1332.
- Luo C., Wang N. (2025). U.S.-China Trade Frictions and Supply Chain Reconstruction: Perspective from Indirect Links. *Journal of International Money and Finance*, 151, 103256.

- Milberg W., Johnston L. (2025). The China Shock Then and Now: Imports, Cost Markups and Profits. The New School for Social Research Working Papers, 12/2025.
- Naqvi A. (2025). Global Demand and Supply Elasticities and the Impact of Tariff Shocks. WIFO Working Papers, 702/2025.
- OECD (2024, 17. September). [How Do Governments Direct Support for Innovation? Lessons from Recent OECD Measurement and Impact Analysis \(mabis\) Work](#). OECD Policy Brief.
- Pierce J. R., Schott P. K. (2018). Investment Responses to Trade Liberalization: Evidence from U.S. Industries and Establishments. *Journal of International Economics*, 115, 203–222.
- Rodriguez-Lopez J. A. (2014). What Drives Offshoring Decisions: Selection and Escape-Competition Mechanisms. Technical Report, University of California, Irvine.
- Santos Silva J. M. C., Tenreyro, S. (2006). The log of Gravity. *The Review of Economics and Statistics*, 88, 641–658.
- Sanders A. (2025). The Scope of the 28th Regime: A Legal Framework for Innovation the European Way. Vertiefende Analyse beauftragt durch den Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments.
- Schneider M., Sellner R. (2025). Kein Trumpf gegen Trump: Auswirkungen des Zollabkommens zwischen der EU und den USA auf Österreich. OeNB Blog, 30.07.2025.
- Tordoir S., Setser B. (2025). How German Industry Can Survive the Second China Shock. Centre for European Reform.
- Utar H. (2018). Workers Beneath the Floodgates: Low-Wage Import Competition and Workers' Adjustment. *The Review of Economics and Statistics*, 100(4), 631–647.

7. Energiekosten als Treiber struktureller Veränderungen in der österreichischen Industrie

- ▶ Hohe Energiepreise stellen nach wie vor für viele österreichischen Industriebetriebe ein relevantes Risiko dar. Die Erdgas- und Stromendpreise haben sich seit 2022 zwar stabilisiert. Das weiterhin hohe Preisniveau v. a. bei der Elektrizität trägt aber zu einer **Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsposition** gegenüber inner- und außereuropäischen Mitbewerbern bei und senkt Anreize zur Elektrifizierung von Industrieprozessen.
- ▶ Industrieunternehmen zeigen verstärkt **Tendenzen zum Abbau der Beschäftigung und Standortverlagerungen in der Produktion**. Hohe Lohnkosten und hohe Energiepreise stehen im Zentrum diesbezüglicher strategischer Überlegungen.
- ▶ Mit fortwährend hohen Energiepreisen ergibt sich damit vor allem für energieintensive Unternehmen ein **besonderer Druck zur Senkung des Energieverbrauchs bzw. der Energieintensität**.
- ▶ Die Energieintensität auf Unternehmensebene hat sich kontinuierlich verbessert. Zwischen 2009 und 2022 ist sie kumuliert über alle Unternehmen hinweg um 4,8% gesunken. **Große Unternehmen sowie Betriebe in energieintensiven Branchen haben ihre Energieintensität deutlich stärker reduziert als andere Unternehmen**.
- ▶ Den wichtigsten Beitrag zur Verbesserung der Energieintensität liefern Skaleneffekte. Die **Energieintensität verbessert sich also mit steigendem Produktionsausstoß**. Technischer Wandel und reine Energieeffizienzgewinne haben erst seit der Energiekrise zu deren Verbesserung beigetragen.
- ▶ Niedrigschwellige Energieeffizienzmaßnahmen könnten unter Berücksichtigung von Rebound-Effekten dauerhafte **Einsparungen von etwa 7–8% des Energieverbrauchs** ermöglichen. Effizienzsteigerungen können daher den starken Anstieg der Energiekosten nur in begrenztem Umfang ausgleichen.
- ▶ Kumuliert können Steigerungen der Energieeffizienz dennoch einen wichtigen Beitrag zur Senkung des Energieverbrauchs in der Industrie leisten. Allerdings steht dem der **Bedarf einer starken Ausweitung des Energieverbrauchs** im Rahmen der Energiewende gegenüber.
- ▶ **Kurzfristige Stützungen** für energieintensive Betriebe scheinen angesichts der bestehenden Kostendifferentiale zu wichtigen Mitbewerbern erforderlich. Diese sind jedoch keine langfristige Lösung.
- ▶ Langfristig sind Unterstützungsmaßnahmen und Investitionssicherheit zentrale Voraussetzungen für den ökologischen Umbau der Industrie. Diese sollten vor allem auf technischen Wandel abzielen, der einerseits zur **Verbesserung der Energienutzung** andererseits aber auch zur **Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit betroffener Unternehmen** abzielt.
- ▶ Angesichts langfristiger Entwicklungsperspektiven bleibt jedoch die **Grundsatzfrage** offen, wie die Herstellung energieintensiver Produkte in Österreich sowohl wirtschaftlich als auch ökologisch nachhaltig möglich ist.

Das Wichtigste auf einen Blick

7.1 Einleitung⁷⁴

- 174** Energieintensive Industrien in der EU stehen vor zwei zentralen Herausforderungen: den **hohen Energiepreisen** und der **Energiewende**. Auch im dritten Jahr nach der Energiekrise bleiben die **Energiekosten erhöht**. Im internationalen Vergleich zahlen europäische Unternehmen deutlich höhere Strom- und Gaspreise als ihre Wettbewerber in den USA oder China – ein Umstand, der ihre globale Konkurrenzfähigkeit erheblich beeinträchtigt (Produktivitätsrat, 2024). Österreich ist aufgrund der im EU-Vergleich hohen Bedeutung energieintensiver Industrien besonders anfällig für die Folgen dauerhaft hoher Energiekosten. In energieintensiven Branchen drohen **langfristig Unternehmensabwanderungen** und ein **Verlust von Arbeitsplätzen**.
- 175** Für Investitions- und Standortentscheidungen energieintensiver Unternehmen sind die zukünftige Entwicklung der Energiepreise und die Verfügbarkeit CO₂-neutraler Energieträger von zentraler Bedeutung. Strukturelle Veränderungen im österreichischen Unternehmenssektor hängen daher einerseits davon ab, ob es gelingt, kostengünstige und klimaneutrale Energie bereitzustellen. Erfolg oder Misserfolg in diesem Bereich zeigt sich in der **Höhe und Stabilität der Energieendpreise** sowie in der **Verfügbarkeit erneuerbarer Energie am Standort**. Andererseits spielen die Anpassungsfähigkeit und das Effizienzpotenzial der Unternehmen eine entscheidende Rolle. Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Reduktion des Energieverbrauchs gelten dabei als besonders kosteneffektiv. Ihr Erfolg spiegelt sich in einer **sinkenden Energieintensität der Unternehmen** wider.
- 176** Die Europäische Kommission plant auf Grundlage des Draghi-Berichtes (Draghi, 2024) eine Reihe von **Maßnahmen zur gleichzeitigen Senkung der Energiekosten für Unternehmen und zur Dekarbonisierung der Industrie**.⁷⁵ Zentrale Elemente sind die Förderung langfristiger Stromlieferverträge (PPAs), insbesondere für KMUs und energieintensive Unternehmen, und die Reform des Strommarktdesigns zur besseren Preisstabilität und Planbarkeit. Durch einen Rechtsakt sollen Genehmigungsverfahren für Dekarbonisierungsprojekte beschleunigt, Investitionen in Elektrifizierung und CO₂-arme Technologien erleichtert und Leitmärkte für grüne Industrieprodukte geschaffen werden. Zusammen sollen diese Maßnahmen ein investitionsfreundliches Umfeld schaffen, das gleichzeitig Wettbewerbsfähigkeit und Klimaziele stärkt. Diese Themen nehmen auch in der politischen Agenda der Bundesregierung einen **zentralen Platz** ein, während in der jüngeren Vergangenheit der politische Fokus vor allem auf der Abmilderung des Preisschocks infolge der Energiekrise lag.
- 177** Der Produktivitätsbericht 2024 (Produktivitätsrat, 2024) hat sich bereits mit der Entwicklung der Energiepreise, ihren Auswirkungen auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Unternehmen und den für eine kostengünstige und CO₂-neutrale Energieversorgung erforderlichen institutionellen Rahmenbedingungen auseinandergesetzt. Aufgrund der Bedeutung des Problems hoher Energiekosten für den Industriestandort (► Absatz 28) liegt der **Fokus dieses Kapitels auf den Anpassungsmöglichkeiten und -potenzialen der österreichischen Unternehmen** und den sich daraus ableitenden wirtschaftspolitischen Handlungsoptionen.
- 178** ► Abschnitt 7.2 befasst sich zunächst mit den möglichen Auswirkungen **hoher Energiepreisrisiken auf die Standortentscheidungen österreichischer Industriebetriebe und die Entwicklung der Beschäftigung in der Industrie**, um mögliche Deindustrialisierungstendenzen festzuhalten).⁷⁶ In ► Abschnitt 7.3 richtet sich das Augenmerk dann auf die Anpassungsmöglichkeiten der österreichischen Unternehmen insbesondere in den energieintensiven Industrien. Es wird zunächst die Entwicklung der **Energieintensität auf**

⁷⁴ Die dargestellten Ergebnisse bauen auf den Hintergrundstudien von Reinstaller und Sellner (2025b), sowie von Gruber-Nemet, Reinstaller, Hözl (2025) auf. Technische Details sind, sofern nicht im Text angeführt, in diesen Arbeiten nachzulesen. In allen Analysen wurde versucht, die Daten an den aktuellen Rand zu ziehen. Im Falle der Daten aus dem Austria Micro Data Centre ist dies das Jahr 2022, für die verwendeten Eurostat-Daten das Jahr 2024. Die WIFO-Industriebefragung wurde 2025 durchgeführt und die vorausblickenden Fragen beziehen sich auf den Zeitraum 2025-2030.

⁷⁵ Siehe *Deal für eine saubere Industrie* (COM(2025) 85 final), *Aktionsplan für erschwingliche Energie* (COM(2025) 79 final) und die Ankündigung des *Rechtsaktes zur beschleunigten Dekarbonisierung der Industrie* (Ref. Ares(2025)3079152).

⁷⁶ Laut der Investitionsbefragung der Europäischen Investitionsbank 2024 sind die Energiekosten neben dem Fachkräftemangel und der globalen Unsicherheit das wichtigste Investitionshemmnis in der Sachgütererzeugung (EIB, 2025).

Unternehmensebene und hier vor allem die Rolle möglicher **Verbesserungen der Energieeffizienz** in diesem Prozess analysiert. Dies ermöglicht wichtige Einblicke in Anpassungsmechanismen und -möglichkeiten auf Unternehmensebene und in die Anpassungsfähigkeit einzelner Branchen auf externe Faktoren wie Klimapolitik oder Energiepreisschocks. Dies ist eine Voraussetzung zielgerichteter und wirksamer industrie- und klimapolitischer Maßnahmen. In weiterer Folge werden Energieeinsparungspotenziale durch Energieeffizienzmaßnahmen bewertet. In ► Abschnitt 7.5 werden die Ergebnisse eingeordnet und wirtschaftspolitische Handlungsfelder diskutiert.

Textbox 7.1: Datengrundlage des Kapitels

Für die Analysen in diesem Abschnitt wurden anonymisierte Unternehmensdaten der Leistungs- und Strukturstatistik (LSE) sowie der Gütereinsatzstatistik (GES) verwendet. Die Unternehmensdaten der Statistik Austria, die im Austria Micro Data Center (AMDC) für wissenschaftliche Zwecke zugänglich sind (Fuchs et al., 2024), standen für den Zeitraum 2008–2022 zur Verfügung.

Die EU-weit harmonisierte *Leistungs- und Strukturstatistik* ermöglicht umfassende Aussagen über Struktur, Tätigkeit, Beschäftigung, Investitionen und wirtschaftliche Leistung von Unternehmen auf nationaler und regionaler Ebene.

Die jährliche *Gütereinsatzerhebung* dient der Erfassung und Darstellung von Grund- und Rohstoffen, fertig bezogenen Vorprodukten, Hilfsstoffen sowie ausgewählten Betriebsstoffen, die im Verlauf eines Erhebungsjahres in der Produktion von Gütern oder der Erbringung industrieller Dienstleistungen benötigt wurden. Zudem umfasst sie die im Produktionsprozess eingesetzte Energie. Die Gütereinsatzstatistik stellt die zentrale Datenquelle zum Einsatz von Energieträgern im produzierenden Bereich (Industrie) dar. Es werden Unternehmen in den NACE-Abschnitten B–F erhoben, die über gewissen Schwellengrößen in Bezug auf Beschäftigung und Wirtschaftsleistung liegen. Die Erhebung erfasst ca. 2.300 Unternehmen. Aufgrund der Fallzahlen und des Analyseschwerpunktes auf den Energieverbrauch beschränkt sich die vorliegende Analyse auf die Herstellung von Waren (NACE C) und den Bau (NACE F).

Gütereinsatzstatistik und *Energiebilanz* der Statistik Austria basieren auf unterschiedlichen Definitionen und Abgrenzungen: Während die Gütereinsatzstatistik den Bruttoeinsatz sämtlicher Energieträger erfasst, weisen die Energiebilanzen ausschließlich den Nettoeinsatz für direkte Produktionszwecke aus – also den energetischen Endverbrauch nach Abzug der Umwandlungsprozesse. Daher fällt der ermittelte Energieverbrauch in den vorliegenden Berechnungen höher aus als jener, der in den Energiebilanzen der Statistik Austria dargestellt wird. Für eine Bereinigung und methodische Angleichung wären ergänzende Erhebungen – beispielsweise durch die Kraftwerksstatistik – notwendig gewesen.

Der Produktivitätsrat hat sich 2025 mit einem eigenen Fragenmodul an der *WIFO-Industriebefragung* (Hölzl et al., 2025) beteiligt (siehe ► Textbox 6.2). In diesem Kapitel werden jene Daten der WIFO-Industriebefragung herangezogen, die es erlauben, einen Zusammenhang zwischen den Risiken, die von hohen Energiepreisen ausgehen, und standortrelevanten Entscheidungen der befragten Unternehmen herzustellen.

Sektorgliederungen

In den Analysen und Auswertungen in den Abschnitten ► 7.2 und ► 7.3 wird ein besonderer Schwerpunkt auf energieintensive Branchen gelegt. Dabei werden folgende Unterteilungen vorgenommen:

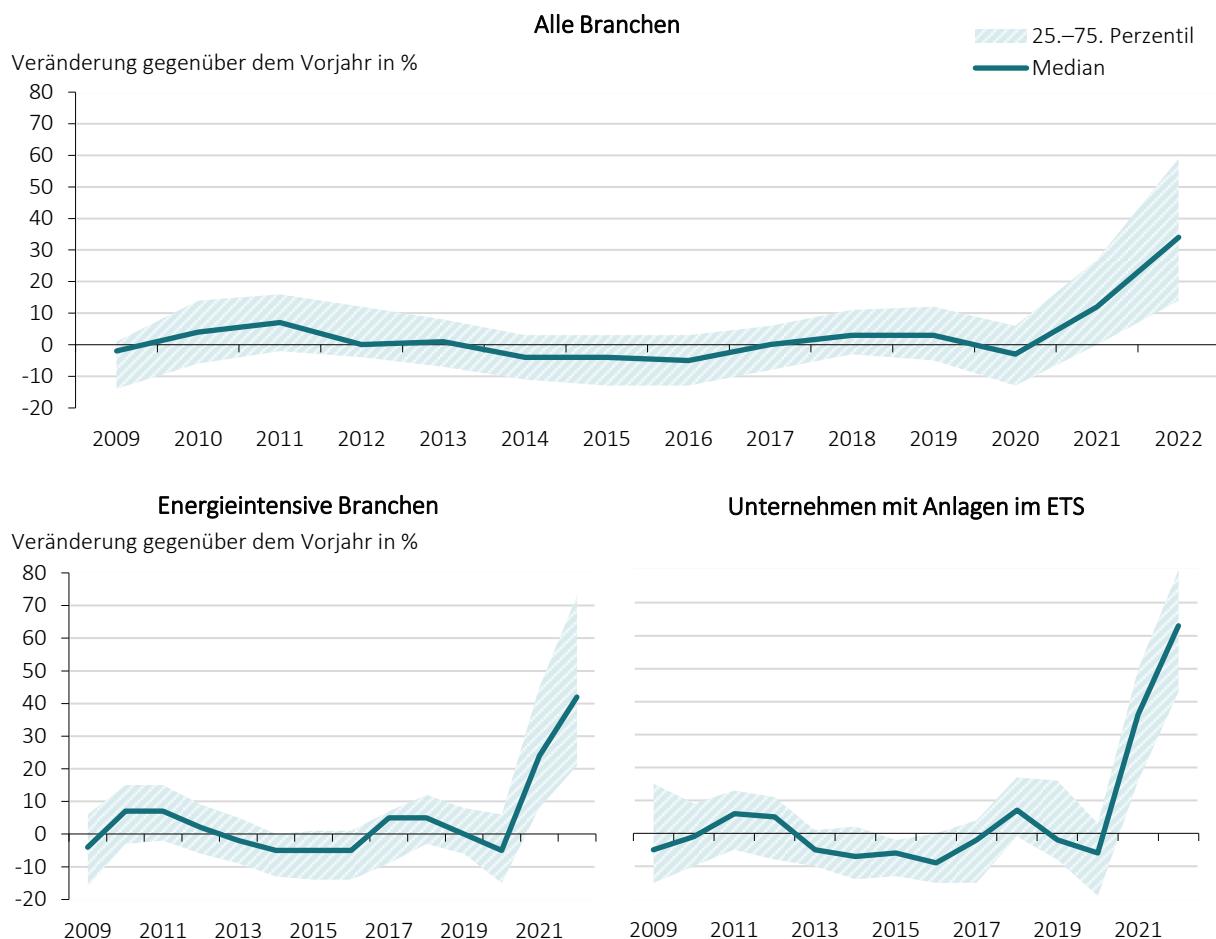
Zu den *energieintensiven Branchen im engeren Sinne* zählen die Eisen- und Stahlindustrie (C24) sowie die Holzindustrie (C16), die Papier-, Pappe- und Druckereibranche (C17), gefolgt von der Chemie-, Glas- und Keramikindustrie (C23). Der Anteil der Energiekosten an den Gesamtkosten liegt in diesen Bereichen durchschnittlich zwischen 4% und 8%, kann jedoch vereinzelt Werte zwischen 15% und 20% erreichen. Diese Spannbreite spiegelt sich in stark differierenden Energiekostenanteilen auf Unternehmensebene wider (vgl. Produktivitätsrat, 2024). In der Chemieindustrie (C20) ist die Streuung geringer, wenngleich auch hier einzelne Unternehmen mit sehr hoher Energieintensität anzutreffen sind. Branchen dieser Art stehen daher häufig im Fokus wirtschaftspolitischer Maßnahmen.

Energieintensive Branchen im weiteren Sinne sind jene, deren Median-Energieintensität im oberen Drittel (3. Terzil) der Verteilung aller in der Gütereinsatzstatistik erfassten Unternehmen liegt. Neben den zuvor genannten Branchen zählen hierzu auch die Lebensmittel- und Getränkeindustrie (C10–11) sowie die Textilindustrie (C13). Eine solche Differenzierung innerhalb der Unternehmensstichprobe ist aufgrund der hohen Heterogenität hinsichtlich der Energieintensität erforderlich, um möglichst konsistente und aussagekräftige Effizienzschätzungen zu erhalten (siehe Reinstaller und Sellner, 2025b). Im Idealfall sollte für jede Branche eine eigene Effizienzschätzung durchgeführt werden. Aufgrund der geringen Fallzahlen innerhalb einzelner NACE-2-Steller Gruppen ist dies aber nicht möglich.

7.2 Energiepreise und Standortentscheidungen in der österreichischen Industrie

- 179 In den Jahren 2021 und 2022 sind die **Energiekosten** im österreichischen Unternehmenssektor infolge der Energiekrise **stark gestiegen**. Auf Unternehmensebene war bereits 2021 ein durchschnittlicher Kostenanstieg von 15%, gefolgt von weiteren 38% im Jahr 2022 zu beobachten (► Abbildung 7.1). In energieintensiven Industrien war der Anstieg mit 28% bzw. 46% höher. Besonders stark betroffen waren Unternehmen mit Anlagen im Emissionshandelssystem (ETS), deren Energiekosten 2021 durchschnittlich um 39% und 2022 um 59% zunahmen. Bei einzelnen Betrieben haben sich die Kosten sogar mehr als verdoppelt. Durch die Energiekostenzuschüsse und das Stromkosten-Ausgleichsgesetz konnten die Anstiege zum Teil ausgeglichen werden.

Abbildung 7.1: **Veränderung der Energiekosten in österreichischen Unternehmen, 2009–2022**



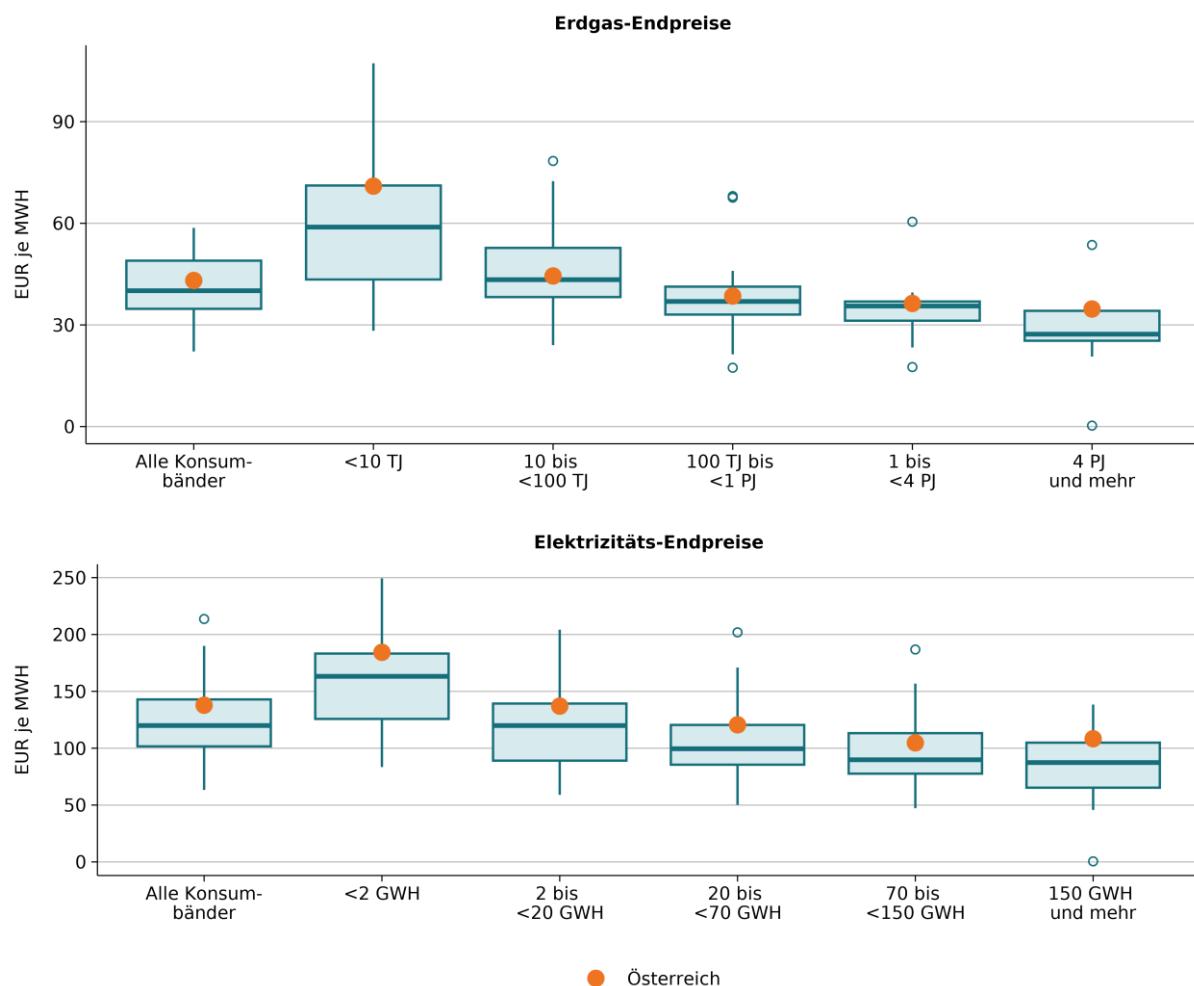
Quelle: Statistik Austria Gütereinsatzstatistik, AMDC. PROD/OeNB-Berechnungen.

Anmerkung: Die Darstellung zeigt den Durchschnitt und die Preisstreuung im 25.–75. Perzentil über alle Unternehmen, die in der Gütereinsatzstatistik erfasst werden. Definition energieintensive Branchen siehe ►Textbox 7.1.

- 180 Wenngleich sich die Erdgas- und Stromendpreise für Unternehmen seit 2022 stabilisiert haben (► Absatz 28), so hat die Preisentwicklung insbesondere bei der Elektrizität zu einer **Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsposition** gegenüber inner- und außereuropäischen Mitbewerbern beigetragen (vgl. Produktivitätsrat, 2024, S. 111ff.; Draghi, 2024, S. 14). Wie der direkte innereuropäische Vergleich für das in den Daten letzte verfügbare Jahr zeigt, bewegte sich 2024 der Erdgasendpreis über alle Verbrauchsbänder hinweg nahe dem EU-weiten Medianwert (► Abbildung 7.2). Jedoch zeigen sich Unterschiede im Hinblick auf die Verbrauchsintensität. Für Verbraucher in den mittleren Verbrauchsbändern lag der Erdgasendpreis ebenfalls nahe dem Median. Für Unternehmen mit niedrigem und hohem Konsum lagen sie jedoch nahe dem 75% Quantil und damit im oberen Drittel der Verteilung.

Abbildung 7.2: Spannweite des realen Erdgas- und Elektrizitätsendpreises für Unternehmen nach der Höhe des jährlichen Energieverbrauchs (Konsumbänder) in der EU, 2024

EUR je MWH zu konstanten Preisen von 2015 (ohne MwSt.)



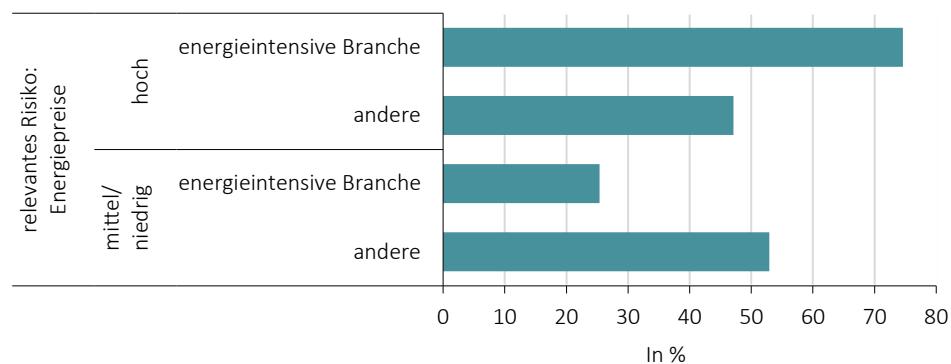
Quelle: Eurostat, [nrg_pc_205_c](#), [nrg_pc_203_c](#). Erdgas ohne Zypern und Malta.

- 181 Die Stromendpreise für heimische Unternehmen lagen 2024 hingegen für alle Verbrauchsbänder im oberen Drittel der EU-weiten Verteilung der Preise. Damit haben die **im EU-Vergleich kumuliert höheren Preisanstiege** (► Absatz 28 und ► Abbildung 2.2) zu einem Verlust der preislichen Wettbewerbsfähigkeit bei Strompreisen beigetragen. Im Jahr 2019 lag der durchschnittliche Strompreis in Österreich leicht über dem EU-weiten Medianpreis, aber annähernd zwanzig Prozentpunkte unter dem gewichteten EU-Durchschnittspreis. Im Jahr 2024 ist dieser Vorteil auf 1,6 Prozentpunkte geschrumpft. Die beobachteten Preisanstiege sind durch **Preiskomponenten** bedingt, die mit der **Energieerzeugung** und

Versorgung⁷⁷ in Zusammenhang stehen. Endpreiskomponenten aus Steuern und Abgaben sowie Netzkosten spielten nach unterschiedlichen Anpassungen im Zuge der Energiekrise (Produktivitätsrat, 2024) sowohl für Erdgas als auch für Strom bis 2024 kaum eine Rolle im beobachteten Preisniveau (► Abbildung 7.7). Im Jahr 2025 waren hingegen wieder deutliche Steigerungen bei den Netzkosten zu verzeichnen.⁷⁸ Die Entkoppelung vom EU-weiten Preisgeschehen ist im Bereich der Elektrizitätspreise deutlich akzentuierter als beim Erdgas (► Abbildung 2.2).⁷⁹

- 182 Unternehmen können auf dauerhaft erhöhte Energiekosten und die damit verbundenen Geschäftsrisiken reagieren, indem sie ihre wirtschaftlichen Aktivitäten am Standort einschränken oder in Regionen mit geringerer Kostenbelastung verlagern. Auf Grundlage der Daten der WIFO-Industriebefragung (Hölzl et al., 2025)⁸⁰ wurde daher der **Zusammenhang zwischen Energiepreisrisiken und Standortentscheidungen österreichischer Industrieunternehmen** mit Blick auf Standortverlagerung und Beschäftigungsabbau untersucht.
- 183 Die Analyse legt besonderes Augenmerk auf Unternehmen, die in energieintensiven Branchen tätig sind oder hohe **Energiepreise als bedeutenden Risikofaktor** wahrnehmen. Ein solches Risiko ist insbesondere dann hoch, wenn Kostenschwankungen schwer vorhersehbar und Spielräume für Anpassungen begrenzt sind und mit einer relativen Verschlechterung der Kostenposition der Unternehmen gegenüber der Konkurrenz einhergehen. Der Fokus ist wichtig, da auch außerhalb energieintensiver Branchen Unternehmen von Energiepreisrisiken betroffen sind und nicht alle Unternehmen in energieintensiven Branchen auch hohen Energiepreisrisiken ausgesetzt sind.⁸¹

Abbildung 7.3: **Relevanz der Energiepreise als unternehmerisches Risiko innerhalb und außerhalb energieintensiver Wirtschaftszweige**



Quelle: WIFO-Industriebefragung 2025. Eigene Berechnungen; siehe Hölzl et al. (2025). Beantwortung der Frage „Wie hoch ist die Unsicherheit in Ihrem Unternehmen bzgl. der Entwicklung der Energiepreise?“ Antwortoption: „Relevanz des Risikos für Ihr Unternehmen (Hoch/Mittel/Niedrig)“.

Anmerkung: Definition energieintensive Branchen siehe ► Textbox 7.1.

⁷⁷ Kosten für Erzeugung, Aggregation, Ausgleichsenergie, Kosten für die gelieferte Energie, Kundenservice, After-Sales-Management und sonstige Versorgungskosten ([Eurostat](#)).

⁷⁸ Die Anstiege belaufen sich auf etwa 19%. Dies ist lt. [E-Control](#) auf gestiegene Investitionserfordernisse und reduzierte Abgabemengen zurückzuführen (Zugriff 8.10.2025).

⁷⁹ Die Untersuchung der Bundeswettbewerbsbehörde (BWB) und des Energiemarktregulators E-Control hat Hinweise auf eine eingeschränkte Wettbewerbssituation geliefert (Bundeswettbewerbsbehörde/E-Control, 2025), die zumindest teilweise für die beobachtete Entwicklung verantwortlich sein könnte. Bemängelt werden vor allem die hohe regionale Marktkonzentration und Marktfragmentierung sowie die vielfachen Kreuzbeteiligungen zwischen den Energieversorgungsunternehmen. Ein weiterer wichtiger Faktor, der zu höheren Strompreisen beiträgt, sind fehlende Netzübertragungskapazitäten, die mit teuren Maßnahmen zum Engpassmanagement einhergehen.

⁸⁰ Für Details zur WIFO-Industriebefragung siehe ► Textbox 6.2. Eine umfassendere Darstellung aller hier präsentierten Erkenntnisse findet sich in einer Kurzanalyse des Büros des Produktivitätsrates (siehe Gruber-Német et al., 2025).

⁸¹ Die Auswertungen zum wahrgenommenen Energiepreisrisiko erlauben keine kausalen Schlüsse: Unternehmen könnten hohe Energiepreise und eine unsichere Versorgung als Standortnachteil bewerten – auch unabhängig von bereits geplanten Maßnahmen wie Beschäftigungsabbau oder Standortverlagerung. Umgekehrt kann ein hohes Energiepreisrisiko sehr wohl Auslöser für solche Maßnahmen sein. Bei Unternehmen mit geringem Energiekostenanteil ist anzunehmen, dass das Energiepreisrisiko nur eines von mehreren relevanten Standortfaktoren darstellt.

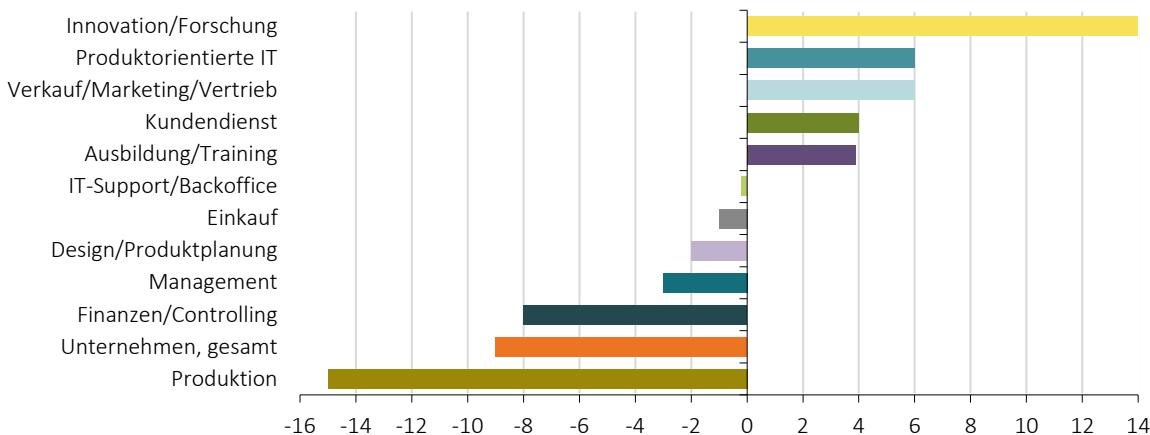
- 184** In der erhobenen Stichprobe lassen sich rund 23% der Unternehmen energieintensiven Branchen zuordnen. Von dieser Subgruppe schätzen knapp 75% die **Energiepreise als besonders relevantes Risiko** ein. Im Vergleich dazu liegt der Anteil in der Gesamtstichprobe bei 53% der befragten Unternehmen (► Abbildung 7.3). Damit sind Energiepreise auch für Unternehmen außerhalb energieintensiver Branchen ein wichtiger Risikofaktor, wenngleich die Betroffenheit dort geringer ist.
- 185** Unternehmen, die die Entwicklung der Energiepreise als hohes Risiko einschätzen (► Abbildung 7.4, oberes Panel), äußern im Vergleich zur Gesamtstichprobe wesentlich häufiger die **Absicht, in den kommenden fünf Jahren die Zahl ihrer Beschäftigten auf gesamtbetrieblicher Ebene in Österreich zu reduzieren**. Es besteht auch eine starke Neigung zum Beschäftigungsabbau im Produktionsbereich, die jedoch jener der Gesamtstichprobe (► Abbildung 8.18) entspricht. Unternehmen aus energieintensiven Branchen folgen diesem Muster (► Abbildung 7.4, unteres Panel). Die ermittelten Überhänge sind dabei aber deutlich niedriger. Für die Gesamtbeschäftigung zeigt sich eine, wenngleich schwache, Tendenz zum Aufbau von Beschäftigung. Die stärkste Neigung zum Personalabbau zeigt sich in den befragten Industrieunternehmen in den Bereichen Finanzen und Controlling sowie Produktion.
- 186** Für die Unternehmen aus **energieintensiven Branchen** deuten die Befragungsergebnisse somit auf eine **im Vergleich zur Gesamtstichprobe stabilere Beschäftigungsentwicklung** hin. Die weitere Differenzierung von Unternehmen energieintensiver Branchen nach ihrer Risikowahrnehmung im Hinblick auf Energiepreise zeigt: Unternehmen, die ein hohes Risiko sehen, neigen deutlich stärker dazu, Beschäftigung in der Produktion abzubauen. Unternehmen, die das Risiko als mittel oder gering einschätzen, äußern hingegen häufiger die Absicht, ihre Mitarbeitendenzahl in den kommenden fünf Jahren auf gesamtbetrieblicher Ebene konstant zu halten oder sogar zu erhöhen.
- 187** Am häufigsten nennen Unternehmen in energieintensiven Branchen die **sinkende Nachfrage** (26,7%), **technologischen Wandel** (22,2%) und **Outsourcing** (20,2%) als **Gründe für geplanten Beschäftigungsabbau**. Diese Häufigkeiten entsprechen weitgehend den Werten der Gesamtstichprobe. Auffällig ist jedoch, dass Outsourcing bei Unternehmen in energieintensiven Branchen kaum eine Rolle spielt. Stattdessen werden technologische Veränderungen und andere Faktoren wie Kostendruck stärker gewichtet.
- 188** Die **Tendenz zur Verlagerung** von Unternehmensfunktionen ins Ausland ist in der österreichischen Industrie insgesamt ausgeprägt und hat sich in den vergangenen zehn Jahren verstärkt (Hölzl et al., 2025)⁸². Unternehmen, die Energiepreise als hohes Geschäftsrisiko einschätzen, zeigen dabei keine signifikant abweichende Verlagerungsneigung im Vergleich zur Gesamtstichprobe – mit einem Anteil von 32,4% liegen sie nahe an deren Durchschnitt. **Unternehmen aus energieintensiven Branchen sind in ihren Verlagerungsabsichten jedoch zurückhaltender**: Rund 24,6% geben an, eine ihrer Funktionen ins Ausland verlagern zu wollen. Wenngleich dieser Wert hoch ist, könnte der Unterschied zu den zuvor genannten auf eine stärkere Standortbindung aufgrund spezifischer Standortvorteile, wie etwa spezifische Kompetenzen am Standort oder steuerliche Begünstigungen (z. B. Stromkostenzuschüsse), höhere Umstellungskosten oder strategische Überlegungen im Umgang mit energiebezogenen Herausforderungen hindeuten.
- 189** Als Hauptgründe für geplante Verlagerungen werden am häufigsten hohe Personal- und Energiekosten genannt (siehe Gruber-Német et al., 2025). Energieintensive Unternehmen (83% nennen Personal-, 62% Energiekosten) sowie Unternehmen, die Energiepreise als hohes Risiko einstufen, unterscheiden sich in ihrem Antwortverhalten nicht systematisch voneinander. Beide Gruppen nennen Energiekosten etwas häufiger als die Gesamtstichprobe. Insgesamt gelten **Personal- und Energiekosten branchenübergreifend als die zentralen Treiber für Verlagerungsabsichten in der österreichischen Industrie** (Hölzl et al., 2025).

⁸² Unternehmen, die einen Abbau der Gesamtbeschäftigung planen, geben auch häufiger an, bestimmte Funktionen ins Ausland verlagern zu wollen. Umgekehrt berichten Unternehmen mit konstanter oder steigender Beschäftigung seltener von solchen Plänen.

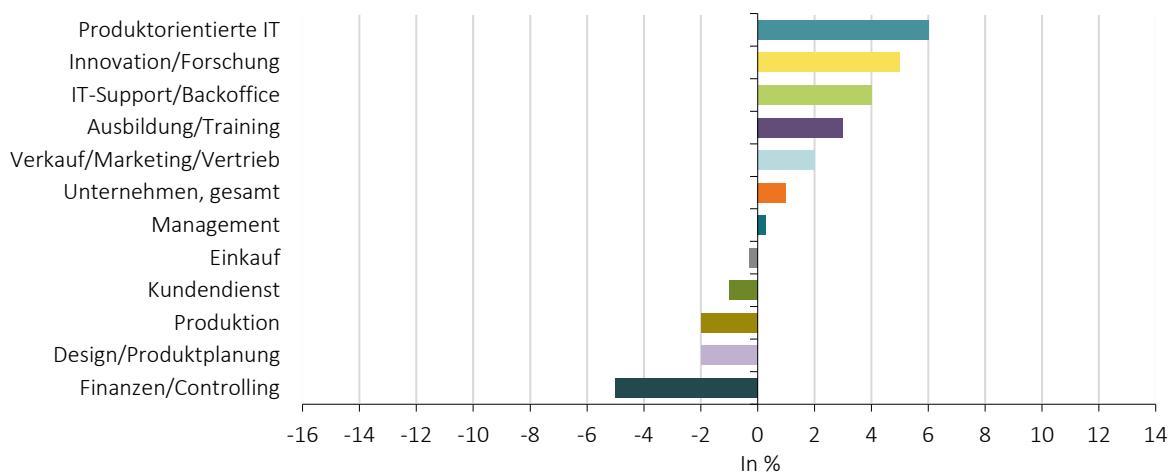
Abbildung 7.4: Tendenz in den geplanten Anpassungen der Beschäftigung. Saldo positiver und negativer Meldungen

In % aller Meldungen in einer Kategorie

Unternehmen mit hoher Bedeutung der Energiepreise als Unternehmensrisiko



Unternehmen aus energieintensiven Wirtschaftszweigen



Quelle: WIFO-Industriebefragung 2025. Eigene Berechnungen; siehe Hödlz et al. (2025). Beantwortung der Frage „In welchen Unternehmensbereichen plant Ihr Unternehmen die Zahl der Beschäftigten in den nächsten fünf Jahren in Österreich zu erhöhen, zu reduzieren, oder konstant zu halten?“ Der Überhang der Meldungen ergibt sich aus der Differenz „positiver“ und „negativer“ Meldungen der befragten Unternehmen als Prozentanteil an allen „positiven“, „neutralen“ und „negativen“ Meldungen in einer der dargestellten Kategorien.

Anmerkung: Definition energieintensive Branchen siehe ► Textbox 7.1.

- 190 Die Befragungsergebnisse zeigen, dass steigende Energiepreise nicht flächendeckend auf die Industrie wirken – entscheidend ist, ob Unternehmen sie als relevanten Risikofaktor einstufen. Betriebe mit entsprechender Risikoexposition verzeichnen signifikant stärkere Tendenzen zum Beschäftigungsabbau. In energieintensiven Industrien sind diese Tendenzen schwächer ausgeprägt. **Verlagerungsabsichten werden primär durch hohe Personalkosten bestimmt. Gestiegene Energiekosten beeinflussen aber zunehmend die Standortwahl.** Für Unternehmen in energieintensiven Branchen ist die Neigung zur Standortverlagerung niedriger als in anderen Unternehmen. Es lässt sich dennoch eine klare Tendenz zum Verlust industrieller Arbeitsplätze im Zusammenhang mit dem bestehenden Kostendruck, zu dem die Energiepreise beitragen, erkennen. Dies unterstreicht erneut die zentrale Rolle energiepolitischer Maßnahmen zur Sicherung der Versorgung und zur Stabilisierung der Energiepreise für die Sicherung des Industriestandortes.

7.3 Energieintensität auf Unternehmensebene und Energieeinsparungspotenziale durch Verbesserungen der Energieeffizienz

7.3.1 Energieintensität auf Unternehmensebene und ihre Bestimmungsfaktoren

- 191 Unternehmen haben kaum Einfluss auf die langfristige Entwicklung der Energiepreise oder der Verfügbarkeit kostengünstiger erneuerbarer Energie. Mit fortwährend hohen Energiepreisen ergibt sich damit vor allem für energieintensive Unternehmen ein **besonderer Druck zur Senkung des Energieverbrauchs bzw. der Energieintensität**. Die Anpassungsmöglichkeiten durch Ausweichen auf alternative Energieträger ist, wie bereits im Produktivitätsbericht des Vorjahres gezeigt wurde, sehr eingeschränkt (vgl. Produktivitätsrat, 2024; Reinstaller und Sellner, 2025a). Daher wurden Möglichkeiten von Unternehmen untersucht, hohe Energiekosten durch technische Maßnahmen abzufedern.
- 192 In den folgenden Analysen wird die **Energieintensität auf Unternehmensebene** als Anteil der Energiekosten am realen Produktionswert definiert.⁸³ Sie zeigt, wie stark Energie als Kostenfaktor in der Produktion ins Gewicht fällt. Eine sinkende Energieintensität auf Unternehmensebene ergibt sich, wenn der reale Produktionswert schneller steigt als der Energieverbrauch. Bei stabilen Energiepreisen kann dies zu einem geringeren Anteil der Energiekosten an den Produktionskosten führen. Im Fall schwankender Energiepreise kann eine niedrigere Energieintensität hingegen Kostenanstiege aufgrund von Energiepreisschwankungen dämpfen. Sie geht in der Regel auch mit einem geringeren CO₂-Ausstoß pro Produktionseinheit einher, sofern der Anteil fossiler Energieträger im Energiemix nicht steigt.
- 193 **Verbesserungen der Energieintensität** können unter anderem auf höhere Energieeffizienz, den Einsatz günstigerer Energieträger oder optimierte Produktionsprozesse zurückgehen. Da sie von vielen Faktoren beeinflusst wird, sollten bei der Bewertung ihrer Entwicklung **immer mehrere Ursachen in Betracht** gezogen werden. Effizienzsteigerungen sind dabei besonders bedeutsam: Sie ermöglichen es, denselben Umfang an Energiedienstleistungen (etwa Prozesswärme oder mechanische Arbeit) mit weniger Energieeinsatz bei ansonsten gleicher Technologie zu erbringen und sind daher qualitativ anders zu bewerten als andere Ursachen für sinkende Energiekosten. Sie stellen ungenutzte Energieeinsparungspotenziale dar, die durch Optimierung von Prozessen ohne zusätzliche Investitionen in Anlagen oder Prozessinnovationen gehoben werden können.

Abbildung 7.5: Veränderung der durchschnittlichen Energieeffizienz auf Unternehmensebene

2009–2022, alle Unternehmen



Quelle: Gütereinsatzstatistik, Leistungs- und Strukturstatistik, Statistik Austria (AMDC). Eigene Berechnungen.

Anmerkung: Die gemessene Verbesserung der Energieeffizienz wurde aus dem Verhältnis von Energieverbrauch und dem Produktionswert auf Unternehmensebene ermittelt und auf Grundlage eines Törnqvist-Indizes über alle Unternehmen hinweg aggregiert. Eine Verbesserung bedeutet, dass die Energieintensität sinkt.

⁸³ Auf volkswirtschaftlicher Ebene wird Energieintensität in der Regel als Energieverbrauch je Einheit realer Wertschöpfung definiert. Sie misst damit nicht die Energiekosten, sondern den physischen Energieeinsatz und dient vor allem als struktureller Indikator, der auch durch Änderungen in Produktionsstrukturen, Branchenmix und Energieträgerwahl beeinflusst wird. Der beobachtete Rückgang der Energieintensität in Österreich war in erster Linie auf einen sinkenden Anteil energieintensiver Branchen an der gesamten Wertschöpfung zurückzuführen (Produktivitätsrat, 2024).

- 194 Seit 2009 hat sich die **Energieintensität auf Unternehmensebene pro Jahr kontinuierlich verbessert**. Mit Ausnahme der Jahre 2010, 2012, 2019 und 2020 war der Indikator, der Verbesserungen der Energieintensität misst, jedes Jahr positiv (► Abbildung 7.5). Besonders ausgeprägt war die Entwicklung zwischen den Jahren 2014 und 2018, in denen die Energieintensität über alle Unternehmen hinweg 2–3% pro Jahr abgenommen hat. In den Jahren der Energiekrise 2021 und 2022 war ebenfalls eine Verbesserung der Energieintensität zu beobachten.
- 195 Zwischen 2009 und 2022 hat sich die Energieintensität **kumuliert über alle Unternehmen hinweg um 4,8% verbessert** (► Tabelle 7.1, erste Datenspalte).⁸⁴ Dies entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Verbesserungsrate von 0,35% (bzw. 0,25% in der Periode 2009–2020). Dabei sind wichtige Unterschiede zwischen Unternehmensgruppen zu beobachten. Die Entwicklung der Energieintensität variiert stark mit der Unternehmensgröße und der Branche der Unternehmen. KMUs⁸⁵ oder Unternehmen in Branchen mit niedriger Energieintensität verbessern ihre Energieintensität langsamer als große oder energieintensive Unternehmen, oder Unternehmen mit Anlagen im Europäischen Emissionshandelssystem (ETS). Die Energieintensität hat sich im Bausektor, insbesondere während der Krisenjahre, besonders stark verschlechtert: -27% im Zeitraum 2009–2022 bzw. -8,5% in 2009–2020.
- 196 Ausgehend von einer Effizienzschätzung unter Verwendung österreichischer Unternehmensdaten wird die **Entwicklung der Energieintensität (EIG) auf Unternehmensebene in fünf Komponenten aufgeschlüsselt** (► Textbox 7.2).⁸⁶ Diese Komponenten bilden **unterschiedliche Aspekte unternehmerischer Entscheidungsprozesse und deren Einfluss auf die Energienutzung** in Unternehmen ab. Diese Differenzierung ermöglicht ein vertieftes Verständnis jener Faktoren, die die Energieintensität auf Unternehmensebene maßgeblich prägen.⁸⁷

⁸⁴ Da die Jahre 2020–2022 einerseits von den Folgen der COVID-19 Epidemie und andererseits von der Energiekrise geprägt waren, weist ► Tabelle 7.1 Durchschnitte und kumulierte Größen sowohl über den gesamten Beobachtungszeitraum 2009–2022 als auch bis 2020 aus, um den Einfluss dieser krisenhaften Periode auf die betrachteten Größen transparent darzustellen.

⁸⁵ In der Gütereinsatzstatistik werden jedes Jahr nur eine sehr geringe Anzahl an mittleren Unternehmen und praktisch keine kleinen Unternehmen erfasst. Aussagen mit Blick auf Unternehmensgröße sind damit möglicherweise nicht repräsentativ.

⁸⁶ Diese tragen über die Jahre kumuliert entweder zur Verbesserung oder zur Verschlechterung der Energieintensität auf Unternehmensebene beitragen. In ► Tabelle 7.1 werden die berechneten Beiträge als Jahresdurchschnitte und kumuliert ausgewiesen. Der Saldo aller positiven und negativen Beiträge ergibt dann die (erwartete) Veränderung der Energieintensität (► Tabelle 7.1, Datenspalten 3–7).

⁸⁷ Die Beiträge der einzelnen Komponenten schwanken im Zeitverlauf (vgl. Anhang in diesem Kapitel, ► Abbildung 7.8). Vor allem durch das Jahr 2022 ergibt sich auch die hohe Diskrepanz zwischen den aus den Daten berechneten Energieeffizienzgewinnen (*EIG – ist*) und den aus dem Modell berechneten Erwartungswerten (*EIG – erwartet*) in ► Tabelle 7.1. Die beobachteten Muster zeigen sich jedoch unabhängig davon, ob in den Schätzungen explizit für die Krisenjahre kontrolliert wird oder nicht. Auch die den Komponentenberechnungen zugrunde liegenden Elastizitäten verändern sich nur geringfügig und wirken sich dementsprechend nur minimal auf die Ergebnisse aus. Ausschlaggebend ist vielmehr die deutliche Zunahme der unsystematischen Volatilität sämtlicher in die Berechnungen einfließenden Variablen, die ein Spiegelbild der hohen Unsicherheit in den Krisenjahren darstellt. Diese Unsicherheit wirkt sich direkt auf die Genauigkeit der Schätzungen in diesem Zeitraum aus.

Tabelle 7.1: Verbesserung der Energieintensität in Unternehmen und beitragende Komponenten

		Beiträge pro Jahr in % (Durchschnitt 2009–2020)					
		EIG	AEC	SEC	OIC	TC	EFFC
		ist	erwartet				
Alle Unternehmen		0,25	0,22	-0,27	0,85	-0,53	0,07
Energieintensität der Branche							
niedrig		-0,30	-0,16	-0,21	0,88	-0,65	-0,36
mittel		0,34	0,16	-0,21	0,93	-0,73	0,20
hoch		0,70	0,64	-0,37	0,74	-0,23	0,37
Unternehmensgröße							
mittel		-0,07	-0,04	-0,30	0,83	-0,43	-0,02
groß		1,02	0,86	-0,19	0,94	-0,79	0,27
Energieintensive Branchen i.e.S.		0,87	0,98	-0,43	0,87	-0,11	0,46
Unternehmen mit Anlagen im ETS		0,32	0,46	-0,33	0,61	-0,44	0,17
Bausektor		-0,71	-0,33	-0,08	0,69	-1,23	0,09
Beiträge pro Jahr in % (Durchschnitt 2009–2022)							
		EIG	AEC	SEC	OIC	TC	EFFC
		ist	erwartet				
Alle Unternehmen		0,35	0,17	0,21	1,19	-0,55	0,23
Energieintensität der Branche							
niedrig		-0,05	0,00	0,08	1,46	-0,64	-1,85
mittel		0,22	-0,09	0,15	1,23	-0,80	0,40
hoch		0,83	0,54	0,41	0,88	-0,23	0,48
Unternehmensgröße							
mittel		0,03	-0,05	0,20	1,12	-0,41	0,14
groß		1,09	0,71	0,26	1,39	-0,88	0,43
Energieintensive Branchen i.e.S.		0,93	0,74	0,49	1,01	-0,17	0,59
Unternehmen mit Anlagen im ETS		0,92	0,75	0,39	1,14	-0,42	0,30
Bausektor		-1,93	-0,75	-0,10	0,66	-1,31	0,39
Kumulierter Beitrag 2009–2020 in %							
		EIG	AEC	SEC	OIC	TC	EFFC
		ist	erwartet				
Alle Unternehmen		3,02	2,65	-3,21	10,22	-6,39	0,79
Energieintensität der Branche							
niedrig		-3,60	-1,91	-2,57	10,62	-7,80	-4,35
mittel		4,05	1,86	-2,48	11,21	-8,80	2,34
hoch		8,44	7,68	-4,49	8,84	-2,75	4,46
Unternehmensgröße							
mittel		-0,82	-0,44	-3,58	9,99	-5,14	-0,25
groß		12,25	10,21	-2,24	11,33	-9,52	3,22
Energieintensive Branchen i.e.S.		10,48	11,77	-5,13	10,45	-1,33	5,46
Unternehmen mit Anlagen im ETS		3,88	5,49	-3,92	7,30	-5,55	2,08
Bausektor		-8,48	-3,97	-0,92	8,27	-14,82	1,06
Kumulierter Beitrag 2009–2022 in %							
		EIG	AEC	SEC	OIC	TC	EFFC
		ist	erwartet				
Alle Unternehmen		4,84	2,37	2,99	16,71	-7,73	3,19
Energieintensität der Branche							
niedrig		-0,73	0,03	1,09	20,41	-9,02	-2,59
mittel		3,08	-1,20	2,06	17,29	-11,16	5,64
hoch		11,63	7,59	5,77	12,33	-3,27	6,70
Unternehmensgröße							
mittel		0,40	-0,73	2,79	15,71	-5,73	1,97
groß		15,26	9,93	3,60	19,40	-12,35	5,99
Energieintensive Branchen i.e.S.		13,07	10,40	6,91	14,08	-2,34	8,28
Unternehmen mit Anlagen im ETS		12,92	10,45	5,42	15,96	-5,90	4,16
Bausektor		-27,07	-10,44	-1,36	9,20	-18,36	5,45

Quelle: Gütereinsatzstatistik, Leistungs- und Strukturstatistik, Statistik Austria (AMDC). Eigene Berechnungen.

Anmerkungen: EIG: Verbesserung der Energieintensität als jährliche Veränderungsrate (ist: berechnet; erwartet: geschätzt auf Grundlage des zugrundeliegenden Modells). Komponenten der Verbesserung der Energieintensität: AEC: Beitrag durch Änderung der Allokationseffizienz, SEC: Beitrag durch Skaleneffekte; OIC: Beitrag durch Änderung der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital; TC: Beitrag durch technischen Wandel; EFFC: Beitrag durch Verbesserungen der Energieeffizienz. Die Summe der Komponenten ergibt (annähernd) den erwarteten Verbesserungswert der Energieeffizienz: $EIG_{erwartet} = AEC + SEC + OIC + TC + EFFC$. ETS: Europäisches Emissionshandelssystem.

Textbox 7.2: Zerlegung der Veränderung der Energieintensität auf Unternehmensebene

Die Energiekosten und der Energieverbrauch sind durch die Energiepreise, den Produktionsausstoß, den Einsatz von Kapitalgütern, Arbeit und Vorleistungen, technischen Wandel und Energieeffizienzsteigerungen bestimmt. Damit kann die Veränderung der Energieintensität (Definition siehe ► Absatz 192) über die Zeit in unterschiedliche Komponenten zerlegt werden (vgl. Adetutu et al., 2020):

1. Beitrag durch **Verbesserungen/Verschlechterungen der Allokationseffizienz (AEC)**: Allokationseffizienz bedeutet, dass Unternehmen Energie so einsetzen, dass ihre Kosten bei gegebenem Produktionsausstoß möglichst gering sind. Wären also alle (betroffenen) Märkte vollkommen effizient und könnten Unternehmen flexibel den Energieverbrauch an Preisänderungen anpassen, wäre der Beitrag dieser Komponente Null. Kommt es jedoch zu Preisverzerrungen, etwa durch Subventionen oder starre Energielieferverträge, weichen diese Entscheidungen vom kostenoptimalen Einsatz ab. Energie wird dann im Vergleich zur effizienten Marktlösung zu viel oder zu wenig genutzt. Im vorliegenden Fall liefert der Faktor einen positiven Beitrag, wenn die Entwicklung der Energiepreise zu einer Senkung der Energieintensität beiträgt. Der Beitrag ist negativ, wenn Energiepreisänderungen zu deren Verschlechterung beitragen. Dieser Faktor wird maßgeblich durch die institutionellen Rahmenbedingungen auf den Energiemarkten und durch die technische Anpassungsfähigkeit an Änderungen der Energiekosten auf Unternehmensebene beeinflusst.
2. Beitrag durch **Skaleneffekte (SEC)**: Skaleneffekte bilden den Zusammenhang zwischen Veränderungen des Produktionsniveaus, d.h. der Menge der erzeugten Güter und Dienstleistungen, und Veränderungen des Energieverbrauchs ab. Der Energieverbrauch pro Produktionseinheit ändert sich für Unternehmen in Abhängigkeit vom Produktionsausstoß und ist bei einem bestimmten Niveau am niedrigsten. Produziert ein Unternehmen genau diese Menge, so ist der Skaleneffekt Null und beeinflusst die Energieeffizienz damit nicht. Wird z. B. unterhalb dieser optimalen Produktionsmenge gearbeitet, kann der Energieverbrauch je produzierter Einheit, etwa durch ineffizienten Teillastbetrieb oder höhere Energieverluste steigen. In diesem Fall trägt eine Erhöhung des Ausstoßes zur Verbesserung der Energieeffizienz bei. Dieser Faktor ist immer dann positiv, wenn eine Veränderung (Zunahme) des Produktionsausstoßes (gemessen am Produktionswert) zu einem Sinken des Energieverbrauchs je Einheit beiträgt. Dieser Faktor wird durch das Produktionsniveau und damit durch die Unternehmensgröße und Produktionstechnologie, konjunkturelle Faktoren, aber auch durch die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen i. S. ihrer Fähigkeit, nahe an ihrer optimalen Ausstoßmenge zu produzieren, beeinflusst.
3. Beitrag durch **Veränderungen im Einsatz der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital (OIC)**: Wenn sich die Intensität oder die Zusammensetzung dieser beiden Produktionsfaktoren auf Unternehmensebene z. B. durch die Nutzung kapitalintensiverer Herstellungsverfahren ändert, so kann sich dies auf den Energieverbrauch je produzierter Einheit auswirken. Der in diesem Zusammenhang ausgewiesene Effekt ist positiv, wenn diese Veränderungen in den Produktionsverfahren auf Unternehmensebene zur Verbesserung der Energieintensität des Unternehmens beitragen. Dieser Faktor wird durch Investitionsentscheidungen, das Arbeitskräfteangebot, sowie Arbeits- und Kapitalkosten beeinflusst.
4. Beitrag durch **technischen Wandel auf Unternehmensebene (TC)**: Verbesserungen der Produktionstechnologie, etwa durch verbesserte Herstellungsverfahren, besser geschulte Arbeitskräfte oder allgemeine Verbesserungen in den Produktionsabläufen, steigern die Produktivität und Effizienz im Unternehmen. Diese Änderungen können zur Senkung des Energieverbrauchs bzw. der Energiekosten beitragen. Ein positiver Wert dieses Faktors zeigt, dass technischer Fortschritt auf Unternehmensebene zur Verringerung der Energieintensität beiträgt. Der technische Wandel wird maßgeblich durch das Innovationsverhalten der Unternehmen beeinflusst.
5. Beitrag durch **Veränderungen der Energieeffizienz (EEFC)**: Unter einer Verbesserung der Energieeffizienz wird eine Senkung des Energieverbrauchs bei einem bestimmten Produktionsausstoß bei gegebener Technologie und Produktionsfaktoren verstanden. Das heißt, die für ein bestimmtes Produktionsniveau erforderlichen Energiedienste (z. B. Bereitstellung mechanischer Arbeit,

Heizvorgänge in industriellen Prozessen und dgl.) werden durch einen geringeren Einsatz von Energie bereitgestellt. Dieser Faktor ist eine Residualgröße, die sich ergibt, nachdem alle anderen relevanten Faktoren berücksichtigt wurden. Deshalb ist zur Berechnung der Energieeffizienz eine Annahme zur Verteilung der Energieeffizienz bzw. -ineffizienz über alle Unternehmen hinweg erforderlich, da diese nicht direkt beobachtet werden kann. Im konkreten Fall wurde eine Exponentialverteilung angenommen. Damit wird unterstellt, dass die Mehrzahl der Unternehmen versucht, Energie effizient zu nutzen, da sie versuchen, ihre Energiekosten zu minimieren, während nur wenige Unternehmen in ihrer Energienutzung sehr ineffizient sind. Dieser Faktor wird durch die energetische Optimierung von Produktionsabläufen und -verfahren beeinflusst.

Der Energieeffizienzgewinn (EIG) im Sinne einer Senkung des Energieverbrauchs je realem Euro des Produktionswertes kann für jedes Jahr t und Unternehmen i als Summe dieser Komponenten dargestellt werden:

$$EIG_{it} = AEC_{it} + SEC_{it} + OIC_{it} + TC_{it} + EEFC_{it}$$

Diese Faktoren werden für einzelne Branchen oder Branchengruppen aggregiert. Diese Summe, die einen Saldo positiver und negativer Beiträge darstellt, liegt Tabelle 7.1 zugrunde, wenngleich dort mehrjährige Durchschnitte abgebildet sind und sich dadurch nicht exakt zu $EIG_{erwartet}$ aufsummieren. Grundlage der Zerlegung ist ein so genanntes Stochastic Frontier True Fixed Effects (SFA-TFE) Modell für Kostenfunktionen auf Unternehmensebene. Die hier präsentierten Ergebnisse wurden auf Grundlage einer Translog-Produktionsfunktion und für einzelne Unternehmenssubgruppen (►Textbox 7.1) geschätzt. Technische Details dieser Zerlegung und die Schätzung der zugrunde liegenden Elastizitäten finden sich in Reinstaller und Sellner (2025b).

- 197** Der Energieeinsatz in Produktionsprozessen ist nicht sehr flexibel, vor allem dann, wenn Produktionsanlagen auf kontinuierlichen Betrieb ausgelegt sind. Schwankungen in der Auslastung bedingen dann auch Schwankungen im Energieeinsatz je produzierter Einheit. **Die Skaleneffekte (SEC)** erfassen den Anteil der Veränderungen der Energieintensität eines Unternehmens, die durch Veränderungen der Menge der erzeugten Güter und Dienstleistungen ausgelöst werden (►Tabelle 7.1, 4. Datenspalte). Über alle Unternehmen hinweg betrug der Beitrag dieser Komponente zur Verbesserung der Energieintensität durchschnittlich 1,19% pro Jahr (0,85%, 2009–2020). Das entsprach einem kumulierten Beitrag von 16,7% (10,2%) in der betrachteten Zeitspanne. Der Beitrag unterschied sich zwischen den unterschiedlichen Branchengruppen und ist bei großen Unternehmen am höchsten. Die Skaleneffekte stellen den mit Abstand wichtigsten Beitrag zur Verbesserung der Energieintensität auf Unternehmensebene dar. Andere Faktoren spielen demgegenüber eine untergeordnete Rolle. **Produktionssteigerungen führen damit durch effizientere Nutzung der Energie zu einer Senkung der Energieintensität.** Damit steigt der absolute Energieverbrauch, wenn Unternehmen ihre Energieintensität senken.
- 198** Der **technische Wandel (TC)** spiegelt die Wirkung des technischen Fortschritts auf die Energienutzung und die Energiekosten auf Unternehmensebene wider. Diese Komponente leistete im Zeitraum 2009–2022 den **zweitgrößten Beitrag zur Verbesserung der Energieintensität auf Unternehmensebene**, wenngleich mit deutlichem Abstand zu den Skaleneffekten (►Tabelle 7.1, 6. Datenspalte). Dies gilt jedoch nur für den Beobachtungszeitraum 2009–2022. In diesem Zeitraum lag der durchschnittliche Beitrag pro Jahr bei 0,23%, was einem kumulierten Beitrag zur Verbesserung der Energieintensität von knapp 3,2% entspricht. Bis 2020 war der durchschnittliche Beitrag des technischen Wandels hingegen nur knapp positiv. Dies deutet darauf hin, dass primär erst ab 2020 technische Neuerungen verstärkt auch zur Senkung des Energieverbrauchs beigetragen haben. Die Energiekrise dürfte demnach Investitionsanreize für effizientere und energiesparende Technologien verstärkt haben. Auch hier sind wieder Unterschiede zwischen den Branchengruppen zu erkennen. Bei Unternehmen in Branchen mit niedriger Energieintensität war der kumulierte Beitrag negativ, während er bei Unternehmen in energieintensiven Branchen mehr als 6% und bei Unternehmen mit Anlagen im ETS mehr als 8% betrug.

- 199 In der Periode 2009–2020 trugen **Verbesserungen der Energieeffizienz (EEFC)** und damit eher niedrigschwellige Prozessoptimierungen stärker zur Senkung der Energieintensität bei als der technische Wandel. Der durchschnittliche jährliche Beitrag lag bei 0,1%, was sich zu einem kumulierten Effekt von rund 1,2% summiert (►Tabelle 7.1, 7. Datenspalte). **Besonders große Unternehmen sowie Betriebe mit Anlagen im EU-Emissionshandelssystem (ETS)** – wobei sich beide Gruppen teilweise überschneiden – erzielten dabei **signifikante Effizienzgewinne**. Mit der Energiekrise im Jahr 2022 kehrte sich dieses Bild jedoch um und der Beitrag der Energieeffizienz wurde deutlich negativ. Der Anstieg der Energiepreise vor allem ab 2021 dürfte einen Teil der Wirkung abgefangen haben. Tatsächlich wird in dieser Periode der Beitrag der Allokationseffizienz positiv.⁸⁸
- 200 **Veränderungen in der Nutzung von Kapital und Arbeit (Faktor OIC)** bildet Änderungen der Energieintensität ab, die durch Veränderungen des Arbeits- oder Kapitaleinsatzes hervorgerufen werden. Diese Komponente **leistet über weite Strecken einen negativen Beitrag zur Entwicklung der Energieintensität** (►Tabelle 7.1, 5. Datenspalte).⁸⁹ In die Berechnung gehen ausschließlich der geschätzte Kapitalwert auf Unternehmensebene sowie das Arbeitsvolumen in Stunden ein. Die Qualität des Kapitalstocks oder jene der Arbeitskräfte kann nicht berücksichtigt werden. Dieses Ergebnis spiegelt daher vor allem die Auswirkungen einer veränderten Kapitalintensität auf die Energieintensität wider. Die historische Entwicklung der Energiekosten (im Vergleich zu europäischen Mitbewerbern) scheint Investitionen in energieintensivere Technologien eher begünstigt zu haben. Ein Hinweis darauf ist, dass sich der konstant negative Beitrag des Faktors OIC im Jahr 2022 nahezu auf null reduziert hat.⁹⁰
- 201 Die **Entwicklung des Beitrags der Allokationseffizienz (AEC) zur Energieintensität** reflektiert die Trägheit der Anpassung des Energieverbrauchs an Energiepreisänderungen auf Unternehmensebene, die technische oder institutionelle Ursachen haben kann. Diese Komponente **zeigt ein deutlich differenziertes Muster**, je nachdem, ob man die Zeit vor oder während der Energiekrise betrachtet (►Tabelle 7.1, 3. Datenspalte). Bis zum Jahr 2020 wirkte dieser Faktor durchgehend negativ auf die Energieintensität, während er ab 2021 einen so ausgeprägt positiven Beitrag leistete, dass die negativen Effekte der Vorjahre überkompensiert wurden. Bis 2020 dürften vergleichsweise niedrige Energiepreise den Unternehmen geringe Anreize zur Verbesserung ihrer Energieintensität geboten haben. Erst mit dem drastischen Anstieg der Energiepreise ab Beginn der Energiekrise Mitte 2021 bestand ein starker Anreiz zur Reduktion der Energieintensität. Da der Faktor zu keinem Zeitpunkt einen Wert nahe Null erreicht hat, lässt dies auf bestehende Ineffizienzen schließen. Mögliche Ursachen dafür könnten einerseits in den stark begrenzten Substitutionsmöglichkeiten zwischen verschiedenen Energieträgern liegen. Andererseits könnte auch die Preisbildung bzw. die Ausgestaltung von Energielieferverträgen in diesem Zusammenhang eine Rolle spielen. Konkretere Aussagen zu den zugrundeliegenden Mechanismen auf Grundlage der vorliegenden Analyse können nicht getroffen werden.
- 202 Die Betrachtung der Einflussfaktoren auf die Energieintensität auf Unternehmensebene nach Unternehmensgruppen zeigt, dass **große Unternehmen sowie Betriebe in energieintensiven Branchen** ihre

⁸⁸ Eine Veränderung der Energieeffizienz infolge von Energiekostenzuschüssen scheint im Jahr 2022 als unwahrscheinlich. Da Voranmeldungen und Antragstellungen für entsprechende Förderungen erst gegen Jahresende 2022 erfolgen konnten und die tatsächlichen Auszahlungen erst nach Vorliegen der endgültigen Energiekostenabrechnungen vorgenommen wurden, lässt sich für das Jahr 2022 keine verhaltensbedingte Anpassung aufgrund möglicher Zuschüsse ableiten. Dies gilt umso mehr, als die hohen Energiepreise bereits einen starken Anreiz zu Effizienzsteigerungen geboten hätten. Vgl. dazu auch ►Absatz 201 zum Beitrag des Faktors AEC.

⁸⁹ Für die Berechnung dieses Beitrags müssen Kapitalstöcke auf Unternehmensebene auf Basis der Unternehmensinvestitionen ermittelt werden. Angesichts des (für derartige Berechnungen) kurzen Beobachtungszeitraums und grundlegender methodischer Vorbehalte gegenüber solchen Kapitalstockschatzungen ist jedoch von einer begrenzten Aussagekraft der Ergebnisse auszugehen.

⁹⁰ Kapital und Energie verhalten sich tendenziell wie Substitute. Haller und Hyland (2014) zeigen anhand irischer Unternehmensdaten, dass ein Anstieg der Energiepreise um 1% das Verhältnis von Kapital zu Energie um 1,5% erhöht. Dies legt nahe, dass steigende Energiekosten im Beobachtungszeitraum Investitionen gefördert haben könnten, die mit einem höheren Energieverbrauch je investiertem Euro einhergehen. Vergleichbare Schätzungen durch das Büro des Produktivitätsrates in Zusammenarbeit mit der OeNB befinden sich derzeit in Vorbereitung.

Energieintensität deutlich stärker reduziert haben als andere Unternehmen. Verschlechterungen der Energieintensität waren hingegen insbesondere in der Baubranche sowie in Branchen mit geringer Energieintensität zu beobachten. Allerdings ist deren Anteil am gesamten Energieverbrauch der untersuchten Unternehmen gering. Die Auswertungen zeigen überdies, dass Unternehmen mit Anlagen im EU-Emissionshandelssystem (ETS) ihre Energieintensität über die Zeit deutlich stärker gesenkt haben als andere Unternehmen. Diese Verbesserungen gehen vor allem auf technischen Fortschritt sowie Effizienzverbesserungen zurück. Wie Auswertungen im folgenden Abschnitt zeigen, sind sie auch im Durchschnitt energieeffizienter als andere Unternehmen (►Absatz 207). Die Evidenz unterstreicht somit die Bedeutung des Emissionshandelssystems zur Steigerung der Energieeffizienz auf Unternehmensebene.

- 203 Zusammenfassend zeigt dieser Teil der Analyse eine verbreitete Nutzung von Produktionstechnologien, die bei den durchschnittlich erzielten Produktionsmengen mit Blick auf den Energieverbrauch ineffizient sind. Die zentrale Rolle der Skalenökonomien deutet auf diesen Umstand hin: Eine höhere Auslastung führt zu einer besseren Energieintensität.⁹¹ Der Beitrag von technischem Wandel und reinen Effizienzsteigerungen ist zwar positiv, bleibt über den beobachteten Zeitraum aber insgesamt gering. In großen Unternehmen oder Unternehmen mit Anlagen im ETS waren Verbesserungen der Energieeffizienz durch diese Komponenten jedoch wesentlich stärker ausgeprägt. Dies reflektiert wiederum die größere Bedeutung dieser betrieblichen Kostenkomponente, deutet aber auch auf ein besseres Energiemanagement hin. Viele Unternehmen zeigen eine begrenzte Anpassungsfähigkeit ihres Energieverbrauchs bei Preisänderungen. Diese Einschränkungen ergeben sich entweder aus technischen Gründen, etwa durch geringe Flexibilität in der Energienutzung im Produktionsprozess, oder aus institutionellen Rahmenbedingungen, die etwa in der Preisbildung bzw. Lieferverträgen ihren Niederschlag finden.

7.3.2 Energieeinsparungspotenziale durch Energieeffizienzsteigerungen in österreichischen Unternehmen

- 204 Auf Basis der durchgeführten Effizienzanalysen wurden **Szenarien zur möglichen Energieeinsparung** durch Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz⁹² in Unternehmen erstellt. Eine hohe Energieeffizienz stärkt die Widerstandsfähigkeit von Betrieben gegenüber schwankenden Energiepreisen (Aterido et al., 2025) und trägt zur Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit und Produktivität bei (z. B. Montalbano et al., 2022). Darüber hinaus gilt eine effizientere Energienutzung als zentraler Hebel zur Verringerung des Energieverbrauchs und der CO₂-Emissionen (z. B. IEA, 2023). Sie kann zudem den Investitionsbedarf in Stromnetze und Infrastruktur senken, die für den Ausbau erneuerbarer Energien notwendig sind, und zur Stabilisierung der bestehenden Netzstruktur beitragen.
- 205 Entsprechend setzt die Politik auf EU- und nationaler Ebene verstärkt auf Energieeffizienz als Schlüsselinstrument zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Erreichung der Klima- und Energieziele. Mit der **überarbeiteten Energieeffizienzrichtlinie** (EU 2023/1791) hat die Europäische Union verbindliche Energieeffizienzziele für die Sektoren Gebäude, Verkehr, Industrie und öffentliche Einrichtungen für den Zeitraum 2024–2030 festgelegt. Kernstück der Richtlinie ist das Prinzip „**Energieeffizienz zuerst**“, das vorsieht, bei allen energiepolitischen, planerischen und investiven Entscheidungen vorrangig Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs zu prüfen und umzusetzen, bevor neue Energieerzeugungs- oder Infrastrukturkapazitäten geschaffen werden. Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz stellen auch eine der fünf Säulen der Energie Union der Europäischen Kommission dar.
- 206 Die Richtlinie wird in Österreich durch das **Energieeffizienzgesetz (EEffG 2023)** umgesetzt, in dem eine Senkung des Endenergieverbrauchs von 1.124 PJ (2021) auf 920 PJ im Jahr 2030 sowie **kumulierte Einsparungen von mindestens 650 PJ** festgelegt sind. Es enthält keine sektoralen Einsparvorgaben, sondern

⁹¹ Wären die Technologien mit Blick auf den Energieverbrauch skaleneffizient, so würden sich Energieverbrauch und Veränderungen des Outputs im Gleichschritt entwickeln.

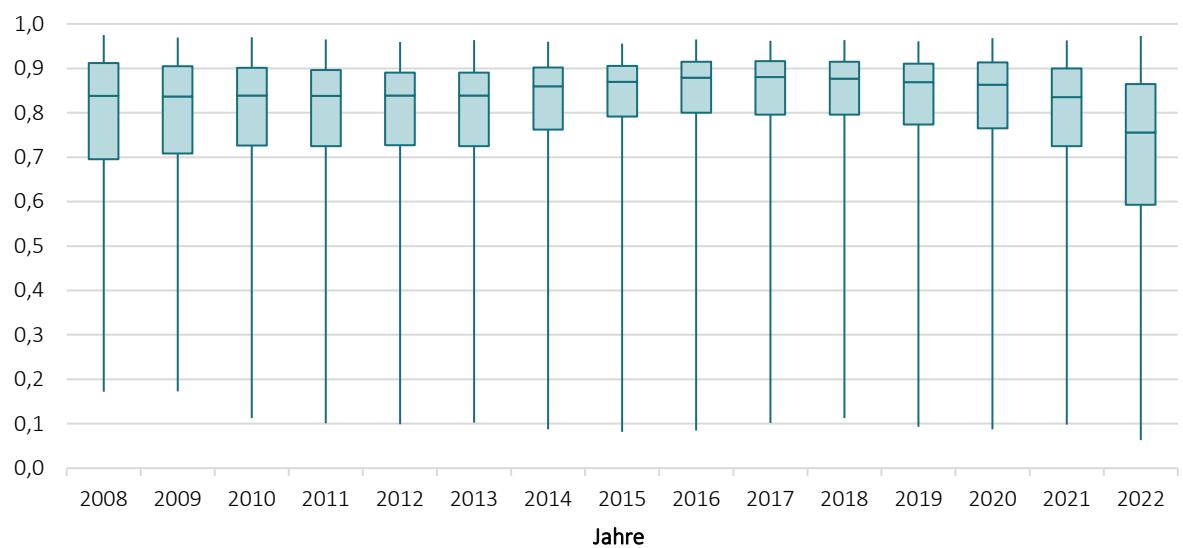
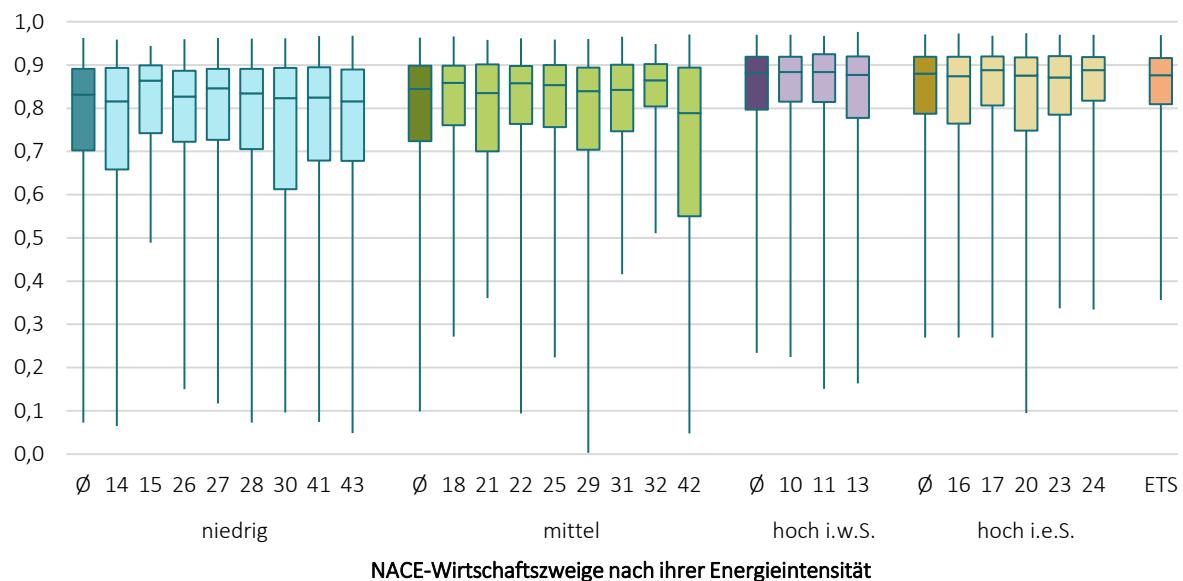
⁹² Bei genauerer Betrachtung wird im wirtschaftspolitischen Diskurs und auch in vielen wirtschaftswissenschaftlichen Beiträgen die Energieeffizienz häufig mit der Energieintensität gleichgesetzt. Wie die Analyse in dem Kapitel zeigt, ist dies nur bedingt zulässig.

fokussiert auf große Unternehmen und Energielieferanten (Verpflichtung zu Energieaudits oder Öko-/Energiemanagementsystemen). Das EEffG sieht vor, Investitionen in Effizienzmaßnahmen durch Zuschüsse, die zweckgebundene Verwendung von Ausgleichszahlungen, Förderungen nach dem Umweltförderungsgesetz sowie strategische Bundesprogramme zu unterstützen.

- 207 Die **Energieeffizienz von Unternehmen unterscheidet sich deutlich zwischen den Branchen**.⁹³ In energieintensiven Sektoren erzielen Unternehmen im Durchschnitt höhere Effizienzwerte und die Unterschiede innerhalb der Branche sind geringer. Das liegt vor allem daran, dass selbst die weniger effizienten Unternehmen in diesen Sektoren eine vergleichsweise hohe Energieeffizienz aufweisen (► Abbildung 7.6, oberes Panel). Ein Grund dafür ist, dass Energiekosten in diesen Branchen einen größeren Anteil an den Gesamtkosten ausmachen – dadurch sind die Anreize, Energie effizient zu nutzen, besonders stark ausgeprägt. Branchen, die dem EU-Emissionshandelssystem (ETS) unterliegen, zeigen ebenfalls eine sehr hohe Konzentration energieeffizienter Betriebe. Dies entspricht den Ergebnissen internationaler Studien, die eine positive Anreizwirkung der CO₂-Bepreisung für mehr Energieeffizienz belegen (Adetutu et al. 2020). Seit 2018 ist jedoch eine zunehmende Streuung der Energieeffizienzwerte zu beobachten (► Abbildung 7.6, unteres Panel), während der Durchschnittswert zurückgeht. Dieser Trend hat sich in den Krisenjahren ab 2020 weiter verstärkt.

⁹³ Da die Verteilung dieser Effizienzfaktoren konstruktionsbedingt exponentiell ist, beobachten wir weniger ineffiziente Unternehmen und mehr Unternehmen mit mittlerer oder hoher Effizienz. Unser Fokus liegt jedoch nicht auf den absoluten Effizienzniveaus, sondern auf den relativen Positionen, die in der Regel über Modelle mit unterschiedlichen Annahmen zur Verteilung von Ineffizienzen hinweg konsistent sind.

Abbildung 7.6: Berechnete Effizienzverteilungen innerhalb der Wirtschaftszweige und über die Zeit



Quelle: Gütereinsatzstatistik, Leistungs- und Strukturstatistik, Statistik Austria (AMDC). Eigene Berechnungen.

Anmerkung: Die Effizienz ist auf einen Wertebereich zwischen 0 und 1 normiert, wobei die effizientesten Unternehmen den Wert 1 erhalten. Die Effizienzwerte ergeben sich als Restgröße, nachdem die Effekte von Veränderungen der Produktion, Nutzung unterschiedlicher Inputfaktoren und des allgemeinen technischen Wandels berücksichtigt wurden. Klassifikation der Wirtschaftszweige gemäß ÖNACE 2008 (siehe ► Anhang).

- 208 Um das **Energieeinsparpotenzial durch Effizienzsteigerungen** auf Unternehmensebene zu bewerten, wurden verschiedene Einsparszenarien entwickelt. Sie sollen aufzeigen, inwieweit Maßnahmen zur Energieeffizienz einen Beitrag zur Abfederung hoher Energiekosten und zur Erreichung der nationalen Energieeinsparziele im Unternehmenssektor leisten können. Es wurden zwei Szenarien berechnet, die **einmalige Energieeinsparungen** quantifizieren, die unter den gegebenen Annahmen erzielt werden könnten:
- Szenario 1 geht davon aus, dass durch niedrigschwellige Maßnahmen die am wenigsten effizienten Unternehmen (unterstes Quartil der Energieeffizienzverteilung) auf das Effizienzniveau des

Medianunternehmens in der jeweiligen Sektorgliederung angehoben werden können.⁹⁴ Es wird unterstellt, dass das Medianunternehmen einfache, gut nachvollziehbare Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz umsetzt, die auch von anderen Betrieben ohne größeren Investitionsaufwand übernommen werden können.

- Szenario 2 ist ambitionierter angelegt und unterstellt, dass sämtliche Unternehmen, deren Effizienz unterhalb des Medianwerts einer Sektorgliederung liegt, auf das Niveau des Medianunternehmens in der jeweiligen Sektorguppe angehoben werden können.

Tabelle 7.2: Energieeinsparungsszenarien

	Verbrauch Ø 2021/2022 in 1000 GJ	Szenario 1 (niedrigschwellig)			Szenario 2 (ambitioniert)		
		geschätzter Verbrauch in 1.000 GJ	Differenz in 1.000 GJ	in %	geschätzter Verbrauch in 1.000 GJ	Differenz in 1.000 GJ	in %
Alle Unternehmen	364.988	322.387	-42.600	-11,7	316.860,1	-48.127,8	-13,2
Energieintensität der Branche							
niedrig	17.579	16.382	-1.197	-6,8	16.104,4	-1.474,7	-8,4
mittel	23.149	20.739	-2.410	-10,4	20.238,2	-2.911,0	-12,5
hoch	324.260	285.266	-38.993	-12,0	280.517,5	-43.742,1	-13,5
Unternehmensgröße							
mittel	51.258	43.623	-7.635	-14,8	42.646,6	-8.611,5	-16,8
groß	313.730	278.764	-34.966	-11,2	274.213,5	-39.516,3	-12,6
Energieintensive Branchen i.e.S.	301.229	267.846	-33.383	-11	262.940,0	-38.289,0	-12,7
Unternehmen mit Anlagen im ETS	152.542	145.516	-7.026	-4,6	143.794,1	-8.747,6	-5,8
Bausektor	9.095	8.511	-584	-6,0	8.460,0	-634,9	-6,6

Quelle: Gütereinsatzstatistik, Leistungs- und Strukturstatistik, Statistik Austria (AMDC). Eigene Berechnungen. Zu den Abweichungen im Energieverbrauch im Vergleich zur Energiebilanz siehe ► Textbox 7.1.

Anmerkung: Aufgrund der Unsicherheit am aktuellen Rand der Daten werden die durchschnittlichen Effekte für die Jahre 2021 und 2022 auf Basis der Effizienzverteilung der beiden Jahre ausgewiesen. Ersten Datenspalte „Verbrauch“: tatsächlicher Energieverbrauch (in GJ). Weitere Spalten: „geschätzter Verbrauch“: Ermittelter Verbrauch (in GJ) auf Grundlage der Annahmen der Szenarien. „Differenz“: resultierende Nettoeinsparungen (in GJ) sowie Prozentanteil der Einsparung auf Basis des tatsächlichen Energieverbrauchs.

- 209 Für eine fundierte Bewertung des Einsparpotenzials müssen auch **Rebound-Effekte** berücksichtigt werden.⁹⁵ Diese beschreiben den Umstand, dass der Energieverbrauch trotz besserer Energieeffizienz steigen kann. Dieser Effekt tritt insbesondere dann auf, wenn Effizienzsteigerungen die Energiekosten je produzierter Einheit senken und dadurch eine Ausweitung der Produktion begünstigen.⁹⁶ Die geschätzten Effekte liegen **zwischen 14,8% im Bausektor bis zu 43,1% in Wirtschaftszweigen mit mittlerer Energieintensität** (► Tabelle 7.3). In den energieintensiven Branchen im engeren Sinne liegt der geschätzte Effekt bei rund 23,8%. Damit bewegen sich die Werte zwischen den sehr niedrigen Rebound-Effekten, die von Berner et al. (2022) für Deutschland geschätzt wurden, und den höheren Effekten, die Amjadi et al. (2018) für Schweden ermittelt haben.⁹⁷

⁹⁴ Es wird also beispielsweise die Energieeffizienz der ineffizientesten Unternehmen innerhalb der Gruppe der Unternehmen mit niedriger Energieintensität auf die Energieeffizienz des Medianunternehmens in dieser Gruppe angehoben. Damit wird sichergestellt, dass die angenommene Verbesserung realistisch ist.

⁹⁵ Der Rebound-Effekt beschreibt das Phänomen, dass Effizienzsteigerungen häufig nicht zu den erwarteten Einsparungen führen, weil sich das Verhalten der Nutzer verändert. Details zur Berechnung der Rebound-Effekte finden sich in Reinstaller und Sellner (2025b).

⁹⁶ Die Schätzungen in Reinstaller und Sellner (2025b) zeigen z. B., dass in energieintensiven Branchen eine Verbesserung der Energieeffizienz um 10% eine Erhöhung des Produktionswertes zwischen 4,8 und 6,2% nach sich zieht. In Wirtschaftssektoren mit niedriger Energieeffizienz sind diese Elastizitäten teilweise sogar höher.

⁹⁷ Die Ergebnisse sind aufgrund unterschiedlicher methodischer Ansätze jedoch nicht direkt vergleichbar.

Tabelle 7.3: Geschätzte Rebound-Effekte

Klassifikation/Sektor	Rebound Effekt* In %
Klassifikation nach Energieintensität	
Niedrig	27,84
Mittel	43,14
Hoch	37,48
Energieintensive Sektoren i. e. S	23,76
Bauwesen	14,76

Quelle: Gütereinsatzstatistik, Leistungs- und Strukturstatistik, Statistik Austria (AMDC). Eigene Berechnungen.

Anmerkung: Definition energieintensive Branchen siehe ►Textbox 7.1. — *... Verlust der ursprünglichen Energieeinsparung durch Effizienzgewinne in %.

- 210 Unter Berücksichtigung der Rebound-Effekte würden die tatsächlichen Energieeinsparungen aus unseren Szenarien in energieintensiven Branchen in der Größenordnung von 8,4% (9,7%) liegen, was in etwa 25 PJ (29 PJ) entspricht. Für die gesamte in der Schätzung berücksichtigte Unternehmensstichprobe und unter Verwendung der in ►Tabelle 7.2 und ►Tabelle 7.3 präsentierten Ergebnisse würde sich das durch vergleichsweise niedrigschwellige Energieeffizienzsteigerungen erreichbare Energieeinsparungspotenzial auf 26–30 PJ belaufen. Dies entspricht in etwa 7–8% des durchschnittlichen Bruttoenergieverbrauchs der Jahre 2021 und 2022 der Unternehmen in der Stichprobe der Gütereinsatzstatistik.
- 211 Im Vergleich zum kumulierten Anstieg der Energiekosten der Jahre 2021 und 2022 (50% im Durchschnitt aller Unternehmen, 75% bei energieintensiven Unternehmen) scheinen die **Energieeinsparungspotenziale aus den vergleichsweise niedrigschwelligen Energieeffizienzmaßnahmen** der beiden Szenarien aber **niedrig**. Niedrigschwellige Energieeffizienzmaßnahmen eignen sich daher – zumindest in Österreich – nur beschränkt, plötzliche (aber persistente) Energiekostenanstiege oder Energiepreisdifferențiale zu buffern. Mit Blick auf die Energieeinsparziele des Energieeffizienzgesetzes könnten sie von der Größenordnung her dennoch einen bedeutenden *kumulierten Beitrag*⁹⁸ leisten, sofern Energieeffizienzsteigerungen rasch realisiert werden.⁹⁹
- 212 Dieser Befund ist aber auch vor dem Hintergrund der sog. NEFI-Studie (Schützenhofer et al., 2023) zu bewerten. Diese Studie hat den Investitions- und Energiebedarf der österreichischen Industrie bei einer vollkommenen Substitution von fossilen Energieträgern bis 2050 analysiert und berechnet einen Anstieg des **Gesamtenergiebedarfs im Unternehmenssektor von ca. 460 PJ/130 TWh (2021) auf über 600 PJ/168 TWh (2050)**.¹⁰⁰ Im Vergleich zu diesen Veränderungen können niedrigschwellige Energieeffizienzmaßnahmen den prognostizierten Anstieg des Energiebedarfs in der Industrie abfedern, sie würden jedoch in keinem Fall ausreichen, um den für die Energiewende erforderlichen zusätzlichen Energieverbrauch der Industrie vollständig auszugleichen.¹⁰¹
- 213 Wenngleich die Energieeinsparungspotenziale durch Effizienzsteigerungen nicht maßgeblich zur Abschwächung der Folgen erhöhter Energiekosten beitragen können und der Beitrag zur Erreichung der Energieeinsparungsziele im Vergleich zum steigenden Energiebedarf gering sind, so können

⁹⁸ Würden infolge der Energiekrise angestoßene Effizienzmaßnahmen die hier geschätzten Einsparungspotenziale bis Ende 2025 realisieren, so könnte der kumulierte Beitrag bis 2030 bei 100–130 PJ (Bruttoenergie) liegen. Unterstellt man einen Umrechnungsfaktor in Endenergie von ca. 0,85 (Verhältnis zwischen Wert der Energiebilanz zum Endenergieverbrauch im produzierenden Bereich der STAT AT und Gütereinsatzstatistik lt. Tabelle 7.2), dann entspricht dies ca. 85–110 PJ Endenergie.

⁹⁹ Die Investitionserhebung der Europäischen Investitionsbank zeigt, dass seit 2021 sowohl der Anteil der Unternehmen, die in die Steigerung der Energieeffizienz investiert haben (38,9% 2020 → 59,1% 2024), als auch der Anteil derartiger Investitionen an den Gesamtinvestitionen (9,5% 2020 → 11,3% 2024) stark gestiegen ist (European Investment Bank, 2025).

¹⁰⁰ Vgl. [Pathway of industry - NEFI](#).

¹⁰¹ Diese Prognktion weicht deutlich von jenen des Umweltbundesamtes (Umweltbundesamt, 2024, S. 42) ab. Im Szenario des Umweltbundesamtes, das bestehende rechtliche Regelungen (Stand 2024) abbildet, wird von einem leichten Anstieg des Energieverbrauchs in der Industrie bis 2050 von 13% relativ zu 2022 ausgegangen. Im Szenario, das auch die Maßnahmen des Nationalen Energie- und Klimaplans (NEKP) berücksichtigt, würde der Energieverbrauch in der Industrie zunächst bis 2040 leicht ansteigen (+4%) und dann bis 2050 leicht zurückgehen (-4%).

Energieeffizienzmaßnahmen doch auch zur **Stärkung des Produktivitätswachstums in Unternehmen** beitragen (vgl. z. B. Berner et al., 2022; Montalbano et al., 2022; Caragliu, 2021). Eigene Schätzungen für österreichischen Unternehmen im Zeitraum 2009–2021 bestätigen einen solchen positiven Zusammenhang. Eine Verbesserung der Energieintensität auf Unternehmensebene um 10% geht mit einem höheren Produktivitätswachstum von ca. 3% einher (1–2% bei einer 10-prozentigen Verbesserung der Energieeffizienz im eigentlichen Sinne). Der Wirkungsmechanismus dürfte dabei primär über die Senkung der Energiekosten zustande kommen.

7.4 Diskussion der Ergebnisse

- 214** Gestiegene **Personal- und Energiekosten haben den Kostendruck auf österreichische Unternehmen erheblich erhöht**. In diesem Zusammenhang deuten die Ergebnisse der WIFO-Industriebefragung auf ausgeprägte Tendenzen zur Verlagerung von Produktionsstandorten sowie zum Abbau von Arbeitsplätzen in der Industrie – insbesondere im Produktionsbereich hin.
- 215** Für die Mehrheit der Unternehmen liegt der Anteil der Energiekosten an den Gesamtkosten im niedrigen einstelligen Prozentbereich und stellt **somit keine unmittelbare Belastung für deren wirtschaftliche Tragfähigkeit** dar (vgl. Produktivitätsrat, 2024, S. 121). Wesentlich wichtiger sind hier die Personalkostenanteile. Dennoch führen die gestiegenen Energiekosten – angesichts eines zunehmend herausfordernden internationalen Wettbewerbsumfelds – zu einer spürbaren Beeinträchtigung der Profitabilität und der Investitionsspielräume. Dies kann langfristig negative Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit nach sich ziehen.
- 216** Umso bemerkenswerter ist der hohe Anteil von Unternehmen innerhalb und auch außerhalb energieintensiver Branchen, die in der WIFO-Industriebefragung angegeben haben, die Energiepreise als hohes Risiko wahrzunehmen. Mit Blick auf die Energiewende hängt ein wirtschaftlich tragfähiger Betrieb energieintensiver Produktionsstätten in Österreich von zahlreichen Faktoren ab. Dazu zählen die technische Machbarkeit und Wirtschaftlichkeit klimaneutrale Technologien, Investitionsanreize und Fördermaßnahmen sowie die Frage, **ob und zu welchen Preisen der teils drastisch steigende Energiebedarf künftig gedeckt werden** kann. Vor diesem Hintergrund besteht sowohl auf nationaler Ebene als auch innerhalb der EU ein **breiter politischer Konsens**, erneuerbare Energien und die Energieinfrastruktur konsequent auszubauen, CO₂-neutrale Energieträger bereitzustellen und Unternehmen durch technologiepolitische Maßnahmen bei der Transformation sowie der Steigerung ihrer Energieeffizienz gezielt zu unterstützen. Auch im Produktivitätsbericht 2024 wurde diese Notwendigkeit durch spezifische Empfehlungen an die Bundesregierung hervorgehoben. Die Bundesregierung hat durch die rasche Vorlage des Energiewirtschaftsgesetzes (ElWG) einen wichtigen ersten Schritt gesetzt. Dennoch bestehen weiterhin in allen genannten Bereichen eine hohe Unsicherheit mit Blick auf die Durchführbarkeit, Durchführung und die Finanzierung erforderlicher Maßnahmen. Unternehmen, bei denen die Energiekosten einen hohen Anteil an den Gesamtkosten ausmachen, befinden sich damit sowohl kurz- als auch langfristig in einer schwierigeren Lage.
- 217** Für Unternehmen, die maßgeblich von hohen Energiekosten betroffen sind, sind **kurzfristige Möglichkeiten zur Senkung des Energieverbrauchs** ohne erhebliche Investitionen nur **begrenzt** vorhanden. Vor allem energieintensive Unternehmen nutzen Energie bereits vergleichsweise effizient. Niedrigschwellige Energieeffizienzmaßnahmen könnten nach den Berechnungen in diesem Kapitel – unter Berücksichtigung von Rebound-Effekten – einmalig Einsparungen von etwa 7–8% des Energieverbrauchs ermöglichen. Effizienzsteigerungen können die preisliche Wettbewerbsfähigkeit daher nur in begrenztem Umfang stützen. Umso entscheidender ist die Stabilisierung der Gesamtkosten, um die Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig zu stärken und einen Beitrag zur Überwindung der Industrierezession zu leisten.
- 218** In einer langfristigen Betrachtung ist davon auszugehen, dass auch **signifikante Energiepreisunterschiede** gegenüber Ländern wie den USA und China **persistent** bestehen bleiben werden:

- Selbst bei erfolgreichem Ausbau erneuerbarer Energien werden die Strompreise in Europa und Österreich voraussichtlich weiterhin über dem internationalen Niveau liegen – bedingt durch **Nachteile bei Wind- und Solarenergie gegenüber Ländern in günstigeren geografischen Lagen**. Österreich kann dem zwar einen komparativen Vorteil im Bereich der Wasserkraft gegenüberstellen, die aber bereits an in hohem Maße erschlossen ist. Inwieweit dieser Vorteil durch den Klimawandel mittel- bis langfristig beeinträchtigt wird, ist unsicher (vgl. z. B. Stanzel, 2023).
- Die **Klimapolitik in der EU und Österreich ist ambitionierter ausgelegt als in anderen Weltregionen**, mit denen österreichische Unternehmen im Wettbewerb stehen. In der EU wird unter anderem auf den Emissionshandel gesetzt, der die Energiekosten bei der Nutzung fossiler Brennstoffe erhöht. Dieser Mechanismus wird bislang kaum in Märkten außerhalb der EU eingesetzt. Es ist auch nicht davon auszugehen, dass der Grenzausgleichsmechanismus die Kostennachteile, die durch eine vollständig dekarbonisierte Produktion entstehen, gegenüber Mitbewerbern, die dies nicht oder nur zum Teil machen, kompensieren kann. Für ausländische Exporteure energieintensiver Waren kann es kostengünstiger sein, die Grenzausgleichsgebühr zu entrichten, als ihre Produktionsprozesse auf klimafreundliche Standards umzustellen.¹⁰²
- Durch die Energiewende der Industrie – im gesamten Europa – inklusive umfassender Elektrifizierung ist ein Anstieg der Stromnachfrage in nahezu allen Branchen und in allen Ländern zu erwarten. Anpassungs- und Transformationsmaßnahmen in anderen Sektoren tragen ebenfalls dazu bei, die Strombedarf weiter zu erhöhen. Sollte der Ausbau erneuerbarer Energieträger nicht mit diesem Nachfrageanstieg Schritt halten, entsteht dadurch ein weiterer **Aufwärtsdruck** auf die Energiepreise.
- Zudem bestehen weiterhin **erhebliche Unsicherheiten** hinsichtlich der tatsächlichen Bereitstellung erneuerbarer Energie, wie etwa im Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG) vorgesehen. Der Rechnungshof (2025) kritisierte zuletzt mangelnde Transparenz bei Kosten für die Energiewende und deren Zuschreibung auf private und öffentliche Finanzierung, Abstimmung zwischen Gebietskörperschaften und Flächensicherung. Dadurch ist in Frage zu stellen, ob der Ausbau der Erzeugung erneuerbarer Energie mit der Nachfrage, die sich bei den geplanten Transformationspfaden ergeben wird, tatsächlich Schritt halten kann.

- 219 Die energieintensiven Unternehmen in Österreich haben den durch hohe Energiepreise gegebenen Wettbewerbsnachteil bei energieintensiven Gütern bislang durch technologischen Vorsprung und eine hohe Energieeffizienz kompensiert. Nimmt dieser Vorsprung – etwa gegenüber China – ab, so wird der **Kostennachteil zunehmend wirksam**. Aus handelstheoretischer Perspektive würde es dann wirtschaftlich sinnvoll erscheinen, die Produktion grüner, energieintensiver Güter in Länder mit günstigerer Verfügbarkeit erneuerbarer Energien zu verlagern. Diese würden nicht dem Grenzausgleichsmechanismus unterliegen und könnten kostengünstiger erzeugt und nach Europa importiert werden. Eine derartige Entwicklung würde jedoch eine Transformationsstrategie erfordern, die auf einen sektoralen und funktionalen Strukturwandel (► Kapitel 8) begünstigt und über die Sicherung bestehender Industriestandorte hinausgeht. Ein solche Transformationsstrategie könnte, beispielsweise, auf die Entwicklung und den Ausbau von Märkten in wissensintensiver Wertschöpfungssegmente innerhalb betroffener oder in verwandten Industrien abzielen, in denen bestehendes Domänenwissen und Kompetenzen eingesetzt und weiterentwickelt werden können.¹⁰³

7.5 Handlungsfelder

- 220 Effizienzsteigerungen in der Energienutzung können die preisliche Wettbewerbsfähigkeit nur in begrenztem Umfang stützen. Umso entscheidender ist die **Stabilisierung der Gesamtkosten**, um die

¹⁰² Dies ist auch ein Grund, warum eine saubere, energieintensive Industrie innerhalb der EU auf Subventionen angewiesen ist.

¹⁰³ Wie Schwarzbauer et al. (2025) in einer neuen Studie zeigen, konzentrieren sich CO₂-intensive Aktivitäten in frühen Phasen der Wertschöpfungskette, während spätere Phasen eine geringere Emissionsintensität aufweisen.

Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig zu stärken und einen Beitrag zur Überwindung der Industrierezession zu leisten. Angesichts der Bedeutung hoher Personalkosten sind die Sozialpartner gefordert, konstruktive Lösungen zu entwickeln, die sowohl den Standort für wettbewerbsfähige Unternehmen sichern als auch hohe Einkommen ermöglichen (► Absatz 27).

- 221 Als **kurzfristige Maßnahmen der öffentlichen Hand zur Senkung der Energiepreise** sind entweder direkte Eingriffe in die Preisbildung, Steuersenkungen oder öffentliche Zuschüsse zu den Energiekosten möglich. Steuersenkungen und öffentliche Zuschüsse zu Energiekosten sind angesichts der budgetären Lage im Moment schwer finanzierbar und kritisch zu hinterfragen. Sie stellen keine nachhaltige Lösung dar und sollten nur eingesetzt werden, bis **mittelfristig wirkende strukturelle Maßnahmen** eine dauerhaft preissenkende Wirkung entfalten (► Absatz 225ff).
- 222 Direkte **Eingriffe in die Preisbildung**, wie etwa Preisdeckel, werden kontrovers diskutiert.¹⁰⁴ Einerseits setzen sie inhärenten Knappheitssignale von Preisen außer Kraft und können damit zu einer steigenden Nachfrage führen und Energiesparanreize senken. Andererseits wären in einem integrierten europäischen Markt damit auch Umlenkeffekten, d. h. ein verstärkter Absatz in andere europäische Märkte, verbunden, der zu einer Verknappung von Energie in Österreich führen könnten. Ein Preisdeckel müsste demnach mit einer Versorgungsverpflichtung für den österreichischen Markt verbunden werden, um Wirksamkeit entfalten zu können.
- 223 Eine einfache und mit dem europäischen Beihilferecht leicht vereinbare Maßnahme wäre – für stark betroffene Unternehmen – die **Herabsetzung der Elektrizitätsabgabe** von derzeit 0,015 EUR/kWh auf das nach EU-Recht zulässige Minimum von 0,0005 EUR/kWh. Die geltenden Ausnahmen für nicht-energetische Nutzung und für energieintensive Unternehmen, die eine Vergütung vorsehen, würden letztere jedoch nicht weiter entlasten.¹⁰⁵
- 224 Die Wiedereinführung eines **Strompreiskompensationsmechanismus**, wie er im Strompreis-Ausgleichsgesetz 2025 vorgesehen ist, adressiert hingegen energieintensive Unternehmen und ist mit dem EU-Recht vereinbar, das Maßnahmen bis 2030 erlaubt. Die Treffsicherheit eines solchen Instruments ist durch die Anlehnung an die EU-Emissionshandelsrichtlinie gewährleistet, die den Kreis der energie- und wettbewerbsintensiven Betriebe klar eingrenzt. Mittlerweile vierzehn EU-Länder, allen voran Deutschland, haben derartige Kompensationsmechanismen bereits in geltendes Recht übergeführt, was zu einer Benachteiligung heimischer Unternehmen geführt hätte, hätte die Bundesregierung keine entsprechende Maßnahmen gesetzt.¹⁰⁶ Wie Draghi (2025) jedoch hervorgehoben hat, können diese Maßnahmen nur vorübergehend Abhilfe schaffen. Sie beheben jedoch nicht die strukturellen Ursachen der hohen Energiepreise in Europa.
- 225 Neben den bereits im Produktivitätsbericht 2024 diskutierten Erfordernissen des Netzausbau v. a. im Bereich des Übertragungsnetzes, stellt die **Stärkung des Wettbewerbs unter den Energieversorgern** eine erforderliche mittel- bis langfristige Maßnahme dar. Die Horizontalverflechtungen zwischen den Landesenergieversorgern, wie durch die Bundeswettbewerbsbehörde/E-Control (2025) festgestellt wurde, bieten starke Anreize zur Unterbindung des Wettbewerbs, wie aus der wissenschaftlichen Literatur hervorgeht (vgl. z. B. Ederer und Pellegrino, 2025). Es sind daher Maßnahmen angezeigt, die den

¹⁰⁴ Preisdeckel können laut empirischer Literatur in Energiekrisen kurzfristig Haushalte und Unternehmen entlasten, Inflationsdruck senken und Insolvenzen vermeiden – etwa zeigte der iberische Gaspreisdeckel deutliche Stromkosteneffekte bei moderaten Fiskalkosten (vgl. Fabra et al., 2025). Zugleich weisen Studien auf erhebliche Nachteile hin: Breite Preisdeckel sind fiskalisch teuer, oft regressiv, verzerren Preissignale und dämpfen damit Energieeinsparungen und Investitionen; empfohlen werden daher allenfalls zeitlich befristete, zielgerichtete Maßnahmen mit klarer Ausstiegsstrategie (vgl. Ari et al., 2023; IMF 2023; Zachmann und MacWilliams, 2022).

¹⁰⁵ [Energieabgabenvergütung](#).

¹⁰⁶ Steuern und Abgaben sind wesentliche Faktoren der Endkundenenergiepreise. Der Beihilferahmen der Europäischen Kommission zur Unterstützung einer sauberen Industrie legt klare Vorgaben für die Förderung energieintensiver Unternehmen fest. Eine über die EU-Anforderungen hinausgehende nationale Umsetzung schwächt die Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Unternehmen, zumal andere Mitgliedstaaten die vorgesehenen Entlastungsspielräume konsequent nutzen.

Wettbewerb zwischen den sich in öffentlichem Eigentum befindenden Energieversorgern erhöhen. Durch überhöhte Strompreise wird nicht nur die Kaufkraft von Konsument:innen beeinträchtigt, sondern vor allem auch der Industriestandort langfristig geschädigt.

- 226 Eine verstärkte **Eigenenergieerzeugung** in Industrieunternehmen – auch im Rahmen von Energiegemeinschaften – könnte wiederum deren Unabhängigkeit von steigenden Strompreisen erhöhen und wäre auch unter den derzeitigen geltenden Regelungen nicht besteuert. Eigenenergieerzeugung kann zur Klimaneutralität beitragen, sofern erneuerbare Energien genutzt werden. Diesen Vorteilen stehen aber hohe Investitionskosten und die Notwendigkeit von Energiespeichern gegenüber. Verschiedene Förderprogramme auf EU- und nationaler Ebene zielen darauf ab, entsprechende Investitionen zu beschleunigen.
- 227 Angesichts der unterschiedlichen Entwicklungen und bestehenden Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Energiewende dürften **zahlreiche Produktionsstandorte** – sowohl innerhalb als auch außerhalb energieintensiver Branchen – **mittel- bis langfristig nicht aufrechterhalten** werden können. Dies spiegelt sich auch in den aus der WIFO-Industriebefragung ersichtlichen Tendenzen zur Verlagerung von Produktionsstandorten und zum Beschäftigungsabbau in der Produktion wider. Ein Strukturwandel zeichnet sich ab und sollte mit strategischem Weitblick gestaltet werden.
- 228 Angesichts der hohen privaten und öffentlichen Kosten für die Anpassung energieintensiver Produktionstechnologien und der derzeit in vielen Bereichen noch sehr unsicheren Ergebnisse sollte die Ausrichtung der **Technologie- und Transformationspolitik** kritisch geprüft werden. Viele Maßnahmen – insbesondere der Transformationsfonds – zielen darauf ab, bestehende (Leit-)Betriebe ökologisch zu modernisieren und am Standort zu halten. Dies erfordert jedoch nicht nur erhebliche Investitionen und neue Technologien, sondern führt auch zu einem deutlich höheren Energiebedarf. Dieser Weg scheint nur dann sinnvoll, wenn Investitionen sowohl **ökonomisch als auch ökologisch eine nachhaltige Entwicklung ermöglichen** – etwa im Hinblick auf **Resilienz und strategische Unabhängigkeit**. Alternativ können starke **Cluster-Effekte** am Standort die lokale Produktion bestimmter Güter rechtfertigen.
- 229 Eine auf Standortstärkung ausgerichtete Transformationspolitik – als integrativer Bestandteil einer Industriestrategie – sollte **in energieintensiven Industrien den Erhalt und die Weiterentwicklung von Domänenwissen** in wichtigen Schlüsselkompetenzen und Stärkefeldern, wie etwa fortschrittlichen Materialien oder Fertigungstechnologien, in den Mittelpunkt stellen. Dieses Know-how bildet die Grundlage für die einzigartigen Wettbewerbsvorteile der österreichischen Industrie im globalen Markt. Seine strategische Weiterentwicklung kann zu einer Diversifizierung von Produktion, Produkten und Standorten beitragen und die langfristige Wettbewerbsfähigkeit, auch jenseits energieintensiver Produktlinien, sichern.
- 230 Technologiepolitische Maßnahmen sollten auch nicht ausschließlich auf die Verbesserung der allgemeinen Energieintensität, Dekarbonisierung oder die Energieeffizienz ausgerichtet werden. Ein zu enger Fokus auf diese Aspekte kann andere entscheidende Faktoren für eine nachhaltige industrielle Entwicklung aus dem Blick geraten lassen. Ein besonderes Risiko entsteht, wenn ein erheblicher Anteil der Innovationsressourcen eines Unternehmens durch solche Entwicklungsprojekte gebunden wird und somit der originären Innovationsfähigkeit des Unternehmens entzogen wird. Förderungen der Transformation sollten daher die **Stärkung der Innovationsfähigkeit und Produktivität mit der Dekarbonisierung industrieller Prozesse verbinden** – mit dem Ziel, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Unternehmen insgesamt zu stärken.

Literatur

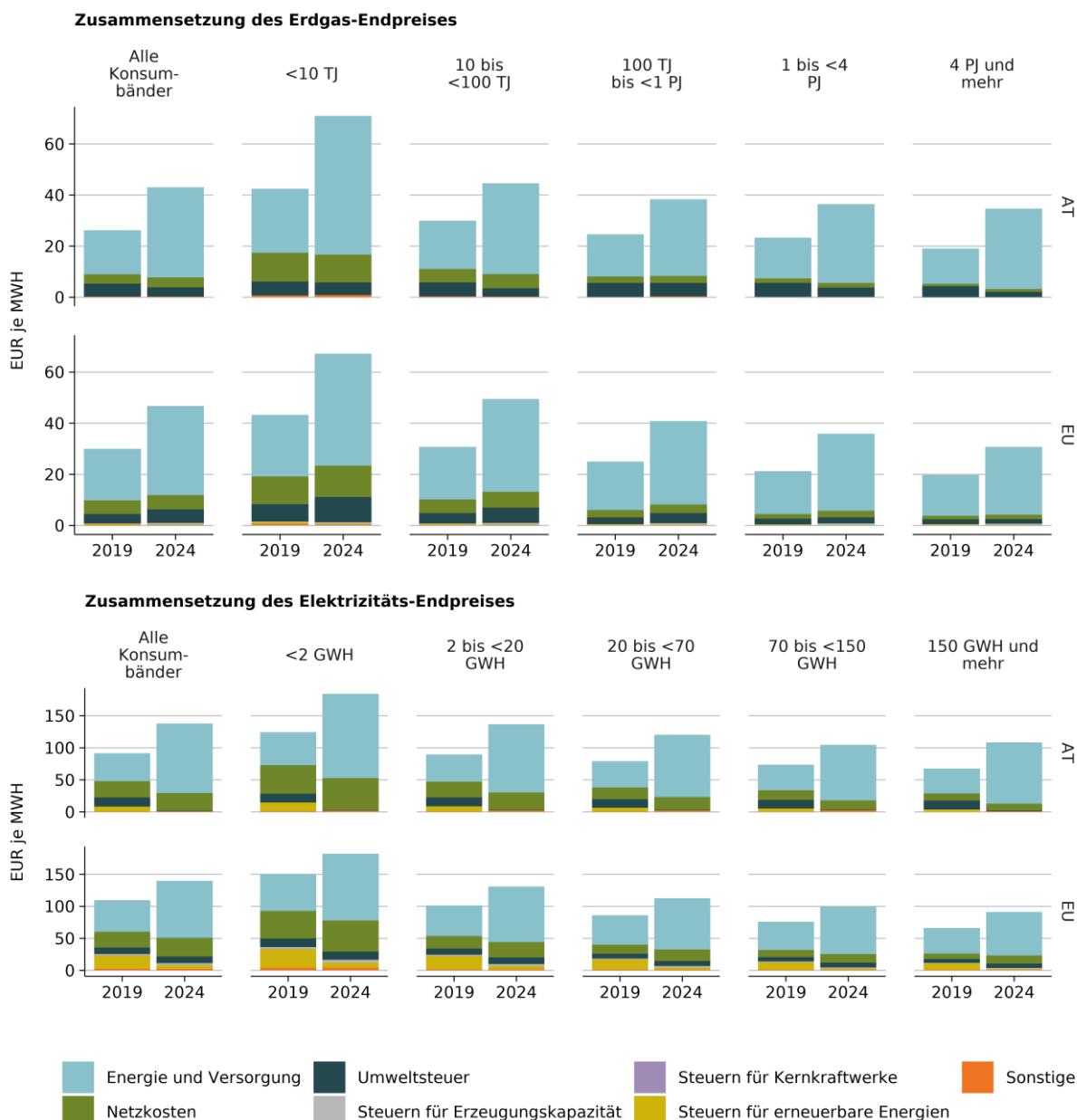
- Adetutu M., Odusanya K., Weyman-Jones T. (2020). Carbon tax and energy intensity: Assessing the channels of impact using UK microdata. *The Energy Journal* 41, 143–166.
- Amjadi G., Lundgren T., Persson L. (2018). The rebound effect in Swedish heavy industry. *Energy Economics*, 71, 140–148.
- Ari A., Engler P., Li G., Patnam M., Valderrama L. (2023). Energy Support for Firms in Europe. International Monetary Fund Working Paper WP/23/197.
- Aterido R., Iootty M., Melecky M. (2025). Energy prices, energy intensity, and firm performance. Worldbank Policy Research Working Paper, (11069).
- Berner A., Lange S., Silbersdorff A., 2022. Firm-level energy rebound effects and relative efficiency in the German manufacturing sector. *Energy Economics* 109, 105903.
- Boyd G., Lee J. (2019). Measuring plant-level energy efficiency and technical change in the U.S. metalbased durable manufacturing sector using stochastic frontier analysis. *Energy Economics*, 81:159–174.
- Bundesregierung (2025). Jetzt das Richtige tun. Für Österreich., Regierungsprogramm der Bundesregierung. Bundeskanzleramt Österreich.
- Bundeswettbewerbsbehörde/E-Control (2025). Unsere Energie fokussiert auf mehr Transparenz. Abschlussbericht der Taskforce der E-Control und der Bundeswettbewerbsbehörde 2023-2025. Wien.
- Caragliu A. (2021). Energy efficiency-enhancing policies and firm performance: Evidence from the paper and glass industries in Italy. *Energy Policy*, 156: 112415.
- Draghi M. (2024). The future of European competitiveness. Europäische Kommission, Brüssel.
- Draghi M. (2025). [High Level Conference – One year after the Draghi report: what has been achieved, what has changed.](#)
- European Investment Bank (2025). EIB Investment Survey 2024 Country Overview: Austria. Luxembourg.
- Ederer F., Pellegrino B. (2025). [A Tale of Two Networks: Common Ownership and Product Market Rivalry](#). Review of Economic Studies, im Erscheinen.
- Fabra N., Leblanc C., Souza M. (2025). [Unpacking the Distributional Implications of the Energy Crisis: Lessons from the Iberian Electricity Market](#), CEPR Discussion Paper No. 20593.
- Fleiter T., Haendel M., Klobasa M., Lux B., Khanra M., Männer W., Bussmann S., Kiefer C., Al Dabbas K., Schwotzer C., Kaiser F., Gondorf C., 2024. Flexibilisierung elektrifizierter Industrieprozesse. Kompetenzzentrum Klimaschutz in energieintensiven Industrien, Karlsruhe.
- Fuchs R., Göllner T., Hartmann S., Thomas T. (2024). Fostering excellent research by the Austrian Micro Data Center (AMDC). *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 244(4), 433–445.
- Gruber-Német M., Reinstaller A., Hödl W. (2025). [Energiepreisrisiko und Standortentscheidungen in der österreichischen Industrie](#). Kurzanalyse 03/2025, Büro des Produktivitätsrates, Wien.
- Haller S. A., Hyland, M. (2014). Capital-energy substitution: Evidence from a panel of Irish manufacturing firms. *Energy Economics*, 45, 501–510.
- Hödl W., Friesenbichler K., Kügler A., Meyer B. (2025). Herausforderungen und Determinanten der Wettbewerbsfähigkeit in Zeiten globaler Unsicherheit, Wertschöpfungskette. *WIFO-Monatsberichte* 7/2025, S.373-382.
- International Energy Agency (2023). Energy Efficiency 2023.
- International Monetary Fund (2023). G-20 Background Note on the Macroeconomic Impact on Food and Energy Insecurity. Washington.
- Montalbano P., Nenci S., and Vurchio D. (2022). Energy efficiency and productivity: A worldwide firm-level analysis. *The Energy Journal*, 43(5):93–116.
- Produktivitätsrat (2024). [Produktivitätsbericht 2024: Strategien für nachhaltiges Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz in Zeiten von Transformation und Rezession](#). Wien.
- Rechnungshof (2025). Flächen für Strom aus erneuerbaren Energieträgern. Wien

- Reinstaller A., Sellner R. (2025a). Die Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie in der Energiekrise. *Wirtschaftspolitische Blätter*, 46–55.
- Reinstaller A., Sellner R. (2025b). [Energy efficiency and energy savings potentials in the Austrian manufacturing and construction sectors: firm-level evidence from a stochastic frontier analysis](#). Report 02/2025, Büro des Produktivitätsrates, Wien.
- Schützenhofer C. e. al. (2023). [Transformationspfade und FTI-Fahrplan für eine klimaneutrale Industrie 2040 in Österreich](#), Zugriff am 10.04.2025.
- Schwarzbauer W., Bittó V., Koch P., Steininger J. (2025). Mapping CO2 emissions in Global Value Chains: Does a value added smile curve imply an emissions frown curve? *Structural Change and Economic Dynamics*, pre-print.
- Stanzel P., Lerche F., Linisch-Lehner C., Kling H. (2023). Auswirkungen des Klimawandels auf die Wasserkraft in Österreich- Studie für Österreichs Energie, Wien.
- Umweltbundesamt (2024). Energie- und Treibhausgasszenarien zum Nationalen Energie- und Klimaplan 2024. Wien.
- Zachmann G., McWilliams, B. (2022). European Energy Price Caps and Compensation Mechanisms. Bruegel Policy Brief, November 2022.

Anhang

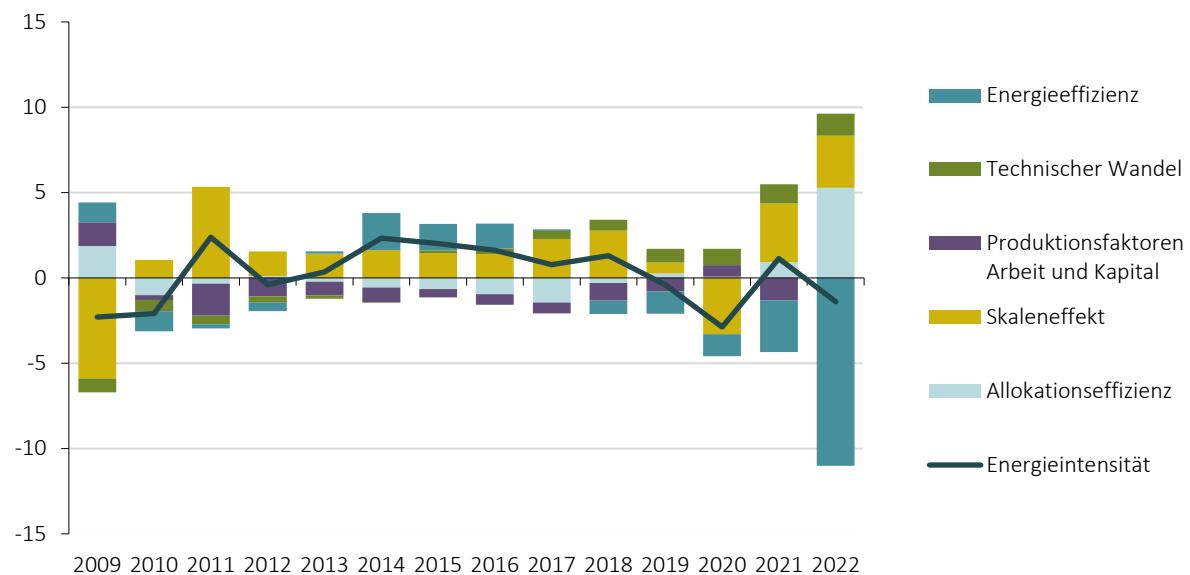
Abbildung 7.7: Komponenten des realen Erdgas- und Elektrizitätsendpreises für die Industrie nach der Höhe des jährlichen Energieverbrauchs (Konsumbänder)

EUR je MWH zu konstanten Preisen von 2015 (ohne MwSt.)



Quelle: Eurostat, nrg_pc_205_c, nrg_pc_203_c. „Sonstige“ umfasst (sofern zutreffend) Zuschuss zu Steuern in Bezug auf erneuerbare Energiequellen, Kapazitätssteuerzuschuss, Umweltsteuerzuschuss, Kernkraftsteuerzuschuss und die Restkategorie „Sonstige“.

Abbildung 7.8: Komponenten der Energieintensitätsgewinne (EIG) über die Zeit, 2009–2022
Alle Unternehmen; Veränderung der Energieintensität in %, Beiträge der Komponenten in Prozentpunkten



Quelle: Statistik Austria (AMDC): Gütereinsatzstatistik und Leistungs- und Strukturerhebung. Eigene Berechnungen. Siehe Reinsteller und Sellner (2025a). Anmerkung: erwartete Energieintensität aufgrund der Modellparameter.

Tabelle 7.4: Industriestatistik für NACE-2-Steller-Wirtschaftszweige und Industrieklassifikationen

Wirtschaftszweig bzw. Industrieklassifikation	Energie-intensität MWh je EUR Produktions- wert	Kapital-intensität Kapitalstock/ Produktions- wert	Anteil der Energieträger im Energieverbrauch der Unternehmen, in %				Anzahl der Unter- nehmen
			Elektrizität	Erdgas	Öl	Andere	
Niedrige Energieintensität	125,1	0,4	36,2	12,5	48,7	2,6	926
Bekleidung	93,3	0,3	47,7	22,7	29,6		10
Lederwaren/Schuhen	146,6	0,3	53,2	23,6	18,4	4,8	8
EDV-Geräte, elektronische/ optische Erzeugnisse	62,5	0,3	69,7	13,0	16,3	1,0	69
Elektron. Ausrüstungen	103,2	0,3	65,7	19,3	12,8	2,2	90
Maschinenbau	83,5	0,3	54,4	23,6	19,8	2,3	238
Sonst. Fahrzeugbau	59,7	0,3	54,9	31,0	14,1	0,0	19
Hochbau	135,3	0,4	21,3	3,2	72,3	3,3	195
Vorbereitende Baustellen- arbeit, sonst. Baugewerbe	177,5	0,5	12,7	5,7	78,5	3,0	297
Mittlere Energieintensität	222,5	0,5	53,6	18,5	24,5	3,4	516
Druckerzeugnisse	196,3	0,7	72,7	19,0	8,3	0,0	28
Pharmazeut. Erzeugnisse	271,5	0,6	55,2	34,7	10,1	0,0	17
Gummi-, Kunststoffwaren	241,2	0,5	69,1	20,8	8,9	1,1	96
Metallerzeugnisse	235,7	0,5	55,2	22,8	18,9	3,2	190
Kraftwagen(teile)	116,7	0,3	60,7	21,0	14,9	3,4	45
Möbel	156,5	0,4	48,7	7,4	22,2	21,7	40
Sonstige Waren	119,2	0,6	66,9	14,3	18,1	0,7	32
Tiefbau	315,3	0,4	10,8	5,8	83,3	0,1	68
Hohe Energieintensität	702,3	0,6	45,8	26,9	18,0	9,3	651
Nahrungs- u. Futtermittel	298,8	0,6	47,7	31,4	19,4	1,5	196
Getränke	365,1	1,1	43,8	44,1	9,5	2,6	21
Textilien	380,2	0,5	43,1	46,4	5,3	5,1	18
Energieintensiv i.e.S.	923,3	0,5	45,1	23,1	18,3	13,5	416
Holz-, Flecht-, Korb-, Kork- waren (ohne Möbel)	709,7	0,5	47,1	2,5	19,2	31,2	122
Papier, Pappe	1.306,8	0,6	55,3	31,9	4,3	8,5	59
Chemische Erzeugnisse	716,8	0,5	55,3	31,9	10,6	2,2	57
Glas(waren), Keramik	1.140,5	0,7	28,4	25,9	38,3	7,3	106
Metallerzeugung, - bearbeitung	814,5	0,5	49,9	39,4	5,1	5,6	72
ETS	2.176,3	0,7	34,9	45,8	5,1	14,2	46
Bauwesen	179,6	0,5	15,5	4,8	76,9	2,8	560
Mittlere Unternehmen	288,1	0,5	41,3	16,7	36,8	5,2	1.602
Große Unternehmen	460,8	0,5	50,4	24,3	21,6	3,7	491

Anmerkung: Klassifikation der Wirtschaftszweige nach ÖNACE 2008, siehe Übersicht im ► Anhang des Berichts.

8. Strukturwandel von Unternehmen und Beschäftigung

- ▶ **Aktuelle Entwicklungen** im internationalen Handel sowie steigende Energie- und Arbeitskosten führen zunehmend zu wirtschaftspolitischen Diskussionen. Dabei wächst die Sorge um eine schwindende industrielle Wertschöpfung und den Bedeutungsverlust des Wirtschaftsstandorts. Das Kapitel ordnet diese Entwicklungen in den langfristigen **Strukturwandel** von der Industrie- zur Dienstleistungswirtschaft ein. Es untersucht die Folgen für Arbeitsmarktstrukturen und Beschäftigungsbedingungen.
- ▶ Von der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise bis zur COVID-19-Pandemie stagnierten in Österreich die Anteile der Herstellung von Waren bei der Beschäftigung entgegen dem **sinkenden internationalen Trend**. Ab 2022 verzeichnete **Österreich** hingegen einen stärkeren **Rückgang**. Die Bedeutung der Herstellung von Waren entwickelte sich in den **Bundesländern** seit der Wirtschafts- und Finanzkrise unterschiedlich – teils steigend, teils rückläufig.
- ▶ Der Strukturwandel geschieht auch **innerhalb bestehender Unternehmen**. Dabei werden funktionaler und sektoraler Strukturwandel unterschieden. Beim **funktionalen Strukturwandel** findet Verlagerung innerhalb der Wertschöpfungskette statt: Die Wertschöpfung wird zunehmend durch digitale und servicebasierte Leistungen geprägt. Es entstehen **hybride Unternehmensformen** aus Produktion und produktbezogenen Dienstleistungen, bis hin zu „fabriklosen Herstellern“, die weiterhin produktionsnahe Dienstleistungen erbringen, aber dem Dienstleistungssektor zugeordnet werden.
- ▶ Beim **sektoralen Strukturwandel** innerhalb von Unternehmen wechselt der wirtschaftliche Schwerpunkt. In Österreich ist der Strukturwandel innerhalb der Unternehmen messbar, aber weniger ausgeprägt als in anderen Ländern wie Dänemark oder den USA.
- ▶ Der Strukturwandel vollzieht sich weiters zunehmend **innerhalb der Sektoren** durch eine Verschiebung der Berufe. Der Anteil von **Fertigungstätigkeiten** nimmt ab. **Dienstleistungsorientierte, wissensintensive Tätigkeiten** nehmen zu, in Bereichen wie Forschung, Entwicklung, Management und Organisation. Diese Entwicklung wird durch Automatisierung, Digitalisierung und steigende Technologieintensität begünstigt.
- ▶ Beim Wechsel von der Herstellung von Waren in den Dienstleistungssektor zeigen sich unterschiedliche **Lohneffekte**. Beim Wechsel zu den Markt-Dienstleistungen sind insgesamt keine Lohneffekte zu beobachten. Allerdings geht der Wechsel für manche Gruppen mit Einkommensgewinnen, für andere hingegen mit Lohneinbußen einher. Beim Wechsel zu Nicht-Markt-Dienstleistungen sind in der Regel Lohneinbußen feststellbar. Frauen, Jüngere und Hochschulabsolvent:innen verlassen häufiger Unternehmen in der Herstellung von Waren, wobei **Bildung** entscheidend für den Zugang zu wissensintensiven Dienstleistungen und produktiven Dienstleistungsbereichen ist. Personen mit höherem Bildungsabschluss sind seltener arbeitslos oder stehen dem Arbeitsmarkt gar nicht zur Verfügung. Insgesamt zeigen sich differenzierte Auswirkungen auf Löhne und Beschäftigungswahrscheinlichkeit, abhängig von Sektor, Tätigkeit, Bildungsniveau, Alter und Geschlecht.
- ▶ Seit Anfang 2023 stieg die **Arbeitslosigkeit** in Österreich. Betroffen waren vor allem Personen mit niedrigem Bildungsabschluss, Berufe der primären Dienste (Büro-, Verkaufskräfte, Hilfskräfte) und die Herstellung von Waren. Tendenziell stärker betroffen waren auch junge Menschen und Frauen. Für ältere Beschäftigte setzte der Anstieg mit einigen Monaten Verzögerung ein.
- ▶ Industrieunternehmen planen **in den nächsten fünf Jahren** vor allem im Produktionsbereich Beschäftigungsabbau, getrieben durch Automatisierung, Digitalisierung und sinkende Nachfrage. Gleichzeitig zeigen wissensintensive Bereiche wie Produkt-IT und F&E Potenzial für Beschäftigungsaufbau, was den funktionalen Strukturwandel weiter vorantreibt.

8.1 Einleitung¹⁰⁷

- 231 Die Diskussion über eine mögliche **Deindustrialisierung** hat in den letzten Jahren deutlich an Dynamik gewonnen. Als Auslöser werden oft die gestiegenen Energiepreise genannt, die zur Frage führen, ob Österreich und andere europäische Länder noch wettbewerbsfähige Industriestandorte sind. Betont wird die Bedrohung und der bereits 2023 ersichtliche Rückgang der Produktion in energieintensiven Branchen. Standortverlagerungen und ein Rückgang der Investitionen drohen in weiterer Folge (Hüther, 2023; Rusche, 2025).
- 232 Verschiedene Studien zur Deindustrialisierung in Deutschland haben bereits deren Ursachen sowie langfristige ökonomische und gesellschaftliche Auswirkungen untersucht. Diesen Arbeiten zufolge kann die Energiekrise als **Beschleunigung eines andauernden Strukturwandels** betrachtet werden, der sich etwa durch Verschiebungen der Anteile innerhalb der Branchen in der Herstellung von Waren (ÖNACE-Abschnitt C) zeigt (Bialek et al., 2023). Ein Rückgang klassischer Fertigungsberufe zugunsten eines **Anstiegs von IT-, naturwissenschaftlichen und Managementberufen** und der Verschiebung der Berufsschwerpunkte etwa von Produktion zu IT ist schon seit längerer Zeit zu beobachten (Falck und Pfaffl, 2022). Die **Lohnentwicklung** dürfte in Deutschland die Deindustrialisierung nicht beschleunigt haben. Eine hohe Bruttowertschöpfung konnte trotz hoher Lohnkosten beibehalten werden. Dies sei durch Auslagerung arbeitsintensiver Produktion, hoch qualifizierte Arbeitskräfte, gute regulatorische Rahmenbedingungen, hohe Forschungsaktivität und effiziente Produktionstechnologien gelungen (Bialek et al., 2023; Müller, 2023).
- 233 Ein **möglicher Entwicklungspfad** der Herstellung von Waren wird in der Kombination aus der Verringerung der Energieintensität und einer Verlagerung zu weniger energieintensiven Produkten gesehen. Mit der Verlagerung weg von energieintensiven Sektoren (Petrochemikalien, Schiffbau und Aluminium hin zu Automobil und Elektronik) ist es auch in Japan, einem rohstoff- und energiearmen Land, gelungen, den Anteil der Herstellung von Waren in den letzten Jahrzehnten auf 20% zu halten (Bialek et al., 2023; Müller, 2023).
- 234 Wie aus den vorigen Kapiteln hervorgeht, ist auch die österreichische Wirtschaft mit Entwicklungen konfrontiert, die zu einer **Beschleunigung** des Strukturwandels beitragen können. **Handelspolitische Verwerfungen** mit den USA setzen die industrielle Nachfrage österreichischer Unternehmen unter Druck und belasten die Unternehmen mit steigender **Unsicherheit** (► Absatz 124). In einigen Industrien nimmt der **Wettbewerbsdruck** durch Chinas neue wirtschaftspolitische Ausrichtung zu (► Absatz 127). Die **Produktionskosten** (Energie und Löhne) in Österreich und der EU stehen unter Druck, der durch die Anforderungen aus der **ökologischen Transformation** weiter erhöht wird (► Kapitel 7). Der **Fachkräftemangel** und die **demografische Entwicklung** stellen zusätzliche Herausforderungen für die wirtschaftliche Entwicklung dar (Produktivitätsrat, 2024).
- 235 Diese Entwicklungen haben auch mögliche Auswirkungen auf die langfristige Produktivitätsentwicklung in Österreich. In der Vergangenheit stieg die **Produktivität** in der Herstellung von Waren stärker als bei den Dienstleistungen. In den letzten Jahren kamen die höchsten Beiträge zum Wachstum der Produktivität in den EU27 und in den USA jedoch aus Dienstleistungsbereichen (► Kapitel 5). Eine Verschiebung von Wertschöpfungsanteilen und Beschäftigung von der Herstellung von Waren vor allem zu wissensintensiven Dienstleistungssektoren könnte somit das Produktivitätswachstum fördern.
- 236 Dieses Kapitel untersucht für Österreich, inwieweit der **Strukturwandel** als eine permanente wirtschaftliche Entwicklung stattfindet, welche Trends durch aktuelle Entwicklungen verstärkt werden und welche Herausforderungen dies mit sich bringt. Dazu zählen der Rückgang industrieller Wertschöpfung, die Verlagerung von Produktion ins Ausland und der Verlust industrieller Kompetenzen. Beschäftigte sind dadurch mit neuen Anforderungen am Arbeitsmarkt konfrontiert.
- 237 Das vorliegende Kapitel geht zunächst auf die generelle **Entwicklung der sektoralen Anteile** der Herstellung von Waren und der Dienstleistungen ein. Da es auch innerhalb der Subsektoren eine deutliche Streuung gab, handelt es sich nicht um homogene sektorale Entwicklungen (► Abschnitt 8.2).

¹⁰⁷ In allen Analysen wurde versucht, die Daten an den aktuellen Rand zu ziehen. Im Falle der Daten aus dem Austria Micro Data Center ist dies das Jahr 2022, für die verwendeten Eurostat-Daten 2023 bzw. 2024, für Mikrozensus 2024, für Arbeitslosendaten 2025. Die WIFO-Industriebefragung wurde 2025 durchgeführt und die vorausblickenden Fragen beziehen sich auf 2025–2030.

- 238 In den Bundesländern entwickelte sich der Anteil der Herstellung von Waren unterschiedlich. Teilweise fiel, teilweise stieg die Bedeutung der Herstellung von Waren, vor allem seit der Finanz- und Wirtschaftskrise. Diese Heterogenität weist auf die Gefahr hin, mit einheitlichen Maßnahmen der uneinheitlichen Entwicklung innerhalb der Herstellung von Waren und in den **Regionen** innerhalb Österreichs nicht gerecht zu werden (► Abschnitt 8.3).
- 239 Neben der sektoralen Betrachtung gibt es weitere Entwicklungen, die den Strukturwandel kennzeichnen und die Einschätzung der Folgen und Anpassungsmöglichkeiten bereichern. Strukturwandel findet **innerhalb von Unternehmen** statt, indem sich die Schwerpunkte im Produktionsprozess verschieben oder ein genereller Wandel des Unternehmens zu den Dienstleistungen vollzieht (► Abschnitt 8.4.1). Auch aus beruflicher Perspektive lässt sich ein langfristiger und gradueller Strukturwandel erkennen. Fertigungsberufe nehmen ab, **Dienstleistungsberufe**, insbesondere mit höherer Ausbildungsdauer, nehmen zu. Diese Entwicklung findet auch innerhalb der Herstellung von Waren statt und belegt damit zusätzlich den Strukturwandel innerhalb des Wirtschaftszweiges. Die Verschiebung der Anteile der Berufsschwerpunkte verdeutlicht, nach welchen Berufsgruppen im Strukturwandel vermehrt Nachfrage besteht (► Abschnitt 8.4.2). Eine Analyse von **Erwerbsbiografien** macht die Häufigkeiten und die Folgen eines Wechsels von Beschäftigten zwischen den Sektoren sichtbar (► Abschnitt 8.5). Die Entwicklung der **Arbeitslosigkeit** offenbart spezifische Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt, die der seit der Energiekrise zunehmende Druck auf die Herstellung von Waren gebracht hat (► Abschnitt 8.6).
- 240 Wirtschaftspolitische Maßnahmen können dazu dienen, Anpassungsprobleme zu verringern und Investitionsbedarfe zu unterstützen. Die Analysen der aktuellen Entwicklungen verdeutlichen die Herausforderungen für **Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik** und unterstützen die Identifikation relevanter Handlungsfelder. Vor allem die Sicherung der Erwerbstätigkeit und der Einkommen von Personen, die im Strukturwandel stärker betroffen sind, nützt den Betroffenen und der Anpassung der Unternehmen an ein sich grundlegend veränderndes wirtschaftliches Umfeld (► Abschnitt 8.7).

Textbox 8.1: Datenquellen

Unternehmen: Unternehmen (rechtliche Einheiten) werden im Statistischen Unternehmensregister (Leistungs- und Strukturerhebung, LSE, Statistisches Unternehmensregister, URS) gemäß den NACE-Klassen einer Haupttätigkeit zugeordnet. Diese Zuweisung erfolgt in Abstimmung mit dem Unternehmen. Liegen mehrere unterschiedliche NACE-Tätigkeiten vor, wird die Haupttätigkeit auf Basis der firmenspezifischen Umsatzanteile bestimmt, wobei diese anhand des wertschöpfungsgewichteten Umsatzanteils (basierend auf LSE-Daten) bewertet werden (Statistik Austria, 2022). Die Haupttätigkeit wird auf der obersten Ebene des NACE-Codes abgeleitet. Auch wenn sich die wertschöpfungsstärkste Tätigkeit auf eine andere NACE-Oberklasse verschiebt, folgt die statistische Klassifikation auf den detaillierten Ebenen stets der übergeordneten Aggregationsebene („Top-down-Methode“, Statistik Austria, 2008). Daten zu Bruttowertschöpfung, Beschäftigung, Umsätze und Investitionen in immaterielle Vermögenswerte stammen aus der LSE, ergänzt von der F&E-Erhebung für die F&E-Ausgaben.

Beschäftigte: Die Abgestimmten Erwerbsstatistik und Erwerbsstatistik der Registerzählungen enthält Erwerbsverläufe der Beschäftigten der Arbeitsstätten und die hier verwendeten demografische Merkmale (Alter, Geschlecht, Ausbildung). Die Löhne der Erwerbstätigen wurden mithilfe der Lohnsteuerstatistik zugeordnet.

Arbeitslosigkeit: Die Arbeitsmarktdatenbank (AMDB) des AMS basiert auf den Daten des Dachverbandes der Sozialversicherungsträger und der AMS-Geschäftsstellen. Sie umfasst eine eigene Berufsklassifikation für beim AMS vorgemerkte Personen sowie soziodemografische Merkmale der Arbeitslosen und Beschäftigten.

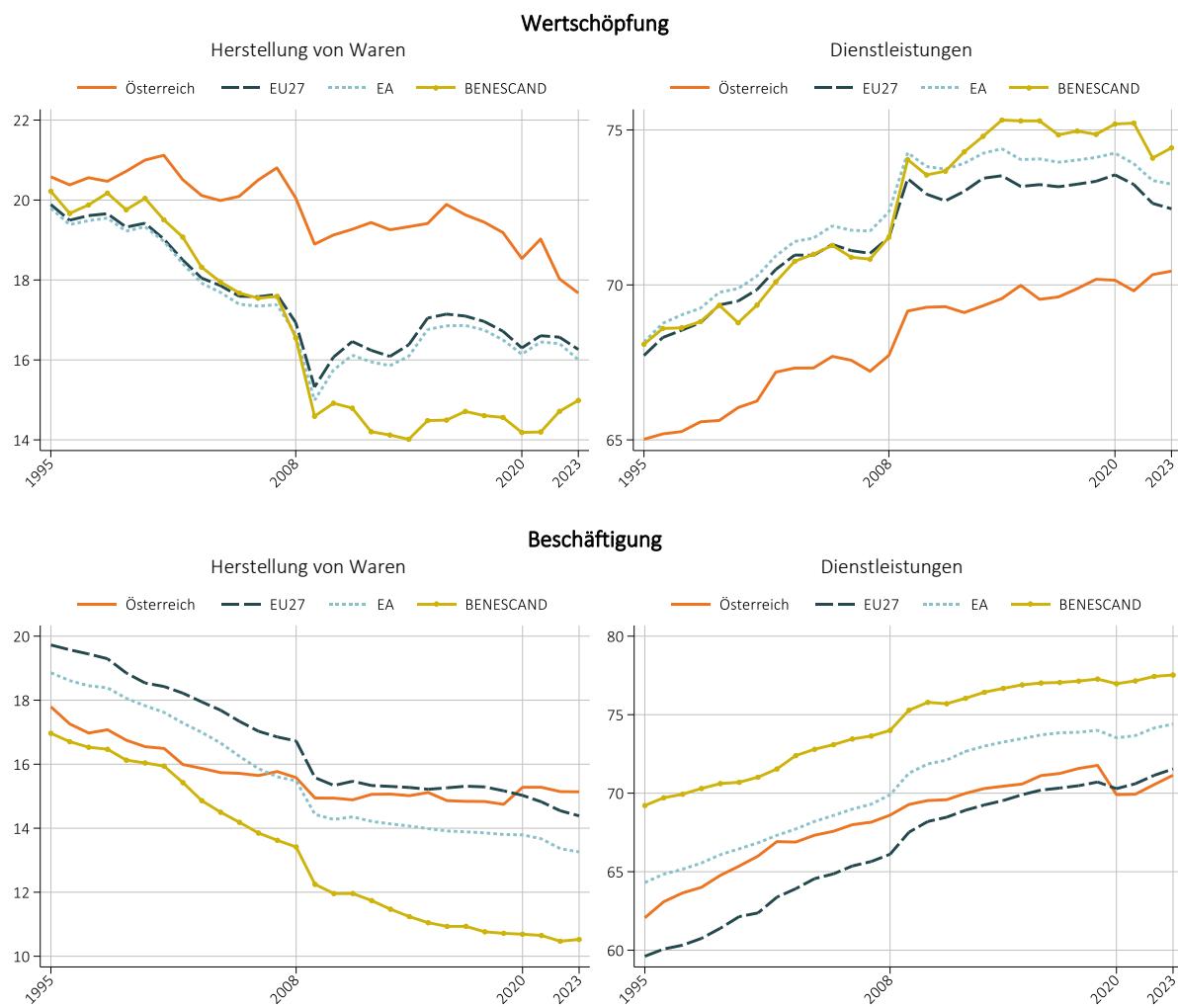
Berufe: Die Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung (MZ-AKE) der Statistik Austria ist eine Stichprobenerhebung, die hier genutzt wird, um Informationen zu Bildungsstand und Beruf (nach ISCO-Klassifikation) der Beschäftigten zu ergänzen, da diese in der AMDB nicht verfügbar sind. Die Konzepte von Arbeitslosigkeit und Beschäftigung unterscheiden sich dabei geringfügig zwischen AMDB und MZ-AKE. Für die aggregierte Betrachtung in diesem Kapitel sind diese Unterschiede vernachlässigbar.

8.2 Sektorale Entwicklung

- 241 In Österreich sinkt der **Anteil** sowohl der **Wertschöpfung** als auch der **Beschäftigung** in der Herstellung von Waren im Lauf der Zeit, ähnlich wie in vielen anderen Ländern (► Abbildung 8.1). Veränderungen dieser Anteile sind zwei gängige Indikatoren für die Beschreibung von Strukturwandel. Unter Strukturwandel versteht man die Verschiebung wirtschaftlicher Aktivität zwischen den Sektoren: von der Landwirtschaft über die Herstellung von Waren hin zu den Dienstleistungen (Herrendorf et al., 2013). Diese Entwicklungen gehen mit einer Zunahme der Beschäftigung und der Wertschöpfung im Dienstleistungssektor einher.
- 242 Im **zeitlichen Verlauf** treten Unterschiede zwischen Österreich und den Vergleichsländergruppen auf. Bis zur Finanz- und Wirtschaftskrise war der Rückgang beim Anteil der Wertschöpfung und Beschäftigung in den Vergleichsländergruppen stärker. Nach der Finanz- und Wirtschaftskrise bis vor der COVID-19-Pandemie stagnierten die Verläufe auf unterschiedlichen Niveaus. Seit der COVID-19-Pandemie fiel der Wertschöpfungsanteil in Österreich, während er in den Vergleichsgruppen stagnierte (EU27, EA20) oder anstieg (BENESCAND). Der Beschäftigungsanteil hingegen stagnierte in Österreich und sank in den Vergleichsländergruppen. Diese Entwicklung erklärt den Rückgang der Arbeitsproduktivität in der Herstellung von Waren in Österreich (► Kapitel 5).

Abbildung 8.1: **Anteile an der Gesamtwirtschaft in Wertschöpfung und Beschäftigung, 1995–2023**

In %

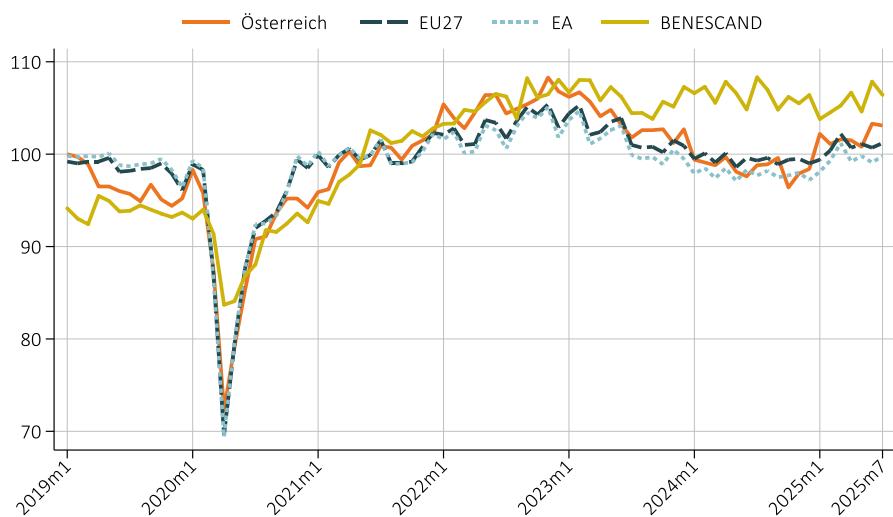


Quelle: Eurostat (nama_10_a64, nama_10_a64_e).

243 Der **Produktionsindex** in der Herstellung von Waren erholte sich in Österreich nach dem Einschnitt durch die COVID-19-Pandemie nach 2021 ähnlich zu den EU27 (► Abbildung 8.2). Auch der Rückgang ab 2023 verlief ähnlich. In den BENESCAND-Ländern war der Einbruch während der COVID-19-Pandemie geringer. Auch der Rückgang ab 2023 fand nur in geringem Ausmaß statt. In den letztverfügbaren Monaten im Jahr 2025 lag der Produktionsindex so wie bei den EU27- und EA20-Ländern auf dem Niveau vor der Energiekrise. Beim Produktionsindex werden im Unterschied zur Wertschöpfung die Vorleistungen nicht abgezogen und die Dienstleistungen von Industriebetrieben gehen nur im Fall von Montage-, Instandhaltung- oder Reparaturdienstleistungen ein (Bolz, 2025; Lehmann et al., 2025).

Abbildung 8.2: **Produktionsindex Herstellung von Waren**

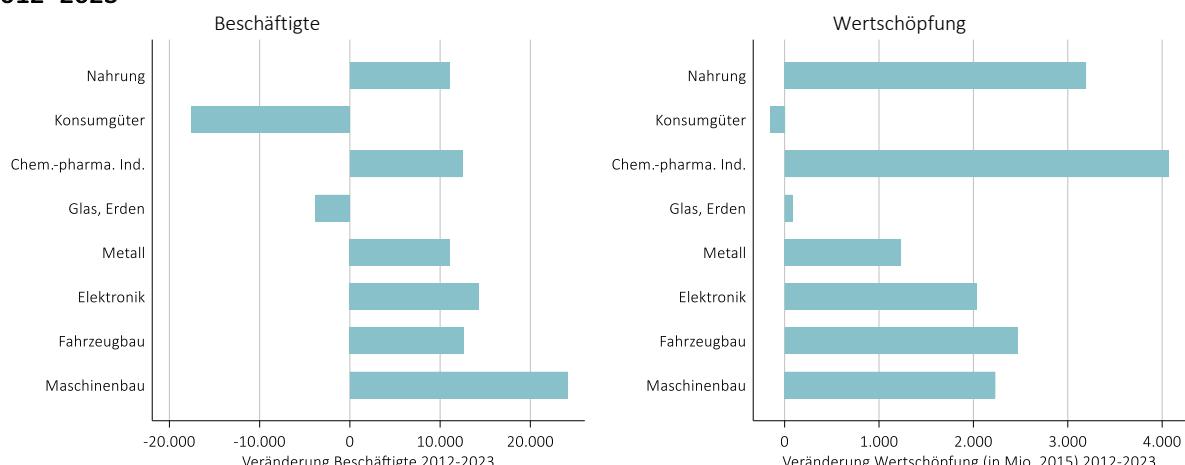
Index (2021 = 100), saison- und kalendertagbereinigte Daten



Quelle: Eurostat (sts_inpr_m).

244 Der Strukturwandel verlief in den verschiedenen Branchen der Warenherstellung nicht einheitlich: Während der Anteil der geleisteten Stunden insgesamt ab 2010 stagnierte (► Abbildung 8.1), gab es in den **Untersektoren eine größere Variation** der Beschäftigung. Eine Verringerung der Beschäftigung konzentrierte sich insbesondere in den **Konsumgütern** (ohne Nahrungsmittel) und bei Glas und Keramik. Während die größte Zunahme der Beschäftigung im **Maschinenbau** stattfand, war die Wertschöpfungszunahme in der **chemisch-pharmazeutischen** Industrie am höchsten (► Abbildung 8.3).

Abbildung 8.3: **Veränderung von Beschäftigung und Bruttowertschöpfung in der Herstellung von Waren, 2012–2023**

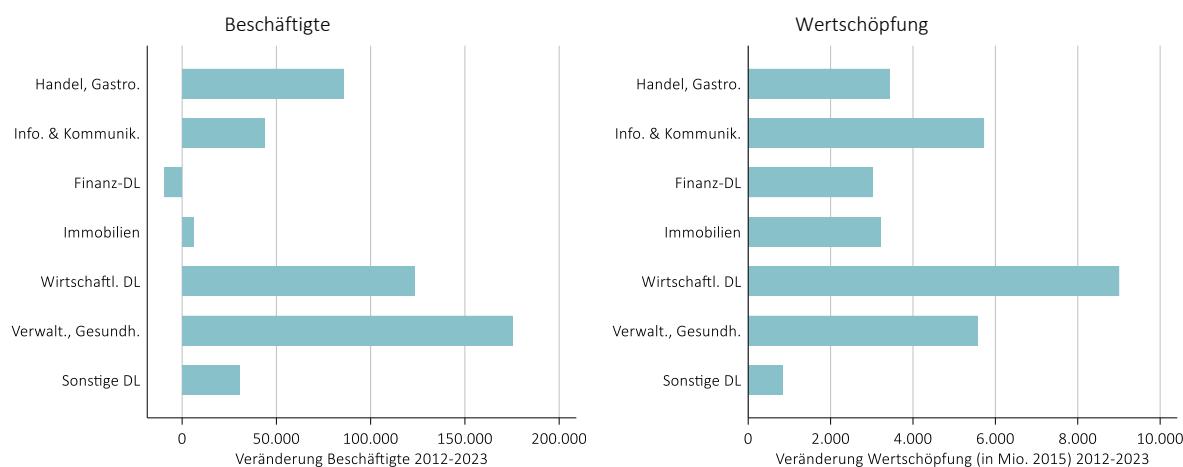


Quelle: Eurostat (nama_10_a64, nama_10_a64_e).

Anmerkung: Beschäftigung in Personen. Wertschöpfung in verketteten Volumina. Klassifikation der Branchen nach NACE 2008, Rev. 2. (Details siehe ►Anhang). Nahrung... C10–C12; Konsumgüter (ohne Nahrung)... C13–C15, C16–C18, C31–C32; Chem.-pharma. Ind... C19–C22; Glas, Erden... C23; Metall... C24–C25; Elektronik... C26–C27; Fahrzeugbau... C29–C30; Maschinenbau... C28, C33.

- 245 Auch im **Dienstleistungssektor** gab es in der Entwicklung der Beschäftigung in den **Untersektoren** eine deutliche Variation. Die größten Zuwächse der Beschäftigung verzeichnete der Bereich **Verwaltung, Unterricht und Gesundheit** (► Abbildung 8.4, links). Die **wirtschaftlichen Dienstleistungen** (freiberuflische, wissenschaftliche, technische und sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen) erreichten den zweithöchsten Zuwachs der Beschäftigung und den deutlich größten Zuwachs bei der Wertschöpfung (► Abbildung 8.4, rechts). Im Bereich Information und Kommunikation rangierte der Beschäftigungszuwachs an vierter Stelle, der Wertschöpfungszuwachs an zweiter Stelle.

Abbildung 8.4: **Veränderung von Beschäftigung und Bruttowertschöpfung im Dienstleistungssektor, 2012–2023**



Quelle: Eurostat (nama_10_a64, nama_10_a64_e).

Anmerkung: Beschäftigung in Personen. Wertschöpfung in verketteten Volumina. Klassifikation der Branchen nach NACE 2008, Rev. 2. (Details siehe ►Anhang). Handel, Gastro... G45–G47, H, I; Info. & Kommunik... J; Finanz-DL... K; Immobilien... L; Wirtschaftl. DL... M–N; Verwalt., Gesundh... O–Q; Sonstige DL... R–S.

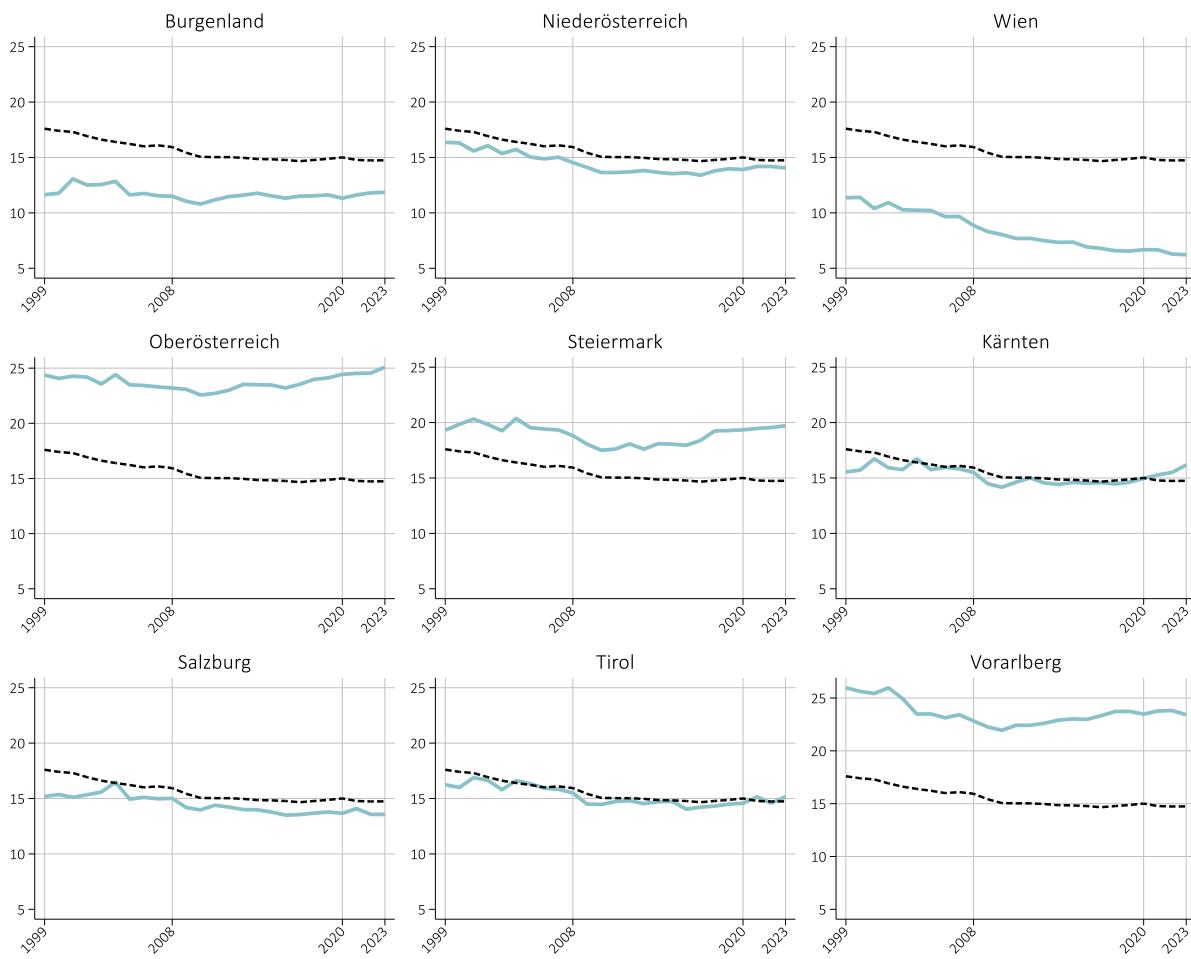
- 246 Fazit: Der **sektorale Strukturwandel** in Österreich äußert sich in einem langfristigen Rückgang der Anteile von Beschäftigung und Wertschöpfung in der Warenherstellung zugunsten des Dienstleistungssektors. Während sich die Produktion nach der COVID-19-Pandemie zunächst erholte, setzte ab 2023 ein erneuter Rückgang ein. Die Entwicklung verlief jedoch nicht einheitlich: Innerhalb der Herstellung von Waren waren Konsumgüterbranchen besonders vom Beschäftigungsabbau betroffen, während etwa der Maschinenbau und die chemisch-pharmazeutische Industrie Zuwächse verzeichneten. Auch im Dienstleistungssektor bestehen deutliche Unterschiede – besonders dynamisch entwickelten sich wirtschaftliche Dienstleistungen sowie der Bereich Information und Kommunikation. Insgesamt verdeutlicht die sektorale Analyse den **langfristigen Rückgang der Herstellung von Waren** und die **Heterogenität** des Strukturwandels innerhalb der Sektoren.

8.3 Regionale Entwicklung

- 247 Strukturwandel kann sich **regional unterschiedlich** auswirken und entwickeln. Industriebetriebe können aufgrund von regionalem Clustering oder aufgrund ihrer regionalen Beschäftigung die regionale Entwicklung beeinflussen. Ein Rückgang der Beschäftigung in der Industrie stellt eine Herausforderung für die betroffene Region dar, Chancen in neuen Wirtschaftsbereichen zu schaffen. Regionen (Arbeitsmärkte) mit einem hohen Anteil an Beschäftigung in der Herstellung von Waren verzeichnen einen stärkeren Rückgang der Gesamtbeschäftigung. Regionen mit einem höheren Anteil an Personen mit höherem Bildungsabschluss tragen dazu bei, das ursprüngliche Beschäftigungsniveau wiederherzustellen oder sogar zu übertreffen (Gagliardi et al., 2023).

Abbildung 8.5: Anteil der Beschäftigten in der Herstellung von Waren nach Bundesländern, 1999–2023

In %; strichliert: Österreich gesamt



Quelle: Eurostat (sbs_r_nuts03, sbs_r_nuts06_r2, sbs_r_nuts2021, lfst_r_lfe2emp).

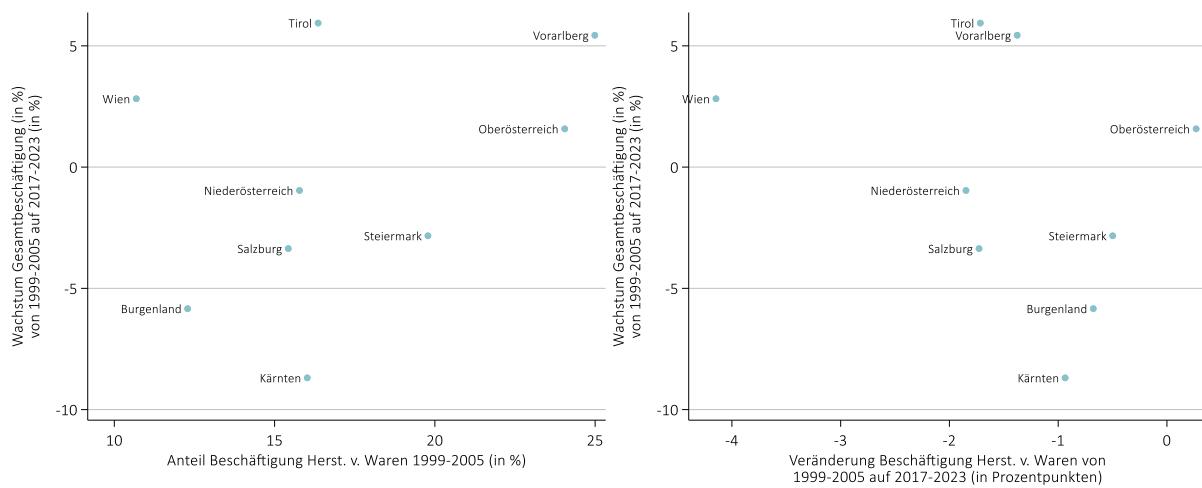
Anmerkungen: Beschäftigung in Personen.

- 248 Der Anteil der Beschäftigung in der Herstellung von Waren nahm bis zur Finanz- und Wirtschaftskrise in allen **österreichischen Bundesländern**¹⁰⁸ ab oder stagnierte (►Abbildung 8.5).¹⁰⁹ Ab der Finanz- und Wirtschaftskrise nahm er vor allem in Wien und Salzburg weiter ab. Deutliche Anstiege gab es ab ca. 2018 in Oberösterreich, Steiermark, Vorarlberg und Kärnten.
- 249 Die drei Bundesländer mit dem höchsten Anteil an Beschäftigten in der Herstellung von Waren waren in der Periode 1999–2005 Vorarlberg, Oberösterreich und Steiermark (►Abbildung 8.6, linke Graphik, horizontale Achse). Dabei wiesen Vorarlberg und Oberösterreich auch ein hohes **Wachstum der Gesamtbeschäftigung** auf (►Abbildung 8.6, linke Graphik, vertikale Achse). Die Veränderung des Anteils der Herstellung von Waren an der Gesamtbeschäftigung – als Maß für den Strukturwandel – variierte zwischen nahe 0 und -4 Prozentpunkten (1999–2005 im Vergleich zu 2017–2023, ►Abbildung 8.6, rechte Graphik, horizontale Achse). Im Vergleich der Bundesländer gab es im Zeitraum 1999–2023 keinen Zusammenhang zwischen Strukturwandel und Abnahme der Gesamtbeschäftigung.

¹⁰⁸ NUTS2-Regionen gelten als weitgehend abgeschlossene Arbeitsmärkte (Antón et al., 2022).

¹⁰⁹ Eine detaillierte Darstellung der strukturellen Entwicklung liegt für Wien vor (Mayerhofer et al., 2021).

Abbildung 8.6: Veränderung des Beschäftigungsanteils der Herstellung von Waren und der Gesamtbeschäftigung in den Bundesländern, 1999–2005 gegenüber 2017–2023



Quelle: Eurostat (sbs_r_nuts03, sbs_r_nuts06_r2, sbs_r_nuts2021, lfst_r_lfe2emp).

- 250 Ein klarer Zusammenhang zwischen Strukturwandel und Beschäftigungswachstum lässt sich in Österreichs Bundesländern nicht erkennen. Das dürfte an den unterschiedlichen Ursachen für die **vielfältige regionale Entwicklung** liegen. Regionale Verfügbarkeit von Arbeitskräften mit hoher Qualifikation hat einen positiven Einfluss auf das Beschäftigungswachstum bei Strukturwandel (Gagliardi et al., 2023). Hohe **Qualifikationen** werden durch längerfristige Bildungsinvestitionen geschaffen. Regionen mit **Spezialisierung** in der Herstellung von Waren können sich auch entgegen dem Trend des Strukturwandels entwickeln und die Beschäftigung in der Herstellung von Waren erhöhen. Besonders Regionen (NUTS-3), die für den Export von Bedeutung waren, verzeichneten ein stärkeres Wachstum und entwickelten sich damit entgegen den allgemeinen Trends des Strukturwandels (Dauth und Südkum, 2016).
- 251 Längerfristig (1999–2022) waren bisher alle Bundesländer vom Rückgang des Beschäftigungsanteils in der Herstellung von Waren betroffen. Das Ausmaß der Betroffenheit variierte zwischen einer nur geringfügigen Verringerung (Oberösterreich) und -4% (Wien). Besonderen Handlungsbedarf wird es in Bundesländern und in noch kleiner strukturierten Arbeitsmärkten geben, die den Beschäftigungsrückgang in der Herstellung von Waren nicht durch **Wachstum anderer Sektoren** oder **Ausbau von Kernkompetenzen** kompensieren können.

8.4 Funktionaler Strukturwandel

- 252 Strukturwandel vollzieht sich nicht nur durch die Schließung von Industrieunternehmen und die Gründung neuer Dienstleistungsunternehmen, sondern auch **innerhalb bestehender Unternehmen**. Produktionsnahe Tätigkeiten werden zunehmend durch dienstleistungsorientierte Aktivitäten ergänzt oder ersetzt. Diese neuen oder erweiterten Dienstleistungen können eng mit den ursprünglichen Produktionsprozessen verknüpft sein – etwa in Bereichen wie Design, Forschung und Entwicklung, Marketing, Vertrieb oder Buchhaltung. Der **funktionale Strukturwandel** wird anhand der **Tätigkeitsschwerpunkte der Unternehmen** mittels sektoraler Klassifizierung und anhand der **Tätigkeitsschwerpunkte der Berufe** sichtbar.

8.4.1 Funktionaler Strukturwandel der Unternehmen

- 253 Unternehmen können ein integraler Teil der Wertschöpfung in der Herstellung eines Produkts bleiben, auch wenn sie ihre Produktion reduzieren oder einstellen. Sobald sich ihr **Tätigkeitsschwerpunkt** jedoch auf Dienstleistungen verlagert – etwa in den Großhandel – werden sie statistisch dem Dienstleistungssektor zugeordnet, selbst wenn sie weiterhin produktionsbezogene Leistungen erbringen (Bernard et al., 2017).

- 254 **Produktbezogene Dienstleistungen** können sowohl während der Produktionsphase (z. B. Planung, Beratung, Design) als auch in der Nutzungsphase (z. B. Wartung, Schulung, Reparatur, Ersatzteilmanagement) erbracht werden. Fortgeschrittene Dienstleistungen wie Softwareentwicklung, Datenanalyse oder Betriebsmodelle (z. B. Softwarewartung) werden zunehmend von ursprünglich in der Herstellung von Waren tätigen Unternehmen angeboten (Lehmann et al., 2025).
- 255 Man unterscheidet demnach zwei Formen des Strukturwandels innerhalb von Unternehmen. **Funktionaler Strukturwandel** beschreibt die Verlagerung von Tätigkeiten innerhalb der Wertschöpfungskette – weg von der Produktion hin zu vor- und nachgelagerten Dienstleistungen. Dabei entstehen auch hybride Unternehmensformen, bis hin zu „fabriklosen Herstellern“, die keine eigene Produktion mehr betreiben. **Sektoraler Strukturwandel** liegt vor, wenn Unternehmen vom Verkauf von Gütern zum Verkauf von Dienstleistungen übergehen. Diese Dienstleistungen – etwa Lagerverwaltung oder Forschung und Entwicklung – werden dann anderen Unternehmen angeboten und basieren oft auf intern entwickeltem Know-how (Ding et al., 2022; Fort et al., 2018).
- 256 Da Unternehmen in der Statistik nach ihrem **Tätigkeitsschwerpunkt klassifiziert** werden, ist eine getrennte Erfassung von Produktion und Dienstleistungen bei hybriden Formen nicht möglich. Die Messung des funktionalen und sektoralen Strukturwandels ist daher nur indirekt möglich. Für Dänemark belegen Bernard et al. (2017), dass zwischen 2002 und 2007 rund 10% der Industrieunternehmen in den Dienstleistungssektor wechselten – sie machten 42% des Beschäftigungsrückgangs in der Herstellung von Waren aus. In Österreich war dieser Wandel zwischen 2008 und 2022 weniger ausgeprägt: 5,6% der Unternehmen wechselten den Sektor, was 2,5% der Beschäftigung entsprach. Dies bestätigt den insgesamt geringeren Strukturwandel im Vergleich zu anderen Ländern (► Abschnitt 8.2).
- 257 Weitere Hinweise liefert die Beschäftigung in **Dienstleistungsarbeitsstätten** von Unternehmen in der Herstellung von Waren. In den USA trug sie zwischen 1977 und 2019 rund 16% zum Beschäftigungszuwachs im Dienstleistungssektor bei, in Österreich zwischen 2014 und 2022 etwa 6,6%. Der Anteil der Beschäftigten in solchen Arbeitsstätten stieg hierzulande von 3,7% auf 4,1% (Weichselbaumer, 2025).
- 258 Prominente **Beispiele** für „fabriklose Hersteller“ sind Apple, Qualcomm oder Nike, die sich auf Design, Entwicklung und Dienstleistungen konzentrieren, während die Produktion ausgelagert wird (Fort et al., 2018; Ding et al., 2022). Auch Unternehmen wie IBM, Unisys oder die dänische Iver C. Weilbach & Co durchliefen ähnliche Entwicklungen. In Deutschland verdeutlichen Unternehmen wie Wolf GmbH, MTU Aero Engines, Siemens und Kaeser Kompressoren die zunehmende Bedeutung digitaler und servicebasierter Leistungen in der Produktion. Sie kombinieren klassische Industrieprodukte mit digitalen Schnittstellen, Fernwartung, Datenanalyse und flexiblen Nutzungsmodellen (Lehmann et al., 2025; Bahrke et al., 2015).
- 259 Insgesamt ist das gesamtwirtschaftliche Ausmaß von Strukturwandel innerhalb von Unternehmen schwierig zu messen. Sektorwechsel von Unternehmen und die Entwicklung von Beschäftigten in Dienstleistungsarbeitsstätten geben Evidenz für die wesentliche Rolle des Strukturwandels innerhalb von Unternehmen. Beispiele illustrieren mögliche Entwicklungen von funktionalem und sektoralem Strukturwandel. In Österreich fand ebenfalls **Strukturwandel innerhalb von Unternehmen** statt. Das Ausmaß war geringer als in vergleichbaren Studien anderer Länder. Eine weitere Möglichkeit, den Strukturwandel innerhalb der Unternehmen zu charakterisieren, besteht in der Betrachtung der ausgeübten Tätigkeiten und Berufe (► Abschnitt 8.4.2).

Textbox 8.2: Strukturwandel durch Sektorwechsel von Unternehmen in Österreich

Daten aus der Unternehmensstatistik¹¹⁰ belegen den Strukturwandel in Österreich **innerhalb bestehender Produktionsunternehmen**, nicht nur durch das Entstehen neuer Dienstleistungsunternehmen (siehe Weichselbaumer, 2025). Ein zentrales Indiz dafür ist die **dauerhafte Umklassifizierung von Unternehmen** aus dem produzierenden Gewerbe (NACE C) in den Dienstleistungssektor (NACE G–N). Zwischen 2008 und 2022 wechselten rund 2.300 Unternehmen dauerhaft vom produzierenden Gewerbe in den Dienstleistungsbereich. Diese „Switcher“ machten im Jahr 2022 etwa **5,6% der überlebenden Produktionsunternehmen** aus, beschäftigen **2,5% der dortigen Arbeitskräfte** und erwirtschafteten **2,2% der Wertschöpfung** des Sektors.

Die Zielbranchen dieser Wechsel waren stark konzentriert: Über 75% der Beschäftigten in wechselnden Unternehmen finden sich in den Subsektoren **Immobilien (NACE L68)**, **Managementberatung (NACE M70)** und **Großhandel (NACE G46)** wieder. In vielen Fällen ging der Wechsel mit einem deutlichen Rückgang der Beschäftigung einher – insbesondere in den Bereichen Management, Immobilien und Finanzdienstleistungen.

Unternehmen, die von der Herstellung von Waren in den Dienstleistungssektor wechselten, passten ihre Größe an das niedrigere Beschäftigungsniveau im Dienstleistungsbereich an. Gleichzeitig stieg ihre **Arbeitsproduktivität** im Vergleich zu vorher und zu anderen Unternehmen. Zudem wiesen diese Firmen bereits vor dem Wechsel einen höheren Anteil an **Investitionen in immaterielle Vermögenswerte** auf – etwa in Software, Lizenzen oder Forschung und Entwicklung – und behielten diesen auch nach dem Wechsel bei.

Ein weiterer Hinweis auf strukturelle Transformation ist die **Zunahme von Dienstleistungsaktivitäten innerhalb von Produktionsunternehmen**. Zwischen 2014 und 2022 stieg die Zahl der Beschäftigten in nicht-produzierenden Betriebsteilen von Industrieunternehmen um rund **14.000 Personen**. Damit trugen diese Unternehmen **6,6% zum gesamten Beschäftigungswachstum im Dienstleistungsbereich** bei – was auf eine zunehmende Integration von Dienstleistungen in industriellen Wertschöpfungsketten hinweist.

Diese Entwicklungen deuten darauf hin, dass sich **Produktionsunternehmen zunehmend hybrid aufstellen**: Sie kombinieren industrielle Kompetenzen mit dienstleistungsorientierten Geschäftsmodellen und reagieren damit auf technologische und marktseitige Veränderungen.

8.4.2 Tätigkeitsschwerpunkte der Berufe

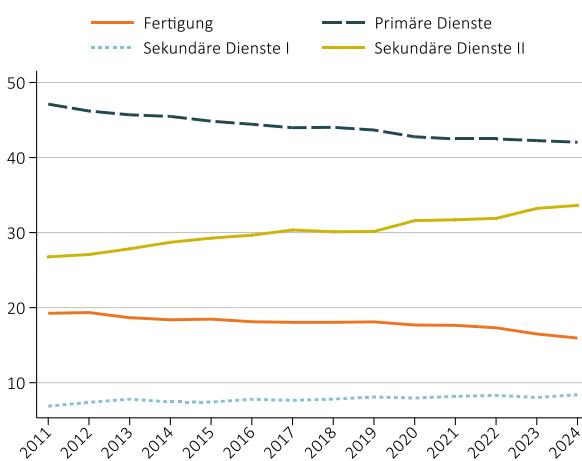
- 260** Strukturwandel vollzieht sich innerhalb der Unternehmen durch eine **Dienstleistungsorientierung der Berufe** (Boddin und Kroeger, 2024). Der Anteil von Produktions- oder **Fertigungsberufen** verringert sich durch die Verringerung des Anteils der Herstellung von Waren an der Gesamtbeschäftigung. Eine Dienstleistungsorientierung findet auch innerhalb von Unternehmen in der Herstellung von Waren statt. Klassische Produktionsberufe werden zunehmend durch dienstleistungsorientierte Tätigkeiten ersetzt, insbesondere in Bereichen wie Forschung und Entwicklung, technische Dienste sowie Management und Organisation. Diese Entwicklung ist eine Ausprägung des funktionalen Strukturwandels (► Abschnitt 8.4), aber auch der zunehmenden Bedeutung anspruchsvollerer Tätigkeiten in der Fertigung durch Automatisierung zuzuschreiben. Die industrielle Wertschöpfung wird zunehmend durch wissensintensive und organisatorische Funktionen geprägt (Eickelpasch, 2014).
- 261** Bei der Zusammenfassung nach Tätigkeitsschwerpunkten wird eine deutliche Abnahme von Produktions- und **Fertigungsberufen** in der Gesamtwirtschaft sichtbar (► Abbildung 8.7). Von den

¹¹⁰ Die dargestellten Ergebnisse bauen auf der Hintergrundstudie von Weichselbaumer (2025) auf. Technische Details sind, sofern nicht im Text angeführt, in dieser Arbeit nachzulesen. Dieses Forschungsprojekt wurde mit Daten des Austrian Micro Data Center (AMDC) durchgeführt. Das AMDC ist eine Forschungsdateninfrastruktureinrichtung von Statistik Austria, die die Beforschung von datenschutzkonform aufbereiteten Mikrodaten ermöglicht (Fuchs et al., 2024).

Fertigungstätigkeiten werden die primären und sekundären Dienstleistungstätigkeiten unterschieden. Zu den Fertigungstätigkeiten gehören Be- und Verarbeiten, Instandsetzen bzw. Steuern und Warten von Maschinen und Anlagen. **Primäre Dienstleistungstätigkeiten** grenzen sich zu den Fertigungstätigkeiten dadurch ab, dass sie eine Verlängerung des Produktionsprozesses darstellen, den gesamtwirtschaftlichen Produktionsfluss aufrechterhalten oder direkt in den Konsum eingehen. Dazu zählen einfache Tätigkeiten im Verkauf und im Büro sowie allgemeine Dienstleistungen wie Reinigen, Bewirten, Lagern, Sichern und Transportieren. **Sekundäre Dienstleistungstätigkeiten** sind Tätigkeiten, die meist physisch nicht greifbar (immaterielle Güter) und vorwiegend geistig erbracht werden. In der Regel erfordern sie einen Hochschulabschluss oder ein vergleichbar hohes Qualifikationsniveau. Es sind Tätigkeiten wie Forschen, Entwickeln, Organisieren, Managen, Recht anwenden und auslegen, Betreuen, Heilen, Pflegen, Beraten, Lehren, Publizieren und Unterhalten (Helmrich und Zika, 2010; Tiemann et al., 2008).

Abbildung 8.7: **Tätigkeitsschwerpunkte Gesamtwirtschaft**

Anteile der Beschäftigten in %



Quelle: Mikrozensus, Statistik Austria.

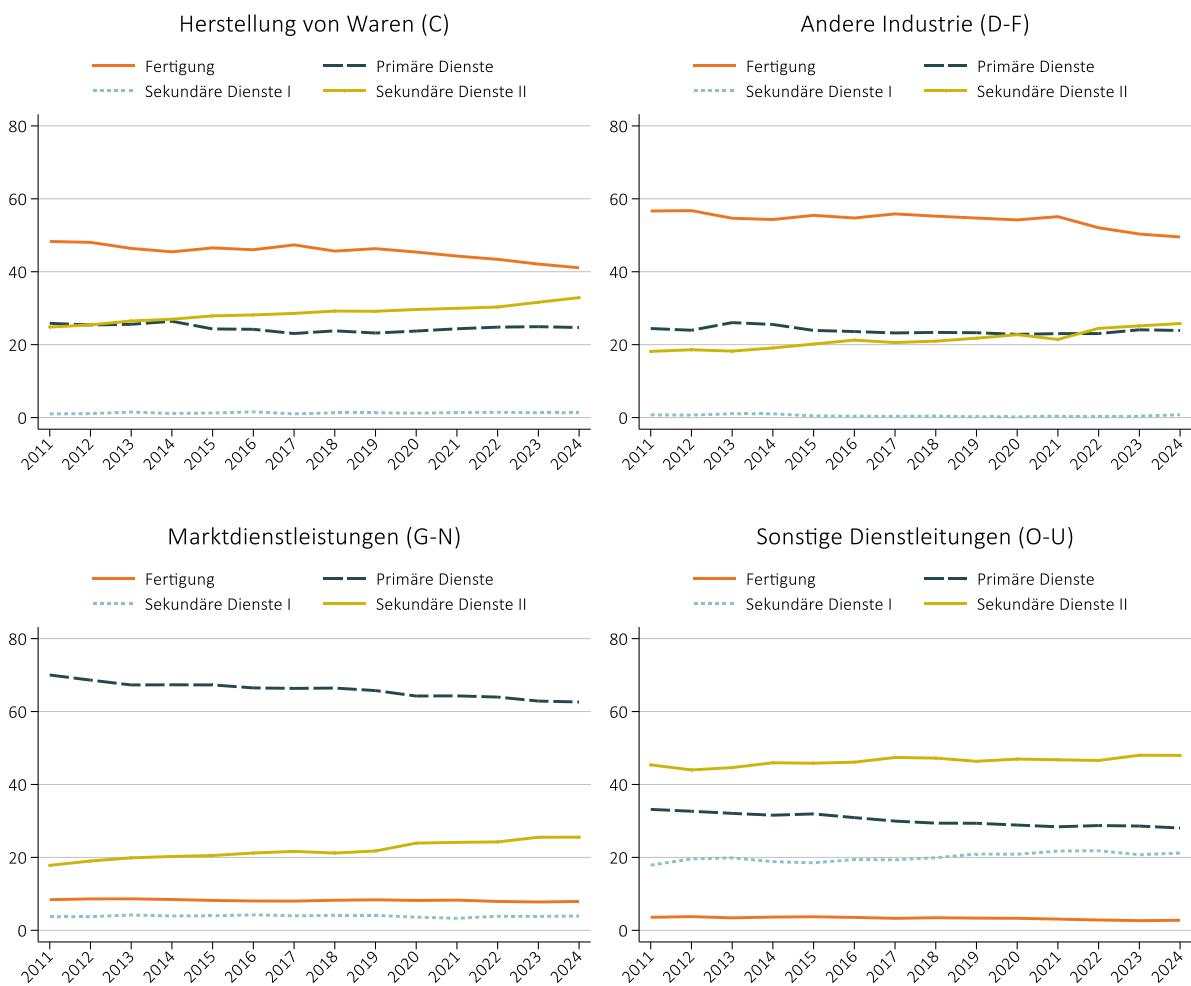
Anmerkung: Gesamtwirtschaft außer Landwirtschaft und Bergbau (NACE C–U). Zuordnung der Berufe (ISCO 08, Mikrozensus, Statistik Austria) basierend auf dem Schema in Helmrich und Zika (2010). Fertigung: Be- und Verarbeiten, Instandsetzen bzw. Steuern und Warten von Maschinen und Anlagen. Primäre Dienste: einfache Tätigkeiten im Verkauf und im Büro, allgemeine Dienstleistungen wie Reinigen, Bewirten, Lagern, Sichern und Transportieren. Sekundäre Dienste I: personenbezogene Dienstleistungen; vor allem Fach- und Assistenzberufe in den Bereichen Betreuen, (medizinisches) Behandeln, juristische, sozialpflegerische, kulturelle Bereiche. Sekundäre Dienste II: wissensintensive Dienstleistungen, vorwiegend akademische Berufe; Forschen und Entwickeln, MINT-Berufe, Lehren, Rechtsberatung, Disponieren, Koordinieren, Organisieren und Management.

- 262 Die **sekundären Dienstleistungen** können in zwei weitere Gruppen unterteilt werden. Die erste Gruppe (sekundären Dienstleistungen I) wird als **personenbezogene Dienstleistungen** bezeichnet. Dazu zählen vor allem Fach- und Assistenzberufe in den Bereichen Betreuen, (medizinisches) Behandeln, juristische, sozialpflegerische und kulturelle Bereiche. Die zweite Gruppe wird **wissensintensive Dienstleistungen** (sekundären Dienstleistungen II) genannt. Dazu gehören vorwiegend akademische Berufe wie Forschen und Entwickeln, Mathematik-, Ingenieurs-, Naturwissenschafts- und technische (MINT) Berufe, Lehren, Rechtsberatung, Disponieren, Koordinieren, Organisieren und Management (Stooß und Weidig, 1990).
- 263 In der Herstellung von Waren gab es in Österreich eine ausgeprägte **Tendenz hin zu Dienstleistungsberufen** im Zeitraum 2011–2024 (► Abbildung 8.8). Fertigungsberufe nahmen um 9,5 Prozentpunkte ab. Wissensintensive sekundäre Dienstleistungen stiegen um 6,1 Prozentpunkte. Die personenbezogenen Dienstleistungen spielten eine untergeordnete Rolle. Die Fertigungsberufe waren in der Herstellung von Waren zwar anteilmäßig kleiner (2024: 41,1%) als in der sonstigen Industrie (2024: 49,5%). Hinsichtlich der Anzahl überwogen die Beschäftigten in Fertigungsberufen mit 280 Tausend Beschäftigten jedoch in der Herstellung von Waren (sonstige Industrie: 175 Tausend Beschäftigte). Im Zeitraum 1975–2017 sank

das Verhältnis von Fertigungs-Beschäftigten in der Herstellung von Waren zu Fertigungs-Beschäftigten in den Dienstleistungen in Deutschland von 3 auf 1,3 (Boddin und Kröger, 2021).¹¹¹

Abbildung 8.8: **Tätigkeitsschwerpunkte innerhalb der Sektoren**

Anteile der Beschäftigten in %



Quelle: Mikrozensus, Statistik Austria.

Anmerkung: Zuordnung der Berufe (ISCO 08, Mikrozensus, Statistik Austria) basierend auf dem Schema in Helmrich und Zika (2010). Unterteilung der sekundären Dienste nach Stooß und Weidig (1990). Fertigung: Be- und Verarbeiten, Instandsetzen bzw. Steuern und Warten von Maschinen und Anlagen. Primäre Dienste: einfache Tätigkeiten im Verkauf und im Büro, allgemeine Dienstleistungen wie Reinigen, Bewirken, Lagern, Sichern und Transportieren. Sekundäre Dienste I: personenbezogene Dienstleistungen; vor allem Fach- und Assistenzberufe in den Bereichen Betreuen, (medizinisches) Behandeln, juristische, sozialpflegerische, kulturelle Bereiche. Sekundäre Dienste II: wissensintensive Dienstleistungen, vorwiegend akademische Berufe; Forschen und Entwickeln, MINT-Berufe, Lehren, Rechtsberatung, Disponieren, Koordinieren, Organisieren und Management.

- 264 Für Deutschland besteht laut Eickelpasch (2014) ein Zusammenhang zwischen dem Anteil der Fertigungstätigkeiten und dem Grad der **Exportorientierung**. Industriebranchen mit einem Exportanteil von über 50% verringerten den Anteil der Produktionsarbeiter:innen zwischen 1999 und 2011 um 4,4 Prozentpunkte, ausgehend von einem durchschnittlichen Anteil von 55,3% (1999). Branchen mit mittlerem

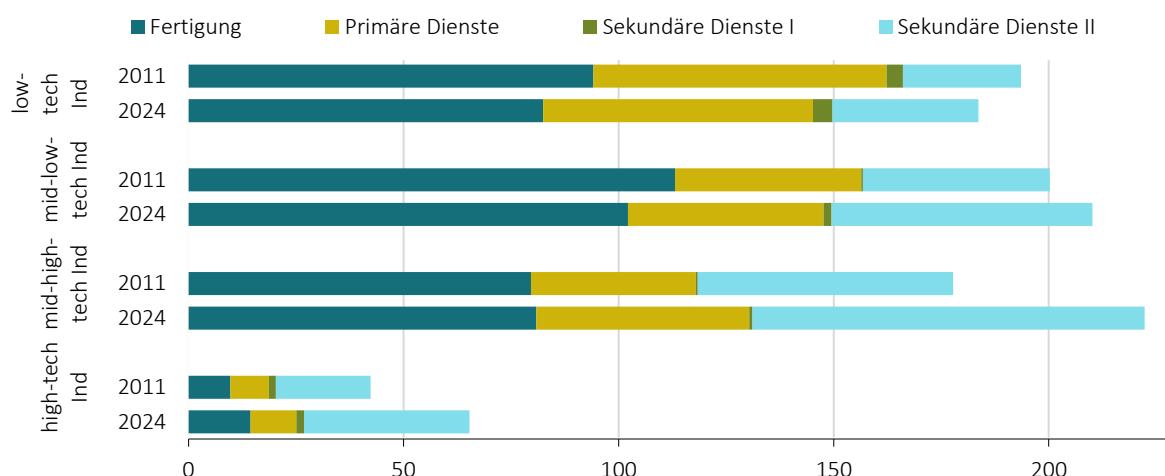
¹¹¹ Die Reduktion von Fertigungsberufen in der Herstellung von Waren könnte auch auf eine Zunahme von Leiharbeiter:innen für diese Tätigkeiten zurückzuführen zu sein, anstatt dass sich der Anteil dieser Berufe tatsächlich verringert. Diese Beschäftigten könnten sich in der Branche Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften (NACE: N78) wiederfinden. Eine Auswertung des übergeordneten Wirtschaftszweiges N weist nicht auf einen Anstieg von Fertigungsberufen hin.

Exportanteil (33%–50%) reduzierten den Anteil der Produktionsarbeiter:innen um 3,2 Prozentpunkte, und Branchen mit einem Exportanteil unter 33% um 2,2 Prozentpunkte.

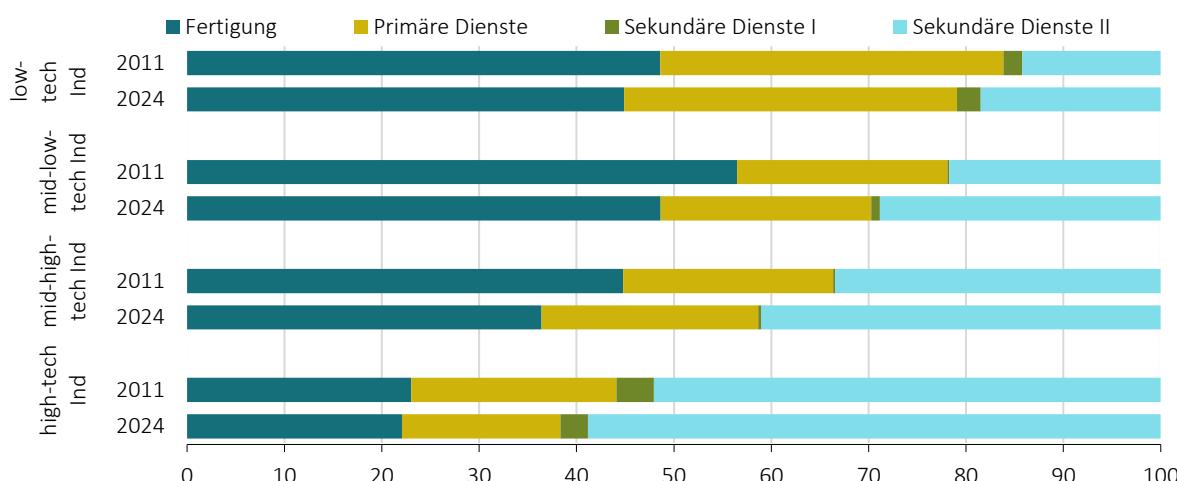
- 265 Die Entwicklung der Tätigkeitsschwerpunkte in der Warenherstellung hängt maßgeblich von der **Technologieintensität** ab (► Abbildung 8.9). In den High-Tech-Subsektoren stieg die Beschäftigung von 2011 bis 2024 in allen Tätigkeitsschwerpunkten. Durch den starken Anstieg der Beschäftigung in wissensintensiven Dienstleistungen gingen die Anteile anderer Tätigkeiten entsprechend zurück. In den Mid-Low-Tech-Subsektoren verzeichneten nur die Fertigungstätigkeiten einen Rückgang, in den Mid-High-Tech-Subsektoren anteilmäßig ebenso, jedoch stieg die Zahl der Beschäftigten in allen Tätigkeitsfeldern absolut an. In den Low-Tech-Subsektoren stieg die Zahl der Beschäftigten nur in den sekundären Diensten (absolut und relativ), insgesamt wies dieses Segment aber als einziges einen Beschäftigungsrückgang auf.

Abbildung 8.9: **Tätigkeitsschwerpunkte in der Herstellung von Waren nach Technologieintensität**

Beschäftigte in Tausend



Anteile in %



Quelle: Mikrozensus, Statistik Austria.

Anmerkung: Zuordnung der Berufe (ISCO 08, Mikrozensus, Statistik Austria) basierend auf dem Schema in Helmrich und Zika (2010). Unterteilung der sekundären Dienste nach Stooß und Weidig (1990). Fertigung: Be- und Verarbeiten, Instandsetzen bzw. Steuern und Warten von Maschinen und Anlagen. Primäre Dienste: einfache Tätigkeiten im Verkauf und im Büro, allgemeine Dienstleistungen wie Reinigen, Bewirken, Lagern, Sichern und Transportieren. Sekundäre Dienste I: personenbezogene Dienstleistungen; vor allem Fach- und Assistenzberufe in den Bereichen Betreuen, (medizinisches) Behandeln, juristische, sozialpflegerische, kulturelle Bereiche. Sekundäre Dienste II: wissensintensive Dienstleistungen, vorwiegend akademische Berufe; Forschen und Entwickeln, MINT-Berufe, Lehren, Rechtsberatung, Disponieren, Koordinieren, Organisieren und Management.

- 266** Der Zuwachs an Beschäftigten fiel in den (Mid-) High-Tech-Subsektoren am größten aus, darin wiederum bei den wissensintensiven Dienstleistungen. **Wissens- und Technologieintensität** stellten eine wesentliche Basis dar für die **Erhaltung und Expansion von Beschäftigung in der Herstellung von Waren** und könnten ein Hinweis sein, wie der Strukturwandel auch in Zukunft den Sektor erhalten und fördern kann.
- 267** Der Blick auf die Berufe trägt zum Verständnis des Strukturwandels bei, da sie über die Betrachtung von Unternehmen und die intersektorale Entwicklung hinausgeht und die Veränderung industrieller Wertschöpfung innerhalb der Unternehmen sichtbar macht. Diese Entwicklung ist konsistent mit dem funktionellen Strukturwandel, der in den Sektoren und innerhalb der Unternehmen stattfindet. Im funktionellen Strukturwandel produzieren Industrieunternehmen nicht nur Güter, sondern zunehmend auch **integrierte Dienstleistungen**. Die Beschäftigung von wissensintensiven Dienstleistungen in Unternehmen mit höherer **Technologieintensität** nahm sogar absolut gesehen deutlich zu. Auch die Produktion an sich benötigt durch Automatisierung und Digitalisierung vermehrt Dienste anstatt Fertigungsberufe. Diese Form des Strukturwandels ist in der gesamten verfügbaren Zeitperiode (2011–2024) erkennbar, nicht nur seit der Energiekrise.
- 268** Der funktionale Strukturwandel innerhalb der Unternehmen stellt eine Herausforderung für statistische Systeme dar. Traditionelle sektorale Statistiksysteme bilden die neue Realität nur unzureichend ab. Eine klare Trennung zwischen Industrie und Dienstleistung ist empirisch immer schwerer aufrechtzuerhalten. Dies hat Folgen für wirtschaftspolitische Analysen, Innovationsförderung, Steuerpolitik und Bildungspolitik (Lehmann et al., 2025).

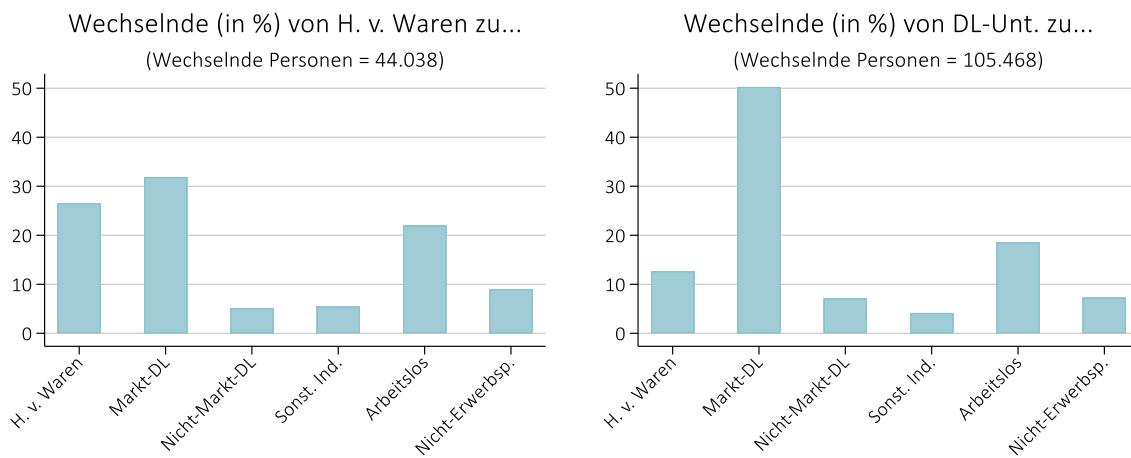
8.5 Strukturwandel und Beschäftigung

- 269** Struktureller Wandel bringt den **Verlust von Arbeitsplätzen** mit sich, eröffnet aber auch **neue Beschäftigungsmöglichkeiten**. Beschäftigte reagieren unterschiedlich auf Veränderungen in schrumpfenden Branchen. Alter, Bildungsniveau und Geschlecht können sich darauf auswirken, ob ein Wechsel gelingt und welche Folgen er für die Löhne hat. Ziel ist es, ein besseres Verständnis für die Dynamik von **Arbeitsplatzwechseln** zu schaffen und **gezielten Unterstützungsbedarf** für besonders gefährdete Gruppen sichtbar zu machen.

8.5.1 Beschäftigungswechsel

- 270** Dieser Abschnitt diskutiert Einflussfaktoren auf den Arbeitsplatzverlust in der Herstellung von Waren für die Beschäftigten. Die Diskussion stützt sich auf eine Analyse österreichischer Erwerbsbiografien von 2013 bis 2022. Dafür wurde eine große Stichprobe von Personen analysiert, die von einem Arbeitsplatzverlust betroffen waren (zur Gewinnung der Stichprobe, siehe ►Textbox 8.3). Nach dem **Arbeitsplatzverlust** in der **Herstellung von Waren** wechselten im Durchschnitt des Untersuchungszeitraumes 69% in eine neue Beschäftigung (► Abbildung 8.10, links). Mehr Beschäftigte (31,9%) wechselten in den Sektor der Markt-Dienstleistungen und vollzogen somit einen Sektorwechsel als zu einem anderen Unternehmen innerhalb des Sektors (26,5%). Kleinere Anteile wechselten zu Nicht-Markt-Dienstleistungen (5,2%) oder zu sonstiger Industrie (5,4%). Die Arbeitslosenquote unter denjenigen, die von einem Arbeitsplatzverlust betroffen waren betrug 22,0%. Weitere 9,0% schieden als Erwerbspersonen aus.
- 271** Nach dem Arbeitsplatzverlust in den **Markt-Dienstleistungen** verblieb der Großteil in einem anderen Unternehmen innerhalb des Sektors (50,3%; ►Abbildung 8.10, rechts). Ein wesentlich kleinerer Anteil wechselte in den Sektor Herstellung von Waren (12,6%). Dieser Anteil war somit auch wesentlich kleiner als beim Sektorwechsel ausgehend von der Herstellung von Waren (31,9%, ►Absatz 270). Kleiner waren wieder die Wechselhäufigkeiten zu Unternehmen in den Nicht-Markt-Dienstleistungen (7,1%) und zur sonstigen Industrie (4,2%). Arbeitslosigkeit (18,5%) und Ausscheiden als Erwerbsperson (7,3%) waren etwas weniger häufig als bei Arbeitsplatzverlust in der Herstellung von Waren.

Abbildung 8.10: Folge von Beendigung der Beschäftigung, 2013–2022



Quelle: AMDC, Statistik Austria.

Anmerkungen: NACE-Wirtschaftszweige: H. v. Waren: C. Sonst. Ind.: NACE D–F. Markt-DL: NACE G–N. Nicht-Markt-DL: NACE O–U.

Textbox 8.3: Beschäftigungswechsel und Strukturwandel: Methodik und Datenbasis

Die Analyse der Folgen des Strukturwandels für Beschäftigte basiert auf **administrativen Individualdaten aus Österreich**.¹¹² Sie ermöglichen eine umfassende Beobachtung von Erwerbsverläufen über den Zeitraum 2013 bis 2022. Die Untersuchung konzentriert sich auf vollzeitbeschäftigte Personen, die in den beiden Jahren vor dem Beschäftigungsende durchgehend im selben Unternehmen tätig waren. Dies stellt eine stabile Erwerbsbiografie der betrachteten Personen sicher und vermeidet die Einbeziehung von Personen mit bereits zuvor häufigem Arbeitsplatzwechsel.

Im Zentrum des methodischen Ansatzes steht die Identifikation von **Massenentlassungen**¹ („Mass-Layoff“) als **exogene Schocks**. Das Mass-Layoff-Design versucht bei der Analyse der Auswirkungen von Arbeitsplatzverlusten, zentrale **Selektionsverzerrungen** zu vermeiden. Freiwillig kündigende Arbeitnehmer:innen könnten besser qualifiziert oder motivierter sein, während entlassene Arbeitnehmer:innen weniger produktiv sein könnten. Bei Massenentlassungen erfolgt der Arbeitsplatzverlust jedoch nicht aufgrund individueller Leistung, sondern wegen unternehmensexterner Schocks (z. B. Standortschließung, Branchenkrise). Dadurch lassen sich die Folgen des Arbeitsplatzverlustes kausal besser dem Ereignis selbst zuschreiben. Gleichzeitig offenbart dieses Design die Wirkung systemischer Schocks auf Arbeitnehmer:innen, da es zeigt, wie externe wirtschaftliche Veränderungen (z. B. Nachfrageeinbruch, technologische Umbrüche) auf Belegschaften wirken – unabhängig von deren individueller Eignung.

Das Ereignis einer Massenentlassung wird anhand definierter Schwellenwerte klassifiziert, die sich an der Unternehmensgröße orientieren. So gelten beispielsweise Entlassungen von mindestens 5% der Belegschaft in mittleren Unternehmen oder mindestens 30 Personen in großen Unternehmen als Massenentlassung. Um Verwechslungen mit Unternehmensfusionen oder Outsourcing zu vermeiden, werden Fälle ausgeschlossen, in denen mehr als 20% der Belegschaft gemeinsam in ein anderes Unternehmen wechseln. Ebenso werden Personen ausgeschlossen, die mehrfach in Massenentlassungen involviert sind oder deren Bildungsstatus sich verändert.

¹¹² Die dargestellten Ergebnisse bauen auf der Hintergrundstudie von Weichselbaumer (2025) auf. Technische Details sind, sofern nicht im Text angeführt, in dieser Arbeit nachzulesen. Das Forschungsprojekt wurde mit Daten des Austrian Micro Data Center (AMDC) durchgeführt. Das AMDC ist eine Forschungsdateninfrastruktureinrichtung von Statistik Austria, die die Beforschung von datenschutzkonform aufbereiteten Mikrodaten ermöglicht (Fuchs et al., 2024).

Die Analyse fokussiert auf Beschäftigte in der Herstellung von Waren (NACE C) und in Markt-Dienstleistungen (NACE G–N), wobei auch Übergänge in andere Sektoren berücksichtigt werden. Die Löhne werden als jährliche Bruttolöhne in konstanten Preisen (2015, inflationsbereinigt mittels Verbraucherpreisindex) gemessen. Personen mit sehr hohen Einkommen (über 200.000 Euro) werden ausgeschlossen, um Verzerrungen in diese Richtung zu vermeiden. Die Auswahl umfasst sowohl Angestellte als auch Arbeiter:innen, die zusammen etwa 90% der Erwerbstätigen abdecken.

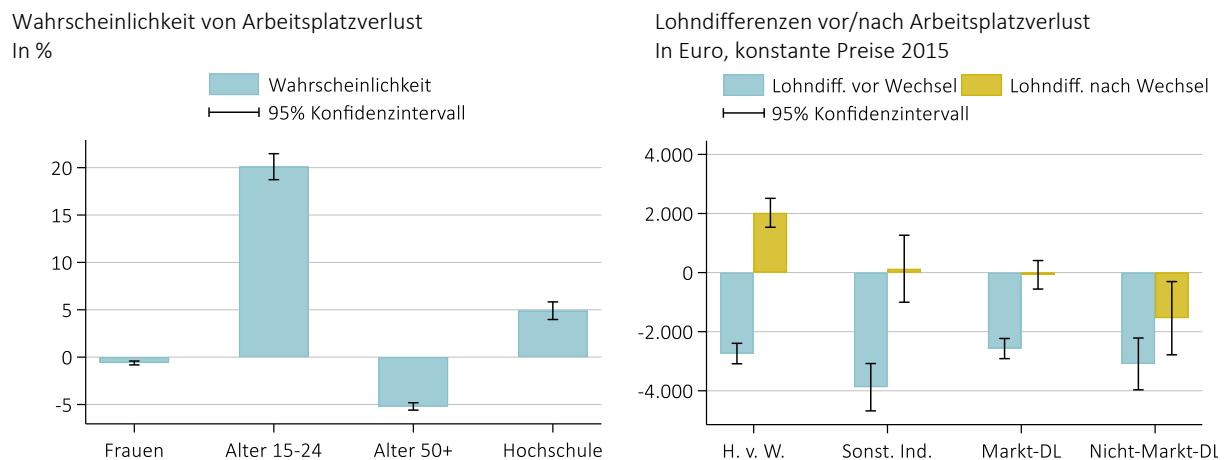
Zur Untersuchung der **Auswirkungen von Massenentlassungen auf Erwerbsverläufe** wird ein **quasi-experimentelles Design** verwendet. Die betroffenen Personen (Switchers) werden mit jenen verglichen, die trotz Massenentlassung im Unternehmen verbleiben (Stayers). Diese Vergleichsgruppe dient als Kontrollgruppe, um Unterschiede in **Übergangswahrscheinlichkeiten, Lohnentwicklungen** und **Arbeitslosigkeit** zu identifizieren. Im Vergleich der beiden Gruppen wird der Einfluss individueller Merkmale wie Alter, Geschlecht, Bildung und Lohnniveau auf verschiedene Übergänge geschätzt.

Die sektorale Perspektive wird durch die Zuordnung der Unternehmen zu NACE-Klassifikationen gewährleistet. Dabei wird auch berücksichtigt, ob Personen in **wissensintensive** oder **produktivitätsstarke** Subsektoren wechseln. Die Klassifikation der Subsektoren nach Wissensintensität folgt den Definitionen von Eurostat. Die Produktivitätsklassifizierung basiert auf der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität der Unternehmen vor dem Zeitraum der Beschäftigungsanalyse. Die Analyse erlaubt somit eine differenzierte Betrachtung von sektoralen Mobilitätsmustern im Kontext strukturellen Wandels.

¹ Der Begriff „Massenentlassungen“ wird im vorliegenden Kontext nicht im arbeitsrechtlichen Sinn verwendet, sondern bezeichnet allgemein das massenhafte bzw. gehäufte Auflösen von Beschäftigungsverhältnissen – unabhängig von der rechtlichen Ausgestaltung, die in den verwendeten Daten nicht erfasst ist.

- 272 Die **Wahrscheinlichkeit eines Arbeitsplatzverlusts** in der Herstellung von Waren variierte nach **Geschlecht, Alter und Ausbildung** (► Abbildung 8.11, linkes Panel). Frauen hatten eine leicht verminderte Wahrscheinlichkeit, die Beschäftigung zu beenden (-0,6%). Die Altersgruppe 50+ hatte eine niedrigere Wahrscheinlichkeit einer Beendigung der Beschäftigung (-5,2%). Jüngere Beschäftigte verließen häufiger die Beschäftigung im ursprünglichen Unternehmen (+20,1%). Ein Hochschulabschluss erhöhte die Häufigkeit, das Unternehmen zu verlassen (+4,9%). Diese Unterschiede in den Häufigkeiten gelten für vergleichbare Löhne, höchste abgeschlossene Ausbildung, ursprünglich Vollzeitbeschäftigte und für vergleichbare Ursprungsunternehmen.

Abbildung 8.11: Unterschiede in den Wahrscheinlichkeiten eines Arbeitsplatzverlustes in der Herstellung von Waren und Lohneffekte



Quelle: AMDC, Statistik Austria.

Anmerkungen: Wahrscheinlichkeit im Vergleich zu: Männer; Altersgruppe 25-49; höchstens Pflichtschule. Lohndifferenzen im Vergleich zu Beschäftigten, die im Unternehmen in der Herstellung von Waren beschäftigt bleiben (Weichselbaumer, 2025).

8.5.2 Löhne nach dem Beschäftigungswechsel

- 273 Der Strukturwandel mit Verschiebung von Beschäftigung zu den Dienstleistungen könnte zu niedrigeren Löhnen führen. Die **Löhne im Dienstleistungssektor** waren durchschnittlich niedriger als in der Herstellung von Waren. In Österreich war der Medianverdienst pro Stunde 2022 bei den Dienstleistungen um 16,6% niedriger als bei der Herstellung von Waren (Geisberger und Hoser, 2024). Für Beschäftigte in der Herstellung von Waren könnte sich durch den Strukturwandel und damit einhergehenden Beschäftigungswechsel ein Lohnverlust ergeben.
- 274 Die Löhne werden von einer **Vielzahl von Faktoren** beeinflusst, die sich zwischen den Sektoren unterscheiden können und somit für einen Teil des Lohnunterschieds verantwortlich sind. Berücksichtigt man Unterschiede der Beschäftigten in Alter, Geschlecht, Bildung und Beschäftigungsausmaß, verringert sich die Lohndifferenz. Für Österreich ergibt sich bei der Berücksichtigung lohnbestimmender Faktoren ein differenziertes Bild der **Lohnveränderungen bei einem Beschäftigungswechsel**. Ein Wechsel aus einem Unternehmen in der Herstellung von Waren zu den Markt-Dienstleistungen (NACE: G–N) führte nicht zu einer Verringerung des Bruttolohns im Vergleich zum Verbleib im selben Unternehmen in der Herstellung von Waren (► Abbildung 8.11, rechtes Panel). Auch ein Wechsel in einen anderen Industriebereich (Bergbau, Energie, Wasser/Abfall, Bau; NACE: B, D–F) zog keine Lohnveränderung nach sich. Ein Wechsel zu einem anderen Unternehmen der Herstellung von Waren resultierte in einer Erhöhung (+4,5% relativ zum Medianlohn), ein Wechsel zu den Nicht-Markt-Dienstleistungen (NACE: O–U) hingegen zu einer Verringerung des Lohns (-3,4% relativ zum Medianlohn). Allerdings haben wechselnde Beschäftigte bereits vor einem Wechsel geringere Löhne als nicht-wechselnde Beschäftigte. Dies könnte mit den Berufen der wechselnden Beschäftigten zu tun haben, worüber in der durchgeführten Analyse keine Daten für Österreich vorliegen.
- 275 Zahlreiche Studien belegen Lohneinbußen als Folge eines Wechsels der Beschäftigung. Eine Analyse für Deutschland berücksichtigt den Effekt eines **Berufs- bzw. Tätigkeitswechsels** zusätzlich zum Sektorwechsel. Wechselte ein:e Beschäftigte:r in der Fertigung aus der Herstellung von Waren in den Dienstleistungssektor, verblieb aber in einem Produktionsberuf, verringerte sich der durchschnittliche Lohn um 2,8%. Nahm diese:r hingegen eine Dienstleistungstätigkeit im Dienstleistungssektor an, verringerte sich der Lohn um 12,0% (Boddin und Kroeger, 2021).¹¹³
- 276 Die Lohneinbußen sind bei **Niedriglohn-Beschäftigten** geringer als bei Beschäftigten mit höheren Löhnen. Die Lohneinbußen sind bei allen Beschäftigten beim **Wechsel zu weniger wissensintensiven Dienstleistungen** doppelt so hoch wie beim Wechsel zu wissensintensiven Dienstleistungen. Da Niedriglohn-Beschäftigte häufiger zu den weniger wissensintensiven Dienstleistungen wechseln, führt das zu einer **Polarisierung** der Löhne (Helm et al., 2023).
- 277 In Österreich hatten Beschäftigte zwar vor einem Beschäftigungswechsel niedrigere **Löhne** als im Unternehmen verbleibende Beschäftigte. Durch den Wechsel ergab sich aber nur beim Wechsel in die Nicht-Markt-Dienstleistungen eine weiterer Lohnverlust. Die Gefahr von Lohneinbußen ist demnach nicht generell für den Wechsel von der Herstellung von Waren in den Dienstleistungssektor gegeben.

8.5.3 Arbeitslosigkeit und Ausscheiden als Erwerbsperson

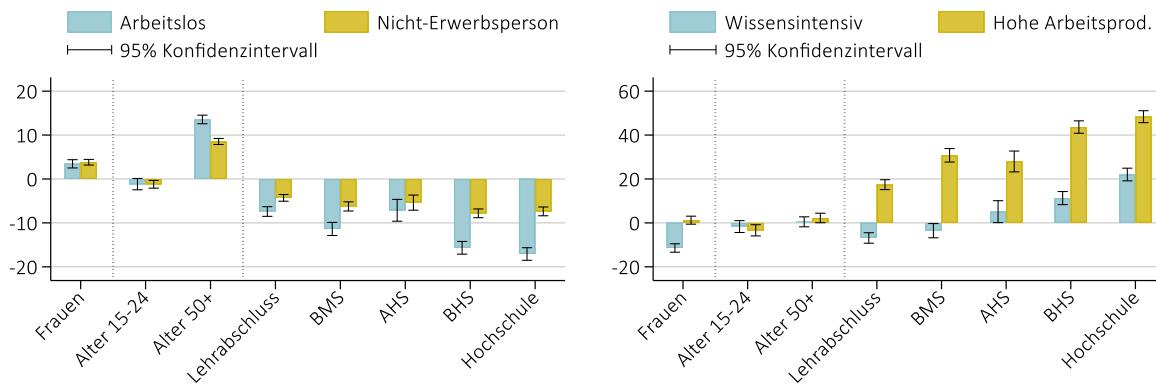
- 278 Wie oft Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren und was danach passiert, hängt unter anderem vom **Alter** und der **Ausbildung** ab (► Abbildung 8.12, linkes Panel). Ältere (50+) verlieren seltener ihre Beschäftigung als Jüngere – sie bleiben also häufiger im gleichen Unternehmen (► Absatz 272). Wenn sie aber doch ihren Arbeitsplatz verlieren, sind sie häufiger arbeitslos als die 25- bis 49-Jährigen – und zwar um 13,6% öfter. Auch der Anteil derjenigen, die erwerbsinaktiv werden, ist bei Älteren höher (+8,6%). Jüngere Beschäftigte wechseln zwar öfter das Unternehmen (► Absatz 272), werden aber nicht häufiger

¹¹³ Bei den ausgewerteten Löhnen handelt es sich um Tagesbruttolöhne (Boddin und Kröger, 2021, FN 12; Antoni et al., 2019, S. 43–44).

arbeitslos als die 25- bis 49-Jährigen. Auch das **Geschlecht** spielt eine Rolle. Frauen sind nach dem Ende einer Beschäftigung häufiger arbeitslos (+3,5%) oder erwerbsinaktiv (+3,8%) als Männer. Diese Unterschiede wurden so berechnet, dass die anderen Faktoren –Ausbildung, Geschlecht und Alter – gleich gehalten wurden. Das bedeutet: Die Zahlen zeigen, wie sich Alter, Geschlecht oder Ausbildung allein auswirken, wenn man die anderen Bedingungen konstant hält.

Abbildung 8.12: Unterschiede in der Wahrscheinlichkeit von Wechseln zu verschiedenen Gruppen nach Beschäftigungsende in der Herstellung von Waren

In %



Quelle: AMDC, Statistik Austria.

Anmerkungen: Die dargestellten Unterschiede zeigen, wie stark sich die Wahrscheinlichkeit im Vergleich zu einer Referenzgruppe verändert. Diese Referenzgruppe besteht aus: Männern, Personen im Alter von 25–49 Jahren und mit höchstens Pflichtschulabschluss. Das linke Panel zeigt die Unterschiede je Gruppe für Arbeitslosigkeit und Erwerbsinaktivität. Das rechte Panel zeigt die Unterschiede je Gruppe für den Wechsel in wissensintensive Branchen oder Branchen mit hoher Arbeitsproduktivität (Weichselbaumer, 2025).

- 279 Die **höchste abgeschlossene Ausbildung** hatte einen klaren Einfluss darauf, wie häufig Personen nach dem Verlassen ihres Unternehmens arbeitslos wurden oder sich ganz vom Arbeitsmarkt zurückzogen. Je höher die Ausbildung, desto seltener traten diese Folgen auf – verglichen mit Personen, die nur einen Pflichtschulabschluss haben. Dabei wurden Alter und Geschlecht konstant gehalten, sodass die Unterschiede auf die Ausbildung zurückzuführen sind. Personen mit Lehrabschluss oder AHS waren deutlich seltener arbeitslos als jene mit Pflichtschulabschluss, und dieser Unterschied wurde mit zunehmendem Bildungsniveau noch größer – bis hin zu einem Rückgang von 17% bei Hochschulabsolvent:innen. Auch die Wahrscheinlichkeit, sich ganz vom Arbeitsmarkt zurückzuziehen, war bei besser Ausgebildeten geringer – je nach Abschluss zwischen 4% und 8% weniger als bei Personen mit Pflichtschulabschluss.
- 280 Der Wechsel von der Herstellung von Waren zu den **wissensintensiven Dienstleistungen** hing stark mit der höchsten abgeschlossenen **Ausbildung** zusammen (► Abbildung 8.12, rechtes Panel). Allerdings war der Wechsel seltener für Lehrabschluss (-6,9%) und BMS (-3,5%) im Vergleich zu Personen mit Pflichtschulabschluss. Deutlich häufiger wechselten Personen zu den wissensintensiven Dienstleistungen, deren höchste abgeschlossene Ausbildung AHS (+5,1%), BHS (+11,3%) oder eine Hochschule (+22,0%) war. Frauen wechselten 11,4% weniger häufig zu wissensintensiven Dienstleistungen. Das Alter hatte keinen Einfluss.
- 281 Ein Wechsel aus der Herstellung von Waren in wissensintensive Branchen kann für Beschäftigte mit **ursprünglich niedrigeren Löhnen** schwieriger sein. In Deutschland (1990–2004) war die Wahrscheinlichkeit für Beschäftigte mit niedrigen Löhnen 4,4-mal höher, von der Herstellung von Waren in Dienstleistungssektoren mit niedriger Wissensintensität zu wechseln als in Sektoren mit hoher Wissensintensität. Bei Beschäftigten mit hohen Löhnen war die Wahrscheinlichkeit nur 1,4-mal höher (Helm et al., 2023). Mit einer höheren abgeschlossenen Ausbildung zeigte sich auch in Österreich eine höhere Wahrscheinlichkeit, in wissensintensive Dienstleistungen zu wechseln.

- 282 Junge Personen im Alter von 15 bis 24 Jahren haben eine um 3,4% geringere Wahrscheinlichkeit, in einen **Dienstleistungsbereich mit hohem Produktivitätswachstum** zu wechseln, verglichen mit der Referenzgruppe der 25–50-Jährigen (► Abbildung 8.12, rechtes Panel). Für Personen ab 50 Jahren lag diese Wahrscheinlichkeit hingegen um 2,2% höher. Die höchste abgeschlossene Ausbildung hatte einen deutlichen Einfluss: Im Vergleich zur Referenzgruppe mit Pflichtschulabschluss erhöhte sich die Wahrscheinlichkeit eines Wechsels in einen Dienstleistungsbereich mit hohem Produktivitätswachstum bei Personen mit Lehrabschluss um 17,4%, mit Abschluss einer mittleren berufsbildenden Schule um 30,8%, mit AHS um 28,0%, mit BHS um 43,6% und mit Hochschulabschluss um 48,4%.
- 283 **Fazit:** Der Strukturwandel in Österreich führte zu erheblichen **Veränderungen in der Beschäftigung**. Gründe waren die Verschiebungen der Tätigkeitsschwerpunkte (► Abschnitt 8.4.2) und der Übergang von der Herstellung von Waren zu Dienstleistungssektoren. Während viele Beschäftigte erfolgreich in neue Tätigkeiten wechselten, waren die Folgen für Löhne und Erwerbsverläufe stark von individuellen Merkmalen wie Alter, Geschlecht und Ausbildung abhängig. Besonders gefährdet waren ältere und geringer qualifizierte Personen, die häufiger arbeitslos wurden oder als Erwerbspersonen ausschieden. Ein Wechsel in wissensintensive Dienstleistungen war mit besseren Lohnperspektiven verbunden, jedoch für Niedriglohn-Beschäftigte und Frauen weniger zugänglich. Gezielte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sind notwendig, um benachteiligte Gruppen beim Strukturwandel zu unterstützen.

8.6 Aktuelle Entwicklungen am Arbeitsmarkt

- 284 Ab dem Beginn des Jahres 2023 ging die **Produktion** in der Herstellung von Waren zurück (► Abbildung 8.1). Dieser Abschnitt betrachtet für Untergruppen auf dem **Arbeitsmarkt** die Betroffenheit im Zusammenhang mit dem Rückgang der Produktion. Die Analyse der Entwicklungen unterschiedlicher Gruppen innerhalb der Erwerbsbevölkerung ermöglicht eine differenzierte Betrachtung der Auswirkungen des Strukturwandels. Die Unterschiede in der Arbeitslosenquote können Hinweise auf langfristige Verschiebungen in der Nachfrage nach Arbeitskräften im Zusammenhang mit dem beschriebenen Strukturwandel geben.
- 285 Die **Arbeitslosenrate gesamt** (► Abbildung 8.13, links) stieg seit Beginn 2023 an. Bis Juni 2025 erfolgte ein Anstieg um rund 1 Prozentpunkt. In den Sektoren war der Anstieg unterschiedlich ausgeprägt (► Abbildung 8.13, rechts). Der höchste Anstieg war in den Markt-Dienstleistungen (NACE: G–N) und in der Herstellung von Waren (NACE: C) beobachtbar. In den Nicht-Markt-Dienstleistungen (NACE: O–U) blieb die Arbeitslosigkeit nahezu konstant. Die Arbeitslosigkeit in der sonstigen Industrie (NACE: D–F) näherte sich ab 2023 der ebenfalls ansteigenden Arbeitslosigkeit der Markt-Dienstleistungen an, sank jedoch im ersten Halbjahr 2025.¹¹⁴

Abbildung 8.13: **Arbeitslosenrate**

Gleitender Durchschnitt 12 Monate, in %



Quelle: AMDB des AMS Österreich und des BMASGPK.

Anmerkungen: Für den 12-Monats-Durchschnitt ab Jänner 2022 werden die Vormonate aus 2019 verwendet. Dadurch wird der Einfluss der ungewöhnlich hohen Arbeitslosigkeitsraten während der COVID-19-Pandemie auf die Werte 2023 umgangen. Die gesonderte Behandlung der Jahre 2021–2022 ist durch die strichlierten Linien gekennzeichnet. Klassifikation der Sektoren gemäß ÖNACE 2008, Rev. 2 (siehe ► Anhang): Herst. v. Waren... C; Sonst. Ind... D–F; Markt-DL... G–N; Nicht-Markt-DL... O–U.

¹¹⁴ Die Arbeitslosenraten weisen starke saisonale Muster auf. Um durchschnittliche Tendenzen zu erkennen, wurden gleitende Durchschnitte mit den jeweils 11 Vormonaten gebildet. Die Jahre 2020 und 2021 wurden aufgrund des atypischen Musters durch die COVID-19-Pandemie gesondert abgegrenzt. Für den 12-Monats-Durchschnitt von Jänner–November 2022 wurde für die Vormonate 2019 anstatt 2021 verwendet. Dadurch wird der Einfluss der ungewöhnlich hohen Arbeitslosigkeitsraten während der COVID-19-Pandemie auf die Werte 2023 umgangen. In den Abbildungen zur Arbeitslosenrate wird dies durch den strichlierten Verlauf 2020–2021 angezeigt.

- 286 Eine Zunahme der Arbeitslosigkeit gab es seit Beginn des Jahres 2023 bei **Frauen und Männern**, sowohl insgesamt (► Abbildung 8.14, links) als auch in der Herstellung von Waren (► Abbildung 8.14, rechts). Die Differenzen zwischen den Arbeitslosenraten (► Abbildung 8.14, unterer Teil) machen die Unterschiede in der geschlechtsspezifischen Entwicklung besser sichtbar. Die Arbeitslosigkeit fiel bei den Frauen nach der COVID-19-Pandemie stärker. In der Herstellung von Waren sank der Abstand der Arbeitslosigkeit bei den Frauen deutlich unter den Abstand vor der COVID-19-Pandemie. In den letzten 12 Monaten nahm der Abstand zu den Männern hingegen wieder zu, da die Arbeitslosigkeit bei den Frauen wieder mehr als bei den Männern anstieg.

Abbildung 8.14: **Arbeitslosenrate nach Geschlecht**

Gleitender Durchschnitt 12 Monate, in %



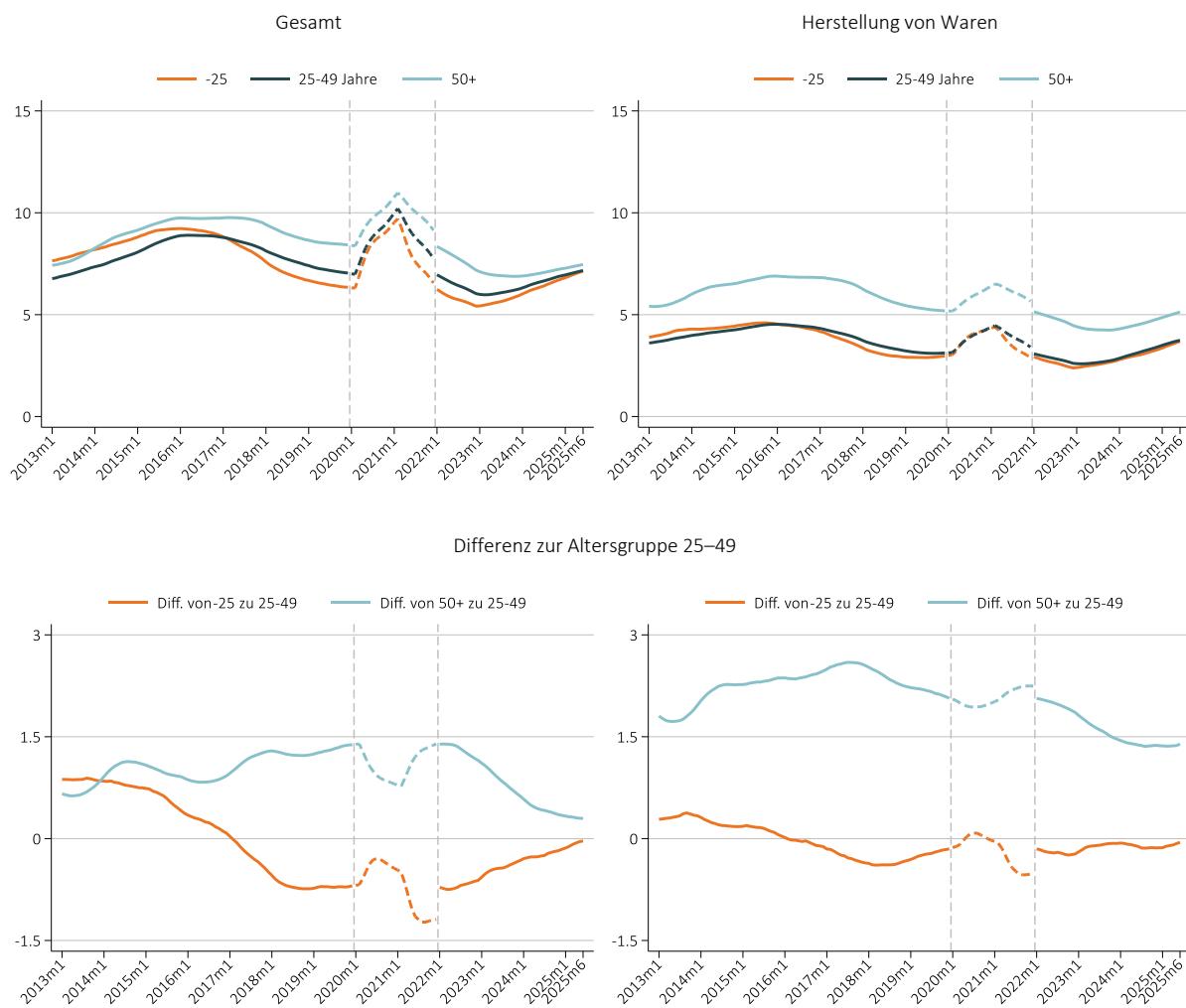
Quelle: AMDB des AMS Österreich und des BMASGPK.

Anmerkungen: Für den 12-Monats-Durchschnitt ab Jänner 2022 werden die Vormonate aus 2019 verwendet. Dadurch wird der Einfluss der ungewöhnlich hohen Arbeitslosigkeitsraten während der COVID-19-Pandemie auf die Werte 2023 umgangen. Die gesonderte Behandlung der Jahre 2021–2022 ist durch die strichlierten Linien gekennzeichnet.

- 287 Auch über alle **Altersgruppen** nahm die Arbeitslosigkeit zu (► Abbildung 8.15). Für die Altersgruppe der Ab-50-Jährigen setzte die Zunahme aber erst zwischen Ende 2023 und Anfang 2024 und somit rund ein Jahr später ein. Die Differenzen zur Altersgruppe 25–49 Jahre (► Abbildung 8.15, unterer Teil) lassen für die Gesamtwirtschaft eine Annäherung der Arbeitslosenraten der Altersgruppen erkennen. Somit nahm die Arbeitslosigkeit bei den Jüngeren (bis 25 Jahre) stärker zu, bei den Älteren (50+) weniger stark. In der Herstellung von Waren verschoben sich die Abstände der Arbeitslosenraten nach dem verzögerten Ansteigen bei den Älteren kaum mehr.

Abbildung 8.15: **Arbeitslosenrate nach Altersgruppen**

Gleitender Durchschnitt 12 Monate, in %



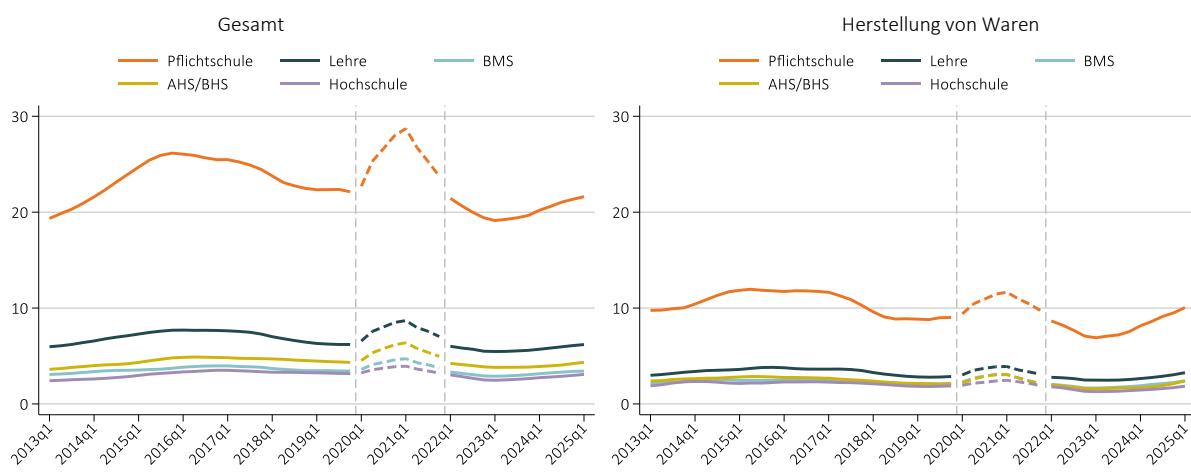
Quelle: AMDB des AMS Österreich und des BMASGPK.

Anmerkungen: Für den 12-Monats-Durchschnitt ab Jänner 2022 werden die Vormonate aus 2019 verwendet. Dadurch wird der Einfluss der ungewöhnlich hohen Arbeitslosigkeitsraten während der COVID-19-Pandemie auf die Werte 2023 umgangen. Die gesonderte Behandlung der Jahre 2021–2022 ist durch die strichlierten Linien gekennzeichnet.

- 288 Die Gruppe der Personen mit der **Pflichtschule** als **höchste abgeschlossene Ausbildung** wiesen höhere Arbeitslosenraten und höhere Anstiege der Arbeitslosenrate seit 2023 auf, sowohl insgesamt (► Abbildung 8.16, links) als auch innerhalb der Herstellung von Waren (► Abbildung 8.16, rechts). Die Gruppe hatte einen Anteil von 14,9% an der Zahl der Erwerbspersonen (1. Quartal 2025), aber aufgrund der hohen Arbeitslosenrate dennoch die höchste *absolute* Zunahme an Arbeitslosen vom 4. Quartal 2022 bis zum 1. Quartal 2025 (rund 31.000 Personen, bzw. 43,6% der Zunahme an Arbeitslosen). In der Herstellung von Waren ist der Anteil der Gruppe mit höchstens Pflichtschule mit 14,1% der Erwerbspersonen ähnlich hoch. Die Zunahme der Zahl der Arbeitslosen ist in der Herstellung von Waren sowohl bei den Pflichtschul-Personen (3.500) als auch bei den Lehrabschluss-Personen (3.400) hoch.

Abbildung 8.16: **Arbeitslosenrate nach Ausbildung**

Gleitender Durchschnitt 4 Quartale, in %



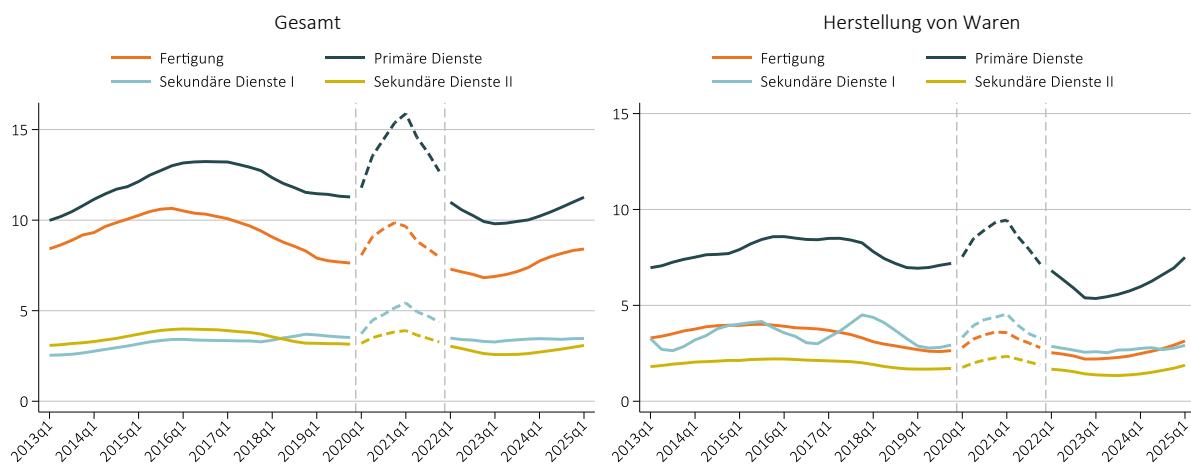
Quelle: AMDB des AMS Österreich und des BMASGPK, Mikrozensus, Statistik Austria.

Anmerkungen: Für den 4-Quartals-Durchschnitt ab dem 1. Quartal 2022 werden die Vorquartale aus 2019 verwendet. Dadurch wird der Einfluss der ungewöhnlich hohen Arbeitslosigkeitsraten während der COVID-19-Pandemie auf die Werte 2023 umgangen. Die gesonderte Behandlung der Jahre 2021–2022 ist durch die strichlierten Linien gekennzeichnet.

- 289 Entlang der **Tätigkeitsschwerpunkte** nahm in der Fertigung und in den primären Diensten gesamtwirtschaftlich die Arbeitslosigkeit zu (► Abbildung 8.17, links). In der Herstellung von Waren zeichnete sich die Zunahme der Arbeitslosigkeit der beiden Tätigkeitsschwerpunkte noch stärker ab (► Abbildung 8.17, rechts). Die Arbeitslosigkeit bei den sekundären Diensten nahm in der Gesamtwirtschaft nicht (sekundäre Dienste I) oder weniger zu (sekundäre Dienste II). In der Herstellung von Waren nahm sie auch bei den sekundären Diensten tendenziell zu, allerdings weniger stark als in den anderen Tätigkeitsschwerpunkten.

Abbildung 8.17: **Arbeitslosigkeit nach Tätigkeitsschwerpunkten**

Gleitender Durchschnitt 4 Quartale, in %



Quelle: AMDB des AMS Österreich und des BMASGPK, Mikrozensus, Statistik Austria.

Anmerkungen: Für den 4-Quartals-Durchschnitt ab dem 1. Quartal 2022 werden die Vorquartale aus 2019 verwendet. Dadurch wird der Einfluss der ungewöhnlich hohen Arbeitslosigkeitsraten während der COVID-19-Pandemie auf die Werte 2023 umgangen. Die gesonderte Behandlung der Jahre 2021–2022 ist durch die strichlierten Linien gekennzeichnet. Zuordnung der Berufe (ISCO 08, Mikrozensus, Statistik Austria) basierend auf dem Schema in Helmrich und Zika (2010). Unterteilung der sekundären Dienste nach Stooß und Weidig (1990). Fertigung: Be- und Verarbeiten, Instandsetzen bzw. Steuern und Warten von Maschinen und Anlagen. Primäre Dienste: einfache Tätigkeiten im Verkauf und im Büro, allgemeine Dienstleistungen wie Reinigen, Bewirten, Lagern, Sichern und Transportieren. Sekundäre Dienste I: personenbezogene Dienstleistungen; vor allem Fach- und Assistenzberufe in den Bereichen Betreuen, (medizinisches) Behandeln, juristische, sozialpflegerische, kulturelle Bereiche. Sekundäre Dienste II: wissensintensive Dienstleistungen, vorwiegend akademische Berufe; Forschen und Entwickeln, MINT-Berufe, Lehren, Rechtsberatung, Disponieren, Koordinieren, Organisieren und Management.

- 290 Die Arbeitslosigkeit erhöhte sich in allen Untergruppen ab 2023 oder spätestens 2024. Die nachteilige Entwicklung von Arbeitslosigkeit und Teilnahme als Erwerbsperson für Personen, die nur über einen **Pflichtschulabschluss** verfügen (► Absätze 278–279), ist im Einklang mit der schneller steigenden Arbeitslosigkeit dieser Gruppe. Die Entwicklungen für die **Beschäftigtengruppe 50+** gingen in verschiedene Richtungen. Deren Häufigkeit eines Beschäftigungsendes war geringer (► Absatz 272). In der Gruppe der Beschäftigten, die das ursprüngliche Unternehmen verließen, war die Häufigkeit von Arbeitslosigkeit oder Ausscheiden als Erwerbsperson im Vergleich zum Wechsel des Unternehmens oder auch des Sektors jedoch höher (► Absätze 278–279). Insgesamt erhöhte sich die Arbeitslosigkeit der älteren Gruppe um einige Monate verzögert, dann jedenfalls in der Herstellung von Waren bereits 2025 mit ähnlichem Anstieg wie die der anderen Altersgruppen.

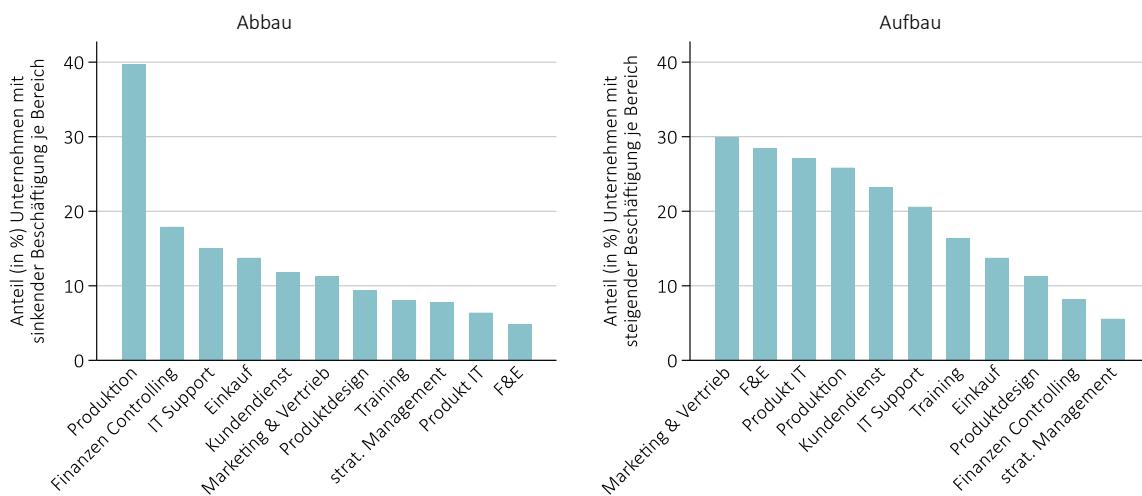
8.6.1 Beschäftigungsplanung in der Herstellung von Waren

- 291 Den Ergebnissen der aktuellen WIFO-Industriebefragung (► Textbox 6.2) zufolge planen die Unternehmen auch **in den nächsten fünf Jahren** in verschiedenen Unternehmensbereichen unterschiedlich starken Auf- und Abbau der Beschäftigung (► Abbildung 8.18). Zwar gibt es keine Veränderung der Gesamtbeschäftigung, es zeigen sich aber deutliche Unterschiede in einzelnen **Unternehmensbereichen** bzw. den entsprechenden **Berufsgruppen**. Die **Produktion** sticht bei den Bereichen mit einem Abbau

besonders heraus: knapp 40% der Unternehmen geben an, Beschäftigte in der Produktion zu reduzieren. Dem steht zwar ein Anteil von rund 26% der Unternehmen gegenüber, der Beschäftigungsaufbau plant. Vergleicht man die Bereiche anhand der Differenz zwischen Aufbau und Abbau, ist die Produktion der Bereich, in dem die Unternehmen mit -14 Prozentpunkten am stärksten mehr Beschäftigung ab- als aufbauen.

- 292 Die weiteren Bereiche mit hohem Anteil von Unternehmen, die einen Beschäftigungsabbau planen, gehören zu den Tätigkeitsschwerpunkten der **primären Dienste**. Deren Anteil stagnierte 2011–2024 in der Herstellung von Waren (► Abbildung 8.8) im Unterschied zur Abwärtstendenz in der Gesamtwirtschaft (► Abbildung 8.7). Die primären Dienste haben generell ein höheres Niveau an Arbeitslosigkeit und sind in der Phase seit 2023 mehr angestiegen als die anderen Tätigkeitsschwerpunkte (► Abbildung 8.17). Der Unternehmensbereich IT wird in der Befragung in „IT-Support“ und „Produkt-IT“ aufgeteilt. IT zählt zu den **sekundären, wissensintensiven Dienstleistungen**. Beim IT-Support planen die Unternehmen stärkeren Abbau und schwächeren Aufbau als bei der Produkt-IT. Beide Bereiche haben insgesamt einen höheren Anteil von Unternehmen mit Beschäftigungsaufbau. Beim IT-Support könnten Automatisierungsabsichten und Ersatz durch KI bereits stärker in Planung sein als bei der Produkt-IT. Sekundäre Dienste wie F&E, Produkt-IT, Training und Marketing und Vertrieb (teilweise sekundäre Dienstleistung) haben die größten Mehrheiten bei der Nennung von Beschäftigungsaufbau.

Abbildung 8.18: **Veränderung der Beschäftigung in der österreichischen Industrie in den nächsten fünf Jahren**

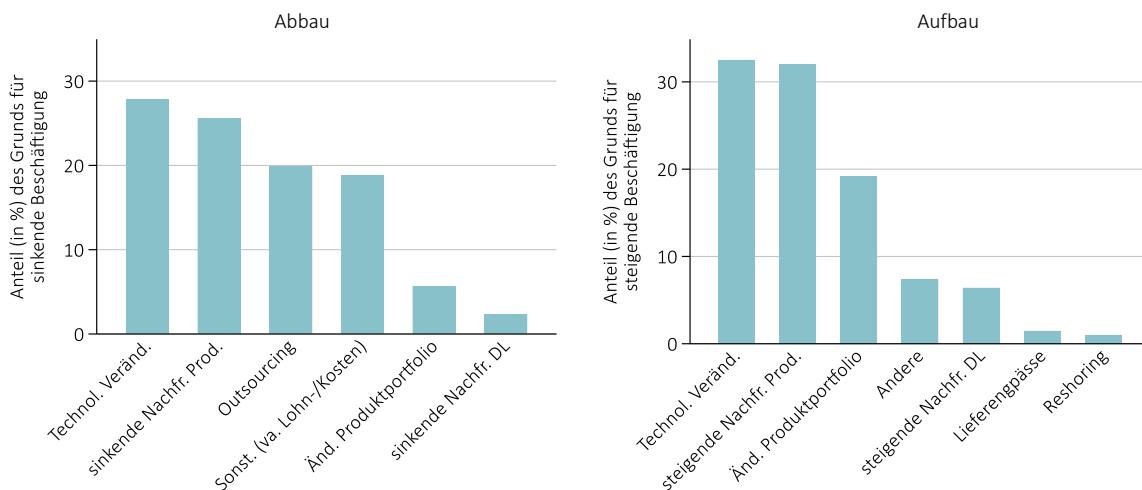


Quelle: WIFO-Industriebefragung 2025.

Anmerkungen: Die restlichen Unternehmen geben an, die Beschäftigung nicht zu verändern. Von den befragten Unternehmen geben 95% an, über Produktionsbereiche zu verfügen, von diesen wiederum produzieren 98% in Österreich.

- 293 Technologische Veränderungen wie **Automatisierung, Digitalisierung und KI** wurde als wichtigster Grund für die geplante Beschäftigungsveränderung angegeben (► Abbildung 8.19). Ähnlich wichtig ist eine abnehmende Nachfrage nach den Produkten des Unternehmens beim Abbau und eine zunehmende Nachfrage beim Aufbau. Outsourcing der Aufgaben der eigenen Beschäftigten bzw. hohe Löhne und Kosten bestimmen ebenfalls den Abbau von Beschäftigung. Hingegen sind Veränderungen des Produktportfolios ein ähnlich wichtiger Grund für den Aufbau von Beschäftigung.

Abbildung 8.19: Gründe für die Beschäftigungsveränderung in den nächsten fünf Jahren



Quelle: WIFO-Industriebefragung 2025.

- 294 **Fazit:** Die Entwicklungen der letzten Jahre deuten auf eine **Beschleunigung des langfristigen Strukturwandels** in Österreich hin. Der Rückgang der Produktion in der Herstellung von Waren seit Anfang 2023 (► Abbildung 8.2) führte zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit, insbesondere bei gering qualifizierten Personen. Die Entwicklung steht im Einklang mit den bereits zuvor beobachteten Trends der Verlagerung von Beschäftigung hin zu wissensintensiven Dienstleistungen und dem Rückgang von Fertigungstätigkeiten. Die aktuellen Beschäftigungsplanungen der Industrieunternehmen zeigen ein Voranschreiten des **funktionalen Strukturwandels** (► Abschnitt 8.4): Während in der Produktion ein Abbau geplant ist, verzeichnen Bereiche wie F&E und Produkt-IT Zuwächse. Insgesamt bestätigen die jüngsten Entwicklungen die langfristige Tendenz zur Dienstleistungsorientierung und verdeutlichen die Notwendigkeit gezielter arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen, um besonders betroffene Gruppen zu unterstützen.

8.7 Handlungsfelder

- 295 In den letzten Jahren hat sich die Diskussion um eine **Deindustrialisierung** in Österreich und anderen europäischen Ländern intensiviert – und sie ist nach wie vor aktuell. Einer der wesentlichen Auslöser der Diskussionen war der Anstieg der **Energiepreise** seit dem Krieg in der Ukraine. Aufgrund der Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit durch höhere Energiekosten droht die Abwanderung der industriellen Produktion in Länder mit niedrigeren Energiepreisen, mit entsprechendem Verlust von Arbeitsplätzen. Gestützt auf die Ansätze in Analysen und Befunden anderer Länder zeigt dieses Kapitel ein differenzierteres Bild der Deindustrialisierung. Die Verschiebung von Produktionsschwerpunkten und Tätigkeiten von der Fertigung vor allem hin zu Dienstleistungen mit höheren Qualifikationsanforderungen fand auch in den Jahren vor der Energiekrise statt und zeigt sich in Österreich und anderen Ländern als eine permanent vor sich gehende Entwicklung.
- 296 Der Wettbewerbsdruck durch den zunehmenden Exportanteil chinesischer Unternehmen in österreichischen Exportmärkten geht seit längerer Zeit vor sich. **Chinesische Konkurrenz** verursacht einen Strukturwandel, der oft mit einem Rückgang der Beschäftigung verbunden ist und in Österreich mit Unternehmensaustritten in Verbindung steht (► Absätze 136 und 145). Es fanden aber auch Verschiebungen der Spezialisierungen statt (► Absätze 149 und 150), die sich in der Verschiebung der Anteile der Tätigkeitsschwerpunkte widerspiegeln, wie sie in diesem Kapitel gezeigt wurde.
- 297 Die Bedeutung von funktionalem und sektoralem Strukturwandel und die damit einhergehende Verlagerung von Tätigkeitsschwerpunkten wurde mit der Entwicklung der Erwerbsbiografien bei Beschäftigungsabbau in der Herstellung von Waren verknüpft. Während in den Handlungsfeldern der vorangehenden Kapitel diskutiert wird, wie mit zunehmender ausländischer **Konkurrenz und Unsicherheit** auf

internationalen Märkten umgegangen werden kann (► Abschnitt 6.4) und wie sich Entwicklungen der Energiepreise gestaltend beeinflussen lassen (► Abschnitt 7.5), steht hier die Diskussion über den Umgang mit den Anforderungen und Anpassungen am **Arbeitsmarkt** im Vordergrund.

- 298 Von nachteiligen Folgen der Verschiebung der Beschäftigung aus der Herstellung von Waren und der steigenden Arbeitslosigkeit waren besonders Personen betroffen, deren höchster Bildungsabschluss die **Pflichtschule** ist. Ihre Arbeitslosigkeit lag im 1. Quartal 2025 bei 21,6% (bei Glättung der jährlichen Saisonalität; ohne Saisonbereinigung: 24,4%; ► Abschnitt 8.6). Das hohe Niveau der Arbeitslosenrate dieser Gruppe ist kein kurzfristiges Phänomen, im Durchschnitt der Jahre 2012–2024 lag sie bei 22,8%. Die Gruppe von unselbständig Beschäftigten mit höchstens Pflichtschulabschluss war mit 478 Tausend von 3.910 Tausend (1. Quartal 2025) auch absolut gesehen groß. Fast die Hälfte der insgesamt 342 Tausend Arbeitslosen bestand aus 154 Tausend Personen mit höchstens einem Pflichtschulabschluss (1. Quartal 2025). Ihre Wahrscheinlichkeit, arbeitslos zu werden oder als Erwerbsperson auszuscheiden, war nach dem Beschäftigungsende deutlich erhöht, insbesondere in der Herstellung von Waren (► Abschnitt 8.5). Die Entwicklung der Tätigkeitsschwerpunkte weist zunehmend in die Richtung von Berufen mit höheren **Qualifikationsanforderungen** (► Abschnitt 8.4.2). Sofern jüngere Personen nur über einen Pflichtschulabschluss verfügen, fließt die höhere Arbeitslosigkeit und häufigeres Ausscheiden aus der Erwerbsbevölkerung in eine Erhöhung der NEET-Quote ein.
- 299 **Ältere Beschäftigte** (50+) verloren im betrachteten Setting eines Beschäftigungsabbaus seltener ihre Stelle im ursprünglichen Unternehmen als jüngere Altersgruppen. Kam es jedoch zu einem Arbeitsplatzverlust, war bei älteren Personen die Wahrscheinlichkeit deutlich höher, arbeitslos zu werden oder als Erwerbsperson auszuscheiden. Der **Weiterbildungsbedarf** im Zusammenhang mit Strukturwandel und Sektorwechsel erscheint daher weniger grundsätzlich für alle älteren Erwerbspersonen ausgebaut werden zu müssen, sondern vielmehr gezielt für jene, die ihre bisherige Beschäftigung verlieren. Wenn möglich, sollte ein Weiterbildungsbedarf dennoch bereits vor dem Ende einer Beschäftigung identifiziert werden. Für ältere Arbeitnehmer:innen besteht eine höhere Wahrscheinlichkeit, ihren Beruf durch **Automatisierung** zu verlieren. Branchen mit höherer Automatisierungswahrscheinlichkeit eignen sich demnach für gezielte Weiterbildungsprogramme für Ältere. Zudem werden ältere Personen seltener für Tätigkeiten in Berufen berücksichtigt, die stark von **Künstlicher Intelligenz** geprägt sind (OECD, 2025). In diesem Bereich kann Weiterbildung für Ältere inhaltlich ansetzen. Angesichts längerer Erwerbsbiografien und eines steigenden Anteils älterer Personen an der Erwerbsbevölkerung gewinnen diese Gründe zunehmend an Bedeutung und sprechen für eine verstärkte Förderung der Weiterbildung älterer Erwerbspersonen.
- 300 Die **Lohneinbußen** durch den Strukturwandel und der Wegfall von Beschäftigung in der Herstellung von Waren können zu einer **Polarisierung** der Löhne führen. Niedriglohn-Beschäftigte wechseln häufiger in weniger wissensintensive Dienstleistungen und erfahren so höhere Lohneinbußen. Die Lohneinbußen sind beim Wechsel zu weniger wissensintensiven Dienstleistungen doppelt so hoch wie beim Wechsel zu wissensintensiven Dienstleistungen. Für Niedriglohn-Beschäftigte haben sich die Lohneinbußen über die Zeit erhöht (Helm et al., 2023). In Österreich waren Wechsel zu den Nicht-Markt-Dienstleistungen mit Lohneinbußen verbunden (► Abschnitt 8.5). Einer Polarisierung der Löhne könnte mit einem Fokus auf Unterstützung der Beschäftigungswechsel von Niedriglohn-Beschäftigten und älteren Personen entgegengewirkt werden.
- 301 Der Strukturwandel findet in unterschiedlichen **Regionen** und **lokalen Arbeitsmärkten** in unterschiedlichem Maße statt, auch im Vergleich der Bundesländer (► Abschnitt 8.3). In manchen Regionen fand der Strukturwandel verstärkt statt, in anderen sogar in entgegengesetzter Richtung, sodass sich der Anteil der Beschäftigung in der Herstellung von Waren erhöhte. Beide Entwicklungen können mit erfolgreicher und unerfolgreicher Entwicklung der Region einhergehen, die Anpassungsfähigkeit der Regionen variiert (Dauth und Südekum, 2016; Gagliardi et al., 2023; Yi et al., 2024). Bei der wirtschaftspolitischen Begleitung des Strukturwandels ist auf das **Ausmaß des Strukturwandels** und die **Anpassungsfähigkeit der Region** Rücksicht zu nehmen.

- 302** Programme für die Förderung des Sektorwechsels bestimmter Gruppen können nach **evidenzbasierten Kriterien** aufgebaut und weiterentwickelt werden. Anleihen dafür können aus der umfangreichen Auswertungsforschung von Maßnahmen am Arbeitsmarkt genommen werden (siehe Card et al., 2017). Die Auswirkungen auf Programmteilnehmer:innen bestehender und neuer Programme sollten mittels geeigneter Vergleichsgruppen überprüft werden. Für die Bewertung der Effektivität und Effizienz der Programme und eine darauf beruhende Priorisierung von Maßnahmen ist es nötig, die arbeitsmarktpolitische Wirkung den Kosten der Maßnahmen gegenüberzustellen. Ein Beispiel für eine umfassende Evaluierung für Österreich (2013–2018) liefern Eppel et al. (2022). Die Studie berücksichtigt Einkommensverluste und -gewinne, Maßnahmenkosten und öffentliche Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen.¹¹⁵
- 303** Studien haben die Vorteile und positiven Effekte von **sektoralen Arbeitsmarktmaßnahmen** betont (siehe Katz et al., 2020). Im Kontext des Strukturwandels kommt diesen eine besondere Bedeutung zu: Sektoriale Arbeitsmarktmaßnahmen haben die Besonderheit, gezielt für Beschäftigungen bei Arbeitgeber:innen auszubilden, nach denen unternehmens- und branchenspezifische Nachfrage besteht und für Tätigkeiten, die überdurchschnittliche Löhne erzielen. Somit lässt sich durch sektorale Maßnahmen gezielt auf die Zunahme von Dienstleistungsbranchen und -berufen eingehen. Zudem wirken diese Maßnahmen aktiv der Polarisierung entgegen, die im Strukturwandel beschrieben wurde (► Absatz 276). Die sektoralen Arbeitsmarktmaßnahmen bestehen aus mehreren Teilen (z. B. Vorauswahl nach Grundfertigkeiten in Rechnen und Lesen, gezieltem Training, Unterstützung bei der Bewerbung, Kontakterhaltung nach dem Beschäftigungsbeginn) und sind meist an Gruppen mit niedrigem Bildungsabschluss und anderen Nachteilen am Arbeitsmarkt adressiert. Diese **Zielgruppenorientierung** ähnelt den in diesem Kapitel identifizierten Gruppen mit schwierigerer Situation am Arbeitsmarkt.
- 304** Implacementstiftungen und arbeitsplatznahe Qualifizierungen haben ähnliche Merkmale wie sektorale Beschäftigungsprogramme. Sie zeichnen sich dadurch aus, dass sie in der Regel einen konkreten Arbeitsplatz mit **spezifischen Anforderungen** voraussetzen, der den Ausgangspunkt für die Förderung bildet. Ziel ist eine arbeitsplatznahe, auf den Bedarf von Unternehmen abgestimmte Qualifizierung von Arbeitslosen, wobei die Förderung ausschließlich die Qualifizierung umfasst – nicht die Beschäftigung selbst. Während der Qualifizierungsphase wird die Existenzsicherung durch das AMS unterstützt. Eine Verpflichtung zur späteren Übernahme in den Betrieb besteht nicht (Eppel et al., 2022). Weitere nachweislich für den Erfolg verantwortliche Charakteristika der sektoralen Beschäftigungsprogramme (Vorauswahl, Arbeitsplätze mit hohen Einkommen, etc.) sollten integriert werden.

Literatur

- Antón J. I., Fernández-Macías E., Winter-Ebmer R. (2023). Does robotization affect job quality? Evidence from European regional labor markets. *Industrial Relations: A Journal of Economy and Society*, 62(3), 233–256.
- Antoni M., Schmucker A., Seth S., Vom Berge P. (2019). Sample of integrated labour market biographies (siab) 1975–2017. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg, No. 201902 en.
- Bahrke M. Kempermann H. (2015). Hybride Geschäftsmodelle als Lösungsanbieter zum Erfolg, Studie im Auftrag der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V., München.
- Bernard A. B., Smeets V., Warzynski F. (2017). Rethinking deindustrialization. *Economic Policy*, 32(89), 5–38.
- Bialek S., Schafffranka C., Schnitzer M. (2023). Kein Grund zur Panik. Die Energiekrise ist kein Game Changer, aber sie beschleunigt den ohnehin anstehenden Strukturwandel in der Industrie, ifo Schnelldienst 76, 3, 7–11.
- Bozzini D., Kroeger T. (2021). Structural change revisited: The rise of manufacturing jobs in the service sector, *Bundesbank Discussion Paper 38/2021*, Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main.
- Bozzini D., Kroeger T. (2024). Disentangling structural change, servitization, and skill-biased change, SSRN 4896776, Social Science Research Network, Rochester, NY.

¹¹⁵ Alle Maßnahmen außer „Beihilfe zu den Kurskosten“ für Maßnahmen auf dem freien Bildungsmarkt verursachten fiskalisch mehr Kosten als Einnahmen. Weitere untersuchte Maßnahmen: Berufliche Orientierung, Basisqualifizierung, Aus- und Weiterbildung, Aktive Arbeitssuche, Training.

- Bolz M. (2025). Der neue Produktionsindex für die Gesamtwirtschaft, WISTA - Wirtschaft und Statistik, 77(1), 82–90, Statistisches Bundesamt (Destatis), Wiesbaden.
- Card D., Kluve J., Weber A. (2018). What works? A meta analysis of recent active labor market program evaluations, Journal of the European Economic Association, 16(3), 894–931.
- Dauth W. Südekum J. (2016). Globalization and local profiles of economic growth and industrial change, Journal of Economic Geography 16 (5), 1007–1034.
- Ding X., Fort T. C., Redding S. J., Schott P. K. (2022). Structural change within versus across firms: Evidence from the United States (No. w30127). National Bureau of Economic Research.
- Eickelpasch A. (2014), Funktionaler Strukturwandel in der Industrie: Bedeutung produktionsnaher Dienstleistungen nimmt zu, DIW Wochenbericht 33
- Eppel R., Huemer U., Mahringer H., Schmoigl L. (2022). Evaluierung der Effektivität und Effizienz von Qualifizierungsförderungen des Arbeitsmarktservice Österreich, WIFO, Wien.
- Falck O., Pfaffl C. (2022). Die Deindustrialisierung Deutschlands: berechtigte Sorge oder German Angst?, Wirtschaftsdienst: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik 102, 12, 936–940.
- Fort T. C., Pierce J. R., Schott P. K. (2018). New perspectives on the decline of US manufacturing employment. Journal of Economic Perspectives, 32(2), 47–72.
- Fort T. C. (2023). The changing firm and country boundaries of US manufacturers in global value chains. Journal of Economic Perspectives, 37(3), 31–58.
- Fuchs R., Göllner T., Hartmann S., Thomas T. (2024). [Fostering Excellent Research by the Austrian Micro Data Center \(AMDC\)](#), Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, vol. 244, no. 4, pp. 433–445.
- Gagliardi L., Moretti E., Serafinelli M. (2023). The world's rust belts: The heterogeneous effects of deindustrialization on 1,993 cities in six countries (No. w31948). National Bureau of Economic Research.
- Geisberger T., Hoser B. (2024). Verdienststrukturerhebung, STATjournal Nr. 3 (Statistische Nachrichten, 79. Jahrgang), Statistik Austria, Wien.
- Helm I., Kügler A., Schönberg U. (2023). Displacement effects in manufacturing and structural change (No. 16344), IZA Discussion Papers.
- Helmrich R., Zika G. (2010). Beruf und Qualifikation in der Zukunft: BIBB-IAB-Modellrechnungen zu den Entwicklungen in Berufsfeldern und Qualifikationen bis 2025. BIBB Fachbeiträge zur beruflichen Bildung. W. Bertelsmann Verlag.
- Herendorf B., Rogerson R., Valentinyi Á. (2013). Growth and structural transformation, NBER Working Paper 18996.
- Hüther M. (2023). Kein Grund zur Panik. Die Energiekrise ist kein Game Changer, aber sie beschleunigt den ohnehin anstehenden Strukturwandel in der Industrie, ifo Schnelldienst 76, 3, 3–6.
- Hüther M. (2025). Industriepolitik für Transformation und Resilienz, Wirtschaftsdienst: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 105, 8, 566–571.
- Katz L. F., Roth J., Hendra R., Schaberg K. (2022). Why do sectoral employment programs work? Lessons from WorkAdvance, NBER Working Paper 28248.
- Lehmann R., Linz S., Wollmershäuser T. (2025). Strukturwandel im Verarbeitenden Gewerbe, ifo Schnelldienst digital 6(5), 1–13.
- Mayerhofer P., Arnold E., Bachtrögler-Unger J., Firgo M., Gabelberger F., Huber P., Matzner A., Riegler M., Schuster B., Unterlass F. (2021). Fünfter Bericht zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit Wiens. Teilbericht 1: Indikatoren und Determinanten der territorialen Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich der europäischen Metropolregionen. WIFO, Wien.
- OECD (2025). Promoting Better Career Mobility for Longer Working Lives in Austria, Ageing and Employment Policies, OECD Publishing, Paris.
- Rusche C. (2025). Direktinvestitionsströme deuten die Deindustrialisierung Deutschlands an, Wirtschaftsdienst: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik 105, 3, 212–214.

- Statistik Austria (2008). [Systematik der Wirtschaftstätigkeiten ÖNACE 2008, Band 1: Einführung, Grundstruktur, Erläuterungen](#), Wien.
- Statistik Austria (2022). [Standard-Dokumentation zum Statistischen Unternehmensregister](#), Wien.
- Stooß F., Weidig I. (1990). Der Wandel der Tätigkeitsfelder und-profile bis zum Jahre 2010. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 23(1), 34–51.
- Tiemann, M., Schade H. J., Helmrich R., Hall A., Braun U., Bott P. (2008). Berufsfeld-Definitionen des BIBB auf Basis der Klassifikation der Berufe 1992 (No. 105). Wissenschaftliche Diskussionspapiere.
- Weichselbaumer M. (2025). [Structural change of firms and of the workforce](#). Report 03/2025, Büro des Produktivitätsrates, Wien.
- Yi M., Müller S., Stegmaier J. (2024). Industry mix, local labor markets, and the incidence of trade shocks, Journal of Labor Economics 42 (3), 837–875.

Teil 3: Empfehlungen des Produktivitätsrates

9. Empfehlungen des Produktivitätsrates

9.1 Einleitung

- 305 Der Produktivitätsrat legt in seinem Jahresbericht zur Wettbewerbsfähigkeit Österreichs den Fokus auf **mittel- bis langfristige Herausforderungen**, die für die Sicherung des Wirtschaftsstandortes und die Bewahrung und Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung bewältigt werden müssen. Der diesjährige Bericht setzt einen thematischen Schwerpunkt auf den Strukturwandel. In den vertiefenden Analysen in ►Teil 2 des Berichtes werden die Auswirkungen internationaler Handelsentwicklungen sowie Veränderungen der Energiepreise auf die Wettbewerbsfähigkeit und Standortentscheidungen in der Sachgütererzeugung beleuchtet. Außerdem werden die Folgen des Strukturwandels für Beschäftigte in der Herstellung von Waren untersucht.
- 306 Das **Monitoring** der nachhaltigen Wettbewerbsfähigkeit Österreichs zeigt, dass sich **viele Dimensionen** der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit trotz der lange anhaltenden Rezession **robust entwickeln**. Die Niveaus der Produktivität und Investitionen sind im EU-Vergleich hoch, dennoch sind beide Schlüsselindikatoren 2023 und 2024 gesunken. Aktuelle Wirtschaftsprognosen deuten auf eine Überwindung der Rezession im Jahr 2025 hin, doch ist die konjunkturelle Entwicklung weiterhin sehr verhalten und von **Unsicherheiten** geprägt. Zudem hat Österreich eine der geringsten Wachstumsraten in Europa. Vor allem die **preisliche Wettbewerbsfähigkeit** hat sich verschlechtert, bedingt durch hohe Lohn- und Energiekosten. Weiters ist die Abgabenquote eine der höchsten in der Europäischen Union. Dies schlägt sich auch in einer rückläufigen Industriequote nieder, die die Befürchtung einer Deindustrialisierung Österreichs schürt. Verstärkt wird diese Entwicklung durch eine sich verschärfende internationale Konkurrenz, strukturelle Schwächen wie Fachkräftemangel, eine nur langsam voranschreitende Digitalisierung und eine träge Unternehmensdynamik. Der Sozialstaat ist gegenwärtig leistungsfähig, steht aber durch den demografischen Wandel und steigende Gesundheits-, Pflege- und Pensionsausgaben unter Druck. Die Haushaltseinkommen sind im EU-Vergleich hoch, doch zeigt die wachsende Rate erheblicher sozialer und materieller Deprivation, dass immer mehr Menschen nicht ausreichend abgesichert sind. Der Arbeitsmarkt hat sich bis 2024 robust entwickelt, doch seit Mitte des Jahres 2024 ist eine Zunahme der Arbeitslosigkeit zu beobachten. Fortschritte gibt es bei der Entwicklung der Energieintensität und erneuerbaren Energien, doch bleibt die Transformation energieintensiver Sektoren weiterhin eine zentrale Herausforderung für den Standort. Um Klimaziele zu erreichen und soziale Balance zu wahren, sind umfassendere Maßnahmen nötig, die Wettbewerbsfähigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt sichern.
- 307 Die vertiefenden Analysen im Bericht deuten auf eine **beschleunigte Dynamik des Strukturwandels in der Industrie** hin. Der Strukturwandel zeigt sich etwa in der Verlagerung der Wertschöpfung von der Sachgütererzeugung hin zu wissensintensiven Dienstleistungen sowie im Übergang von fertigungsorientierten zu dienstleistungs- und technologiegetriebenen Tätigkeiten innerhalb von Industrieunternehmen. Während dieser Wandel bislang weniger ausgeprägt war als in innovationsstarken Ländern wie Dänemark, zeigen sich nun deutliche Veränderungen. Sie werden vor allem durch Automatisierung, Digitalisierung und eine zunehmende Technologieintensität vorangetrieben, die sich in den kommenden Jahren weiter verstärken dürften. Hohe Energiepreise und steigende Lohnkosten setzen insbesondere die österreichische Industrie unter Druck. Gleichzeitig verschärfen externe Faktoren wie die wachsende internationale Konkurrenz – vor allem aus China – und die ab 2025 geltenden US-Einfuhrzölle den Anpassungsdruck auf die gesamte europäische Industrie. Aufgrund seiner stark industriell geprägten Wirtschaftsstruktur ist Österreich davon jedoch in besonderem Maße betroffen. So planen Industrieunternehmen insbesondere im Produktionsbereich einen Beschäftigungsabbau, während wissensintensive Tätigkeiten wie Produktentwicklung und Produkt-IT an Bedeutung gewinnen.
- 308 Diese Entwicklung erfordert wirtschaftspolitisches Augenmaß. Einerseits ist es gerechtfertigt, kurzfristig und zeitlich begrenzte industriepolitische Maßnahmen zu ergreifen, die **Wettbewerbsnachteile**

ausgleichen, die durch geopolitisch erwirkte Wettbewerbsverzerrungen und die europäische Energie- und Klimapolitik gegenüber außereuropäischen Partnern entstehen. Staatliche Unterstützung sollte stets darauf ausgerichtet sein, private Investitionen anzuziehen und keine Dauersubventionierung anstreben. Darüber hinaus sollten auch Maßnahmen ergriffen werden, die die **Kostenbelastung insgesamt senken**, um die preislche Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Dazu zählt neben den Lohn- und Energiekosten auch die Belastung durch Regulierungen (► Absatz 31). Während ein klarer, stabiler und effizienter Ordnungsrahmen für die Wirtschaft wichtig ist, sollte dieser mit möglichst geringen Befolgungskosten verbunden sein. Sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene sind Vereinfachungen dringend erforderlich – insbesondere im Energie- und Umweltrecht, um die Transformation zu erleichtern und zu beschleunigen. Dies wurde auch im Draghi-Bericht (Draghi, 2024) eingemahnt und bislang nur sehr zaghaft durch die Europäische Kommission in Angriff genommen. Andererseits ist es auch erforderlich, in Bereichen, in denen eine ökologisch und wirtschaftlich nachhaltige Entwicklung mittelfristig nicht möglich ist, den **Strukturwandel zuzulassen** und **aktiv zu begleiten**, ohne bewährte arbeits- und sozialrechtliche Standards infrage zu stellen.

9.2 Prioritäre Ansatzpunkte einer zukunftsorientierten Standortstrategie

- 309 Eine **zukunftsorientierte Standortstrategie** muss den **Strukturwandel aktiv gestalten**: Sie soll Rahmenbedingungen schaffen, in denen bestehende industrielle und technologische Kompetenzen ausgebaut und neue komparative Vorteile entstehen können. Zugleich muss sie das **Produktivitätswachstum als übergeordnetes Ziel aller wirtschafts- und strukturpolitischen Maßnahmen verankern** – denn die Produktivität ist der wichtigste Bestimmungsfaktor für Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit.
- 310 Produktivitätspotenziale lassen sich auf drei Ebenen mobilisieren: Erstens durch **Allokations- und Skaleneffizienz**, also eine effizientere Nutzung von Ressourcen und deren Verlagerung in Tätigkeiten mit höherer Wertschöpfung. Dies setzt funktionierende Produkt-, Energie- und Arbeitsmärkte sowie eine Verwaltung voraus, die Regulierungen effizient, verhältnismäßig und stabil ausgestaltet, um gesellschaftlichen Nutzen, Planungssicherheit und geringe Befolgungskosten zu gewährleisten. Zweitens durch **technologische Diffusion**, also die rasche Verbreitung und Anwendung moderner Technologien. Investitionen, Digitalisierung, gezielte Qualifizierungsprogramme und Smart-Follower-Strategien sind dabei zentrale Hebel, um internationale Innovationen schnell zu übernehmen. Drittens entsteht Produktivitätswachstum durch **technischen Wandel**, der neue Märkte schafft, bestehende Prozesse, Unternehmens- und Branchenstrukturen verändert und dadurch einen tiefgreifenden Strukturwandel hin zu effizienteren Produktionsweisen anstößt, wodurch der langfristige Wachstumspfad angehoben wird.
- 311 Strukturwandel sollte daher **als Chance wirtschaftlicher Erneuerung** verstanden werden. Die Aufgabe der Regierung besteht darin, diesen Wandel durch verlässliche und innovationsfreundliche Rahmenbedingungen aktiv zu gestalten und durch Maßnahmen zu begleiten. Entscheidend ist eine enge Verzahnung von **Forschung, Technologieentwicklung, industrieller Produktion und Bildung**, um **Schlüsseltechnologien** zu fördern und **Zukunftsindustrien** zu stärken. Eine wirksame Strukturpolitik muss aber nicht nur ökonomische Ziele verfolgen, sondern auch soziale und ökologische Folgen berücksichtigen. Daher sollten mögliche Friktionen am Arbeitsmarkt und die damit verbundenen Risiken für Erwerbspersonen frühzeitig adressiert werden. Daraus ergeben sich vier prioritäre **Ansatzpunkte für standort- und industriepolitische Maßnahmen**: (i) eine zukunftsorientierte Forschungs- und Technologiepolitik, (ii) die Weiterentwicklung des Humankapitals durch eine Fachkräftestrategie, (iii) die Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien und die Sicherung wettbewerbsfähiger Energiepreise, sowie (iv) die Steigerung der Standortattraktivität durch effiziente Verwaltung und ein stärkeres Engagement auf europäischer Ebene für die Beschleunigung von Reformen und Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit.
- 312 **Zukunftsorientierte Forschungs- und Technologiepolitik (FTI)**: Österreich verfügt über eine ausdifferenzierte Forschungs- und Technologiepolitik. Dennoch sind aufgrund der Entwicklung der internationalen Konkurrenz und der Erfordernisse der digitalen und ökologischen Transformation weitreichende Anpassungen erforderlich. Eine wirksame FTI-Politik erfordert heute maßgeschneiderte Lösungen, die den

unterschiedlichen Reifegraden, Innovationsdynamiken und Standortpotenzialen einzelner Technologiefelder besser gerecht werden. Die Innovationsfähigkeit in den für Österreich besonders relevanten Schlüsseltechnologien ist dabei eine zentrale Voraussetzung, um den Wirtschaftsstandort langfristig zu stärken. Österreich hat in einigen Bereichen die Technologieführerschaft inne und kann diese in weiteren Bereichen erreichen. In anderen Technologiefeldern hingegen sollte das Ziel sein, Unternehmen in die Lage zu versetzen, als Anwender neue Technologien frühzeitig zu nutzen, anzupassen und deren wirtschaftliches Potenzial voll auszuschöpfen. Es ist daher eine stärkere Konzentration auf Stärkefelder mit hohem Potenzial, auf beschleunigte und durchgängige Förderprozesse, auf eine breite Diffusion von Innovationen in der Wirtschaft sowie auf die gezielte Qualifizierung der Arbeitskräfte zu legen.

- 313 Weiterentwicklung des Humankapitals durch eine Fachkräftestrategie:** Der österreichische Arbeitsmarkt steht vor tiefgreifenden Herausforderungen durch Digitalisierung, Ökologisierung und demografischen Wandel, die sich wechselseitig verstärken. Der Rückgang der Erwerbsbevölkerung und der steigende Anteil älterer Beschäftigter führen zu wachsenden Ersatz- und Anpassungsbedarfen. Besonders mittlere Qualifikationen, die für die ökologische und digitale Transformation zentral sind, drohen knapp zu werden. Technische, handwerkliche und IT-Berufe sind von diesen Strukturveränderungen besonders betroffen. Gleichzeitig erschweren unzureichende digitale Kompetenzen, eingeschränkte Mobilität und geringe Arbeitsmarktintegration einiger Bevölkerungsgruppen eine wirksame Fachkräftesicherung. Die Weiterentwicklung des Humankapitals ist dabei nicht nur wirtschaftlich notwendig, um Innovation und Produktivität zu sichern, sondern auch sozial bedeutsam, da sie Menschen vor beruflichem Abstieg schützt und Chancen zur Teilhabe an Wohlstand stärkt. Eine erfolgreiche Reaktion auf die genannten Herausforderungen erfordert daher gezielte Aus- und Weiterbildungsstrategien, eine bessere Nutzung des inländischen Arbeitskräftepotenzials inkl. Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration von Migrant:innen sowie solche, die darauf abzielen, ältere Menschen länger im Erwerbsleben zu halten. Nur durch eine vorausschauende Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik kann der Strukturwandel sozial ausgewogen und wirtschaftlich tragfähig gestaltet werden.
- 314 Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien:** Energiepolitik ist zugleich Industrie-, Standort- und Sicherheitspolitik. Zur Sicherung des Standortes, vor allem im Bereich der energieintensiven Industrie, aber auch für Datacenter oder den Elektrolysebedarf zur Herstellung von grünem Wasserstoff sind klare Ausbauziele und deren konsequente Umsetzung entlang eines planbaren Zeitpfades erforderlich. Planungs- und Investitionssicherheit sind für alle Unternehmen sowohl im Bereich der Energieversorgung und -verteilung als auch in der Industrie und in energieintensiven Dienstleistungsbereichen von zentraler Bedeutung. Seit ihrem Amtsantritt hat die Bundesregierung mit ihren Bemühungen um eine zügige Umsetzung des Elektrizitätswirtschaftsgesetzes (ElWG) und des Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetzes (EABG) wichtige Schritte gesetzt. Dennoch müssen sowohl national als auch auf europäischer Ebene darüberhinausgehende Fortschritte erzielt werden, damit die Energiewende gelingen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Energiepreise sichergestellt werden kann.
- 315 Koordination auf europäischer Ebene für die rasche Umsetzung von Reformen und Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit:** Österreich sollte sich in der EU für Maßnahmen einsetzen, die europäische Wertschöpfung in wichtigen Industrien und strategischen Bereichen sicherstellen und die Entwicklung europäischer Wertschöpfungsketten in Schlüsseltechnologien beschleunigen. Europas Wettbewerbsfähigkeit kann nur durch koordinierte Maßnahmen in diesen Bereichen gesichert werden. Die Vertiefung des Binnenmarkts und neue Handelsabkommen sind dabei entscheidend, um Skaleneffekte zu heben und Abhängigkeiten zu reduzieren. Zugleich sind zusätzliche Anstrengungen in der Energiepolitik erforderlich, um einerseits Verbesserungen der gesamteuropäischen Infrastruktur herbeizuführen und damit die Energiepreisvariation innerhalb der EU zu senken, und andererseits das Marktdesign über das Jahr 2030 hinaus zu gestalten und an die Erfordernisse einer zunehmend auf erneuerbare Energien aufbauenden Energiewirtschaft anzupassen. Ebenso sind weitreichende Vereinfachungen, ein Rückbau überschießender europäischer Regulierungen, sowie Maßnahmen zur Skalierung innovativer Märkte innerhalb der EU erforderlich, um Innovations- und Investitionshemmisse abzubauen.

- 316 Der Produktivitätsrat hat in seinen ersten beiden Berichten aus den Jahren 2023 und 2024 bereits Empfehlungen ausgesprochen, die sowohl die verschiedenen Dimensionen der Produktivitätsentwicklung als auch die vier zentralen Ansatzpunkte einer zukunftsorientierten Standortpolitik berücksichtigen. Diese Empfehlungen adressieren damit einerseits die Produktionsfaktoren Kapital (Handlungsfelder Investitionen, Kapitalbildung), Arbeit (Handlungsfelder Arbeitskräfteangebot, Humankapitalentwicklung) und Energie, sowie die entsprechenden Faktorkosten und andererseits die für Produktivitätsfortschritte entscheidenden Rahmenbedingungen (Handlungsfelder Technischer Fortschritt, Unternehmensgründungen, Effizienz und staatliche Leistungsfähigkeit). Sie behalten weitgehend ihre Gültigkeit. Einen Überblick bietet ►Tabelle 9.1 im Anhang dieses Kapitels.
- 317 Der aktuelle Produktivitätsbericht greift diese vier Ansatzpunkte erneut auf, vertieft sie in zentralen Handlungsfeldern und ergänzt sie um gezielte Empfehlungen. Diese enthalten sowohl strategische Impulse als auch konkrete Maßnahmen zur langfristigen und nachhaltigen Entwicklung des Wirtschaftsstandorts.

9.3 Strukturwandel gestalten, Produktivitätswachstum ankurbeln: Empfehlungen des Produktivitätsrates

9.3.1 Neuausrichtung der Forschungs- und Technologiepolitik (FTI) durch zukunftsorientierte Schwerpunktsetzungen und durchgängige Förderansätze

Ausgangslage

- 318 Österreich liegt bei Ausgaben für Forschung und Entwicklung im EU-Spitzenfeld, sowohl im Hinblick auf gesamtwirtschaftliche Ausgaben als auch bei den Forschungsausgaben im Unternehmenssektor (►Absatz 36). Die Summe aus direkter staatlicher Unterstützung und steuerlichen Erleichterungen für F&E-Ausgaben sind im OECD-Vergleich ebenfalls hoch (►Absatz 168) und wurden in den letzten Jahren deutlich erhöht. So stiegen die Bundesförderungen für Grundlagenforschung sowie angewandte Forschung seit 2017 in Österreich nominell um 55% (Budgetdienst, 2024). Dennoch bewegt sich Österreich im Hinblick auf ländergrößengewichtete Indikatoren des **Innovationsoutputs lediglich im EU-Mittelfeld** und liegt deutlich hinter globalen Spitzenreitern wie Schweden, Schweiz, USA, Südkorea, Großbritannien oder Japan (Bello et al., 2025).
- 319 In den letzten Jahren hat insbesondere die **industrielle Expansion Chinas eine große Bedeutung für standortbezogene Entscheidungen** (►Absatz 136ff und 153) und die Innovationstätigkeit (►Absatz 140ff und 143) österreichischer Unternehmen. Bemessen an der Anzahl an Patentanmeldungen pro Einwohner:in liegt China trotz massiver Zuwächse in den letzten Jahren zwar noch deutlich unter dem EU-Durchschnitt, jedoch weist China 2023 bereits in einem Großteil innovativer Hochtechnologien den höchsten Anteil der global einflussreichsten Forschungspublikationen auf (Wong Leung et al., 2024). Diese Entwicklung steht im Einklang mit der „Made in China 2025“-Strategie des Staatsrates der Volksrepublik China, die globale Technologieführerschaft Chinas in ausgewählten Schlüsselindustrien anstrebt (►Absatz 97). Diese Schwerpunktsetzung Chinas äußerte sich insbesondere durch eine Zunahme an Innovationsförderungen für Unternehmen in priorisierten Technologiefeldern (Li und Branstetter, 2024).
- 320 Eine solche Schwerpunktsetzung in der Forschungs- und Innovationsförderung ist in Österreich im internationalen Vergleich, gemessen an einem relativ **hohen Anteil undifferenzierter Förderung** mittels steuerlicher Anreize, wenig ausgeprägt (OECD, 2024; ►Absatz 168). Auf Basis aktueller Strategieberichte des Bundesministeriums für Finanzen (Bundesministerium für Finanzen, 2023; 2025) zeichnet sich ebenfalls keine Veränderung der Gewichtung zwischen steuerlichen Anreizen und zielgerichteter Forschungsförderung ab, obwohl rezente Evidenz (Keuschnigg et al., 2020) die **positiven Wirkungen nicht-steuerlicher Forschungsförderung** in Österreich unterstreicht. Insbesondere ist angesichts der mittelfristig hohen erwarteten Budgetdefizite Österreichs (Fiskalrat, 2025) ab 2025 keine weitere Ausweitung des nominellen Forschungsförderungsbudgets vorgesehen. Das bedeutet somit laut

Strategiebericht 2025 bis 2028 eine reale Abnahme des geplanten Budgets der zentralen Forschungs- und Forschungsförderungseinrichtungen gemäß Forschungsfinanzierungsgesetz. Der ab 2027 geltende FTI-Pakt, der die budgetäre Ausstattung dieser Einrichtungen festlegt, befindet sich derzeit in Verhandlung.

- 321 Die angewandte Forschung in Österreich ist thematisch breit aufgestellt. Um ihre Wirkung zu erhöhen, gilt es jedoch, in ausgewählten Bereichen **Schwerpunkte zu setzen und in diesen eine kritische Masse zu erreichen**. Eine starke Innovationsbasis in besonders relevanten Schlüsseltechnologien ist entscheidend für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts. Die im [Regierungsprogramm](#) (S. 40ff) vorgesehene Festlegung von Schwerpunkten und die damit einhergehende Prioritätensetzung in der österreichischen Forschungsförderung sollte zu einer verstärkten Fokussierung von Innovationsanstrengungen beitragen. In Deutschland ist eine entsprechende Schwerpunktsetzung bereits kürzlich im Rahmen der [Hightech Agenda Deutschland](#) erfolgt.
- 322 In einzelnen Technologiefeldern ist Österreich international bereits gut positioniert. Diese **Stärken gilt es gezielt zu festigen, zu differenzieren und weiterzuentwickeln**. In anderen Bereichen bestehen reale Chancen, mittel- bis langfristig Technologieführerschaft zu erreichen. Diese Potenziale müssen konsequent genutzt und ausgebaut werden.
- 323 Gleichzeitig wird Österreich in vielen Schlüsseltechnologiefeldern nicht selbst die Rolle des Technologieführers einnehmen können. Umso wichtiger ist es, heimische Unternehmen als frühe Anwender oder Systemintegratoren zu positionieren, damit sie Schlüsseltechnologien rasch übernehmen und deren Wertschöpfungspotenziale für den Standort ausschöpfen können. Anstatt auf teure Eigenentwicklungen zu setzen, könnte in derartigen Bereichen der Fokus auf die Entwicklung von „**Smart-Follower**“-Strategie liegen, d. h. in der schnellen, breiten und effizienten Anwendung, z. B. von Künstlicher Intelligenz in Industrie, Forschung und Verwaltung.
- 324 Für bedeutende technologische Sprünge sind disruptive, risikoreiche Forschungstätigkeiten von großer Bedeutung. Bei solchen Forschungstätigkeiten stößt die projektbasierte Förderung an ihre Grenzen: Sie ist bürokratisch, langsam und bietet Unternehmen zu wenig Planungssicherheit. Hier gilt es, flexible Förderinstrumente zu schaffen, die **Innovator:innen über verschiedene Stufen des Innovationsprozesses begleiten** und die Unsicherheit im Hinblick auf die Fortsetzung staatlicher Unterstützung reduzieren.
- 325 Um das ökonomische Potenzial von Forschungsaktivitäten auszuschöpfen, ist die **unternehmerische Verwertung von Forschungsergebnissen** entscheidend. Eine zentrale Intention des [European Innovation Act](#) besteht deshalb darin, die Kommerzialisierung von Forschungsergebnissen zu erleichtern und zu forcieren. In diesem Zusammenhang sind Kooperationen zwischen Wirtschaft und Grundlagenforschung in universitären Einrichtungen von großer Bedeutung. Bestehende Programme, wie jene der Christian Doppler Forschungsgesellschaft, sind im Hinblick auf die Patentierungswahrscheinlichkeit von Publikationen als Indikator für die unternehmerische Verwertung von Forschungsergebnissen erfolgreich. Aufgrund der kurzen Finanzierungszeiträume von drei Jahren im Rahmen des FTI-Pakts unterliegt die Fortsetzung von Förderprogrammen (z. B. „Transfer Science to Spin-off“) jedoch bedeutender Unsicherheit (vgl. FORWIT, 2025). Vor diesem Hintergrund sieht das aktuelle Regierungsprogramm (z. B. S. 193) eine Verlängerung des Gültigkeitszeitraums des FTI-Pakts sowie der garantierten Finanzierungszeiträume zentraler Forschungsförderungseinrichtungen gemäß Forschungsfinanzierungsgesetz vor.

Empfehlung 1: Die Bundesregierung sollte die Innovationsförderung gezielt auf Stärkefelder und Schlüsseltechnologien mit hohem Standortpotenzial ausrichten und sowohl die Marktdurchdringung innovativer Lösungen als auch die betriebliche Anwendung neuer Technologien fördern.

- **Schwerpunktsetzung in der Forschungsförderung:** Öffentliche Mittel sollten verstärkt in Bereiche gelenkt werden, die zur Vertiefung und Diversifizierung bestehender Stärkefelder sowie zur Entwicklung von für den Standort strategisch relevanten

Technologien beitragen. Mittel- bis langfristig ist der Aufbau von Schlüsseltechnologiefeldern zu fördern, in denen Österreich auf Grundlage bestehender wissenschaftlicher Kompetenzen oder vorhandenen Domänenwissens die Chance hat, Technologieführerschaft zu erlangen und damit neue komparative Vorteile im internationalen Handel aufzubauen. Die thematische Schwerpunktsetzung sollte dabei Transformationsprozesse – insbesondere die digitale und ökologische Transformation – unterstützen und sich im neuen FTI-Pakt widerspiegeln. Die Förderprogramme sollten technologieoffen ausgestaltet sein und den Fördernehmer:innen ausreichend inhaltliche Flexibilität bieten, um sich im Rahmen der Förderung an ein dynamisch wandelndes technologisches Umfeld anpassen zu können. Weiters sollten Output- und Wirkungskennzahlen bei der Allokation von F&E-Förderungen stärker Berücksichtigung finden (z. B. zur Vermeidung von Mitnahmeeffekten) und ausreichend lange Finanzierungszeiträume sichergestellt werden.

- **Schlüsseltechnologie-Cluster einrichten:** Die thematische Fokussierung in Schlüsseltechnologien soll mit der Einrichtung von Schlüsseltechnologie-Clustern die Entstehung von wissenschaftlichen und industriellen Communities, die auch unterschiedliche Stufen von integrierten Wertschöpfungsketten abdecken, fördern. Dabei sollte die Möglichkeit geschaffen werden, getrennte Finanzierungssäulen (FWF, FFG, aws) entlang ambitionierter Entwicklungskonzepte flexibel und unbürokratisch miteinander zu kombinieren. Regulatorische Sandkästen, die über zeitlich begrenzte Zeiträume Vereinfachungen für innovative Unternehmen vorsehen, können die Entwicklung solcher Cluster unterstützen.
- **Technologiediffusion und gezielte Anwendung moderner Schlüsseltechnologien stärken:** Die Stärken des österreichischen Standortes sollten strategisch genutzt und gezielt weiterentwickelt werden. Durch deren Verknüpfung mit modernen Schlüsseltechnologien – insbesondere in Bereichen, in denen derzeit technologische Rückstände bestehen – können bestehende Standortvorteile wie industrielle Kompetenzen, Domänenwissen und qualifizierte Fachkräfte ausgebaut und gestärkt werden, indem technologische Entwicklungen rasch in bestehende Technologien und Produkte integriert werden.
- **Flexible Kombination von Förderinstrumenten über den Innovationsprozess hinweg ermöglichen:** Zur Verbesserung der Innovationsperformance sollten flexible Förderinstrumente entwickelt werden, die den gesamten Innovationsprozess – von der Idee zum Markt – abdecken und an messbaren Meilensteinen ausgerichtet sind, z. B. auf der Grundlage wettbewerblicher Stage-Gate-Ansätze¹¹⁶ die Innovator:innen über unterschiedliche Innovationsphasen hinweg begleiten und ebenfalls Instrumente unterschiedlicher Fördereinrichtungen flexibel miteinander kombinieren.
- **Höhere Skalierbarkeit durch Abstimmung mit europäischen Initiativen sicherstellen:** Durch eine Verbesserung der Unterstützung von Unternehmen und eine enge Abstimmung mit europäischen Initiativen, wie etwa dem EIC Accelerator, soll erhöhte Skalierbarkeit, Sichtbarkeit und Wirkung vor allem disruptiver Innovationen sichergestellt werden.
- **Kooperationsprogramme durch längere Finanzierungsräume stärken:** Etablierte und erfolgreiche Kooperationsprogramme zwischen universitärer Forschung und Wirtschaft (Christian Doppler Forschungsgesellschaft, FFG Comet) sollten durch verlängerte Finanzierungsgarantiezeiträume (Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen) gestärkt werden.

¹¹⁶ Ein Forschungsförderungsinstrument im Sinne eines Stage-Gate-Ansatzes stellt die Finanzierung für den gesamten Entwicklungsprozess eines Produkts von der Idee bis zur Markteinführung zur Verfügung. Dabei erfolgt die Freigabe der Fördermittel schrittweise und ist an die Erreichung bestimmter Meilensteine im Entwicklungsprozess geknüpft.

- **Adoption innovativer Technologien durch Anreize und Qualifizierung forcieren:** Durch spezifische Qualifizierungsmaßnahmen sollten Unternehmen darin unterstützt werden, die Kompetenzen und nötige Expertise aufzubauen, um eine Adoption innovativer und produktivitätssteigernder Schlüsseltechnologien (z. B. Künstliche Intelligenz) zu beschleunigen. Darüber hinaus sollten spezifische Anreize für Investitionen in innovative Technologien (z. B. Sonderabschreibungsregeln) geschaffen werden.
- **Innovation durch öffentliche Beschaffung fördern:** Die öffentliche Beschaffung ist ein weitgehend ungenutzter Hebel und sollte strategisch genutzt werden, um Innovationen zu fördern, insbesondere im Rahmen von missionsorientierten Politikansätzen.

Einschlägige Empfehlungen der Produktivitätsberichte 2023 und 2024

- 326** Der Produktivitätsbericht 2023 empfahl die Nutzung von Forschung und Entwicklung zur Weiterentwicklung von Stärkefeldern sowie zu einer vermehrten Ausnutzung von Diversifizierungspotenzialen (E11). Um das Wachstum innovativer, technologieintensiver Start-Ups zu begünstigen, wurden zudem gesellschaftsrechtliche und regulatorische Maßnahmen zur Stärkung des Risikokapitalmarktes (E14) sowie eine Überprüfung von Instrumenten der Frühphasenfinanzierung für transformative und erst verzögert renditebringende Technologien empfohlen (E15). Darüber hinaus empfahl der Produktivitätsbericht 2024 die Setzung eines Schwerpunktes in der Forschungs- und Technologiepolitik auf die Weiterentwicklung von Energietechnologien (E8).

9.3.2 Erhöhung des Arbeitskräfteangebotes und Weiterentwicklung des Humankapitals durch Verbesserungen der Basisqualifikationen, Lehrausbildung und eine aktive Arbeitsmarktpolitik im Strukturwandel

Vor dem Hintergrund des zu beobachtenden Strukturwandels ist die Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik in ihrer Gesamtheit gefordert. Hierzu zählen insbesondere Maßnahmen zum Abbau von Hindernissen und zur Schaffung von Anreizen für eine Ausweitung des Arbeitsangebotes, der Ausbau sowie die Anpassung des bildungspolitischen Angebotes an veränderte Erfordernisse infolge der digitalen und ökologischen Transformation, Verbesserungen des Zugangs zu Bildung und der Integration in den Arbeitsmarkt von sozioökonomisch benachteiligten Gruppen sowie die Förderung qualifizierter Zuwanderung. Die Produktivitätsberichte 2023 und 2024 enthielten diverse Empfehlungen zu diesen arbeitsmarkt- und bildungspolitischen Handlungsfeldern (siehe ►Tabelle 9.1 im Anhang dieses Kapitels). Die folgenden Empfehlungen ergänzen diese.

9.3.2.1 Arbeitskräfteangebot erhöhen, Basisqualifikationen herstellen

Ausgangslage

- 327** In der Herstellung von Waren verringerte sich die unselbständige Beschäftigung in den 12 Monaten von Juni 2024 bis Juni 2025 ausgehend von 640.000 Personen um 13.400 Personen bzw. 2,1% (AMDB; ►Abschnitt 8.6). In allen anderen Wirtschaftszweigen erhöhte sich die Beschäftigung in unterschiedlichem Ausmaß, wodurch es insgesamt zu einem kleinen Anstieg kam. Dieser wurde aber durch den Anstieg der Anzahl von Erwerbspersonen überlagert, sodass insgesamt der Anteil der Erwerbstätigen an allen Erwerbspersonen abnahm und damit die Arbeitslosenquote anstieg.
- 328** Der Abbau von Beschäftigten in der Herstellung von Waren seit Beginn 2024 wird von einer **längerfristigen Verschiebung von den Produktionsberufen zu den sekundären wissensintensiven Diensten** begleitet. Ein Beschäftigungsaufbau in der Herstellung von Waren fand stärker in Untersektoren mit höherer Technologieintensität statt (►Abschnitt 8.4). Im Dienstleistungssektor besteht eine Verschiebung von den primären Diensten zu den sekundären Diensten, auch dort verstärkt hin zu den wissensintensiven Diensten. Primäre Dienste unterstützen direkt den Produktionsprozess mit praktischen Tätigkeiten wie

Verkauf, Reinigung oder Transport. Sekundäre Dienste erfordern hohe Qualifikation und umfassen komplexe Wissensarbeit. Arbeitslosigkeit und Ausscheiden als Erwerbsperson (►Abschnitt 8.5.3, ►Abschnitt 8.6) betrifft häufiger Personen, die höchstens über einen Pflichtschulabschluss verfügen. Die Arbeitslosenrate ist für Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss besonders hoch und zuletzt stärker gestiegen (►Abschnitt 8.6). Bessere Beschäftigungschancen bestehen für höhere Bildungsniveaus, für deren Erwerb Basisqualifikationen die Voraussetzung bilden. Sowohl die zur Beschaffung von Fachkräften wichtige Lehrausbildung als auch Aus- und Weiterbildung für Erwachsene setzt Basisqualifikationen voraus.

- 329 Angesichts der demografischen Entwicklung und des Bedarfs an Arbeitskräften für die digitale und ökologische Transformation wird eine **Erhöhung des Bedarfs an mittleren Qualifikationen** erwartet. Dieser Bedarf kann durch Qualifizierungsmaßnahmen der Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss adressiert werden. Voraussetzung für die Teilnahmen an Qualifizierungsmaßnahmen sind Basisqualifikationen, Sprachkenntnisse und digitale Grundkompetenzen (Bock-Schappelwein et al., 2025).
- 330 **Basisqualifikationen haben eine hohe Bedeutung als Grundlage für Weiterbildung** und zur Deckung des Fachkräftebedarfs (Bock-Schappelwein et al 2025, Rechnungshof 2024). So empfiehlt der Rechnungshof (2024) ein gezieltes Monitoring zur Identifikation von Schüler:innen mit unzureichenden Qualifikationen in Rechnen und Schreiben. Laut Bildungsministerium wurde mithilfe der „Individuellen Kompetenzmessung Plus“ ein entsprechendes Monitoring bereits geschaffen (Rechnungshof, 2024). Darauf aufbauend würden individuelle Fördererfordernisse behandelt. Zudem ermögliche das bereits stattfindende Schuleingangsscreening bei der Schuleinschreibung den Einsatz von Unterstützungsmaßnahmen vor Schulbeginn.
- 331 Der **Mangel an Basisqualifikationen** in Österreich hat sich im letzten Jahrzehnt deutlich verschärft. Insbesondere die in der PIAAC-Erhebung bei Erwachsenen gemessenen Grundkompetenzen in Lesen und Alltagsmathematik haben sich bei den Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss verschlechtert: Beim Lesen hat sich der Anteil mit geringster Lesekompetenzstufe (Stufe <1 bis 1 von 5 Stufen) zwischen 2011/12 und 2022/23 von 25% auf 43% erhöht; bei Alltagsmathematik von 27% auf 39% (Statistik Austria, 2024a). Die Eingangsvoraussetzungen von beruflicher Bildung, gemessen am Leistungs- und Kompetenzlevel der 15-Jährigen in der PISA-Studie, haben sich in den letzten Erhebungen verschlechtert. Im Vergleich zum EU-Durchschnitt hat sich die Situation zwar verbessert (Dornmayr, 2024). In der Welle 2022 erreichte jedoch ein deutlich höherer Anteil die Stufe 2 „Grundfertigkeiten“ nicht (im Vergleich zu 2012): Mathematik 24,9% (2012: 18,7%), Lesen 25,3% (2012: 19,5%), Naturwissenschaften 22,7% (2012: 15,8%). Fehlende Basisqualifikationen behindern den Abschluss weiterer Ausbildungen nach der Pflichtschule. Neben Grundkenntnissen in Mathematik und mangelnden Deutschkenntnissen kann eine umfassende Basisqualifikation auch erfordern, Karrierecoaching und Berufsberatung anzubieten. Ebenso können grundlegende Fähigkeiten wie Pünktlichkeit und Verlässlichkeit vermittelt werden.
- 332 Das Angebot an Basisbildungsprogrammen in Österreich ist umfangreich, zentral koordiniert und regional breit gestreut. Ein beträchtlicher Teil des vorhandenen Angebots wird durch Level Up - Erwachsenenbildung – eine Kooperation des Bundes und der Bundesländer gemäß Art. 15a B-VG – gefördert und ist für Teilnehmende kostenlos. Dennoch übersteigt die bestehende Nachfrage das vorhandene Angebot, vor allem im Hinblick auf Kurse für Personen am Beginn des Alphabetisierungsprozesses. Gleichzeitig mangelt es an Bewusstsein über das bestehende Angebot, insbesondere unter Personen mit deutscher Erstsprache und Basisbildungsbedarf.

Empfehlung 2: Im Hinblick auf den technologischen und demografischen Wandel bedarf es dringend einer umfassenden Strategie zur Stärkung des Arbeitskräfteangebots (Fachkräftestrategie) in quantitativer und qualitativer Hinsicht. Um den komplexen und heterogenen Bedürfnissen der Personen mit Mangel an Basisqualifikationen gerecht zu werden, sollte die Bundesregierung eine

umfassende Herangehensweise wählen. Dabei sollten bestehende Instrumente der Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik für unterschiedliche Altersgruppen integriert, aufeinander abgestimmt und bei Bedarf ausgebaut werden.

- **Zielgruppengerechte Vermittlung von Basisqualifikationen sicherstellen:** Es muss sichergestellt werden, dass die Zielgruppen der bereits bestehenden Maßnahmen tatsächlich erreicht werden und diese über die Möglichkeiten zum Erwerb und die Vorteile von Basisqualifikationen informiert sind. Dabei sollte gezielt auf die Bedürfnisse jener Personen eingegangen werden, die höchstens über einen Pflichtschulabschluss verfügen. Individuelle Hindernisse beim Erwerb weiterführender Bildungsabschlüsse sind ebenfalls zu berücksichtigen.
- **Defizite frühzeitig vermeiden:** Erkenntnisse aus dem Schuleingangsscreening, der „IKM Plus“ sowie den vom AMS identifizierten Defiziten sollten im Hinblick auf den Erwerb von Basisqualifikationen und die damit verbundenen Kosten ganzheitlich analysiert und bearbeitet werden. Dabei ist auch die Wirksamkeit frühkindlicher Bildung und Erziehung zu berücksichtigen. Das Bildungssystem hat sicherzustellen, dass beim Abschluss der Pflichtschule ausreichende Basisqualifikationen vorhanden sind. In diesem Sinne sind auch entsprechende Ressourcen für einen effektiven und nachhaltigen Erwerb von Basisqualifikationen bereitzustellen.

Einschlägige Empfehlungen der Produktivitätsberichte 2023 und 2024

- 333 Bereits in früheren Produktivitätsberichten wurde empfohlen, die Primar- und Sekundarschulen mit ausreichenden Ressourcen auszustatten, um eine qualitativ hochwertige Bildung für alle Schüler:innen sicherzustellen (2024: E9). Schulen mit einem hohen Anteil an Schüler:innen aus sozioökonomisch benachteiligten Verhältnissen sollten zusätzliche Mittel erhalten, um die damit verbundenen Herausforderungen gezielt und wirksam bewältigen zu können. Besonders hervorgehoben wurde dabei die zentrale Bedeutung frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung. Dies verhindert frühzeitig die Entstehung mangelnder Basisqualifikationen (2023: E35, E37, E38, E39; 2024: E9). Weitere Maßnahmen sollten das nötige Lehrkräfteangebot als auch die Attraktivität des Lehrberufs zu erhöhen (2023: E36).

9.3.2.2 Lehrausbildung fördern

Ausgangslage

- 334 Ein Viertel der Unternehmen in den OECD-Ländern gibt an, **gravierende Engpässe bei der Besetzung von Stellen** im Zeitraum 2022–2023 gehabt zu haben; in Österreich liegt der Anteil bei 33% (vierthöchster Wert). Gravierender Engpass bedeutet, dass alle oder die meisten – im Gegensatz zu wenigen oder keinen – offenen Stellen schwer zu besetzen waren. Seit zumindest 2010 vergrößert sich der Engpass an Arbeitskräften in den OECD-Ländern, insbesondere besteht und vergrößert er sich in Sektoren mit einem hohen Anteil an hochqualifizierten Beschäftigten („high skills sector“), doch auch im Sektor mit geringerem Anteil an Hochqualifizierten („low skills sector“) steigt er an (OECD, 2025). Laut Arbeitskräfteradar des IBW waren in Österreich 2025 78% der Unternehmen von Arbeits- und Fachkräftemangel betroffen (53,5% eher stark oder sehr stark) (Dornmayr und Riepl, 2025).
- 335 In der WIFO-Industriebefragung gaben die österreichischen Unternehmen an, **in den nächsten 5 Jahren die meisten Beschäftigten in der Produktion abbauen zu wollen**. Der stärkste Aufbau von Beschäftigten ist in Innovation und Forschung und in produktionsorientierter IT (inklusive Software als Produkt) geplant – zwei Bereiche, die der Berufsgruppe der wissensintensiven Dienste zugerechnet werden können (► Abschnitt 8.6.1). Diese zukunftsorientierten Entwicklungen entsprechen den Ab- und Aufbautendenzen der Berufsgruppen im Zeitraum 2011–2024 (► Abschnitt 8.4). Demgegenüber steht als bedeutendste Herausforderung bei der Suche nach qualifizierten Arbeitskräften eine geringe Anzahl an Bewerbungen mit den nötigen Fähigkeiten. Somit zeigt sich in der Industriebefragung ein weiterhin bestehender und voraussichtlich zunehmender Fachkräftemangel.

- 336 Die **Lehrlingsausbildung ist ein wesentliches Standbein**, um den Fachkräftebedarf in der Industrie zu decken (Schmid und Petanovitsch, 2025). Trotz eines Rückgangs der Beschäftigten mit Lehre als höchstem Bildungsabschluss zeigt sich der weiterhin hohe Bedarf an Beschäftigten mit Lehrabschluss an verschiedenen Indikatoren: Der relative Anstieg der Arbeitslosenrate bei den Beschäftigten in der Industrie war bei Lehrabschluss geringer als bei BMS, BHS, AHS und Hochschule (Q1 2024–Q1 2025; AMDB; ► Abschnitt 8.6). Es bestehen am häufigsten Schwierigkeiten bei der Suche nach geeigneten Mitarbeiter:innen mit Lehrabschluss (2025: 60,9%) und dieser Anteil ist gegenüber den Vorjahren gestiegen (2024: 59,4%, 2023: 59,1%; Dornmayr und Riepl, 2023, 2024, 2025). Wichtige Gründe für eine verringerte Anzahl an besetzten Lehrstellen sind die demografische Entwicklung und ein Trend zu Matura und Studium (Schmid und Petanovitsch, 2025).
- 337 Die **Durchlässigkeit zwischen Lehrausbildung und Hochschule** ist grundsätzlich gegeben, findet allerdings wenig statt. Einerseits müssten Studienabbrecher:innen besser über die Möglichkeiten der Lehre in Industriebetrieben informiert werden, andererseits müsste die Anerkennung von Studienleistungen forciert werden. Die Anerkennung von (Teil-)Studienleistungen in Form von Micro-Credentials für eine betriebliche Ausbildung bzw. Lehre wäre eine Möglichkeit, dieses Problem zu behandeln. Andererseits sollte eine attraktive, der Tertiarisierung des Bildungswesens gerecht werdende Lehrausbildung bessere Möglichkeiten schaffen, um nach der Lehrausbildung an weitere Bildungsmöglichkeiten anknüpfen zu können (Schmid und Petanovitsch, 2025). 5,5% der neuzugelassenen inländischen Studierenden gelangen über die Berufsreifeprüfung an die Universität oder Fachhochschule (Statistik Austria, 2024b). Dies entspricht 6% der Lehrabschlüsse (Statistik Austria, 2024c). Auch in umgekehrter Richtung zeigt sich eine geringe Durchlässigkeit: Der Anteil von Lehranfänger:innen mit Matura/Studienberechtigung liegt in Österreich bei 2,6%, in Deutschland bei 28,5% (beide 2022; Dornmayr, 2024).
- 338 Ein verbesserter Zugang zur Lehrausbildung sollte angesichts ihres hohen Anteils am Arbeitsmarkt und ihrer schlechteren Chancen am Arbeitsmarkt insbesondere für Personen geschaffen werden, die nur über Pflichtschulabschluss verfügen (► Abschnitt 8.5, 8.6). Damit kann gleichzeitig dem Fachkräftebedarf, insbesondere im Zusammenhang mit dem Strukturwandel, und schlechten Berufsaussichten dieser Personengruppe begegnet werden. Denn die Höherqualifizierung nach der Pflichtschule bewirkt eine Verringerung der NEET-Quote und die Erhöhung der Einkommen von Niedriglohnbeschäftigten.

Empfehlung 3: Die Bundesregierung sollte die bestehenden Unterstützungsmaßnahmen des AMS für den Zugang zur Lehrausbildung gezielt ausweiten und ergänzende Initiativen ergreifen, um die Attraktivität von Lehrberufen nachhaltig zu steigern.

- **Zugang zur Lehrausbildung fördern:** Für Personen, die nach der Pflichtschule keine weitere Ausbildung abschließen, sollte der Zugang zur Lehrausbildung umfassend gefördert werden, unter anderem durch die Herstellung der vorausgesetzten Qualifikationen für die Lehrausbildung.
- **Zielgruppenorientierte Information:** Ein umfassendes Programm zur Erreichung der Zielgruppe und zur Bereitstellung einschlägiger Informationen zu möglichen Ausbildungswegen und -richtungen sollte entwickelt werden.
- **Attraktivität der Lehrausbildung steigern:** Die Attraktivität der Lehrausbildung sollte durch die Qualitätssicherung der Ausbildungsinhalte und gute Arbeitsbedingungen erhöht werden.
- **Verstärkte Anknüpfung von Lehrausbildung an höhere Qualifikation:** Die Anknüpfung der Lehrausbildung an höhere Qualifikationen sollte verbessert werden. Dies sollte sowohl durch einen verstärkten Umstieg von Personen mit Studienberechtigung/Matura in die Lehrausbildung erfolgen, als auch durch eine höhere Durchlässigkeit von Lehrausbildung zur Hochschulausbildung.

- **Lehrstellenangebot verstärken:** Es gilt, Anreize für Unternehmen zu setzen, mehr Lehrstellen zur Verfügung zu stellen.

Einschlägige Empfehlungen der Produktivitätsberichte 2023 und 2024

- 339 Der Aspekt der Deckung des Fachkräftebedarfs wurde in früheren Berichten vielfach durch die bessere Ausschöpfung des Erwerbspotenzials adressiert. Dafür wurde empfohlen, die Betreuungssituationen für Kinder und für Angehörigenpflege zu verbessern, die Erwerbszeit an die Lebenserwartung anzupassen, die Arbeitsmarktintegration ausländischer Staatsangehöriger zu erhöhen, den Qualifikationserwerb u.a. beim AMS stärker auszubauen, die Gesundheitsversorgung zu verbessern, die steuerliche Begünstigung von Teilzeitarbeit zu vermeiden und unbezahlte Arbeit zwischen den Geschlechtern gleich zu verteilen (2023: E32, E39, E41, E42, E45, 2024: E10, E11).

9.3.2.3 Aktive Arbeitsmarktpolitik im Strukturwandel stärken

Ausgangslage

- 340 **Regionen und Branchen sind vom Strukturwandel unterschiedlich betroffen.** Aufgrund der Regionalität von Arbeitskräften bzw. ihrer beschränkten Mobilität werden die Zu- und Abnahme von Arbeitskräftebedarfen nicht vollständig durch regionale Verschiebungen ausgeglichen. Verändern sich die Tätigkeiten von Berufen im Strukturwandel, so sind die Regionen von der Anpassungsfähigkeit der Arbeitskräfte und der Verfügbarkeit von Beschäftigten in anderen regionalen Branchen abhängig. Die Anpassungsfähigkeit unterscheidet sich unter anderem nach Ausbildung und Zielqualifikation (► Abschnitt 8.3).
- 341 **Sektorale Arbeitsmarktmaßnahmen** sind gezielt auf bestimmte Branchen oder Berufsgruppen ausgerichtet und bieten im Kontext des Strukturwandels besonders vielversprechende Ansätze für eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Sie ermöglichen gezielte Qualifizierungen für Berufe mit dauerhaft hoher Nachfrage und überdurchschnittlichen Löhnen, insbesondere in wachsenden Dienstleistungsbranchen und dienstleistungsorientierten Berufen (► Abschnitt 8.4). Durch eine arbeitsplatznahe Ausrichtung und die Förderung benachteiligter Gruppen tragen sektorale Arbeitsmarktmaßnahmen zur Verringerung von Arbeitsmarktpolarisierung bei (► Abschnitt 8.7).
- 342 Österreichs aktive Arbeitsmarktpolitik bietet mit den **Arbeitsstiftungen** Instrumente, die **regionale und branchenspezifische Anpassungsprozesse** am Arbeitsmarkt infolge des Strukturwandels unterstützen – sei es nach einem erheblichen Personalabbau (Outplacementstiftungen) oder zur Deckung eines erhöhten Fachkräftebedarfs (Implacementstiftungen) (AMS, 2024). Die Arbeitsstiftungen werden von den betroffenen Unternehmen, regionalen arbeitsmarktpolitischen Akteuren sowie Gebietskörperschaften gemeinsam gestaltet und umgesetzt. Ziel ist eine durchgängige Betreuung der Teilnehmer:innen – von der Berufsorientierung (Outplacement) bzw. dem Personalauswahlverfahren (Implacement), über die Aus- und Weiterbildung in theoretischen und praktischen Teilen, bis hin zur Arbeitsplatzsuche. Die dafür angebotene Betreuung und Qualifizierung kann bis zu drei Jahre dauern und wird in der Regel durch die Unternehmen finanziert. Häufig beteiligen sich auch Länder und Gemeinden, da Arbeitsstiftungen über die individuelle Förderung hinaus zur regionalen und strukturellen Entwicklung beitragen. Während der Teilnahme an einer Stiftung sichert das AMS die Existenz der Teilnehmer:innen.
- 343 Arbeitsstiftungen leisten gezielte Beiträge zur Bewältigung des Strukturwandels, indem sie Qualifikationen vermitteln, die zwischen personalabbauenden und personalsuchenden Unternehmen oder innerhalb einer Region gezielt eingesetzt werden können. Die regionale Ausrichtung der Maßnahmen ist sinnvoll, um die begrenzte Bereitschaft oder Möglichkeit beruflicher Mobilität von Arbeitnehmer:innen zu berücksichtigen. Qualifikationen müssen aufgrund eingeschränkter Mobilität dort angepasst werden, wo bestehende Qualifikationen weniger nachgefragt werden und gleichzeitig in anderen Fachbereichen

ein Mangel besteht. Eine umfassende Evaluierung zeigt die positive Beschäftigungswirkung der Arbeitsstiftungen und empfiehlt deren erweiterten Einsatz (Eppel et al., 2022)¹¹⁷.

- 344 Auch die übrigen in dieser Evaluierung berücksichtigten Qualifizierungsmaßnahmen des AMS wirken sich positiv auf die individuelle Arbeitsmarktbeteiligung aus, sind jedoch kurzfristig mit fiskalischen Mehrkosten verbunden (Eppel et al., 2022). Die Auswahl der Instrumente sollte unter Berücksichtigung der Effektivität und Effizienz erfolgen. Bereits vorhandene Erfolgsmerkmale sollten gefördert werden, weitere erfolgsversprechende Merkmale eingeführt werden. Dazu zählen vor allem die **enge Zusammenarbeit mit den Unternehmen**, die für eine Einstellung in Frage kommen, um auf die konkreten Bedarfe an Arbeitsnachfrage regional und hinsichtlich der benötigten Qualifikation einzugehen. Weitere sektorale Arbeitsmarktmaßnahmen neben den Arbeitsstiftungen sind unter anderem die Arbeitsplatznahe Qualifizierungen ([AQUA](#)), [Fachkräftestipendien](#), [Qualifizierungsförderung](#) für niedrigqualifizierte und ältere Beschäftigte oder der [Impuls-Qualifizierungsverbund \(IQV\)](#), der als Netzwerk mehrerer Betriebe branchenspezifische Weiterbildungsbedarfe identifiziert und koordinierte Qualifizierungsmaßnahmen für Beschäftigte entwickelt. Aus- und Weiterbildungen sollten bei der weiteren Anwendung und zukünftigen Gestaltung aller Instrumente einen längerfristigen Bedarf an Qualifikationen decken, der sich in dauerhaft höheren Löhnen zeigt.
- 345 Die gesetzlich verankerte Kernaufgabe des AMS besteht in der **Vermittlung** von arbeitslosen Personen (AMSG § 29; Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft, 2023). Durch den Strukturwandel gewinnen Qualifizierungsmaßnahmen allerdings an Bedeutung. Damit arbeitsmarktpolitische Maßnahmen langfristig positive volkswirtschaftliche Auswirkungen erzielen, sollte sich die Entscheidung zwischen Vermittlung und Qualifizierung jeweils an langfristigen individuellen Beschäftigungsmöglichkeiten orientieren (► Abschnitt 8.7). Dies erfordert eine adäquate Finanzierung dieser Maßnahmen.

Empfehlung 4: Die Bundesregierung sollte gemeinsam mit dem AMS Qualifizierungsmaßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik auf den regionalen und fachlichen Bedarf abstimmen. Neben der unmittelbaren Vermittlung sollten Qualifizierung und Erreichung dauerhaft höherer Löhne in der Zielorientierung aufgewertet werden.

- **Enge Kooperation zwischen dem AMS und den Arbeitgeber:innen:** Eine enge Kooperation zwischen dem AMS und den Arbeitgeber:innen für die Aus- und Weiterbildung und (Re-)Qualifizierung von Arbeitskräften – unter Gewährleistung einer branchenweiten Einsetzbarkeit von Fachkräften – ist eine Voraussetzung für eine gezielte Verringerung und Verhinderung von Fachkräftemangel und Aufbau der zukünftig nötigen Qualifikationen. Die bestehenden Instrumente der Arbeitsstiftungen und der arbeitsplatznahen Qualifizierung stellen bereits adäquate Ansätze für die Requalifizierung von Arbeitskräften für bestimmte Branchen und Regionen dar und sollen mit den nötigen Ressourcen für weitere Stärkung ausgestattet werden.
- **Aufstiegschancen fördern:** Die Höherqualifizierung sollte der (unmittelbaren) Vermittlung nicht nachgereicht werden. Die Qualifizierung sollte sich dabei an zukünftig und dauerhaft nachgefragten Berufen orientieren, die höhere Löhne ermöglichen. Durch eine Aufwertung der Höherqualifizierung könnten sich die Maßnahmen des AMS stärker an nachgefragten Berufen und der Befriedigung des Fachkräftebedarfs orientieren, insbesondere in den Bereichen digitale Kompetenzen, MINT und Green Skills, und längerfristige, positive Lohneffekte für die geförderten Personen erreichen (AMS, 2025). Ein Fokus auf die unmittelbare Vermittlung kann diese Ziele behindern. Die Bundesregierung sollte in den arbeitsmarktpolitischen Zielvorgaben

¹¹⁷ Die Bundesregierung hat im Rahmen des Ministerratsvortrags 6/11 am 9. April 2025 einen Ausbau der arbeitsplatznahen Qualifizierung in Stiftungen sowie eine Neuauflage der Umweltstiftung ab 2026 angekündigt.

(AMSG §59 Abs. 2) einen Schwerpunkt setzen, der die Qualifizierungsmaßnahmen des AMS forciert.

- **Soziale Absicherung:** Die Bundesregierung sollte Maßnahmen ergreifen, um Menschen in der Phase des Strukturwandels sozial abzusichern. Neben den bewährten Instrumenten des Sozialstaats sollte der Fokus stärker auf Aktivierungs- und Qualifizierungsmaßnahmen gelegt werden. Ziel ist es, den Strukturwandel mit Aufstiegschancen und sozialer Mobilität zu verbinden, statt ihn durch passive Transferleistungen zu verlangsamen.
- **Wirkungsanalysen durchführen:** Bei der Umsetzung der Maßnahmen sollten geeignete Daten mittels hochwertiger Designs erhoben werden, idealerweise auch randomisierte kontrollierte Studien (RCT), und Wirkungsanalysen durchgeführt werden.
- **Verständnis des Bedarfs an Fachkräften verbessern:** Für eine Verbesserung des Verständnisses des Bedarfs an Fachkräften ist es nötig, Daten über die Berufe bei Arbeitgeber:innen administrativ zu erfassen. Dies könnte im Rahmen einer Meldung dieser Daten an die Sozialversicherung bei der Anmeldung geschehen.

Einschlägige Empfehlungen der Produktivitätsberichte 2023 und 2024

- 346 Ein Ausbau der beruflichen Neuorientierung und Qualifizierung auszubauen wurde insbesondere in Bereichen mit hohem Fachkräftemangel empfohlen (2024: E10).

9.3.3 Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien durch eine zukunftsorientierte und konsistente Energieplanung, Maßnahmen zur Sicherung kostengünstiger Energie und eine Steigerung der Energieeffizienz

9.3.3.1 Zukunftsorientierte und konsistente Energieplanung zur Sicherung des Industrie- und Technologiestandortes umsetzen

Ausgangslage

- 347 Die stark gestiegenen Energiekosten, insbesondere für Strom, stellen für viele österreichische Industriebetriebe einen erheblichen Wettbewerbsnachteil dar. Zusammen mit der Klimapolitik und den Erfordernissen der Energiewende **beschleunigen sie den Strukturwandel in der Industrie**. Viele Unternehmen planen Beschäftigungsabbau und Produktionsverlagerungen (► Absatz 185 sowie 188). Das Potenzial von Energieeffizienzsteigerungen bei gegebener Technologie kann Entlastungen bieten, reicht jedoch nicht aus, um die Wettbewerbsfähigkeit betroffener Unternehmen langfristig zu sichern. Direkte Unterstützungsmaßnahmen durch die öffentliche Hand bergen das Risiko, den Strukturwandel zu verzögern und sollten daher nur kurzfristig und begrenzt erfolgen. Zukunftsorientierte und konsistente Maßnahmen in der Energiepolitik entscheiden, ob energieintensive Produktion in Österreich wirtschaftlich und ökologisch tragfähig gestaltet werden kann. Viele Unternehmen stehen bei der Umsetzung ihrer Dekarbonisierungspläne vor Herausforderungen, da derzeit noch nicht ausreichend emissionsfreie Energie zur Verfügung steht. Es ist daher erforderlich, die Energiewende gezielt zu beschleunigen und effizienter zu gestalten, um die industrielle Basis zu sichern und künftige Wettbewerbsnachteile zu vermeiden.

- 348 Angesichts der aktuellen Industriekrise nehmen auf nationaler wie auf EU-Ebene politische Forderungen zu, die Energiewende etwa durch eine weitere **Verschiebung des Europäischen Emissionshandels (ETS 2)** zu bremsen, um Unternehmen zu entlasten. Doch könnte sich die dadurch erwirkte Kostenentlastung **mittelfristig kontraproduktiv** auswirken, da damit wichtige Anreize zum Aufbau zentraler technologischer Kompetenzen – etwa in den Bereichen erneuerbare Energien und Wasserstoff – eingeschränkt würden. Infolgedessen bestünde das Risiko, hinter Mitbewerber aus den USA und China zurückzufallen. Insbesondere in China werden erneuerbare Energien und Gase entsprechend staatlichen Vorgaben massiv ausgebaut.

- 349** Eine stabile Energieversorgung sowie wettbewerbsfähige Energiepreise setzen eine klare Priorisierung von Netzinfrastruktur, Speichertechnologien und Systemintegration voraus. Erforderlich ist ein koordinierter Ausbau von Hochspannungsleitungen, flexibel gesteuerten Verteilnetzen, Elektrolyseuren und Großspeichern – abgestimmt auf die Erzeugung aus Wind- und Solarenergie. Ergänzt wird dies durch einen funktionierenden europäischen Energiebinnenmarkt, verbindliche Ausbauziele und ausreichendes Investitionskapital für Produktion und Infrastruktur. Die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts hängt zunehmend von der Verfügbarkeit CO₂-neutraler Energie ab, und zwar nicht nur für energieintensive Industriezweige, sondern auch für technologieorientierte Unternehmen, die leistungsfähige und energieintensive Datenzentren nutzen.
- 350** Durch die Elektrifizierung von Industrie, Verkehr und Wärme gehen unterschiedliche Schätzungen von **mehr als einer Verdoppelung des Stromverbrauchs** in Österreich bis 2040 gegenüber 2023 (ca. 61 TWh) aus.¹¹⁸ Demgegenüber sieht das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG) lediglich einen Zuwachs von 27 TWh bis 2030 vor. Angesichts der geschätzten Dimension würden selbst die ambitionierteren Pläne im Österreichischen Netzinfrastrukturplan (ÖNIP), in dem der Bedarf auf 39 TWh (Zeitraum 2020–2030) angesetzt wird, nicht ausreichen.¹¹⁹ Dabei ist festzuhalten, dass der Energiebedarf von Datenzentren, die einen wichtigen Pfeiler der digitalen Transformation darstellen, in diesen Berechnungen noch gar nicht berücksichtigt wurde. Diese Diskrepanz zwischen dem geplanten Ausbau der Erzeugung erneuerbarer Energie und dem prognostizierten Verbrauch könnte zu einem wachsenden Ungleichgewicht führen und erfordert eine Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energie. Diese Unsicherheit erschwert die Planbarkeit von Investitionen nicht nur im Netzausbau, sondern auch von Investitionen zum Wechsel von fossilen zu CO₂-neutralen Energieträgern durch Unternehmen.
- 351** Derzeit ist eine hohe Dynamik im Bereich des Ausbaus erneuerbarer Energien zu beobachten (► Absatz 73) und die **Zielpfade des EAG** dürften laut [Monitoring-Bericht zum Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz der E-Control](#) erreichbar sein. Doch deutet der Bericht auch auf eine **zunehmende Abweichung zwischen den tatsächlichen und geplanten Ausbaupfaden** nach Technologien hin. Der Ausbau ist derzeit vor allem durch das Wachstum der Photovoltaik getrieben, während der Ausbau bei Wasserkraft und Windkraft hinter den Zielgrößen liegt. Wird diese Lücke nicht geschlossen, werden die Erfordernisse im Netzausbau, aber auch die Notwendigkeit von Reservekraftwerken aufgrund der höheren Volatilität in der Stromerzeugung steigen. Es ist daher sicherzustellen, dass die unterschiedliche Entwicklung der Ausbaupfade nicht den Bedarf an Infrastrukturinvestitionen erhöht.
- 352** Wenngleich die Stromversorgungssicherheit in Österreich derzeit als stabil eingestuft wird und kurzfristig keine erhöhten Risiken für Versorgungsgaps absehbar sind, so bestehen mittel- bis langfristig wachsende Herausforderungen durch den Umbau des Energiesystems (vgl. E-Control, 2024). Insbesondere der steigende Anteil volatiler erneuerbarer Energien, saisonale Schwankungen und begrenzte Speicher- sowie Netzkapazitäten bringen die bestehenden Netze an ihre technischen Grenzen. Tatsächlich **hinkt der Netzausbau dem Ausbau der Erneuerbaren hinterher**. Die langfristig steigende Anzahl der erforderlichen Eingriffe in das Kraftwerksmanagement deutet auf eine entsprechende Belastung des Stromnetzes hin. Diese verursachen bereits hohe volkswirtschaftliche Kosten.¹²⁰ Um die Versorgung auch künftig zu gewährleisten und stabile Rahmenbedingungen für Investitionen in die Elektrifizierung industrieller Prozesse sicherzustellen, sind Investitionen in Erzeugung, Netze, Speicher und Flexibilitätsoptionen dringend erforderlich. Insgesamt bleibt die Versorgungssicherheit hoch. Es ergibt sich jedoch aus der Integration der Erneuerbaren ins Stromsystem ein **rascher Ausbaubedarf der Netzinfrastruktur**,

¹¹⁸ [Energiebilanzen - STATISTIK AUSTRIA - Die Informationsmanager](#).

¹¹⁹ Das ÖNIP-Szenario „Transition“ sieht sogar einen zusätzlichen Strombedarf in der Industrie von 12 TWh pro Jahr, 22 TWh im Mobilitätsbereich und 16 TWh durch nationale Wasserstofferzeugung vor (Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, 2023, S. 33).

¹²⁰ Der Ausbau erneuerbarer Energien erfolgt derzeit zu über 80% in Ostösterreich, während Pumpspeicher im Westen liegen. Daraus folgen Netzengpässe innerhalb Österreichs. Ein leistungsfähiges, digital gesteuertes Übertragungsnetz ist daher zur Stabilisierung erforderlich.

die Notwendigkeit eines flexiblen und effizienten Systems zur Nachfragesteuerung, und umfangreiche Investitionen in Speichertechnologien.

- 353 Im Entwurf des Elektrizitätswirtschaftsgesetzes (ElWG) sind bereits wichtige Elemente verankert, die die erforderlichen Voraussetzungen für eine Beschleunigung des Erneuerbaren-Ausbaus schaffen. Die bereits vorgesehenen Möglichkeiten der flexiblen Nachfrage- und Netzsteuerung sowie zum Ausbau und der netzdienlichen Nutzung von Speichern stellen wichtige Schritte zur Sicherstellung der Stabilität des Stromnetzes und zur Versorgungssicherheit in Österreich dar und sollten in der endgültigen Version des Gesetzes nicht eingeschränkt werden. Das Gesetz sollte rasch beschlossen werden. Wie bereits im Produktivitätsbericht 2023 festgehalten wurde, liegt eine wichtige Verantwortung beim Parlament, eine zügige Verhandlung und Beschlussfassung relevanter Zweidrittelmaterien sicherzustellen.
- 354 Restriktive Vorgaben zur Energieraumplanung in einzelnen Bundesländern führen zu erheblichen Verzögerungen beim Ausbau erneuerbarer Energien und bedingen eine starke Konzentration des Ausbaus erneuerbarer Energien in Ostösterreich. Der Ministerialentwurf des **Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetzes (EABG)** sieht zwar die rechtlich bindende **Ausweisung von Beschleunigungsgebieten** durch die Bundesländer für Photovoltaik und Windkraft vor. Die vorgesehenen Erzeugungsrichtwerte bleiben aber unverbindlich und sind teilweise so niedrig angesetzt, dass sie hinter den bestehenden Ausbauzielen zurückbleiben. Um die Ausbauziele des EAG bis 2030 zu erreichen, braucht es eine bundesweit einheitliche, rechtlich verbindliche Energieraumplanung, die neben der raschen Ausweisung und Erweiterung von Beschleunigungsgebieten auch Repowering-Maßnahmen und die Erschließung neuer Flächen umfasst. Entscheidend ist zudem, dass die im Gesetz vorgesehenen Erzeugungsrichtwerte der Länder mit klaren Verpflichtungen und Monitoringmechanismen unterlegt werden, um Zielabweichungen frühzeitig erkennen und gegensteuern zu können. Schließlich hängt der Erfolg des EABG maßgeblich von der Umsetzung auf Länderebene sowie von ausreichenden personellen und fachlichen Ressourcen in den Planungs- und Genehmigungsbehörden ab, damit die beschleunigten Verfahren tatsächlich Wirkung entfalten können.
- 355 Der Umbau des Energiesystems verlangt eine **adaptive Gesamtplanung, die Produktion, Verbrauch, Speicherung und Netzausbau über alle gebietskörperschaftlichen Ebenen hinweg** integriert. Dabei bestehen erhebliche Unsicherheiten hinsichtlich des zukünftigen Bedarfs an erneuerbarer Energie sowie grünen Gasen und Wasserstoff. Ein Ausbau entlang der prognostizierten Maximalpfade würde eine starke Erhöhung der jährlichen Investitionen erfordern und die Gefahr versunkener Kosten mit sich bringen. Gleichzeitig ist ein klar definierter Entwicklungspfad unerlässlich, um der Industrie verlässliche Rahmenbedingungen und Planungssicherheit für Dekarbonisierungsmaßnahmen vor allem in energieintensiven Unternehmen zu bieten. Für die Erstellung eines glaubhaften Entwicklungspfades über den Planungshorizont 2040 hinaus ist die konsistente Verknüpfung von Erzeugungs- und Verbrauchszielen mit Strategien zum Ausbau von Speicher- und Netzinfrastrukturen erforderlich – eingebettet in einen kohärenten und rechtlich abgesicherten Planungsrahmen. Angesichts der komplexen und vielfach überlappenden Anforderungen – von der Strom- und Wärmeversorgung über Wasserstoff- und Gasnetze bis hin zur Mobilität – bedarf es einer sektorübergreifenden, dynamischen Steuerung. Ein evidenzbasierter Ansatz gewährleistet dabei, dass Ausbauziele realistisch bleiben, Ressourcen effizient genutzt werden und Fehlinvestitionen – etwa durch Fehleinschätzungen bei Elektrifizierungstrends oder industrieller Standortentwicklung – vermieden werden. Damit sollte **eine langfristige Planungs- und Investitionssicherheit für die österreichische Industrie und den Energiesektor** sichergestellt werden.

Empfehlung 5: Die Bundesregierung sollte eine adaptive und integrierte Gesamtplanung der Energiewende unter Einbeziehung aller Gebietskörperschaften erstellen. Diese sollte an klar definierten Ausbauzielen und Umsetzungsschritten über das Jahr 2040 hinaus ausgerichtet sein und konsequent umgesetzt werden.

- **Regionale Energieinfrastruktur mit der überregionalen und nationalen zusammenführen:** Das Ziel der Gesamtplanung sollte vor allem darauf ausgerichtet sein, eine über sämtliche Gebietskörperschaften abgestimmte, integrale Bereitstellung der Energieinfrastruktur zu gewährleisten.
- **Erneuerbare Ausbaupfade an den erwarteten Verbrauch anpassen:** Der Ausbau der Erneuerbaren ist an den erwarteten Verbrauch anzupassen und technologieübergreifend zu harmonisieren.
- **Energieraumplanung vereinheitlichen:** Die Energieraumplanung sollte bundesweit vereinheitlicht, rechtlich verbindlich gestaltet und mit den Ausbaupfaden in Einklang gebracht werden.
- **Monitoring der Umsetzung des EABG:** Die Umsetzung des EABG sollte durch Koordination und Monitoring der Erzeugungsrichtwerte der Länder sichergestellt werden.
- **Erzeugungsrichtwerte im EABG mit Ausbaupfaden abgleichen:** Im EABG sollten die vorgesehenen Erzeugungsrichtwerte der Länder mit den gesamtwirtschaftlichen Ausbaupfaden abgeglichen werden.
- **Evidenzbasierte Anpassung und adaptive Steuerung auf Projektebene:** Eine regelmäßige, evidenzbasierte Anpassung und adaptive Steuerung auf Projektebene kann sowohl die Entwicklung von Überkapazitäten als auch von Unterversorgung vermeiden und zugleich flexibel auf die Dynamik unterschiedlicher Standorte reagieren – etwa indem in der Planung auch der Energiebedarf von Rechenzentren berücksichtigt wird.
- **Speichertechnologien ausbauen:** Der Ausbau von Speichertechnologien sollte beschleunigt und die netzdienliche Nutzung durch monetäre Anreize begünstigt werden.

9.3.3.2 Weichenstellung für eine nachhaltige Gasversorgung

Ausgangslage

- 356** Gasförmige Energieträger bleiben insbesondere für schwer elektrifizierbare Hochtemperaturprozesse unverzichtbar. Daher ist neben dem Ausbau erneuerbarer Stromerzeugung der Aufbau einer **nachhaltigen Wasserstoff- und erneuerbare-Gas-Wirtschaft** zentral für die Energiewende in der Industrie. Der in der [Wasserstoffstrategie](#) geplante Ausbau von mindestens 1 GW Elektrolysekapazität bis 2030 deckt ca. 80% des aktuellen Bedarfs an Wasserstoff in der Industrie.¹²¹ Dies reicht jedoch nicht für eine vollständige Dekarbonisierung industrieller Hochtemperaturprozesse. Um Rückstände gegenüber den Zielpfaden des Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzes aufzuholen, wäre einerseits die rasche Umsetzung des Erneuerbaren-Gas-Gesetzes (EGG) sowie andererseits eine langfristige Strategie für Bedarf, Produktion und Einsatz erforderlich. Dafür sind klare regulatorische und infrastrukturelle Rahmenbedingungen notwendig – insbesondere ein Wasserstoff-Startnetz, Speicheranbindung und Integration ins EU-Netz. Österreich hat aufgrund des hohen Anteils erneuerbaren Stroms einen Standortvorteil, der genutzt werden sollte.¹²²
- 357** Derzeit sind die relativen Preise zwischen Erdgas und grünen Gasen bzw. Wasserstoff jedoch noch derart gelagert, dass der **wirtschaftliche Anreiz für einen Umstieg in industriellen Hochtemperaturprozessen gering** bleibt.¹²³ Damit sich dies ändert, ist einerseits eine kontinuierliche Erhöhung der CO₂-Preise entscheidend, um fossile Energieträger schrittweise zu verteuern und klimaneutrale Alternativen wettbewerbsfähiger zu machen. Andererseits braucht es gezielte Anreize für Unternehmen, den Einsatz von

¹²¹ [Wasserstoff - E-Control](#).

¹²² Die [delegierte Verordnung 2023/1184](#) sieht in Art. 4 vor, dass Wasserstoff, der in Gebotszonen mit über 90% erneuerbarem Stromanteil erzeugt wird, als vollständig erneuerbar angerechnet werden kann.

¹²³ [SEG Marktbericht | SEG: Servicestelle Erneuerbare Gase](#).

Erdgas durch Elektrifizierung zu ersetzen, wo der Einsatz von Wasserstoff oder Biogas wirtschaftlich nicht rentabel ist. Da Wasserstoff voraussichtlich bis weit in die 2030er Jahre hinein nicht in ausreichenden Mengen verfügbar sein wird, dürfte auch die Reduktion seines Bedarfs durch Recycling von Materialien, für deren Herstellung Wasserstoff erforderlich ist, eine Möglichkeit sein. Die Verlagerung besonders wasserstoffintensiver Produktionsschritte oder Zwischenprodukte kann ebenfalls eine Option sein, sofern dadurch ein Großteil der Wertschöpfung im Land bleibt (vgl. Lininger et al., 2024). Der Anstieg der Nachfrage nach Wasserstoff ist jedoch auch durch die geringe Verfügbarkeit von Biomethan getrieben, da in vielen Prozessen Wasserstoff und Methan Substitute sind (AEA, 2021). Angesicht der voraussichtlichen Knappheit von Wasserstoff sollte dessen Nutzung in industriellen Prozessen gegenüber einer Nutzung zur intersaisonale Stabilisierung des Stromsystems durch den Betrieb von Elektrolysen mit Strom Vorzug gegeben werden, da der geringe Wirkungsgrad in der Verstromung von Wasserstoff zu hohen Verlusten führt.

- 358 Da sich eine vollkommene Deckung des Wasserstoffbedarfs durch heimische Erzeugung nicht erreichen lassen wird (vgl. Lininger et al., 2024), sollte ein forciertes Aus- und Umbau eines überregionalen Wasserstoffnetzes in Abstimmung mit europäischen Partnern sowie die Nutzung bestehender Gasinfrastruktur für Importe sicherstellen, dass kostengünstiger Wasserstoff in den erforderlichen industriellen Mengen vor allem über Pipelines verfügbar ist. Gleichzeitig sollte der Hochlauf der inländischen Wasserstoff- und Biogaswirtschaft beschleunigt werden, damit Kosten durch Lerneffekte und Effizienzsteigerungen rascher gesenkt werden.¹²⁴
- 359 Der politische Druck der vergangenen Monate seitens der USA und Katars zeigt die Verwundbarkeit der EU, die nach dem Ausstieg aus russischem Erdgas verstärkt auf diese Länder zur Diversifizierung ihrer Energieversorgung angewiesen ist. Diese neue Abhängigkeit eröffnet externen Akteuren Einflussmöglichkeiten auf europäische Klima- und Nachhaltigkeitsvorgaben. Um die Resilienz und strategische Autonomie der EU – und damit auch Österreichs – zu stärken, müssen Investitionen in die heimische Erzeugung erneuerbarer Energien deutlich ausgeweitet werden. Kurzfristig ist es trotz der verbesserten Position Österreichs im Bereich der Energieabhängigkeit (►Absatz 73) erforderlich, das Portfolio an Lieferanten kritischer Rohstoffe und Energieträger weiter zu diversifizieren und die Eigenproduktion in Europa auszuweiten.

Empfehlung 6: Die Bundesregierung sollte den Ausbau erneuerbare Gase und Wasserstoff weiter beschleunigen und prioritär auf die Nutzung in industriellen Prozessen auslegen.

- **Erneuerbares-Gas-Gesetzes (EGG) zügig umsetzen, sowie langfristige Strategie für Bedarf, Produktion und Einsatz erneuerbarer Gase entwickeln:** Erforderlich sind klare regulatorische und infrastrukturelle Rahmenbedingungen – insbesondere der Aufbau eines Wasserstoff-Startnetzes, die Anbindung an Speicher und die Integration in das EU-Netz. Die rasche Umsetzung des EU-Wasserstoff- und Gasmarktpakts im Gaswirtschaftsgesetz (GWG) ist entscheidend, um Investitionssicherheit und Planungsklarheit zu schaffen.
- **Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft fördern:** Neben Investitionsförderungen sind beim aktuellen Stand der Technik auch Betriebskostenförderungen notwendig, um langfristige Investitionssicherheit zu gewährleisten. Angesichts der derzeit noch eingeschränkten Wirtschaftlichkeit vieler Anwendungen sollten Förderinstrumente gezielt auf Pilot- und Skalierungsprojekte ausgerichtet werden.
- **Biomethanpotenziale realistisch und gesamtwirtschaftlich abschätzen:** Dabei ist zu berücksichtigen, dass verschiedene Wirtschaftssektoren um begrenzte

¹²⁴ Erfahrungen aus der Skalierung der Biogasnutzung in Dänemark können hierbei wertvolle, wenn auch nur eingeschränkt übertragbare, Erkenntnisse liefern, vgl. [Biogas in Denmark](#).

Biomasseressourcen konkurrieren und dass Wälder zunehmend von CO₂-Senken zu CO₂-Quellen werden.

- **CO₂-Abscheidung und -Nutzung (CCU/CCS) fördern:** Entsprechende Produkte sollten möglichst langfristig gebunden oder im Kreislauf geführt werden – etwa durch ihren Einsatz in der Kunststoffproduktion oder in anderen langlebigen Materialien.
- **Eigenerzeugung von Erdgas für die Überbrückung der Umstiegsphase:** Sowohl im europäischen als auch im österreichischen Kontext sollte die Eigenerzeugung von Erdgas für die Überbrückung der Umstiegsphase in der Energiewende forciert werden, um die Volatilität und Unsicherheit der LNG-Märkte, auf die Österreich und andere EU-Länder infolge des Ukrainekonflikts ausgewichen sind, zu dämpfen.

Einschlägige Empfehlungen der Produktivitätsberichte 2023 und 2024 zu Empfehlungen 5 und 6

- 360 Der Produktivitätsbericht 2023 enthielt die Empfehlung, die Zusammenarbeit der zuständigen Stellen des Bundes sowie zwischen Bund, Ländern und Gemeinden zu verbessern und eine zentrale Steuerungsverantwortung für Maßnahmen zur ökologischen Transformation festzulegen (E9). Der Produktivitätsbericht 2024 enthielt eine Empfehlung, rasch klare rechtliche Rahmenbedingungen für den Aus- und Umbau des Energiesystems zu schaffen. Insbesondere wurde hervorgehoben, die rechtlichen Rahmenbedingungen für CO₂-Abscheidung und -Speicherung zu schaffen (E6).

9.3.3.3 Kostengünstige Energie sichern, Effizienz steigern

Ausgangslage

- 361 **Niedrige Strompreise** sind eine **unverzichtbare Voraussetzung** für die erfolgreiche Elektrifizierung industrieller Prozesse und damit wesentlich für die **Abschwächung der beobachteten Deindustrialisierungstendenzen**. Wie die langfristige Betrachtung der Strommarktpreise der E-Control zeigt, lag der durchschnittliche Marktpreis für Strom in Österreich in den Jahrzehnten vor 2022 relativ stabil bei etwa 40 EUR/MWh.¹²⁵ Auf Grundlage der Entwicklungen in Futures-Märkten dürfte sich der Marktpreis auf ein Niveau um 70 EUR/MWh einpendeln, was deutlich über dem historischen Durchschnitt liegt und auch weiterhin die internationale Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie, insbesondere auf außereuropäischen Märkten, erheblich beeinträchtigen wird.
- 362 Das geplante Stromkosten-Ausgleichsgesetz 2025 (SAG) stellt angesichts der aktuell stark gestiegenen Stromkosten für energieintensive Unternehmen in Österreich eine **angemessene Entlastungsmaßnahme** dar – und ist zugleich erforderlich, um die Wettbewerbsfähigkeit heimischer Industrieunternehmen im europäischen Umfeld zu sichern. Bereits 15 Mitgliedstaaten der EU haben im Rahmen der Ausnahmeregelungen nach dem EU-Beihilferecht Strom- bzw. Energiekosten-Entlastungen für energieintensive Betriebe eingerichtet, wobei zahlreiche Programme bereits bis 2030 angelegt sind.¹²⁶ Die im Gesetz vorgesehene Verknüpfung der Entlastung mit Effizienzmaßnahmen ist zwar auf den ersten Blick sinnvoll, doch dürfte sie bei den vielfach bereits sehr energieeffizient arbeitenden betroffenen Unternehmen (► Absatz 207) kaum zu wesentlichen Einsparungen führen und gleichzeitig den administrativen Aufwand erhöhen. Diese Maßnahmen greifen **nur kurzfristig**, adressieren aber nicht die **strukturellen Ursachen** hoher Strompreise wie etwa eine weiterhin fehlende Entkopplung von Erzeugungs- und Gaspreisen oder eine unzureichende Netz- und Marktintegration.¹²⁷

¹²⁵ Marktpreis gemäß Ökostromgesetz, [Aktueller Marktpreis - E-Control](#). Er ist nicht mit dem Energiepreis für Endkund:innen gleichzusetzen und spiegelt den Großhandelspreis elektrischer Grundlastenergie wider.

¹²⁶ Vgl. [Report from the Commission to the European Parliament and the Council on the functioning of the European carbon market 2023 \(SWD\(2024\) 264 final\)](#).

¹²⁷ Worauf Mario Draghi in seiner [Rede am 16. September 2025](#) hinwies: „That may offer temporary relief. It does not fix the structural reasons why energy in Europe is so expensive.“

- 363** Wenngleich **Effizienzmaßnahmen** allein nicht ausreichen, um die nunmehr höheren Energiekosten abzufedern, kann die im vorliegenden Bericht geschätzte mögliche Reduktion des Energieverbrauchs um 7–10 % durch niedrigschwellige Maßnahmen – also bei gegebener Technologie – dennoch einen wichtigen Beitrag zur **Senkung der Energienachfrage in der Sachgütererzeugung** leisten. Solche Maßnahmen sollten daher weitergeführt und verstärkt werden, zumal sie durch Kostensenkungen auch Wertschöpfung und Produktivität steigern. Nachhaltige Fortschritte erfordern jedoch Investitionen in technischen Wandel und Innovation. Förderprogramme (z. B. im Rahmen der Klima- und Technologieoffensive) sollten verstärkt darauf ausgerichtet sein, durch die Kombination von Innovationsförderungen und Investitionszuschüssen Anreize zu schaffen, die Steigerung der technologischen Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen mit der Reduktion von Treibhausgasemissionen und dem Ersatz fossiler Energieträger zu verbinden. Angesichts der knappen Innovationsressourcen und des permanenten Innovationswettlaufs, der durch die rasche Obsoleszenz neuer Technologien geprägt ist (vgl. Ando et al., 2025), müssen Unternehmen ihre Innovationsressourcen gezielt einsetzen, um in diesem dynamischen Umfeld bestehen zu können.
- 364** **Wettbewerbsfähige Strompreise sind in Europa und Österreich möglich**, wie das ausgeprägte Preisgefälle der europäischen Strombörsen von Norden nach Süden zeigt.¹²⁸ Länder mit einem hohen Anteil an erneuerbaren Energien – etwa aus Wind- oder Wasserkraft – oder an Kernenergie können ihren industriellen Sektor bereits zu deutlich günstigeren Strompreisen versorgen. Erneuerbare Energie drückt den Strompreis, wenn Netzkapazitäten verfügbar sind. Der maßgebliche begrenzende Faktor sind also Netzkapazitäten. Für Österreich bedeutet dies, dass die Sicherung industrieller Kapazitäten vor allem im energieintensiven Bereich dann Erfolg haben kann, wenn der Strompreis für Industrieunternehmen durch Investitionen in erneuerbare Erzeugungskapazitäten, Netzinfrastruktur und die Neugestaltung der Marktmechanismen durch das EIWG und darüber hinaus nachhaltig sinkt. Aus diesem Grund hat der Produktivitätsbericht 2024 die Bedeutung dieser Handlungsfelder in der Energiepolitik für die Wettbewerbsfähigkeit betont. Doch während sich die Energiepreise rückläufig entwickeln, erhöht sich der Wettbewerbsdruck in der Industrie stetig. Ein zügiges und wohlabgestimmtes Vorgehen in der Energiepolitik mit klaren Zielen ist daher erforderlich.
- 365** Die hohen Strompreise im Großhandel in Österreich sind das Ergebnis eines komplexen Zusammenspiels struktureller, infrastruktureller und marktbezogener Faktoren. Ein wesentlicher Treiber ist die **Fragmentierung des europäischen Binnenmarkts** für Energie, die vor allem auf begrenzte Stromübertragungskapazitäten zwischen den EU-Mitgliedstaaten im Verhältnis zur nationalen Erzeugungsleistung zurückzuführen ist (sogenannte Interconnection Rate). Die niedrigen grenzüberschreitenden Kapazitäten vieler EU-Länder behindern eine effiziente Marktintegration und führen zu erheblichen Preisunterschieden zwischen den Staaten, die sich auch auf den österreichischen Strommarkt auswirken.
- 366** Österreich verfügt über hohe Kapazitäten in der grenzüberschreitenden Stromübertragung, doch grenzt es an Preiszonen im Osten und Süden Europas, in denen die Strompreise besonders hoch sind (AEA, 2022). Diese geografische Lage trägt dazu bei, dass auch die heimischen Großhandelspreise steigen. Im ersten Halbjahr 2025 betrug der Preisunterschied gegenüber Deutschland bis Ende Oktober 2025 7,8 EUR/MWh, gegenüber der teuersten Gebotszone in Schweden rund 36,4 EUR/MWh und gegenüber Finnland rund 55,6 EUR/MWh. Die **Folgen der Fragmentierung treffen vor allem industrielle Großbetriebe**, da sich deren Stromkosten an den Großhandelspreisen ausrichten.
- 367** Gewerbebetriebe, KMUs und vor allem Haushalte sind hingegen wahrscheinlich durch **wettbewerbliche Verzerrungen am Endkundenmarkt für Strom**, wie sie im Abschlussbericht der gemeinsamen Taskforce

¹²⁸ So lag der durchschnittliche Börsenstrompreis in den schwedischen Gebotszonen bis Ende Oktober 2025 zwischen 13,51 und 59,15 EUR/MWh (Österreich 95,51 EUR/MWh), in Finnland bei 38,96 EUR/MWh oder in den norwegischen Gebotszonen zwischen 7,04 und 71,26 EUR/MWh, wobei die Preise mit der Nähe zum europäischen Festland steigen, vgl. [Börsenstrompreise - Karte | Energy-Charts](#) des Fraunhofer-Instituts für Solare Energiesysteme.

zur Untersuchung des Energiesektors von **BWB und E-Control** festgestellt wurden, betroffen.¹²⁹ Einer der Hauptkritikpunkte dieses Gutachtens sind Kreuzbeteiligungen zwischen den Energieversorgungsunternehmen. Die Auswirkung von Kreuzbeteiligungen auf Marktpreise legt Wettbewerbsverzerrungen durch derartige Eigentumsverhältnisse nahe (► Abschnitt 225). Hier sollte durch entsprechende Maßnahmen Schaden vom Wirtschaftsstandort abgewendet werden.

- 368 Ein weiterer Aspekt, der bereits im Produktivitätsbericht 2024 hervorgehoben wurde, ist die **Frage tragfähiger Modelle zur Finanzierung** des hohen Investitionsbedarfs für den Ausbau erneuerbarer Energien und der Stromnetze. Diese werden über die Netzgebühren finanziert, die sich für Gewerbebetriebe, KMUs und vor allem Haushalte über die unterschiedlichen Netzebenen kumulieren. Zwar sieht das Elektrizitätswirtschaftsgesetz bereits Maßnahmen zur Verbesserung der Planbarkeit und zur Senkung der Netzkosten – etwa durch verlängerte Abschreibungszeiträume – vor, doch bleibt die ausschließliche Umlage der Kosten über Netzentgelte ein wichtiger Faktor, der zur Entwicklung der Energiepreise beiträgt. Um die finanzielle Belastung der Verbraucher:innen zu begrenzen und zugleich die Transformation zu beschleunigen, sollten Finanzierungsinstrumente geschaffen werden, die verstärkt privates Kapital und insbesondere institutionelle Investor:innen mobilisiert und die Rückzahlung der Kapitalkosten über einen möglichst langen Zeitraum strecken. Green Bonds für Netzausbau¹³⁰ oder ähnliche Kapitalmarktinstrumente könnten dazu beitragen, die Finanzierung des Netzausbau breiter abzustützen und den Anstieg der Netzkostenaufschläge auf den Energiepreis zu begrenzen.
- 369 Zudem entstehen durch die Klima- und Energiepolitik auf EU- und nationaler Ebene in außereuropäischen Märkten **Wettbewerbsnachteile**, vor allem für energieintensive Industrien. Die wichtigsten Handelspartner außerhalb der EU verfolgen ihre Klimapolitik mit weniger ambitionierten Instrumenten. Vor allem die Nutzung und Verbreitung von CO₂-Bepreisungsmechanismen und die Abdeckung von CO₂-Emissionen durch derartige Instrumente stagniert international, da viele Länder infolge der Energiekrise entsprechende Maßnahmen abgeschwächt haben (OECD, 2024). Zudem werden die von der EU vorgesehenen Ausgleichsmechanismen, wie der CO₂-Grenzausgleich (CBAM), nicht ausreichen, die Wettbewerbsnachteile vollständig zu kompensieren. Angesichts der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung, des wachsenden Wettbewerbsdrucks aus China, zunehmender geopolitischer Unsicherheiten sowie unzureichender Voraussetzungen für eine rasche Dekarbonisierung sind Nachjustierungen bei der Umsetzung und zeitlichen Staffelung der Maßnahmen sowohl auf EU- als auch auf nationaler Ebene erforderlich, um den dadurch beschleunigten Strukturwandel in der Industrie abzufedern.

Empfehlung 7: Die Bundesregierung sollte strukturelle Maßnahmen ergreifen, um die Energiekosten der Industrie zu senken und die Preispfade zu stabilisieren.

- **Kurzfristige Entlastungen mit strukturellen Maßnahmen zur Kostensenkung verknüpfen:** Kurzfristige Entlastungen für energieintensive Unternehmen sollten mit Maßnahmen kombiniert werden, die strukturell zur Kostensenkung beitragen – etwa durch den beschleunigten Ausbau der Netzausbau und Speicherkapazitäten im Inland.
- **Übertragungsnetze ausbauen:** Der beschleunigte Ausbau der Übertragungsnetze im Inland und an den europäischen Grenzen ist zentrale Voraussetzung, um erneuerbare Überschüsse effizient zu nutzen, Preisunterschiede zwischen Gebotszonen zu verringern und Systemkosten zu senken.
- **Wettbewerb am Endkundenmarkt stärken:** Die von BWB und E-Control festgestellten wettbewerblichen Verzerrungen durch Kreuzbeteiligungen und

¹²⁹ [BWB und E-Control präsentieren Abschlussbericht der gemeinsamen Taskforce zur Untersuchung des Energiesektors in Österreich: BWB Bundeswettbewerbsbehörde.](#)

¹³⁰ Siehe z.B. [Masterplan: Energie für Österreich - WKO](#).

Marktstrukturen erfordern gezielte Eingriffe, um faire Preisbildung und Markttransparenz sicherzustellen.

- **Effizienz- und Innovationspolitik strategisch verknüpfen:** Energieeffizienzmaßnahmen – auch niedrigschwellige – sind fortzuführen, sollten aber mit technologischer Modernisierung und Wettbewerbsfähigkeit verknüpft werden. Förderungen müssen Innovation in Richtung Produktivität und technologische Erneuerung lenken, nicht nur auf die Minderung von Treibhausgasen fokussieren.
- **Neue Finanzierungsinstrumente für den Netzausbau entwickeln:** Die alleinige Umlage der Netzkosten auf Verbraucher:innen belastet KMUs und Haushalte überproportional. Durch Green Bonds oder ähnliche kapitalmarktorientierte Instrumente sollten verstärkt private und institutionelle Mittel für den Netzausbau mobilisiert werden.
- **Europäische Klima- und Industriepolitik koordinieren:** Angesichts ungleicher Klimapolitiken außerhalb Europas und der begrenzten Wirkung des CBAM ist eine stärkere Abstimmung zur Beseitigung der unerwünschten Effekte des Cap-and-Trade Systems der EU im internationalen Wettbewerb erforderlich.

Einschlägige Empfehlungen der Produktivitätsberichte 2023 und 2024

- 370 Der Produktivitätsbericht 2024 enthielt eine Reihe von Empfehlungen zur erfolgreichen Bewerkstelling der Energiewende, die noch vollinhaltlich Gültigkeit haben. Es wurde empfohlen, den Ausbau der Energieinfrastruktur zur Bereitstellung kostengünstiger Energie aus CO₂-neutralen Energiequellen zügig voranzutreiben und den Wettbewerb auf den Energiemärkten zu fördern (E5). Es wurde weiters empfohlen, ein Konzept für die Finanzierung der energetischen Transformation zu erarbeiten (E7). Im Produktivitätsbericht 2023 wurde der Bundesregierung empfohlen, die internationalen Wettbewerbsnachteile für Unternehmen aufgrund der Energiepreisentwicklung im Auge zu behalten und für energieintensive Sektoren Maßnahmen zur Beschleunigung des ökologischen Umbaus zu entwickeln (E7).

9.3.4 Koordination auf europäischer Ebene für die rasche Umsetzung von Reformen und Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit intensivieren

9.3.4.1 Unternehmen bei der Erschließung neuer Absatzmärkte unterstützen und durch Koordination mit den EU-Partnern die Wettbewerbsfähigkeit stärken

Ausgangslage

- 371 Die **Diversifizierung von Absatzmärkten** ist eine bedeutende Strategie von Unternehmen im Umgang mit handelspolitischen Verwerfungen (► Absatz 122) und zunehmender Konkurrenz (► Absatz 151). Unternehmen, die ihre Erzeugnisse in einer größeren Anzahl an Märkten absetzen, sind zudem weniger exponiert gegenüber sprunghaften Veränderungen der Nachfrage in einem Markt, wie sie beispielsweise aufgrund handelspolitischer Verwerfungen auftreten. Die Größe des Absatzmarktes ist auch für die **Skalierbarkeit von Innovationen und die Ausnutzung von Skaleneffekten** in der Produktion und in der Energienutzung von Bedeutung (► Absatz 197ff). In diesem Zusammenhang spielt die verstärkte Integration des europäischen Binnenmarktes eine Schlüsselrolle.
- 372 **Unterschiedliche nationale Rechtsrahmen und Rechtsunsicherheit** stellen bedeutende Hindernisse für Unternehmen dar, in neue Absatzmärkte vorzudringen (► Absatz 170, 172) und sind auch innerhalb des EU-Binnenmarktes nach wie vor bedeutsam (Adilbish et al., 2024). Wirtschaftspolitische Maßnahmen, die eine Harmonisierung rechtlicher Rahmenbedingungen und die Erhöhung von Rechtssicherheit anstreben, können Hürden des Eintritts in neue Märkte reduzieren und Unternehmen dementsprechend die Erschließung neuer Absatzkanäle erleichtern.
- 373 Neben **internationalen Handelsabkommen** spielt für Österreich in diesem Zusammenhang insbesondere eine **verstärkte Integration des europäischen Binnenmarktes** und damit eine konsequente Umsetzung

der aktuellen EU-Binnenmarktstrategie eine entscheidende Rolle (► Absatz 162ff). Zentrale Zielsetzungen der EU-Binnenmarktstrategie sind die Vereinfachung und Harmonisierung von Regularien. Hierfür ist insbesondere die harmonisierte Umsetzung von EU-Richtlinien in nationales Recht entscheidend.

- 374 Als bedeutendes Element der EU-Binnenmarktstrategie ist zur Erleichterung grenzüberschreitender Geschäftstätigkeiten die **Erarbeitung und Umsetzung eines optionalen und innerhalb der EU einheitlichen Rechtsrahmens für Unternehmen** – das 28. Regime – bis zum ersten Quartal 2026 vorgesehen (► Fußnote 72). Die bisher vorliegenden Unterlagen ([Bericht 2025/2079\(INL\) des EU-Rechtsausschusses](#)) behandeln größtenteils gesellschaftsrechtliche Aspekte des geplanten Rechtsrahmens. Jedoch wird auch eine umfassende Harmonisierung des anwendbaren Arbeitsrechts, Insolvenzrechts und Steuerrechts angestrebt (Sanders, 2025). Wenn die unionsrechtliche Umsetzung des 28. Regimes, wie im Bericht des EU-Rechtsausschusses angedacht, auf einer EU-Richtlinie beruht, ist eine harmonisierte Umsetzung in nationales Recht entscheidend, um sicherzustellen, dass die Initiative ihren intendierten Zweck erfüllt.
- 375 Zur Harmonisierung administrativer und bürokratischer Prozesse wurde auf EU-Ebene die Single Market Enforcement Taskforce (SMET) eingesetzt. Diese identifiziert innereuropäische Best Practice-Ansätze und versucht, eine Harmonisierung nationaler Prozesse anhand dieser Ansätze voranzutreiben. Österreich ist gemäß dem [aktuellen SMET-Bericht](#) im Hinblick auf sämtliche Harmonisierungsprojekte des Jahres 2024 unter jenen Ländern, die den **größten Anteil der jeweiligen Best Practice-Ansätze nicht umzusetzen** gedenken. Zu diesen SMET-Projekten zählen beispielsweise die Vereinfachung administrativer Anforderungen für grenzüberschreitende Dienstleistungsanbieter sowie die Vereinfachung von Zulassungsverfahren für das Inverkehrbringen von Biopestiziden.

Empfehlung 8: Die österreichische Bundesregierung sowie die österreichischen Mitglieder des europäischen Parlaments sollten Bestrebungen auf EU-Ebene zur verstärkten Integration und Nutzung des EU-Binnenmarktes sowie die Ausverhandlung und Ratifizierung zusätzlicher Handelsabkommen mit Drittstaaten unterstützen beziehungsweise vorantreiben.

- **Harmonisierung nationaler Gesetzgebungen im Rahmen der EU-Binnenmarktstrategie unterstützen:** Österreich sollte Bestrebungen zur Harmonisierung nationaler Gesetzgebungen im Rahmen der EU-Binnenmarktstrategie unterstützen. Dies schließt die explizite Berücksichtigung des Ziels einer innereuropäischen Harmonisierung der Rechtsrahmen bei der Umsetzung von EU-Recht in nationales Recht ein. Individuelle Ergänzungen bei der nationalen Umsetzung von EU-Richtlinien führen zu regulatorischer Zersplitterung und schaffen damit zusätzliche Hindernisse für grenzüberschreitende Geschäftstätigkeiten innerhalb der EU.
- **Nationale administrative und bürokratische Prozesse vereinfachen:** Österreich sollte sich im Zuge der Harmonisierung und Vereinfachung nationaler administrativer und bürokratischer Prozesse vermehrt an Best Practice-Ansätzen orientieren und Empfehlungen der Single Market Enforcement Taskforce folgen. Die Reduktion restriktiver und divergierender Regelungen ist insbesondere für die im Rahmen der EU-Binnenmarktstrategie angestrebte Stärkung des Dienstleistungshandels (Zulassungs- und Zertifizierungsregelungen) von Bedeutung.
- **Proaktive Handelspolitik und Ratifizierung bereits ausverhandelter Handelsabkommen:** Die österreichische Bundesregierung sollte im Europäischen Rat der Ratifizierung bereits ausverhandelter Handelsabkommen zustimmen. Hierzu zählen insbesondere das Mercosur-Abkommen, das modernisierte Übereinkommen mit Mexico sowie das erstmalige Übereinkommen mit Indonesien. Darüber hinaus sollte sich Österreich dafür einsetzen, dass laufende Verhandlungen mit bedeutenden Wachstumsregionen wie Indien, Philippinen oder Malaysien intensiv vorangetrieben werden.

- **Abhängigkeiten bei Rohstoffen reduzieren:** Um sich aus strategischen Abhängigkeiten zu befreien, bedarf es einer langfristigen, konsequent umgesetzten europäischen Gesamtstrategie, die auf Diversifizierung, Eigenproduktion und Recycling setzt.
- **Strategische europäische Industriepolitik forcieren:** Eine strategische europäische Industriepolitik sollte auf Koordination, komplementären Stärken und gemeinsamen Zielen basieren und damit den europäischen Industriestandort und dessen Wettbewerbsfähigkeit stärken. Ein Mindestanteil europäischer Wertschöpfung („Made in Europe“) für öffentliche Ausschreibungen sowie die Inanspruchnahme europäischer Förderinstrumente samt Opt-Out-Option bei Gründen, die nicht den Preis betreffen (z. B. Verfügbarkeit), und Erhöhungsoptionen, etwa bei Gefährdung der ökonomischen Sicherheit, unterstützen dieses Ziel. Ebenso erforderlich ist eine gemeinsame Finanzierungsgrundlage für Projekte mit strategischer Bedeutung (z. B. Forschung, Verteidigung), indem Mittel aus europäischen Programmen gebündelt und zentrale Initiativen im EU-Haushalt verankert werden. Die nationale Industriepolitik sollte mit dem European Competitiveness Fund abgestimmt sein, sich sinnvoll und kohärent in die europäische Strategie einordnen und die Vorteile des Binnenmarktes gezielt nutzen.

Einschlägige Empfehlungen des Produktivitätsberichtes 2023

- 376 Der Produktivitätsbericht 2023 empfahl, Maßnahmen zur Beteiligung österreichischer Unternehmen an Aufbau und Stärkung europäischer Wertschöpfungsketten auszubauen, womit eine Vertiefung des EU-Binnenmarktes einhergeht (E28).

9.3.4.2 Marktverzerrungen im internationalen Wettbewerb auf EU-Ebene effektiv begegnen

Ausgangslage

- 377 Wesentliche Elemente der Industriepolitik Chinas werden international als wettbewerbsverzerrend wahrgenommen, wenngleich der Wettbewerbsvorteil chinesischer Exporte mittlerweile häufig auch in deren Technologiegehalt liegt. Die **vielfältigen Auswirkungen chinesischer Konkurrenz** auf industrialisierte Volkswirtschaften unterstreichen die Problematik von Wettbewerbsnachteilen, die zumindest teilweise auf den Einsatz marktverzerrender industrie-politischer Instrumente zurückzuführen sind (► Tabelle 6.1, ► Absatz 98). Hierzu zählen insbesondere negative Auswirkungen auf die für Produktivitätssteigerungen bedeutende Innovations- (► Absatz 140ff) und Investitionstätigkeit von Unternehmen (Pierce und Schott, 2018).

- 378 Vor diesem Hintergrund schuf die Europäische Kommission seit 2016 ein großes Instrumentarium an handels- und wettbewerbspolitischen Maßnahmen, um **gegen wettbewerbsverzerrende Maßnahmen von Handelspartnern vorzugehen** (► Absatz 129ff, 157ff). Diese Instrumente verfolgen das Ziel, Wettbewerbsnachteile aufgrund von wettbewerbsverzerrenden öffentlichen Subventionen und wirtschaftlichen Zwängen auszugleichen beziehungsweise den Zugang zum europäischen Markt für ausländische Unternehmen zu beschränken, die von solchen Praktiken profitiert haben. Jedoch ist die Evidenz zur Wirksamkeit dieser neu geschaffenen EU-Maßnahmen beschränkt, wodurch weitestgehend unklar ist, ob diese ihre intendierte Wirkung erfüllen (► Absatz 167). Zudem bietet das handelspolitische Instrumentarium der EU lediglich Handhabe gegenüber einem Teil der als wettbewerbsverzerrend identifizierten Aspekte der chinesischen Industriepolitik. Zu den nicht umfassend adressierten Praktiken Chinas zählen die selektive Marktöffnung für ausländische Unternehmen sowie der unzureichende Schutz geistigen Eigentums.

- 379 Das bereits ausverhandelte **Comprehensive Agreement on Investment** (CAI, ► Absatz 166) enthielt Regelungen, die erzwungenem Technologietransfer europäischer Unternehmen am chinesischen Markt begegnen und die Bedingungen für den Markteintritt europäischer Unternehmen in China verbessern

sollten. Nachdem China als Reaktion auf EU-Sanktionen wegen Menschenrechtsverletzungen Chinas an der Uiguren-Minderheit eigene Sanktionen gegen einige EU-Parlamentarier:innen verhängt hatte, wurde die Konzeption des Rechtstexts sowie die Ratifizierung des CAI jedoch von Seiten des EU-Parlaments unterbrochen und seither nicht wiederaufgenommen¹³¹. Wenngleich eine Reaktion der EU auf die chinesischen Sanktionen angemessen scheint, bedeutet die ausgesetzte Ratifizierung des CAI für europäische Unternehmen eine Fortsetzung von Zugangsbeschränkungen und der ungleichen Behandlung am chinesischen Markt.

- 380 In seiner bestehenden Form würde jedoch auch das CAI keine Handhabe gegenüber chinesischen Unternehmen bieten, die sich aufgrund von wettbewerbsverzerrenden Regularien Chinas (z. B. erzwungener Technologietransfer mittels Investitionsauflagen) in der Vergangenheit geistiges Eigentum ausländischer Unternehmen angeeignet haben. Ein Ausgleich von Wettbewerbsvorteilen, die auf unzureichendem Schutz geistigen Eigentums beruhen, würde somit potenziell eine Ergänzung des EU-Instrumentariums erfordern.

Empfehlung 9: Die Bundesregierung sollte sich auf EU-Ebene für eine Evaluierung sowie eine darauf basierende Weiterentwicklung des handels- und wettbewerbspolitischen EU-Instrumentariums zur Bekämpfung wettbewerbsverzerrender Praktiken im internationalen Handel einsetzen.

- **Wiederaufnahme von Verhandlungen mit China im Hinblick auf das Comprehensive Agreement on Investment:** Die österreichischen Mitglieder des europäischen Parlaments sollten sich für eine Wiederaufnahme von Verhandlungen mit China im Hinblick auf das Comprehensive Agreement on Investment einsetzen. Im Rahmen etwaiger Verhandlungen ist auch eine Aufhebung der chinesischen Sanktionen gegenüber Mitgliedern des europäischen Parlaments anzustreben.
- **EU-Maßnahmen gegen Wettbewerbsverzerrungen im internationalen Handel stärken:** Österreich sollte sich dafür einsetzen, die Notwendigkeit und Möglichkeit zusätzlicher EU-Maßnahmen zu prüfen, um Wettbewerbsverzerrungen zu begegnen, die das bestehende handelspolitische EU-Instrumentarium nicht umfassend adressiert. Hierfür sollte das bestehende Maßnahmenportfolio zunächst wissenschaftlich fundiert evaluiert werden.

9.3.4.3 Energiemarktintegration und klimapolitische Koordination in der EU vorantreiben

Ausgangslage

- 381 Eine **Beseitigung der Fragmentierung und ein Abbau der innereuropäischen Strompreisunterschiede** durch bessere technische Integration am europäischer Strommarkt würde zur Erhöhung der Netzstabilität, zur besseren Integration erneuerbarer Energien und zu einem besseren Ausgleich von Angebot und Nachfrage über größere geografische Räume hinweg beitragen, damit die innereuropäische Preisvariation und letztendlich die Preise senken. Die Erwartung, dass Preissignale in Energy-Only-Märkten innerhalb unterschiedlicher Gebotszonen ausreichende Anreize für Investitionen in Netzkapazitäten und Flexibilitätsoptionen schaffen würden – und dadurch zu einer Angleichung der Strompreise zwischen den EU-Mitgliedstaaten führen –, hat sich bislang nicht bestätigt. Koordination auf EU-Ebene und gezielte Anreize sind daher erforderlich, um diese Disparitäten auszugleichen (vgl. AEA, 2025).

¹³¹ Siehe <https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20210517IPR04123/meps-refuse-any-agreement-with-china-whilst-sanctions-are-in-place>.

Empfehlung 10: Die Bundesregierung sollte auf europäischer Ebene auf eine stärkere Marktintegration durch den Ausbau der europäischen Übertragungsnetze und die Stärkung der Interkonnektivität drängen.

- **Strukturelle Integration der Energiemarkte:** Der europäische Energiebinnenmarkt sollte stärker integriert werden. Aufgrund der langen Verhandlungszeiträume sollte jetzt der politische Prozess für das europäische Marktdesign nach 2030 eingeleitet werden. Dabei sollte sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene dafür einsetzen, es so weiterzuentwickeln, dass es weniger einseitig auf Preissignale setzt und besser gegen extreme Strompreisschwankungen abgesichert ist.
- **Grenzüberschreitender Netzausbau und Interkonnektivität:** Der Ausbau der Übertragungsnetze an den europäischen Grenzen ist zentrale Voraussetzung, um erneuerbare Überschüsse effizient zu nutzen, Preisunterschiede zwischen Gebotszonen zu verringern und Systemkosten zu senken.

Einschlägige Empfehlungen des Produktivitätsberichtes 2024

- 382 Der Produktivitätsbericht 2024 hat auf die europäische Dimension der Energiepreise und die Engpässe im europäischen Netz hingewiesen und der Bundesregierung ein stärkeres Engagement zur Beschleunigung des Ausbaus von Übertragungskapazitäten bei europäischen Partnern empfohlen (E5).

Literatur

- Adilbish O., Cerdeiro D., Duval R., Hong G.H., Mazzone L., Rotunno L., Toprak H., Vaziri M. (2024). Europe's Productivity Weakness: Firm-Level Roots and Remedies. IMF Working Paper, 25/40.
- AEA (2021). Erneuerbares Gas in Österreich 2040. Quantitative Abschätzung von Nachfrage und Angebot. Österreichische Energieagentur (AEA). Wien.
- AEA (2022). Preissenkungsmechanismen im Stromgroßhandel und ihre Auswirkungen im europäischen Kontext. Österreichische Energieagentur (AEA). Wien.
- AEA (2025). Preserve, Repair, or Rebuild? Österreichische Energieagentur (AEA). Wien.
- AMS (2024). Bundesrichtlinie zur Anerkennung, Förderung und Durchführung von Maßnahmen der Arbeitsstiftung (AST), AMF/13-2024 GZ BGS/AMF/0722/9968/2024.
- AMS (2025). Qualifizierungsoffensive für Beschäftigte in den Bereichen ökologische Nachhaltigkeit, Kreislaufwirtschaft und Digitalisierung. AMS-Positionspapier. Wien.
- Ando Y., Bessen J. E., Wang X. (2025). [Is R&D Rivalry Slowing the Growth of Productive Firms?](#) Boston Univ. School of Law Research Paper No. 25–25.
- Bello M., Katsinis A., Lopez Alvarez J., Ravanos P., Smallenbroek O. (2025). [Tracking Country Innovation Performance: The Innovation Output Indicator 2024](#).
- BMBWF - Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF) (Hrsg.) (2024). Nationaler Bildungsbericht Österreich 2024, BMBWF, Wien.
- Bock-Schappelwein J., Bilek-Steindl S., Url T. (2025). Auswirkungen des (Nicht-)Handelns: Mögliche Kosten des altersbedingten Abgangs von Fachkräften, WIFO, Wien.
- Branstetter L. G., Li G. (2024). Does „Made in China 2025“ Work for China? Evidence from Chinese Listed Firms. Research Policy, 53, 105009.
- Budgetdienst (2024). Entwicklung der Förderungen des Bundes seit 2017. Parlament Österreich.
- Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft (2023). [Arbeitsmarktpolitische Zielvorgaben von Bundesminister Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher](#). Wien.
- Bundesministerium für Finanzen (2023). Strategiebericht 2024 bis 2027 sowie Budgetbericht 2024. Wien.
- Bundesministerium für Finanzen (2025). Strategiebericht 2025 bis 2028 und 2026 bis 2029 sowie Budgetbericht 2025 und 2026. Wien.
- Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (2023). Integrierter österreichischer Netzinfrastrukturplan.
- Dornmayr H., Riepl M. (2023). Unternehmensbefragung zum Arbeits- und Fachkräftebedarf/-mangel, Arbeitskräfteradar 2023, ibw-Forschungsbericht Nr. 215, IBW Austria, Wien.
- Dornmayr H., Riepl M. (2024). Unternehmensbefragung zum Arbeits- und Fachkräftebedarf/-mangel, Arbeitskräfteradar 2024, ibw-Forschungsbericht Nr. 220, IBW Austria, Wien.
- Dornmayr H. (2024). Lehrlingsausbildung im Überblick 2024 Strukturdaten, Trends und Perspektiven, ibw-forschungsbericht Nr. 221, IBW Austria, Wien.
- Dornmayr H., Riepl M. (2025). Unternehmensbefragung zum Arbeits- und Fachkräftebedarf/-mangel, Arbeitskräfteradar 2025, ibw-Forschungsbericht Nr. 223, IBW Austria, Wien.
- Draghi M. (2024). The Draghi report: A competitiveness strategy for Europe, Luxembourg: Publications Office of the European Union.
- Eppel R., Huemer U., Mahringer H., Schmoigl L. (2022). Evaluierung der Effektivität und Effizienz von Qualifizierungsmaßnahmen des Arbeitsmarktservice Österreich. Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit.
- Fiskalrat (2025). Bericht über die Einhaltung der Fiskalregeln 2024-2029. Wien.
- IRENA (2022). Global hydrogen trade to meet the 1.5°C climate goal: Part I – Trade outlook for 2050 and way forward. International Renewable Energy Agency, Abu Dhabi.

- Keuschnigg C., Gogola G., Johs J., Kritzinger M., Sardadvar S. (2020). [Wirkung von Forschungsausgaben](#). WPZ-Wirtschaftspolitisches Zentrum, Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort (nunmehr Bundesministerium für Wirtschaft, Energie und Tourismus).
- Lininger C., Steininger K. W., Kulmer V., Salomon M. (2024). Wasserstoff für die Energiewende: Große Unsicherheiten über Bedarf, voraussichtliche Engpässe bei Bereitstellung. INTEGRATE-Diskussionspapier, Wegener Center, Universität Graz.
- OECD (2024). Pricing Greenhouse Gas Emissions 2024. Paris. <https://doi.org/10.1787/b44c74e6-en>
- OECD (2024, 17. September). [How Do Governments Direct Support for Innovation? Lessons from Recent OECD Measurement and Impact Analysis \(mabis\) Work](#). OECD Policy Brief.
- OECD (2025). [Labour shortages and productivity, Firms report severe difficulties finding personnel](#) [20.10.2025].
- Österreichischer Rat für Forschung, Wissenschaft, Innovation und Technologieentwicklung [FORWIT] (2025). [Empfehlung zur Erstellung des FTI-Pakts 2027-29](#). FORWIT.
- Rechnungshof (2024). Bestandsaufnahme Fachkräftemangel. Bericht des Rechnungshofes, Reihe Bund 2024/12, Rechnungshof Österreich, Wien.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2025). Frühjahrsgutachten 2025. Wiesbaden.
- Sanders A. (2025). The Scope of the 28th Regime: A Legal Framework for Innovation the European Way. Vertiefende Analyse beauftragt durch den Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments.
- Single Market Enforcement Taskforce (2024). [Report 2023-2024](#).
- Schmid K., Petanovitsch A. (2025). Zukunft der Lehrlingsausbildung. Qualitative Befunde aus Perspektive von Industrieunternehmen, ibw-Forschungsbericht Nr. 222, IBW Austria, Wien.
- Statistik Austria (2024a). PIAAC -- Grundkompetenzen von Erwachsenen 2022/23, Nationaler Ergebnisbericht – Band 1, Statistik Austria, Wien.
- Statistik Austria (2024b). Bildung in Zahlen 2022/23 – Tabellenband, Statistik Austria, Wien.
- Statistik Austria (2024c). Bildung in Zahlen 2022/23 – Schlüsselindikatoren und Analysen, Statistik Austria, Wien.
- Schützenhofer C., Alton V., Gahleitner B., Knöttner S. B., Kubecko K., Leitner K.-H., Rhomberg W., Kienberger T., Baumann M., Böhm H. (2024). [transform.industry. Transformationspfade und FTI-Fahrplan für eine klimaneutrale Industrie 2040 in Österreich](#). Austrian Institute of Technology (AIT), Österreichische Energieagentur, Montanuniversität Leoben, Energieinstitut an der Johannes Kepler Universität Linz.
- Wong Leung J., Robin S., Cave D. (2024). [ASPI's two-decade Critical Technology Tracker: The Rewards of Long-term Research Investment](#). The Australian Strategic Policy Institute, Barton.

Anhang: Übersicht der bisherigen Empfehlungen des Produktivitätsrates

► Tabelle 9.1 ordnet die in den bisherigen Jahresberichten des Produktivitätsrates erschienenen Empfehlungen jeweils einem der beiden strukturpolitischen Foki „Strukturwandel gestalten“ oder „Produktivitätswachstum ankurbeln“ (► Absatz 309) sowie den jeweils zugehörigen Handlungsfeldern zu. Die Zuordnung der Empfehlungen zum strukturpolitischen Fokus „Strukturwandel gestalten“ zu Handlungsfeldern beruht auf den Dimensionen der Triple Transition – Ökologische Transformation, Digitalisierung und soziale Gerechtigkeit – die mit dem beobachteten Strukturwandel der Wirtschaft in unmittelbarem Zusammenhang steht. Die thematische Zuordnung der Empfehlungen zum strukturpolitischen Fokus „Produktivitätswachstum ankurbeln“ beruht auf einer Unterteilung der Empfehlungen nach dem jeweils adressierten Bestimmungsfaktor der Produktivitätsentwicklung. Dies umfasst einerseits die Produktionsfaktoren Kapital, Arbeit sowie die entsprechenden Faktorkosten und andererseits für die Produktivitätsentwicklung entscheidende Rahmenbedingungen.

Zur Unterscheidung, welcher der beiden Zieldimensionen, die sich aus dem FPRG 2021 ableiten lassen (► Absatz 4), die Empfehlungen dienen, ist jede Empfehlung in der letzten Spalte farblich markiert. Gelb markierte Zeilen (●) beziehen sich auf die gesellschaftliche Zielfunktion „Den Wirtschaftsstandort durch den ökologischen und digitalen Umbau der Wirtschaft langfristig sichern und Wettbewerbsfähigkeit steigern“. Blau markierte Zeilen (●) beziehen sich auf die gesellschaftliche Zielfunktion „Die Teilhabe am wirtschaftlichen Wohlstand und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit durch Bildung und die Mobilisierung des Arbeitskräftepotenzials fördern“.

Tabelle 9.1: Übersicht der bisherigen Empfehlungen des Produktivitätsrates

1. Empfehlungen zum strukturpolitischen Fokus „Strukturwandel gestalten“

Jahr	Nr.	Unter- punkt	Zusammenfassung des Empfehlungstextes	Ziel- funktion
Allgemein				
2023	10		Gesamtheitliche und systemische Industriestrategie ausarbeiten	●
2023	27		Industriepolitische Maßnahmen auf EU-Ebene zur Stärkung der Wettbewerbsvorteile und Diversifizierung spezifischer Industriezweige nutzen	●
Handlungsfeld: Energiewende				
2023	1		Gesetzliche Grundlagen und Maßnahmen zur Erreichung der Klima- und Energieziele bis 2030 rasch umsetzen und gezielt weiterentwickeln	●
2023	2		Ausbau erneuerbarer Energien und Infrastruktur beschleunigen, Energieimporte diversifizieren	●
2023	3		Bodenerosion und Flächenversiegelung durch ordnungsrechtliche Maßnahmen und eigenes Verwaltungshandeln verringern sowie CO ₂ -Aufnahmefähigkeit der Böden stärken	●
2023	7		Wettbewerbsnachteile durch Energiepreise beobachten und für energieintensive Sektoren zielgerichtete Maßnahmen zum ökologischen Umbau entwickeln, s. a. 2025 E7	●
2023	8		Kreislaufstrategie als Teil der Industriepolitik umsetzen und Materialkreisläufe stärken	●
2023	9		Zusammenarbeit der zuständigen Stellen verbessern und eine zentrale Steuerungsverantwortung für Maßnahmen zur ökologischen Transformation festlegen, s. a. 2025 E5/6	●
2024	5	1	Energieinfrastruktur: Gasinfrastruktur zur Diversifizierung der Versorgung anpassen und langfristigen Rückbau einplanen	●
2024	5	3	Nationale Maßnahmen zur Entkopplung von Strom- und Gaspreisen durch Energiespeicher, Nachfrageflexibilität und Diversifizierung der Energiequellen	●
2024	5	4	Maßnahmen zur Entlastung und Krisenvorsorge bei allen Energiepreiskomponenten rasch umsetzen	●
2024	5	5	Auf EU-Ebene ausreichende Investitionen in Leitungs- und Netzinfrastruktur zur Sicherung funktionierender Energiemärkte fördern, s. a. 2025 E10	●
2024	5	8	Steuerungsstrukturen für koordinierte Energie- und Klimapolitik aufbauen und wissenschaftlich fundiertes Monitoring etablieren	●

Jahr	Nr.	Unter- punkt	Zusammenfassung des Empfehlungstextes	Ziel- funktion
2024	6		Energiewenderegulierung: Klare rechtliche Rahmenbedingungen für Aus- und Umbau des Energiesystems schaffen	●
2024	6	1	Reformstau im Energiebereich beseitigen und gesetzliche Grundlagen für Ausbau und Umbau der Energieinfrastruktur schaffen	●
2024	6	2	Genehmigungsverfahren für Energie- und Industrieinfrastruktur beschleunigen und Betriebsanlagenrecht anpassen	●
2024	6	3	Regulatorische Sandkästen für Innovationen im Energiebereich einrichten, um Innovationen zu ermöglichen und Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden	●
2024	6	4	Rechtliche Grundlagen für Carbon Capture and Storage schaffen und Technologie verantwortungsvoll einsetzen, s. a. 2025 E6	●
2024	6	5	Energiepolitische Instrumente auf Wirksamkeit und Effizienz evaluieren und ineffiziente Maßnahmen streichen	●
2024	7		Finanzierung der Transformation: Konzept zur Finanzierung der energetischen Transformation ausarbeiten	●
2024	7	1	Netzentgelte an die Erfordernisse erneuerbarer Energien anpassen und zeitvariable Modelle einführen	●
2024	7	2	Energieinfrastruktur optimieren und Effizienzpotenziale durch Digitalisierung und Flexibilisierung ausschöpfen	●
2024	7	3	Lastenverteilung bei den Netzentgelten verursachergerecht und sozial ausgewogen gestalten	●
2024	7	4	Öffentliche Förderungen auf Netzausbaukosten konzentrieren und Systemnutzungsentgelte senken	●
2024	7	5	Neue Finanzierungsmodelle für Großprojekte im Energiesektor entwickeln, s.a. 2025 E7	●
2024	8	1	Ausbau von Maßnahmen zur betrieblichen Integration und Skalierung neuer Energietechnologien	●
2024	8	3	Ausbau von Speichertechnologien zur Sicherung der Energieversorgung, s. a. 2025 E5	●
2024	8	4	Technologien zur Effizienzsteigerung und Elektrifizierung industrieller Prozesse fördern	●
Handlungsfeld: Digitalisierung				
2023	16		Digitale Kompetenzen von KMUs und Beschäftigten stärken	●
2023	17		Ausbau von Breitband mit Gigabit-Konnektivität bis 2030 zügig fortsetzen	●
2024	2		IKT-Infrastruktur ausbauen und Nutzung fortschrittlicher digitaler Technologien in Unternehmen beschleunigen	●
2024	2	1	Breitbandausbau mit dem Ziel, fortschrittliche digitale Technologien in Unternehmen nutzen zu können	●
2024	2	2	Wertschöpfung digitaler Geschäftsmodelle/Dienstleistungen durch Verbreitung fortschrittlicher digitaler Technologien steigern	●
2024	2	3	Strategische Ziele für digitale Geschäftsfelder festlegen, in denen Österreich zur Weltspitze aufsteigen möchte	●
2024	3		Kostennachteile in der Digitalisierung für KMUs beseitigen	●
2024	3	2	Ziele und Effekte digitalpolitischer Maßnahmen klar definieren und an technologische Anforderungen ausrichten	●
2024	3	4	Daten zur Messung von Digitalisierungsmaßnahmen nachvollziehbar und öffentlich zugänglich machen	●
2024	4		Stärkung digitaler Kompetenzen durch konkrete und überprüfbare Ziele vorantreiben	●
2024	5	7	Energieinfrastruktur: Energieverbrauch durch digitale Technologien senken und intelligente Energie- und Netzsysteme ausbauen	●
2024	8	5	Investitionsförderung: Digitalisierung und Datensicherheit in transformativen Energietechnologien stärken	●
Handlungsfeld: Gerechter Übergang				
2023	4		Strukturelle und institutionelle Voraussetzungen für wirksame Klimaanpassungsstrategien schaffen und deren Umsetzung beschleunigen	●
2023	20		Auswirkungen des ökologischen und digitalen Umbaus auf Arbeitsplätze wissenschaftlich evaluieren	●

Jahr	Nr.	Unter- punkt	Zusammenfassung des Empfehlungstextes	Ziel- funktion
2023	21		Schwerpunkte einer aktiven Arbeitsmarktpolitik mit Blick auf regionale Unterschiede der Transformation definieren, s.a. 2025 E4	●
2023	22		(Klima-)politische Maßnahmen im Sinne einer Just Transition auf soziale Auswirkungen prüfen	●
2023	23		Institutionelle Koordination des Just-Transition-Prozesses stärken und Roadmap zur Klimaneutralität 2040 mit flankierenden Maßnahmen entwickeln	●
2023	26		Nicht-technische, für Klima- und demografischen Wandel nötige Berufe aufwerten und attraktiver gestalten	●
2023	31		Unterstützungen für vulnerable Gruppen zielgerichtet organisieren, um Grundbedürfnisse zu sichern	●
2023	33		Erfolgreiche Modelle der Weiterbildung und Requalifizierung und arbeitsplatznahe Ausbildung ausbauen, s. a. 2025 E3	●
2023	35		Bildungssystem an neue Herausforderungen anpassen; Erwerb von Grundkompetenzen als Schwerpunkt, s. a. 2025 E2	●
2023	38		Frühkindliche Erziehung nutzen, um Risikofaktoren des schulischen Bildungserfolges zu reduzieren, s. a. 2025 E2	●
2023	40		Effektivität und Qualitätsstandards in der frühkindlichen Erziehung sicherstellen	●
2024	10	4	Gleichmäßige Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit fördern und Einkommens- sowie Karrieretransparenz stärken	●
2024	10	5	Gesundheit, Prävention und Gesundheitskompetenz in allen Lebensbereichen stärken	●

2. Empfehlungen zum strukturpolitischen Fokus „Produktivitätswachstum ankurbeln“

Jahr	Nr.	Unter- punkt	Zusammenfassung des Empfehlungstextes	Ziel- funktion
Allgemein				
2024	1		Rahmenbedingungen für Innovation, Investitionen und Produktivitätssteigerungen verbessern; industriepolitische Strategie entwickeln; Risikokapital mobilisieren	●
Handlungsfeld: Investitionen und Kapitalbildung				
2023	5		Finanzierungsbedarf für Klima-Investitionen ermitteln und darauf basierend einen unterstützenden Finanzierungsrahmen schaffen	●
2024	8		Öffentliche Förderungen zur Aktivierung privater Investitionen für den energetischen Umbau, s. a. 2025 E7	●
Handlungsfeld: Arbeitskräfteangebot				
2023	24		Lehrangebot relevanter Ausbildungen im Bereich "grüner" und IKT-relevanter Berufe analysieren, s. a. 2025 E3	●
2023	32		Gesundheitsvorsorge und Prävention zur Erhöhung der gesunden Lebenserwartung stärken, s. a. 2025 E3	●
2023	36		Attraktivität des Lehrer:innenberufs und anderer Bildungsberufe erhöhen, s. a. 2025 E2	●
2023	39		Proaktive Maßnahmen zur Deckung des Kinderbetreuungsbedarfs durch alle Gebietskörperschaften, s. a. 2025 E2, E3	●
2023	42		Altersgerechtes Arbeiten ermöglichen inkl. Beratung für Unternehmen, s. a. 2025 E3	●
2023	43		Ungünstige Beschäftigungsanreize im Steuer- und Transfersystem für Ältere identifizieren und beseitigen	●
2023	45		Anreize im Steuer- und Abgabensystem mit negativer Wirkung auf Arbeitsintensität beseitigen, s. a. 2025 E3	●
2023	46		Regionale Mobilität von Arbeitssuchenden stärker fördern	●
2023	47		Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte erhöhen und bestehende Maßnahmen evaluieren	●
2024	4	1	Verfügbarkeit von Lehrpersonal sicherstellen	●
2024	4	2	Zugang von Frauen in den IT-Bereich fördern	●
2024	10	1	Flexibilität der Arbeitsbedingungen Älterer/Personen mit Betreuungspflichten erhöhen	●
2024	10	2	Familien durch ausreichende Pflege- und Betreuungsangebote unterstützen und Öffnungszeiten an Vollzeitbeschäftigung anpassen	●

Jahr	Nr.	Unter- punkt	Zusammenfassung des Empfehlungstextes	Ziel- funktion
2024	10	3	Negative finanzielle Anreize für Erhöhung der Arbeitszeit beseitigen (z. B. Geringfügigkeitsgrenze), s. a. 2023 E43, E45	●
2024	10	7	Innovative Konzepte für ein langes Arbeitsleben fördern und Teilhabe älterer Menschen am Arbeitsmarkt sichern, s. a. 2023 E43	●
2024	10	8	Gesetzliches Pensionsantrittsalter sollte Veränderungen in der Lebenserwartung reflektieren	●
2024	10	9	Zugang zum Arbeitsmarkt und Integrationsmaßnahmen für Asylwerber:innen verbessern und Asylverfahren beschleunigen	●
2024	11		Zugang zum Arbeitsmarkt für qualifizierte Zuwandernde erleichtern und Arbeitsmarktintegration gezielt fördern, s. a. 2023 E47	●
2024	11	1	Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt: Aktive Bemühungen um qualifizierte Zuwanderung, s. a. 2023 E47, 2025 E3	●
2024	11	4	Teilnahme an innovativen Migrationskonzepten wie Talent Partnerships ausbauen, s. a. 2023 E47	●
Handlungsfeld: Humankapitalentwicklung				
2023	25		Ökologische und digitale Grundbildung stärken und MINT-Studienplätze ausbauen	●
2023	34		Qualifikationsmaßnahmen und arbeitsplatznahe Ausbildung in Mangelberufen, insb. in Pflege und Gesundheit, ausweiten, s. a. 2025 E3	●
2023	37		Bildungspfad von sozioökonomischem Hintergrund unabhängig machen, s. a. 2025 E2	●
2023	41		Weiterbildungsstrategie für längere Berufskarrieren entwickeln, insbesondere Weiterbildung/Umschulung Älterer, s. a. 2025 E3	●
2024	4	3	Ausbildungs- und Studienplätze im IKT-Bereich entsprechend dem Fachkräftebedarf weiter ausbauen	●
2024	4	4	Maßnahmen zum digitalen Kompetenzerwerb evaluieren, anpassen und Zielwerte für Qualifikationsprofile bis 2040 festlegen	●
2024	8	6	Kompetenzen und Expertise in Energie- und Zukunftstechnologien gezielt aufbauen	●
2024	9		Zugang zu Bildung und Qualifikationserwerb unabhängig vom sozioökonomischen Hintergrund sicherstellen	●
2024	9	1	Einheitliche Qualitätsstandards in der fröhkindlichen Bildung bundesweit festlegen und umsetzen	●
2024	9	2	Bildungsinstitutionen mit ausreichenden Ressourcen ausstatten und benachteiligte Schulen gezielt unterstützen	●
2024	9	3	Integrationsmaßnahmen für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund ausbauen und Deutschkenntnisse gezielt fördern, s. a. 2023 E47	●
2024	9	4	Zugang zu hochwertiger Bildung bis zur tertiären Stufe sichern und frühe Selektion im Bildungssystem abbauen, s. a. 2023 E 37	●
2024	9	5	Bildungszugang für benachteiligte Gruppen und Erwachsene in Mangelberufen erleichtern, s. a. 2025, E2	●
2024	10	6	Berufliche Neuorientierung und Qualifikationserwerb insbesondere in Bereichen mit hohem Arbeitskräftemangel für alle Altersgruppen ausbauen, s. a. 2025 E4	●
2024	11	3	Anerkennung ausländischer Qualifikationen erleichtern und Schließung von Qualifikationslücken beschleunigen	●
Handlungsfeld: Faktorkosten				
2023	28		Beteiligung österreichischer Unternehmen am Aufbau strategischer europäischer Wertschöpfungsketten stärken, s.a. 2025 E8	●
2023	29		Versorgung bei kritischen Rohstoffen diversifizieren	●
2023	44		Belastung des Faktors Arbeit reduzieren; Gegenfinanzierung sicherstellen	●
2024	5		Energieinfrastruktur zur Bereitstellung kostengünstiger Energie aus CO2-neutralen Energiequellen ausbauen, s.a. 2025 E5	●
2024	5	2, 6	Reform des europäischen Strommarktdesigns/Koordination Leitungskapazitäten in EU & Marktintegration, s.a. 2025 E10	●
Handlungsfeld: Technischer Fortschritt				
2023	6		Fiskal- und ordnungspolitische Maßnahmen auf konsistente Anreize für F&E und Investitionen in klimafreundliche Technologien prüfen	●

Jahr	Nr.	Unter- punkt	Zusammenfassung des Empfehlungstextes	Ziel- funktion
2023	11		Forschungs-/Innovations-Förderung auf produktivitätssteigernde Stärkefelder fokussieren und Diversifizierung vorantreiben, s.a. 2025 E1	●
2023	12		Digitale und ökologische Transformation durch breiten Innovationsansatz und beschäftigungsfördernde Technologien vorantreiben	●
2024	8	2	Entwicklung von Energietechnologien wie Wasserstoff und grünem Gas als Schwerpunkt der FTI-Politik vorantreiben, s. a. 2025 E1	●
Handlungsfeld: Unternehmensgründungen				
2023	13		Ursachen für träge Gründungsdynamik systematisch untersuchen	●
2023	14		Risikokapitalmarkt durch gesellschaftsrechtliche und regulatorische Maßnahmen stärken, s. a. 2025 E1	●
2023	15		Spezifischen Bedarf einer Frühphasenfinanzierung für Unternehmen im Bereich transformativer Technologien ermitteln, s.a. 2025 E1	●
2024	12		Bevölkerungsgruppen fördern, die zu Unternehmensgründungen beitragen	●
2024	12	1	Frauen bei Unternehmensgründungen gezielt fördern und Kinderbetreuung an ihre Bedürfnisse anpassen	●
2024	12	2	Junge Menschen mit Trainingsprogrammen für Unternehmensgründungen ansprechen	●
2024	12	3	Rahmenbedingungen für Gründer:innen mit ausländischem Geburtsort verbessern	●
Handlungsfeld: Effizienz und staatliche Leistungsfähigkeit				
2023	18		Nationale Datenstrategie und Klärung der Zuständigkeit für Data Governance Act	●
2023	19		Registerdaten der öffentlichen Hand im AMDC der Statistik Austria bereitstellen	●
2023	30		Kompetenzen exportierender KMUs zu Sorgfaltspflichten in Lieferketten stärken und internationale Berichtsstandards vereinheitlichen	●
2024	2	4	Stabiler rechtlicher Rahmen innerhalb einer nationalen Datenstrategie, s.a. 2023 E18	●
2024	2	5	Verbesserungspotenziale im E-Government nutzen für durchgängige, digitale Amtswege	●
2024	2	6	Funktionalität des Datenökosystems durch Umsetzung Data Governance Act steigern, s.a. 2023 E18	●
2024	3	1	Digitalisierung und Entbürokratisierung von Unternehmensgründungen vorantreiben	●
2024	3	3	Umfassende Wirkungsanalyse aller Maßnahmen im Bereich der Digitalisierung	●
2024	9	6	Effizienz des Bildungssystems erhöhen, Datengrundlagen verbessern und erfolgreiche Pilotprojekte rasch umsetzen	●
2024	11	2	Arbeits- und Aufenthaltsbewilligungen nach transparenten, einfachen und flexiblen Kriterien gestalten	●

Anhang

Länderkürzel und Vergleichsländergruppen

BE	Belgien	LT	Litauen
BG	Bulgarien	LU	Luxemburg
CZ	Tschechien	HU	Ungarn
DK	Dänemark	MT	Malta
DE	Deutschland	NL	Niederlande
EE	Estland	AT	Österreich
IE	Irland	PL	Polen
GR	Griechenland	PT	Portugal
ES	Spanien	RO	Rumänien
FR	Frankreich	SI	Slowenien
HR	Kroatien	SK	Slowakei
IT	Italien	FI	Finnland
CY	Zypern	SE	Schweden
LV	Lettland		
EU27/EU	Alle 27 Länder der Europäischen Union (ohne UK)	EA20/EA	20 Länder des Euroraums
BENESCAND	Belgien, Dänemark, Finnland, Niederlande, Schweden		

ÖNACE 2008 Klassifikation der Wirtschaftszweige

NACE-Codes und Bezeichnung des Wirtschaftszweiges	
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
A01–02	Land- und Forstwirtschaft
A03	Fischerei
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden
B05–06	Gewinnung von Kohle, Erdöl und -gas
B07–08	Erz- und sonstiger Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden
B09	Dienstleistungen für den Bergbau
C	Herstellung von Waren
C10	Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln
C11	Getränkeherstellung
C12	Tabakverarbeitung
C13	Herstellung von Textilien
C14	Herstellung von Bekleidung
C15	Herstellung von Leder, Lederwaren und Schuhen
C16	Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)
C17	Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus
C18	Druckerzeugnisse und Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern
C19	Kokerei und Mineralölverarbeitung
C20	Herstellung von chemischen Erzeugnissen
C21	Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen
C22	Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren
C23	Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden
C24	Metallerzeugung- und bearbeitung
C25	Herstellung von Metallerzeugnissen
C26	Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen
C27	Herstellung von elektronischen Ausrüstungen
C28	Maschinenbau
C29	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen
C30	Sonstiger Fahrzeugbau
C31	Herstellung von Möbeln
C32	Herstellung von sonstigen Waren
C33	Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen
D	Energieversorgung
E	Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen
E36–37	Wasserversorgung und Abwasserentsorgung
E38	Sammlung, Behandlung, Beseitigung von Abfällen; Rückgewinnung
E39	Beseitigung von Umweltverschmutzungen und sonstige Entsorgung
F	Bau
F41	Hochbau
F42	Tiefbau
F43	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz
G45	Handel mit Kfz, Instandhaltung und Reparatur von Kfz
G46	Großhandel
G47	Einzelhandel ohne Kfz
H	Verkehr und Lagerei
H49	Landverkehr
H50	Schifffahrt
H51	Luftfahrt
H52	Dienstleistungen für Verkehr
H53	Post- und Kurierdienste
I	Beherbergung und Gastronomie
I55	Beherbergung
I56	Gastronomie
J	Information und Kommunikation
J58–60	Verlagswesen, Filme, TV und Musikproduktion
J61	Telekommunikation
J62–63	IT- und Informationsdienstleistungen
K	Finanz- und Versicherungsdienstleistungen
K64	Finanzdienstleistungen
K65	Versicherungen und Pensionskassen
K66	Mit Finanz- und Versicherungstätigkeiten verbundene Tätigkeiten
L	Grundstücks- und Wohnungswesen
M	Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen
M69	Rechts-, Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung
M70	Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben; Unternehmensberatung
M71	Architektur-/Ingenieurbüros, techn./physik./chem. Untersuchung
M72	Forschung und Entwicklung
M73	Werbung und Marktforschung
M74	Sonst. freiberufl./wissensch./techn. Tätigkeiten
M75	Veterinärwesen
N	Erbringung von sonst. wirtschaftlichen Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen
N77	Vermietung von beweglichen Sachen
N78	Vermittlung u. Überlassung v. Arbeitskräften
N79	Reisebüros, -veranstalter, Reservierungsdienste
N80	Wach- u. Sicherheitsdienste, Detekteien
N81	Gebäudebetreuung, Garten- u. Landschaftsbau
N82	Wirtsch. Dienstleistungen a.n.g.
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung
P	Erziehung und Unterricht
Q	Gesundheits- und Sozialwesen
Q86	Gesundheitswesen
Q87	Heime (ohne Erholungs- und Ferienheime)
Q88	Sozialwesen (ohne Heime)
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen
S94	Interessensvertretung, kirchliche Vereinigungen
S95	Reparatur v. Datenverarbeitungsgeräten u. Gebrauchsgütern
S96	Sonst. überwiegend pers. Dienstleistungen
T	Private Haushalte u. a.
U	Exterritoriale Organisationen und Körperschaften

Verzeichnis der Abbildungen

Abbildung 1.1: Schematische Darstellung des Beyond-GDP-Ansatzes	26
Abbildung 1.2: Übersicht über die Indikatoren des Monitorings der Wettbewerbsfähigkeit Österreichs	31
Abbildung 2.1: Entwicklung des realen BIP pro Kopf	37
Abbildung 2.2: Erdgas- und Strompreise für Unternehmen	39
Abbildung 2.3: Abgabenquote	41
Abbildung 2.4: Veränderung der Weltmarktanteile an Warenexporten	42
Abbildung 3.1: Betreuungsquote der Unter-3-Jährigen	51
Abbildung 4.1: Entwicklung der Treibhausgasemissionen pro Kopf	56
Abbildung 4.2: Entwicklung der Energieimporte	57
Abbildung 4.3: Entwicklung der Ressourcenproduktivität	58
Abbildung 5.1: Entwicklung der Arbeitsproduktivität je Stunde	66
Abbildung 5.2: Wachstum der Arbeitsproduktivität je Stunde der Sektoren, Durchschnitt 1995–2024	68
Abbildung 5.3: Wachstum der Arbeitsproduktivität je Stunde der Sektoren, Durchschnitt 2023–2024	69
Abbildung 5.4: Wachstumsbeiträge von Herstellung von Waren und Dienstleistungsbereichen	70
Abbildung 6.1: 2018–2020 eingeführte US-Einfuhrzölle auf EU-Exporte	77
Abbildung 6.2: Exponiertheit gegenüber US-Nachfrage nach NACE-Wirtschaftszweigen	79
Abbildung 6.3: Effekte der Trump-I-Zölle auf Exportmengen österreichischer Unternehmen	81
Abbildung 6.4: Effekte der Trump-I-Zölle auf nominelle Exportwerte österreichischer Unternehmen	82
Abbildung 6.5: Auswirkung der Trump-Zölle auf Investitionen österreichischer Unternehmen	83
Abbildung 6.6: Indikatoren wirtschaftspolitischer Unsicherheit	84
Abbildung 6.7: Verlagerungsabsichten und Gründe dafür nach subjektiver Einschätzung der Relevanz von Handelspolitik für das eigenen Unternehmen	85
Abbildung 6.8: Zunahme chinesischer Konkurrenz im Inland nach NACE-Wirtschaftszweigen, 2007–2023	88
Abbildung 6.9: Effekte chinesischer Konkurrenz auf Indikatoren unternehmerischer Aktivität	90
Abbildung 6.10: Chinesische Konkurrenz und Pläne zur Beschäftigungsentwicklung in Produktionstätigkeiten in Österreichs Industrie 2025–2030	91
Abbildung 6.11: Effekte chinesischer Konkurrenz auf Indikatoren von Strukturwandel innerhalb von und zwischen Unternehmen	93
Abbildung 7.1: Veränderung der Energiekosten in österreichischen Unternehmen, 2009–2022	106
Abbildung 7.2: Spannweite des realen Erdgas- und Elektrizitätsendpreises für Unternehmen nach der Höhe des jährlichen Energieverbrauchs (Konsumbänder) in der EU, 2024	107
Abbildung 7.3: Relevanz der Energiepreise als unternehmerisches Risiko innerhalb und außerhalb energieintensiver Wirtschaftszweige	108
Abbildung 7.4: Tendenz in den geplanten Anpassungen der Beschäftigung. Saldo positiver und negativer Meldungen	110
Abbildung 7.5: Veränderung der durchschnittlichen Energieeffizienz auf Unternehmensebene	111
Abbildung 7.6: Berechnete Effizienzverteilungen innerhalb der Wirtschaftszweige und über die Zeit	119
Abbildung 7.7: Komponenten des realen Erdgas- und Elektrizitätsendpreises für die Industrie nach der Höhe des jährlichen Energieverbrauchs (Konsumbänder)	128
Abbildung 7.8: Komponenten der Energieintensitätsgewinne (EIG) über die Zeit, 2009–2022	129
Abbildung 8.1: Anteile an der Gesamtwirtschaft in Wertschöpfung und Beschäftigung, 1995–2023	134
Abbildung 8.2: Produktionsindex Herstellung von Waren	135
Abbildung 8.3: Veränderung von Beschäftigung und Bruttowertschöpfung in der Herstellung von Waren, 2012–2023	135
Abbildung 8.4: Veränderung von Beschäftigung und Bruttowertschöpfung im Dienstleistungssektor, 2012–2023	136
Abbildung 8.5: Anteil der Beschäftigten in der Herstellung von Waren nach Bundesländern, 1999–2023	137
Abbildung 8.6: Veränderung des Beschäftigungsanteils der Herstellung von Waren und der Gesamtbeschäftigung in den Bundesländern, 1999–2005 gegenüber 2017–2023	138
Abbildung 8.7: Tätigkeitsschwerpunkte Gesamtwirtschaft	141
Abbildung 8.8: Tätigkeitsschwerpunkte innerhalb der Sektoren	142
Abbildung 8.9: Tätigkeitsschwerpunkte in der Herstellung von Waren nach Technologieintensität	143
Abbildung 8.10: Folge von Beendigung der Beschäftigung, 2013–2022	145

Abbildung 8.11: Unterschiede in den Wahrscheinlichkeiten eines Arbeitsplatzverlustes in der Herstellung von Waren und Lohneffekte	146
Abbildung 8.12: Unterschiede in der Wahrscheinlichkeit von Wechseln zu verschiedenen Gruppen nach Beschäftigungsende in der Herstellung von Waren	148
Abbildung 8.13: Arbeitslosenrate	150
Abbildung 8.14: Arbeitslosenrate nach Geschlecht	151
Abbildung 8.15: Arbeitslosenrate nach Altersgruppen	152
Abbildung 8.16: Arbeitslosenrate nach Ausbildung	153
Abbildung 8.17: Arbeitslosigkeit nach Tätigkeitsschwerpunkten	154
Abbildung 8.18: Veränderung der Beschäftigung in der österreichischen Industrie in den nächsten fünf Jahren	155
Abbildung 8.19: Gründe für die Beschäftigungsveränderung in den nächsten fünf Jahren	156

Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 2.1: Überblick über die Indikatoren der Säule „Wirtschaft“	33
Tabelle 3.1: Überblick über die Indikatoren der Säule „Soziales“	47
Tabelle 4.1: Übersicht über die Säule Umwelt	54
Tabelle 5.1: Wachstum der Arbeitsproduktivität innerhalb und Verschiebung zwischen den Sektoren 1995–2024	67
Tabelle 6.1: Zusammenfassung der empirischen Ergebnisse zu den Effekten chinesischer Konkurrenz	86
Tabelle 6.2: Indikatoren chinesischer Konkurrenz und Verlagerungsabsichten 2025–2030	95
Tabelle 7.1: Verbesserung der Energieintensität in Unternehmen und beitragende Komponenten	113
Tabelle 7.2: Energieeinsparungsszenarien	120
Tabelle 7.3: Geschätzte Rebound-Effekte	121
Tabelle 7.4: Industriestatistik für NACE-2-Steller-Wirtschaftszweige und Industrieklassifikationen	130
Tabelle 9.1: Übersicht der bisherigen Empfehlungen des Produktivitätsrates	189

Verzeichnis der Textboxen

Textbox 1.1: Änderungen des Monitorings im Produktivitätsbericht 2025 gegenüber 2024	28
Textbox 2.1: Entwicklung der Lohnstückkosten im internationalen Vergleich	38
Textbox 6.1: Datengrundlage	75
Textbox 6.2: WIFO-Industriebefragung 2025	76
Textbox 6.3: Methodologie für die Quantifizierung der Effekte von Einfuhrzöllen	80
Textbox 6.4: Indikatoren chinesischer Konkurrenz	87
Textbox 6.5: Methodologie zur Quantifizierung von Effekten chinesischer Konkurrenz	89
Textbox 7.1: Datengrundlage des Kapitels	105
Textbox 7.2: Zerlegung der Veränderung der Energieintensität auf Unternehmensebene	114
Textbox 8.1: Datenquellen	133
Textbox 8.2: Strukturwandel durch Sektorwechsel von Unternehmen in Österreich	140
Textbox 8.3: Beschäftigungswechsel und Strukturwandel: Methodik und Datenbasis	145

